Boston Athenæum

From the income of the fund given by

John Bromfield

of Boston, merchant, b. 1779 d. 1849

Received Jan. 26, 1916

EXTRACT FROM THE THIRTEENTH OF THE RULES FOR THE LIBRARY AND READING ROOM OF THE BOSTON ATHENÆUM

"If any book shall be lost or injured, or if any notes, comments, or other matters shall be written, or in any manner inserted therein, the person to whom it stands charged shall replace it by a new volume, or set, if it belongs to a set."

10M MAR. 1913

UNIVERSITY
OF FLORIDA
LIBRARIES

DAS STAATSARCHIV.

SAMMLUNG

DER

OFFIZIELLEN AKTENSTÜCKE

ZUR GESCHICHTE DER GEGENWART.

BEGRÜNDET

VON

AEGIDI UND KLAUHOLD.

IN FORTLAUFENDEN HEFTEN

HERAUSGEGEBEN

VON

GUSTAV ROLOFF.

BAND LXXXIV.

ERSTES BIS DRITTES HEFT.

VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT.

MÜNCHEN UND LEIPZIG 1914.

Diesem Hefte liegt ein Prospekt der Firma Puttkammer & Mühlbrecht, Berlin bei, den wir der besonderen Beachtung der Leser empfehlen.

Preis des Heftes 1 Mark 40 Pf. — Sechs Hefte bilden einen Band.

Das Staatsarchiv.

Sammlung

der offiziellen Aktenstücke

zur

Geschichte der Gegenwart.

Begründet

von

Aegidi und **Klauhold.**

Herausgegeben

von

Gustav Roloff.

Vierundachtzigster Band.

342-68/84

Verlag von Duncker & Humblot.

München und Leipzig 1914.

CAMBRIDGE
ATHENÆUM

327.08
S775
v.84

72481
13.7
Jan. 26, 1915
ER
.7572
(v.84)

Inhaltsverzeichnis.

Bündnisse, Verträge, Protokolle usw.

			Nr.	Seite
1911.	Juni	2.	Vertragsstaaten. Revidierte Pariser Konvention vom 20. März 1883 zum Schutze des gewerblichen Eigentums	14502.	265
1912.	Mai / Juni	9. / 17.	Deutsches Reich. Vertrag über den Bau der Bahnstrecke Duala—Bidjoka, km 150,6 der Mittellandbahn in Kamerun	14490.	31
„	Juli	6.	Japan und Niederlande. Handelsvertrag	14500.	254
„	„	6.	Deutsches Reich und Belgien. Abkommen über Unfallversicherung	14501.	261
„	„	23.	Vertragsstaaten. Abkommen über die Vereinheitlichung des Wechselrechts	14491.	54
„	Nov.	29.	Deutsches Reich. Denkschrift zu Nr. 14502	14503.	276
1913.	Januar	29.	Deutsches Reich. Die bisherige Entwicklung und Tätigkeit des Internationalen Landwirtschaftsinstituts in Rom. (Bericht des deutschen Delegierten beim Institut, Wirkl. Geheimen Ober-Regierungsrat Dr. Mueller in Rom). Dem Deutschen Reichstage vorgelegt	14504.	290
„	März	25.	Deutsches Reich und Italien. Abkommen über Arbeiterversicherung	14493.	147
„	„	31.	Deutsches Reich. Denkschrift zu Nr. 14493	14494.	154
„	April	20.	Deutsches Reich. Denkschrift zu Nr. 14469. (Urheberrecht)	14489.	1
„	Mai	23.	Deutsches Reich. Denkschrift zu Nr. 14491	14492.	78
„	August	4/5.	Bulgarien, Griechenland, Rumänien, Serbien. Notenwechsel	14497.	234
„	„	10.	Bulgarien, Griechenland, Montenegro, Rumänien, Serbien. Friedensvertrag	14496.	221
„	„	10.	Bulgarien, Griechenland, Montenegro, Rumänien, Serbien. Friedensverhandlungen in Bukarest vom 30. Juli bis 10. August 1913	14495.	186
„	„	25.	Bulgarien, Griechenland, Rumänien, Serbien. Ratifikationsprotokoll	14498.	237
„	Sept.	29.	Türkei und Bulgarien. Friedensvertrag	14499.	238

Digitized by the Internet Archive
in 2010 with funding from
University of Florida, George A. Smathers Libraries with support from Lyrasis and the Sloan Foundation

http://www.archive.org/details/staatsarchiv84inst

Bündnisse, Verträge, Protokolle usw.

Nr. 14489. **DEUTSCHES REICH.** Denkschrift an den Reichstag über Nr. 14469 (Urheberrecht).

Berlin, den 20. April 1913.

Schon seit geraumer Zeit hat sich in deutschen Interessentenkreisen das lebhafte Bedürfnis nach einem Abkommen geltend gemacht, das unseren Urhebern den Schutz ihrer Rechte in Rußland sichert. Bis vor kurzem hatte sich Rußland jedoch dem Abschluß von Einzelverträgen auf diesem Gebiet abgeneigt gezeigt; auch ist es dem internationalen (Berner) Verbande zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst nicht beigetreten. Die in den Jahren 1861 und 1862 mit Frankreich und mit Belgien geschlossenen Verträge sind infolge Kündigung im Jahre 1887 außer Kraft getreten. ‖ Eine Änderung in diesem Verhalten ergab sich im Zusammenhange mit der Inangriffnahme einer Neugestaltung der inneren russischen Gesetzgebung über das Urheberrecht. Der Umschwung hat zuerst Ausdruck gefunden in dem am 28. Juli 1904 unterzeichneten Zusatzvertrage zum Handels- und Schiffahrtsvertrage zwischen Deutschland und Rußland vom 10. Februar 1894 (Reichs-Gesetzbl. 1905 S. 35), wo sich (Artikel 1 Nr. VI) Rußland auf unseren Antrag hin bereit erklärte, innerhalb einer Frist von drei Jahren nach dem Inkrafttreten des Zusatzvertrags mit Deutschland in Verhandlungen wegen des Abschlusses eines Abkommens, betreffend den gegenseitigen Schutz des Urheberrechts an Werken der Literatur, Kunst und Photographie, einzutreten. Eine entsprechende Zusage wurde auch Frankreich in Artikel 7 des Handelsvertrags vom 29. September 1905 gemacht. ‖ Die Voraussetzungen für die Verwirklichung dieser Zusagen waren mit dem Zeitpunkt gegeben, wo die Neugestaltung der russischen Urheberrechtsgesetzgebung zum Abschluß kam. Das als Anlage 1 in deutscher Übersetzung beigefügte russische Gesetz über das Urheberrecht vom 20. März a. St. 1911 sieht einerseits in mehrfacher Hinsicht (zu vergl. Artikel 4, 32, 44, 63 der Urheberrechtsordnung sowie aus den Einführungsvorschriften Punkt XIII Nr. 1 unter b) einen Schutz der Urheberrechte von Ausländern unmittelbar vor. Anderseits verweist es (Artikel 35 der Urheberrechtsordnung) für diesen

Schutz ausdrücklich auf den Abschluß von Verträgen mit fremden Staaten, wobei es über den zulässigen Inhalt solcher Verträge bestimmte Festsetzungen trifft, angesichts deren allerdings der Beitritt zum Berner Verbande vorläufig ausgeschlossen erscheint. || Sofort nach der Veröffentlichung dieses Gesetzes leitete daher die Reichsverwaltung das Erforderliche zur Herbeiführung einer vertraglichen Regelung des gegenseitigen Schutzes der Urheber in beiden Ländern durch einen Sondervertrag in die Wege. Nachdem durch Beratungen mit Vertretern der hauptsächlich beteiligten deutschen Interessentenkreise die Grundlinien für den zu schließenden Vertrag festgestellt waren, wurden der Russischen Regierung entsprechende Vorschläge übermittelt. Schon vorher waren zwischen Rußland und Frankreich Verhandlungen über eine vertragliche Regelung des Urheberschutzes in Gang gekommen. Sie haben am 29. November 1911 zur Unterzeichnung des in der Anlage 2 im Originaltext und in deutscher Übersetzung beigefügten, am 13. Mai 1912 ratifizierten und sechs Monate darauf in Kraft getretenen Vertrags geführt. || (Nr. 14299. Red.) || In der Antwort der Russischen Regierung auf die deutschen Vorschläge wurde auf den in dem russischen Gesetze festgelegten Grundsatz hingewiesen, daß durch Staatsverträge Ausländern keine weitergehenden Rechte eingeräumt werden dürften, als die durch die innere Gesetzgebung den Inländern gewährten (zu vergleichen Urheberrechtsordnung Artikel 35). Außerdem wurde es vom russischen Standpunkt aus im Interesse einer einheitlichen Rechtsprechung als wünschenswert bezeichnet, daß alle Urheberrechtsverträge Rußlands möglichst nach dem Muster des russisch-französischen Vertrags abgefaßt werden. Aus diesen Gesichtspunkten wichen die russischen Vorschläge in wesentlichen Punkten von den deutscherseits gemachten ab. In der Frage des Schutzes gegen Übersetzung blieb die von Rußland vorgeschlagene Regelung sogar hinter der des russisch-französischen Vertrags zurück. Bei dieser Lage der Sache erschien es angezeigt, an Stelle der Fortsetzung voraussichtlich langwieriger schriftlicher Verhandlungen den Versuch zu machen, im Wege mündlicher Erörterung zwischen Vertretern der beiden Regierungen zu einem den Interessen beider Länder Rechnung tragenden baldigen Vertragsabschlusse zu gelangen. || Nachdem ein in diesem Sinne von uns gemachter Vorschlag die Zustimmung der Russischen Regierung gefunden hatte, haben die mündlichen Verhandlungen in der Zeit vom 17. bis 28. Februar d. J. in St. Petersburg stattgefunden und am letztgenannten Tage zur Unterzeichnung des vorliegenden Vertrags geführt. || Für die Anordnung und in erheblichem Maße auch für den Wortlaut der Bestimmungen dieses Vertrags hat, wie schon bei dem russisch-französischen Abkommen, die Berner Übereinkunft in der Fassung der Berliner Akte

(Reichs-Gesetzbl. 1910 S. 965) als Vorbild gedient. Die sachlichen Abweichungen, die im wesentlichen den Übersetzungsschutz, das Aufführungsrecht an Tonwerken, den Zeitungsschutz und den Photographieschutz betreffen, haben ihren Grund in den Vorschriften des russischen Rechtes. Im übrigen weichen die Bestimmungen des Vertrags von denen des russisch-französischen Vertrags mehrfach ab. Insbesondere ist dies bei den Artikeln 1 (Abs. 1, 3), 2, 3 (Abs. 1, 5), 6, 9, 10, 11 (Abs. 2), 14 (Abs. 2), 17, 20 (Abs. 1, 2) der Fall. Es handelt sich dabei, abgesehen von einzelnen, lediglich die Fassung betreffenden Änderungen um solche Bestimmungen, welche einerseits durch den Inhalt der russischen Gesetzgebung nahegelegt sind, anderseits unseren besonderen, in der deutschen Gesetzgebung begründeten Interessen Rechnung tragen. In letzterer Beziehung sind hervorzuheben die Bestimmungen im Artikel 1 Abs. 3 (Feststellung des Begriffs der veröffentlichten Werke), im Artikel 11 Abs. 2 (Schutz der mechanischen Noten für Musikinstrumente) sowie im Artikel 17 (Übergangsbestimmungen). Zu bemerken ist ferner, daß auf deutschen Vorschlag die Dauer des Vertrags auf fünf Jahre festgesetzt wurde (Artikel 20 Abs. 2). Auch sind im Laufe der Verhandlungen eine Reihe von Feststellungen über die Auslegung der Übereinkunft und des russischen Gesetzes getroffen worden, die für die Praxis der Gerichte von Bedeutung sein werden. || Das Nähere wird bei der Besprechung der verschiedenen Artikel der Übereinkunft erörtert werden. Zu diesen ist folgendes zu bemerken:

Artikel 1.

Leitender Grundsatz ist, daß kraft des Vertrags die Deutschen in Rußland und die Russen in Deutschland für ihre Werke den Schutz genießen, den die Gesetzgebung dieser Länder jeweils den eigenen Staatsangehörigen gewährt. Der Grundsatz erfährt nur insofern eine Einschränkung, als mit Rücksicht auf gewisse erheblichere Abweichungen der beiderseitigen inneren Gesetzgebungen bestimmte Materien (zu vergleichen Artikel 3, 6, 9, 10, 12, 14, 15) in dem Vertrage besonders geregelt sind. Anderseits besteht der Anspruch auf die im Vertrage besonders festgesetzten Rechte unabhängig von dem Stande oder einer etwaigen Abänderung der inneren Gesetzgebung. || Der Vertragsschutz steht (Abs. 1), entsprechend den im deutschen wie im russischen Rechte für die eigenen Angehörigen übereinstimmend anerkannten Grundsätzen (zu vergleichen für Deutschland: Gesetz vom 19. Juni 1901, Reichs-Gesetzbl. S. 227, — Literargesetz — § 54, Gesetz vom 9. Januar 1907, Reichs-Gesetzbl. S. 7, — Kunstschutzgesetz — § 51; für Rußland: Urheberrechtsordnung Artikel 4), den Angehörigen des anderen Teiles für veröffentlichte wie für nicht veröffentlichte Werke kraft ihrer

Nationalität zu. Er ist insbesondere, was die veröffentlichten Werke anlangt, nicht auf die in einem der beiden Vertragsstaaten erfolgten Veröffentlichungen beschränkt. Anderseits kann (Abs. 2) für Werke, die erstmals in einem der beiden Länder veröffentlicht sind, der Vertragsschutz unabhängig von der Nationalität des Urhebers in Anspruch genommen werden. || Die im russisch-französischen Abkommen nicht enthaltene, dem Artikel 4 Abs. 4 der revidierten Berner Übereinkunft entsprechende einschränkende Bestimmung des Begriffs „publier (publication)“ (Abs. 3) ist mit Rücksicht auf den allgemeineren, alle Handlungen, durch die ein Werk an die Öffentlichkeit gebracht wird, umfassenden Sinn aufgenommen, der mit dem Begriffe „veröffentlichen (Veröffentlichung)“ in der inneren deutschen Gesetzgebung (vgl. Literargesetz § 35) verbunden wird. Eine weitere, rein redaktionelle Änderung gegenüber dem russisch-französischen Texte findet sich in Abs. 1 des Artikels, indem anstatt der Worte „dans chacun des deux Pays“ gesetzt worden ist „dans le territoire de l'autre Partie“. || Außerdem wurde im Laufe der Verhandlungen festgestellt, daß die Bestimmungen des Vertrags, auch ohne ausdrückliche Festsetzung, auch den Rechtsnachfolgern der Urheber zugute kommen. Schließlich wurde auf unseren Wunsch russischerseits bestätigt, daß literarische Werke in Rußland gegen die Übertragung für mechanische Instrumente geschützt sind.

Artikel 2.

Entsprechend dem Stande der Gesetzgebung beider Länder wird hier der Kreis der nach dem Grundsatz des Artikel 1 schutzberechtigten Werke der Literatur und Kunst dahin umschrieben, daß als solche alle Erzeugnisse aus dem Bereiche der Literatur, der Wissenschaft oder der Kunst in Betracht kommen, ohne Rücksicht auf die Art oder die Form der Vervielfältigung, ohne Rücksicht auch auf den höheren oder geringeren Wert der schöpferischen Leistung oder auf die Zweckbestimmung, die einem an sich als Erzeugnis der Literatur oder Kunst anzuerkennenden Werke gegeben werden mag. Eine Einzelaufführung der Erscheinungsformen literarischer und künstlerischer Werke, wie sie nach dem Vorbilde der Berner Übereinkunft der russische Vertrag mit Frankreich aufweist, ist im Verhältnis zweier Länder, deren Gesetze (vgl. für Deutschland Literargesetz § 1, Kunstschutzgesetz §§ 1 bis 4, für Rußland Urheberrechtsordnung Artikel 1, 41) den Kreis der für den Urheberschutz in Betracht kommenden Werke selbst näher bezeichnen, entbehrlich. Dagegen erschien es angesichts der besonderen Stellung, die aus sachlichen Gründen wie nach der geschichtlichen Entwickelung der Urheberschutzgesetzgebung die Werke der Photographie

einnehmen, geboten, die Erstreckung des Vertragsschutzes auf diese Werke ausdrücklich auszusprechen. Aus Erwägungen der Zweckmäßigkeit ist außerdem für zwei in der neueren Entwickelung bedeutsamer gewordene Gattungen, nämlich für die in irgendeiner Weise festgelegten choreographischen und pantomimischen Werke sowie für die selbständigen kinematographischen Schöpfungen, hervorgehoben, daß auch sie zu den schutzfähigen Werken zählen. || Was die auch in der Berner Übereinkunft nicht zur Lösung gebrachte Frage des Schutzes der Werke der angewandten Kunst anlangt, so wurde russischerseits erklärt, daß solche Werke, soweit sie fabrikmäßig hergestellt werden, nach russischem Rechte nicht als Werke der Kunst gelten und demgemäß nicht den Urheberschutz genießen, wohl aber gemäß dem Gesetz über Fabrikzeichnungen und Modelle Schutz erlangen können. Mit Rücksicht hierauf wurde russischerseits als der in dieser Frage allein gangbare Weg bezeichnet, die Regelung des Schutzes der Werke der gedachten Art einem zwischen Deutschland und Rußland abzuschließenden Vertrag über den gegenseitigen gewerblichen Rechtsschutz vorzubehalten; die Russische Regierung hat sich hierbei ausdrücklich bereit erklärt, alsbald in Verhandlungen über diesen Gegenstand einzutreten. Im übrigen ist hervorzuheben, daß die russische Urheberrechtsordnung in Artikel 1 Ziffer 3 als Gegenstände des Schutzes bezeichnet „Kunstwerke (Malerei, Gravierung und andere graphische Künste, Skulptur und Baukunst)". Freigegeben ist die Anbringung einzelner Teile eines Kunstwerkes an Erzeugnissen der Fabrik-Industrie und des Handwerkes (Artikel 56 Ziffer 4). Dagegen enthält das russische Gesetz keine Bestimmung, durch welche der Kunstschutz nach dem Gegenstande beschränkt wird. Die Abgrenzung des Begriffs „Kunstwerke" wird hiernach Sache der Rechtsprechung sein.

Artikel 3.

Gegen die Übersetzung eines Werkes der Literatur in andere Sprachen gewährt das russische Recht, insoweit von dem geltenden deutschen Rechte wie von der Regelung der Berner Übereinkunft wesentlich abweichend, Schutz nicht in dem gleichen Maße wie gegen Vervielfältigung im übrigen. Das Gesetz vom 20. März 1911 (Urheberrechtsordnung Artikel 33) erkennt zwar, im Gegensatze zu dem früheren Rechte, dem ein Schutz gegen Übersetzung als Ausfluß des Urheberrechts überhaupt fremd war, dem Urheber das ausschließliche Recht der Übersetzung in andere Sprachen grundsätzlich zu. Indessen ist dieses Recht von vornherein auf die Frist von zehn Jahren seit dem Erscheinen des Werkes beschränkt. Dabei ist es abhängig von der Anbringung eines Vorbehalts auf dem Titelblatt oder in der Vorrede des Werkes und überdies an die Bedingung geknüpft, daß der Verfasser eine

Übersetzung im Laufe von fünf Jahren seit dem Erscheinen des Originals drucken läßt. Den so gestalteten Schutz gegen Übersetzung beschränkt das Gesetz ausdrücklich auf die in Rußland erschienenen oder im Ausland von einem Russen herausgegebenen Werke. In bezug auf die im Ausland erschienenen Werke ausländischer Staatsangehöriger spricht das Gesetz (Urheberrechtsordnung Artikel 35, Abs. 1) als Grundsatz aus, daß sie in Rußland in Übersetzungen ins Russische oder in andere Sprachen auch ohne die Einwilligung der Verfasser oder deren Rechtsnachfolger herausgegeben werden können. Gleichzeitig verweist es aber ausdrücklich auf den Abschluß von Staatsverträgen mit auswärtigen Staaten als Weg für die Ausschließung der Übersetzungsfreiheit. Jedoch zieht es dabei (Artikel 35, Abs. 2) für den Inhalt solcher Verträge, abgesehen von der Bedingung der Gegenseitigkeit, die schon erwähnte Schranke, daß durch sie Ausländern keine größeren Rechte eingeräumt werden dürfen als diejenigen, welche die Inländer gemäß Artikel 33 der Urheberrechtsordnung genießen. || Angesichts der geschilderten, übrigens in ihren Grundzügen dem Standpunkt des älteren deutschen wie des geltenden österreichischen Rechtes nahestehenden Rechtslage konnte für Deutschland in diesem Punkte weiteres als die Erlangung des Schutzes gegen Übersetzung in dem durch das innere russische Recht vorgezeichneten Umfang von vornherein nicht in Frage kommen. Selbst dieses Ziel ließ sich indessen nicht vollkommen erreichen. Von Rußland wurde für die dem Bereiche der Wissenschaft und Technik angehörenden oder zu Zwecken des Unterrichts bestimmten Werke im Interesse der kulturellen Entwickelung seiner Bevölkerung zunächst völlige Übersetzungsfreiheit gefordert. Demgegenüber vertraten wir den Standpunkt, daß eine Unterscheidung zwischen den bezeichneten Werken und den übrigen Werken der Literatur nicht angängig sei. Hierauf einzugehen erklärte sich die russische Vertretung mit Rücksicht darauf außerstande, daß bei Annahme des deutschen Vorschlags Rußland durch die Meistbegünstigungsklausel (Artikel 19 des russisch-französischen Vertrags) gezwungen sein würde, Frankreich die gleiche Begünstigung einzuräumen. Nachdem der russische Vorschlag unsererseits als unannehmbar bezeichnet worden war, hielt die russische Vertretung die Forderung der völligen Übersetzungsfreiheit für die in Rede stehenden Werke nicht mehr aufrecht. Als gegebenen Ausgleich wählte man schließlich die im Artikel 3 Abs. 3 enthaltene Lösung, die mit der entsprechenden Bestimmung des russisch-französischen Vertrags übereinstimmt. || In der Fassung weist der Artikel 3 gegenüber dem russisch-französischen Vertrag eine Änderung zunächst im Abs. 1 insofern auf, als die Stelle für den den Schutz gegen Übersetzung bedingenden Vorbehalt mit dem Ausdruck „feuille du titre“ statt „page du titre“ bezeichnet ist. Der gewählte,

übrigens dem Wortlaut des russischen Gesetzes (Urheberrechtsordnung Artikel 33, Abs. 1) genau entsprechende Ausdruck wird Zweifel, die etwa aus dem Umstand hergeleitet werden könnten, daß in Deutschland vielfach der Vorbehaltsvermerk auf der Rückseite des Titelblatts angebracht wird, von vornherein ausschließen. Einem weiteren, im Hinblick auf die Verschiedenheit des russischen von unserem Kalendersystem naheliegenden Zweifel begegnet der in dem russisch-französischen Vertrage nicht enthaltene Schlußsatz des Abs. 5, der die Frage, welcher Kalender bei der Bestimmung des auf den 1. Januar des Erscheinungsjahrs festgesetzten Beginns der Fristen zugrunde zu legen ist, nach dem Orte des Erscheinens entscheidet. || Für die nach dem Vertrage hinsichtlich des Schutzes gegen Übersetzung bestehende Rechtslage ist es übrigens nicht ohne Bedeutung, daß das russische Gesetz (Urheberrechtsordnung Artikel 34) Werke, die gleichzeitig in mehreren Sprachen herausgegeben werden, in allen diesen Sprachen als Originalwerke behandelt. Es ist damit eine Möglichkeit geboten, für das Originalwerk einen den formellen wie zeitlichen Beschränkungen des Schutzes gegen Übersetzung nicht unterworfenen Schutz gegen Übertragung in andere Sprachen zu erlangen.

Artikel 4.

Die Bestimmung entspricht der Festsetzung im Artikel 2 Abs. 2 der revidierten Berner Übereinkunft (vgl. für Deutschland Literargesetz § 2, § 12; für Rußland Urheberrechtsordnung Artikel 36).

Artikel 5.

Die Bestimmung entspricht dem Artikel 12 der revidierten Berner Übereinkunft (vgl. für Deutschland Literargesetz §§ 11 bis 13, Kunstschutzgesetz §§ 15, 16; für Rußland Urheberrechtsordnung Artikel 2, 31, 42, 43).

Artikel 6.

Die Regelung des Abdrucks aus periodischen Veröffentlichungen ist bedingt durch den Stand der russischen Gesetzgebung (Urheberrechtsordnung Artikel 40), die in dieser Hinsicht im wesentlichen auf dem Standpunkt der Berner Übereinkunft in der Gestalt steht, wie sie durch die Pariser Zusatzakte im Jahre 1896 geschaffen war. Gegenüber dem russisch-französischen Vertrage weist der Artikel zwei die Urheber günstiger stellende Zusätze auf. Zunächst ist (Abs. 1 Satz 1), wie dies auch dem Wortlaut und Sinne des insoweit dem deutschen Rechte und den Festsetzungen der revidierten Berner Übereinkunft von 1908 nahekommenden russischen Gesetzes entspricht, die Zulässigkeit des Abdrucks von Artikeln aus Zeitungen und Zeitschriften auf die Wiedergabe in Zeitungen und Zeitschriften („dans

des publications analogues") beschränkt. Sodann ist (Abs. 1 Satz 2) in bezug auf den Inhalt von Zeitschriften vorgesehen, daß hier das Nachdrucksverbot nicht notwendig jedem einzelnen Artikel beigesetzt werden muß; es soll vielmehr genügen, wenn das im Namen der Urheber erfolgende Verbot allgemein an der Spitze einer jeden Nummer ausgesprochen wird. In dieser Hinsicht wurde es russischerseits als der Standpunkt der russischen Gesetzgebung bezeichnet, daß auch die Rechtsnachfolger des Urhebers, einschließlich des Verlegers, zur Anbringung des Vorbehalts befugt sind.

Artikel 7.

Die Bestimmung entspricht dem Artikel 10 der revidierten Berner Übereinkunft (vgl. für Deutschland Literargesetz §§ 19, 21, 24, Kunstschutzgesetz §§ 19, 21; für Rußland Urheberrechtsordnung Artikel 39, 43 Nr. 2, 56 Nr. 2, 62 Nr. 3).

Artikel 8.

Die Verpflichtung, in allen Fällen erlaubter Entlehnungen die Quelle anzugeben, ist beiden Gesetzgebungen gemeinsam (vgl. für Deutschland Literargesetz § 18 Abs. 1 Satz 2, § 25, § 44, Kunstschutzgesetz § 19 Abs. 2, § 40; für Rußland Urheberrechtsordnung Artikel 19). Es wurde hierzu im Laufe der Verhandlungen festgestellt, daß die Bestimmungen dieses Artikels auch auf den Abdruck aus Zeitungen und periodischen Zeitschriften Anwendung finden.

Artikel 9.

Die Beschränkungen, unter denen nach Artikel 3 der Schutz gegen Übersetzung gewährt wird, beeinflussen in gleicher Weise die, im übrigen in beiden Gesetzgebungen (für Deutschland Literargesetz § 11 Abs. 2, für Rußland Urheberrechtsordnung Artikel 47) anerkannte, ausschließliche Befugnis des Urhebers zur öffentlichen Aufführung dramatischer und dramatisch-musikalischer Werke, soweit es sich um die Aufführung in Übersetzung handelt. Daß die hiernach Platz greifende, sachlich übereinstimmend in der ursprünglichen Fassung der Berner Übereinkunft von 1886 (Artikel 9 Abs. 1, 2) sich findende Beschränkung auch bei dramatisch-musikalischen Werken lediglich den Text trifft, die Aufführungsbefugnis hinsichtlich des mit dem Texte verbundenen Werkes der Tonkunst aber in keiner Weise berührt, wird durch die zur Vermeidung jedes Zweifels gewählte, insoweit von dem Wortlaut des russisch-französischen Vertrags abweichende Fassung klargestellt.

Artikel 10.

Daß bei den Werken der Tonkunst der vertragliche Schutz gegen öffentliche Aufführung an die Förmlichkeit der Anbringung eines dahin-

gehenden Vorbehalts auf jedem Exemplare des Werkes gebunden ist (Abs. 1), hat seinen Grund in den entsprechenden, mit dem älteren deutschen Rechte sowie auch mit der früheren Fassung der Berner Übereinkunft sachlich übereinstimmenden Vorschriften des inneren russischen Rechtes (Urheberrechtsordnung Artikel 48). In dem russisch-französischen Vertrage findet sich hinter den Worten „sur chaque exemplaire" das Wort „imprimé". Da die russische Gesetzesvorschrift den Schutz keineswegs auf im Drucke erschienene Werke der Tonkunst beschränkt, so besteht auch für den Vertrag kein Anlaß, zwischen den durch Druck und den in anderer Weise, insbesondere nur handschriftlich festgelegten Werken der Tonkunst zu unterscheiden und damit die letzteren von dem durch die Bestimmung gebotenen Schutze auszunehmen. Das Wort „imprimé" ist deshalb weggelassen.

Artikel 11.

Die Bestimmung entspricht in ihrem Abs. 1 den Festsetzungen über das Verhältnis der Urheberrechte an Werken der Tonkunst zu den Interessen der Industrie der mechanischen Musikwerke, wie sie für die Länder des Berner Verbandes im Artikel 13 Abs. 1, 2 der revidierten Berner Übereinkunft getroffen sind. Eine Vergleichung der einschlägigen Gesetzesvorschriften Deutschlands (Literargesetz in der Fassung vom 22. Mai 1910, § 12 Abs. 2 Nr. 5, §§ 22 bis 22 b, § 63 a) und Rußlands (Urheberrechtsordnung Artikel 42) zeigt, daß beide Gesetzgebungen die Einschränkungen, denen das Urheberrecht an Werken der Tonkunst zugunsten der Industrie der mechanischen Musikwerke unterliegt, nämlich das System der sogenannten Zwangslizenz, im wesentlichen übereinstimmend geordnet haben. Es kam daher in Frage, mit Rußland eine Vereinbarung, wie sie die Vorschriften des § 22 Abs. 1 Satz 3 des deutschen Literargesetzes (Fassung vom 22. Mai 1910) im Auge haben, zu treffen, die den deutschen Zwangslizenzen in Rußland und den russischen in Deutschland die nach den Gesetzen des Erteilungslandes begründete Rechtswirkung zuerkennen würde. Ein Ergebnis in dieser Richtung hat sich indessen mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der sich gegenüberstehenden wirtschaftlichen Interessen nicht erzielen lassen. || Dagegen hat (Abs. 2) ein weiterer, im Interesse der Industrie beider Länder gelegener deutscher Vorschlag wegen Schutzes der Erzeugnisse der Industrie der mechanischen Musikwerke gegen Nachmachung Annahme gefunden. Die russische Gesetzgebung enthält eine entsprechende Vorschrift im Punkt X der Einführungsvorschriften des Gesetzes über das Urheberrecht. Aus der deutschen Gesetzgebung gehören, abgesehen von den Vorschriften des § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb in der Anwendung, die ihnen für Fälle

der in Frage stehenden Art durch die Rechtsprechung gegeben ist (vgl. Entscheidung des Reichsgerichts in Zivilsachen vom 7. April 1910 Band 73 S. 294), die Vorschriften im § 2 Abs. 2 Satz 2, 3 des Literargesetzes (Fassung vom 22. Mai 1910) hierher. Die nach dem russischen Gesetz als Bedingung dieses Schutzes erforderlichen Angaben auf den mechanischen Noten, nämlich Firma oder Vor- und Familiennamen des Herstellers, können in der Sprache und Schrift des Herstellungslandes angebracht werden. || Im Laufe der Verhandlungen wurde Einverständnis darüber festgestellt, daß unter der Bezeichnung „musikalische Werke" im Sinne dieses Artikels nur die Werke der Tonkunst als solche („œuvres purement musicales") zu verstehen seien, die Bestimmung mithin bei den mit einem Texte verbundenen Tonschöpfungen nur auf den musikalischen Teil, nicht aber auf den Text zu beziehen sei. Dies ist nach einer Erklärung der russischen Delegation auch der Standpunkt der russischen Gesetzgebung.

Artikel 12.

Die Bindung des Schutzes der Werke der Photographie und der durch ähnliche Verfahren hergestellten Werke an die Erfüllung der hier vorgesehenen Förmlichkeiten erklärt sich aus dem Umstand, daß dieser Schutz nach der, insoweit den Standpunkt des älteren deutschen Rechtes (Gesetz vom 10. Januar 1876, Reichs-Gesetzbl. S. 8, § 5) einnehmenden, russischen Gesetzgebung (Urheberrechtsordnung Artikel 60) von dem bezeichneten Erfordernis abhängig ist.

Artikel 13.

Diese Bestimmungen entsprechen den Festsetzungen im Artikel 14 Abs. 1, 3 der revidierten Berner Übereinkunft. Es wurde hierzu festgestellt, daß auch im Sinne dieses Artikels unter den literarischen Werken die wissenschaftlichen Werke mitbegriffen sind.

Artikel 14.

Inwieweit der Genuß der in dem Vertrage festgesetzten Rechte an die Erfüllung von Förmlichkeiten gebunden ist, wurde bereits bei den Artikeln 3 (Schutz gegen Übersetzung), 10 (Schutz der Werke der Tonkunst gegen öffentliche Aufführung) und 12 (Schutz der Werke der Photographie) erörtert. Im übrigen ist (Abs. 1) der Anspruch auf den vertragsmäßigen Schutz von der Erfüllung einer Bedingung oder einer Förmlichkeit nicht abhängig. || Der Abs. 2, demzufolge bei der Erfüllung der oben erwähnten Förmlichkeiten wie auch bei Anbringung des im Artikel 6 hinsichtlich der Artikel in Zeitungen und Zeitschriften vorgesehenen Nachdruckverbots die Anwendung der Sprache und der Schriftzeichen des Erscheinungslandes

genügt, ist in dem russisch-französischen Vertrage nicht enthalten. Er beruht auf einem deutscherseits gemachten Vorschlag und soll praktische Unzuträglichkeiten, die sich aus einem Zweifel in der hier fraglichen Richtung unter Umständen ergeben könnten, ausschließen. Es ist damit einem Wunsche Rechnung getragen, der aus beteiligten deutschen Kreisen mehrfach geäußert worden ist. || Wegen der Abs. 3, 4 darf auf die entsprechenden Bestimmungen der revidierten Berner Übereinkunft (Artikel 15) hingewiesen werden.

Artikel 15.

Auch die hier vorgesehenen Bestimmungen über die Dauer des Vertragsschutzes haben ihr Vorbild in der revidierten Berner Übereinkunft (Artikel 7 Abs. 2, 3). Bei Verschiedenheit der beiden Gesetzgebungen ist (Abs. 2) hinsichtlich der Dauer, für die auf Grund des Vertrags der Schutz in Anspruch genommen werden kann, stets das dem Urheber weniger günstige Gesetz maßgebend. Wegen der Dauer des Schutzes nach der inneren russischen Gesetzgebung ist auf die folgenden Vorschriften des Gesetzes über das Urheberrecht (Urheberrechtsordnung) zu verweisen: Artikel 11 (Normalfrist von fünfzig Jahren nach dem Tode des Verfassers), Artikel 12 (Berechnung der Frist für Werke mit mehreren Urhebern, wie § 30 des deutschen Literargesetzes), Artikel 13 (fünfzigjährige, vom Erscheinen ab laufende Frist für Sammlungen von Volksliedern und anderen Erzeugnissen der Volkskunst), Artikel 14 (fünfundzwanzigjährige, vom Erscheinen ab laufende Frist für die Herausgeber periodischer Veröffentlichungen und von Sammelwerken), Artikel 61 (zehnjährige, bei Sammelwerken mit eigentümlichem Werte fünfundzwanzigjährige, von der Veröffentlichung ab laufende Frist, im Falle der Verbindung mit einem Werke der Literatur Normalfrist für photographische Erzeugnisse). || Russischerseits ist ausdrücklich anerkannt worden, daß die Fristbestimmungen des Artikel 15 sich nur auf diejenigen Fälle beziehen, die durch die Übereinkunft geregelt werden, nicht aber auf solche Fälle, in denen das russische Gesetz Ausländern unabhängig von etwaigen Verträgen Schutz gewährt (Artikel 32, 44 der Urheberrechtsordnung).

Artikel 16.

Die Bestimmung entspricht dem Artikel 17 der revidierten Berner Übereinkunft.

Artikel 17.

Auch auf die zur Zeit seines Inkrafttretens bereits vorhandenen, in ihrem Ursprungslande noch nicht Gemeingut gewordenen Werke soll (Abs. 1) der Vertrag in Übereinstimmung mit dem Standpunkt der Gesetzgebung beider Länder (für Deutschland Literargesetz § 62 Satz 1, Kunstschutz-

gesetz § 53 Abs. 1; für Rußland Gesetz über das Urheberrecht, Einführungsvorschriften Punkt XIII Nr. 1) wie der Berner Übereinkunft (vgl. Artikel 14 der Fassung von 1886) Anwendung finden. Diese Wirkung erfährt jedoch (Abs. 2 bis 7) gewisse Einschränkungen entsprechend den Grundsätzen, die in der deutschen Gesetzgebung zur Wahrung der auf der Grundlage des früheren Rechtszustandes erwachsenen wirtschaftlichen Interessen gegenüber der Neueinführung oder Erweiterung urheberrechtlicher Befugnisse von jeher und namentlich auch im Verhältnis zu den Ländern der Berner Union festgehalten worden sind (zu vergleichen Gesetz vom 4. April 1888, Reichs-Gesetzbl. S. 139, und Artikel IV § 3 des Gesetzes vom 22. Mai 1910, Reichs-Gesetzbl. S. 793, sowie die Verordnungen vom 11. Juli 1888, Reichs-Gesetzbl. S. 225, vom 29. November 1897, Reichs-Gesetzbl. S. 787, und vom 12. Juli 1910, Reichs-Gesetzbl. S. 989). || Gegenüber dem russisch-französischen Vertrage, der sich in seinem Artikel 17 auf die hier als Abs. 1 bis 3 erscheinenden Übergangsbestimmungen beschränkt, weist der vorliegende Vertrag eine Verschiedenheit übrigens noch insofern auf, als im Abs. 2 der Ausdruck „œuvres publiées“ durch „reproductions faites“ ersetzt und damit Ziel und Tragweite des Abs. 2. im Verhältnis zum Abs. 1 klargestellt ist. Diese Fassungsänderung steht, wie seitens der russischen Vertreter erklärt worden ist, auch mit dem Sinne und Zwecke der entsprechenden Vorschrift des russischen Gesetzes über das Urheberrecht (Einführungsvorschriften Punkt XIII Nr. 2) völlig im Einklang. || Unter „œuvres scéniques“ (Abs. 7) sind, wie im Laufe der Verhandlungen festgestellt wurde, die ihrer Natur nach als Gegenstand einer bühnenmäßigen Aufführung (représentation) in Betracht kommenden Werke (dramatische, dramatisch-musikalische, choreographische und pantomimische) begriffen.

Artikel 18.

Hierzu ist bei den Verhandlungen festgestellt worden, daß der Vertrag auch für das Gebiet des Großfürstentums Finland Geltung hat.

Artikel 19.

Durch diese Bestimmung ist, unter der Bedingung der Gegenseitigkeit, den deutschen Urhebern in Rußland wie den russischen in Deutschland die Erlangung jedes Vorteils und jeder Bevorrechtigung gesichert, die eines der beiden Länder künftighin außerhalb internationaler Verbände, also auch der Berner Union, den Angehörigen eines anderen Landes einräumen sollte. Daß das Entsprechende hinsichtlich künftiger Änderungen der inneren Gesetzgebung gilt, ergibt sich aus dem Wortlaut des Artikel 1 Abs. 1 („ou accorderont par la suite“).

Artikel 20.

Die Abkürzung der zwischen der Ratifikation des Vertrags und seinem Inkrafttreten zu belassenden Frist auf drei Monate (Abs. 1), gegenüber den sechs Monaten des russisch-französischen Vertrags, liegt im Interesse der beteiligten Kreise und kann angesichts der Art, wie im vorliegenden Vertrage (Artikel 17) die Übergangsbestimmungen gestaltet sind, keinem Bedenken begegnen. || Daß anderseits (Abs. 2) die Mindestdauer des Vertrags auf fünf Jahre festgesetzt ist, gegenüber den drei Jahren des russisch-französischen Vertrags, erscheint für die beteiligten Kreise beider Länder vom Standpunkt der Stetigkeit und Sicherheit der geschäftlichen Beziehungen wertvoll.

Artikel 21.

Dieser Artikel sieht in der üblichen Weise die Ratifikation der Über einkunft vor.

Anlage 1.

Russisches Gesetz vom 20. März 1911 über das Urheberrecht.
(Russische Gesetzsammlung I Nr. 61 vom 30. März [a. St.] 1911.)
(Übersetzung.)

I. In Abänderung und Ergänzung der einschlägigen Gesetzesvorschriften wird die beiliegende Urheberrechtsordnung erlassen.

II. Punkt 1 des Artikel 1184 der Zivilgesetze (Swod Sakonow, Band X, Teil I, Ausgabe von 1900) erhält folgende Fassung: || 1184. Eine besondere, von der allgemeinen abweichende Erbfolgeordnung wird für folgende Fälle festgesetzt: || 1. für die Erbfolge in das Urheberrecht.

III. Artikel 31 der Zivilprozeßordnung (Swod Sakonow, Band XVI, Teil I, Ausgabe von 1892 und Fortsetzung von 1906) wird durch einen neuen (fünften) Punkt ergänzt, der folgende Fassung erhält: || 31. Der Kompetenz des Friedensrichters unterliegen nicht . . . . . 5. Streitigkeiten, betreffend Überlassung des Rechtes der Bearbeitung eines musikalischen Erzeugnisses für Instrumente, die es mechanisch wiedergeben.

IV. Die Artikel 217 und 1040 der Zivilprozeßordnung (Swod Sakonow, Band XVI, Teil I, Ausgabe von 1892) erhalten folgende Fassung: || 217. Prozesse, betreffend Verletzung des Urheberrechts, werden nach Ermessen des Klägers entweder bei dem Bezirksgericht, in dessen Amtsbezirke die Verletzung geschehen ist, oder aber bei demjenigen anhängig gemacht, dem der Beklagte seinem Wohnort nach untersteht. || 1040. Der Erwerb eines

literarischen, musikalischen, künstlerischen oder photographischen Werkes auf einer öffentlichen Versteigerung verleiht dem Käufer nicht das Urheberrecht an dem Werke.

V. Die Artikel 620 und 622 des Strafgesetzbuchs vom 22. März 1903 erhalten folgende Fassung: || 620. Wer sich der absichtlichen Verletzung eines fremden Urheberrechts schuldig macht, wird bestraft: || mit Arrest oder Geldstrafe nicht über 500 Rubel. || Wenn die Verletzung des Urheberrechts durch die eigenmächtige Herausgabe oder Vervielfältigung des Werkes zum Zwecke des Absatzes geschehen ist, so wird der Schuldige bestraft: || mit Gefängnis. || Falls aber der Schuldige ein fremdes Werk eigenmächtig unter seinem Namen herausgegeben hat, so wird er bestraft: || mit Gefängnis auf die Dauer von mindestens 3 Monaten. || 622. Händler, die sich der Aufbewahrung zum Verkauf oder der Einfuhr zum Verkauf oder des Verkaufs eines Gegenstandes, der notorisch unter Verletzung des Urheberrechts oder eines Patents hergestellt ist, schuldig machen, werden bestraft: || mit Arrest oder Geldstrafe nicht über 500 Rubel.

VI. Ohne die Inkraftsetzung des Strafgesetzbuchs vom 22. März 1903 in vollem Umfang abzuwarten, werden in Sachen, betreffend Verletzung des Urheberrechts, die Artikel 620 und 622 des Strafgesetzbuchs und in bezug auf diese Verletzungen das erste Kapitel des Strafgesetzbuchs in Kraft gesetzt.

VII. In Ergänzung der einschlägigen Gesetzesvorschriften wird bestimmt: || Prozesse, betreffend die Verletzung fremden Urheberrechts (Artikel 620 und 622 des Strafgesetzbuchs), werden nur auf Klage des Geschädigten begonnen. Das Urteil, betreffend Bestrafung des Schuldigen, wird aufgehoben, wenn der Kläger sich vor Vollstreckung des Urteils mit dem Beklagten verträgt.

VIII. Artikel 200 und Punkt 5 des Artikel 1260 der Strafprozeßordnung (Swod Sakonow, Band XVI, Teil 1, nach der Fortsetzung von 1909) erhalten folgende Fassung: || 200. Vor die Bezirksgerichte gehören im allgemeinen Prozeßverfahren alle Strafsachen, die von der Zuständigkeit der Friedensrichter ausgenommen sind, Prozesse, betreffend verbrecherische Handlungen, die in den Artikeln 73, 74, 78—80, 82—90, 93—98, 500 (Teil 1 Punkt 2, Teil 2 und 3), 524—527 des Strafgesetzbuchs vorgesehen sind, sowie die Prozesse, betreffend die in den Artikeln 620 und 622 des Strafgesetzbuchs vorgesehenen Verletzungen des Urheberrechts. || 1260. Punkt 5. Prozesse, betreffend verbrecherische Handlungen, die in den Artikeln 73, 74, 78—80, 82—90, 93—98, 500 (Teil 1 Punkt 2, Teil 2 und 3), 524—527 des Strafgesetzbuchs vorgesehen sind, sowie Prozesse, betreffend die in den Artikeln 620 und 622 des Strafgesetzbuchs vorgesehenen Verletzungen des Urheberrechts, werden vom Bezirksgerichte verhandelt und entschieden.

IX. In Abänderung und Ergänzung der einschlägigen Gesetzesvorschriften wird bestimmt: || Während der ganzen Dauer des Bestehens einer periodischen Veröffentlichung ist die Herausgabe anderer Veröffentlichungen unter dem gleichen Namen unzulässig.

X. In Ergänzung der einschlägigen Gesetzesvorschriften wird bestimmt: || Die Nachmachung mechanischer Noten (Scheiben, Platten, Zylinder und dergleichen), die zur Wiedergabe eines Werkes durch Grammophone, Phonographen, Pianolas und dergleichen Instrumente bestimmt sind, ist, wenn auf diesen Noten die Firma oder der Vor- und Familienname des Fabrikanten angegeben ist, ohne Einwilligung des Fabrikanten verboten. Wer eigenmächtig mechanische Noten nachgemacht hat, hat den Geschädigten für den ganzen ihm zugefügten Schaden zu entschädigen. Der Betrag der Entschädigung wird vom Gericht, unter Berücksichtigung aller Umstände des Falles, nach billigem Ermessen festgestellt.

XI. Die Anmerkung 2 zu Artikel 420, die Anlage dazu, der Artikel 1185, mit Anmerkung dazu, der Zivilgesetze (Swod Sakonow, Band X, Teil 1, Ausgabe von 1900 und Fortsetzung von 1906), die Anmerkung 2 zu Artikel 158 und die Artikel 1683, 1684 und 1685, mit Anmerkung dazu, des Strafgesetzbuchs (Swod Sakonow, Band XV, Ausgabe von 1885 und Fortsetzung von 1906) werden aufgehoben.

XII. Die Geltung dieses Gesetzes wird auf die Gouvernements des Zartums Polen und die baltischen ausgedehnt. Die Artikel 1971, 3981—3993, 3994, mit Anmerkung dazu, des Kodex der Zivilgesetze der baltischen Gouvernements (Sammlung der örtlichen Gesetze der Ostseegouvernements, Teil III, Ausgabe von 1864) werden aufgehoben.

XIII. In bezug auf die Werke der Literatur, der Musik und der Kunst, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes erschienen sind, wird folgendes bestimmt: || 1. Das Gesetz über das Urheberrecht findet Anwendung auf folgende bereits erschienene Werke: || a) auf Werke, hinsichtlich deren die in der Anlage zu Anmerkung 2 zu Artikel 420 der Zivilgesetze (Swod Sakonow, Band X, Teil 1, Ausgabe von 1900 und Fortsetzung von 1906) und in Artikel 1971 und der Anmerkung zu Artikel 3994 des Kodex der Zivilgesetze der baltischen Gouvernements (Sammlung der örtlichen Gesetze der Ostseegouvernements, Teil III, Ausgabe von 1864) festgesetzten Fristen des Urheberrechts nicht vor Inkrafttreten dieses Gesetzes abgelaufen sind; diese Werke genießen den Schutz des Urheberrechts für die Dauer der vor Inkrafttreten dieses Gesetzes gültig gewesenen Fristen, wenn diese Fristen länger als die in diesem Gesetze festgesetzten sind, und || b) auf Werke ausländischer Untertanen, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes in Rußland

keinen Schutz genossen, falls das Urheberrecht an diesen Werken nach den Gesetzen des Landes, dessen Angehöriger der Verfasser ist, nicht vor Inkrafttreten dieses Gesetzes abgelaufen ist. || 2. Das gegenwärtige Gesetz erstreckt sich nicht auf vor seinem Inkrafttreten erschienene Werke, wenn deren Herausgabe nach den damaligen Gesetzen keine Verletzung des Urheberrechts bildete. || 3. Die in diesem Gesetze festgesetzten Fristen für die Verjährung des Klagerechts finden auf alle Verletzungen des Urheberrechts Anwendung, hinsichtlich deren am Tage des Inkrafttretens des Gesetzes über das Urheberrecht die durch die bisherigen Gesetze festgesetzte Verjährungsfrist noch nicht abgelaufen ist. || 4. Auf Verlagsverträge, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes abgeschlossen sind, finden die Artikel 9, 67, 68, 71 und 72 der Urheberrechtsordnung keine Anwendung.

Urheberrechtsordnung.

Erstes Kapitel.

Allgemeine Vorschriften.

Artikel 1.

Das Urheberrecht erstreckt sich auf: || 1. literarische Werke, sowohl schriftliche wie mündliche (Reden, Vorlesungen, Referate, Berichte, Mitteilungen, Predigten usw.); || 2. musikalische Werke, einschließlich musikalischer Improvisationen; || 3. Kunstwerke (Malerei, Gravierung und andere graphische Künste. Skulptur und Baukunst) und || 4. photographische und ähnliche Werke, die auf den im sechsten Kapitel angegebenen Grundlagen geschützt werden.

Artikel 2.

Dem Urheber steht das ausschließliche Recht zu, sein Werk mit allen möglichen Mitteln zu vervielfältigen, zu veröffentlichen und zu verbreiten.

Artikel 3.

Als Verletzung des Urheberrechts gilt nicht die Benutzung eines fremden Werkes zur Schaffung eines neuen, sich wesentlich von jenem unterscheidenden Werkes sowie die Herstellung einer Vervielfältigung ausschließlich zum eigenen Gebrauch und, soweit es sich um Kunstwerke handelt, wenn auf der Vervielfältigung die Unterschrift oder das Monogramm des Urhebers des Originals nicht angebracht wird.

Artikel 4.

Das Urheberrecht wird zuerkannt: || 1. in bezug auf in Rußland erschienene Werke: allen Urhebern und ihren Rechtsnachfolgern ohne Rück-

sicht auf ihre Staatsangehörigkeit; || 2. in bezug auf im Ausland erschienene Werke: Urhebern, die russische Untertanen sind, und ihren Rechtsnachfolgern ohne Rücksicht auf deren Staatsangehörigkeit; || 3. in bezug auf nicht erschienene Werke: allen Urhebern und ihren Rechtsnachfolgern, ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit und den Ort, wo das Werk sich befindet.

Artikel 5.

Das Urheberrecht an einem Werke, das von mehreren Personen gemeinsam verfaßt ist und ein unteilbares Ganzes bildet, steht sämtlichen Urhebern zu, wobei die Regeln über das Gesamteigentum entsprechende Anwendung finden.

Artikel 6.

Nach dem Tode des Urhebers geht das Urheberrecht auf seine Erben über. || Anmerkung: In der Intestaterbfolgeordnung auf Grund der allgemeinen Zivilgesetze (Swod Sakonow, Band X, Teil 1) werden für das Urheberrecht folgende Ausnahmen festgesetzt: || 1. auf den Gatten, der in bezug auf das Urheberrecht der einzige Erbe ist, geht es nicht in der gesetzlichen Quote, sondern in vollem Umfange über; || 2. auf Eltern, die in bezug auf das Urheberrecht die einzigen Erben sind, geht es nicht zu lebenslänglicher Nutznießung, sondern zu Eigentum über, und || 3. falls ein Ehegatte und Eltern hinterblieben, aber andere Erben in bezug auf das Urheberrecht nicht vorhanden sind, so finden die Vorschriften über das Gesamteigentum entsprechende Anwendung, wobei der Ehegatte und die Eltern zu gleichen Teilen erbberechtigt sind.

Artikel 7.

Falls der Urheber bei Lebzeiten über sein Urheberrecht nicht verfügt und keine Erben hinterlassen hat, so erlischt das Urheberrecht mit dem Tode des Urhebers. || Nach dem Tode eines der Urheber eines Werkes, das von mehreren Personen gemeinsam verfaßt ist, geht das Urheberrecht, wenn der Verstorbene bei Lebzeiten nicht darüber verfügt und keine Erben hinterlassen hat, auf die übrigen Urheber des Werkes über.

Artikel 8.

Der Vertrag über die Veräußerung des Urheberrechts, über die Abtretung des Rechtes zur Herausgabe oder über die Überlassung des Rechtes zur Übersetzung, der öffentlichen Aufführung oder irgendwelcher anderer dem Urheber zustehender Rechte an eine andere Person muß schriftlich abgefaßt werden.

Artikel 9.

Die in dem vorhergehenden Artikel bezeichneten Verträge hinsichtlich künftiger Werke des Urhebers sind höchstens bis zum Ablauf von 5 Jahren gültig, auch wenn im Vertrag eine längere oder ewige Vertragsdauer vereinbart sein sollte.

Artikel 10.

Das Urheberrecht kann nicht ohne Einwilligung des Urhebers bei seinen Lebzeiten und ohne Einwilligung seiner Erben nach seinem Tode Gegenstand der Zwangsvollstreckung sein. Das Verlagsrecht oder ein anderes dem Urheber zustehendes Recht, das vertraglich einer anderen Person überlassen ist, kann Gegenstand der Vollstreckung für die Schulden dieser Person sein, jedoch nur innerhalb der Grenzen des Vertrags.

Artikel 11.

Das Urheberrecht an literarischen, musikalischen und Kunstwerken gehört dem Urheber, solange er lebt, und seinen Erben oder sonstigen Rechtsnachfolgern bis zum Ablauf von 50 Jahren nach dem Tode des Urhebers. || Die Dauer des Urheberrechts an Werken, die nach dem Tode des Urhebers erscheinen, wird berechnet vom Tode des Urhebers, auch wenn in den einschlägigen Artikeln dieser Ordnung die Berechnung der Dauer vom Erscheinen des Werkes vorgeschrieben ist.

Artikel 12.

Die Dauer des Urheberrechts an einem Werke, das durch die gemeinsame Arbeit mehrerer Personen verfaßt ist und ein unteilbares Ganzes bildet, berechnet sich für die Rechtsnachfolger der Urheber vom Tode desjenigen Urhebers, der die übrigen überlebt.

Artikel 13.

Die Verfasser von Sammlungen von Volksliedern und Melodien, Sprichwörtern, Märchen, Erzählungen, Volksepen und dergleichen Erzeugnissen der Volksschöpfung, die sich durch mündliche Überlieferung erhalten haben, sowie die Verfasser von Sammlungen von Zeichnungen und anderen Erzeugnissen der Volkskunst besitzen das Urheberrecht an diesen Sammlungen bis zum Ablauf von 50 Jahren seit ihrem Erscheinen. || Dieses Recht hindert jedoch andere Personen nicht, dieselben Erzeugnisse in selbständiger Bearbeitung oder in selbständigen Sammlungen herauszugeben.

Artikel 14.

Die Herausgeber von Zeitungen, Journalen und anderen periodischen Veröffentlichungen, von Wörterbüchern, Almanachs und anderen Sammel-

werken, die aus einzelnen Werken verschiedener Autoren zusammengestellt sind, besitzen das Urheberrecht an diesen Veröffentlichungen bis zum Ablauf von 25 Jahren seit ihrem Erscheinen. Die Mitarbeiter an den genannten Veröffentlichungen haben das Urheberrecht an ihrem einzelnen Erzeugnis, wenn nicht das Gegenteil vertraglich vereinbart ist.

Artikel 15.

Die Verfügung über ein Werk, das von mehreren Personen gemeinsam verfaßt ist und aus Teilen besteht, die eine selbständige wissenschaftliche, literarische, musikalische oder künstlerische Bedeutung bewahren, kann nur mit Einwilligung sämtlicher Urheber erfolgen, falls aus dem Wesen der gegenseitigen Beziehungen der Urheber nicht das Gegenteil hervorgeht; jedoch behält jeder von den Urhebern das Urheberrecht an seinem einzelnen Erzeugnis.

Artikel 16.

Falls die Dauer des Urheberrechts vom Erscheinen des Werkes berechnet wird, so bestimmt sie sich: für Werke, die in Bänden erscheinen — besonders für jeden Band; für periodische Veröffentlichungen — besonders für jede Nummer, jedes Buch oder Heft; für Werke, die in Lieferungen erscheinen — vom Erscheinen der letzten Lieferung, wenn die Zwischenräume zwischen der Herausgabe der einzelnen Lieferungen zwei Jahre nicht übersteigen, entgegengesetzten Falles vom Erscheinen jeder einzelnen Lieferung.

Artikel 17.

Falls ein Werk ohne Angabe des Verfassernamens (anonym) oder unter angenommenem Namen (pseudonym) erscheint, so dauert das Urheberrecht daran 50 Jahre seit Erscheinen des Werkes; falls aber vor Ablauf dieser Frist der Urheber oder seine Rechtsnachfolger erklären, das Urheberrecht an dem Werke für sich zu beanspruchen, so treten sie auf Grundlage der allgemeinen Vorschrift in ihre Rechte.

Artikel 18.

Die Dauer des Urheberrechts wird vom 1. Januar des Jahres berechnet, in dem der Urheber gestorben oder das Werk erschienen ist.

Artikel 19.

Bei allen gesetzlich zulässigen Entlehnungen aus fremden Werken muß der Urheber und die Quelle der Entlehnung angegeben werden.

Artikel 20.

Diejenige Person, der das Urheberrecht an einem Werke ganz oder teilweise abgetreten ist, ist nicht berechtigt, ohne Einwilligung des Urhebers oder seiner Erben das Werk mit Ergänzungen oder Kürzungen oder überhaupt mit Änderungen, außer solchen durch offenbare Notwendigkeit hervorgerufenen Änderungen, zu denen der Urheber mit gutem Gewissen seine Einwilligung nicht versagen könnte, herauszugeben oder öffentlich aufzuführen.

Artikel 21.

Wer absichtlich oder aus Unvorsichtigkeit die Rechte des Urhebers oder seiner Rechtsnachfolger verletzt, ist verpflichtet, den Geschädigten für den ganzen ihm zugefügten Schaden zu entschädigen.

Artikel 22.

Wer in gutem Glauben und infolge eines verzeihlichen Irrtums das Urheberrecht verletzt, haftet dem Urheber oder seinen Rechtsnachfolgern gegenüber für den ihnen zugefügten Schaden in einem Betrage, der den erzielten Nutzen nicht übersteigt.

Artikel 23.

Der Betrag der dem Urheber oder seinen Rechtsnachfolgern nach den Artikeln 21 und 22 dieser Ordnung zukommenden Entschädigung wird vom Gericht unter Berücksichtigung aller Umstände des Falles nach billigem Ermessen festgesetzt.

Artikel 24.

Im Falle der gesetzwidrigen Herausgabe eines Werkes durch den Druck werden die herausgegebenen Exemplare sowie die ausschließlich für diese Herausgabe hergestellten Geräte, als Stereotyplettern, Bretter, Steine und dergleichen, auf Verlangen der geschädigten Partei entweder ihr zu einem durch Vereinbarung oder durch Schätzung des Gerichts bestimmten Preise unter Anrechnung auf die Entschädigung für den zugefügten Schaden übergeben oder aber unbrauchbar gemacht und bei dem Eigentümer belassen. || Falls die Herausgabe nur in bezug auf einen gewissen Teil des Werkes gesetzwidrig ist und dieser Teil von dem übrigen abgesondert werden kann, so wird nur dieser Teil unbrauchbar gemacht oder dem Kläger übergeben. || Der Unbrauchbarmachung oder Übergabe an den Kläger unterliegen alle gesetzwidrig herausgegebenen Exemplare und Geräte der ungesetzlichen Vervielfältigung, sowohl die beim Herausgeber vorgefundenen als auch diejenigen, die sich beim Buchhändler, beim Drucker und überhaupt bei

irgendwelchen Personen zum Zwecke der Verbreitung vorfinden. || Anmerkung: Als gesetzwidrige Herausgabe gilt auch die eigenmächtige Übertragung eines Musikwerkes auf mechanische Noten aller Art.

Artikel 25.

Die Klage auf Entschädigung für Verluste, die durch Verletzung des Urheberrechts verursacht worden sind, sowie die im vorhergehenden Artikel (24) bezeichneten Forderungen können nach Ermessen des Klägers im Zivilprozeßverfahren anhängig gemacht werden, ohne Einleitung eines Strafverfahrens.

Artikel 26.

Das Recht zur Erhebung einer Entschädigungsklage für Verluste aus der Verletzung des Urheberrechts erlischt nach Ablauf einer Verjährungsfrist von fünf Jahren seit der Verletzung des genannten Rechtes. || Auf der Verletzung des Urheberrechts beruhende Klagen auf Einziehung gesetzwidrig herausgegebener Exemplare (Artikel 24) und der Geräte der gesetzwidrigen Vervielfältigung können innerhalb der Dauer des Urheberrechts so lange anhängig gemacht werden, als solche Exemplare und die zur gesetzwidrigen Vervielfältigung angefertigten Geräte vorhanden sind.

Zweites Kapitel.

Das Urheberrecht an Literaturwerken.

Artikel 27.

Der öffentliche Vortrag eines nicht erschienenen Literaturwerkes oder die Veröffentlichung seines Inhalts ist ohne Einwilligung des Verfassers unzulässig.

Artikel 28.

Privatbriefe, die von dem Verfasser nicht zum Drucke bestimmt waren, dürfen nur mit Einwilligung sowohl des Verfassers als auch derjenigen Person, an die sie gerichtet sind, falls aber eine von diesen Personen gestorben ist und in Ermangelung einer besonderen Verfügung ihrerseits, nur mit Einwilligung ihrer gesetzlichen Erben herausgegeben werden. Nach Ablauf von 50 Jahren seit dem Tode der letzten der Personen, die miteinander korrespondiert haben, ist zur Herausgabe von Privatbriefen nur noch die Einwilligung des überlebenden Gatten und der Kinder der genannten Personen erforderlich.

Artikel 29.

Tagebücher und private, nicht zum Drucke bestimmte Aufzeichnungen aller Art dürfen nach dem Tode des Verfassers nur mit Einwilligung seiner gesetzlichen Erben herausgegeben werden, falls der Verstorbene hierüber

nicht eine andere Verfügung getroffen hat. Nach Ablauf von 5 Jahren seit dem Tode des Verfassers ist zur Herausgabe nur noch die Einwilligung des überlebenden Gatten und der Kinder des Verfassers erforderlich.

Artikel 30.

Der Herausgeber einer alten Handschrift genießt das Urheberrecht an seiner Veröffentlichung bis zum Ablauf von 50 Jahren seit ihrem Erscheinen; dieses Recht hindert jedoch andere Personen nicht, dieselbe Handschrift in selbständiger Bearbeitung herauszugeben.

Artikel 31.

Die Dramatisierung eines erzählenden Werkes oder die Umarbeitung eines dramatischen Werkes in die erzählende Form ist ohne die Einwilligung des Verfassers oder seiner Erben unzulässig.

Artikel 32.

Der Nachdruck von im Ausland herausgegebenen Literaturwerken ist ohne Einwilligung der Personen, die nach den Gesetzen des Landes, in dem das Werk erschienen ist, das Urheberrecht daran haben, unzulässig, soweit dieses Recht nicht über diejenigen Fristen des Urheberrechts, die in dieser Ordnung festgesetzt sind, hinausgeht.

Artikel 33.

Der Verfasser eines in Rußland erschienenen Werkes sowie ein russischer Untertan, der sein Werk im Ausland herausgegeben hat, gleich wie ihre Erben genießen das ausschließliche Recht der Übersetzung in andere Sprachen, sofern sie sich auf dem Titelblatt oder in der Vorrede des Werkes dieses Recht vorbehalten haben. || Das ausschließliche Recht der Übersetzung genießt der Verfasser bis zum Ablauf von 10 Jahren seit Erscheinen des Originals unter der Bedingung, daß der Verfasser eine Übersetzung im Laufe von 5 Jahren seit Erscheinen des Originals drucken läßt. Die Rückübersetzung einer Übersetzung in die Sprache des Originals ist so lange unzulässig, als das Urheberrecht an dem Originale dauert.

Artikel 34.

Werke, die gleichzeitig in mehreren Sprachen herausgegeben werden, gelten in allen diesen Sprachen als Originalwerke.

Artikel 35.

Im Ausland erschienene Werke von ausländischen Staatsangehörigen können in Rußland in Übersetzungen ins Russische oder andere Sprachen

auch ohne die Einwilligung der Verfasser oder deren Rechtsnachfolger herausgegeben werden, sofern nicht die Notwendigkeit dieser Einwilligung in den von Rußland mit auswärtigen Staaten abgeschlossenen Verträgen über den Schutz des Urheberrechts festgesetzt ist. || Durch solche Verträge dürfen ausländischen Staatsangehörigen keine größeren Rechte eingeräumt werden als diejenigen, welche russische Untertanen laut Artikel 33 dieser Ordnung genießen; innerhalb dieser Grenzen kann das ausschließliche Recht der Übersetzung von im Ausland erschienenen Werken ausländischen Staatsangehörigen nur unter der Bedingung eingeräumt werden, daß die Rechte russischer Untertanen in dem vertragschließenden Staate denselben Schutz genießen.

Artikel 36.

Der Übersetzer hat das Urheberrecht an seiner Übersetzung. Dieses Recht hindert jedoch andere Personen nicht, selbständig dasselbe Werk zu übersetzen.

Artikel 37.

Gegenstand des Urheberrechts sind nicht: Gesetze und Regierungsverfügungen, Beschlüsse der gesetzgebenden Körperschaften, der Semstwo, städtischen, ständischen und übrigen öffentlichrechtlichen Körperschaften und die Materialien, auf denen diese Gesetze, Verfügungen und Beschlüsse beruhen, sowie gerichtliche Entscheidungen.

Artikel 38.

Reden, die öffentlich in den gesetzgebenden Körperschaften, in Gerichten, in Semstwo, städtischen, ständischen und übrigen öffentlichrechtlichen Körperschaften sowie überhaupt in irgendwelchen öffentlichen Versammlungen gehalten worden sind, dürfen in periodischen Veröffentlichungen sowie in besonderen Berichten über die Sitzungen dieser Körperschaften und Versammlungen ohne Einwilligung des Urhebers abgedruckt werden. Der Urheber behält jedoch das ausschließliche Recht auf die Herausgabe sowohl einzelner Reden als auch von Sammlungen von solchen.

Artikel 39.

In Literaturwerken sind kleine Auszüge aus bereits erschienenen fremden Werken und selbst der völlige Abdruck fremder, dem Umfang nach kleiner Werke zulässig, sofern solche Auszüge oder Abdrücke in ein Werk aufgenommen werden, das ein selbständiges Ganzes darstellt, desgleichen in Chrestomathien und anderen Sammelwerken mit belehrendem, wissenschaftlichem oder technischem Zwecke.

Artikel 40.

In Zeitungen, Journalen und sonstigen periodischen Veröffentlichungen können aus anderen periodischen Veröffentlichungen Nachrichten über die laufenden Ereignisse und die Tagesneuigkeiten sowie außerstädtische telegraphische und telephonische Nachrichten, auch solche von eigenen Korrespondenten, abgedruckt werden. Die übrigen Artikel periodischer Veröffentlichungen dürfen in dem Falle abgedruckt werden, wenn der Verfasser dies nicht verboten hat. || Beständige Abdrücke aus einer und derselben Veröffentlichung sind verboten. || Außerstädtische telegraphische und telephonische Nachrichten, die mit dem Vermerke des Verbots versehen sind, dürfen im Laufe von 18 Stunden seit ihrer Veröffentlichung in den örtlichen Zeitungen nicht wiedergegeben werden.

Artikel 41.

Die Vorschriften dieses Kapitels finden entsprechende Anwendung auf das Urheberrecht an geographischen, topographischen, astronomischen und Karten anderer Art, Globussen, Atlanten, naturkundlichen Zeichnungen, Architektur- und anderen technischen Plänen, Zeichnungen, Rissen und ähnlichen Erzeugnissen, wenn sie ihrem Hauptzweck und ihrer Bestimmung nach nicht zur Kategorie der Kunstwerke gehören.

Drittes Kapitel.

Das Urheberrecht an Musikwerken.

Artikel 42.

Das Urheberrecht an einem Musikwerk enthält auch das ausschließliche Recht des Komponisten auf die Zusammenstellung und Herausgabe von Kürzungen, Auszügen und Potpourris aus seinem Musikwerk, auf die Umarbeitung desselben, teilweise oder im ganzen, für eine oder mehrere Stimmen, andere Tonarten, einzelne Instrumente oder ein ganzes Orchester, auf die Uminstrumentierung des Werkes sowie auf die Übertragung desselben auf mechanische Noten aller Art (Scheiben, Platten, Zylinder usw.), die bestimmt sind zur Aufführung des Werkes durch Grammophone, Phonographen, Pianolas und ähnliche Instrumente. || Falls der Komponist persönlich oder mit seiner Einwilligung eine andere Person von dem Rechte der Übertragung des Musikwerkes auf Instrumente, die es mechanisch wiedergeben (Phonographen, Grammophone und dergleichen), zum Zwecke des Verkaufs Gebrauch gemacht hat, so ist damit auch jeder andere, der in Rußland eine mechanische Anstalt dafür hat, befugt, von dem Komponisten die Überlassung des Rechtes zu einer solchen Übertragung zu verlangen und im Falle der Ablehnung die Überlassung dieses Rechtes auf gerichtlichem Wege

zu beantragen, wobei das Gericht, indem es über den Antrag entscheidet, gleichzeitig auch nach billigem Ermessen den Betrag der dem Komponisten zukommenden Vergütung sowie die Bedingungen und die Art ihrer Verwirklichung festsetzt.

Artikel 43.

Als Verletzung des Urheberrechts an Musikwerken gilt nicht: || 1. die Herausgabe von Variationen, Transskriptionen, Phantasien, Etuden über ein fremdes Musikwerk oder einen Teil des Werkes oder überhaupt eine Entlehnung aus demselben, wenn alle diese Werke sich so sehr von dem Original unterscheiden, daß sie als ein neues und selbständiges Musikwerk angesehen werden müssen, und || 2. die Anführung einzelner Passagen eines erschienenen oder öffentlich aufgeführten Musikwerkes als Beispiel in Ausgaben mit wissenschaftlichem oder Lehrzweck.

Artikel 44.

Der Nachdruck von im Ausland erschienenen Musikwerken ist ohne Einwilligung der Personen, die nach den Gesetzen des Landes, in dem das Werk erschienen ist, das Urheberrecht daran haben, unzulässig, soweit dieses Recht nicht über die in dieser Ordnung festgesetzten Fristen des Urheberrechts hinausgeht.

Artikel 45.

Der Komponist darf für sein Werk einen Text benutzen, der ganz oder teilweise aus einem bereits gedruckten Literaturwerk entlehnt ist. Die Herausgabe dieses Textes ist nur zusammen mit dem Musikwerk oder gesondert davon im Konzertprogramme zulässig. Die Benutzung eines Literaturwerkes, das ausdrücklich zu dem Zwecke geschrieben worden ist, um als Text für ein Musikwerk zu dienen, ist dem Komponisten jedoch nur mit Einwilligung des Verfassers des Literaturwerkes gestattet.

Artikel 46.

Das Urheberrecht an einem Musikwerk mit einem im Auftrag des Komponisten geschriebenen Texte steht für das ganze Werk dem Komponisten zu, allein das Recht auf die gesonderte Herausgabe des Textes gehört, sofern keine andere Vereinbarung getroffen ist, dem Verfasser.

Viertes Kapitel.

Das Recht der öffentlichen Aufführung von dramatischen, musikalischen und dramatisch-musikalischen Werken.

Artikel 47.

Das Urheberrecht an einem dramatischen, musikalischen und dramatisch-musikalischen Werke schließt auch das ausschließliche Recht der öffentlichen Aufführung ein.

Artikel 48.

Das Recht des Komponisten auf die öffentliche Aufführung eines Musikwerkes wird nur in dem Falle geschützt, wenn auf jedem Exemplare des Werkes angegeben ist, daß der Komponist sich dieses Recht vorbehält.

Artikel 49.

Für die öffentliche Aufführung eines Musikwerkes mit dem Texte genügt die Einwilligung des Komponisten.

Artikel 50.

Die öffentliche Aufführung eines Musikwerkes ohne Einwilligung des Komponisten ist zulässig: || 1. wenn die Aufführung weder unmittelbar noch mittelbar den Zweck der Bereicherung verfolgt; || 2. wenn die Aufführung während eines Volksfestes erfolgt, oder || 3. wenn der Erlös ausschließlich zu wohltätigen Zwecken bestimmt ist und die Mitwirkenden keine Vergütung erhalten.

Fünftes Kapitel.

Das Urheberrecht an Kunstwerken.

Artikel 51.

Die Veräußerung eines Kunstwerkes seitens des Künstlers gibt dem Käufer nicht das Urheberrecht an dem Kunstwerk, sofern nicht ein anderes im Vertrage bestimmt ist.

Artikel 52.

In Ermangelung einer anderen Vereinbarung gehört dem Künstler das Urheberrecht an Kunstwerken, die er im Auftrag einer anderen Person ausgeführt hat. Diese Bestimmung erstreckt sich nicht auf Porträts und Büsten; das Recht, solche nachzubilden, auszustellen und herauszugeben, gehört der Person, die das Porträt oder die Büste darstellt oder ihren Erben.

Artikel 53.

Der Eigentümer eines Kunstwerkes ist nicht verpflichtet, dem Künstler die Benutzung des Werkes zur Nachbildung, Vervielfältigung oder Herausgabe desselben zu gestatten.

Artikel 54.

Kunstwerke, die unmittelbar vom Künstler für Gotteshäuser, Kaiserliche Schlösser, Museen, Regierungs- und öffentliche Anstalten angekauft worden sind, dürfen mit Genehmigung der zuständigen Behörde, auch ohne Einwilligung des Künstlers, nachgebildet werden.

Artikel 55.

Als Verletzung des Urheberrechts an Kunstwerken gilt die Nachbildung, Vervielfältigung oder Herausgabe des Werkes als Ganzen oder zu einem Teile: || 1. vermittels jedes Verfahrens, das zu derselben Kunstgattung gehört, und 2. nicht nur nach dem Originale, sondern auch nach einer Nachbildung.

Artikel 56.

Als Verletzung des Urheberrechts an Kunstwerken gilt nicht: || 1. die Darstellung eines Erzeugnisses der Malerei auf dem Wege der Skulptur und umgekehrt eines Skulpturwerkes auf dem Wege der Malerei; || 2. die Wiedergabe einzelner Kunstwerke in einer selbständigen wissenschaftlichen Untersuchung oder in einem Buche, das Lehrzwecken dient, sofern die Wiedergabe ausschließlich zur Erläuterung des Textes erfolgt; || 3. die Wiedergabe von Kunstwerken, die sich auf Straßen, Plätzen und anderen öffentlichen Orten befinden, in einer anderen Kunstgattung; || 4. die Anbringung einzelner Teile des Kunstwerkes an Erzeugnissen der Fabrikindustrie und des Handwerkes und || 5. die Aufstellung von Kunstwerken auf einer öffentlichen Ausstellung.

Artikel 57.

Ein jeder darf Bauten und Anlagen nach vom Urheber veröffentlichten Architektur-, Ingenieur- und anderen technischen Plänen, Zeichnungen und Rissen ausführen, wenn der Urheber sich dieses Recht nicht bei der Veröffentlichung selbst vorbehalten hat. Eine Person, die von dem Urheber technische Pläne, Zeichnungen oder Risse erworben hat, kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung danach Bauten und Anlagen ausführen, ist aber nicht befugt, dieses Recht ohne Einwilligung des Urhebers dritten Personen abzutreten.

Artikel 58.

Im Falle der gesetzwidrigen Wiedergabe von Kunstwerken jeder Art, ausgenommen Architekturwerke und errichtete Denkmäler, finden die Vorschriften des Artikel 24 entsprechende Anwendung, mit der Maßgabe jedoch, daß die unbrauchbar zu machenden Kunstwerke sowie die ausschließlich zu ihrer Herstellung dienenden Geräte (Formen, Steine, Platten usw.) auf Ansuchen desjenigen, der das Urheberrecht verletzt hat und auf seine Kosten, statt unbrauchbar gemacht zu werden, der Benutzung entzogen und für die Dauer des Urheberrechts an diesen Werken der Inventarisierung und dem Arrest unterworfen werden können.

Sechstes Kapitel.

Das Urheberrecht an photographischen Erzeugnissen.

Artikel 59.

Der Photograph hat das ausschließliche Recht der Nachbildung, Vervielfältigung und Herausgabe des photographischen Werkes vermittels des Lichtdrucks, eines mechanischen, chemischen oder anderen ähnlichen Verfahrens. In bezug auf Porträts und andere im Auftrag ausgeführte photographische Erzeugnisse gehört das Urheberrecht dem Auftraggeber.

Artikel 60.

Um sich das Urheberrecht an einer photographischen Darstellung vorzubehalten, hat der Photograph auf jedem Exemplar anzubringen: || 1. die Firma oder den Vor- und Familiennamen und den Wohnort des Photographen oder des Herausgebers des photographischen Erzeugnisses und || 2. das Jahr der Herausgabe.

Artikel 61.

Das Urheberrecht an photographischen Erzeugnissen ist auf 10 Jahre seit Erscheinen des Erzeugnisses beschränkt. || Diese Frist erhöht sich auf 25 Jahre, wenn die photographischen Erzeugnisse in Form von Sammlungen oder Serien von Aufnahmen, die ein selbständiges künstlerisches, historisches oder wissenschaftliches Interesse darbieten, herausgegeben sind. || Das Urheberrecht an photographischen Erzeugnissen, die einen Bestandteil von Literaturwerken bilden, sei es auch nur in Form von Beilagen dazu, dauert so lange, wie das Urheberrecht an den betreffenden Literaturwerken.

Artikel 62.

Als Verletzung des Urheberrechts an photographischen Erzeugnissen gilt nicht: || 1. die Herstellung von Nachbildungen zu eigenem Gebrauche; 2. die Aufstellung des Erzeugnisses auf einer öffentlichen Ausstellung; || 3. die Wiedergabe desselben in einer selbständigen wissenschaftlichen Untersuchung oder in einem Buche, das Lehrzwecken dient, sofern die Wiedergabe ausschließlich zur Erläuterung des Textes erfolgt, und || 4. die Anbringung desselben, sei es auch als Ganzen, an Erzeugnissen der Fabrikindustrie und des Handwerkes.

Artikel 63.

Auf photographische Erzeugnisse finden entsprechende Anwendung die Artikel 4 bis 8, 11 Abs. 2, 14, 16 und 18 bis 26 dieser Ordnung.

Artikel 64.

Die Vorschriften dieses Kapitels finden nicht nur auf photographische, sondern auch auf solche Erzeugnisse Anwendung, die durch ein der Photographie ähnliches Verfahren hergestellt werden.

Siebentes Kapitel.

Der Verlagsvertrag.

Artikel 65.

Auf Grund des Verlagsvertrags ist der Urheber, der einer anderen Person (dem Verleger) das Recht auf eine oder mehrere Ausgaben seines Werkes abgetreten hat, verpflichtet, das letztere dem Verleger zur Verfügung zu stellen, der seinerseits verpflichtet ist, das Werk in der gehörigen Form und in der vereinbarten Zahl von Exemplaren herauszugeben und alle gewöhnlich beobachteten Maßnahmen zur Verbreitung der Ausgabe zu ergreifen.

Artikel 66.

Soweit es zum Schutze der Rechte des Verlegers aus dem Verlagsvertrag erforderlich ist, genießt der Verleger sowohl gegenüber dem Urheber wie gegenüber dritten Personen das Urheberrecht an dem Werke, vorbehaltlich derjenigen Ausnahmen, die im Gesetz oder im Vertrage festgesetzt sind.

Artikel 67.

Die Weiterübertragung des vom Verleger erworbenen Rechtes auf eine andere Person ist nur mit Einwilligung des Urhebers oder seiner Rechtsnachfolger zulässig.

Artikel 68.

In Ermangelung einer Vereinbarung über die Frist für die Herausgabe eines Werkes ist der Verleger verpflichtet, es in einer den Umständen entsprechenden Frist und jedenfalls innerhalb von 3 Jahren seit Abschluß des Vertrags oder seit Empfang des Werkes, falls es später übergeben worden ist, herauszugeben. Erfolgt die Herausgabe nicht innerhalb dieser Jahre, so erlischt der Vertrag auf Antrag des Urhebers. || Desgleichen erlischt der Vertrag auf Antrag des Urhebers, wenn sich berücksichtigenswerte Umstände herausstellen, die, mögen sie auch nicht im Artikel 684 der Zivilgesetze (Swod Sakonow, Band X, Teil 1, Ausgabe von 1900) vorgesehen sein, doch den Urheber zwingen, von der Veröffentlichung seines Werkes Abstand zu nehmen. In diesem Falle hat der Urheber dem Verleger die gehabten Kosten für die Herausgabe zu ersetzen.

Artikel 69.

In Ermangelung einer Vereinbarung über die Zahl der Ausgaben und Exemplare ist der Verleger eines Literatur- oder Kunstwerkes befugt, eine Ausgabe in einer Menge von höchstens 1 200 Exemplaren zu veranstalten, der Verleger von Noten eine Ausgabe von höchstens 200 Exemplaren.

Artikel 70.

Der Verleger ist nicht befugt, ohne Einwilligung des Urhebers oder seiner Erben, weder im Werke selbst noch in dem Titel noch in der Bezeichnung des Urhebers irgendwelche Ergänzungen, Kürzungen oder überhaupt Veränderungen vorzunehmen, mit Ausnahme solcher, durch die offenbare Notwendigkeit hervorgerufenen Änderungen, zu denen der Urheber seine Zustimmung mit gutem Gewissen nicht versagen könnte.

Artikel 71.

Der Urheber, der das Recht auf eine Ausgabe seines Werkes abgetreten hat, kann eine neue Ausgabe seines Werkes sofort, nachdem die abgetretene Ausgabe vom Verleger ausverkauft ist, veranstalten. Der Urheber ist befugt, die unverkauft gebliebenen Exemplare zu dem beim Erscheinen des Werkes festgesetzten Verkaufspreis dem Verleger abzunehmen. || In Ermangelung eines anderen Abkommens kann der Urheber nach Ablauf von 5 Jahren seit Erscheinen des Werkes und, wenn das Recht auf mehrere Ausgaben abgetreten ist, nach Ablauf von so vielen Jahrfünften, als Ausgaben abgetreten worden sind, eine neue Ausgabe veranstalten.

Artikel 72.

In seine gesammelten Werke kann der Urheber auch solche Werke aufnehmen, deren Herausgabe er anderen Personen abgetreten hat, wenn seit ihrem Erscheinen mehr als 3 Jahre und bei Musik- und Kunstwerken mehr als 10 Jahre verflossen sind. Der Urheber ist jedoch nicht befugt, solche Werke gesondert von den gesammelten Werken zu verkaufen.

Artikel 73.

Der Urheber, der das Recht zur Herausgabe seines Werkes abgetreten hat, kann das Werk neu herausgeben, wenn es so wesentlich umgearbeitet ist, daß es als ein neues Werk anzusehen ist.

Artikel 74.

Die Abtretung des Rechtes zur Herausgabe eines dramatischen, musikalischen oder dramatisch-musikalischen Werkes schließt nicht die Abtretung des Rechtes zu seiner öffentlichen Aufführung und zur Übertragung eines musikalischen Werkes auf Instrumente, die es mechanisch wiedergeben, in sich.

Artikel 75.

Die Abtretung des Rechtes zur Herausgabe eines Literaturwerkes schließt nicht in sich die Abtretung des Rechtes: || 1. zur Übersetzung desselben in andere Sprachen und || 2. zur Dramatisierung eines erzählenden Werkes oder zur Umarbeitung eines dramatischen Werkes in die erzählende Form.

Nr. 14490. DEUTSCHES REICH. Vertrag über den Bau der Bahnstrecke Duala—Bidjoka, km150,6 der Mittellandbahn in Kamerun.

$\frac{\text{Berlin, 9. Mai}}{\text{Buna, 17. Juni}}$ 1912.

Zwischen dem Fiskus des Schutzgebiets Kamerun, nachstehend Fiskus genannt, vertreten durch den Gouverneur, einerseits, und der Deutschen Kolonial-Eisenbahn-Bau- und Betriebsgesellschaft, Berlin, nachstehend Unternehmerin genannt, vertreten durch ihren Vorstand, andererseits, wird unter Aufhebung des Abkommens vom $\frac{\text{5. Februar}}{\text{6. März}}$ 1909 folgender Vertrag geschlossen.

§ 1.

Gegenstand und Unterlage des Vertrags.

1. Die Unternehmerin hat nach Maßgabe des Bedürfnisses unter Beachtung der beigefügten Bauvorschriften und unter tunlichster Anlehnung an das Bauprogramm, wie es in dem beigegebenen Kostenanschlage mit Ausschluß der Titel I, Titel X, Position 5, XVI, XVII und XVIII, sowie der Position 3 und 5 des Titels XIII niedergelegt ist, die Einzelentwürfe aufzustellen, die zum Bau der (in folgendem Bahn genannten) Eisenbahnstrecke Duala—Bidjoka nötig sind, auf Grund dieser Unterlagen die genannte Bahn mit einer Spurweite von 1 m betriebsfertig herzustellen und mit den erforderlichen Ausrüstungsgegenständen und Inventarienstücken auszustatten, sowie sie in dem weiter unten festgesetzten Umfange bis zur Abnahme zu betreiben. Bei Meinungsverschiedenheiten über das Bedürfnis gelten die im Kostenanschlage und in den Bauvorschriften enthaltenen Festsetzungen als Bedürfnis. || 2. Der Grunderwerb sowie die etwaige Vermessung und Einsteinung der erworbenen Flächen ist nicht Sache der Unternehmerin. Den für die Bahn dauernd nötigen Grund und Boden sowie die nur während des Baues nötigen Flächen, beides im Rahmen der Zweckbestimmung des Titels I des Kostenanschlags, hat der Gouverneur der Unternehmerin auf Antrag rechtzeitig und kostenlos zu überweisen.

§ 2.

Bauentwurf.

1. Die ausführlichen Vorarbeiten und Einzelentwürfe sollen die folgenden zeichnerischen Darstellungen umfassen: || a) Übersichtslage- und Höhenplan, 1:200000 für die Längen, 1:2000 für die Höhen, in Buchform; b) Lage- und Höhenpläne $\frac{\text{1:2500}}{\text{1: 250}}$ oder $\frac{\text{1:2000}}{\text{1: 200}}$ mit Darstellung des Geländes durch Schichtenlinien, Bezeichnung der Bewachsung usw. Die Breite des

darzustellenden Geländestreifens soll im allgemeinen im offenen Gelände 100 m beiderseits der Bahn ragenbet und ist im übrigen dem Zwecke anzupassen; || c) Bahnhofspläne 1:1000; || d) Bau- und Werkzeichnungen der regelmäßigen Bahnquerschnitte, der Futtermauern, Wegeübergänge, Brücken, Durchlässe, sonstigen Bauwerke, Bahnhofshochbauten, Wasserstationen, Werkstätten, Lokomotivschuppen und dergleichen, ferner der Gleismaterialien Weichen, Drehscheiben, Schiebebühnen, Fahrzeuge und maschinellen Anlagen in üblichen Maßstäben mit den zugehörigen Berechnungen. || Abweichungen von den genannten Maßstäben bedürfen der Genehmigung des Gouverneurs. || Die Entwürfe nebst Berechnungen sollen von zuverlässigen Fachleuten aufgestellt und unterzeichnet sein. Die Entwürfe nebst Berechnungen zu d sollen durch einen an ihrer Aufstellung nicht beteiligten Sachverständigen technisch und rechnerisch nachgeprüft sein und eine entsprechende, von ihm unterschriebene Prüfungsbescheinigung tragen. || 2. Alle Entwürfe bedürfen der Genehmigung des Gouverneurs. Die Unternehmerin muß sie mindestens in vierfacher Ausfertigung und so zeitig vorlegen, daß eine sorgfältige Prüfung ohne Schädigung der Baudispositionen möglich ist. Eine genehmigte Ausfertigung erhält die Unternehmerin zu eigenem Gebrauche zurück. || 3. Genehmigungen der Entwürfe durch die Aufsichtsbehörden entbinden die Unternehmerin nicht von der ihr nach § 16 obliegenden Gewährleistung.

§ 3.

Berichtigung der Entwurfstücke.

1. Die Unternehmerin hat sämtliche Entwurfstücke nach der Ausführung zu berichtigen und die Übereinstimmung mit der Ausführung zu bescheinigen. Von den so berichtigten und bescheinigten Entwurfstücken hat sie dem Gouverneur tunlichst bald nach Fertigstellung der einzelnen Bauwerke oder Ausführung der einzelnen Streckenabschnitte, spätestens aber innerhalb eines halben Jahres nach Abnahme der Bahn, oder, soweit es sich um später fertig werdende Anlagen handelt, alsbald nach deren Abnahme je eine auf Pausleinwand gefertigte Abzeichnung zu Eigentum und freier Verfügung zu geben. || 2. Die Unternehmerin hat auch den anliegenden Kostenanschlag soweit er Gegenstand dieses Vertrags ist, nach der Ausführung und den tatsächlich entstandenen Selbstkosten zu berichtigen und dann auf die Übereinstimmung mit der Ausführung zu bescheinigen; die einzelnen Leistungen sind dabei so weit zu trennen, wie in dem anliegenden Anschlage. Der so berichtigte und bescheinigte Anschlag ist von der Unternehmerin mit der Schlußrechnung einzureichen. || 3. Für die Brücken hat die Unter-

nehmerin ordnungsmäßige Brückenbücher anzulegen und diese dem Gouverneur tunlichst bald nach Fertigstellung jeder Brücke, spätestens aber 6 Monate nach der Abnahme der Bahn, zu übergeben.

§ 4.

Militärischer Schutz im Falle eines Aufstandes.

Im Falle eines Aufstandes im Schutzgebiete wird der Gouverneur, soweit möglich, für angemessenen militärischen Schutz der Arbeiten der Unternehmerin Sorge tragen.

§ 5.

Fristen und Dispositionen.

1. Die Unternehmerin hat die Bauarbeiten fortgesetzt angemessen so zu fördern, daß die ganze Bahn spätestens am 1. Oktober 1913 als betriebsfähig und vertragsmäßig hergestellt vom Gouverneur übernommen werden kann. || 2. Die Unternehmerin hat je am 1. April und 1. Oktober dem Gouverneur Baudispositionspläne für den jeweiligen Rest des Baues in dreifacher Ausfertigung einzureichen. || 3. Die Unternehmerin hat bei Überschreitung der unter Ziffer I ausbedungenen Frist Vorsatz und Fahrlässigkeit zu vertreten. Will die Unternehmerin bei Überschreitung der Baufrist geltend machen, daß diese durch Baubehinderung infolge höherer Gewalt oder sonstiger seitens der Unternehmerin nicht verschuldeter Umstände verursacht worden ist, so ist sie dafür beweispflichtig. Von allen solchen Behinderungen hat die Unternehmerin dem Eisenbahnkommissar möglichst bald Anzeige zu erstatten. Über den Tatbestand ist dann unverzüglich eine gemeinsame Verhandlung aufzunehmen. || 4. Versäumnisse des Gouverneurs in der Erfüllung der ihm nach § 1 Ziffer 2 obliegenden Pflichten, sowie in der Genehmigung der Baupläne begründen keinen anderen Anspruch, als gegebenenfalls den auf Verlängerung der Baufristen.

§ 6.

Aufsicht.

1. Die Überwachung der Arbeiten der Unternehmerin wird vom Gouverneur durch einen Eisenbahnkommissar und besonders bestellte Beamte ausgeübt. Der Eisenbahnkommissar wird insbesondere gemeinschaftlich mit dem Bauleitenden der Unternehmerin die Linie festlegen und sich über die Arbeiten der Unternehmerin ständig durch Bereisungen der Strecke so unterrichtet halten, daß dem Bauleitenden der Unternehmerin die nötigen Entscheidungen stets so rasch gegeben werden können, daß Verzögerungen des Baues vermieden werden. || 2. Den in Ausübung des Aufsichtsrechts ergehenden Anordnungen des Gouverneurs und des mit der Aufsicht be-

trauten Eisenbahnkommissars hat der Bauleitende nachzukommen, wobei er der Unternehmerin gegebenenfalls etwaige Rechtsansprüche vorbehalten kann. Der Gouverneur wird bei der ihm obliegenden Genehmigung der Pläne und bei seinen sonstigen Maßnahmen sich nicht allein von Rücksichten auf Zweckmäßigkeit und Gediegenheit des Baues in technischer Beziehung leiten lassen, sondern auch bestrebt sein, das beiderseitige Interesse an tunlichster Einschränkung der aufzuwendenden Geldmittel zu wahren. Ein unmittelbarer Eingriff des Gouverneurs oder seiner Beauftragten in den eigentlichen Bau-(arbeits)betrieb soll tunlichst vermieden und daher auf Fälle beschränkt werden, wo Gefahr im Verzuge ist. || Unternimmt die Unternehmerin Ausführungen, die ihr vom Gouverneur nicht genehmigt sind, so ist sie verpflichtet, etwaige von diesem für erforderlich erachtete Änderungen auszuführen. Diese gehen zu Lasten der Baurechnung, sofern nicht die eigenmächtig unternommenen Ausführungen ausdrücklich von dem Gouverneur oder seinen Beauftragten untersagt waren oder den Bauvorschriften widersprechen und sofern demgemäß nicht die Ziffer 4 zutrifft. || 3. Die Bestimmungen unter Ziffer 2 gelten auch für Abweichungen von genehmigten Entwürfen. || Von der Absicht, bei der Ausführung von genehmigten Entwürfen abzuweichen, hat die Unternehmerin tunlichst vor Inangriffnahme, jedenfalls aber sofort nach Beginn der betreffenden Arbeiten, dem Eisenbahnkommissar Anzeige zu machen. Unterbleibt die sofortige Benachrichtigung, so hat die Unternehmerin die vom Gouverneur nachträglich für erforderlich erachteten Änderungen zu eigenen Lasten auszuführen. || 4. In Fällen vorschriftswidriger Arbeiten oder Lieferungen kann die Kolonialverwaltung verlangen, daß in angemessenen Fristen die Mängel beseitigt und vorschriftswidrige Gegenstände von der Verschiffung ausgeschlossen oder von den Baustellen und Werkplätzen entfernt werden. Die entstehenden Kosten treffen die Unternehmerin allein. || 5. Auf Verlangen des Gouverneurs hat die Unternehmerin die Messungen, die zur Anfertigung und Bescheinigung von Revisionszeichnungen nötig sind, insbesondere die Messung der Bahnlänge im Beisein und unter Überwachung eines vom Gouverneur zu bezeichnenden Beamten ausführen zu lassen. || 6. Dem Eisenbahnkommissar und den vom Gouverneur dazu bestellten Beamten steht zum Zwecke der Aufsicht jederzeit der Zutritt zu den Arbeitsplätzen und Werkstätten, den Oberbeamten auch zu den Geschäftsräumen der Unternehmerin frei. Die Unternehmerin hat ihnen jede zur Durchführung der Aufsicht nötige Auskunft zu geben. Den Beauftragten der Kolonialverwaltung hat die Unternehmerin jederzeit auf Verlangen Einsicht in die Bücher zu gestatten, die sie zur Erfüllung dieses Vertrags zu führen hat.

§ 7.

Vergebung von Lieferungen.

1. Die Unternehmerin darf die vertraglichen Lieferungen und Leistungen nur bewährten Firmen übertragen. Der Gouverneur kann die Zuziehung oder Ausschließung bestimmter Firmen zum und vom Wettbewerb verlangen. Gebrauchte Gegenstände sind im allgemeinen bei der Lieferung der anschlagmäßigen Sachen ausgeschlossen; zu einer Abweichung von dieser Bestimmung in besonderen Fällen ist die Genehmigung des Gouverneurs erforderlich. || 2. Die Vergebung der Gleismaterialien unterliegt der Genehmigung des Gouverneurs, die sonstiger Gegenstände nur dann, wenn bei einer Lieferung von mehr als 10000 Mark Fabrikwert nicht wenigstens drei Firmen zum Wettbewerb aufgefordert werden, oder wenn der Mindestfordernde nicht den Zuschlag erhalten soll. || 3. Bei gleichartigen Angeboten soll Gegenständen deutschen Ursprungs der Vorzug gegeben werden. Die Versendungen sollen tunlichst über deutsche Häfen erfolgen.

§ 8.

Personal der Unternehmerin.

1. Die Unternehmerin ist verpflichtet, einen mit den nötigen Vollmachten ausgestatteten, technisch gebildeten und im Eisenbahnbau erfahrenen Bauleitenden zu bestellen. Der Sitz der Bauleitung muß an der Baustrecke liegen. Solange der Bauleitende vom Sitze der Bauleitung abwesend ist, hat er an diesem Orte einen Vertreter zu bestellen. Der Bauleitende soll Angehöriger des Deutschen Reichs sein. || 2. Die bei den Bauarbeiten und dem Betriebe beschäftigten Angestellten müssen eine ihrer Verwendung entsprechende Vorbildung und guten Leumund haben. || 3. Angestellte, die den unter 2 aufgeführten Anforderungen nicht entsprechen, hat die Unternehmerin auf Verlangen des Gouverneurs sofort zu entfernen. Auch kann der Gouverneur die Vergebung von Akkordarbeiten an solche Personen untersagen, die sich in der Behandlung ihrer Arbeiter unzuverlässig gezeigt haben. || 4. Die Unternehmerin hat der Wohlfahrt sowie der angemessenen Bezahlung und Behandlung der Arbeiter unter Berücksichtigung der einschlägigen im Schutzgebiete jeweils geltenden Bestimmungen besondere Sorgfalt zu widmen. Namentlich hat sie eine auskömmliche Krankenverwaltung unter Leitung eines von ihr angestellten erfahrenen Arztes einzurichten, dem die dauernde gesundheitliche Überwachung der Strecke obliegt und zwar: || a) die fortlaufende Belehrung der europäischen Beamten über gesundheitsgemäße Lebensweise in den Tropen; || b) die Überwachung der Durchführung der für notwendig erachteten Maßregeln; || c) die Sorge für einwandfreie Beschaffenheit von

Wasser, Nahrungsmitteln und Unterkunft der Arbeiter; || d) die Behandlung der Europäer und der Eingeborenen auf der Strecke, soweit es sich um Kranke handelt, die entweder nicht nach einem entfernteren Krankenhause befördert werden können oder deren Erkrankung derart ist, daß sie zwar ihre Arbeit verrichten können, aber doch ärztliche Behandlung brauchen, z. B. Tripper, Syphilis, Hautkrankheiten. || Zu ersterem Zwecke müssen geeignete Unterkunftsräume an der Strecke selbst und zwar am Hauptsitze des Arztes eingerichtet werden, || e) Meldung auftretender Epidemien unter den Arbeitern oder in den der Strecke benachbarten Ortschaften ans Gouvernement; || f) Impfung der Arbeiter. || 5. Die Anwerbung eingeborener Arbeiter ist nur durchaus zuverlässigen und erprobten Persönlichkeiten zu übertragen; deren Anstellung unterliegt der Bestätigung des Gouverneurs. Der Gouverneur wird die Unternehmerin in ihren auf die Anwerbung von Arbeitern gerichteten Bestrebungen tunlichst unterstützen. Die Unternehmerin kann vom Gouverneur angehalten werden, mindestens die ortsüblichen Tagelöhne an ihre Arbeiter zu zahlen. || 6. Die Unternehmerin hat bei der Auswahl zwischen Arbeitsuchenden Deutschen den Vorzug vor Fremden zu geben. Auch hat sie ihre reichsdeutschen Anggestellten gegen Unfall und Invalidität tunlichst in einer Weise zu versichern, daß ihnen dieselben Wohltaten zufallen, auf die sie bei gleichartiger Anstellung in der Heimat gesetzlichen Anspruch haben würden.

§ 8 a.

Funde.

Die Unternehmerin verpflichtet sich, ihren bei dem Bau beschäftigten Angestellten die vertragliche Verpflichtung aufzuerlegen, alle Funde von Mineralien und solchen Gegenständen, die ein wissenschaftliches Interesse haben, ihr unverzüglich anzuzeigen, auf Erfordern die Fundstücke abzuliefern und bei mineralogischen Funden die Ausbeutung zu überlassen. || Die gleiche Verpflichtung übernimmt die Unternehmerin ihrerseits dem Fiskus gegenüber, und zwar bezüglich aller von ihr selbst und ihren Angestellten gemachten Funde. || Diese Verpflichtung bezieht sich auf alle diejenigen Funde, welche in einer Entfernung bis zu je 5 km auf beiden Seiten der den Gegenstand des Vertrags bildenden Bahnlinie gemacht werden. || Bei mineralogischen Funden, deren Ausbeutung der Fiskus übernimmt, erhält der Finder während der ersten 10 Jahre nach Aufnahme des regelmäßigen Bergwerksbetriebes 25% des erzielten Reingewinns, bei Funden anderer Art, die dem Fiskus überlassen werden, kann dem Finder eine nach dem Werte des Fundes zu bemessende Belohnung gewährt werden. Die Unter-

nehmerin ist befugt, sich von ihren Angestellten einen die Hälfte nicht übersteigenden Anteil an solchen Fundgewinnen und -belohnungen auszubedingen.

§ 9.

Ordnungsvorschriften.

1. Die Unternehmerin ist dafür verantwortlich, daß alle Angestellten und Arbeiter die für die Bauausführung gültigen gesetzlichen, polizeilichen und sonstigen Vorschriften befolgen. Insbesondere haftet sie für die Tüchtigkeit der Rüstungen, Transportbrücken und sonstigen Bauvorrichtungen. || 2. Die Unternehmerin hat sämtliche Arbeiten so zu regeln, daß die ihnen beiwohnende Gefahr so weit vermindert wird, wie es die Natur der Arbeiten gestattet.

§ 10.

Zoll- und Hafentarif.

Die von der Unternehmerin zur Erfüllung dieses Vertrags in das Schutzgebiet eingeführten und daraus ausgeführten Gegenstände unterliegen den allgemeinen Zoll- und Hafen-Tarifvorschriften.

§ 11.

Gebrauch der Lieferungsgegenstände und Anlagen.

1. Die Unternehmerin ist befugt, sämtliche Gegenstände und Anlagen, die sie in Ausführung dieses Vertrags liefert und herstellt, bis zur Abnahme zur weiteren Erfüllung dieses Vertrags zu gebrauchen. || Die Unternehmerin hat zur möglichsten Schonung der für den endgültigen Betrieb bestimmten Fahrzeuge darauf Bedacht zu nehmen, auf den noch nicht gehörig unterbetteten und gerichteten Gleisstrecken tunlichst wenige der Fahrzeuge und namentlich der Lokomotiven zu verwenden. Zur Benutzung von Lokomotiven auf den dem allgemeinen Verkehr noch nicht eröffneten Strecken ist die Genehmigung des Eisenbahnkommissars nötig. || 2. Die Unternehmerin ist gehalten, die Lieferungsgegenstände und Anlagen vor jeder sachwidrigen Behandlung zu schützen und sie in der vorgeschriebenen Art und Menge bei der Abnahme neu und betriebsfähig oder — für den Fall der in Ziffer 1 erwähnten vorherigen Benutzung — in einem solchen betriebsfähigen Zustande zu übergeben, wie er der naturgemäßen Abnutzung und sorgfältigen Unterhaltung (einschließlich rechtzeitiger Ausbesserungen) entspricht. || 3. Die erforderlichen Baugeräte sind zu Lasten der Baurechnung zu beschaffen und nach Gebrauch tunlichst zugunsten der Baurechnung unter sinngemäßer Beachtung der Ziffer 2 des § 7 zu veräußern. Nicht veräußerbare Gegenstände sind dem Fiskus ohne weiteres, also ohne Anrechnung des Zeitwertes oder dergleichen zu Eigentum zu übergeben. ||

Meterspurige Baufahrzeuge und sonstige Transportgefäße, sowie Hebezeuge und Baugeräte, deren Übergang in das Eigentum des Fiskus nach Beendigung des Baues in Frage kommen kann, unterliegen den Bestimmungen des § 2 und des § 6,4.

§ 11 a.

Am 1. April 1912 geht der Betrieb der bisherigen Reparaturwerkstätte des Gouvernements in Duala unter Überweisung der erforderlichen Gebäude, Maschinen, Werkzeuge usw. an die Mittellandbahn über, um deren Eisenbahn-Werkstätte angegliedert zu werden. Die Unternehmerin ist verpflichtet, gegen Anrechnung der Selbstkosten an Arbeitslöhnen und Material nebst einem Zuschlage für Generalkosten von 100% auf Löhne der farbigen Werkstättenarbeiter und 15% auf Materialien, vom Gouvernement oder dessen Dienstzweigen übertragene Arbeiten in der vereinigten Werkstatt auszuführen, und befugt, auch für Private Arbeiten zu übernehmen.

§ 12.

Telegramme. Posträume.

1. Telegramme der Kolonialverwaltung sind auf den Leitungen der Baustrecke kostenlos zu befördern, soweit sie sich auf den Dienst der Eisenbahn beziehen. || 2. Telegramme, die sich nicht auf den Dienst der Bahn beziehen, darf die Unternehmerin nur unter den von der Reichs-Telegraphenverwaltung zu stellenden Bedingungen befördern. || 3. Ausgaben und Einnahmen aus dem Telegrammverkehr und aus der Vermietung von Räumen an die Postverwaltung gelten als Bauausgaben und Baueinnahmen.

§ 13.

Betrieb während der Bauzeit.

1. Die Unternehmerin hat die Bahn streckenweise für den vorläufigen Betrieb so rasch wie möglich einzurichten und, sobald der Eisenbahnkommissar die Betriebsfähigkeit festgestellt hat, auf dessen Verlangen zu eröffnen. Mit Rücksicht auf § 19, 1 b hat die Unternehmerin Anspruch darauf, daß der Eisenbahnkommissar die Betriebsfähigkeit von Strecken, die mindestens 5 km lang sind, unverzüglich prüft und, wenn sich keine Anstände ergeben, auch dann erklärt, wenn ein Bedürfnis für die Bedienung des öffentlichen Verkehrs noch nicht vorliegt. Bis zur Abnahme der Bahn hat die Unternehmerin nötigenfalls werktäglich einen vollbelasteten Zug in jeder Richtung für den allgemeinen Verkehr einschließlich des Postverkehrs zu befördern. || Für den genannten Verkehr einschließlich des Postverkehrs, aber ausschließlich des Baudienstverkehrs, sollen bis zur Festsetzung besonderer Tarife und Beförderungsvorschriften diejenigen

der Nordbahn maßgebend sein. || Über den Betrieb und den Verkehr auf den eröffneten Teilstrecken sind statistische Aufzeichnungen nach Maßgabe der für die Pachtbahnen im Schutzgebiet Togo geltenden Bestimmungen zu liefern. || Einnahmen und Ausgaben des Betriebs der Bahn bis zu ihrer Abnahme rechnen als Baueinnahmen und Bauausgaben. || 2. Die Angestellten der Kolonialverwaltung sind bei Reisen in Angelegenheiten des Baues und Betriebs der Bahn auf dieser mit Gepäck, Dienern, Trägern und Reittieren frei zu befördern.

§ 14.

Bestimmungen zur Sicherung des Betriebs nach der Abnahme.

1. Es ist in Aussicht genommen, nach Beendigung der Vorarbeiten auf der Reststrecke der Bahn diese Reststrecke durch Nachtragsvertrag dem vorliegenden Vertrage anzugliedern und bei dieser Gelegenheit auch die Frage der Betriebsführung auf der Anfangsstrecke zu regeln. Sollten Vereinbarungen hierüber nicht zustande kommen, so wird die Unternehmerin ihre Angestellten, soweit sie dieselben nicht mehr zur Abwickelung des Vertrags bedarf, mit deren Einverständnis auf Antrag des Gouverneurs zum Tage nach der Abnahme aus ihren Diensten entlassen und ihnen den Übertritt in die Dienste der Kolonialverwaltung gestatten. || 2. Die Unternehmerin wird darauf Bedacht nehmen, bis zur Abnahme der Bahn genügendes Personal für den Betrieb der Bahn nach den preußischen Betriebsvorschriften für Kleinbahnen mit Maschinenbetrieb vom 13. August 1898 auszubilden. Sie ist hierzu verpflichtet, wenn das Gouvernement die Bezüge des auszubildenden Personals außerhalb dieses Vertrags zahlt.

§ 15.

Abnahme.

1. Der Unternehmerin werden ihre vertraglichen Leistungen und Lieferungen durch den Gouverneur abgenommen. || 2. Leistungen und Lieferungen, deren Prüfung später nicht mehr oder nur mit besonderen Unkosten möglich ist, sollen schon während der Bauzeit vorläufig abgenommen werden. Die Unternehmerin hat diese Vorabnahmen rechtzeitig zu beantragen. Sie sollen für den Übergang der Gefahr an den so abgenommenen Gegenständen und Anlagen und für die Frage der Verjährung ohne Einfluß sein. || 3. Auf Verlangen der Kolonialverwaltung hat die Unternehmerin die aus der Heimat zur Lieferung kommenden Gegenstände durch einen von den Unterlieferanten vollständig unabhängigen Sachverständigen vor der Verschiffung vorläufig und unbeschadet der Rechte der Kolonialverwaltung nach § 6 Nr. 4 ordnungsmäßig prüfen zu

lassen. || Die Wahl des Sachverständigen unterliegt der Genehmigung der Kolonialverwaltung. Der letzteren steht es frei, sich bei den Prüfungen vertreten zu lassen. Zu dem Zwecke hat die Unternehmerin sie rechtzeitig von den Prüfungsterminen zu benachrichtigen, auch hat sie ihr von dem Ergebnisse der Prüfung Kenntnis zu geben. || 4. Der Gouverneur setzt den Zeitpunkt zur Abnahme der Bahn auf schriftlichen Antrag der Unternehmerin fest; die Abnahme soll binnen 3 Monaten nach Stellung des Antrags erfolgen. || Ergeben sich bei der Abnahme wesentliche Mängel an den abzunehmenden Anlagen, so kann die Abnahme bis zu deren Abstellung verweigert werden. Für den dann nötigen neuen Abnahmetag gelten dieselben Bestimmungen wie für den ersten. || 5. Über die Abnahme der Bahn ist eine Verhandlung aufzunehmen, in der alle etwa noch von der Unternehmerin auszuführenden Arbeiten und die Fristen für deren Fertigstellung zu bezeichnen sind. || Die Unternehmerin hat diesen Anforderungen, soweit sie sich in den Vertragsgrenzen halten, nachzukommen, widrigenfalls der Gouverneur berechtigt ist, die rückständigen Arbeiten für Rechnung der Unternehmerin ausführen zu lassen. || 6. Werden bei der Abnahme einzelne Teile der Bahnanlage als noch nicht bedingungsgemäß fertiggestellt von der Abnahme ausgeschlossen und einer späteren besonderen Abnahme vorbehalten, so bleiben diese bis zu ihrer endgültigen Abnahme in der Unterhaltungspflicht der Unternehmerin zu Lasten der Baurechnung. Ebenso verbleiben die einzelnen Teilstrecken nach der Erklärung ihrer Betriebsfähigkeit zum Zwecke der vorläufigen Eröffnung des öffentlichen Verkehrs (§ 13 Ziffer 1) durch den Eisenbahnkommissar bis zur Abnahme der Bahn in der Unterhaltungspflicht der Unternehmerin zu Lasten der Baurechnung.

§ 16.

Gewähr.

1. Die Unternehmerin hat bei ihren Maßnahmen zur Erfüllung dieses Vertrags die Sorgfalt eines ordentlichen Unternehmers zu beobachten und darauf zu wirken, daß die Bahn den Forderungen bester Wirtschaftlichkeit entspricht. Für Versehen ihrer Hilfspersonen haftet sie jedoch nur insoweit, als es sich um Versehen des obersten Bauleiters oder dessen Vertreters, sowie der Vorstände etwa einzurichtender Bauabteilungen handelt, für die übrigen Hilfspersonen haftet sie nur nach Maßgabe von § 831 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. || 2. Für alle Leistungen und Lieferungen, auf die sich eine Abnahme erstreckt hat, leistet die Unternehmerin noch ein Jahr lang nach dieser Abnahme Gewähr. || 3. Für die Lieferung von eisernem Gleismaterial endet die Gewährzeit || a) für Schienen und Laschen mit dem 31. Dezember des auf das Walzjahr folgenden fünften

Jahres, || b) für eiserne Schwellen mit dem 31. Dezember des auf das Walzjahr folgenden dritten Jahres. || Die Unternehmerin hat die liefernden Werke zu diesen Gewährleistungen vertraglich zu verpflichten und die betreffende Verpflichtungsurkunde dem Gouverneur auszuhändigen, der wegen der etwa erforderlich werdenden Ersatzleistungen mit den liefernden Werken sich unmittelbar verständigen wird. Dadurch wird die Unternehmerin nicht von der Verpflichtung entbunden, ihrerseits Regreßansprüche bei den liefernden Firmen zu erheben. || 4. Auf Grund dieser Gewährpflicht hat die Unternehmerin insbesondere alle Anlagen und Gegenstände, die sich während der Gewährzeit als nicht bedingungsgemäß erweisen oder die infolge schlechten Materials oder mangelhafter Arbeit bei gewöhnlicher Betriebsnutzung, d. h. ohne nachweisbare Unfälle, betriebsunbrauchbar werden, mit Ausnahme der unter Ziffer 3 besonders behandelten Schienen, Laschen und Schwellen, unverzüglich in bedingungsgemäßen Zustand zu bringen, nötigenfalls aber durch neue bedingungsgemäße zu ersetzen. Die Kosten dieser Ersatzarbeiten und Lieferungen gehen zu Lasten der Baurechnung insoweit, als es der Unternehmerin nicht gelingt, die Kosten auf Grund von Regreßansprüchen an Lieferanten und Beauftragte von diesen einzuziehen, und insoweit die Unternehmerin kein vertretbares Verschulden trifft. || 5. Erweisen sich die Inventarien und Ausrüstungsstücke bei der Abnahme für die Bedürfnisse des Betriebs der Menge nach als unzulänglich, so hat die Unternehmerin weitere Inventarien und Ausrüstungsstücke mit Ausnahme von Werkstattausrüstungen und Fahrzeugen nachzuliefern. Die Gewährfrist hierfür läuft bis zum Schlusse des mit der Abnahme der zugehörigen Teilstrecke beginnenden Jahres. || 6. Durch die vereinbarte Gewährfrist soll die gesetzliche Verjährungsfrist nicht abgekürzt werden.

§ 17.

Vergütung.

1. Unter der Voraussetzung der gesetzlichen Bereitstellung der Mittel erhält die Unternehmerin als Vergütung für die vertragsmäßigen Leistungen und Lieferungen: || a) den Ersatz der von ihr in Erfüllung dieses Vertrags nachweisbar aufgewendeten Nettoselbstkosten; || b) zur Deckung ihrer sonstigen Kosten und als Gewinn 1630000 ℳ. Diese Summe erhöht sich gegebenenfalls um ein Fünftel des Betrags, um den die bei a genannten Nettoselbstkosten mit Ausnahme der Geldbeschaffungskosten unter 20600000 ℳ (Stichsumme) bleiben, insgesamt aber höchstens um 200000 ℳ. Sie vermindert sich gegebenenfalls um ein Fünftel des Betrags, um den die bei a genannten Nettoselbstkosten mit Ausnahme der Geldbeschaffungs-

kosten über 20600000 ℳ (Stichsumme) steigen, höchstens aber ebenfalls um 200000 ℳ. Im Falle einer Änderung der im § 10 genannten Tarife hat auf den Antrag einer Partei eine Regelung Platz zu greifen, durch die der Einfluß jener Änderung auf die obige Vergütung möglichst beseitigt wird. Es besteht jedoch Einverständnis, daß die aus der Änderung der in § 10 genannten Tarife entspringenden Mehr- oder Minderbeträge den Nettoselbstkosten hinzu- oder von ihnen abgesetzt werden, ohne daß die Stichsumme von 20600000 ℳ dadurch erhöht oder ermäßigt wird. || 2. Nettoselbstkosten im Sinne der Ziffer 1 sind der Überschuß aller Ausgaben über alle Einnahmen (Rabatte, Rückvergütungen, Frachteinnahmen, Verkaufserlöse usw.), beide soweit sie der Unternehmerin nachweisbar in Erfüllung dieses Vertrags erwachsen. Über die Nettoselbstkosten hat die Unternehmerin ordnungsmäßig in besonderer Baurechnung Buch zu führen. Zu den Nettoselbstkosten zählen auch die Ausgaben, die der Unternehmerin aus der Vornahme der allgemeinen Vorarbeiten für die Bahn erwachsen sind. Ihre vor dem Jahre 1908 entstandenen und von ihr auf Treu und Glauben zu 70914,99 ℳ angegebenen Auslagen für die allgemeinen Vorarbeiten darf sie in dieser Höhe ohne Belege ansetzen. Auch darf sie bis zum Gesamtbetrage von 700000 ℳ sonstige unter den Begriff der Nettoselbstkosten fallende Ausgaben unter Innehaltung der zutreffenden Verbuchungspositionen ohne nähere Bezeichnung und Belegung auf Treu und Glauben in Rechnung stellen. Im übrigen soll sie die hierher gehörigen Ausgaben und Einnahmen einzeln nach Art, Zweck und Höhe aufführen und mit Quittung belegen und sämtliche Belege von ihren eigens hierfür verpflichteten Angestellten auf ihre sachliche und rechnerische Richtigkeit und ihre richtige Austitelung bescheinigen lassen, alle Ausgaben sind mit Quittungen zu belegen, oder, soweit dies nicht durchführbar ist, mit der Bescheinigung zweier Angestellten zu versehen, daß die Auszahlung der nicht besonders quittierten Belege richtig erfolgt ist. Kosten der Geldbeschaffung kommen lediglich in der durch § 19, 5 festgesetzten Höhe und Weise zur Berechnung. Zu den Selbstkosten gehören auch Prämien und Gratifikationen für Leistungen zugunsten des Bahnbaues an die für diesen Bau tätigen Angestellten der Unternehmerin; für derartige Zahlungen an die Direktoren, den Bauleiter und seinen Stellvertreter sowie die etwaigen Vorstände der Bau- und Betriebsabteilungen dürfen jedoch höchstens insgesamt 150000 ℳ in Rechnung gestellt werden. || 3. Bei Mehr- oder Minderleistungen gegenüber dem beigefügten Kostenanschlag unterliegen die Bestimmungen der Ziffer 1, abgesehen von dem Falle der Änderung der Vertragsbestimmungen einschließlich der Bauvorschriften, nur dann der Änderung, wenn die Mehr- oder Minderleistungen

die Spalte 3 (Gegenstand) der Titel IX, X oder XII betreffen, oder wenn durch Baubehinderung infolge von Erdbeben, verheerenden Epidemien, Krieg oder Aufstand im Schutzgebiete die Nettoselbstkosten eine wesentliche Steigerung erfahren haben. || Die Änderungen der Ziffer 1 sollen von Fall zu Fall vereinbart werden. Ansprüche auf Grund der erwähnten Baubehinderungen müssen tunlichst unverzüglich, spätestens aber bei der Abnahme der Bahn geltend gemacht werden. || 4. Für Lieferungen und Ausführungen zum Zwecke der Ergänzung und Verbesserung der Bahnanlage, die im Vertrage nicht vorgesehen sind, sofern sie mit dem Gouverneur vereinbart oder von ihm nachträglich genehmigt worden sind, erhält die Unternehmerin, wenn im Einzelfalle nichts anderes vereinbart wird, die nachweisbar aufgewandten Nettoselbstkosten nebst einem Zuschlage von 10%.

§ 18.

Baurechnung.

1. Über die im § 17 genannten Selbstkosten hat die Unternehmerin der Kolonialverwaltung von dem Vertragsabschluß an in angemessenen Zeiträumen, mindestens aber alle drei Monate in dreifacher (die Belege in einfacher) Ausfertigung Rechnung zu legen. In der Art der Aufstellung der Rechnungen ist den Wünschen der Kolonialverwaltung zu entsprechen. Jede Abrechnung ist für sich abzuschließen und mit der Bescheinigung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit zu versehen. || Über die beschafften Inventarien ist ein Verzeichnis zu führen, das bei der Abnahme als Unterlage zu dienen hat. Die erfolgte Eintragung der Inventarien ist auf den Rechnungen unter Angabe der Stelle zu bescheinigen, unter der die Vereinnahmung erfolgt. || Über die Beschaffung und Verwendung von Material sowie des Proviants für das verpflegungsberechtigte Personal ist ordnungsmäßig Buch zu führen; der Kolonialverwaltung ist Einsicht in diese Bücher zu gewähren. || Die Schlußrechnung soll die Unternehmerin tunlichst binnen 6 Monaten nach der Abnahme der Bahn einreichen. || 2. Für die Baurechnung ist die Einteilung des anliegenden Anschlags maßgebend. Die Einnahmen und Ausgaben aus dem Baubetriebe werden auf einem besonderen Konto unter tunlichster Trennung nach Titeln und Positionen des für die Pachtbahnen im Schutzgebiete Togo eingeführten Buchungsformulars nachgewiesen und dann nach Maßgabe der tatsächlichen Betriebsleistungen auf die Positionen des Kostenanschlags verteilt. || 3. Über die unter § 17, 1 b fallenden sonstigen Kosten schuldet die Unternehmerin keine Rechnungslegung. || 4. Den mit der Prüfung der Abrechnung betrauten Beamten der Kolonialverwaltung hat die Unternehmerin jede nötige Auskunft, u. a. auch die Einsicht in schriftliche Vereinbarungen, Verträge usw.

zu gewähren. Die Kolonialverwaltung kann die eingereichten Rechnungen auf Vollständigkeit, Rechtmäßigkeit und rechnerische und buchungsgemäße Richtigkeit der Ausgaben und Einnahmen prüfen, auf ihre Zweckmäßigkeit nur, soweit die Beobachtung der Sorgfalt eines ordentlichen Unternehmers in Frage steht. || 5. Die Unternehmerin hat halbjährlich (1. April und 1. Oktober) einen nach dem beigedruckten Vordruck und nach den Positionen des Anschlags eingeteilten Wirtschaftsbericht über den in der Teilrechnung umfaßten Zeitraum in dreifacher Ausfertigung einzureichen.

1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.
Des Anschlags				Eigenkosten					
Titel	Pos.	Gegenstand	Betrag ℳ	Ausgaben bis zum Schlusse der Berichtszeit ℳ	Zur Vollendung noch auszugeben ℳ	Summe (5 + 6) ℳ	Demnach gegen den Anschlag mehr (7 − 4 > 0) ℳ	Demnach gegen den Anschlag weniger (4 − 7 > 0) ℳ	Bemerkungen (namentlich Erläuterungen der Spalten 8 und 9)

6. Alle eingereichten Rechnungen und Belege verbleiben der Kolonialverwaltung.

§ 19.

Zahlungen.

1. Die Unternehmerin erhält unter der Voraussetzung der gesetzlichen Bereitstellung der Mittel: || a) einen zinsfreien Vorschuß in Höhe von 1000000 ℳ. Diesen Vorschuß hat die Unternehmerin bis zum 1. November 1913 zurückzugeben; || b) allmonatliche Abschlagszahlungen, sofern und solange nicht die bis dahin in den Schutzgebietsetats für den Bahnbau bewilligten Summen erschöpft oder für die vom Fiskus und anderen Unternehmern zu erfüllenden Anschlagspositionen zu reservieren sind, in Höhe der der Unternehmerin im vergangenen Monat entstandenen Nettoselbstkosten nebst 4000 ℳ für jedes volle Kilometer der im Vormonat vom Eisenbahnkommissar für betriebsfähig erklärten Teilstrecken. Überschießende Bruchteile von Kilometern werden der folgenden Teilstrecke hinzugerechnet. In die erste Abschlagszahlung sind auch die vor dem Vormonat entstandenen Nettoselbstkosten einzubeziehen, soweit diese nicht auf Grund besonderer Vereinbarung schon vor Vertragsabschluß

erstattet sind. || 2. Bis zum 10. jeden Monats wird die Unternehmerin der Kolonialverwaltung den Betrag der gemäß Ziffer 1 b zuständigen Zahlung ohne Belege auf Treu und Glauben angeben; spätestens bis zum 20. des Monats wird alsdann die Kolonialverwaltung die Abschlagszahlung gemäß Ziffer 1 b leisten. || Hat die Unternehmerin ausnahmsweise im Laufe eines Monats größere Zahlungen zu leisten, zu deren Bestreitung der Vorschuß gemäß Ziffer 1 a in seiner gewöhnlichen Höhe nicht ausreicht, so soll ihr auf Anforderung, die mindestens 10 Tage vor der jeweiligen Zahlung zu erfolgen hat, der den Vorschuß übersteigende Betrag am Tage vor der Fälligkeit überwiesen werden, sofern er der Kolonialverwaltung zur Verfügung steht. || 3. Den Rest der der Unternehmerin nach § 17 zustehenden Vergütung erhält sie tunlichst binnen 3 Monaten, nachdem sie die Schlußrechnung eingereicht hat. Sollte sich in dieser Frist die Prüfung der Schlußrechnung nicht in allen Teilen durchführen lassen, so erhält die Unternehmerin zu diesem Termin jedenfalls den nicht strittigen Teil ihres Guthabens, den Rest aber alsbald nach Abschluß der Prüfung, beides sofern und solange nicht die bis dahin in den Schutzgebietsetats für den Bahnbau bewilligten Summen erschöpft oder für die vom Fiskus und anderen Unternehmern zu erfüllenden Anschlagspositionen zu reservieren sind. Die Kolonialverwaltung wird die Prüfung möglichst beschleunigen. Ergibt sich bei der Schlußrechnung, daß die Unternehmerin mehr erhalten hat, als ihr gemäß § 17 zusteht, so hat sie den zuviel erhaltenen Betrag binnen 2 Monaten der Kolonialverwaltung zu erstatten. || 4. Die Auszahlung der monatlichen Abschlagszahlungen erfolgt nach Wahl der Unternehmerin durch das Gouvernement im Schutzgebiet oder durch die Kolonial-Hauptkasse in Berlin. Bei notwendigen telegraphischen Benachrichtigungen trägt die Unternehmerin die Kosten. Im übrigen ist Zahlstelle die Kolonial-Hauptkasse in Berlin. || 5. Überschreitet die der Unternehmerin nach § 19, 1 b zustehende und von ihr nach § 19, 2 angeforderte Abschlagszahlung die zur Verfügung der Kolonialverwaltung stehenden Geldmittel, so wird der durch Zahlungsleistung nicht getilgte Teil der angeforderten Summe mit 4% jährlich verzinst, soweit die Unternehmerin über den Betrag des ihr gewährten zinsfreien Vorschusses (§ 19, 1 a) hinaus ihrerseits in Vorschuß geht. Die auf Grund besonderer Vereinbarung schon vor Vertragsabschluß nach den Vorschriften des § 19, 1 b und § 19, 2 zustehenden und angeforderten Abschlagszahlungen rechnen hierbei wie vertragsmäßige Zahlungen. || Die Zinsbeträge sind jährlich mit der Anmeldung der Auslagen für März nachzuweisen und bei ihnen zu verrechnen. Beträge, welche die Unternehmerin im Falle des Schlußsatzes von § 19, Punkt 3, zuviel erhalten hat, sind von ihr gleichfalls mit 4% jährlich zu verzinsen.

§ 20.

Sicherheit.

1. Als Sicherheit für die Erfüllung der Vertragspflichten der Unternehmerin haftet die Generalkaution, die die Unternehmerin bei der Kolonial-Hauptkasse hinterlegt hat. || 2. Nimmt die Kolonialverwaltung die Sicherheit vertragsmäßig in Anspruch, so hat die Unternehmerin sie binnen 14 Tagen auf die alte Höhe zu ergänzen.

§ 21.

Aufhebung des Vertrags.

Stellt sich zu irgendeiner Zeit der Bauausführung heraus, daß die Unternehmerin zur Erfüllung des Vertrags unfähig ist, so kann der Fiskus vorbehaltlich aller gegen die Unternehmerin aus der Nichterfüllung herzuleitenden Rechtsansprüche vom Vertrage zurücktreten. In diesem Falle hat die Unternehmerin dem Gouverneur die auf Grund des Vertrags schon ausgeführten Anlagen und Lieferungen unverzüglich zu übergeben. Das Gleiche gilt im Falle der Zahlungseinstellung seitens der Unternehmerin oder der Eröffnung des Konkurses über ihr Vermögen.

§ 22.

Schiedsgericht.

1. Alle Meinungsverschiedenheiten zwischen der Kolonialverwaltung und der Unternehmerin hinsichtlich der Rechte und Pflichten aus diesem Vertrage werden unter Ausschluß des ordentlichen Rechtsweges durch ein Schiedsgericht entschieden. || 2. Der Teil, welcher ein Schiedsgericht anrufen will, hat dem anderen Teil eine darauf hinzielende Erklärung zugehen zu lassen, in welcher er selbst einen Schiedsrichter ernennt. Innerhalb zweier Wochen nach Empfang hat der andere Teil einen zweiten Schiedsrichter zu ernennen. Diese Frist wird auf 8 Wochen verlängert, sofern sich die zur Ernennung der Schiedsrichter nach dem Vertrag oder kraft besonderer Vollmacht berufenen Vertreter beider Parteien nicht in demselben Erdteil befinden. Läßt der andere Teil die Frist verstreichen, ohne die Ernennung vorzunehmen, so ist der erste Teil befugt, den Präsidenten des hanseatischen Oberlandesgerichts zu Hamburg um Ernennung eines Schiedsrichters anzugehen. Die beiden ernannten Schiedsrichter haben sich alsbald über einen dritten Schiedsrichter, der zugleich die Stellung des Obmanns einnehmen soll, zu einigen. Sofern sie sich nicht einigen können, ist der Präsident des hanseatischen Oberlandesgerichts zu Hamburg um die Ernennung des Obmanns anzugehen. Der Obmann soll die Fähigkeit zur Bekleidung eines Richteramts in einem Bundesstaat besitzen. || 3. Die Schiedsrichter sind berechtigt, Erhebungen anzu-

stellen, auch Sachverständige und Zeugen zu vernehmen. Den Erhebungen und Vernehmungen der Sachverständigen und Zeugen können Vertreter beider Teile beiwohnen, soweit das Schiedsgericht nichts Gegenteiliges bestimmt. || 4. Der Schiedsspruch, der auch über die Kosten des Verfahrens und ihre Verteilung zu entscheiden hat, ist schriftlich abzufassen und von den drei Schiedsrichtern zu vollziehen. Sämtliche der Unternehmerin in einem schiedsgerichtlichen Verfahren auferlegten derartigen Kosten fallen nicht in den Rahmen der ihr gemäß § 17 des Vertrags zu zahlenden Vergütung, sondern gehen zu Lasten der Unternehmerin allein. || 5. Das schiedsrichterliche Verfahren regelt sich im übrigen nach den Vorschriften der Zivilprozeßordnung. In Fällen der §§ 1045 und 1046 der Zivilprozeßordnung ist das Gericht Berlin-Mitte zuständig.

§ 23.

Übertragbarkeit und Abschluß des Vertrags.

1. Dieser Vertrag ist nur mit Zustimmung beider Parteien übertragbar. Unbeschadet dessen kann der Gouverneur die ihm zustehenden Vertragsbefugnisse einzeln oder insgesamt unter schriftlicher Benachrichtigung der Unternehmerin anderen Beamten und Dienststellen übertragen. Befugnisse der „Kolonialverwaltung" können sowohl das Reichs-Kolonialamt, als auch das Gouvernement und ihre Beauftragten ausüben. || 2. Der Vertrag wird in je einer Ausfertigung für die beiden Parteien geschlossen. || 3. Die Kosten des Vertragsabschlusses, insbesondere etwaige Stempelsteuergebühren, trägt die Unternehmerin.

Buea, den 17. Juni 1912.
Der Kaiserliche Gouverneur.
gez. Ebermaier.

Berlin, den 9. Mai 1912.
Deutsche Kolonial-Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Gesellschaft.
gez F. Lenz.

Vorschriften für den Bau der Mittellandbahn in Kamerun.

§ 1.

Allgemeine Bestimmungen.

Die Ausführung der Bahn hat so zu erfolgen, daß sie an allen Stellen mit einer Geschwindigkeit von 40 km in der Stunde befahren werden kann und für den Dauerbetrieb genügend ausgestattet ist. Der Gouverneur ist befugt, für einzelne Stellen eine geringere Zuggeschwindigkeit als maßgebend zuzulassen. || Alle Leistungen und Lieferungen sollen den besten Regeln der Baukunst entsprechen. In bahntechnischer Hinsicht gelten die „Grundzüge für den Bau und die Betriebseinrichtungen der Lokal-

eisenbahnen (Grz) vom 1. Januar 1909", soweit nachstehend keine anderen Bestimmungen getroffen sind.

§ 2.

Linienführung.

Als Grundlage für die Linienführung der Bahn bis Bidjoka (150,6 km) gelten die genehmigten Entwurfsstücke. Die noch zur Festlegung der endgültigen Linienführung notwendigen Vorarbeiten sind nach den in Preußen gültigen Bestimmungen für die Aufstellung der technischen Vorarbeiten zu machen. Nach Festlegung der endgültigen Linienführung sind die Unterlagen samt Kostenanschlag spätestens am 1. April 1912 einzureichen. || Mindestens sechs Wochen vor Inangriffnahme der betreffenden Bahnanlagen sind (auch wenn die landespolizeiliche Genehmigung der ausführlichen Vorarbeiten noch nicht erfolgt ist) die Entwürfe für die Futtermauern, Wegeübergänge, Brücken, Tunnel und sonstigen Bauwerke, für die Bahnhöfe und sonstigen Anlagen mit den nötigen Berechnungen dem Gouverneur zur Genehmigung vorzulegen. || Die Bahn ist unter Wahrung ihrer Wirtschaftlichkeit so zu legen, daß die maßgebende Neigung möglichst niedrig bleibt. Sie darf höchstens || landeinwärts $16^2/_3\,‰$ (1:60) und || seewärts $10‰$ (1:100) || betragen. || In diesen Zahlen ist der Krümmungswiderstand $Wr = \frac{450}{R - 50}‰$ mit eingeschlossen. || In Anlaufstrecken kann der Gouverneur ausnahmsweise stärkere Neigungen genehmigen. || Kurze Wagerechten zwischen gleichgerichteten Neigungen sind tunlichst zu vermeiden. || Gegenneigungen mit einem Unterschiede von $\geqq 10‰$ sollen mit den Brechpunkten mindestens 300 m voneinander entfernt sein, wenn sie beide $\geqq 5‰$ geneigt sind und in einer der beiden Richtungen ein ununterbrochenes Gefälle von $\geqq$ 10 m liegt. Der Gouverneur kann nötigenfalls Ausnahmen zulassen. || Neigungswechsel sollen mit mindestens 3000 m Halbmesser ausgerundet werden. Der Ausrundungsbogen muß außerhalb der Überhöhungsrampe der Krümmungen liegen. || Verlorene Gefälle, die selbst die Bremsneigung überschreiten, oder mit stärkerer als der Bremsneigung wieder eingebracht werden, sollen tunlichst vermieden werden. Als Bremsneigung gelten $3‰$ vermehrt um den Krümmungswiderstand. || Bahnhöfe sollen höchstens $2\frac{1}{2}‰$ geneigt sein. Wo es mit mäßigen Mitteln möglich ist, soll die Gradiente so gelegt werden, daß ohne deren Änderung die Ladegleise später auf 210 m und die bereits vorgesehenen oder für die Abwickelung des Betriebes in absehbarer Zeit vorzusehenden Kreuzungs- oder Überholungsgleise auf 300 m nutzbarer Länge (zwischen den bei 3,50 m Gleisabstand anzubringenden Merkzeichen) erweitert werden können, und daß an die eventuell erweiterten Kreuzungs- oder Überholungsgleise

beiderseits noch Strecken von 150 m Länge und $\leq 4^0/_{00}$ Neigung anschließen. || Die Weichen sollen nicht in die Ausrundung eines Neigungswechsels reichen, dessen Krümmungsmittelpunkt unterhalb liegt. Zwischen Weichenspitzen und solchen Ausrundungen oder Bogenanfängen ist in der Regel eine Vorgerade von mindestens 6 m Länge einzuschalten. || Der Halbmesser der Krümmungen auf freier Strecke soll im allgemeinen nicht kleiner als 200 m gewählt werden. Kleinere Halbmesser bis zu 150 m herab kann ausnahmsweise der Gouverneur zulassen. || Zwischengerade zwischen zwei Gegenbogen müssen innerhalb der theoretischen Bogenanfangspunkte mindestens 50 m lang sein. Kurze Gerade zwischen zwei gleichgerichteten Bogen sind zu vermeiden. || Der kleinste Halbmesser der Krümmungen soll mindestens 150 m, für Weichen mindestens 95 m betragen. || Für Baugleise werden die vorstehend gegebenen Bestimmungen, wie folgt, geändert: || Größte Neigung $\leq 50^0/_{00}$ einschließlich Krümmungswiderstand. || Zwischen entgegengesetzten Neigungen von mehr als $20\ ^0/_{00}$ soll zwischen den Brechpunkten gemessen tunlichst eine mindestens 50 m lange, höchstens $5^0/_{00}$ geneigte flache Zwischenstrecke eingebaut sein. || Neigungswechsel sind mit $\geqq$ 1000 m Halbmesser auszurunden. || Ausweichungen sollen höchstens $5^0/_{00}$ geneigt sein. || Kleinster Halbmesser in Krümmungen $\geqq 70$ m, Zwischengerade zwischen Gegenbogen $\geqq$ 10 m.

§ 3.

Der Bahnkörper.

Die Umgrenzungslinie des lichten Raumes ist durch das Normalprofil festgelegt. || Das Planum soll hochwasserfrei liegen. || Die Breite des Planums soll 3,5 m im Einschnitt und 3,8 m auf dem Damm und das Quergefälle im allgemeinen $\geqq 5^0/_{00}$ betragen. || Böschungen sollen, wo nicht Fels vorhanden, im allgemeinen im Auftrag $1:1\frac{1}{2}$, im Einschnitt $1:1^1/_4$ geneigt sein. Die Wahl steilerer Böschungen bedarf der Genehmigung des Eisenbahnkommissars. || Seitengräben sind dem Bedürfnis entsprechend zu bemessen. Sie sollen, wo sie nötig sind, mindestens 40 cm breit und tief sein und, soweit angängig, ein ausreichendes Längsgefälle erhalten. Ihre bahnseitige Kante darf in Einschnitten mit der Planumskante zusammenfallen, vom Fuße der Dämme soll sie $\geqq 1$ m entfernt bleiben. Oberhalb der Einschnittsböschungen sind nach Bedarf in angemessener Entfernung von der Böschungskante Fanggräben anzulegen. || Bei beweglichen Böschungen und schlammführenden Gräben ist in Einschnitten in der Höhe des Planums eine 0,5 bis 1 m breite Grabenberme anzulegen oder eine besondere Befestigung der Gräben und Böschungen vorzusehen. || Das Bahngelände wird im allgemeinen zu 60 m Breite angenommen. Es ist im allgemeinen auf je 15 m Breite

beiderseits zu roden. Soweit es erforderlich ist, sind die Streifen neben der Bahn als Feuerschutzstreifen durch Einrichtung von Wundstreifen und Beseitigung feuergefährlicher Bodendecken umzugestalten. Bäume, deren Umbrechen zu befürchten ist und die im Fallen das Gleis oder die Drahtleitungen beschädigen oder den Betrieb stören können, müssen gefällt werden. || Vor Beginn von Dammschüttungen ist das Gelände von Gesträuch, Pflanzenwuchs und Baumwurzeln zu befreien. Termitenhügel sind völlig abzutragen, alle schädlichen Höhlungen des Bodens sind völlig auszuheben und neu zu verfüllen. || Über die Verwendung von Bodenarten und die Anwendung von Arbeitsarten zu Dammschüttungen und die Art etwaiger Böschungsbefestigungen ist nach dem Grundsatze zu unterscheiden, daß unbedingte Stand- und Lagerfestigkeit der Dämme erreicht werden muß. Seitenschüttung bei hohen Dämmen ist zu vermeiden.

§ 4.

Wegeübergänge.

Übergänge der die Bahn kreuzenden Fahrwege sollen befestigt und mit Pfählen oder Warnungstafeln versehen werden. Sie sind so anzulegen, daß die Bahnstrecke genügend weit übersehen werden kann.

§ 5.

Kunstbauten.

A. Allgemeines.

Für einstweilige Bauten ist Holz zugelassen, der endgültige Ausbau der Stützmauern, Brücken und Durchlässe hat in Stein und Eisen zu erfolgen. Wo Eisen keine großen Vorteile bietet, soll Stein, Beton oder Eisenbeton gewählt werden. || Die eisernen Überbauten und sinngemäß auch die sonstigen Bauwerksteile sind nach den gültigen „Vorschriften für das Entwerfen der Brücken mit eisernem Überbau auf Schutzgebietsbahnen“ zu berechnen. Soweit im einzelnen nichts anderes bestimmt ist, sollen die Konstruktionen in Eisen mindestens mit fünffacher, die Konstruktionen in Stein mindestens mit zehnfacher Sicherheit gegen Druck, Zug, Biegung und Knicken ausgeführt werden. Die Holzkonstruktionen sollen gegen Zug, Druck und Biegung mindestens fünffache und gegen Knicken mindestens zehnfache Sicherheit gewähren. Bei der Ermittelung der Knicksicherheit ist die theoretische Stablänge von Schnittpunkt zu Schnittpunkt der Schwerlinien in Rechnung zu stellen. || Für jedes Bauwerk ist unter Anlehnung an die „Vorschriften der Preußischen Staatseisenbahnverwaltung für die Überwachung und Prüfung der Brücken mit eisernem Überbau“ (Ausgabe 1907) ein Brückenbuch anzulegen, aus

welchem auch alle nach der Fertigstellung nicht mehr ersichtlichen Angaben und Vorkommnisse während des Baues hervorgehen müssen. || Es müssen also außer den in den Vorschriften hinsichtlich der eisernen Überbauten geforderten Angaben aus dem Brückenbuch ersichtlich sein: || Beschaffenheit des Baugrundes, Ergebnisse etwaiger Bohrungen, Bescheinigung des die Bausohle abnehmenden Beamten, Zeit und Dauer der Ausführung des Mauerwerks, Witterungsverhältnisse während der Ausführung, Mischungsverhältnisse, Herkunft und gegebenenfalls Prüfungsergebnisse der verwendeten Mörtelbestandteile (auch des Wassers), Herkunft und Art der Bausteine. || Ferner muß das Brückenbuch enthalten: || Genaue mit der Ausführung übereinstimmende und entsprechend bescheinigte Grundriß-, Querschnitts- und Ansichtszeichnungen und bei Brücken von mehr als 10 m Lichtweite auf Erfordern des Eisenbahnkommissars eine Übersichtskarte im Maßstab von 1:1000 über das Gelände ober- und unterhalb des Kreuzungspunkts der Bahn mit dem Wasserlaufe sowie die etwaigen Unterlagen zur Berechnung der Durchflußweite und die gemachten Beobachtungen über Hochwasserstände und Geschwindigkeit der Bäche und Flüsse.

B. Eiserne Brücken.

Verschraubung statt Vernietung ist nur mit Genehmigung des Reichs-Kolonialamts zulässig. || Um ein Verbiegen und Einknicken der einzelnen Brückenteile während des Seetransports möglichst zu vermeiden, empfiehlt es sich, neben den sonst üblichen Verbindungsblechen noch besondere Versteifungseisen einzuziehen. || Sämtliche Auflagerteile sind aus Stahl zu fertigen. || Die Brücken sind vor ihrer Versendung in den Werken auf Erfordern vollständig zusammenzusetzen, so daß eine zuverlässige Prüfung hinsichtlich sorgfältiger Arbeit und Übereinstimmung mit den genehmigten Zeichnungen erfolgen kann. Das Reichs-Kolonialamt ist über den Tag der Abnahme so zeitig zu benachrichtigen, daß ohne Schwierigkeiten ein Vertreter zur Teilnahme an der Abnahme entsandt werden kann. || Nach dem Einbau der eisernen Überbauten erfolgt nach vorhergehender Probebelastung die Vorabnahme durch den Eisenbahnkommissar, der jeweils von der Bauleitung rechtzeitig zu verständigen ist.

C. Rohrdurchlässe.

Für das Verlegen der Rohre aus Zementbeton sind die vom Deutschen Betonverein 1906 herausgegebenen Leitsätze gültig. Wegen der Mörtelmischungen siehe Abschnitt D.

D. Gemauerte Durchlässe, Brücken und Stützmauern sowie Bauwerke aus Beton und Eisenbeton.

Für die Herstellung gemauerter Durchlässe, Brücken und Stützmauern gelten unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse in den Tropen sinngemäß die in den „Vorschriften für die Erd- und Mauerarbeiten zu Staatsbauten (Bauwerke des Bahnkörpers) der preußischen Eisenbahnverwaltungen" gegebenen technischen Regeln, soweit sie nicht durch nachstehend aufgeführte Zusätze und Vorschriften geändert oder ergänzt sind. || Mit der Ausführung des Grundmauerwerkes darf erst begonnen werden, wenn der Eisenbahnkommissar, der rechtzeitig — mindestens 48 Stunden vorher — von der Fertigstellung der Baugrube zu benachrichtigen ist, die Genehmigung dazu erteilt hat. Die Ausführungsart des Mauerwerks sowie die zu verwendenden Mischungen bestimmt der Eisenbahnkommissar auf Vorschlag der Bauleitung. Im allgemeinen ist als Mischungsverhältnis || für Fundamentbeton 1:8 || für aufgeh. Beton 1:8 || für Gewölbebeton 1:6 || für Auflagen und die Schichte bis 1 m unter Auflager 1:5 || anzunehmen. Ungeeignete Baustoffe können vom Eisenbahnkommissar zurückgewiesen werden, wobei auf Verlangen das mit solchen Baustoffen etwa schon hergestellte Mauerwerk wieder abgebrochen werden muß. || Für die Ausführung von Betonbauten jeder Art gelten: || 1. die Leitsätze für die Vorbereitung, Ausführung und Prüfung von Bauten aus Stampfbeton, aufgestellt vom Deutschen Betonverein (Februar 1905); || 2. die Bestimmungen für die Ausführung von Konstruktionen aus Eisenbeton bei Hochbauten des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten vom 16. April 1904, Zentralblatt der Bauverwaltung 1904, Seite 253. || Sämtliche Bauwerke aus Mauerwerk oder Beton sind während und nach der Ausführung gegen die Sonnenbestrahlung durch aufgelegte Matten, durch Kalkanstrich, geweißte Dachpappe, Säcke, Bretter, Grasnarbe oder Sand zu schützen und bis zur Erhärtung ungefähr acht Tage lang möglichst feucht zu halten.

§ 6.

Oberbau.

Das Gleis nebst Weichen soll den genehmigten Musterzeichnungen entsprechen. Auf die Schienenlänge von 10 m sind 15 Schwellen zu verlegen. Die Schienen für Krümmungen von $\leqq$ 200 m Halbmesser sind vor dem Verlegen zu biegen. || Die Bettung soll in Höhe der Schienenunterkante beiderseits mindestens 1,20 m breit sein und mit ihrem Fuße mindestens 15 cm von der Planumskante fernbleiben. Ihre Stärke zwischen Planum und Schienenunterkante soll in der Gleismitte mindestens 25 cm betragen. || Als Bettungsstoff wird für die Strecke Duala—Sanaga—Nordarmbrücke

Kies von Duala (Baggerkies), für die Strecke Sanaga—Nordarmbrücke—Bidjoka Schotter aus dem Steinbruch Edea bezw. den auf der Baustrecke noch anzulegenden Steingewinnungsplätzen verwendet. Das zu Schotter verwandte Gestein soll von möglichst harter Beschaffenheit sein. Gesteinsarten, die unter dem Einfluß der Witterung und des Verkehrs eine wasserundurchlässige Masse bilden, sind von der Verwendung ausgeschlossen. || Der Oberbau soll nach besonderen, noch zu vereinbarenden Vorschriften verlegt werden.

§ 7.

Telegraphen- und Fernsprecheinrichtung, Abteilungszeichen, Signale.

Die Bahn soll mit einer doppeldrahtigen, elektromagnetischen Leitung an eisernen Stützen versehen werden. Die Leitung soll aus 3 mm starkem Silicium-Bronzedraht bestehen. Auf allen Betriebsstationen ist ein Fernsprechapparat, auf den besetzten außerdem ein Fernschreibapparat vorzusehen. Die Leitung auf freier Strecke ist in unmittelbarer Nähe des Bahnkörpers so zu verlegen, daß sie auf möglichst große Länge vom Zug aus übersehen werden kann. Das Verlegen der Telegraphenleitung muß mit dem des Oberbaues tunlichst gleichen Schritt halten. Die Telegraphenstangen müssen durchlaufend numeriert und mit Pfeilen versehen werden, die die Richtung zur nächstgelegenen Station angeben. || Die Bahn ist in Abschnitten von 1000 und 500 m mit Abteilungszeichen zu versehen. || Das Verhältnis der Neigungen ist an den Enden der Strecken, wo die Verbindungslinie zweier mehr als 500 m voneinander entfernten Punkte der Bahn stärker als $10‰$ (1:100) geneigt ist, ersichtlich zu machen. || Krümmungszeichen sind bei Kurven, deren Halbmesser $\leqq 1000$ m, anzuordnen. || Die sonstige Ausrüstung der Bahn mit Signalen wird der Entscheidung des Gouverneurs vorbehalten.

§ 8.

Stationen.

A. Allgemeines.

An Stationen sind auf der Strecke bis Bidjoka außer dem Bahnhof Duala und der Hauptkreuzungsstation Edea vorzusehen: || 8 Haltepunkte und zwar: || bei km 7,3; km 11,8; km 31; km 57,1; km 90,5; km 104; km 122,8; km 145,5; || 8 Haltestellen und zwar: || km 17; km 46; km 63; km 70; km 97; km 114; km 131; km 150. || Die Stationen in km 70 und 97 sind als Nebenkreuzungsstationen auszubauen. Wasserstationen sind außer in Duala und Edea in km 46 und 131 anzulegen.

B. Gleisanlagen.

Auf sämtlichen Bahnhöfen sollen, sofern nicht der Gouverneur im Ausnahmefalle etwas anderes bestimmt, Ladegleise angeordnet werden.

Ihre nutzbare Länge soll im allgemeinen mindestens 120 m betragen. Im übrigen wird die Art und Zahl der erforderlichen Gleise auf Vorschlag der Unternehmerin vom Eisenbahnkommissar festgesetzt. Die Erweiterungsfähigkeit der Bahnhöfe ist zu wahren und in den Plänen durch punktierte Linien nachzuweisen. || Der Gleisabstand soll mindestens 4,0 m betragen. Für die Anlage von Zwischenbahnsteigen muß der Abstand auf mindestens 6,0 m von Gleismitte zu Gleismitte vermehrt werden. || Die Bahnsteige sind erhöht anzulegen, soweit erforderlich mit geeignetem Material zu befestigen und in geeigneter Weise zu entwässern.

C. Ausstattung der Bahnhöfe.

Dem Bedürfnis der Reichspostverwaltung an Räumen für Post- und Telegraphenzwecke ist im Rahmen des Bauprogramms Rechnung zu tragen. || Im übrigen sind hinsichtlich der Ausstattung der Haltepunkte und Bahnhöfe die Festsetzungen des für Tit. IX besonders vereinbarten Selbstkostenanschlags maßgebend. || Auf den Wasserstationen sind Hochbehälter, deren Boden im allgemeinen mindestens 10 m über SO. liegen muß, anzubringen; das Fassungsvermögen muß $\geqq$ 50 cbm betragen. || Für die Wasserentnahme sind drehbare Krane anzuordnen. || Neben den Kranen sind Löschgruben herzustellen.

§ 9.

Werkstattanlagen.

Bei der Anordnung der Lokomotivschuppen und der Werkstattanlagen ist einer bequemen Erweiterungsmöglichkeit in weitem Umfange Rechnung zu tragen. Die Ausrüstung der Werkstätte erfolgt nach den Festsetzungen des besonders vereinbarten Selbstkostenanschlags für Tit. X Pos. 4.

§ 10.

Schlußbemerkung.

Der Gouverneur kann die ihm vorbehaltenen Befugnisse einzeln oder allgemein unter schriftlicher Benachrichtigung der Unternehmerin dem Eisenbahnkommissar übertragen.

Nr. 14491. VERTRAGSSTAATEN. Abkommen über die Vereinheitlichung des Wechselrechts.

Haag, 23. Juli 1912.

(La convention devant rester ouverte à la signature jusqu'au trente et un juillet 1913, les Puissances signataires et Leurs plénipotentiaires ne seront inscrits qu'à cette date.)

Considérant qu'il importe au plus haut point de rendre les relations commerciales entre les peuples toujours plus faciles et plus sûres, || Consi-

dérant que la lettre de change joue dans ces relations un rôle essentiel, || Qu'elle rend des services signalés en évitant les transports de numéraire, en facilitant le règlement de toutes les dettes internationales publiques ou privées. || Mais considérant que des difficultés s'élèvent fréquemment à raison des législations différentes des pays dans lesquels une lettre de change est appelée à circuler, || Que le commerce aurait grand intérêt à pouvoir se servir d'un titre soumis à des règles uniformes pour sa création, sa circulation et son paiement, || Qu'il aurait ainsi à sa disposition une sorte de monnaie dont il lui serait aisé d'apprécier la valeur juridique. || Ont nommé pour Leurs Plénipotentiaires, savoir: || (dénomination des plénipotentiaires). || Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes:

Article premier.

Les Etats contractants s'engagent à introduire dans leurs territoires respectifs, soit dans le texte original, soit dans leurs langues nationales, le Règlement ci-annexé concernant la lettre de change et le billet à ordre, qui devra entrer en vigueur en même temps que la présente Convention. || Cet engagement s'étend, à moins d'une réserve générale ou spéciale, aux colonies, possessions ou protectorats et aux circonscriptions consulaires judiciaires des Etats contractants, dans la mesure où leurs lois métropolitaines s'y appliquent.

Article 2.

Par dérogation à l'article premier, 1°, du Règlement, chaque Etat contractant peut prescrire que des lettres de change créées sur son territoire, qui ne contiennent pas la dénomination de lettre de change, sont valables, pourvu qu'elles contiennent l'indication expresse qu'elles sont à ordre.

Article 3.

Chaque Etat contractant a, pour les engagements pris en matière de lettre de change sur son territoire, la faculté de déterminer de quelle manière il peut être suppléé à la signature elle-même, pourvu qu'une déclaration authentique inscrite sur la lettre de change constate la volonté de celui qui aurait dû signer.

Article 4.

Chaque Etat contractant a la faculté de prescrire, par dérogation à l'article 18 du Règlement, que, pour un endossement fait sur son territoire, la mention impliquant un nantissement sera réputée non écrite. || Dans

ce cas, la mention sera également considérée comme non écrite par les autres Etats.

Article 5.

Par dérogation à l'article 30, alinéa 1, du Règlement, chaque Etat contractant a la faculté de prescrire qu'un aval pourra être donné sur son territoire par un acte séparé indiquant le lieu où il est intervenu.

Article 6.

Par dérogation à l'article 32 du Règlement, chaque Etat contractant a la faculté d'admettre des lettres payables en foire sur son territoire et de fixer la date de leur échéance. || Ces lettres seront reconnues valables par les autres Etats.

Article 7.

Chaque Etat contractant peut compléter l'article 37 du Règlement en ce sens que, pour une lettre de change payable sur son territoire, le porteur sera obligé de la présenter le jour même de l'échéance; l'inobservation de cette obligation ne devra donner lieu qu'à des dommages-intérêts. || Les autres Etats auront la faculté de déterminer les conditions sous lesquelles ils reconnaîtront une telle obligation.

Article 8.

Par dérogation à l'article 38, alinéa 2, du Règlement, chaque Etat contractant peut, pour les titres payables sur son territoire, autoriser le porteur à refuser un paiement partiel. || Le droit ainsi accordé au porteur doit être reconnu par les autres Etats.

Article 9.

Chaque Etat contractant a la faculté de prescrire qu'avec l'assentiment du porteur, les protêts à dresser sur son territoire peuvent être remplacés par une déclaration datée et écrite sur la lettre de change elle-même, signée par le tiré et transcrite sur un registre public dans le délai fixé pour les protêts. || Une telle déclaration sera reconnue par les autres Etats.

Article 10.

Par dérogation à l'article 43, alinéa 2, du Règlement, chaque Etat contractant a la faculté de prescrire, soit que le protêt faute de paiement doit être dressé le premier jour ouvrable qui suit celui où le paiement peut être exigé, soit qu'il doit être dressé dans les deux jours ouvrables qui suivent.

Article 11.

Chaque Etat contractant a la faculté de prescrire que l'avis du non paiement, prévu par l'article 44, alinéa 1, du Règlement, pourra être donné par l'officier public chargé de dresser le protêt.

Article 12.

Chaque Etat contractant a la faculté de prescrire que les intérêts dont il est question à l'article 47, alinéa 1, 2°, et à l'article 48, 2°, du Règlement, seront de six pour cent pour les lettres de change qui sont à la fois émises et payables sur son territoire. Cette disposition sera reconnue par les autres Etats. || Le taux de l'intérêt à courir à partir d'une action en justice est déterminé librement par la législation de l'Etat où l'action est intentée. Toutefois, le défendeur ne peut réclamer le remboursement des intérêts qu'il a payés que jusqu'à concurrence du taux ordinaire de cinq ou de six pour cent.

Article 13.

Chaque Etat contractant est libre de décider que, dans le cas de déchéance ou de prescription, il subsistera sur son territoire une action contre le tireur qui n'a pas fait provision ou contre un tireur ou un endosseur qui se seraient enrichis injustement. La même faculté existe, en cas de prescription, en ce qui concerne l'accepteur qui a reçu provision ou se serait enrichi injustement.

Article 14.

La question de savoir si le tireur est obligé de fournir provision à l'échéance et si le porteur a des droits spéciaux sur cette provision reste en dehors du Règlement et de la présente Convention.

Article 15.

Chaque Etat contractant peut, pour le cas d'une lettre de change payable sur son territoire, régler les conséquences de la perte de cette lettre, notamment au point de vue de l'émission d'une nouvelle lettre, du droit d'obtenir le paiement ou de faire ouvrir une procédure d'annulation. || Les autres Etats ont la faculté de déterminer les conditions sous lesquelles ils reconnaîtront les décisions judiciaires rendues en conformité de l'alinéa précédent.

Article 16.

C'est à la législation de chaque Etat qu'il appartient de déterminer les causes d'interruption et de suspension de la prescription des actions résultant d'une lettre de change dont ses tribunaux ont à connaître. || Les autres Etats ont la faculté de déterminer les conditions auxquelles ils

reconnaîtront de pareilles causes. Il en est de même de l'effet d'une action comme moyen de faire courir le délai de prescription prévu par l'article 70, alinéa 3, du Règlement.

Article 17.

Chaque Etat contractant a la faculté de prescrire que certains jours ouvrables seront assimilés aux jours fériés légaux en ce qui concerne la présentation à l'acceptation ou au paiement et tous autres actes relatifs à la lettre de change.

Article 18.

Chaque Etat contractant a la faculté de ne pas reconnaître la validité de l'engagement pris en matière de lettre de change par l'un de ses ressortissants et qui ne serait tenu pour valable dans le territoire des autres Etats contractants que par application de l'article 74, alinéa 2 du Règlement.

Article 19.

Les Etats contractants ne peuvent subordonner à l'observation des dispositions sur le timbre la validité des engagements pris en matière de lettre de change ou l'exercice des droits qui en découlent. || Ils peuvent, toutefois, suspendre l'exercice de ces droits jusqu'à l'acquittement des droits de timbre qu'ils ont prescrits. Ils peuvent également décider que la qualité et les effets de titre immédiatement exécutoire qui, d'après leurs législations, seraient attribués à la lettre de change, seront subordonnés à la condition que le droit de timbre ait été, dès la création du titre, dûment acquitté conformément aux dispositions de leurs lois.

Article 20.

Les Etats contractants se réservent la faculté de ne pas appliquer les principes de droit international privé consacrés par la présente Convention ou par le Règlement en tant qu'il s'agit: || 1°. d'un engagement pris hors des territoires des Etats contractants; || 2°. d'une loi qui serait applicable d'après ces principes et qui ne serait pas celle d'un des Etats contractants.

Article 21.

Les dispositions des articles 2 à 13 et 15 à 20, relatives à la lettre de change, s'appliquent également au billet à ordre.

Article 22.

Chaque Etat contractant se réserve la faculté de restreindre l'engagement mentionné dans l'article premier aux seules dispositions sur la lettre de change et de ne pas introduire sur son territoire les dispositions sur le billet à ordre contenues dans le titre II du Règlement. Dans ce cas, l'Etat

qui a profité de cette réserve, ne sera considéré comme Etat contractant que pour ce qui concerne la lettre de change. || Chaque Etat se réserve également la faculté de faire des dispositions concernant le billet à ordre un Règlement spécial qui sera entièrement conforme aux stipulations du titre II du Règlement et qui reproduira les règles sur la lettre de change auxquelles il est renvoyé, sous les seules modifications résultant des articles 77, 78, 79 et 80 du Règlement et de l'article 21 de la présente Convention.

Article 23.

Les Etats contractants s'obligent à ne pas changer l'ordre des articles du Règlement par l'introduction des modifications ou additions auxquelles ils sont autorisés.

Article 24.

Les Etats contractants communiqueront au Gouvernement des Pays-Bas toutes les dispositions qu'ils édicteront en vertu de la présente Convention ou en exécution du Règlement. || De même, les Etats communiqueront audit Gouvernement les termes qui, dans les langues reconnues sur leur territoire, correspondent à la dénomination de lettre de change et de billet à ordre. Lorsqu'il s'agit d'une même langue, les Etats intéressés s'entendront entre eux, autant que possible, sur le choix d'un seul et même terme. || Les Etats notifieront, en outre, audit Gouvernement la liste des jours fériés légaux et des autres jours où le paiement ne peut être exigé dans leurs pays respectifs. || Les Etats où une loi autre que la loi nationale est déclarée compétente pour déterminer la capacité de leurs ressortissants de s'engager par lettre de change, auront également soin d'en informer le Gouvernement des Pays-Bas. || Le Gouvernement des Pays-Bas fera connaître immédiatement à tous les autres Etats contractants les indications qui lui auront été données en vertu des alinéas précédents.

Article 25.

La présente Convention sera ratifiée aussitôt que possible. || Les ratifications seront déposées à la Haye. || Le premier dépôt de ratifications sera constaté par un procès-verbal signé par les Représentants des Etats qui y prennent part et par le Ministre des Affaires Etrangères des Pays-Bas. || Les dépôts ultérieurs de ratifications se feront au moyen d'une notification écrite adressée au Gouvernement des Pays-Bas et accompagnée de l'instrument de ratification. || Copie certifiée conforme du procès-verbal relatif au premier dépôt de ratifications, des notifications mentionnées à l'alinéa précédent, ainsi que des instruments de ratification qui les accompagnent, sera immédiatement, par les soins du Gouvernement des Pays-

Bas et par la voie diplomatique, remise aux Etats qui ont signé la présente Convention ou qui y auront adhéré. Dans les cas visés par l'alinéa précédent, ledit Gouvernement leur fera connaître en même temps la date à laquelle il a reçu la notification.

Article 26.

Les Etats non signataires pourront adhérer à la présente Convention, qu'ils aient été ou non représentés aux Conférences internationales de la Haye pour l'Unification du Droit relatif à la Lettre de Change et au Billet à Ordre. || L'Etat qui désire adhérer notifie par écrit son intention au Gouvernement des Pays-Bas en lui transmettant l'acte d'adhésion qui sera déposé dans les Archives dudit Gouvernement. || Le Gouvernement des Pays-Bas transmettra immédiatement à tous les Etats qui ont signé la présente Convention ou qui y auront adhéré copie certifiée conforme de la notification ainsi que de l'acte d'adhésion, en indiquant la date à laquelle il a reçu la notification.

Article 27.

La présente Convention produira effet, pour les Etats qui auront participé au premier dépôt de ratifications, six mois après la date du procès-verbal de ce dépôt et, pour les Etats qui la ratifieront ultérieurement ou qui y adhèreront, six mois après que les notifications prévues dans l'article 25, alinéa 4, et dans l'article 26, alinéa 2, auront été reçues par le Gouvernement des Pays-Bas.

Article 28.

S'il arrivait qu'un des Etats contractants voulût dénoncer la présente Convention, la dénonciation sera notifiée, par écrit, au Gouvernement des Pays-Bas qui communiquera immédiatement copie certifiée conforme de la notification à tous les autres Etats en leur faisant connaître la date à laquelle il l'a reçue. || La dénonciation, qui ne pourra se faire qu'après un délai de trois ans à partir de la date du premier dépôt des ratifications, produira ses effets à l'égard de l'Etat seul qui l'aura notifiée et un an après que la notification en sera parvenue au Gouvernement des Pays-Bas.

Article 29.

L'Etat qui désire profiter d'une des réserves mentionnées dans l'article premier, alinéa 2, ou dans l'article 22, alinéa 1, doit l'insérer dans l'acte de ratification ou d'adhésion. S'il désire ultérieurement renoncer à cette réserve, il notifie par écrit son intention au Gouvernement des Pays-Bas; en ce cas, les dispositions de l'article 26, alinéa 3, et de l'article 27 sont applicables. || L'Etat contractant qui, postérieurement, désire profiter

d'une des réserves ci-dessus mentionnées notifie par écrit son intention au Gouvernement des Pays-Bas; sont applicables à cette notification les dispositions de l'article 28.

Article 30.

Après un délai de deux ans à partir du premier dépôt des ratifications, cinq Etats contractants peuvent adresser une demande motivée au Gouvernement des Pays-Bas à l'effet de provoquer la réunion d'une Conférence qui délibèrerait sur la question de savoir s'il y a lieu d'introduire des additions ou des modifications dans le Règlement ou la présente Convention. || En l'absence d'une telle demande, le Gouvernement des Pays-Bas prendra soin de convoquer une Conférence dans le but indiqué après l'expiration d'un délai de cinq ans à partir du premier dépôt des ratifications.

Article 31.

La présente Convention qui portera la date du vingt trois juillet 1912, pourra être signée à la Haye, jusqu'au trente et un juillet 1913, par les Plénipotentiaires des Puissances représentées à la première ou à la deuxième Conférence internationale pour l'unification du droit relatif à la lettre de change et au billet à ordre. || En foi de quoi, les Plénipotentiaires ont revêtu la présente Convention de leurs signatures et y ont apposé leurs cachets.

Fait à la Haye, le vingt trois juillet Mil Neuf Cent Douze, en un seul exemplaire qui restera déposé dans les archives du Gouvernement des Pays-Bas, et dont une copie certifiée conforme sera remise, par la voie diplomatique, à chacun des Gouvernements représentés à la Conférence.

Unterschriften.

Annexe à la Convention.

Règlement Uniforme sur la Lettre de Change et le Billet à Ordre.

Titre premier.

De la lettre de change.

Chapitre premier.

De la création et de la forme de la lettre de change.

Article premier.

La lettre de change contient: || 1°. la dénomination de lettre de change insérée dans le texte même du titre et exprimée dans la langue employée pour la rédaction de ce titre; || 2°. le mandat pur et simple de payer une

somme déterminée; || 3°. le nom de celui qui doit payer (tiré); || 4°. l'indication de l'échéance; || 5°. celle du lieu où le paiement doit s'effectuer; || 6°. le nom de celui auquel ou à l'ordre duquel le paiement doit être fait; || 7°. l'indication de la date et du lieu où la lettre est créée; || 8°. la signature de celui qui émet la lettre (tireur).

Article 2.

Le titre dans lequel une des énonciations indiquées à l'article précédent fait défaut, ne vaut pas comme lettre de change, sauf dans les cas déterminés par les alinéas suivants. || La lettre de change dont l'échéance n'est pas indiquée, est considérée comme payable à vue. || A défaut d'indication spéciale, le lieu désigné à côté du nom du tiré est réputé être le lieu de paiement et, en même temps, le lieu du domicile du tiré. || La lettre de change n'indiquant pas le lieu de sa création est considérée comme souscrite dans le lieu désigné à côté du nom du tireur.

Article 3.

La lettre de change peut être à l'ordre du tireur lui-même. || Elle peut être tirée sur le tireur lui-même. || Elle peut être tirée pour le compte d'un tiers.

Article 4.

Une lettre de change peut être payable au domicile d'un tiers, soit dans le lieu du domicile du tiré, soit dans un autre lieu, (lettre de change domiciliée).

Article 5.

Dans une lettre de change payable à vue ou à un certain délai de vue, il peut être stipulé par le tireur que la somme sera productive d'intérêts. Dans toute autre lettre de change, cette stipulation est réputée non écrite. || Le taux des intérêts doit être indiqué dans la lettre; à défaut de cette indication, il est de cinq pour cent. || Les intérêts courent à partir de la date de la lettre de change, si une autre date n'est indiquée.

Article 6.

La lettre de change dont le montant est écrit à la fois en toutes lettres et en chiffres, vaut, en cas de différence, pour la somme écrite en toutes lettres. || La lettre de change dont le montant est écrit plusieurs fois, soit en toutes lettres, soit en chiffres, ne vaut, en cas de différence, que pour la moindre somme.

Article 7.

Si une lettre de change porte la signature de personnes incapables de s'obliger, les obligations des autres signataires n'en sont pas moins valables.

Article 8.

Quiconque appose sa signature sur une lettre de change, comme représentant d'une personne pour laquelle il n'avait pas le pouvoir d'agir, est obligé lui-même en vertu de la lettre. Il en est ainsi du représentant qui a dépassé ses pouvoirs.

Article 9.

Le tireur est garant de l'acceptation et du paiement. || Il peut s'exonérer de la garantie de l'acceptation; toute clause par laquelle il s'exonère de la garantie du paiement est réputée non écrite.

Chapitre II.

De l'endossement.

Article 10.

Toute lettre de change, même non expressément tirée à ordre, est transmissible par la voie de l'endossement. || Lorsque le tireur a inséré dans la lettre de change les mots „non à ordre" ou une expression équivalente, le titre n'est transmissible que dans la forme et avec les effets d'une cession ordinaire. || L'endossement peut être fait même au profit du tiré, accepteur ou non, du tireur ou de tout autre obligé. Ces personnes peuvent endosser la lettre à nouveau.

Article 11.

L'endossement doit être pur et simple. Toute condition à laquelle il est subordonné est réputée non écrite. || L'endossement partiel est nul. || Est également nul l'endossement „au porteur".

Article 12.

L'endossement doit être écrit sur la lettre de change ou sur une feuille qui y est rattachée (allonge). Il doit être signé par l'endosseur. || L'endossement est valable alors même que le bénéficiaire n'y serait pas désigné ou que l'endosseur se serait borné à apposer sa signature au dos de la lettre de change ou d'une allonge (endossement en blanc).

Article 13.

L'endossement transmet tous les droits résultant de la lettre de change. || Si l'endossement est en blanc, le porteur peut: || 1°. remplir le blanc, soit

de son nom, soit du nom d'une autre personne; || 2°. endosser la lettre de nouveau en blanc ou à une autre personne; || 3°. remettre la lettre à un tiers, sans remplir le blanc et sans l'endosser.

Article 14.

L'endosseur est, sauf clause contraire, garant de l'acceptation et du paiement. || Il peut interdire un nouvel endossement; dans ce cas, il n'est pas tenu à la garantie envers les personnes auxquelles la lettre est ultérieurement endossée.

Article 15.

Le détenteur d'une lettre de change est considéré comme porteur légitime s'il justifie de son droit par une suite ininterrompue d'endossements, même si le dernier endossement est en blanc. Quand un endossement en blanc est suivi d'un autre endossement, le signataire de celui-ci est réputé avoir acquis la lettre par l'endossement en blanc. Les endossements biffés sont réputés non avenus. || Si une personne a été dépossédée d'une lettre de change par quelque événement que ce soit, le porteur justifiant de son droit de la manière indiquée à l'alinéa précédent, n'est tenu de se dessaisir de la lettre que s'il l'a acquise de mauvaise foi ou si, en l'acquérant, il a commis une faute lourde.

Article 16.

Les personnes actionnées en vertu de la lettre de change ne peuvent pas opposer au porteur les exceptions fondées sur leurs rapports personnels avec le tireur ou avec les porteurs antérieurs, à moins que la transmission n'ait eu lieu à la suite d'une entente frauduleuse.

Article 17.

Lorsque l'endossement contient la mention „valeur en recouvrement", „pour encaissement", „par procuration" ou toute autre mention impliquant un simple mandat, le porteur peut exercer tous les droits dérivant de la lettre de change, mais il ne peut endosser celle-ci qu'à titre de procuration. || Les obligés ne peuvent, dans ce cas, invoquer contre le porteur que les exceptions qui seraient opposables à l'endosseur.

Article 18.

Lorsqu'un endossement contient la mention „valeur en garantie", „valeur en gage" ou toute autre mention impliquant un nantissement, le porteur peut exercer tous les droits dérivant de la lettre de change, mais un endossement fait par lui ne vaut que comme endossement à titre de procuration. || Les obligés ne peuvent invoquer contre le porteur les exceptions fondées sur leurs rapports personnels avec l'endosseur, à moins que l'endossement n'ait eu lieu à la suite d'une entente frauduleuse.

Article 19.

L'endossement postérieur à l'échéance produit les mêmes effets qu'un endossement antérieur. Toutefois, l'endossement postérieur au protêt faute de paiement ou fait après l'expiration du délai fixé pour le dresser, ne produit que les effets d'une cession ordinaire.

Chapitre III.

De l'acceptation.

Article 20.

La lettre de change peut être, jusqu'à l'échéance, présentée à l'acceptation du tiré, au lieu de son domicile, par le porteur ou même par un simple détenteur.

Article 21.

Dans toute lettre de change, le tireur peut stipuler qu'elle devra être présentée à l'acceptation, avec ou sans fixation de délai. || Il peut interdire dans la lettre la présentation à l'acceptation, à moins qu'il ne s'agisse d'une lettre de change domiciliée ou tirée à un certain délai de vue. || Il peut aussi stipuler que la présentation à l'acceptation ne pourra avoir lieu avant une certaine date. || Tout endosseur peut stipuler que la lettre devra être présentée à l'acceptation, avec ou sans fixation de délai, à moins qu'elle n'ait été déclarée non acceptable par le tireur.

Article 22.

Les lettres de change à un certain délai de vue doivent être présentées à l'acceptation dans les six mois de leur date. || Le tireur peut abréger ce dernier délai ou en stipuler un plus long. || Ces délais peuvent être abrégés par les endosseurs.

Article 23.

Le porteur n'est pas obligé de se dessaisir, entre les mains du tiré, de la lettre présentée à l'acceptation. || Le tiré peut demander qu'une seconde présentation lui soit faite le lendemain de la première. Les intéressés ne sont admis à prétendre qu'il n'a pas été fait droit à cette demande que si celle-ci est mentionnée dans le protêt.

Article 24.

L'acceptation est écrite sur la lettre de change. Elle est exprimée par le mot „accepté“ ou tout autre mot équivalent; elle est signée du tiré. La simple signature du tiré apposée au recto de la lettre vaut acceptation. || Quand la lettre est payable à un certain délai de vue ou lorsqu'elle doit

être présentée à l'acceptation dans un délai déterminé en vertu d'une stipulation spéciale, l'acceptation doit être datée du jour où elle a été donnée, à moins que le porteur n'exige qu'elle soit datée du jour de la présentation. A défaut de date, le porteur, pour conserver ses droits de recours contre les endosseurs et contre le tireur, fait constater cette omission par un protêt dressé en temps utile.

Article 25.

L'acceptation est pure et simple; mais elle peut être restreinte à une partie de la somme. || Toute autre modification apportée par l'acceptation aux énonciations de la lettre de change équivaut à un refus d'acceptation. Toutefois, l'accepteur est tenu dans les termes de son acceptation.

Article 26.

Quand le tireur a indiqué dans la lettre de change un lieu de paiement autre que celui du domicile du tiré, sans désigner le domiciliataire, l'acceptation indique la personne qui doit effectuer le paiement. A défaut de cette indication, l'accepteur est réputé s'être obligé à payer lui-même au lieu du paiement. || Si la lettre est payable au domicile du tiré, celui-ci peut, dans l'acceptation, indiquer une adresse du même lieu où le paiement doit être effectué.

Article 27.

Par l'acceptation, le tiré s'oblige à payer la lettre de change à l'échéance. || A défaut de paiement, le porteur, même s'il est le tireur, a contre l'accepteur une action directe résultant de la lettre de change pour tout ce qui peut être exigé en vertu des articles 47 et 48.

Article 28.

Si le tiré, qui a revêtu la lettre de change de son acceptation, a biffé celle-ci avant de s'être dessaisi du titre, l'acceptation est censée refusée; toutefois, le tiré est tenu dans les termes de son acceptation, s'il l'a biffée après avoir fait connaître par écrit au porteur ou à un signataire quelconque qu'il avait accepté.

Chapitre IV.

De l'aval.

Article 29.

Le paiement d'une lettre de change peut être garanti par un aval. || Cette garantie est fournie par un tiers ou même par un signataire de la lettre.

Article 30.

L'aval est donné sur la lettre de change ou sur une allonge. || Il est exprimé par les mots „bon pour aval" ou par toute autre formule équivalente; il est signé par le donneur d'aval. || Il est considéré comme résultant de la seule signature du donneur d'aval, apposée au recto de la lettre de change, sauf quand il s'agit de la signature du tiré ou de celle d'un tireur. || L'aval doit indiquer pour le compte de qui il est donné. A défaut de cette indication, il est réputé donné pour le tireur.

Article 31.

Le donneur d'aval est tenu de la même manière que celui dont il s'est porté garant. || Son engagement est valable, alors même que l'obligation qu'il a garantie serait nulle pour toute cause autre qu'un vice de forme. || Il a, quand il paie la lettre de change, le droit de recourir contre le garanti et contre les garants de celui-ci.

Chapitre V.

De l'échéance.

Article 32.

Une lettre de change peut être tirée: || à jour fixe; || à un certain délai de date; || à vue; || à un certain délai de vue. || Les lettres de change, soit à d'autres échéances, soit à échéances successives, sont nulles.

Article 33.

La lettre de change à vue est payable à sa présentation. Elle doit être présentée au paiement dans les délais légaux ou conventionnels fixés pour la présentation à l'acceptation des lettres payables à un certain délai de vue.

Article 34.

L'échéance d'une lettre de change à un certain délai de vue est déterminée, soit par la date de l'acceptation, soit par celle du protêt. || En l'absence de protêt, l'acceptation non datée est réputée, à l'égard de l'accepteur, avoir été donnée le dernier jour du délai de présentation, légal ou conventionnel.

Article 35.

L'échéance d'une lettre de change tirée à un ou plusieurs mois de date ou de vue a lieu à la date correspondante du mois où le paiement doit être effectué. A défaut de date correspondante, l'échéance a lieu le dernier jour de ce mois. || Quand une lettre de change est tirée à un ou à plusieurs

mois et demi de date ou de vue, on compte d'abord les mois entiers. || Si l'échéance est fixée au commencement, au milieu (mi-Janvier, mi-Février, etc.) ou à la fin du mois, on entend par ces termes le premier, le quinze ou le dernier jour du mois. || Les expressions „huit jours" ou „quinze jours" s'entendent, non d'une ou deux semaines, mais d'un délai de huit ou de quinze jours effectifs. || L'expression „demi-mois" indique un délai de quinze jours.

Article 36.

Quand une lettre de change est payable à jour fixe dans un lieu où le calendrier est différent de celui du lieu de l'émission, la date de l'échéance est considérée comme fixée d'après le calendrier du lieu de paiement. || Quand une lettre de change tirée entre deux places ayant des calendriers différents est payable à un certain délai de date, le jour de l'émission est ramené au jour correspondant du calendrier du lieu de paiement et l'échéance est fixée en conséquence. || Les délais de présentation des lettres de change sont calculés conformément aux règles de l'alinéa précédent. || Ces règles ne sont pas applicables si une clause de la lettre de change, ou même les simples énonciations du titre, indiquent que l'intention a été d'adopter des règles différentes.

Chapitre VI.

Du paiement.

Article 37.

Le porteur doit présenter la lettre de change au paiement, soit le jour où elle est payable, soit l'un des deux jours ouvrables qui suivent. || La présentation à une chambre de compensation équivaut à une présentation au paiement.

Article 38.

Le tiré peut exiger, en payant la lettre de change, qu'elle lui soit remise acquittée par le porteur. || Le porteur ne peut refuser un paiement partiel. || En cas de paiement partiel, le tiré peut exiger que mention de ce paiement soit faite sur la lettre et que quittance en soit donnée.

Article 39.

Le porteur d'une lettre de change ne peut être contraint d'en recevoir le paiement avant l'échéance. || Le tiré qui paie avant l'échéance le fait à ses risques et périls. || Celui qui paie à l'échéance est valablement libéré, à moins qu'il n'y ait de sa part une fraude ou une faute lourde. Il est obligé de vérifier la régularité de la suite des endossements, mais non la signature des endosseurs.

Article 40.

Lorsqu'une lettre de change est stipulée payable en une monnaie n'ayant pas cours au lieu du paiement, le montant peut en être payé, d'après sa valeur au jour où le paiement est exigible, dans la monnaie du pays, à moins que le tireur n'ait stipulé que le paiement devra être fait dans la monnaie indiquée (clause de paiement effectif en une monnaie étrangère). Les usages du lieu du paiement servent à déterminer la valeur de la monnaie étrangère. Toutefois, le tireur peut stipuler que la somme à payer sera calculée d'après un cours déterminé dans la lettre ou à déterminer par un endosseur; dans ce cas, cette somme doit être payée dans la monnaie du pays. || Si le montant de la lettre de change est indiqué dans une monnaie ayant la même dénomination, mais une valeur différente, dans le pays d'émission et dans celui du paiement, on est présumé s'être référé à la monnaie du lieu du paiement.

Article 41.

A défaut de présentation de la lettre de change au paiement dans le délai fixé par l'article 37, tout débiteur a la faculté d'en remettre le montant en dépôt à l'autorité compétente, aux frais, risques et périls du porteur.

Chapitre VII.

Des recours faute d'acceptation et faute de paiement.

Article 42.

Le porteur peut exercer ses recours contre les endosseurs, le tireur et les autres obligés: || à l'échéance, || si le paiement n'a pas eu lieu; même avant l'échéance, || 1°. s'il y a eu refus d'acceptation; || 2°. dans les cas de faillite du tiré, accepteur ou non, de cessation de ses paiements même non constatée par un jugement, ou de saisie de ses biens demeurée infructueuse; || 3°. dans les cas de faillite du tireur d'une lettre non-acceptable.

Article 43.

Le refus d'acceptation ou de paiement doit être constaté par un acte authentique (protêt faute d'acceptation ou faute de paiement). || Le protêt faute de paiement doit être fait, soit le jour où la lettre de change est payable soit l'un des deux jours ouvrables qui suivent. || Le protêt faute d'acceptation doit être fait dans les délais fixés pour la présentation à l'acceptation. Si, dans le cas prévu par l'article 23, alinéa 2, la première présentation a eu lieu de dernier jour du délai, le protêt peut encore être dressé le lendemain. || Le protêt faute d'acceptation dispense de la présentation au paiement et du protêt faute de paiement. || Dans les cas prévus par l'article 42, 2°, le

porteur ne peut exercer ses recours qu'après présentation de la lettre au tiré pour le paiement et après confection d'un protêt. || Dans les cas prévus par l'article 42, 3°, la production du jugement déclaratif de la faillite du tireur suffit pour permettre au porteur d'exercer ses recours.

Article 44.

Le porteur doit donner avis du défaut d'acceptation ou de paiement à son endosseur et au tireur, dans les quatre jours ouvrables qui suivent le jour du protêt ou celui de la présentation en cas de clause de retour sans frais. || Chaque endosseur doit, dans le délai de deux jours, faire connaître à son endosseur l'avis qu'il a reçu, en indiquant les noms et les adresses de ceux qui ont donné les avis précédents, et ainsi de suite, en remontant jusqu'au tireur. Le délai ci-dessus indiqué court de la réception de l'avis précédent. || Dans le cas où un endosseur n'a pas indiqué son adresse ou l'a indiquée d'une façon illisible, il suffit que l'avis soit donné à l'endosseur qui le précède. || Celui qui a un avis à donner peut le faire sous une forme quelconque, même par un simple renvoi de la lettre de change. Il doit prouver qu'il l'a fait dans le délai prescrit. || Ce délai sera considéré comme observé, si une lettre missive donnant l'avis a été mise à la poste dans ledit délai. || Celui qui ne donne pas l'avis dans le délai ci-dessus indiqué, n'encourt pas de déchéance; il est responsable, s'il y a lieu, du préjudice causé par sa négligence, sans que les dommages-intérêts puissent dépasser le montant de la lettre de change.

Article 45.

Le tireur ou un endosseur peut, par la clause de „retour sans frais", „sans protêt", ou toute autre clause équivalente, dispenser le porteur de faire dresser, pour exercer ses recours, un protêt faute d'acceptation ou faute de paiement. || Cette clause ne dispense le porteur ni de la présentation de la lettre de change dans les délais prescrits ni des avis à donner à un endosseur précédent et au tireur. La preuve de l'inobservation des délais incombe à celui qui s'en prévaut contre le porteur. || La clause émanant du tireur produit ses effets à l'égard de tous les signataires. Si, malgré cette clause, le porteur fait dresser le protêt, les frais en restent à sa charge. Quand la clause émane d'un endosseur, les frais du protêt, s'il en est dressé un, peuvent être recouvrés contre tous les signataires.

Article 46.

Tous ceux qui ont tiré, accepté, endossé ou avalisé une lettre de change sont tenus à la garantie solidaire envers le porteur. || Le porteur a le droit

d'agir contre toutes ces personnes, individuellement ou collectivement, sans être astreint à observer l'ordre dans lequel elles se sont obligées. || Le même droit appartient à tout signataire d'une lettre de change qui a remboursé celle-ci. || L'action intentée contre un des obligés n'empêche pas d'agir contre les autres, même postérieurs à celui qui a été d'abord poursuivi.

Article 47.

Le porteur peut réclamer à celui contre lequel il exerce son recours: || 1°. le montant de la lettre de change non acceptée ou non payée avec les intérêts, s'il en a été stipulé; || 2°. les intérêts au taux de cinq pour cent à partir de l'échéance; || 3°. les frais du protêt, ceux des avis donnés par le porteur à l'endosseur précédent et au tireur, ainsi que les autres frais; || 4°. un droit de commission qui, à défaut de convention, sera d'un sixième pour cent du principal de la lettre de change, et ne pourra en aucun cas dépasser ce taux. || Si le recours est exercé avant l'échéance, déduction sera faite d'un escompte sur le montant de la lettre. Cet escompte sera calculé, au choix du porteur, d'après le taux de l'escompte officiel (taux de la Banque) ou d'après le taux du marché, tel qu'il existe à la date du recours au lieu du domicile du porteur.

Article 48.

Celui qui a remboursé la lettre de change peut réclamer à ses garants: || 1°. la somme intégrale qu'il a payée; || 2°. les intérêts de ladite somme, calculés au taux de cinq pour cent, à partir du jour où il l'a déboursée; || 3.° les frais qu'il a faits; || 4°. un droit de commission sur le principal de la lettre de change, fixé conformément à l'article 47, 4°.

Article 49.

Tout obligé contre lequel un recours est exercé ou qui est exposé à un recours, peut exiger, contre remboursement, la remise de la lettre de change avec le protêt et un compte acquitté. || Tout endosseur qui a remboursé la lettre de change peut biffer son endossement et ceux des endosseurs subséquents.

Article 50.

En cas d'exercice d'un recours après une acceptation partielle, celui qui rembourse la somme pour laquelle la lettre n'a pas été acceptée, peut exiger que ce remboursement soit mentionné sur la lettre et qu'il lui en soit donné quittance. Le porteur doit, en outre, lui remettre une copie certifiée conforme de la lettre et le protêt pour permettre l'exercice des recours ultérieurs.

Article 51.

Toute personne ayant le droit d'exercer un recours peut, sauf stipulation contraire, se rembourser au moyen d'une nouvelle lettre (retraite) non domiciliée et tirée à vue sur l'un de ses garants. || La retraite comprend outre les sommes indiquées dans les articles 47 et 48, un droit de courtage et le droit de timbre de la retraite. || Si la retraite est tirée par le porteur, le montant en est fixé d'après le cours d'une lettre de change à vue, tirée du lieu où la lettre primitive était payable sur le lieu du domicile du garant. Si la retraite est tirée par un endosseur, le montant en est fixé d'après le cours d'une lettre à vue tirée du lieu où le tireur de la retraite a son domicile sur le lieu du domicile du garant.

Article 52.

Après l'expiration des délais fixés || pour la présentation d'une lettre de change à vue ou à un certain délai de vue, || pour la confection du protêt faute d'acceptation ou faute de paiement, || pour la présentation au paiement en cas de clause de retour sans frais, || le porteur est déchu de ses droits contre les endosseurs, contre le tireur et contre les autres obligés, à l'exception de l'accepteur. || A défaut de présentation à l'acceptation dans le délai stipulé par le tireur, le porteur est déchu de ses droits de recours, tant pour défaut de paiement que pour défaut d'acceptation, à moins qu'il ne résulte des termes de la stipulation que le tireur n'a entendu s'exonérer que de la garantie de l'acceptation. || Si la stipulation d'un délai pour la présentation est contenue dans un endossement, l'endosseur seul peut s'en prévaloir.

Article 53.

Quand la présentation de la lettre de change ou la confection du protêt dans les délais prescrits est empêchée par un obstacle insurmontable (cas de force majeure), ces délais sont prolongés. || Le porteur est tenu de donner, sans retard, avis du cas de force majeure à son endosseur et de mentionner cet avis, daté et signé de lui, sur la lettre de change ou sur une allonge; pour le surplus, les dispositions de l'article 44 sont applicables. || Après la cessation de la force majeure le porteur doit, sans retard, présenter la lettre à l'acceptation ou au paiement et, s'il y a lieu, faire dresser le protêt. || Si la force majeure persiste au delà de trente jours à partir de l'échéance, les recours peuvent être exercés, sans que ni la présentation ni la confection d'un protêt ne soit nécessaire. || Pour les lettres de change à vue ou à un certain délai de vue, le délai de trente jours court de la date à laquelle le porteur a, même avant l'expiration des délais de présentation, donné avis de la force majeure à son endosseur. || Ne sont point considérés comme

constituant des cas de force majeure les faits purement personnels au porteur ou à celui qu'il a chargé de la présentation de la lettre ou de la confection du protêt.

Chapitre VIII.

De l'intervention.

Article 54.

Le tireur ou un endosseur peut indiquer une personne pour accepter ou payer au besoin. || La lettre de change peut être, sous les conditions déterminées ci-après, acceptée ou payée par une personne intervenant pour un signataire quelconque. || L'intervenant peut être un tiers, même le tiré, ou une personne déjà obligée en vertu de la lettre de change, sauf l'accepteur. || L'intervenant est tenu de donner, sans retard, avis de son intervention à celui pour qui il est intervenu.

I. Acceptation par intervention.

Article 55.

L'acceptation par intervention peut avoir lieu dans tous les cas où des recours sont ouverts avant l'échéance au porteur d'une lettre de change acceptable. || Le porteur peut refuser l'acceptation par intervention, alors même qu'elle est offerte par une personne désignée pour accepter ou payer au besoin. || S'il admet l'acceptation, il perd contre ses garants les recours qui lui appartiennent avant l'échéance.

Article 56.

L'acceptation par intervention est mentionnée sur la lettre de change; elle est signée par l'intervenant. Elle indique pour le compte de qui elle a lieu; à défaut de cette indication, l'acceptation est réputée donnée pour le tireur.

Article 57.

L'accepteur par intervention est obligé envers le porteur et envers les endosseurs postérieurs à celui pour le compte duquel il est intervenu, de la même manière que celui-ci. || Malgré l'acceptation par intervention, celui pour lequel elle a été faite et ses garants, peuvent exiger du porteur, contre remboursement de la somme indiquée à l'article 47, la remise de la lettre de change et du protêt, s'il y a lieu.

II. Paiement par intervention.

Article 58.

Le paiement par intervention peut avoir lieu dans tous les cas où, soit à l'échéance, soit avant l'échéance, des recours sont ouverts au porteur. ||

Il doit être fait au plus tard le lendemain du dernier jour admis pour la confection du protêt faute de paiement.

Article 59.

Si la lettre a été acceptée par intervention ou si des personnes ont été indiquées pour payer au besoin, le porteur doit, au lieu du paiement, présenter la lettre à toutes ces personnes et faire dresser, s'il y a lieu, un protêt faute de paiement au plus tard le lendemain du dernier jour admis pour la confection du protêt. || A défaut de protêt dans ce délai, celui qui a désigné le besoin ou pour le compte de qui la lettre a été acceptée et les endosseurs postérieurs cessent d'être obligés.

Article 60.

Le paiement par intervention doit comprendre toute la somme qu'aurait à acquitter celui pour lequel il a lieu, à l'exception du droit de commission prévu par l'article 47, 4°. || Le porteur qui refuse ce paiement perd ses recours contre ceux qui auraient été libérés.

Article 61.

Le paiement par intervention doit être constaté par un acquit donné sur la lettre de change avec indication de celui pour qui il est fait. A défaut de cette indication, le paiement est considéré comme fait pour le tireur. || La lettre de change et le protêt, s'il en a été dressé un, doivent être remis au payeur par intervention.

Article 62.

Le payeur par intervention est subrogé aux droits du porteur contre celui pour lequel il a payé et contre les garants de celui-ci. Toutefois, il ne peut endosser la lettre de change à nouveau. || Les endosseurs postérieurs au signataire pour qui le paiement a eu lieu sont libérés. || En cas de concurrence pour le paiement par intervention, celui qui opère le plus de libérations est préféré. Si cette règle n'est pas observée, l'intervenant qui en a connaissance perd ses recours contre ceux qui auraient été libérés.

Chapitre IX.

De la pluralité d'exemplaires et des copies.

I. Pluralité d'exemplaires.

Article 63.

La lettre de change peut être tirée en plusieurs exemplaires identiques. || Ces exemplaires doivent être numérotés dans le texte même du titre; faute de quoi, chacun d'eux est considéré comme une lettre de change distincte. ||

Tout porteur d'une lettre n'indiquant pas qu'elle a été tirée en un exemplaire unique peut exiger à ses frais la délivrance de plusieurs exemplaires. A cet effet, il doit s'adresser à son endosseur immédiat qui est tenu de lui prêter ses soins pour agir contre son propre endosseur et ainsi de suite en remontant jusqu'au tireur. Les endosseurs sont tenus de reproduire leurs endossements sur les nouveaux exemplaires.

Article 64.

Le paiement fait sur un des exemplaires est libératoire, alors même qu'il n'est pas stipulé que ce paiement annule l'effet des autres exemplaires. Toutefois, le tiré reste tenu à raison de chaque exemplaire accepté dont il n'a pas obtenu la restitution. || L'endosseur qui a transféré les exemplaires à différentes personnes ainsi que les endosseurs subséquents sont tenus à raison de tous les exemplaires portant leur signature et qui n'ont pas été restitués.

Article 65.

Celui qui a envoyé un des exemplaires à l'acceptation doit indiquer sur les autres exemplaires le nom de la personne entre les mains de laquelle cet exemplaire se trouve. Celle-ci est tenue de le remettre au porteur légitime d'un autre exemplaire. || Si elle s'y refuse, le porteur ne peut exercer de recours qu'après avoir fait constater par un protêt, || 1^0. que l'exemplaire envoyé à l'acceptation ne lui a pas été remis sur sa demande, || 2^0. que l'acceptation ou le paiement n'a pu être obtenu sur un autre exemplaire.

II. Copies.

Article 66.

Tout porteur d'une lettre de change a le droit d'en faire des copies. || La copie doit reproduire exactement l'original avec les endossements et toutes les autres mentions qui y figurent. Elle doit indiquer où elle s'arrête. || Elle peut être endossée et avalisée de la même manière et avec les mêmes effets que l'original.

Article 67.

La copie doit désigner le détenteur du titre original. Celui-ci est tenu de remettre ledit titre au porteur légitime de la copie. || S'il s'y refuse, le porteur ne peut exercer de recours contre les personnes qui ont endossé la copie qu'après avoir fait constater par un protêt que l'original ne lui a pas été remis sur sa demande.

Chapitre X.

Du faux et des altérations.

Article 68.

La falsification d'une signature, même de celle du tireur ou de l'accepteur, ne porte en rien atteinte à la validité des autres signatures.

Article 69.

En cas d'altération du texte d'une lettre de change, les signataires postérieurs à cette altération sont tenus dans les termes du texte altéré; les signataires antérieurs le sont dans les termes du texte originaire.

Chapitre XI.

De la prescription.

Article 70.

Toutes actions, résultant de la lettre de change contre l'accepteur, se prescrivent par trois ans à compter de la date de l'échéance. || Les actions du porteur contre les endosseurs et contre le tireur se prescrivent par un an à partir de la date du protêt dressé en temps utile ou de celle de l'échéance en cas de clause de retour sans frais. || Les actions en recours des endosseurs les uns contre les autres et contre le tireur se prescrivent par six mois à partir du jour où l'endosseur a remboursé la lettre ou du jour où il a été lui-même actionné.

Article 71.

L'interruption de la prescription n'a d'effet que contre celui à l'égard duquel l'acte interruptif a été fait.

Chapitre XII.

Dispositions générales.

Article 72.

Le paiement d'une lettre de change dont l'échéance est à un jour férié légal, ne peut être exigé que le premier jour ouvrable qui suit. De même, tous autres actes relatifs à la lettre de change, notamment la présentation à l'acceptation et le protêt, ne peuvent être faits qu'un jour ouvrable. || Lorsqu'un de ces actes doit être accompli dans un certain délai dont le dernier jour est un jour férié légal, ce délai est prorogé jusqu'au premier jour ouvrable qui en suit l'expiration. Les jours fériés intermédiaires sont compris dans la computation du délai.

Article 73.

Les délais légaux ou conventionnels ne comprennent pas le jour qui leur sert de point de départ. || Aucun jour de grâce, ni légal, ni judiciaire, n'est admis.

Chapitre XIII.
Des conflits de lois.

Article 74.

La capacité d'une personne pour s'engager par lettre de change est déterminée par sa loi nationale. Si cette loi nationale déclare compétente la loi d'un autre Etat, cette dernière loi est appliquée. || La personne qui serait incapable, d'après la loi indiquée par l'alinéa précédent, est, néanmoins, valablement tenue, si elle s'est obligée sur le territoire d'un Etat d'après la législation duquel elle aurait été capable.

Article 75.

La forme d'un engagement pris en matière de lettre de change est réglée par les lois de l'Etat sur le territoire duquel cet engagement a été souscrit.

Article 76.

La forme et les délais du protêt ainsi que la forme des autres actes nécessaires à l'exercice ou à la conservation des droits en matière de lettre de change, sont réglés par les lois de l'Etat sur le territoire duquel doit être dressé le protêt ou passé l'acte en question.

Titre second.
Du Billet à Ordre.

Article 77.

Le billet à ordre contient: || 1°. la dénomination du titre insérée dans le texte même et exprimée dans la langue employée pour la rédaction de ce titre; || 2°. la promesse pure et simple de payer une somme déterminée; || 3°. l'indication de l'échéance; || 4°. celle du lieu où le paiement doit s'effectuer; 5. le nom de celui auquel ou à l'ordre duquel le paiement doit être fait; || 6°. l'indication de la date et du lieu où le billet est souscrit; || 7°. la signature de celui qui émet le titre (souscripteur).

Article 78.

Le titre dans lequel une des énonciations indiquées à l'article précédent fait défaut, ne vaut pas comme billet à ordre, sauf dans les cas déterminés par les alinéas suivants. || Le billet à ordre dont l'échéance n'est pas indiquée, est considéré comme payable à vue. || A défaut d'indication spéciale, le lieu de création du titre est réputé être le lieu du paiement et, en même temps, le lieu du domicile du souscripteur. || Le billet à ordre n'indiquant pas le lieu de sa création est considéré comme souscrit dans le lieu désigné à côté du nom du souscripteur.

Article 79.

Sont applicables au billet à ordre, en tant qu'elles ne sont pas incompatibles avec la nature de ce titre, les dispositions relatives à la lettre de change et concernant: || l'endossement (articles 10—19), || l'aval (articles 29—31), || l'échéance (articles 32—36), || le paiement (articles 37—41), || les recours faute de paiement (articles 42—49, 51—53), || le paiement par intervention (articles 54, 58—62), || les copies (articles 66 et 67), || les falsifications et altérations (articles 68 et 69), || la prescription (articles 70 et 71), || les jours fériés, la computation des délais et l'interdiction des jours de grâce (articles 72 et 73), || les conflits de lois (articles 74—76). || Sont aussi applicables au billet à ordre les dispositions concernant la domiciliation (articles 4 et 26), la stipulation d'intérêts (article 5), les différences d'énonciations relatives à la somme à payer (article 6), les conséquences de la signature d'une personne incapable (article 7) ou d'une personne qui agit sans pouvoirs ou en dépassant ses pouvoirs (article 8).

Article 80.

Le souscripteur d'un billet à ordre est obligé de la même manière que l'accepteur d'une lettre de change. || Les billets à ordre payables à un certain délai de vue doivent être présentés au visa du souscripteur dans les délais fixés à l'article 22. Le délai de vue court de la date du visa signé du souscripteur sur le billet. Le refus du souscripteur de donner son visa daté est constaté par un protêt (article 24) dont la date sert de point de départ au délai de vue.

Nr. 14492. **DEUTSCHES REICH.** Denkschrift an den Reichstag zu Nr. 14491.

Berlin, den 23. Mai 1913.

I. Allgemeiner Teil.

1. Die Vorgeschichte der Haager Wechselrechtskonferenzen.

Seit mehr als vierzig Jahren haben Handels- und Juristenkreise den Gedanken verfolgt, ein einheitliches Wechselrecht für alle Kulturstaaten zu schaffen. Die Gründe, die dafür sprechen, sind so oft erörtert und so allgemein anerkannt, daß es genügen wird, sie hier nur kurz anzudeuten. || Der Wechsel ist ein Hilfsmittel des Handels, um im Verkehre zwischen Gläubiger und Schuldner die Hindernisse zu überwinden, die in der räumlichen Entfernung und in den Währungsunterschieden begründet sind. Er vermittelt Zahlungen und Kredite nicht nur in einem und demselben Lande, sondern auch zwischen verschiedenen Ländern, besonders über See,

ist also seinem Wesen nach eine internationale Urkunde. Hieraus ergibt sich, daß der Handel ein wesentliches Interesse daran hat, für den Wechsel überall die gleichen Vorschriften voraussetzen zu können. Bisher ist der Kaufmann, der einen ausländischen Wechsel erwirbt, genötigt, durch das Studium des maßgebenden fremden Rechtes festzustellen, ob er einen gültigen Wechsel in der Hand hat und welche Handlungen er zur Ausübung und zur Erhaltung des Wechselrechts vornehmen muß. Will er selbst einen für das Ausland bestimmten Wechsel ausstellen, so muß er sich aus dem Rechte des Zahlungsortes, vielleicht auch aus dem Rechte des Landes, wo sich der Nehmer befindet, vergewissern, welche Vorschriften zu beobachten sind, um dem Wechsel im Ausland Umlaufsfähigkeit zu verleihen. Die Feststellung fremder Gesetze stößt aber häufig auf Schwierigkeiten; die Vereinheitlichung des Wechselrechts ist daher in hervorragendem Maße geeignet, die Sicherheit des Wechselverkehrs zu erhöhen und dadurch diesen Verkehr selbst zu fördern. || Für eine übereinstimmende Regelung liegen die Voraussetzungen auf dem Gebiete des Wechselrechts günstiger als auf vielen anderen Rechtsgebieten. Einmal bildet das Wechselrecht eine in sich abgeschlossene Materie, die bis zu einem gewissen Grade unabhängig von dem allgemeinen System des bürgerlichen Rechtes und des Handelsrechts gestaltet werden kann. Sodann hat sich das Wechselrecht bei den europäischen Kulturvölkern ursprünglich gleichartig entwickelt; erst allmählich sind durch Handelsgebräuche und gerichtliche Entscheidungen zahlreiche Unterschiede entstanden, die durch Kodifikationen der einzelnen Landesrechte festgelegt worden sind. Immerhin lassen die verschiedenen Wechselrechtssysteme ihren Ursprung aus einer gemeinsamen Quelle und die fortdauernde Einwirkung der ausgleichenden internationalen Handelsbeziehungen darin erkennen, daß die übereinstimmenden oder wenigstens ähnlichen Vorschriften die Unterschiede bei weitem überwiegen. || Die geltenden Systeme des Wechselrechts können in drei Gruppen eingeteilt werden: die deutsche, die französische und die englische. Nach dem deutschen System, das durch die Allgemeine Wechselordnung vom 24. November 1848 geschaffen ist, bildet die Wechselverpflichtung eine abstrakte, das heißt von dem ihr zugrunde liegenden Rechtsgeschäfte losgelöste Verbindlichkeit, die besonders strengen Formregeln unterliegt; die Strenge der Wechselverpflichtung findet ihre Ergänzung darin, daß die Bezeichnung der Urkunde als Wechsel (Wechselklausel) ein wesentliches Erfordernis ihrer Gültigkeit bildet. Das französische System beruht auf dem Code de Commerce vom 11. September 1807 (Artikel 110 bis 189); sein Kennzeichen ist, daß es die Wechselbegebung als die Übertragung des Rechtes auf die bei dem Bezogenen befindliche Deckung (provision) auffaßt und daher

die Rechte aus dem Wechsel in Abhängigkeit von dem zur Wechselziehung führenden Grundgeschäfte bringt. Das englische System, das in der Bills of Exchange Act vom 18. August 1882 seine gesetzliche Gestalt erhalten hat, nähert sich in der Ablösung der wechselmäßigen Ansprüche von dem Grundgeschäfte dem deutschen Gesetze, kennt aber dessen Formenstrenge nicht und wendet auch auf das Wechselrecht die Billigkeitsgrundsätze des bürgerlichen Rechtes an. || Einem dieser drei Systeme haben sich mit größeren oder geringeren Abweichungen alle Gesetzgebungen des 19. und 20. Jahrhunderts angeschlossen; in den letzten vierzig Jahren ist das deutsche System namentlich in Europa vielfach bevorzugt worden. Zur deutschen Gruppe gehören — außer Deutschland, wo jetzt die Wechselordnung in der Fassung vom 3. Juni 1908 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) gilt — insbesondere Österreich, Ungarn, Bulgarien, Dänemark, Norwegen, Schweden, Italien, Portugal, Rumänien, Rußland und die Schweiz, und von außereuropäischen Ländern Brasilien und Japan. Dem französischen Rechte folgen unter anderem Belgien, Griechenland, Luxemburg, die Niederlande, Serbien, Spanien, die Türkei, ferner Argentinien, Chile, Ägypten und Mexiko. Das englische System hat, abgesehen von Großbritannien und der Mehrzahl seiner Kolonien, auch der weitaus größte Teil der Vereinigten Staaten von Amerika angenommen. || An Versuchen, diese drei Systeme zu verschmelzen, hat es nicht gefehlt. Schon im Jahre 1872 empfahl der zehnte deutsche Juristentag die Herstellung eines einheitlichen Wechselrechts für Europa und die Vereinigten Staaten von Amerika. Im Jahre 1876 wurde der Gegenstand von der Association for the Reform and Codification of the Law of Nations (jetzt International Law Association) auf ihrer Bremer Tagung verhandelt; das Ergebnis bildeten die sogenannten Bremer Regeln, 27 Sätze, die den Landesrechten zugrunde gelegt werden sollten. Diese Vorgänge gaben der Deutschen Regierung im Jahre 1877 Veranlassung, mit einigen anderen Staaten über die Frage einer Vereinheitlichung des Wechselrechts in vertrauliche Verhandlungen einzutreten. Der Versuch scheiterte jedoch an der ablehnenden Haltung anderer Regierungen. || Nachdem in den Jahren 1883 und 1885 das Institut de Droit International sich zweimal, in München und in Brüssel, mit der Angelegenheit beschäftigt hatte, nahm die Belgische Regierung die Frage wieder auf, indem sie zu diesem Zwecke den Internationalen Kongreß für Handelsrecht im Jahre 1885 nach Antwerpen und im Jahre 1888 nach Brüssel berief. Eine Einigung über die sich entgegenstehenden Auffassungen wurde aber auch hier nicht erzielt, und die Bestrebungen nach der Vereinheitlichung des Wechselrechts gerieten ins Stocken. || Nach längerer Pause kam die Bewegung erst im Jahre 1906 wieder in Fluß; in Deutschland waren es besonders die Ältesten der

Kaufmannschaft von Berlin und der deutsche Handelstag, die sich zu Führern dieser Bestrebungen machten und zugleich die Handelsvertretungen anderer Länder dafür zu interessieren wußten. Auch der deutsche Reichstag nahm im Jahre 1907 eine Resolution an, worin die Reichsleitung ersucht wurde, Schritte zu tun, um durch internationale Verhandlungen eine Vereinheitlichung des Wechselrechts der für den Wechselverkehr vorwiegend in Betracht kommenden Staaten in die Wege zu leiten*). || Inzwischen hatte bereits die Reichsleitung mit verschiedenen Staaten wegen der Berufung einer diplomatischen Wechselrechtskonferenz Fühlung genommen; im Jahre 1908 wandte sie sich in Gemeinschaft mit der Italienischen Regierung, die dem Gegenstande gleichfalls ein besonderes Interesse entgegenbrachte, an die Niederländische Regierung mit dem Vorschlag, alle Staaten, die an der zweiten Haager Friedenskonferenz teilgenommen hatten, das heißt so gut wie alle zivilisierten Staaten der Welt, zu einer Wechselrechtskonferenz nach dem Haag einzuladen. Die Niederländische Regierung ging auf diesen Vorschlag bereitwillig ein und ließ zur Vorbereitung der Konferenz allen beteiligten Staaten einen ausführlichen Fragebogen über die zu behandelnde Materie zugehen. || Ehe die Deutsche Regierung zu dem Fragebogen Stellung nahm, berief sie eine Kommission von Sachverständigen, in der neben den beteiligten Amtsstellen und den Vertretern der juristischen Wissenschaft und Praxis zahlreiche Mitglieder der Handelskreise, insbesondere die Vertreter größerer und kleinerer Banken, sowie Vertreter von Genossenschaften tätig waren**).

---

*) Vergl. Drucksachen des Reichstags, 12. Legislatur-Periode, 1. Session 1907, Nr. 126 und 361, Stenographische Berichte Bd. 240 S. 773, Bd. 241 S. 1989 und die Äußerungen der Abgeordneten Kaempf (Sitzungen vom 1. Mai 1907 S. 1297 ff. und vom 19. Januar 1909 S. 6363); Dr. Spahn (1. Mai 1907 S. 1298); Dr. Junck (1. Mai 1907 S. 1300); Dr. Belzer (20. Januar 1910 S. 701, 702, 21. Februar 1911 S. 4780, 18. April 1912 S. 1211); Dr. Giese (20. Januar 1910 S. 703); Dr. Müller-Meiningen (22. Februar 1911 S. 4841); Dr. Ablaß (19. April 1912 S. 1256).

**) An den Beratungen nahmen teil: Dr. Bamberger, Kommerzienrat, Vorsitzender der Großherzoglichen Handelskammer, Mainz; Dr. Brosien, Direktor der Rheinischen Kreditbank, Mannheim; Dr. Brunner, Wirklicher Geheimer Rat, Professor, Berlin; Dr. Crüger, Justizrat, Professor, Berlin; Arthur Fischel in Firma Mendelssohn & Co., Berlin; Gennes, Regierungsassessor, Generalsekretär des Reichsverbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften, Darmstadt; Dr. Haaß, Generalbevollmächtigter des Bankhauses Merck, Fink & Cie., München; Dr. Helfferich, Wirklicher Legationsrat a. D., Professor, Direktor der Deutschen Bank, Berlin; Dr. Kielmeyer, Justizrat, Stuttgart; Alfred Meyer, Justizrat, Mitglied des Staatsrats, Straßburg i. E.; Dr. Felix Meyer, Kammergerichtsrat, Geheimer Justizrat, Berlin; Max Richter, in Firma Emil Ebeling, Bankier, Kommerzienrat, Mitglied des Kollegiums der Ältesten der Berliner Kaufmannschaft, Berlin; Dr. Rießer, Geheimer Justizrat, Professor, Berlin;

Die Kommission unterzog den Gedanken der Vereinheitlichung des Wechselrechts an der Hand des niederländischen Fragebogens einer sorgfältigen Prüfung vom Standpunkt der deutschen Rechts- und Wirtschaftsinteressen. Dabei fanden auch die in der Literatur und in den Akten der Kongresse enthaltenen Vorarbeiten gebührende Berücksichtigung. Auf Grund der Beratungen dieser Kommission wurden dann die Fragen der Niederländischen Regierung von deutscher Seite eingehend und systematisch beantwortet.

2. Die Haager Wechselrechtskonferenzen.

Die erste Haager Wechselrechtskonferenz hielt ihre Sitzungen im Juni und Juli 1910 ab. Vertreten waren außer Deutschland die Vereinigten Staaten von Amerika, Argentinien, Belgien, Brasilien, Bulgarien, Chile, China, Costa Rica, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Haiti, Italien, Japan, Luxemburg, Mexiko, Montenegro, die Niederlande, Nikaragua, Norwegen, Österreich, Ungarn, Paraguay, Portugal, Rußland, Salvador, Schweden, die Schweiz, Serbien, Siam, Spanien, die Türkei und Uruguay. Als deutsche Delegierte nahmen an der Konferenz Mitglieder des Auswärtigen Amtes und des Reichs-Justizamts und außerdem der Mitinhaber eines großen Berliner Bankhauses teil, der auch zu der Konferenz des Jahres 1912 wieder entsandt wurde. || Die Konferenz bildete zunächst fünf Abteilungen, deren jede aus den Vertretern von durchschnittlich sieben Staaten bestand und den Fragebogen selbständig durchberiet. Das Ergebnis ihrer Verhandlungen unterlag der Nachprüfung durch ein Zentralkomitee von einundzwanzig Mitgliedern. Die von diesem gefaßten Beschlüsse wurden von zwei Generalberichterstattern, einem deutschen und einem französischen, in die Form von Artikeln gebracht und nebst einem einführenden Berichte der Konferenz vorgelegt. Diese hat dann die einzelnen Artikel im wesentlichen bestätigt und sie als Vorentwurf eines Einheitlichen Wechselgesetzes zusammengefaßt. || Daneben tagte eine besondere Kommission, um die Vorschriften über das internationale Privatrecht und die den Vertragsstaaten einzuräumenden Vorbehalte festzustellen. Ihr fiel zugleich die Aufgabe zu, den Entwurf eines internationalen Abkommens über die Einführung des Einheitlichen Wechselgesetzes in den Gebieten der Vertragsstaaten vorzubereiten. Auch dieser Vorentwurf wurde von der Konferenz angenommen. || Das Ergebnis der ersten Konferenz bildeten hiernach die Vorentwürfe eines Einheitlichen Wechselgesetzes und eines Abkommens über die Vereinheitlichung des Wechselrechts. Diese Vorentwürfe wurden

---

Dr. Salomonsohn, Geschäftsinhaber der Diskonto-Gesellschaft, Berlin; Rich. Schmidt, Bankier, in Firma Hammer & Schmidt, Leipzig; J. Strandes, in Firma Hansing & Co., Exportgeschäft, Hamburg.

von der Konferenz den beteiligten Mächten zur Prüfung empfohlen; dabei gaben allerdings die Vertreter von Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika die Erklärung ab, daß ihre Regierungen nicht in der Lage sein würden, einem internationalen Vertrag über Wechselrecht beizutreten, daß sie vielmehr nur eine autonome Annäherung des angloamerikanischen Rechtes an einzelne Vorschriften des Vertragsrechts in Aussicht stellen könnten. || Die Vorentwürfe wurden im französischen Texte und in deutscher Übersetzung am 27. Oktober 1910 durch den Reichsanzeiger veröffentlicht und so der Kritik zugänglich gemacht; sie fanden im allgemeinen eine günstige Aufnahme. In diesem Sinne sprach sich insbesondere auch die deutsche Kommission aus, zu der die schon früher gehörten Sachverständigen wiederum berufen worden waren; doch entschied man sich dafür, zu einzelnen Punkten, in denen die Abweichungen vom deutschen Rechte zu weit gingen, Abänderungsvorschläge zu machen. || Im Jahre 1912 berief die Niederländische Regierung der getroffenen Verabredung gemäß eine zweite Konferenz ein, die am 15. Juni zusammentrat und bis zum 23. Juli tagte. Auf ihr waren Haiti und Uruguay nicht mehr, dagegen noch Ekuador, Guatemala, Panama und Rumänien vertreten, so daß sie nunmehr von 39 Staaten beschickt war. Der Vorentwurf des Einheitlichen Wechselrechts wurde zunächst in einer Kommission erörtert, alsdann einer Redaktionskommission überwiesen und von denselben Generalberichterstattern wie im Jahre 1910 mit einem Berichte der Konferenz vorgelegt. Der Vorentwurf des Abkommens über die Vereinheitlichung des Wechselrechts sowie die Vorschriften über das internationale Privatrecht wurden wieder in einer besonderen Kommission durchberaten. Die Schlußverhandlungen der Konferenz führten zu einer endgültigen Verständigung über das vorstehend abgedruckte Abkommen zur Vereinheitlichung des Wechselrechts (Convention sur l'unification du droit relatif à la lettre de change et au billet à ordre) und die gleichfalls abgedruckte Einheitliche Wechselordnung (Règlement uniforme sur la lettre de change et le billet à ordre). || Das Abkommen ist am 23. Juli 1912, dem Schlußtag der Konferenz, von einer großen Zahl der beteiligten Staaten unterzeichnet worden und kann nach Artikel 31 Abs. 1 bis zum 31. Juli d. J. von den übrigen Teilnehmern nachträglich gezeichnet werden. Es trägt bisher die Unterschriften der Bevollmächtigten von Deutschland, Argentinien, Belgien, Brasilien, Bulgarien, Chile, Dänemark, Frankreich, Guatemala, Italien, Luxemburg, Mexiko, Montenegro, Nikaragua, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, Ungarn, Panama, Paraguay, Rußland, Salvador, Schweden, der Schweiz, Serbien und der Türkei. Hiernach sind dem Abkommen fast alle Staaten des europäischen Kontinents, ferner große Teile von Mittel- und Südamerika

beigetreten. Auch die übrigen Konferenzstaaten werden nach der von ihren Vertretern eingenommenen Haltung das Abkommen voraussichtlich unterzeichnen oder ihm gemäß Artikel 26 später beitreten, mit Ausnahme von Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika, deren Vertreter an den auf der Konferenz von 1910 abgegebenen Erklärungen festgehalten haben. Wenngleich die Zurückhaltung dieser beiden wichtigen Handelsgebiete zu bedauern ist, so bedeutet doch die Einigung der übrigen Staaten einen erheblichen Gewinn für die gesamte handeltreibende Welt. || Auf der zweiten Konferenz bildete außer dem Wechselrecht auch das Scheckrecht, dessen Vereinheitlichung bereits die erste Konferenz ins Auge gefaßt hatte, einen Gegenstand der Verhandlungen. Diese Materie war in derselben Weise vorbereitet worden wie früher das Wechselrecht; ihre Beratung nahm einen ähnlichen Verlauf und endete mit einer Reihe von Beschlüssen*), die nach dem von der Konferenz ausgesprochenen Wunsche**) auf einer neuen Konferenz ihre endgültige Gestalt erhalten sollen. || Das Schlußprotokoll der zweiten Konferenz vom 23. Juli 1912***), dessen Anlagen das Abkommen über die Vereinheitlichung des Wechselrechts, die Einheitliche Wechselordnung und die Beschlüsse über die Vereinheitlichung des Scheckrechts bilden, ist von dreißig Staaten unterzeichnet worden. || Bevor die Einzelheiten der neuen Regelung des Wechselrechts erörtert werden, empfiehlt es sich zunächst, einen Überblick über die Tragweite des internationalen Abkommens und über die wesentlichsten Abweichungen der Einheitlichen Wechselordnung von dem in Deutschland geltenden Rechte zu geben, auch die Frage zu prüfen, wie sich die Einführung des neuen Rechtes, das im folgenden als „Haager Wechselordnung" bezeichnet werden soll, in Deutschland zu gestalten haben würde.

3. Allgemeine Bemerkungen zum Abkommen.

In der internationalen Rechtsentwickelung stellt das Haager Wechselrechtsabkommen einen bedeutsamen Fortschritt dar. Während die früheren Haager Privatrechtsabkommen****) für die von ihnen behandelten Rechts-

*) Abgedruckt S. 108 bis 117.

**) Abgedruckt S. 107.

***) Abgedruckt S. 99 bis 107.

****) Vergl. das Abkommen zur Regelung des Geltungsbereichs der Gesetze auf dem Gebiete der Eheschließung vom 12. Juni 1902 (Reichs-Gesetzbl. 1904 S. 221); das Abkommen zur Regelung des Geltungsbereichs der Gesetze und der Gerichtsbarkeit auf dem Gebiete der Ehescheidung und der Trennung von Tisch und Bett vom 12. Juni 1902 (Reichs-Gesetzbl. 1904 S. 231); das Abkommen zur Regelung der Vormundschaft über Minderjährige vom 12. Juni 1902 (Reichs-Gesetzbl. 1904 S. 240); das Abkommen, betreffend den Geltungsbereich der Gesetze in Ansehung der Wirkungen der Ehe auf die Rechte und Pflich-

gebiete im wesentlichen nur Kollisionsnormen aufstellten, verpflichtet das Wechselrechtsabkommen die Vertragsstaaten auf einem besonders wichtigen Gebiete zur Einführung materiellrechtlicher Vorschriften. Dabei beschränkt es sich nicht, wie das Berner Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr vom 14. Oktober 1890 (Reichs-Gesetzbl. 1892 S. 793), auf die Regelung internationaler Rechtsbeziehungen, sondern es umfaßt sowohl den internationalen wie den nationalen Rechtsverkehr. Diese Erweiterung erschien schon deshalb notwendig, weil sich jeder nationale Wechsel dadurch, daß er in das Ausland begeben oder indossiert wird, ohne weiteres in einen internationalen Wechsel verwandeln kann. Die Haager Konferenz hat sich deshalb bereits im Jahre 1910 entschlossen, das internationale Wechselrecht zu einem einheitlichen Rechte auszubauen, das in jedem Vertragsstaat als materielles Landesrecht gelten soll. Dabei bleibt es den einzelnen Vertragsstaaten überlassen, ob sie die neue Haager Wechselordnung lediglich als solche unter gleichzeitigem Erlaß eines Einführungsgesetzes oder als selbständiges Landesgesetz oder als Teil eines größeren Gesetzeswerkes einführen wollen. || Das einheitliche Wechselrecht besteht hiernach nicht, wie die International Law Association vorgeschlagen hatte, aus einer Anzahl von Grundsätzen, denen die Landesgesetzgebung der Vertragsstaaten das nationale Recht anzupassen hätte. Es stellt auch nicht, wie der Entwurf der Brüsseler Konferenz vom Jahre 1888, nur ein Mustergesetz dar, nach dessen Vorbild jeder Vertragsstaat sein eigenes Recht in völkerrechtlicher Freiheit gestalten könnte. Endlich läßt es den Staaten, die es angenommen haben, nicht, wie die Allgemeine Deutsche Wechselordnung vom Jahre 1848, die Befugnis, einseitig Änderungen daran vorzunehmen. Vielmehr enthält die im ersten Artikel des Haager Abkommens von jedem Vertragsstaat übernommene Verpflichtung, die Einheitliche Wechselordnung bei sich einzuführen, zugleich die weitere Verpflichtung, sie unverändert beizubehalten, solange für ihn das Vertragsverhältnis besteht. || Eine solche Strenge der völkerrechtlichen Bindung auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechtes konnte naturgemäß nicht ohne Milderungen durchgeführt werden. Einmal mußte in verschiedenen Fragen, bei denen langjährige nationale Gewohnheiten mitspielen, den Vertragsstaaten eine Abweichung von den Regeln der neuen Wechselordnung gestattet werden; diesen Bedürfnissen ist in den Artikeln 2 bis 12, 17 des Abkommens Rechnung getragen. Sodann erwiesen sich einige Gebiete, wo das Wechselrecht sich mit dem allgemeinen bürgerlichen oder

---

ten der Ehegatten in ihren persönlichen Beziehungen und auf das Vermögen der Ehegatten vom 17. Juli 1905 (Reichs-Gesetzbl. 1912 S. 453); das Abkommen über die Entmündigung und gleichartige Fürsorgemaßregeln vom 17. Juli 1905 (Reichs-Gesetzbl. 1912 S. 463).

Prozeßrecht berührt, überhaupt nicht als reif für die Vereinheitlichung; diese Materien sind daher in den Artikeln 13 bis 16 von der internationalen Regelung ausgenommen worden. Endlich war Vorsorge zu treffen, daß jeder Staat sich nur für eine verhältnismäßig kurze Zeit an das einheitliche Recht zu binden braucht, damit er in der Lage bleibt, die Freiheit der Entschließung über eine Änderung des Rechtszustandes zurückzugewinnen; diesem Gedanken entsprechen die im Artikel 28 vorgesehenen Kündigungsfristen. || Selbstverständlich können die in dem Abkommen vorgesehenen Vorbehalte von den einzelnen Vertragsstaaten weder bei der Unterzeichnung noch bei der Ratifikation einseitig vermehrt werden; vielmehr ist jede Abänderung der neuen Vorschriften ausgeschlossen, soweit sie nicht in den erwähnten Vorbehalten ihre Rechtfertigung findet. Aber auch Ergänzungen der neuen Wechselordnung sind nur insoweit zulässig, als sich dies aus ihren eigenen Vorschriften oder den Bestimmungen des Abkommens ergibt oder aus den Konferenzverhandlungen unzweifelhaft zu entnehmen ist. Ebensowenig sind die Vertragsstaaten befugt, in der Anordnung des Stoffes willkürliche Änderungen vorzunehmen, da nach Artikel 23 des Abkommens die Reihenfolge der einzelnen Artikel der Wechselordnung beibehalten werden muß. || Übrigens sieht das Abkommen selbst einen Weg vor, auf dem die Wechselordnung innerhalb der Vertragsgemeinschaft geändert oder ergänzt werden kann, denn gemäß Artikel 30 kann bereits nach zwei Jahren und soll nach fünf Jahren eine Revisionskonferenz einberufen werden, der eine ähnliche Aufgabe zufallen würde, wie für die Staaten des ehemaligen Deutschen Bundes den sogenannten Nürnberger Konferenzen der Jahre 1857 bis 1861. Auf diese Weise würden auch die Widersprüche auszugleichen sein, die sich bei Anwendung und Auslegung der neuen Vorschriften in den einzelnen Ländern ergeben werden. || Die Konferenz hat allerdings nicht verkannt, daß diese Maßnahme allein kaum genügen dürfte, um die einheitliche Gestaltung des neuen Wechselrechts innerhalb der Vertragsgemeinschaft zu gewährleisten; denn nach den Erfahrungen, die man seinerzeit mit der Allgemeinen Deutschen Wechselordnung gemacht hat, ist zu erwarten, daß bei der Anwendung desselben Rechtes durch die Gerichte verschiedener Staaten, die nicht einer höchsten Instanz unterstellt sind, abweichende Auffassungen einzelner Vorschriften Platz greifen. Auf die Anregung der deutschen Abordnung hat daher die Konferenz dem in dem Schlußprotokolle niedergelegten Wunsche*) Ausdruck gegeben, daß die Regierungen der Vertragsstaaten die Frage der Einrichtung einer gemeinsamen Gerichtsbarkeit für das gemeinsame Wechselrecht prüfen möchten. || Während die

*) Abgedruckt S. 141.

Konferenz mit diesem Wunsche den beteiligten Staaten ein hohes Ziel gesteckt hat, dessen Erreichung noch ganz in der Zukunft liegt, hat sie auf einem anderen Gebiete schon für die Gegenwart einen großen, über das materielle Wechselrecht hinausgehenden Erfolg errungen. Der Artikel 19 des Abkommens stellt nämlich den Grundsatz auf, daß kein Vertragsstaat die Gültigkeit von Wechselverpflichtungen oder die Geltendmachung der sich daraus ergebenden Ansprüche von der Beobachtung einer Stempelvorschrift abhängig machen darf. Bisher ist der entgegengesetzte Grundsatz von mehreren der bedeutendsten Handelsstaaten, darunter solchen, mit denen Deutschland in starkem Wechselverkehre steht, mit Entschiedenheit festgehalten worden; er hat hier für die beteiligten Kreise vielfach zu ungerechten Härten geführt. Denn da sich eine genaue Kenntnis ausländischer Stempelvorschriften nur schwer erlangen läßt, trifft die Strafwirkung, die in der Nichtigkeit ungenügend verstempelter Wechsel enthalten ist, häufig einen unschuldigen Inhaber. Bestimmungen dieser Art sind auch deshalb bedenklich, weil sie in den Wechselverkehr Unsicherheit hineintragen und ihn dadurch hemmen. Mit Recht haben daher die kaufmännischen Kreise Deutschlands auf die Durchführung des Grundsatzes, daß die mangelnde oder unzureichende Verstempelung der Wechselurkunde keinen Einfluß auf ihre privatrechtliche Gültigkeit haben darf, den größten Wert gelegt. Die Konferenz hat sich dieser Auffassung angeschlossen, und auch diejenigen Staaten, deren Stempelrecht auf einem anderen Boden steht, haben in anerkennenswerter Weise ihre fiskalischen Vorschriften zugunsten der internationalen Verkehrssicherheit zurücktreten lassen.

4. Allgemeine Bemerkungen zur Wechselordnung.

Die wesentlichen Neuerungen der Haager Wechselordnung gegenüber der deutschen Wechselordnung lassen sich in zwei Gruppen einteilen, in solche, die den Wünschen unserer kaufmännischen Kreise entsprechen und daher auf der Konferenz von deutscher Seite vorgeschlagen worden sind, und in solche, die mehr ein Entgegenkommen gegenüber den Wünschen anderer Staaten bedeuten. || Zur ersten Gruppe ist vor allem die Frage der Einwirkung höherer Gewalt zu rechnen, deren Erörterung auf beiden Konferenzen einen breiten Raum eingenommen hat. Die deutsche Rechtsprechung steht bisher auf dem Standpunkt, daß es für die Versäumung wechselrechtlicher Fristen überhaupt keine Entschuldigung gibt. Wird also z. B. die Protesterhebung durch kriegerische Ereignisse, Erdbeben, Überschwemmung oder dergleichen unmöglich gemacht, so trifft der entstehende Schaden allein den Inhaber des Wechsels, der seine Rückgriffsrechte verliert, weil er die zu deren Erhaltung notwendigen Handlungen

nicht vornehmen kann. Abweichend hiervon sehen das französische und das englische Recht Verzögerungen, die durch höhere Gewalt entstehen, als entschuldigt an und zwar nicht nur dann, wenn es sich um ein allgemeines, weite Kreise treffendes Hindernis handelt, sondern auch im Falle der sogenannten persönlichen höheren Gewalt, das heißt, wenn das Hindernis nur in einer Person entsteht, wenn also etwa die Innehaltung der Frist durch eine plötzliche Erkrankung des Wechselinhabers oder des von ihm mit der Protesterhebung beauftragten Beamten verhindert wird. Das deutsche System hat die äußere Folgerichtigkeit für sich; auch muß anerkannt werden, daß dadurch klare Rechtsverhältnisse geschaffen werden, während jede Regelung, welche die höhere Gewalt berücksichtigt, mehr oder minder schwankende Abgrenzungen nötig macht. Wesentlich aus diesem Grunde ist es bei Schaffung der deutschen Wechselordnung, obwohl sich eine starke Stimmung für die Berücksichtigung höherer Gewalt geltend machte, nicht zu einer gesetzlichen Vorschrift gekommen. Andererseits hat sich im Ausland wie in Deutschland der überwiegende Teil der Handels- und Juristenkreise mehr und mehr überzeugt, daß im Interesse des Verkehrs eine gesetzliche Berücksichtigung der höheren Gewalt in vorsichtig zu bemessenden Grenzen notwendig ist. Über die Art, in der diese Berücksichtigung stattzufinden hat, gingen die Meinungen auseinander. Es fragte sich insbesondere, ob man dem Wechselinhaber, den eine höhere Gewalt z. B. an der rechtzeitigen Vorlegung des Wechsels zur Zahlung und an der Protesterhebung verhindert, gestatten soll, nach Behebung des Hindernisses diese Handlungen nachzuholen, oder ob man darüber hinausgehend die Verpflichtung zur Vornahme der Handlungen als durch die höhere Gewalt beseitigt ansehen soll, so daß der Wechselinhaber, ohne den Wechsel dem Bezogenen vorzulegen und Protest zu erheben, gegen seine Vormänner Rückgriff nehmen kann. Je nachdem man die Interessen der Wechselschuldner oder des Wechselinhabers in den Vordergrund stellt, hat man lediglich eine Verlängerung der Fristen oder die sofortige Eröffnung des Rückgriffs empfohlen. Die Haager Wechselordnung (Artikel 53) hat einen Mittelweg eingeschlagen. Ereignisse höherer Gewalt sollen — soweit es sich nicht um Tatsachen handelt, die rein persönlich den Wechselinhaber oder seinen Beauftragten betreffen — den Lauf der Fristen grundsätzlich verlängern. Der Inhaber kann jedoch Rückgriff nehmen, ohne die wechselmäßig vorgeschriebene Handlung nachzuholen, wenn die höhere Gewalt mehr als dreißig Tage dauert. Diese Regelung beruht auf der Erwägung, daß die sofortige Eröffnung des Rückgriffs wirtschaftlich bedenklich wäre, weil der Rücklauf der Wechsel die Wirkungen eines an einer Stelle auftretenden Notstandes alsbald nach allen Seiten hin ausdehnen würde, während bei einer kurzen Dauer des Notstandes in

zahlreichen Fällen eine nachträgliche Zahlung oder eine Einigung unter den Beteiligten stattfinden wird, so daß dem Inhaber eine nicht allzu lange Wartefrist wohl auferlegt werden kann. Um aber dem Wechselinhaber bei längerer Dauer einer höheren Gewalt zu Hilfe zu kommen, soll nach einer Wartefrist von dreißig Tagen der Rückgriff stattfinden, falls nicht bis dahin eine gütliche Einigung der Beteiligten zustande gekommen ist. Diese Regelung dürfte innerhalb der Grenzen des Möglichen sowohl den Interessen des Inhabers wie denen der Schuldner gerecht werden. || Eine weitere grundsätzliche Abweichung, die deutschen Wünschen entspricht, enthalten die Vorschriften über den Rückgriff vor Verfall. Nach der deutschen Wechselordnung (Artikel 25 bis 29) gibt die Verweigerung der Annahme sowie die Unsicherheit des Annehmers dem Wechselinhaber nur das Recht, im Wege des Rückgriffs Sicherstellung zu verlangen. Im englischen, skandinavischen und russischen Rechte wird dagegen auch in diesen Fällen, ebenso wie nach Verfall des Wechsels bei unterbliebener Zahlung, der Rückgriff auf Zahlung gewährt, während das französische Recht dem Rückgriffschuldner die Wahl läßt, ob er Sicherheit leisten oder den Wechsel vorzeitig einlösen will. Die Befugnis, Sicherstellung zu verlangen, hat sich nicht als zweckmäßig erwiesen. Es wird tatsächlich von ihr in Deutschland selten Gebrauch gemacht, vielmehr wird regelmäßig der Wechsel dem Vormann zurückgegeben, bis er schließlich an den Aussteller gelangt. Wie die Vertreter der deutschen Genossenschaften mit Recht hervorgehoben haben, stellt die Regelung der deutschen Wechselordnung die Rückgriffschuldner nur scheinbar günstiger. Wird der Rückgriff auf Zahlung eröffnet, so können die Indossanten, nachdem sie den Wechsel eingelöst haben, ihrerseits sofort weiter Rückgriff auf Zahlung nehmen und dadurch die verausgabte Summe wiedererlangen; bei der Sicherheitsleistung bleiben dagegen die hinterlegten Beträge längere Zeit ihrer Verfügung entzogen, was insbesondere für kleinere Gewerbetreibende zu erheblichen Belastungen führen kann. Es ist daher auch von deutscher Seite vorgeschlagen worden, bei Verweigerung der Annahme und Unsicherheit des Annehmers den Rückgriff auf Zahlung zu geben. Diesem Vorschlag ist die Haager Wechselordnung gefolgt. Sie kennt demnach nur noch eine Art des Rückgriffs: den Rückgriff auf Zahlung. Im Zusammenhange hiermit steht, daß schon vor Verfall, wenn die Voraussetzungen eines Rückgriffs gegeben sind, eine Ehrenzahlung stattfinden kann (Artikel 58) und daß die Entscheidung darüber, ob eine Ehrenannahme zuzulassen ist, dem freien Ermessen des Wechselinhabers überwiesen wird, selbst wenn sie von einer Notadresse angeboten wird (Artikel 55 Abs. 2, anders Artikel 57 der deutschen Wechselordnung.) || Von weniger wichtigen Abweichungen, die deutscherseits gewünscht worden waren, seien noch folgende hervor-

gehoben. Während nach Artikel 7 der deutschen Wechselordnung das Zinsversprechen in einem Wechsel als nicht geschrieben gilt, soll es nunmehr in Sicht- und Nachsichtwechseln, bei denen sich hierfür ein wirtschaftliches Bedürfnis gezeigt hat, zugelassen werden (Artikel 5). Die umständliche Regelung der Wirkung des Nachindossaments, bei der verschiedenes gilt, je nachdem der Wechsel protestiert ist oder nicht (Artikel 16 der deutschen Wechselordnung), soll einer einfacheren Vorschrift weichen, nach der jedes Indossament nach Ablauf der Protestfrist, gleichviel ob Protest erhoben ist oder nicht, nur die Wirkung einer Abtretung hat (Artikel 19 der Haager Wechselordnung). Die Vorschrift des Artikel 21 Abs. 4 der deutschen Wechselordnung, nach der die einmal erfolgte Annahme nicht wieder zurückgenommen werden kann, hat zu Härten geführt; auf deutschen Antrag ist daher die Befugnis zur Rücknahme der Annahmeerklärung in gewissem Umfang zugelassen worden (Artikel 28 der Haager Wechselordnung, unten S. 69). Wenn endlich die gesetzlichen Fristen für die Vorlegung von Sichtwechseln zur Zahlung und von Nachsichtwechseln zur Annahme erheblich, nämlich von zwei Jahren auf sechs Monate herabgesetzt sind (vergl. Artikel 19, 31 der deutschen Wechselordnung und Artikel 22, 33 der Haager Wechselordnung) und wenn bei der Regelung der Verjährung der Rückgriffsansprüche an die Stelle der nach Zonen bestimmten Fristen (Artikel 78, 79 der deutschen Wechselordnung) einheitliche Fristen eingeführt werden, so entspricht auch dies den Ansichten der berufenen deutschen Kreise.

Unter den Änderungen, die ein Entgegenkommen gegenüber den von anderen Staaten geäußerten Wünschen bedeuten, ist an erster Stelle die Zulassung der sogenannten nicht akzeptablen Tratten zu erwähnen, das heißt der Wechsel, deren Vorlegung zur Annahme verboten ist. Nach der deutschen Wechselordnung hat der Inhaber eines Wechsels das unbedingte, durch keine entgegenstehende Übereinkunft zu beseitigende Recht, den Wechsel dem Bezogenen sofort zur Annahme vorzulegen und bei verweigerter Annahme Rückgriff zu nehmen; nur für Meß- und Marktwechsel ist eine Ausnahme vorgesehen (Artikel 18 Satz 1 bis 3). Dagegen wird nach der Haager Wechselordnung der Aussteller eines Wechsels künftig befugt sein, die Haftung für die aus der Verweigerung der Annahme entstehenden Folgen auszuschließen, insbesondere wird er dies auch in der Form tun können, daß er die Vorlegung des Wechsels zur Annahme überhaupt oder für eine gewisse Zeit verbietet (Artikel 9 Abs. 2, Artikel 21 Abs. 2). Die Zulassung dieser Wechselform wurde auf beiden Konferenzen insbesondere von Frankreich und von Österreich befürwortet. Die Anhänger der Einrichtung sehen darin ein besonders geeignetes Mittel für die Diskontierung ausstehender Forderungen. In Frankreich sind häufig die Schuldner eines Lieferanten

zwar damit einverstanden, daß dieser auf sie einen am Fälligkeitstage der Schuld zahlbaren Wechsel zieht, dagegen lehnen sie es ab oder empfinden es wenigstens als starke Belästigung, wenn sie durch eine Annahmeerklärung eine wechselmäßige Verpflichtung übernehmen sollen. Es hat sich daher in weitem Umfang der Gebrauch eingebürgert, in diesen Fällen Wechsel mit einem Verbot der Vorlegung zur Annahme auszustellen und diskontieren zu lassen. Die deutschen Sachverständigen waren bei der Beratung im Jahre 1910 verschiedener Meinung. Während ein Teil die Zulassung solcher Wechsel auch für Deutschland empfahl und diese Einrichtung insbesondere für den Fall als nötig bezeichnete, daß wegen Annahmeweigerung der Rückgriff auf Zahlung eingeführt werden sollte, befürchteten andere Sachverständige eine Belastung des soliden Wechselverkehrs, da derartige Wechsel oft zweifelhafter Natur seien; auch wurde eine Erleichterung der Übertragbarkeit ausstehender Forderungen von einigen nicht für ratsam erachtet. Mit Rücksicht auf die französischen und österreichischen Wünsche beschloß die erste Konferenz die Zulassung des in Frage stehenden Verbots, sah jedoch Ausnahmen vor für Nachsichtwechsel, deren Annahme für den Beginn der Sichtfrist notwendig ist, und für Domizilwechsel, bei denen das Verbot die Gefahr unlauterer Machenschaften nahe legen würde. Die deutschen Sachverständigen erklärten sich im Jahre 1911 überwiegend mit diesem Ausgleich einverstanden. Hieran hat dann auch die zweite Konferenz festgehalten. || Wenngleich für die gesetzliche Zulassung des Verbots der Vorlegung zur Annahme in Deutschland ein Bedürfnis nicht bestehen mag, so sind doch Gefahren aus der Zulassung nicht zu befürchten. Tatsächlich ist auch bei uns trotz der Vorschrift des Artikel 18 Satz 2 der Wechselordnung der vertragsmäßige Ausschluß der Vorlegung zur Annahme keineswegs selten, nur geschieht er regelmäßig nicht durch einen Wechselvermerk, sondern durch einen dem Wechsel beigefügten Zettel. Besonders aber hat sich in Österreich trotz der gleichen gesetzlichen Vorschrift das Verbot schon jetzt eingebürgert. || Eine zweite Änderung, die den Wünschen anderer Staaten entgegenkommt, ist die gesetzliche Gewährung einer Überlegungsfrist für den Bezogenen, dem ein Wechsel zur Annahme vorgelegt wird. Nach Artikel 23 Abs. 2 der Haager Wechselordnung soll der Bezogene das Recht haben, sich nicht sofort nach der Vorlegung über die Annahme zu äußern, sondern die nochmalige Vorlegung am nächsten Werktag zu verlangen. Diese Regelung steht im Widerspruche zu dem Grundsatz des sogenannten prompten Akzepts, von dem der Artikel 18 der deutschen Wechselordnung ausgeht, entspricht aber einer vielfach auch in Deutschland geübten Praxis. Die Mehrzahl der deutschen Sachverständigen hatte sich trotzdem gegen eine gesetzliche Anerkennung der Überlegungsfrist ausgesprochen, weil

man einerseits diese Maßregel für unnötig erachtete, andererseits befürchtete, daß sie bei dem Rückgriff zu Weiterungen führen könne. Namentlich wurde die Besorgnis geäußert, daß ein mangels Annahme in Anspruch genommener Wechselverpflichteter die Zahlung zu Unrecht mit dem Einwand verweigern werde, es sei dem Bezogenen die erbetene Frist nicht gewährt worden; der Wechselinhaber werde daher, um sich für seinen Rückgriff im Wechselprozesse den Beweis der doppelten Vorlegung zu sichern, genötigt sein, sowohl am ersten wie am zweiten Tage einen Protest aufnehmen zu lassen. Dem Bedenken ist durch den auf deutschen Antrag eingefügten Satz 2 des Artikel 23 Abs. 2 im wesentlichen abgeholfen worden. Hiernach ist die Behauptung, daß der Bezogene eine Frist verlangt habe und daß diese ihm nicht gewährt worden sei, nur dann erheblich, wenn das Verlangen im Protest vermerkt ist; einer doppelten Protesterhebung bedarf es also nur in den voraussichtlich seltenen Fällen, in denen der Bezogene dem Protestbeamten gegenüber das Recht auf die Überlegungsfrist geltend macht. Mit Rücksicht auf diese Vorschrift wird man der Änderung unseres Rechtes zustimmen können. || Ferner beruht die Regelung der Wirkung, die dem Vermerk „ohne Protest" oder „ohne Kosten" beigelegt wird, auf einem Ausgleich. Nach Artikel 42 der deutschen Wechselordnung schützt die Aufforderung, keinen Protest zu erheben, den Wechselschuldner nicht gegen die Pflicht zum Ersatze der Kosten eines dennoch erhobenen Protestes, mit anderen Worten, die Klausel wirkt nie als Protestverbot, sondern nur als Protesterlaß. Der Protesterlaß wirkt ferner nur gegenüber demjenigen, der den Vermerk auf den Wechsel gesetzt hat; nur gegen ihn kann ohne Protest Rückgriff genommen werden. Die Haager Wechselordnung unterscheidet dagegen nach beiden Richtungen, je nachdem der Vermerk vom Aussteller oder von einem Indossanten ausgeht. Der Vermerk des Ausstellers soll gegenüber allen Wechselverpflichteten wirken, so daß diese sämtlich auch ohne Protest haften; er soll andererseits als Protestverbot wirken, und es sollen daher dem Inhaber, der trotzdem Protest erheben läßt, die Kosten zur Last fallen (Artikel 45 Abs. 3 Satz 1, 2). Ist dagegen die Klausel von einem Indossanten beigefügt worden, so soll sie, wie nach dem deutschen Rechte, nur gegen ihn wirken und der Inhaber nicht befugt sein, sich anderen gegenüber darauf zu berufen; auch soll, wenn in einem solchen Falle trotz der Klausel Protest erhoben ist, jeder Wechselverpflichtete, selbst der Indossant, der die Klausel beifügte, auf Ersatz der Kosten in Anspruch genommen werden können. Diese Regelung bedeutet ein Entgegenkommen gegenüber englischen und französischen Rechtsanschauungen; sie ist von unseren Sachverständigen für annehmbar erklärt worden. || Endlich mag an dieser Stelle erwähnt werden, daß der Artikel 18 das Pfandindossament regelt, eine Einrichtung, für die

sich bei uns kein Bedürfnis gezeigt hat. Da aber daneben die bisher bei uns übliche Verpfändung im Wege des gewöhnlichen Indossaments zulässig bleibt und nach Artikel 4 des Abkommens jeder Staat bestimmen kann, daß der die Verpfändung bezeichnende Zusatz für die in seinem Gebiet auf den Wechsel gesetzten Indossamente als nicht geschrieben gilt, können Bedenken aus dieser Vorschrift nicht hergeleitet werden. || Die vorstehende Übersicht ergibt, daß die wesentlichen Abweichungen von unserem Rechte überwiegend den deutschen Vorschlägen entsprechen und daß nur in verhältnismäßig weniger erheblichen Punkten eine mit den deutschen Wünschen nicht übereinstimmende Regelung vorgenommen worden ist.

5. Die Einführung der Einheitlichen Wechselordnung in Deutschland.

Der Artikel 1 des Haager Abkommens verpflichtet die Vertragsstaaten, die Einheitliche Wechselordnung entweder im französischen Urtext oder in einer Übersetzung bei sich einzuführen. Das Deutsche Reich, dessen Wechselordnung schon jetzt ein selbständiges Gesetz bildet, wird diese Verpflichtung zweckmäßig in der Weise erfüllen, daß es nach Annahme des Abkommens durch seine gesetzgebenden Körperschaften diesen den in deutscher Sprache abgefaßten Entwurf einer neuen Wechselordnung zur Einführung im Reichsgebiete vorlegt. Der Entwurf würde nicht nur eine wortgetreue Übersetzung der Haager Wechselordnung, sondern auch die für sachdienlich erachteten und nach dem Abkommen zulässigen Änderungen und Ergänzungen enthalten; diese neue deutsche Wechselordnung würde sodann gemäß Artikel 1 Abs. 1, Artikel 27 des Abkommens sechs Monate nach dessen Ratifizierung in Kraft treten. || Die hier vorliegende Übersetzung des Haager Abkommens und der Haager Wechselordnung ist in gemeinsamen Beratungen mit Vertretern der Österreichischen und der Schweizerischen Regierung festgestellt worden. Für die Anwendung des neuen Rechtes in diesen Ländern wie in Deutschland selbst wird es von wesentlichem Nutzen sein, wenn die Einheit unter den Staaten deutscher Zunge nicht nur im Inhalt, sondern auch in der Form des Gesetzes besteht, da Unterschiede der Übersetzung leicht zu sachlichen Abweichungen in der Auslegung führen können. Die Fassung mußte naturgemäß dem Geiste der französischen Sprache Rechnung tragen und manches knapper, manches ausführlicher zum Ausdruck bringen, als es der deutschen Gesetzestechnik entspricht. Bei der Übersetzung hat das Bestreben obgewaltet, den französischen Text so wörtlich wiederzugeben, als es möglich ist, ohne der deutschen Sprache Zwang anzutun. Auch die bisher von der deutschen Wechselordnung gebrauchten Fremdwörter sind, soweit angängig, verdeutscht worden; so ist statt Regreß, Regreßrechte „Rückgriff, Rückgriffsrechte“,

statt Original und Kopie „Urschrift“ und „Abschrift“, statt Akzept, Akzeptant „Annahme, Annehmer“, statt Allonge „Anhang“, statt Intervention „Ehreneintritt“, statt Aval „Wechselbürgschaft“ gesagt. || Sachlich wird die neue Wechselordnung, wie den allgemeinen Bemerkungen zur Haager Wechselordnung (S. 50 ff.) zu entnehmen ist, in verschiedenen Punkten von dem geltenden Rechte abweichen. Von manchen Seiten wird dies vielleicht beklagt werden, da die geltende Wechselordnung mit Recht vom Inland und vom Ausland, bei den Juristen und bei den Kaufleuten als eines der vortrefflichsten Gesetzeswerke anerkannt wird. Immerhin ist nicht jede ihrer Vorschriften unanfechtbar; auch stimmt sie gegenwärtig mit den wirtschaftlichen Verhältnissen, wie sie der gewaltige Aufschwung von Handel und Verkehr gestaltet hat, nicht mehr durchweg überein. Insoweit können die Änderungen, die das neue Wechselrecht bringt, geradezu als Verbesserungen bezeichnet werden. Gewisse Zusätze ergeben sich ferner als notwendig, weil einige Fragen, deren Lösung die deutsche Wechselordnung dem deutschen bürgerlichen Rechte überlassen konnte, bei der großen Verschiedenheit des bürgerlichen Rechtes der Vertragsstaaten im Wechselrechte selbst entschieden werden mußten. Daß nicht alle deutschen Wünsche erfüllt werden konnten, leuchtet ein, da jede internationale Vereinbarung auf einem Ausgleich sich kreuzender Interessen beruht; trotzdem wird man erkennen müssen, daß die Haager Wechselordnung in weitem Umfang dem deutschen Rechte nachgebildet ist und keine Vorschriften enthält, die deutschen Interessen zuwiderlaufen. Jedenfalls werden die dauernden Vorteile, die man von der Vereinheitlichung erwarten darf, bei weitem die vorübergehenden Unbequemlichkeiten überwiegen, die sich etwa aus der Änderung des gegenwärtigen Rechtszustandes ergeben könnten. || Die einzelnen Artikel des Abkommens und der Wechselordnung werden, soweit sie zu Bemerkungen Anlaß geben, in dem besonderen Teile näher erörtert. Um Gelegenheit zu weiterer Kenntnisnahme von den Verhandlungen und Beschlüssen der Haager Wechselkonferenzen zu geben, werden der Bibliothek des Reichstags die von der Niederländischen Regierung herausgegebenen Akten und Dokumente beider Konferenzen in je zwölf Exemplaren zur Verfügung gestellt.

II. Besonderer Teil.

1. Die Bestimmungen des Abkommens.

Vorbemerkung.

Das Abkommen ist in der Weise gegliedert, daß der Artikel 1 die Verpflichtung der Vertragsstaaten zur Einführung der Haager Wechselkonferenz aufstellt und im ganzen umgrenzt, während sich die Artikel 2 bis 12 auf

die einzelnen Abweichungen beziehen, die den Vertragsstaaten hierbei vorbehalten sind, und die Artikel 13 bis 16 einige Gegenstände, deren Regelung den Landesgesetzen überlassen bleibt, besonders aufführen; in den Artikeln 17 bis 24 folgen Sonderbestimmungen verschiedenen Inhalts, die Artikel 25 bis 31 enthalten die üblichen Schlußbestimmungen mit den durch den Zweck des Abkommens bedingten Zusätzen.

Artikel 1.

Über die Tragweite der völkerrechtlichen Verpflichtung, die von den Vertragsstaaten in Abs. 1 dieses Artikels übernommen wird, ist im allgemeinen Teile (S. 48) das Erforderliche bemerkt worden. || Der Abs. 2 trifft Bestimmungen über die Ausdehnung des Abkommens auf die Kolonien, Besitzungen und Protektorate sowie auf die Konsulargerichtsbezirke der Vertragsstaaten; danach bezieht sich die Verpflichtung zur Einführung der Haager Wechselordnung auch auf die bezeichneten Gebiete, sofern nicht ein besonderer Vorbehalt gemacht wird. Aus den Schlußworten folgt aber, daß die Verpflichtung hier nur so weit reicht, als die Gesetze des Stammlandes in solchen Gebieten Geltung haben. In den Kolonien erstreckt sich diese Geltung nicht ohne weiteres auf die Eingeborenen und die ihnen gleichgestellten Teile der Bevölkerung; in den Konsulargerichtsbezirken ist sie auf einen bestimmten Personenkreis beschränkt. Es liegt auf der Hand, daß auch das einheitliche Wechselrecht vor diesen Grenzen Halt machen muß.

Artikel 2 bis 12.

Die Vorbehalte, die in diesen Artikeln behandelt werden, betreffen die Wechselklausel (Artikel 2), das Handzeichen (Artikel 3), das Pfandindossament (Artikel 4), die Wechselbürgschaft durch besondere Urkunde (Artikel 5), den Meßwechsel (Artikel 6), die Vorlegung des Wechsels bei Verfall (Artikel 7), die Teilzahlung (Artikel 8), den Ersatz des Protestes durch eine Privaterklärung (Artikel 9), die Protestfrist (Artikel 10), die Benachrichtigung vom Protest (Artikel 11) und die Verzugszinsen (Artikel 12). || Die einzelnen Artikel bezeichnen in der Regel den Artikel der Haager Wechselordnung, auf den sich der Vorbehalt bezieht und werden später bei den zugehörigen Artikeln erörtert werden; nur die Artikel 3, 9 enthalten keine ausdrückliche Verweisung. Der Artikel 3 kommt zunächst bei der Unterschrift des Ausstellers in Frage, während der Artikel 9 eine Abweichung von den einheitlichen Voraussetzungen des Rückgriffs gestattet; jener wird daher mit Artikel 1, 2, dieser mit Artikel 43 der Wechselordnung besprochen werden. Zu den einzelnen Vorbehalten wird im Abkommen regelmäßig angegeben, in welcher Weise die Anordnung, die ein Vertragsstaat demzufolge erläßt,

von den anderen Staaten zu behandeln ist. Ausnahmen bilden die Artikel 2, 3, 5, 10 und 11, welche die Form gewisser Wechselerklärungen oder einzelner auf den Wechsel bezüglicher Handlungen betreffen; hier ergibt sich die Kollisionsnorm schon aus den Vorschriften der Wechselordnung über den Geltungsbereich der Gesetze (Artikel 74 bis 76).

Artikel 13 bis 16.

In dem Abkommen werden verschiedene Fragen des Wechselrechts der Gesetzgebung der einzelnen Vertragsstaaten ausdrücklich überwiesen. Es sind dies zunächst die Fragen, die mit der Lehre des französischen Systems von der Deckung zusammenhängen: ob der Inhaber des Wechsels trotz dem Rückgriffsverlust oder dem Ablauf der Verjährungsfrist gegen den Aussteller, der keine Deckung geleistet hat, einen Anspruch behält; ob das gleiche nach Ablauf der Verjährungsfrist gegenüber dem Annehmer gilt, der Deckung erhalten hat; ob der Aussteller verpflichtet ist, für Deckung bei Verfall zu sorgen, und ob der Inhaber besondere Rechte auf diese Deckung hat (Artikel 13, 14). Dazu kommt die das deutsche Recht berührende Frage, welche Rechtsstellung dem Inhaber eines verfallenen oder verjährten Wechsels im Falle einer Bereicherung des Ausstellers, Indossanten oder Annehmers zukommt (Artikel 13; vergl. Artikel 83 der deutschen Wechselordnung). Dem Landesrecht überlassen sind ferner die Vorschriften über die Folgen des Verlustes eines Wechsels, insbesondere soweit es sich um die Ausstellung eines neuen Wechsels oder um das Recht auf die Zahlung oder auf die Eröffnung eines Verfahrens zur Kraftloserklärung handelt (Artikel 15), und die Bestimmung der Gründe für die Unterbrechung und Hemmung der Verjährung von wechselmäßigen Ansprüchen (Artikel 16). || Für die Gesetze, die auf Grund dieser Bestimmungen ergehen, bedarf es im allgemeinen keiner besonderen Kollisionsnorm; es folgt vielmehr aus der den Vertragsstaaten hier eingeräumten Freiheit von selbst, daß für die Anerkennung der von einem Staate erlassenen Vorschriften durch die anderen Staaten lediglich deren internationales Privatrecht maßgebend ist. Trotzdem sind bei den Artikeln 15, 16 Kollisionsnormen vorgesehen; da hier unmittelbar oder mittelbar auf Entscheidungen der Landesgerichte verwiesen wird, schien zur Vermeidung jedes Zweifels angezeigt, ausdrücklich auszusprechen, daß den anderen Vertragsstaaten ihre Stellungnahme zu diesen Entscheidungen vorbehalten bleibt. || Einer besonderen Erläuterung bedarf der Artikel 15. Die deutschen Sachverständigen hatten es mit Recht für wünschenswert erklärt, daß im Kreise der Vertragsstaaten über die Grundsätze, wonach die Folgen des Verlustes eines Wechsels geregelt werden, eine Einigung zustande käme; insbesondere hatten sie eine Verallgemeinerung

des Wechselaufgebotsverfahrens befürwortet. Dieser Wunsch hat sich indes nicht erfüllen lassen. Der Versuch scheiterte einerseits an der Verschiedenheit der materiellen und prozeßrechtlichen Normen, die in den Vertragsstaaten in Geltung sind und einseitig für das Wechselrecht hätten abgeändert werden müssen, andererseits an der Schwierigkeit, in einem so großen Kreise von Staaten die gegenseitige Anerkennung der Ausschlußurteile zu gewährleisten. Die Vorschriften über den Wechselverlust, die der erste Haager Entwurf aufgenommen hatte, stießen auf den Widerspruch der beteiligten Kreise, insbesondere auch der deutschen Sachverständigen. Die zweite Konferenz hat daher von solchen Vorschriften gänzlich abgesehen. ||. Über die Bestimmung des Artikel 16 wird in den Bemerkungen zu den Artikeln 70, 71 der Wechselordnung näheres ausgeführt werden (S. 87). || Abgesehen von den in den Artikeln 13 bis 16 erwähnten Materien sind übrigens noch andere Fragen des Wechselrechts der Landesgesetzgebung vorbehalten worden. So ergibt sich aus dem Artikel 74 der Wechselordnung, daß die passive Wechselfähigkeit von dem Landesrechte der einzelnen Vertragsstaaten zu regeln ist; das Gleiche gilt nach Artikel 76 von der Form des Protestes. In diesen beiden wichtigen Fragen konnte teils wegen ihres Zusammenhanges mit dem bürgerlichen Rechte, teils wegen ihrer Abhängigkeit von lokalen Gewohnheiten eine Vereinheitlichung nicht erzielt werden; für sie sind daher lediglich Kollisionsnormen aufgestellt.

Artikel 17.

In einzelnen Vertragsländern, insbesondere in Frankreich, werden bestimmte Tage, die an sich als Werktage behandelt werden, den Feiertagen insofern gleichgestellt, als an ihnen Zahlungen und andere mit dem Schuldverhältnisse zusammenhängende Handlungen nicht gefordert werden können. Diese Staaten legen Wert darauf, daß solche Tage auch für die Vorlegung von Wechseln und für alle anderen mit dem Wechsel vorzunehmenden Handlungen den gesetzlichen Feiertagen gleichgestellt werden. Der Artikel 17 trägt diesem Wunsche Rechnung.

Artikel 18.

Wie in den Bemerkungen zu den Artikeln 13 bis 16 am Schlusse erwähnt worden ist, hat die Haager Konferenz die Frage der Wechselfähigkeit nicht einheitlich geregelt, sondern für sie nur Kollisionsnormen festgesetzt. Der Artikel 18 des Abkommens enthält einen auf diese Kollisionsnormen bezüglichen Vorbehalt, der im Zusammenhange mit dem Artikel 74 der Wechselordnung erläutert werden wird (S. 89 ff.).

Artikel 19.

Im allgemeinen Teile der Denkschrift (S. 87) ist auf die Bedeutung der Bestimmung hingewiesen worden, wonach die Vertragsstaaten sich verpflichtet haben, die Gültigkeit des Wechsels nicht von der Beobachtung der nationalen Stempelvorschriften abhängig zu machen. Dieser Gedanke hat allerdings nach zwei Richtungen hin eine gewisse Einschränkung erfahren. Einmal sind die Vertragsstaaten ermächtigt, vorzuschreiben, daß Ansprüche aus ungenügend verstempelten Wechseln auf ihrem Gebiete nicht eher geltend gemacht werden dürfen, als bis der hinterzogene Stempelbetrag nachgezahlt worden ist. Sodann wird ihnen die Befugnis eingeräumt, die prozeßrechtliche Vorzugsstellung, die der Wechsel nach einzelnen Landesgesetzen, z. B. dem italienischen, einnimmt, davon abhängig zu machen, daß der Stempelbetrag schon bei der Ausstellung der Urkunde vorschriftsmäßig entrichtet worden ist. Beide Einschränkungen erscheinen unbedenklich, da der Rechtsschutz für die Wechselansprüche gewährleistet bleibt und nur deren Verfolgung von der nachträglichen Entrichtung der Stempelbeträge, die gering zu sein pflegen, abhängig gemacht werden darf. Anders wäre es allerdings, wenn der Rechtsschutz bis zur Entrichtung der Stempelstrafe versagt werden könnte; denn in diesen Fällen könnte die Stempelfrage bis zur Höhe der Wechselsumme festgesetzt und so der eingangs erwähnte wichtige Grundsatz völlig wirkungslos gemacht werden. Ein solches Recht steht daher den Vertragsstaaten nicht zu. || Es bedarf keiner besonderen Hervorhebung, daß dieser Artikel im übrigen die stempelrechtlichen und strafrechtlichen Normen jedes Vertragsstaats völlig unberührt läßt.

Artikel 20.

In Ansehung der Kollisionsnormen, die in der Haager Wechselordnung und im Abkommen selbst enthalten sind, macht der Artikel 20 für die Landesgesetzgebung zwei Vorbehalte; sie beziehen sich auf das Verhältnis des Vertragsinlandes zum Vertragsausland und werden in der Einleitung zu der Erläuterung des dreizehnten Kapitels der Wechselordnung, das von dem Geltungsbereiche der Gesetze handelt, näher besprochen (S. 88 ff.).

Artikel 21.

Dieser Artikel dehnt die Bestimmungen des Abkommens, die sich auf die vorbehaltenen Abweichungen von der Einheitlichen Wechselordnung und auf die der Landesgesetzgebung überlassenen Gegenstände beziehen und zunächst nur für den gezogenen Wechsel gelten, auf das Gebiet des eigenen Wechsels aus. Dabei kommt naturgemäß der Artikel 14 in Wegfall, da dieser von der Verpflichtung des Ausstellers handelt, für Deckung

bei dem Bezogenen zu sorgen, also nur das Gebiet des gezogenen Wechsels berührt.

Artikel 22.

Ein besonderer Vorbehalt ist für die Regelung des eigenen Wechsels gemacht worden, um Rußland die Unterzeichnung des Abkommens zu ermöglichen. In diesem Staate spielt der gezogene Wechsel gegenüber dem eigenen Wechsel, wenigstens für den inneren Verkehr, eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle; infolgedessen hat die russische Wechselordnung den eigenen Wechsel nicht durch Verweisung auf die entsprechenden Vorschriften über den gezogenen Wechsel, sondern in selbständiger Weise geregelt und umgekehrt in dem Abschnitt über den gezogenen Wechsel auf die Vorschriften über den eigenen Wechsel verwiesen. Bei den erheblichen Abweichungen des russischen Rechtes von den Vorschriften der Haager Wechselordnung war Rußland zunächst nur bereit, sich für den gezogenen Wechsel an das einheitliche Recht zu binden. Demgemäß wird im Artikel 22 Abs. 1 jedem Vertragsstaat vorbehalten, die im Artikel 1 übernommene Verpflichtung auf den gezogenen Wechsel zu beschränken. Ein Staat, der von diesem Vorbehalte Gebrauch macht, das heißt den eigenen Wechsel selbständig zu regeln beschließt, gilt als Vertragsstaat nur in Ansehung des gezogenen Wechsels (Artikel 22 Abs. 1 Satz 2); in Ansehung des eigenen Wechsels haben die anderen Vertragsstaaten ihm gegenüber weder Rechte noch Pflichten. || Um Rußland den späteren Beitritt zur Vertragsgemeinschaft auf dem Gebiete des eigenen Wechsels zu erleichtern, sieht der Abs. 2 die Möglichkeit vor, den Abschnitt über den eigenen Wechsel zwar übereinstimmend mit dem Inhalt der Einheitlichen Wechselordnung, aber nicht in der Form der Bezugnahme auf den gezogenen Wechsel, sondern in der Form selbständiger Vorschriften zu gestalten. In diesem Falle müßte Rußland, um als Vertragsstaat zu gelten, die Regeln über den gezogenen Wechsel, auf die im zweiten Abschnitt der Wechselordnung verwiesen wird, sinngemäß auf den eigenen Wechsel übertragen; Abweichungen wären nur insoweit gestattet, als aus den Artikeln 77 bis 80 der Wechselordnung oder aus den im Artikel 21 des Abkommens erwähnten Vorbehalten eine solche Befugnis zu entnehmen ist.

Artikel 23.

Die Bestimmung über die Einhaltung der Reihenfolge der Artikel ist bereits im allgemeinen Teile besprochen worden (S. 86). Sie erschien notwendig, um den inneren Zusammenhang des Konferenzwerkes zu schützen und um zu verhüten, daß durch Umstellung der Vorschriften Änderungen in rechtlicher Hinsicht herbeigeführt werden. Auch dient sie dazu, den

Handels- und Juristenkreisen des ganzen Vertragsgebiets die Auffindung der übereinstimmenden Vorschriften in den verschiedenen nationalen Gesetzen, die auf Grund des Abkommens eingeführt werden, zu erleichtern. || Die Bestimmung bezieht sich übrigens nur auf die Reihenfolge, nicht aber auf die Numerierung der Artikel, so daß z. B. ein Vertragsstaat, der die Haager Wechselordnung als Teil eines größeren Gesetzeswerkes einzuführen wünscht, dessen Artikel durchnumerieren kann.

Artikel 24.

Um den einzelnen Vertragsstaaten eine Übersicht über das gesamte nationale und internationale Wechselrecht der anderen Staaten zu verschaffen, bestimmt der Artikel 24, daß jeder Vertragsstaat die Vorschriften, die er auf Grund des Abkommens oder zu seiner Ausführung erläßt, durch Vermittelung der Niederländischen Regierung den anderen mitzuteilen hat. || Das Gleiche gilt für die Ausdrücke, die nach den in den Gebieten der einzelnen Staaten anerkannten Sprachen dem Ausdruck „Gezogener Wechsel" und „Eigener Wechsel" („lettre de change", „billet à ordre") entsprechen. Bei der Bedeutung, die der Wechselklausel nach dem einheitlichen Rechte zukommt, ist es für den Kaufmann von besonderer Wichtigkeit, die gesetzliche Form zu kennen, die ihr jeder Vertragsstaat gegeben hat. Darüber hinaus legt das Abkommen den Vertragsstaaten, die mit anderen Vertragsstaaten die gleiche Sprache anerkennen, die Verpflichtung auf, sich nach Möglichkeit über die Wahl eines und desselben Ausdrucks für die Wechselklausel zu verständigen. || Eine besondere Bestimmung trifft der Abs. 4 für solche Staaten, nach deren internationalem Privatrecht nicht, wie bei der Mehrzahl der Vertragsstaaten, die Staatsangehörigkeit, sondern ein anderer Anknüpfungspunkt, z. B. der Wohnsitz, für die Wechselfähigkeit maßgebend ist. Diese Staaten werden verpflichtet, ihre entsprechenden Kollisionsnormen der Niederländischen Regierung zur Weiterverbreitung mitzuteilen.

Artikel 25.

Dieser Artikel enthält die bei den letzten internationalen Weltverträgen üblich gewordenen Bestimmungen über die Ratifikation, die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden und die Mitteilung über diese Hinterlegung.

Artikel 26.

Dem Zwecke der Haager Konferenzen gemäß soll das Abkommen auch für solche Staaten, die an ihnen nicht teilgenommen haben, dauernd zum Beitritt offen stehen. Die Formen, in denen nach Artikel 26 der Beitritt erfolgen kann, sind möglichst einfach gestaltet und entsprechen der völkerrechtlichen Übung.

Artikel 27.

Mit Rücksicht auf den Zeitaufwand, den die Einführung der Haager Wechselordnung in den einzelnen Staaten beanspruchen wird, hat die Konferenz im Artikel 27 bestimmt, daß das Abkommen erst sechs Monate nach dem Tage in Kraft treten soll, an dem das Protokoll über die erste Hinterlegung der Ratifikationsurkunden aufgenommen worden ist. Für die Staaten, die später ratifizieren oder beitreten, verschiebt sich dieser Termin naturgemäß um die Zeit, die bis zur Mitteilung der Ratifikation oder des Beitritts an die Niederländische Regierung verstrichen ist.

Artikel 28.

Im allgemeinen Teile (S. 86) ist darauf hingewiesen worden, aus welchen Gründen den Vertragsstaaten eine zu lange Bindung an das Abkommen nicht zugemutet werden soll. Dementsprechend sieht der Artikel 28 eine Kündigung schon nach Ablauf von drei Jahren von dem Tage der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden vor. Die Kündigung löst den Verband der Staaten nicht auf, sondern gilt nur für den Staat, der sie erklärt. Sie wirkt auch erst ein Jahr nach ihrer Mitteilung an die Niederländische Regierung.

Artikel 29.

Die in den Artikeln 2 bis 12 des Abkommens vorgesehenen Vorbehalte bedürfen keiner besonderen Erwähnung bei der Ratifikation; es steht jedem Vertragsstaat frei, von ihnen Gebrauch zu machen oder nicht. Dagegen müssen die Vorbehalte für die Kolonien und Konsulargerichtsbezirke (Artikel 1 Abs. 2) und für die Regelung des eigenen Wechsels (Artikel 22 Abs. 1) in die Ratifikations- oder Beitrittsurkunde aufgenommen werden; ein Staat, der von einem dieser Vorbehalte Gebrauch macht, kann nachträglich in den durch die Artikel 26, 27 festgesetzten Formen auf ihn verzichten. || Will ein Staat, der anfänglich ohne Vorbehalt ratifiziert oder seinen Beitritt erklärt hat, nachträglich eine Kolonie oder einen Konsulargerichtsbezirk aus der Vertragsgemeinschaft entlassen oder das Recht des eigenen Wechsels abweichend von der Haager Wechselordnung regeln, so braucht er nicht das ganze Abkommen zu kündigen; er kann vielmehr nach Abs. 2 den Vorbehalt in bestimmten Formen nachholen.

Artikel 30.

Da das Einheitliche Wechselrecht für fast alle Vertragsstaaten zahlreiche Neuerungen mit sich bringt, muß damit gerechnet werden, daß sich in einzelnen Ländern Stimmen für eine Änderung dieses Rechtes erheben werden. Deshalb erschien es angezeigt, dem Wunsche nach einer Um-

gestaltung der Haager Wechselordnung von vornherein eine bestimmte Bahn zu weisen. Zu diesem Zwecke sieht der Artikel 30 vor, daß nach einer Frist von zwei Jahren seit der ersten Hinterlegung der Ratifikationsurkunden die Niederländische Regierung ersucht werden kann, eine Konferenz zur Prüfung etwaiger Änderungs- oder Ergänzungsvorschläge einzuberufen. Dies darf aber nicht dazu führen, daß die Gesamtheit der Vertragsstaaten durch übereilte und unbegründete Abänderungsvorschläge beunruhigt wird; der Abs. 1 bestimmt daher, daß das Ersuchen nur von fünf Vertragsstaaten gemeinsam ausgehen kann und mit Gründen versehen sein muß. Immerhin erschien das Zusammentreten einer Revisionskonferenz auch ohne ein solches Ersuchen erforderlich, um die Einheitlichkeit der Rechtsentwickelung zu wahren. Im Abs. 2 wird demgemäß der Niederländischen Regierung zur Pflicht gemacht, nach Ablauf von fünf Jahren von sich aus eine Revisionskonferenz zusammenzuberufen. Ein solcher Zeitraum wurde für nötig erachtet, damit den Gerichten der einzelnen Länder Zeit gelassen wird, sich in das neue Recht einzuarbeiten und Streitfragen zur endgültigen Entscheidung zu bringen.

Artikel 31.

Daß den Staaten, die an einer der Haager Wechselrechtskonferenzen teilgenommen haben, die Unterzeichnung des Abkommens bis zum 31. Jul 1913 freigestellt ist, beruht auf dem Wunsche, allen diesen Staaten den Anschluß an das einheitliche Recht so leicht wie möglich zu machen.

2. Die Vorschriften der Wechselordnung.

Vorbemerkung.

Von den drei Abschnitten der deutschen Wechselordnung (Wechselfähigkeit, gezogener Wechsel, eigener Wechsel) ist der erste Abschnitt in der Haager Wechselordnung nicht enthalten, da der Entwurf die Frage der Wechselfähigkeit nicht selbst regelt, sondern im Artikel 74 nur eine Bestimmung darüber gibt, nach welchem Landesrechte die Wechselfähigkeit zu beurteilen ist. Wegen des bisherigen Artikel 3 (Unterschriften wechselunfähiger Personen) ist auf Artikel 7 der Haager Wechselordnung zu verweisen. || Der erste Abschnitt „Gezogener Wechsel“ ist in dreizehn Kapitel eingeteilt, nämlich: Ausstellung und Form des gezogenen Wechsels, Indossament, Annahme, Wechselbürgschaft, Verfall, Zahlung, Rückgriff mangels Annahme und mangels Zahlung, Ehreneintritt, Vervielfältigung und Abschriften, Fälschung und Änderungen, Verjährung, Allgemeine Vorschriften, Geltungsbereich der Gesetze. Dieser Aufbau entspricht im allgemeinen unserer Wechselordnung. Hervorgehoben sei, daß die Vorschriften über den

Rückgriff mangels Annahme mit denen über den Rückgriff mangels Zahlung vereinigt sind, weil nunmehr beide Arten des Rückgriffs auf Zahlung gehen. || In den Anlagen 1 und 2 dieser Denkschrift sind die Artikel unserer Wechselordnung und die der internationalen Vorschriften einander gegenübergestellt. (Hier fortgelassen. Red.)

Erster Abschnitt.

Gezogener Wechsel.

Erstes Kapitel.

Ausstellung und Form des gezogenen Wechsels.

Artikel 1, 2.

Die Bestandteile des gezogenen Wechsels entsprechen im allgemeinen dem geltenden Rechte (vergl. Artikel 4, Artikel 7 Satz 1 der deutschen Wechselordnung). Zur Vermeidung unnötiger Nichtigkeiten ist im Artikel 2 bestimmt, daß ein Wechsel ohne Angabe der Verfallzeit als Sichtwechsel gilt (Abs. 2) und daß ein Wechsel ohne Angabe des Ausstellungsortes als an dem Orte ausgestellt anzusehen ist, der neben dem Namen des Ausstellers bezeichnet ist (Abs. 4). || Wegen des Erfordernisses der Wechselklausel (Artikel 1 Nr. 1) ist auf den Artikel 2 des Abkommens zu verweisen, wonach jeder Vertragsstaat für Wechsel, die in seinem Gebiet ausgestellt sind, bestimmen kann, daß sie auch ohne Wechselklausel gültig sind, wenn sie ausdrücklich an Order lauten. Ein solcher Wechsel wird auch bei uns anzuerkennen sein, wie dies übrigens schon nach dem bisherigen Rechte (Artikel 85 Satz 1 der Wechselordnung) der Fall ist. Andererseits wird aber künftig ein in diesen Ländern mit der Wechselklausel ausgestellter Wechsel selbst dann gültig sein, wenn er nicht an Order lautet, während ein in Ländern der Wechselklausel ausgestellter, nur an Order lautender Wechsel selbst in den Ländern der Orderklausel als nichtig behandelt werden muß. Die in den einzelnen Ländern zur Bezeichnung des Wechsels gebrauchten Ausdrücke sollen gemäß Artikel 24 Abs. 2 des Abkommens durch Vermittelung der Niederländischen Regierung allen Vertragsstaaten bekanntgegeben werden. || Daß die Anweisung zur Zahlung unbedingt sein muß (Artikel 1 Nr. 2), entspricht dem geltenden Rechte, obwohl es bisher nicht ausdrücklich gesagt ist. Der Ausdruck Remittent ist nicht übernommen; ein Bedürfnis dafür, im Gesetze selbst eine technische Bezeichnung für die Person zu haben, an die oder an deren Order nach dem Wechseltexte gezahlt werden soll, besteht nicht. Dem Namen des Bezogenen oder des Remittenten steht selbstverständlich die Angabe der Firma gleich (vergl. § 17 des Handelsgesetzbuchs). || Unter der Unterschrift des Ausstellers (Artikel 1 Nr. 8) ist eine Namensunterschrift zu verstehen.

Die Frage, ob der Vertreter bei der Unterzeichnung für einen anderen seinen eigenen Namen beifügen muß, ist weder in der Wechselordnung noch im Abkommen geregelt und wird daher auch in Zukunft nach dem Landesrechte zu entscheiden sein. Es wird hiernach bei uns zulässig bleiben, daß der bevollmächtigte Vertreter ausschließlich mit dem Namen des Vertretenen unterschreibt (vergl. Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen Bd. 74 S. 69). || Dagegen enthält das Abkommen eine Bestimmung darüber, wie weit die Namensunterschrift durch einen anderen Akt des sich Verpflichtenden ersetzt werden kann. Hier wird durch Artikel 3 des Abkommens dem Landesrechte Spielraum gelassen, für Wechselverpflichtungen, die auf seinem Gebiet eingegangen werden, Vorschriften zu geben, vorausgesetzt, daß der Wille dessen, der die Unterschrift leisten sollte, durch eine auf den Wechsel gesetzte Erklärung gehörig beglaubigt wird (vergl. Artikel 94 der deutschen Wechselordnung). Derartige Wechselerklärungen sind nach Artikel 75 der Haager Wechselordnung auch in den anderen Vertragsstaaten als gültig zu behandeln. || Wegen der Verfallzeiten ist Artikel 32 zu vergleichen.

Artikel 3.

Abweichend von dem geltenden Rechte (Artikel 6 Abs. 2) soll künftig der sogenannte trassiert-eigene Wechsel nicht nur dann, wenn die Zahlung an einem anderen Orte als an dem der Ausstellung geschehen soll, sondern allgemein zulässig sein. Diese Ausdehnung entspricht einem von den deutschen Sachverständigen geäußerten Wunsche. Es besteht in der Tat kein durchschlagender Grund dafür, dem Aussteller zwar das Ziehen von Wechseln auf Filialen an anderen Orten, aber nicht auf Filialen am gleichen Orte zu gestatten.

Artikel 4.

Als Domizilwechsel im Sinne der Haager Wechselordnung (Artikel 21 Abs. 2, Artikel 51 Abs. 1, Artikel 79 Abs. 2) gelten nicht nur die Wechsel, die an einem anderen Orte als dem Wohnorte des Bezogenen zahlbar gestellt sind (vergl. Artikel 24 unserer Wechselordnung), sondern auch die — bisher meist als Zahlstellenwechsel bezeichneten — Wechsel, die am Wohnorte des Bezogenen bei einem Dritten gezahlt werden sollen. Die Gleichstellung beider Arten von Wechseln entspricht dem bei uns seit dem 1. Oktober 1908 geltenden Rechtszustande (vergl. Artikel 43 unserer Wechselordnung). Die Frage, wem Domizilwechsel zur Zahlung vorzulegen sind, und gegen wen demzufolge Protest zu erheben ist, hat das neue Recht nicht ausdrücklich geregelt. Man erachtete es für selbstverständlich, daß solche Wechsel nur demjenigen vorzulegen sind, der nach dem Wechsel zahlen soll, also der im Wechsel als Zahlungsleister benannten Person oder in Ermangelung einer

solchen dem Bezogenen; die Vorlegung hat, auch wenn der Wechsel dem Bezogenen vorzulegen ist, nicht an seinem Wohnort oder in seiner Wohnung, sondern an der Stelle zu erfolgen, wo nach dem Wechsel gezahlt werden soll. Es wird also bei der durch Artikel 43 unserer Wechselordnung getroffenen Regelung bleiben.

Artikel 5.

Im Gegensatze zu Artikel 7 Satz 3 unserer Wechselordnung soll, wie bereits oben (S. 90) erwähnt, bei Sicht- und Nachsichtwechseln die Ausbedingung von Zinsen zulässig sein. Ein Bedürfnis hierfür hat sich insbesondere im überseeischen Verkehr in den zahlreichen Fällen gezeigt, in denen der Kaufpreis erst, nachdem die Ware an ihrem Bestimmungsort angekommen ist, bezahlt und bis zu diesem Tage verzinst wird. Da der Verkäufer bei der Ausstellung des Wechsels den genauen Zeitpunkt der Ankunft der Ladung nicht berechnen kann, ist er nicht in der Lage, die Zinsen von vornherein zur Wechselsumme zu schlagen; er zieht daher einen verzinsbaren Sichtwechsel. Dagegen sind bei Wechseln mit bestimmter Verfallzeit die Beteiligten nicht gehindert, die Zinsen vorher zu berechnen und die Wechselsumme von vornherein demgemäß zu bemessen; für solche Wechsel ist daher die Ausbedingung von Zinsen nicht zugelassen. Der Anfang des Zinsenlaufs bestimmt sich nach dem im Wechsel dafür angegebenen Datum, in Ermangelung einer solchen Angabe nach dem Ausstellungstage.

Artikel 6 bis 8.

Diese Artikel entsprechen den Artikeln 5, 3 und 95 unserer Wechselordnung.

Artikel 9.

Der Grundsatz, daß der Aussteller für die Annahme und die Zahlung des Wechsels haftet, entspricht dem Artikel 8 unserer Wechselordnung. Nach der Haager Wechselordnung soll aber der Aussteller, abweichend vom geltenden Rechte, die Befugnis haben, die Haftung für die Annahme durch einen Vermerk auf dem Wechsel mit wechselmäßiger Wirkung auszuschließen. Die Zulassung eines solchen Vermerkes ist eine Folge der Zulassung der Wechsel mit Verbot der Vorlegung zur Annahme (vergl. oben S. 90 ff.). Daß ein Aussteller, der die Vorlegung des Wechsels zur Annahme vorgeschrieben hat, nicht gleichzeitig die Haftung für die Verweigerung der Annahme ablehnen kann, versteht sich von selbst.

Zweites Kapitel.

Indossament.

Artikel 10, 11.

Die Vorschriften der Artikel 10, 11 entsprechen den Bestimmungen unserer Wechselordnung (vergl. Artikel 9, Artikel 10 Satz 2) und den von

der Rechtsprechung entwickelten Grundsätzen. Wenn Artikel 11 Abs. 1 vorschreibt, daß das Indossament unbedingt sein muß, so ist dies nur unter Vorbehalt der im Gesetze besonders zugelassenen Klauseln zu verstehen, durch welche der Indossant die Haftung ablehnt (Artikel 14) oder die Vorlegung binnen bestimmter Frist verlangt (Artikel 21 Abs. 4, Artikel 22 Abs. 3, Artikel 33).

Artikel 12.

Die Vorschriften über die Form des Indossaments schließen sich an das geltende Recht an (vergl. Artikel 11, 12 unserer Wechselordnung). Jedoch ist festgestellt, daß ein Indossament durch bloße Namensunterschrift, ebenso wie es nicht auf die Vorderseite des Wechsels gesetzt werden kann, so auch nicht auf der Vorderseite eines Anhanges, sondern nur auf dessen Rückseite zulässig ist; maßgebend hierfür war die Erwägung, daß sonst Zweifel darüber entstehen können, ob eine Unterschrift auf der Vorderseite des Anhanges überhaupt als Indossament und an welcher Stelle in der Reihe der Indossamente sie als solches mitzurechnen ist. Wegen des Indossaments auf Wechselabschriften ist Artikel 66 zu vergleichen.

Artikel 13, 14.

Die Artikel handeln von den Wirkungen des Indossaments, und zwar Artikel 13 von der Übertragung der Rechte auf den Indossator (vergl. Artikel 10 Satz 1, Artikel 13 unserer Wechselordnung), Artikel 14 von der Haftung aus dem Indossamente (vergl. Artikel 14, 15 unserer Wechselordnung). Daß der Inhaber des mit einem Blankindossamente versehenen Wechsels, abgesehen von den im Artikel 13 Abs. 2 bezeichneten Befugnissen, namentlich auch die Rechte aus dem Wechsel geltend machen kann, ergibt sich aus Artikel 15.

Artikel 15.

Die Vorschriften über die Legitimation des Wechselinhabers stimmen sachlich mit dem Artikel 36 Satz 1 bis 4 und dem Artikel 74 unserer Wechselordnung überein.

Artikel 16.

Nach Artikel 82 unserer Wechselordnung kann sich der Wechselschuldner nur solcher Einreden bedienen, die aus dem Wechselrechte selbst hervorgehen oder ihm unmittelbar gegen den jedesmaligen Kläger zustehen. Die Vorschrift hat zu vielen Zweifeln Anlaß gegeben und wenn sie auch infolge der Auslegung, die sie in langen Jahren durch Wissenschaft und Praxis erfahren hat, sachlich zu befriedigenden Ergebnissen führt, so muß doch anerkannt werden, daß sie in der Form anfechtbar ist. Auf den Konferenzen im Haag ist man nach eingehenden Erörterungen zu dem Ergebnis gelangt, daß es nicht möglich ist, in erschöpfender und klarer Weise auszusprechen, welche

Einwendungen dem Wechselschuldner zustehen, daß es aber auch genügt, wenn gewisse Arten von Einwendungen bezeichnet werden, die der Wechselverpflichtete nicht erheben kann, und wenn im übrigen die Frage der Wissenschaft und Rechtsprechung überlassen wird. In der Haager Wechselordnung ist demgemäß in sachlicher Übereinstimmung mit unserem Rechte vorgesehen, daß dem Inhaber grundsätzlich solche Einwendungen nicht entgegengesetzt werden können, die auf den unmittelbaren Rechtsbeziehungen zwischen der aus dem Wechsel in Anspruch genommenen Person und den früheren Inhabern oder dem Aussteller des Wechsels beruhen. Eine Ausnahme wird hiervon für den Fall gemacht, daß der Erwerber des Wechsels und der Veräußerer arglistig zusammengewirkt haben, um den Schuldner eines Einwandes, der ihm gegen den Veräußerer zustand, zu berauben. In einem solchen Falle sollen die Einreden, die dem Schuldner gegen den Veräußerer zustanden, auch dem Erwerber entgegengesetzt werden können; hierdurch wird ein vom Reichsoberhandelsgericht und vom Reichsgericht in ständiger Rechtsprechung festgehaltener Satz ausdrücklich anerkannt.

Artikel 17.

Die Regelung des Prokuraindossaments entspricht dem bei uns geltenden Rechte (Artikel 17).

Artikel 18.

Der Artikel 18 enthält eine bereits oben (S. 92) erwähnte Neuerung: das Pfandindossament. || Die Verpfändung eines Wechsels erfolgt nach dem geltenden Rechte regelmäßig in der durch den § 1292 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Weise, das heißt durch die Einigung des Gläubigers und des Pfandgläubigers und durch Übergabe des mit einem Vollindossamente versehenen Wechsels. Der Pfandgläubiger ist als Indossator eines solchen Wechsels wechselrechtlich in der Lage, alle Rechte des Inhabers geltend zu machen. Diese Art der Verpfändung bleibt auch künftig zulässig. Daneben sieht aber die Haager Wechselordnung die Möglichkeit einer Verpfändung durch ein besonderes Pfandindossament vor. Wer den Wechsel auf Grund eines solchen Indossaments erwirbt, kann zwar alle Rechte aus dem Wechsel geltend machen, ihn aber nur durch Prokuraindossament übertragen; ein von ihm ausgestelltes Indossament soll, auch wenn es nicht als Prokuraindossament bezeichnet ist, nur diese Wirkung haben. Um Zweifel zu beseitigen, hebt der Abs. 2 hervor, daß dem Inhaber, der den Wechsel durch Pfandindossament erlangt, Einreden aus der Person seines Indossanten nur im Falle des arglistigen Einverständnisses entgegengesetzt werden können. || Artikel 4 des Abkommens gibt, wie bereits erwähnt (S. 93) jedem Vertragsstaat das Recht, vorzuschreiben, daß ein die Verpfändung

andeutender Zusatz für Indossamente, die auf seinem Gebiet erfolgt sind, als nicht geschrieben gilt. In diesem Falle ist also das Pfandindossament als Vollindossament zu behandeln, und zwar, wie Abs. 2 ausdrücklich bestimmt, in sämtlichen Vertragsstaaten, auch solchen, die auf ihrem Gebiete das Pfandindossament zulassen.

Artikel 19.

Die Vorschrift des Artikel 19 Satz 1, wonach das Indossament nach Verfall dieselbe Wirkung hat wie ein Indossament vor Verfall, wird durch den Satz 2 wesentlich eingeschränkt; denn sie gilt nicht für solche Indossamente, die erst nach Ablauf der für den Protest mangels Zahlung bestimmten Frist oder nach Erhebung des Protestes erfolgen (Nachindossamente). Was derartige Indossamente betrifft, so erlangt nach dem geltenden Rechte derjenige, auf den ein nicht rechtzeitig protestierter Wechsel nach Ablauf der Protestfrist indossiert wird, nur Rechte gegen den Annehmer und Rückgriffsrechte gegen diejenigen, die den Wechsel nach Ablauf der Protestfrist indossiert haben; ist aber der Wechsel rechtzeitig protestiert worden, so ist der spätere Indossant nicht wechselmäßig verpflichtet und der Indossatar erhält nur die Rechte seines Indossanten gegen den Annehmer, den Aussteller und diejenigen, die den Wechsel vor dem Protest indossiert haben. Diese für den Verkehr unbequemen Unterscheidungen sind in der Haager Wechselordnung, wie bereits erwähnt (S. 90), beseitigt und durch die einfache und praktische Vorschrift ersetzt, daß jedes Nachindossament nur die Wirkungen einer Abtretung hat (vergl. Bürgerliches Gesetzbuch §§ 398 ff.).

Drittes Kapitel.

Annahme.

Artikel 20.

Die Vorschrift des Artikel 20 über das Recht, den Wechsel zur Annahme vorzulegen, schließt sich dem Artikel 18 Satz 1 und 4 unserer Wechselordnung an. Ergänzend ist zur Entscheidung einer bisher streitigen Frage hervorgehoben, daß die Vorlegung zur Annahme nur bis zum Verfalle zulässig ist, also nicht mehr am Verfalltag und innerhalb der Protestfrist. Daß die Vorlegung zur Annahme stets, also auch bei Domizilwechseln, am Wohnorte des Bezogenen zu erfolgen hat, ist zwar in unserer Wechselordnung nicht ausdrücklich bestimmt, entspricht aber dem geltenden Rechte.

Artikel 21.

Der Artikel 21 enthält die Vorschriften über das Vorlagegebot und das Vorlageverbot. || Die deutsche Wechselordnung gibt nur dem Aussteller eines Domizilwechsels das Recht, die Vorlegung zur Annahme vorzuschreiben

(Artikel 24); sie gestattet ferner dem Aussteller und dem Indossanten eines Nachsichtwechsels, an Stelle der gesetzlich bestimmten Frist für die Vorlegung zur Annahme eine andere Frist festzusetzen (Artikel 19 Satz 2, 3). Endlich hat sich die Praxis entwickelt, daß der Indossant bei jedem Wechsel mittelbar die Vorlegung zur Annahme binnen bestimmter Frist vorschreiben kann, indem er für den Fall der Nichtvorlegung seine Haftung ausschließt. || Die Haager Wechselordnung hat in der Erwägung, daß auch bei Wechseln, deren Verfallzeit von vornherein feststeht, der Aussteller oder ein Indossant an der alsbaldigen Vorlegung zur Annahme ein berechtigtes Interesse haben kann, bei allen Wechseln das Vorlagegebot zugelassen, mit der alleinigen Ausnahme, daß der Indossant eines Wechsels, in welchem der Aussteller die Vorlegung verboten hat, dazu nicht befugt sein soll (Artikel 21 Abs. 1,4). Die Ausnahme rechtfertigt sich, weil das vom Aussteller ausgehende Verbot gegenüber allen Wechselinhabern wirkt und es dem Indossanten nicht gestattet sein kann, den vom Aussteller bestimmten Charakter des Wechsels zu ändern. Das Vorlagegebot des Ausstellers und des Indossanten kann befristet oder unbefristet sein; im letzteren Falle hat es die Bedeutung, daß der Wechsel vor dem Verfalltag zur Annahme vorgelegt werden muß (Artikel 20). || Der Nachweis dafür, daß die vorgeschriebene Vorlegung zur Annahme rechtzeitig stattgefunden hat, kann nur durch die datierte Annahmeerklärung oder durch einen Protest (vergl. Artikel 24 Abs. 2, Artikel 43 Abs. 1) erbracht werden. Die Wirkung der Nichtbeachtung des Gebots regelt der Artikel 52 im wesentlichen entsprechend dem bisherigen Rechte (unten S. 80 ff.). || Die Abs. 2, 3 des Artikels 21 behandeln das Vorlageverbot. Die Gründe, die für die Zulassung eines solchen Verbots maßgebend waren, sind bereits angegeben worden (S. 90 ff.). Es versteht sich von selbst, daß, falls etwa ungeachtet des Verbots der Wechsel zur Annahme vorgelegt und die Annahme verweigert wird, hieraus keine Rückgriffsrechte entstehen können.

Artikel 22.

Daß die gesetzliche Vorlegungsfrist für Nachsichtwechsel von zwei Jahren (Artikel 19 Satz 2 unserer Wechselordnung) auf sechs Monate herabgesetzt worden ist, wurde bereits oben (S. 90) erwähnt.

Artikel 23.

Im Zusammenhange mit den Vorschriften über die dem Bezogenen zu gewährende Überlegungsfrist (Artikel 23 Abs. 2, oben S. 91 ff.) erschien es angezeigt, ausdrücklich zu bestimmen, daß der Inhaber nicht verpflichtet ist, den zur Annahme vorgelegten Wechsel in der Hand des Bezogenen zu lassen.

Artikel 24.

Was die Form der Annahme betrifft, so gilt nach Artikel 21 unserer Wechselordnung jede auf den Wechsel geschriebene und von dem Bezogenen unterschriebene Erklärung als unbeschränkte Annahme, sofern nicht in der Erklärung ausdrücklich ausgesprochen ist, daß der Bezogene überhaupt nicht oder nur unter Einschränkungen annehmen wollte. Diese Vorschrift ist in die Haager Wechselordnung nicht in der bisherigen Schärfe übernommen worden. Es wird vielmehr für eine gültige Annahme entweder das Wort „angenommen" oder eine gleichbedeutende Erklärung verlangt; ebenso wie bisher soll aber die bloße Unterschrift des Bezogenen auf der Vorderseite des Wechsels als Annahme gelten. || Die Vorschrift des Artikel 20 Abs. 1 unserer Wechselordnung, wonach bei Nachsichtwechseln die Annahme datiert und im Falle der Unterlassung oder Verweigerung der Datierung bei Vermeidung des Verlustes der Rückgriffsrechte ein Protest erhoben werden muß, wird auf alle Fälle ausgedehnt, wo infolge eines Vorlagegebots der Wechsel innerhalb einer bestimmten Frist zur Annahme vorzulegen ist. Der Protest muß rechtzeitig, das heißt innerhalb der für den Protest mangels Annahme vorgeschriebenen Frist (Artikel 43 Abs. 3), erhoben werden. Der Lauf der Sichtfrist wird durch die Datierung der Annahme bestimmt. Mit Rücksicht auf die dem Bezogenen zustehende Überlegungsfrist ist aber dem Wechselinhaber das Recht gegeben, die Datierung mit dem Tage der ersten Vorlegung zu verlangen. Kommt es zum Proteste, so ist der Tag der Protesterhebung maßgebend (Artikel 34 Abs. 1). || Die Vorschriften des

Artikel 25

über die Teilnahme und die Unzulässigkeit sonstiger Einschränkungen der Annahme schließen sich dem Artikel 22 unserer Wechselordnung an.

Artikel 26.

Abs. 1 sieht in Übereinstimmung mit Artikel 24 Abs. 1 unserer Wechselordnung vor, daß bei Wechseln, in denen der Aussteller einen vom Wohnorte des Bezogenen verschiedenen Zahlungsort angegeben hat, ohne die Person zu bezeichnen, durch welche die Zahlung bewirkt werden soll, der Bezogene bei der Annahme diese Person benennen muß, widrigenfalls angenommen wird, daß er selbst am Zahlungsorte zahlen will. Abs. 2 hebt hervor, daß der Bezogene eines nicht domizilierten Wechsels bei der Annahme eine am Zahlungsorte befindliche Zahlstelle angeben kann. || Der

Artikel 27

regelt die Haftung des Annehmers in der gleichen Weise wie der Artikel 23 unserer Wechselordnung. Die Vorschrift des Abs. 3 dieses Artikels, wonach

der Bezogene kein Wechselrecht gegen den Aussteller hat, ist als überflüssig weggelassen. || Die Bestimmung des Artikel 27 Abs. 2 ist dahin zu verstehen, daß der Inhaber die über die Wechselsumme hinausgehenden, in den Artikeln 47, 48 bezeichneten Beträge nur verlangen kann, soweit die Voraussetzungen für die Ausübung des Rückgriffs gegeben sind.

Artikel 28.

Hat der Bezogene die auf den Wechsel gesetzte Annahmeerklärung gestrichen, bevor er den Wechsel aus der Hand gegeben hat, so gilt nach Artikel 28 die Annahme als verweigert; der Bezogene haftet jedoch nach dem Inhalt seiner Annahmeerklärung, wenn er vor der Streichung dem Inhaber oder einer Person, deren Unterschrift sich auf dem Wechsel befindet, schriftlich von der Annahme Kenntnis gegeben hatte. Auf die hierin liegende Abweichung von dem geltenden Rechte ist schon oben (S. 90) hingewiesen worden. Die Haftung nach Maßgabe der ursprünglichen Annahmeerklärung bleibt selbstverständlich auch dann bestehen, wenn die Benachrichtigung von der Annahme nicht unmittelbar an den Wechselinhaber oder einen Wechselverpflichteten, sondern an eine von diesen beauftragte Person gerichtet war. Auch ergibt sich schon aus der Fassung des Artikel 28, daß in den Fällen, in denen der Bezogene trotz der Streichung der Annahmeerklärung nach Maßgabe dieser Erklärung haftbar bleibt, der Wechselinhaber zugleich das Recht des Rückgriffs mangels Annahme hat. Als eine den Vorschriften dieses Artikels unterliegende Streichung der Annahme wäre es selbstverständlich auch anzusehen, wenn der Bezogene durch Einfügung des Wortes „nicht“ vor „angenommen“ oder in ähnlicher Weise die Annahme zurücknimmt.

Viertes Kapitel.

Wechselbürgschaft.

Artikel 29 bis 31.

Die Regelung der Wechselbürgschaft (Aval) gibt im wesentlichen das bei uns geltende Recht wieder. Nur ist dem Wechselbürgen ein Rückgriffsrecht gegen denjenigen, für den er sich verbürgt hat, und gegen dessen Vormänner eingeräumt (Artikel 31 Abs. 3), während gegenwärtig der Wechselbürge, der den Wechsel bezahlt, keine wechselmäßigen Ansprüche, sondern nur Rückgriffsrechte nach dem bürgerlichen Rechte hat. Als eine zweckmäßige Ergänzung ist es ferner zu bezeichnen, daß nach Artikel 30 Abs. 4 die Wechselbürgschaft mangels besonderer Angabe als für den Aussteller gegeben gilt (vergl. hierzu Artikel 56 und Artikel 61 Abs. 1). || Nach Artikel 31 Abs. 1 haftet der Wechselbürge in der gleichen Weise, wie der, für den er sich verbürgt hat. Hieraus ergibt sich, daß, wenn die Wechselbürgschaft

für den Aussteller oder einen Indossanten geleistet ist, rechtzeitig gegen den Bezogenen Protest mangels Zahlung erhoben werden muß, um die Rückgriffsrechte gegen den Wechselbürgen zu wahren. In Übereinstimmung mit den in unserer Rechtsprechung entwickelten Grundsätzen wird die Haftung des Wechselbürgen nicht dadurch beseitigt, daß derjenige, für den er sich verbürgt hat, nicht haftet, weil seine Unterschrift nicht echt ist oder er die Wechselfähigkeit nicht besitzt, wohl aber dadurch, daß die Hauptschuld wegen eines Formfehlers nichtig ist (Artikel 31 Abs. 2). || Nach Artikel 5 des Abkommens kann jeder Vertragsstaat für die auf seinem Gebiete gegebene Wechselbürgschaft bestimmen, daß sie auch in einer besonderen Urkunde gegeben werden darf. Dies entspricht der in Frankreich gesetzlich gestatteten und dort namentlich im überseeischen Verkehr hergebrachten Übung (Artikel 142 des Code de Commerce), die auf dem Wunsche beruht, eine Verminderung des Kredits des Wechselschuldners durch eine nach außen erkennbare Wechselbürgschaft zu vermeiden. Zur Form der Wechselbürgschaft gehört in diesem Falle die Angabe des Ausstellungsortes; eine solche Wechselbürgschaft ist nach Artikel 75 der Wechselordnung von allen Vertragsstaaten als gültig zu behandeln.

Fünftes Kapitel.

Verfall.

Artikel 32.

Die Verfallzeiten sind im Artikel 32 in Übereinstimmung mit Artikel 4 Nr. 4 unserer Wechselordnung geregelt. Ebenso wie im geltenden Rechte ist der Ausdruck „auf Sicht“ („à vue“) kein technischer, er kann durch gleichbedeutende Ausdrücke wie „auf Vorzeigung“, „a vista“ ersetzt werden.|| Usowechsel erkennt die Haager Wechselordnung ebensowenig an wie die deutsche Wechselordnung. Auch Meß- und Marktwechsel sind in dem neuen Rechte nicht geregelt, es sind daher die Vorschriften des Artikel 18 Satz 3 und des Artikel 35 der deutschen Wechselordnung nicht übernommen. Für die Beibehaltung der Meß- und Marktwechsel besteht nach dem Urteil unserer Sachverständigen in Deutschland kein Bedürfnis. Da sie jedoch namentlich in Rußland vielfach üblich sind, ist in das Abkommen (Artikel 6) ein Vorbehalt aufgenommen worden, wonach jeder Vertragsstaat Meß- und Marktwechsel, die auf seinem Gebiete zahlbar sind, zulassen und ihre Verfallzeit regeln kann. Die anderen Vertragsstaaten müssen dann solche Wechsel als gültig anerkennen.

Artikel 33 bis 35.

Die Abkürzung der gesetzlichen Vorlegungsfrist für Sichtwechsel von zwei Jahren (Artikel 31 unserer Wechselordnung) auf sechs Monate (Artikel 33

22 der Haager Wechselordnung) wurde bereits oben (S. 90) erwähnt. Wegen der Folgen der Versäumung rechtzeitiger Vorlegung ist Artikel 52 zu vergleichen (S. 124 ff.). || Die Vorschriften des Artikel 34 über den Beginn des Fristenlaufs bei Wechseln, die auf eine bestimmte Zeit nach Sicht lauten, schließen sich dem Artikel 20 Abs. 2, 3 unserer Wechselordnung an. Der in der Annahmeerklärung angegebene Tag kann nach Artikel 24 Abs. 2 entweder der Tag der Vorlegung oder der Tag der Annahmeerklärung sein. || Die für die Fristberechnung gegebenen Vorschriften des Artikel 35 entsprechen den Bestimmungen der Artikel 30, 32 der deutschen Wechselordnung. Daß auch bei einer nach Wochen bemessenen Frist der Verfall an demjenigen Tage der Zahlungswoche eintritt, der durch seine Benennung dem Tage der Ausstellung entspricht, ist nicht besonders hervorgehoben, da man dies als selbstverständlich erachtete. || Daß unter einer Frist von acht Tagen im Zweifel volle acht Tage zu verstehen sind (Artikel 35 Abs. 4), stimmt mit § 359 Abs. 2 des Handelsgesetzbuchs überein. Die Vorschrift über die Bedeutung einer Frist von fünfzehn Tagen ist mit Rücksicht auf den französischen Sprachgebrauch eingefügt worden. || Der

Artikel 36

gibt Vorschriften über die Berechnung des Verfalltags für die Wechsel, an deren Ausstellungsort ein anderer Kalender als am Zahlungsorte gilt. || Die Vorschrift des Abs. 1, wonach sich bei Wechseln mit bestimmtem Verfalltag dieser nach dem Kalender des Zahlungsortes richtet, stimmt mit der Auslegung überein, die unser geltendes Recht durch die Gerichte erfahren hat. || Die deutsche Wechselordnung regelt im Artikel 34 den Fall, daß ein in Deutschland zahlbarer, in bestimmter Frist nach der Ausstellung fälliger Wechsel in einem Lande, das nach altem Stile rechnet, ausgestellt ist, und zwar ohne die Angabe, daß er nach neuem Stile datiert sei oder unter Datierung nach beiden Stilen. In einem solchen Falle soll zunächst der Ausstellungstag in den Kalendertag des neuen Stiles umgerechnet und von da ab die Frist gerechnet werden. Ist also beispielsweise ein Wechsel in Moskau am „18. Februar 1913“ oder am „18. Februar/2. März 1913“ ausgestellt und in Berlin drei Monate nach der Ausstellung zahlbar, so wird zunächst das Datum der Ausstellung nach dem neuen Stile (2. März) berechnet und von hier ab der Verfalltag (2. Juni) bestimmt, wogegen bei einer vom alten Stile ausgehenden Berechnung der 18. Mai des alten Stiles, also der 31. Mai neuen Stiles, der Verfalltag wäre. Der Artikel 36 der Haager Wechselordnung behält den Grundsatz des bisherigen Artikel 34 bei, gibt ihm aber zugleich ein erweitertes Anwendungsgebiet. Er soll auch dann gelten, wenn ein Wechsel von einem Lande, das nach neuem Stile rechnet, auf ein Land mit julia-

nischem Kalender gezogen wird (Abs. 2); ferner sollen in entsprechender Weise auch die gesetzlichen oder im Wechsel bestimmten Vorlegungsfristen (vergl. Artikel 21, 22, 33) berechnet werden (Abs. 3). || Die Anwendung der gesetzlichen Regeln kann nach Abs. 4 durch einen Vermerk im Wechsel ausgeschlossen werden; gleichgestellt ist der Fall, daß sich aus dem sonstigen Inhalt des Wechsels ein abweichender Wille der Beteiligten ergibt. Dies wäre insbesondere anzunehmen, wenn bei einer Umrechnung nach den gesetzlichen Regeln der Verfalltag des Wechsels oder der Tag, bis zu welchem die Vorlegung erfolgen muß, vor dem Ausstellungstage liegen würde, wenn also etwa am 10. Januar 1913 in Petersburg ein am 15. Januar 1913 in Berlin zahlbarer oder bis zum 15. Januar 1913 hier vorzulegender Wechsel ausgestellt wird.

Sechstes Kapitel.

Zahlung.

Artikel 37.

Die Haager Wechselordnung folgt dem aus Artikel 41 der deutschen Wechselordnung zu entnehmenden Grundsatz, daß der Wechsel sowohl am Zahlungstage wie an einem der beiden folgenden Werktage zur Zahlung vorgelegt werden kann (Artikel 37 Abs. 1). Nach Artikel 7 des Abkommens kann zwar jeder Staat für die in seinem Gebiete zahlbaren Wechsel dem Inhaber die Verpflichtung zur Vorlegung am Zahlungstage selbst auferlegen (vergl. Artikel 161 des Code de Commerce); die Nichtbeachtung dieser Vorschrift darf aber nur eine Schadensersatzpflicht des Inhabers, nicht den Verlust des Rückgriffs zur Folge haben. Die Entscheidung der Frage, inwieweit eine solche Schadensersatzpflicht von den anderen Vertragsstaaten anzuerkennen ist, bleibt den Landesgesetzen überlassen. || Nach Abs. 2 des Artikel 37 steht die Einlieferung des Wechsels in eine zuständige Abrechnungsstelle der Vorlegung zur Zahlung gleich. Eine gleiche Vorschrift findet sich im § 12 des deutschen Scheckgesetzes vom 11. März 1908 (Reichs-Gesetzbl. S. 71).

Artikel 38.

Die Vorschriften über die Quittierung bei der Zahlung des Wechsels und über die Teilzahlung entsprechen den Artikeln 39 und 38 unserer Wechselordnung; sie finden selbstverständlich auch dann Anwendung, wenn die Zahlung nicht durch den Bezogenen, sondern durch den Domiziliaten oder einen anderen Zahlungsleister erfolgt. Eine Teilzahlung des Wechselschuldners darf der Inhaber, bei Verlust des Rückgriffs für die angebotene Summe, nicht zurückweisen, und zwar auch dann nicht, wenn der Bezogene für die ganze Summe die Annahme erklärt hatte. Die Aufrechterhaltung dieses

Rechtszustandes entspricht dem Wunsche unserer Sachverständigen. Mit Rücksicht auf die abweichende Meinung in anderen großen Staaten gestattet jedoch Artikel 8 des Abkommens jedem Vertragsstaat, den Inhabern der auf seinem Gebiete zahlbaren Wechsel die Befugnis zur Zurückweisung einer Teilzahlung beizulegen. Diese Befugnis muß nach Abs. 2 des Artikels auch bei einem Rückgriff in das Gebiet anderer Vertragsstaaten anerkannt werden.

Artikel 39.

Die Vorschriften der Abs. 1, 2, wonach der Inhaber eine Zahlung vor Verfall nicht anzunehmen braucht und der Bezogene, der vor Verfall zahlt, die Gefahr der verfrühten Zahlung trägt, sind aus den Artikeln 144, 146 des französischen Handelsgesetzbuchs übernommen, entsprechen aber auch dem bei uns geltenden Rechtszustande. Unsere Wechselordnung hat die Frage nicht ausdrücklich geregelt, so daß die Entscheidung aus den allgemeinen Rechtsgrundsätzen entnommen werden muß. Für ein internationales Wechselrecht schien eine einheitliche Regelung mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der sonst in Betracht kommenden Vorschriften des Bürgerlichen Rechtes empfehlenswert. || Im Abs. 3 ist die wichtige Frage geregelt, inwieweit der Bezogene, der bei Verfall zahlt, prüfen muß, ob derjenige, der ihm den Wechsel vorlegt, zur Empfangnahme der Zahlung berechtigt ist. Die deutsche Wechselordnung enthält nach dieser Richtung nur die Vorschrift, daß der Zahlende nicht verpflichtet ist, die Echtheit der Indossamente zu prüfen (vergl. Artikel 36 Satz 5). Über die Fragen, inwieweit der Zahlende zu einer Prüfung der Identität des Vorzeigenden mit der nach dem Wechsel berechtigten Person und zur Prüfung der Fähigkeit des Vorzeigenden zur Empfangnahme der Zahlung berechtigt oder verpflichtet ist, gehen die Ansichten auseinander. In der Literatur wird vielfach die Meinung vertreten, daß die Zahlung an eine andere als die wechselmäßig berechtigte Person nicht befreit, auch wenn der Zahlende in gutem Glauben war, daß dagegen die gutgläubige Zahlung an einen zwar gehörig ausgewiesenen, aber zur Empfangnahme der Zahlung nicht befähigten Inhaber (z. B. einen Minderjährigen) wirksam ist. Der Satz 1 des Abs. 3 gibt der Rechtsprechung eine einfache, die Interessen des Verkehrs berücksichtigende Richtlinie. Hat der Bezogene tatsächlich an eine andere als die durch den Wechsel als berechtigt ausgewiesene Person gezahlt oder war die nach dem Wechsel berechtigte Person aus irgendwelchen Gründen, z. B. wegen Minderjährigkeit, Konkurs oder dergl., zur Empfangnahme der Zahlung nicht befugt, so kommt es darauf an, ob dem Bezogenen ein arglistiges Verhalten oder eine grobe Fahrlässigkeit nachgewiesen werden kann. Für die Frage, was

als Fahrlässigkeit gilt, gibt Satz 2 des Abs. 3 zwei praktisch besonders wichtige Vorschriften. Der Zahlende ist, ebenso wie nach geltendem Rechte, verpflichtet zu prüfen, ob der Inhaber durch eine zusammenhängende Reihe von Indossamenten gemäß Artikel 15 gehörig ausgewiesen ist. Unterläßt er dies, so liegt darin mindestens eine grobe Fahrlässigkeit. Auf der anderen Seite ist er zu einer Prüfung der Unterschriften der Indossanten nicht verpflichtet; die Unterlassung kann daher keine grobe Fahrlässigkeit begründen.

Artikel 40.

Der Artikel 40 gibt die Vorschriften des Artikel 37 der deutschen Wechselordnung über Wechsel in fremder Währung mit einigen Ergänzungen wieder. Die Vorschrift, daß sich der Wert der fremden Währung nach den Handelsgebräuchen des Zahlungsortes richtet (Abs. 1 Satz 2), stimmt mit dem bei uns geltenden Rechte sachlich überein. Maßgebend für die Umrechnung ist der Tag, an dem die Wechselsumme einforderbar wird, das heißt regelmäßig der Verfalltag des Wechsels; handelt es sich um einen Rückgriff vor Verfall, so ist der Tag maßgebend, an dem der Rückgriff eröffnet wurde. Neu ist die Schlußvorschrift des Abs. 1. In Anlehnung an die in England übliche Klausel „at exchange as per indorsement" wird hier für Wechsel, die auf eine am Zahlungsorte nicht geltende Währung lauten, ein Vermerk zugelassen, wonach der Aussteller selbst einen Umrechnungskurs bestimmen oder die Bestimmung dieses Kurses dem Indossanten überlassen kann, und zwar mit der Wirkung, daß der Wechselschuldner alsdann nicht befugt ist, in der fremden im Wechsel angegebenen Währung zu zahlen, sondern im einheimischen Gelde in Gemäßheit des angegebenen Umrechnungskurses zahlen muß. Diese Regelung kommt den Bedürfnissen des Ausfuhrhandels entgegen und ist von unseren Sachverständigen empfohlen worden. || Mit Rücksicht auf die Wünsche einiger Vertragsstaaten, in denen verschieden bewertete Geldsorten den gleichen Namen haben (z. B. Kronen in Skandinavien und in Österreich), ist die Vorschrift des Abs. 2 eingefügt, nach der im Zweifel anzunehmen ist, daß die Geldsorte des Zahlungsortes gemeint ist (vergl. § 361 des Handelsgesetzbuchs).

Artikel 41.

Daß der Annehmer die Wechselsumme hinterlegen kann, wenn der Wechsel nicht rechtzeitig vorgelegt wird, entspricht dem Artikel 40 unserer Wechselordnung. Wenn die Haager Wechselordnung hier nicht vom Annehmer spricht, sondern den Ausdruck „Schuldner" gebraucht, so erklärt sich dies dadurch, daß nach der französischen, gemäß Artikel 14 des Abkommens auch künftig zugelassenen Auffassung der Bezogene, der Deckung

erhalten hat, auch ohne Annahmeerklärung als Schuldner des Wechselinhabers gilt. Satz 2 des Artikel 40 unserer Wechselordnung („Der Vorladung des Inhabers bedarf es nicht") ist nicht übernommen; das bei der Hinterlegung zu beobachtende Verfahren richtet sich nach dem Rechte der einzelnen Vertragsstaaten (vergl. Bürgerliches Gesetzbuch §§ 372 ff.).

Siebentes Kapitel.

Rückgriff mangels Annahme und mangels Zahlung.

Die Überschrift des Kapitels erwähnt nur die regelmäßigen Fälle des Rückgriffs; das Kapitel behandelt jedoch außerdem auch den Rückgriff wegen Unsicherheit.

Artikel 42.

Bereits oben (S. 52) sind die Gründe dargelegt worden, aus denen das neue Recht in allen Fällen nur noch den Rückgriff auf Zahlung kennt. Der Rückgriff wegen Unsicherheit wird auch dann eröffnet, wenn der Bezogene, der nicht angenommen hat, unsicher wird (Abs. 2 Nr. 2). Man ging hierbei davon aus, daß es eine überflüssige Förmlichkeit bilden würde, den Wechselinhaber darauf zu verweisen, zunächst den Wechsel zur Annahme vorzulegen und alsdann, je nach dem Erfolge der Vorlegung, Rückgriff wegen Verweigerung der Annahme oder wegen Unsicherheit des Annehmers zu nehmen. Aus diesem Grunde hatten schon unsere Sachverständigen den Rückgriff bei Unsicherheit des Bezogenen vorgeschlagen. Im Zusammenhange mit der Einführung der Wechsel mit Verbot der Vorlegung zur Annahme steht die Vorschrift des Artikel 42 Abs. 2 Nr. 3, wonach im Falle des Konkurses des Ausstellers eines solchen Wechsels der Rückgriff eröffnet wird. Diese dem französischen Rechte (vergl. Artikel 444 des Code de Commerce) entgegenkommende Vorschrift beruht auf der Erwägung, daß in solchen Fällen wirtschaftlich der Aussteller derjenige ist, dem Kredit gegeben worden ist und auf dessen Zahlungsfähigkeit sich der Wert des Wechsels stützt. || Die im französischen Texte enthaltene Hervorhebung, daß eine Zahlungseinstellung die Unsicherheit auch dann begründet, wenn sie nicht durch Urteil festgestellt ist, erfolgte, um die Bedeutung der Vorschrift für die Länder des französischen Rechtes klarzustellen, wo bisher ein Rückgriff nur nach einer durch gerichtliches Urteil festgestellten Zahlungseinstellung, das heißt nach der Konkurserklärung zugelassen ist. Für das Gebiet des deutschen Rechtes würde eine wörtliche Übersetzung unverständlich sein; es sind daher diese Worte dadurch wiedergegeben, daß neben dem Falle des Konkurses die Fälle erwähnt werden, in denen der Bezogene „auch nur" seine Zahlungen eingestellt hat. || Der

Artikel 43

enthält einige Vorschriften über die Protesterhebung, insbesondere über die dafür maßgebenden Fristen. Die Fragen, welche Beamten zur Erhebung des Protestes befugt sind, sowie in welcher Form der Protest zu erheben ist, bleiben der landesgesetzlichen Regelung vorbehalten (vergl. Artikel 76). Es hat sich als untunlich erwiesen, diese Fragen, die mit nationalen Gebräuchen und staatlichen Einrichtungen auf das engste zusammenhängen, einheitlich zu regeln. || Der Abs. 1 spricht den Grundsatz aus, daß die Verweigerung der Annahme oder der Zahlung durch einen Protest festgestellt werden muß (vergl. Artikel 25, 41 der deutschen Wechselordnung). Nach Artikel 9 des Abkommens ist aber mit Rücksicht auf italienisches und belgisches Recht jedem Vertragsstaat die Befugnis gegeben, für sein Gebiet den Protest durch eine in bestimmten Formen gehaltene Erklärung des Bezogenen zu ersetzen; eine solche Erklärung muß von den anderen Staaten anerkannt werden. || Die im Abs. 2 festgesetzte Frist für den Zahlungsprotest stimmt mit der deutschen Wechselordnung überein (Artikel 41 Abs. 2). Doch kann nach Artikel 10 des Abkommens jeder Staat bestimmen, daß der Protest mangels Zahlung, wie im französischen Rechte, am ersten Werktag nach dem Zahlungstag oder, wie im belgischen Rechte, an einem der beiden auf den Zahlungstag folgenden Tage zu erheben ist. Ein außerhalb dieser Tage erhobener Protest ist gemäß Artikel 76 auch in den anderen Vertragsstaaten als ungültig zu behandeln. || Da die Versäumung des Annahmeprotestes in gewissen Fällen zum Verluste der Rückgriffsrechte führt (vergl. Artikel 52), bedarf es auch für einen solchen Protest einer Vorschrift über die Protestfrist. Entsprechend der für unser Recht herrschenden Auffassung schreibt Abs. 3 vor, daß die Protesterhebung während der ganzen Dauer der Vorlegungsfrist zulässig ist. Aber mit Rücksicht auf das dem Bezogenen im Artikel 23 Abs. 2 eingeräumte Recht, eine Überlegungsfrist zu verlangen, ist hinzugefügt, daß der Protest noch am Tage nach Ablauf der Frist erhoben werden kann, wenn die erste Vorlegung am letzten Tage der Frist erfolgt und der Bezogene die nochmalige Vorlegung am nächsten Tage verlangt. || Die Vorschrift des Abs. 4, daß ein Wechsel, der bereits mangels Annahme protestiert worden ist, am Zahlungstage nicht mehr vorgelegt zu werden braucht, ist eine Folge der anderweitigen Gestaltung des Rückgriffs. Dem Inhaber bleibt es unbenommen, den Versuch zu machen, ob er durch Vorlegung am Zahlungstage vom Bezogenen Zahlung erhalten kann. Da ihm aber das Recht eingeräumt ist, schon bei Verweigerung der Annahme Rückgriff auf Zahlung zu nehmen, kann ihm eine nochmalige Vorlegung zur Zahlung nicht zur Pflicht gemacht werden, zumal da jede derartige Vorschrift zu Unzuträglichkeiten in den Fällen führen würde, in

denen tatsächlich der Rücklauf des Wechsels begonnen hat. || Daß vor dem Rückgriff wegen Unsicherheit des Bezogenen oder des Annehmers der Wechsel dem Bezogenen oder dem Annehmer zur Zahlung vorzulegen und Protest mangels Zahlung zu erheben ist (Abs. 5), entspricht der Vorschrift im Artikel 29 Abs. 2 unserer Wechselordnung, wonach vor dem Rückgriff auf Sicherstellung wegen Unsicherheit des Annehmers von diesem Sicherheitsleistung verlangt und über die Erfolglosigkeit des Verlangens Protest erhoben werden muß. Soll auf Grund eines Wechsels, dessen Vorlegung zur Annahme verboten ist, beim Konkurse des Ausstellers Rückgriff genommen werden, so kommt eine Vorlegung zur Zahlung nicht in Frage; hier soll es genügen, wenn der Beschluß über die Eröffnung des Konkursverfahrens beigebracht wird (Abs. 6).

Artikel 44.

Die Vorschriften über die Benachrichtigung der Beteiligten von der Tatsache, daß der Wechsel Not leidet (Notifikation), sind gegenüber dem Artikel 45 unserer Wechselordnung erweitert worden. Da bei Verweigerung der Annahme der Rückgriff auf Zahlung offen steht, ist die Benachrichtigung der Vormänner auch für diesen Fall vorgesehen. Ferner ist in Übereinstimmung mit Wünschen, die aus unseren Handelskreisen geäußert worden sind, daneben die unmittelbare Benachrichtigung des Ausstellers vorgeschrieben und außerdem denen, welche die Nachricht weiterzugeben haben, zur Pflicht gemacht, die Namen und die Adressen derjenigen mitzuteilen, von denen sie ihrerseits Nachricht erhalten haben. Diese Bestimmungen verfolgen den Zweck, den Rückgriffschuldner möglichst rasch darüber zu unterrichten, wo sich der Wechsel befindet, und ihm die Ausübung seines Einlösungsrechts zu ermöglichen. Um auf der anderen Seite den Wechselverkehr nicht mit unnötigen Förmlichkeiten und Kosten zu belasten, sieht Abs. 4 vor, daß die Nachricht in jeder Form gegeben werden kann, auch in der — von den Banken bei uns überwiegend geübten — Art der einfachen Rücksendung des Wechsels selbst. Die Rücksendung des Wechsels ersetzt die im Abs. 2 vorgeschriebene Nachricht in vollem Umfang; einer Mitteilung der Namen und der Adressen derjenigen, die vorher Nachricht gegeben haben, bedarf es in diesem Falle nicht. || Während unser Recht eine Frist von zwei Tagen für die Benachrichtigung gibt, gewährt die Haager Wechselordnung dem Inhaber für die Benachrichtigung seines Vormanns und des Ausstellers eine Frist von vier Werktagen; für die weiteren Mitteilungen soll es bei dem Zeitraum von zwei Tagen bleiben. Für die erste Benachrichtigung wurden von mehreren Vertragsstaaten, insbesondere von Frankreich, nach Lage der dortigen Verhältnisse zwei Tage nicht als aus-

reichend erachtet. || Falls ein Indossant seine Adresse nicht oder in unleserlicher Form angegeben hat, genügt nach Abs. 3 die Benachrichtigung des unmittelbaren Vormanns eines solchen Indossanten. Diese Vorschrift entspricht im allgemeinen dem Artikel 47 unserer Wechselordnung, nur ist durch die Fassung klargestellt, daß auch durch die Benachrichtigung des Indossanten, dessen Adresse nicht angegeben, dem zur Benachrichtigung Verpflichteten aber bekannt ist, die gesetzliche Pflicht erfüllt werden kann. Was als Angabe der Adresse im Sinne dieser Vorschrift anzusehen ist, werden die Gerichte nach den Umständen des Falles zu entscheiden haben. || Nach Artikel 46 unserer Wechselordnung genügt als Nachweis für die Rechtzeitigkeit einer Benachrichtigung der durch ein Postattest geführte Beweis, daß ein Brief von dem Beteiligten an den Adressaten an dem angegebenen Tage abgesandt worden ist, sofern nicht dargetan wird, daß der Brief einen anderen Inhalt hatte. Nach Artikel 44 Abs. 5 der Haager Wechselordnung gilt zwar gleichfalls die Frist als gewahrt, wenn das Benachrichtigungsschreiben innerhalb der Frist zur Post gegeben wird; eine Beweiserleichterung, wie sie die deutsche Wechselordnung gibt, ist dagegen für den zur Benachrichtigung Verpflichteten nicht vorgesehen. Es wird also je nach Lage des Falles zu entscheiden sein, ob aus der nachgewiesenen Tatsache der Absendung eines Briefes die Vermutung zu entnehmen ist, daß er die Benachrichtigung enthielt. Eine wesentliche Erschwerung der Lage des zur Benachrichtigung Verpflichteten wird darin kaum liegen, da bei dem Grundsatz der freien Beweiswürdigung die Entscheidung der Tatfrage der Regel nach wohl zu demselben Ergebnis führen wird wie bisher. || Die Versäumung der Benachrichtigung soll, ebenso wie nach unserem Rechte, das Rückgriffsrecht nicht beseitigen; auch der Anspruch auf Zinsen und Kosten geht, abweichend von Artikel 45 Satz 4 unserer Wechselordnung, nicht verloren. Der zur Benachrichtigung Verpflichtete haftet aber gegebenenfalls für den durch seine Nachlässigkeit entstandenen Schaden, indessen nicht über die Höhe der Wechselsumme hinaus (Abs. 6). || Im Artikel 11 des Abkommens ist den Vertragsstaaten die Befugnis eingeräumt, zu bestimmen, daß die im Abs. 1 des Artikel 44 vorgeschriebene Nachricht von der Verweigerung der Zahlung durch den Protestbeamten gegeben werden kann. Der Vorbehalt soll dem geltenden russischen und französischen Rechte zugute kommen. Der Wechselverpflichtete, der die Nachricht gemäß der Bestimmung eines ausländischen Vertragsstaats durch dessen Protestbeamten erhält, hat sie nach den Vorschriften des Artikel 44 weiter zu geben (vergl. Artikel 76).

Artikel 45.

Der Artikel 45 behandelt die Klausel „ohne Protest“ oder „ohne Kosten“. Er stimmt mit unserem Rechte insofern überein, als er die Beifügung der

Klausel dem Aussteller und dem Indossanten gestattet und ihr die Wirkung beilegt, daß der Inhaber den Rückgriff mangels Annahme oder mangels Zahlung ohne vorherige Protesterhebung nehmen kann (Abs. 1); auch die Vorschrift, daß der Inhaber zur rechtzeitigen Vorlegung des Wechsels und zur Benachrichtigung verpflichtet bleibt, sowie die Regelung der Beweislast (Abs. 2) entspricht dem geltenden Rechte (vergl. Artikel 42 der deutschen Wechselordnung). Dagegen enthalten die Bestimmungen des Abs. 3 Änderungen, die bereits oben (S. 54) erläutert worden sind. || Wie die Fassung des Abs. 1 ergibt, befreit der Vermerk „ohne Protest" oder „ohne Kosten" nicht von der Verpflichtung, einen Protest mangels Datierung (Artikel 24 Abs. 2) oder einen Ausfolgungsprotest (Artikel 65, 67) zu erheben.

Artikel 46.

Die Vorschriften über die Gesamthaftung aller Wechselverpflichteten und über den Sprungrückgriff stimmen mit dem geltenden Rechte überein (Artikel 49, 81 unserer Wechselordnung). Im Abs. 3 ist ausdrücklich hervorgehoben, daß auch der einlösende Rückgriffschuldner das Recht hat, gegen diejenigen, die ihm aus dem Wechsel haften, sprungweise vorzugehen. || Die

Artikel 47, 48

regeln die Rückgriffsrechte des Inhabers und des Rückgriffschuldners, der den Wechsel eingelöst hat, auf der gleichen Grundlage wie die Artikel 50, 51 der Wechselordnung; jedoch finden sich im einzelnen verschiedene Abweichungen. || Die Bemessung der Höhe der Verzugszinsen war auf beiden Konferenzen Gegenstand eingehender Erörterungen. Während nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch der gesetzliche Zinsfuß vier vom Hundert beträgt und für Handelssachen bei der Revision des Handelsgesetzbuchs im Jahre1897 der Zinsfuß von sechs auf fünf vom Hundert herabgesetzt worden ist, gewährt die Wechselordnung noch Zinsen im Betrage von sechs vom Hundert (vergl. Artikel 50 Abs. 1 Nr. 1, Artikel 51 Abs. 1 Nr. 1); bei einem Rückgriff auf einen ausländischen Ort gestattet sie die Berechnung der höheren dort zulässigen Sätze (vergl. Artikel 52). Auf der Konferenz bestand allgemein der Wunsch, eine einheitliche Formel zu finden; die Verschiedenheit der wirtschaftlichen Verhältnisse der beteiligten Staaten bereitete aber hierbei erhebliche Schwierigkeiten. Man einigte sich schließlich dahin, als allgemeinen Satz fünf vom Hundert zu wählen (Artikel 47 Abs. 1 Nr. 2, Artikel 48 Nr. 2), aber jedem Vertragsstaat zu gestatten, für Wechsel, die auf seinem Gebiete sowohl ausgestellt wie zahlbar sind, den Zinsfuß auf sechs vom Hundert festzusetzen (Artikel 12 Abs. 1 des Abkommens). Für die Höhe der Prozeßzinsen soll das Landesrecht maßgebend bleiben (Artikel 12 Abs. 2 Satz 1 des

Abkommens), wodurch selbstverständlich das materielle Recht des Inhabers nicht berührt wird, mindestens die gewöhnlichen Wechselzinsen zu fünf oder sechs vom Hundert zu verlangen; andererseits kann der Rückgriffsberechtigte, der seinem Nachmann höhere Prozeßzinsen hat bezahlen müssen, von seinem Vormann nur die gewöhnlichen Wechselzinsen fordern (Abs. 2 Satz 2). || Auch die Provision, die nach unserem gegenwärtigen Rechte ein Drittel vom Hundert beträgt, ist herabgesetzt worden; sie soll ein Sechstel vom Hundert betragen, sofern nicht durch besondere Vereinbarung unter den Beteiligten ein niedrigerer Satz vereinbart worden ist. || Die neue Regelung der Zins- und Provisionssätze bedeutet zwar ein Entgegenkommen gegenüber anderen Ländern, sie ist aber nach dem Urteil unserer Sachverständigen annehmbar; auch muß anerkannt werden, daß die bisherigen Sätze unserer Wechselordnung, insbesondere der Betrag der Provision, bei einem längeren Rücklauf zu einer starken Belastung der Rückgriffschuldner führen können. || Für die Fälle, in denen der Rückgriffschuldner an einem anderen Orte wohnt als der Rückgriffnehmer, geht unsere Wechselordnung (vergl. Artikel 50 Abs. 2, Artikel 51 Abs. 2) von dem Systeme des sogenannten fingierten Rückwechsels aus, das heißt die Rückgriffsumme muß zu dem Kurse gezahlt werden, den ein vom Zahlungsort oder — bei weiterem Rückgriff — vom Wohnorte des Rückgriffnehmers auf den Wohnort des Schuldners gezogener Sichtwechsel hat. Diese Regelung ist, dem Wunsche unserer Sachverständigen entsprechend, nicht übernommen worden. Auch ohne eine besondere Vorschrift ergibt sich von selbst, daß der Inhaber von dem Rückgriffschuldner einen Betrag verlangen kann, der dem Werte entspricht, den der Inhaber nach dem Inhalt des Wechsels am Zahlungsorte zu verlangen hatte; die Art der Berechnung kann den Handelsgebräuchen überlassen bleiben. Der regelmäßige Verlauf in der Praxis ist der, daß der Rückgriffnehmer den Schuldner, mag er im Inland oder im Ausland wohnen, buchmäßig mit dem Betrage der Rückgriffsumme belastet. Einer Kursberechnung auf der Grundlage des Sichtwechselkurses wird es also im allgemeinen nicht bedürfen, zudem kann sie zu Ungerechtigkeiten führen, da der Kurs der Sichtwechsel von anderen im Verhältnis der Wechselbeteiligten zufälligen Umständen abhängen kann. Im übrigen soll es mangels einer entgegenstehenden Abrede dem Rückgriffnehmer freistehen, seine Rechte im Wege eines wirklich gezogenen Rückwechsels geltend zu machen (Artikel 51 der Haager Wechselordnung). || In den Fällen, in denen der Wechsel ein Zinsversprechen enthält, werden beim Rückgriff die versprochenen Zinsen der Wechselsumme zugerechnet (Artikel 47 Abs. 1 Nr. 1). Daraus folgt namentlich, daß die vom Verfalltag an laufenden gesetzlichen Zinsen (Nr. 2) von der Wechselsumme zuzüglich der im Wechsel ausbedungenen Zinsen zu zahlen sind. || Der

Artikel 47 Abs. 2 ist mit Rücksicht auf den Zahlungsrückgriff vor Verfall neu eingefügt. Die Regelung der Höhe der Zwischenzinsen (Diskont), die hierbei in Abzug zu bringen sind, entspricht den deutschen Vorschlägen, die davon ausgehen, daß eine Schädigung des Wechselinhabers vermieden werden muß, wenn man nicht dem Zahlungsrückgriff vor Verfall einen Teil seiner Bedeutung nehmen will. Der Wechselinhaber soll daher die Wahl haben, ob er die Zwischenzinsen nach dem öffentlich bekanntgemachten Satze der Zentralnotenbank oder nach dem Marktsatz abziehen will. Bei Wechseln mit Zinsversprechen werden gemäß Artikel 47 Abs. 1 Nr. 1 zunächst die Zinsen bis zum Verfalltag der Wechselsumme hinzuzurechnen und von dem sich so ergebenden Betrage gemäß Artikel 47 Abs. 2 Zwischenzinsen abzuziehen sein. || Die Provision soll bei Zinswechseln von der Hauptsumme des Wechsels, also unter Ausschluß der Zinsen, berechnet werden (Artikel 47 Nr. 4). Daß nach Artikel 48 Nr. 4 auch bei dem weiteren Rückgriff des Einlösenden die Provision von der Hauptsumme des Wechsels, nicht von der Summe, die der Einlösende gezahlt hat (Artikel 48 Nr. 1), zu berechnen ist, entspricht zwar nicht dem Wortlaut unserer Wechselordnung, wohl aber der Praxis. || Nach

Artikel 49

oll jeder, gegen den Rückgriff genommen wird oder gegen den die Voraussetzungen hierfür vorliegen, verlangen können, daß ihm gegen Entrichtung der Rückgriffsumme der Wechsel mit dem Protest und einer quittierten Rechnung ausgeliefert wird (vergl. Artikel 48, 54 unserer Wechselordnung). Daß die Quittung nicht auf dem Wechsel selbst, sondern nebenher gegeben wird, empfiehlt sich für die Fälle, in denen der Einlösende weiter Rückgriff nehmen will. Die Vorschrift des Abs. 2 entspricht dem geltenden Rechte (Artikel 55). || Daß der Annehmer berechtigt ist, Zahlung anzubieten und dafür die Herausgabe des Wechsels und des Protestes zu verlangen, ergibt sich aus seiner Stellung als Hauptschuldner; er kann nach Artikel 38 Abs. 1 eine Quittung auf dem Wechsel verlangen.

Artikel 50.

Ist ein Wechsel nur teilweise angenommen und zahlt ein Rückgriffschuldner den nicht angenommenen Teil der Wechselsumme, so kann er nach Artikel 50, damit er nicht doppelt in Anspruch genommen wird, verlangen, daß seine Zahlung auf dem Wechsel vermerkt und ihm darüber Quittung gegeben wird. Der Wechsel selbst muß in den Händen des Inhabers verbleiben, der ihn weiter begeben oder bei Verfall vorlegen wird. Um aber dem zuerst in Anspruch genommenen Schuldner den weiteren Rückgriff auf Zahlung zu ermöglichen, muß der Inhaber ihm eine beglaubigte Abschrift

des Wechsels und den Protest ausliefern. Sofern nach den landesgesetzlichen Vorschriften die Protesturkunde in diesem Falle eine Abschrift des Wechsels enthält, wird es einer weiteren Abschrift nicht bedürfen, der Rückgriff vielmehr, wie bisher nach Artikel 26 unserer Wechselordnung, allein auf Grund des Protestes genommen werden können.

Artikel 51.

Der Rückwechsel ist in sachlicher Übereinstimmung mit dem geltenden Rechte (Artikel 53 unserer Wechselordnung) geregelt. Hinzugefügt ist, daß das Recht, einen Rückwechsel zu ziehen, durch einen Vermerk im Wechsel ausgeschlossen werden kann. Die Vorschriften des Abs. 3 über die Kursberechnung entsprechen den bisher für den sogenannten fingierten Rückwechsel gegebenen Vorschriften (Artikel 50 Abs. 2, Artikel 51 Abs. 2 unserer Wechselordnung). In welcher Weise dem Rückgriffschuldner gegenüber der Kurs nachzuweisen ist (vergl. Artikel 50 Abs. 2 Satz 3 unserer Wechselordnung) wird in der Haager Wechselordnung nicht bestimmt. Eine einheitliche Norm wäre bei der Verschiedenartigkeit der für die Kursfeststellung maßgebenden Handelsgebräuche schwer zu finden gewesen; sie erschien aber auch im Hinblick auf diese Gebräuche als entbehrlich.

Artikel 52.

In Artikel 52 sind die Hauptfälle zusammengestellt, in denen die Versäumung einer wechselrechtlich vorgeschriebenen Handlung den Verlust des Rückgriffs nach sich zieht (vergl. Artikel 19, Artikel 20 Abs. 1, Artikel 24 Abs. 2, Artikel 31, 41, 44 unserer Wechselordnung). Die Wirkungen der Versäumung des Protestes wegen unterbliebener Datierung der Annahmeerklärung sowie die Folgen einer versäumten Vorlegung oder Protestierung bei Notadressen und Ehrenannehmern sind als Sonderfälle in den Artikeln 24 und 59 geregelt. || Für die Fälle, in denen die gesetzlichen oder im Wechsel bestimmten Fristen für die Vorlegung eines Sicht- oder Nachsichtwechsels (Artikel 22, 33), die gesetzlichen Fristen für die Erhebung des Protestes mangels Annahme oder mangels Zahlung (Artikel 43 Abs. 2, 3; Abkommen Artikel 10) oder für die Vorlegung zur Zahlung im Falle des Protesterlasses (Artikel 45 Abs. 2) versäumt worden sind, ist im Anschluß an das geltende Recht der unbedingte Verlust der Rückgriffrechte vorgeschrieben (Abs. 1). Der Abs. 2 bezieht sich auf Wechsel, in denen die Vorlegung zur Annahme bestimmter Frist im Wechsel vorgeschrieben worden ist (Artikel 21 Abs. 1, 4, vergl. oben S. 68 ff.). Auch hier soll grundsätzlich, entsprechend dem Artikel 24 Abs. 2 unserer Wechselordnung, bei Versäumung der Frist der Rückgriff verloren gehen. Um jedoch den Wünschen anderer Vertragsstaaten entgegen-

zukommen, die in solchen Fällen nur den Rückgriff mangels Annahme, dagegen nicht den Rückgriff mangels Zahlung ausschließen wollten, ist vorgesehen, daß der Inhaber nur den Rückgriff mangels Annahme verliert, sofern aus dem Wortlaut des Vermerkes klar hervorgeht, daß nur die Haftung für die Annahme, nicht auch die für die Zahlung von der rechtzeitigen Vorlegung abhängig gemacht werden sollte. Als Beispiel einer solchen — in der Praxis bei uns nicht üblichen und wohl auch künftig nur selten zu erwartenden — Klausel hat die Konferenz angenommen: „ohne Haftung für die Annahme, falls der Wechsel nicht binnen einem Monat zur Annahme vorgelegt wird". Es unterliegt keinem Bedenken, in solchen Fällen, in denen der Schuldner selbst erklärt hat, daß er bei Versäumung seines Annahmegebots nur die Folgen für die Verweigerung der Annahme ablehne, auch die Wirkung des Vermerkes entsprechend zu beschränken. || Ist die Fristbestimmung für die Vorlegung eines Wechsels von einem Indossanten ausgegangen, so finden die Vorschriften der Abs. 1, 2 mit der Maßgabe Anwendung, daß der Rückgriff nur ihm gegenüber verloren geht.

Artikel 53.

Die Art wie die Haager Wechselordnung die höhere Gewalt berücksichtigt, ist im allgemeinen schon oben (S. 50 ff.) dargelegt. Im Abs. 1 des Artikel 53 ist zunächst ausgesprochen, daß die höhere Gewalt die Fristen verlängert. Der Ablauf der Frist bewirkt also nicht den Verlust der wechselmäßigen Rechte, vielmehr bleiben sie dem Inhaber erhalten, der nur die Verpflichtung hat, die versäumte Handlung nach Wegfall der höheren Gewalt unverzüglich nachzuholen (Abs. 3). In zwei Gruppen von Fällen läßt der Artikel aber nicht nur eine Verlängerung der Fristen, sondern auch den Rückgriff ohne Vornahme der durch höhere Gewalt verhinderten Handlung zu, wenn nämlich die höhere Gewalt länger als dreißig Tage nach Verfall oder bei Sicht- oder Nachsichtwechseln länger als dreißig Tage nach der in den Abs. 2, 5 vorgesehenen Benachrichtigung des Vormanns gedauert hat. Die dreißigtägige Wartefrist verfolgt, wie bereits oben angedeutet, den Zweck, zwischen den widerstreitenden Interessen des Inhabers und der Rückgriffschuldner zu vermitteln und einer gütlichen Einigung während dieser Zeit den Weg zu ebnen; dem gleichen Zwecke dient die Benachrichtigung der Vormänner. Der Beginn der Wartefrist ist regelmäßig der Verfalltag. Bei Sicht- und Nachsichtwechseln würde es aber mit Rücksicht auf die langen hier in Betracht kommenden Vorlegungsfristen nicht zu einem befriedigenden Ergebnis führen, wenn man dem Inhaber nur dann zu einer Benachrichtigung und demnächst zum Rückgriff das Recht gäbe, wenn die höhere Gewalt bis zum Ablauf der gesetzlichen oder im Wechsel bestimmten

Vorlegungsfrist andauert. Man muß vielmehr davon ausgehen, daß bei einem Sicht- oder Nachsichtwechsel der Inhaber zur sofortigen Vorlegung berechtigt ist und daß ihm die Ausübung dieses Rechtes nicht durch höhere Gewalt auf lange Zeit genommen werden soll. Wirtschaftlich ist ein Wechsel, der von New York auf Berlin gezogen wird und auf einen Tag nach Sicht lautet, einem Wechsel gleichzustellen, der zehn Tage nach der Ausstellung fällig wird. Für die Berechnung der Wartefrist muß daher hier an die Stelle des Verfalltags ein anderer Termin treten, nämlich der Tag, an dem der Wechsel ohne die höhere Gewalt hätte vorgelegt werden können. Abs. 5 gestattet demnach dem Inhaber eines Sicht- oder Nachsichtwechsels, falls höhere Gewalt eintritt, schon während des Laufes der Vorlegungsfrist seinen Vormann zu benachrichtigen; sind mehr als dreißig Tage seit der Benachrichtigung verflossen, so soll der Rückgriff eröffnet werden. Von deutscher Seite war auf der Konferenz angeregt worden, nähere Bestimmungen darüber zu treffen, welcher Tag in diesen Fällen als der Tag der Vorlegung des Wechsels anzusehen ist, um so der Berechnung der Rückgriffsumme und der Verzugszinsen eine feste Grundlage zu geben. Man erachtete jedoch die vorgeschlagene Regelung für zu umständlich und war der Meinung, daß diese Frage der Rechtsprechung überlassen bleiben könne. || Sofern bei Wechseln mit bestimmtem Verfalltag infolge einer höheren Gewalt die Innehaltung einer gemäß Artikel 21 Abs. 1, 4 bestimmten Frist für die Vorlegung zur Annahme verhindert wird, soll es für die Fälle, in denen die höhere Gewalt vor dem Verfalltag aufhört, bei der Verlängerung der Fristen sein Bewenden haben. Man hielt es nicht für nötig, auch in diesen Fällen einen Rückgriff vor Verfall auf Grund der Fiktion, daß die Annahme verweigert ist, zu öffnen, war vielmehr der Meinung, daß es genüge, wenn der Rückgriff dreißig Tage nach dem Verfalltag zulässig wird. || Die Frage, ob höhere Gewalt vorliegt, ist eine Tatfrage, deren Entscheidung den Gerichten überlassen bleiben muß. Der Artikel 53 schreibt hierzu im Abs. 6 lediglich vor, daß Tatsachen, die rein persönlich den Inhaber oder denjenigen betreffen, den er beauftragt hat, den Wechsel vorzulegen oder Protest zu erheben, nicht als Fälle höherer Gewalt gelten. Maßgebend hierfür war die Erwägung, daß eine Berücksichtigung der höheren Gewalt nur in engen Grenzen zulässig erscheint, wenn man nicht die Grundlagen des auf der Formenstrenge beruhenden Wechselrechts erschüttern will. Die Tatsache eines weite Kreise treffenden öffentlichen Notstandes oder eines viele Menschenleben vernichtenden Unglücksfalls bereitet weniger Beweisschwierigkeiten als ein persönlicher Unglücks- oder Krankheitsfall; auch ist die Möglichkeit, daß zu Unrecht das Bestehen einer höheren Gewalt behauptet wird, damit wesentlich erschwert. Unerheblich ist es, ob das Ereignis an dem Orte eintritt, wo

die wechselmäßige Handlung vorzunehmen ist oder dort, wo der Inhaber des Wechsels sich befindet, oder ob es den Verkehr zwischen beiden Orten gestört hat. Alle diese Fälle können dem Gericht Anlaß geben, eine höhere Gewalt als vorliegend anzusehen. Auch die von einem Staate aus besonderem Anlaß angeordneten Moratorien können, wenngleich die Frage ihrer Wirksamkeit in dem Abkommen und der Wechselordnung nicht geregelt ist, den Gerichten möglicherweise einen Anhaltspunkt dafür bieten, daß tatsächlich Umstände vorliegen, die als höhere Gewalt anzusehen sind. Die Frage, inwieweit Feststellungen und Urteile der Gerichte des einen Staates über das Vorliegen höherer Gewalt in den anderen Staaten Geltung haben, richtet sich nach den allgemeinen Regeln des internationalen Rechtes und den etwa bestehenden besonderen Abkommen.

Achtes Kapitel.

Ehreneintritt.

Im achten Kapitel sind unter der Überschrift Ehreneintritt die Vorschriften über Ehrenannahme und Ehrenzahlung zusammengestellt. Artikel 54 enthält die für beide geltenden allgemeinen Regeln; in den Artikeln 55 bis 57 ist die Ehrenannahme, in den Artikeln 58 bis 62 die Ehrenzahlung besonders behandelt.

Artikel 54.

Abs. 1 bestimmt, wer eine Notadresse auf den Wechsel setzen darf, Abs. 2 entscheidet, für wen eine Ehrenannahme oder Ehrenzahlung erfolgen, und Abs. 3, wer sie vornehmen kann. Die Vorschriften entsprechen dem geltenden Rechtszustande. In Erledigung einer für unser Recht streitigen Frage stellt Abs. 2 klar, daß ein Ehreneintritt nicht nur zugunsten von Rückgriffschuldnern, sondern auch zugunsten des Annehmers stattfinden kann. || Nach Abs. 4 ist derjenige, der zu Ehren annimmt oder zahlt, verpflichtet, den Wechselverpflichteten, für den er eintritt (den Honoraten), unverzüglich hiervon zu benachrichtigen. Daß die Vorschrift auch für den Fall der Ehrenzahlung gilt, entspricht dem Wunsche unserer Sachverständigen. Eine Folge ist an die Versäumung der Benachrichtigung nicht geknüpft; es wird daher gegebenenfalls nach allgemeinen Grundsätzen Schadenersatz zu leisten sein.

I. Ehrenannahme.

Artikel 55.

Die Ehrenannahme findet statt, sobald die Voraussetzungen eines Rückgriffs vor Verfall gegeben sind (vergl. Artikel 29 Abs. 2 Satz 1, Artikel 56

unserer Wechselordnung). Daß bei einem Wechsel, dessen Vorlegung zur Annahme verboten ist, keine Ehrenannahme zugelassen werden kann, folgt aus der Natur dieser Wechsel. || Wie bereits oben (S. 90) erwähnt, ist mit Rücksicht auf die Zulassung des Rückgriffs vor Verfall dem Inhaber die Zurückweisung der Ehrenannahme in allen Fällen, auch wenn sie von einer Notadresse angeboten wird, gestattet. Man kann, wie dies auch von den Sachverständigen anerkannt worden ist, dem Wechselinhaber nicht zumuten, sich statt sofortigen Rückgriffs auf Zahlung mit der Annahmeerklärung einer vielleicht unsicheren Notadresse zu begnügen. || Der Wechselinhaber, der eine Ehrenannahme zuläßt, verliert, wie Artikel 55 Abs. 3 bestimmt, das Recht, vor Verfall gegen seine Vormänner Rückgriff zu nehmen. Daß auch die Nachmänner des Honoraten nach der Ehrenannahme kein Recht auf Rückgriff vor Verfall haben (vergl. Artikel 61 unserer Wechselordnung), ergibt sich daraus, daß ihnen nach der Ehrenannahme kein Einlösungsrecht zusteht (Artikel 57 Abs. 2).

Artikel 56.

Im Gegensatze zu unserer Wechselordnung (Artikel 58 Satz 1) soll es nicht mehr nötig sein, daß die Ehrenannahme in einem Anhang des Protestes vermerkt wird; vielmehr ist nur vorgeschrieben, daß die Annahme auf dem Wechsel zu vermerken und vom Ehrenannehmer zu unterschreiben ist (Artikel 56 Satz 1). Diese Änderung entspricht dem Wunsche unserer Sachverständigen, welche die bisherige übrigens von der Praxis wenig beachtete Vorschrift für überflüssig erklärten.

Artikel 57.

Wer zu Ehren annimmt, haftet nach Artikel 57 in der gleichen Weise wie der Honorat (vergl. Artikel 60 unserer Wechselordnung). Aus dieser Vorschrift ist insbesondere zu entnehmen, daß seine Haftung erlischt, wenn der Inhaber die ihm nach Artikel 59 obliegenden Verpflichtungen versäumt und infolgedessen der Honorat nicht mehr haftet. || Gegenwärtig behalten der Honorat und seine Vormänner trotz der Ehrenannahme das Recht des Rückgriffs auf Sicherstellung (Artikel 61 Satz 2 unserer Wechselordnung). Dieses Recht mußte wegfallen, weil der Sicherheitsrückgriff überhaupt beseitigt worden ist. Der Artikel 57 Abs. 2 eröffnet aber dem Honoraten und seinen Vormännern die Möglichkeit, den Wechsel einzulösen und sodann den Rückgriff auf Zahlung zu nehmen. Maßgebend hierfür war die Erwägung, daß der Wechsel diesen Personen gegenüber, da ihnen keine Ansprüche gegen den Ehrenannehmer zustehen, trotz der Ehrenannahme notleidend bleibt, und daß sie daher in die Lage versetzt werden müssen, ihre Rechte zu wahren.

II. Ehrenzahlung.

Artikel 58.

Nach Artikel 58 Abs. 1 kann eine Ehrenzahlung nicht nur stattfinden, wenn die Voraussetzungen für den Rückgriff bei Verfall gegeben sind (vergl. Artikel 62 unserer Wechselordnung), sondern auch dann, wenn ein Rückgriff vor Verfall eröffnet ist. Dies ist eine Folge der anderweitigen Gestaltung des Rückgriffs mangels Annahme oder wegen Unsicherheit. || Die Vorschrift des Abs. 2, daß die Ehrenzahlung spätestens am Tage nach Ablauf der Frist für die Erhebung des Protestes mangels Zahlung, also am dritten Werktag nach dem Zahlungstag erfolgen muß, entspricht dem bei uns seit dem Wechselprotestgesetze von 1908 geltenden Rechtszustande. Da die Erhebung des Protestes mangels Annahme und damit die Eröffnung des Rückgriffs vor Verfall lange Zeit vor Ablauf der durch den Protest mangels Zahlung gegebenen Frist stattfinden kann, wird der für eine Ehrenzahlung zugelassene Zeitraum unter Umständen von erheblicher Ausdehnung sein. Indessen versteht es sich von selbst, daß eine Ehrenzahlung nicht mehr stattfinden kann, wenn der Wechsel sich nicht mehr in der Hand des Inhabers befindet, sondern bereits rückläufig geworden ist.

Artikel 59.

Die Vorschriften über die Verpflichtung des Inhabers zur Vorlegung und Protestierung des Wechsels bei Notadressen und Ehrenannehmern stimmen im allgemeinen mit Artikel 62 Satz 1, 2 unserer Wechselordnung überein. Die Pflicht zur Vorlegung besteht nur am Zahlungsort, also nur dann, wenn die Notadresse oder die Ehrenannahme ausdrücklich auf den Zahlungsort lautet oder wenn kein anderer Ort dabei angegeben ist; diese Regelung entspricht dem bei uns geltenden Rechte. Gleichfalls in Übereinstimmung mit unserem Rechte wird eine Notadresse auch dann zu berücksichtigen sein, wenn sie auf einer Abschrift steht (Artikel 66 Abs. 3). || Der Fall, daß es wegen eines Vermerkes „ohne Kosten“ oder „ohne Protest“ keiner Protesterhebung bedarf, ist nicht besonders hervorgehoben. Seine Regelung folgt aus den Vorschriften des Artikel 45; es bedarf in einem solchen Falle nur der Vorlegung, und die Säumnisfolgen treten ein, wenn diese unterlassen ist.

Artikel 60.

Die Vorschrift des Abs. 1, wonach die Ehrenzahlung die volle Summe umfassen muß, die der Honorat hätte zahlen müssen, der Ehrenzahler jedoch keine Provision zu zahlen braucht, ist neu, stimmt aber mit der Auslegung

überein, die unsere Wechselordnung gefunden hat. Zur Annahme von Ehren-Teilzahlungen ist demnach der Inhaber nicht verpflichtet. || Die Vorschrift des Abs. 2 über die Wirkung der Zurückweisung einer Ehrenzahlung hat nur für den Fall Bedeutung, daß eine nicht auf dem Wechsel benannte Person die Ehrenzahlung anbietet; sie entspricht dem Artikel 62 Satz 3 unserer Wechselordnung. Der Honorat bleibt in diesem Falle haftbar, weil er durch die Ehrenzahlung nicht befreit worden wäre (Artikel 62 Satz 1). Wird eine vollständige Ehrenzahlung zurückgewiesen, die von einer Notadresse oder von einem Ehrenannehmer angeboten wird, so folgt bereits aus Artikel 59, daß der Honorat oder Adressant und ihre Nachmänner frei werden (ebenso Artikel 62 Satz 2 unserer Wechselordnung); denn in diesem Falle kann die Verweigerung der Ehrenzahlung nicht festgestellt werden.

Artikel 61.

Bei der Ehrenzahlung schreibt das neue Recht ebensowenig wie bei der Ehrenannahme (Artikel 56) vor, daß sie im Proteste beurkundet werden soll; es bestimmt nur, daß die Quittung auf dem Wechsel auszustellen ist. Schon nach der für unser geltendes Recht herrschenden Auffassung war eine Beurkundung im Proteste (vergl. Artikel 62 Satz 1 und Artikel 88 Nr. 4 unserer Wechselordnung) nicht als unbedingt notwendig anzusehen, und die Sachverständigen haben sich gegen das Erfordernis einer solchen Beurkundung ausgesprochen. Im Einklang mit der für die Ehrenannahme geltenden Vorschrift (Artikel 59 unserer Wechselordnung, Artikel 56 Satz 2 der Haager Wechselordnung) soll die Zahlung als zu Ehren des Ausstellers erfolgt gelten, wenn der Honorat in der Quittung nicht angegeben ist; auch dies entspricht dem Wunsche unserer Sachverständigen.

Artikel 62.

Die Rechte, die der Ehrenzahler durch die Ehrenzahlung erwirbt, sind in den Abs. 1, 2 geregelt (vergl. Artikel 63 Satz 2 unserer Wechselordnung). Daß der Ehrenzahler als solcher nicht in der Lage ist, den Wechsel weiter zu indossieren, entspricht dem bei uns geltenden Rechtszustande. || Die Vorschrift, die Abs. 3 für den Fall gibt, daß sich mehrere zur Ehrenzahlung erbieten, stimmt im wesentlichen mit dem Artikel 64 unserer Wechselordnung überein. Grundsätzlich ist diejenige Ehrenzahlung vorzuziehen, durch welche die meisten Wechselverpflichteten befreit wurden. Wer trotz der Kenntnis eines anderen, weiterwirkenden Angebots eine Ehrenzahlung leistet, verliert den Rückgriff gegen diejenigen Wechselverpflichteten, die sonst befreit worden wären. Ob er die Kenntnis durch den Wechsel oder den Protest erlangt hat (nur diese Fälle berücksichtigt Artikel 64 unserer

Wechselordnung) oder auf andere Weise, ist nach der Haager Wechselordnung unerheblich. || Nach Artikel 65 unserer Wechselordnung kann der Ehrenannehmer, der nicht zur Zahlungsleistung gelangt, weil der Bezogene oder ein anderer Intervenient bezahlt hat, von dem Zahlenden eine Provision von ein drittel Prozent verlangen. Diese Vorschrift hat keine praktische Bedeutung und ihre Beseitigung ist von den deutschen Sachverständigen empfohlen worden; dementsprechend hat die Haager Wechselordnung sie nicht aufgenommen.

Neuntes Kapitel.

Vervielfältigung und Abschriften.

I. Vervielfältigung.

Artikel 63 bis 65.

Die Vorschriften geben im allgemeinen den Inhalt der Artikel 66 bis 69 unserer Wechselordnung mit einigen Ergänzungen wieder. Eine sachliche Abweichung liegt darin, daß der Inhaber nicht berechtigt ist, die Übergabe mehrerer Exemplare zu verlangen, wenn der Wechsel selbst angibt, daß er in einem einzigen Exemplare gezogen ist (Artikel 63 Abs. 3 Satz 1).

II. Abschriften.

Artikel 66, 67.

Die Artikel 66, 67 entsprechen den Artikeln 70 bis 72 unserer Wechselordnung. Artikel 66 Abs. 3 hebt hervor, daß auch die Abschrift mit einer Bürgschaftserklärung versehen werden kann.

Zehntes Kapitel.

Fälschung und Änderungen.

Artikel 68, 69.

Die Vorschrift des Artikel 68, wonach durch die Fälschung einer Unterschrift die Gültigkeit der anderen Unterschriften nicht berührt wird, schließt sich an die Bestimmungen der Artikel 75, 76 unserer Wechselordnung an. Der Artikel 69 behandelt die bisher im Gesetze nicht gelöste Frage, in welcher Weise die Wechselverpflichteten haften, wenn der Text eines Wechsels gefälscht oder sonst geändert wird. Wer den Wechsel vor der Änderung gezeichnet hat, soll nach dem ursprünglichen Texte haften, wobei vorausgesetzt ist, daß sich der ursprüngliche Text noch aus dem Wechsel ersehen läßt (vergl. Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen Bd. 54 S. 386 ff.). Wer den Wechsel nach der Änderung unterzeichnet hat, soll dagegen nach dem geänderten Texte haften. Diese Lösung steht mit den von der Rechtsprechung des Reichsgerichts entwickelten Grundsätzen in Einklang.

Elftes Kapitel.

Verjährung.

Artikel 70, 71.

Die Festsetzung einer dreijährigen Verjährungsfrist gegenüber dem Annehmer (Artikel 70 Abs. 1) entspricht dem geltenden Rechte. || Die Ansprüche gegen die Rückgriffschuldner verjähren nach unserer Wechselordnung in drei, sechs oder achtzehn Monaten, je nachdem der Rückgriff von Europa aus, von den Küstenländern Asiens und Afrikas längs des Mittelländischen oder des Schwarzen Meeres oder von einem sonstigen außereuropäischen Orte aus genommen wird. Die Haager Wechselordnung hat, wie schon erwähnt (S. 52), diese nach Zonen bemessenen Fristen, die für eine internationale Regelung nicht passen, beseitigt und statt dessen für die Rückgriffsansprüche des Inhabers eine Frist von einem Jahre, für die der Indossanten eine solche von sechs Monaten vorgesehen. Die Unterscheidung zwischen der für den Inhaber und der für die Indossanten maßgebenden Frist stimmt mit dem russischen Rechte überein; die Erstreckung der ersteren Frist auf ein Jahr bedeutet ein Entgegenkommen gegen Frankreich, wo sich die beteiligten Kreise mit Entschiedenheit gegen die im Vorentwurfe von 1910 vorgeschlagene sechsmonatige Frist erklärt hatten, die man allgemein als zu kurz bezeichnete. || Als Ausgangspunkt für den Beginn der Verjährung der Rückgriffsansprüche, die den Indossanten gegeneinander oder gegen den Aussteller zustehen, bezeichnet der Artikel 70 Abs. 3 den Zeitpunkt, in dem der Wechsel vom Indossanten eingelöst oder ihm gegenüber gerichtlich geltend gemacht worden ist. Damit wird das gegenwärtige Recht aufrechterhalten (vergl. Artikel 79 Abs. 2 der deutschen Wechselordnung). Der entscheidende Zeitpunkt ist nach dem deutschen Prozeßrecht die Zustellung, nicht die Einreichung der Klage. Daß im übrigen auch die mündliche Erhebung der Klage und die gemäß § 209 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs der Klageerhebung gleichstehenden Handlungen die Verjährung in Lauf setzen, ergibt sich daraus, daß allgemein von einer gerichtlichen Geltendmachung gesprochen wird. Ebenso kann jeder andere Vertragsstaat nach dieser Richtung hin der Klage andere gerichtliche Handlungen gleichstellen. Inwieweit die gerichtliche Geltendmachung in einem Vertragsstaat von den übrigen Staaten als Beginn der Verjährung anzuerkennen ist, bleibt nach Artikel 16 Abs. 2 Satz 2 des Abkommens der Entschließung dieser Staaten vorbehalten. || Eine einheitliche Regelung der Gründe, welche die Verjährung unterbrechen und hemmen, hat sich wegen des Zusammenhanges mit anderen Rechtsgebieten als untunlich erwiesen; die Festsetzung ist daher dem Landesrechte vorbehalten worden (Artikel 16 Abs. 1 des Abkommens). Dabei haben sich die Vertragsstaaten die Regelung der

Kollisionsnormen in Ansehung der landesrechtlichen Unterbrechungs- und Hemmungsgründe gleichfalls vorbehalten (Abs. 2 daselbst). || Die Vorschrift des Artikel 71 Abs. 2, wonach die Unterbrechung nur gegen denjenigen wirkt, in Ansehung dessen das unterbrechende Ereignis eingetreten ist, entspricht dem § 425 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Zwölftes Kapitel.

Allgemeine Vorschriften.

Artikel 72, 73.

Das zwölfte Kapitel enthält Vorschriften über Feiertage und Fristberechnung sowie über die Abschaffung der sogenannten Respekttage; es gibt im allgemeinen das bei uns geltende Recht wieder (vergl. Artikel 92 Abs. 1, Artikel 32 Abs. 1 Nr. 1 Halbsatz 2 und Artikel 33 unserer Wechselordnung, § 187 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs). Welche Tage gesetzliche Feiertage sind, hat das Landesrecht zu bestimmen. Selbstverständlich gehören für die christlichen Länder auch die Sonntage dazu. Nach Artikel 17 des Abkommens kann ferner jeder Vertragsstaat Bestimmungen treffen, wonach gewisse Tage, wenn sie auch im allgemeinen nicht als Feiertage gelten, hinsichtlich der wechselrechtlich vorzunehmenden Handlungen den gesetzlichen Feiertagen gleichgestellt werden. Gemäß Artikel 24 Abs. 3 des Abkommens soll von jedem Vertragsstaat ein Verzeichnis der in seinem Gebiet eingeführten Feiertage und der ihnen gemäß Artikel 17 des Abkommens gleichgestellten Tage der Niederländischen Regierung mitgeteilt und durch diese zur allgemeinen Kenntnis gebracht werden.

Dreizehntes Kapitel.

Geltungsbereich der Gesetze.

Da die Haager Wechselordnung bestimmt ist, in den einzelnen Vertragsstaaten als Landesgesetz eingeführt zu werden, so ist zwischen den Vertragsstaaten für Kollisionsnormen nur insoweit Raum gelassen, als ihnen gestattet ist, von den Vorschriften des vereinbarten Rechtes abzuweichen, wie bei der Form gewisser Wechselerklärungen, oder als die neue Ordnung einen das Wechselrecht berührenden Gegenstand ungeregelt läßt, wie die Wechselfähigkeit oder die Form des Protestes. Das dreizehnte Kapitel enthält Regeln, die sich auf derartige Abweichungen oder Ergänzungen beziehen. Diese Regeln sind aber an sich auch auf Kollisionen mit den Gesetzen solcher Staaten, die dem Abkommen ferngeblieben sind, anwendbar. || Immerhin besteht zwischen den Kollisionsnormen für das Vertragsinland und denjenigen für das Vertragsausland ein erheblicher Unterschied. Für das Vertragsinland sind diese Normen durch das dreizehnte Kapitel allgemein

festgelegt; dagegen ist dem Vertragsausland gegenüber durch den Artikel 20 des Abkommens die Möglichkeit gegeben, sie nach dem Belieben des einzelnen Vertragsstaats abzuändern. Der Unterschied findet seine Begründung darin, daß es unbillig wäre, wenn die Vertragsstaaten sich untereinander verpflichten wollten, im Wechselverkehre mit einem dritten Staate zugunsten seiner Gesetze Kollisionsnormen anzuwenden, zu deren Anwendung im umgekehrt liegenden Falle der dritte Staat nicht verpflichtet sein würde; eine solche Bindung würde dem für völkerrechtliche Beziehungen maßgebenden Grundsatz der Gegenseitigkeit widersprechen. Demgemäß ist im Artikel 20 des Abkommens jedem Vertragsstaat die Befugnis vorbehalten worden, die Normen des dreizehnten Kapitels nicht anzuwenden, soweit es sich um eine außerhalb des Gebiets der Vertragsstaaten eingegangene Wechselverpflichtung oder um die Anwendung eines Gesetzes handelt, das nicht das Gesetz eines Vertragsstaats ist. || Die Haager Wechselordnung regelt im dreizehnten Kapitel den Geltungsbereich der Vorschriften über die Wechselfähigkeit (Artikel 74), über die Form der Wechselerklärungen (Artikel 75) sowie über die Form und die Frist des Protestes und die Form der übrigen mit dem Wechsel vorzunehmenden Handlungen (Artikel 76); im wesentlichen entsprechen diese Bestimmungen dem in Deutschland geltenden Rechtszustande. Daneben enthält aber auch das Abkommen eine Reihe von Kollisionsnormen (Artikel 4 Abs. 2, Artikel 6 Abs. 2, Artikel 8 Abs. 2, Artikel 9 Abs. 2, Artikel 12 Abs. 1 Satz 2); sie bestimmen den Geltungsbereich der Landesgesetze, die auf Grund der angeführten Artikel in Abänderung oder Ergänzung der Wechselordnung erlassen werden. Diese Kollisionsnormen sind zugleich mit den Vorbehalten, auf die sie sich beziehen, im Anschluß an die entsprechenden Artikel der Wechselordnung erörtert worden. Sie finden ihrer Natur nach zunächst nur auf das Verhältnis der Vertragsstaaten untereinander Anwendung; würden aber, als allgemeine landesrechtliche Normen eingeführt, auch gegenüber den Nichtvertragsstaaten Geltung erlangen; im Artikel 20 des Abkommens ist deshalb ausdrücklich bestimmt, daß die Vertragsstaaten in der Anwendung dieser Normen auf Gesetze des Vertragsauslandes ebenso frei sind wie in der Anwendung der Artikel 74 bis 76 der Wechselordnung.

Artikel 74.

Nach Artikel 74 sind regelmäßig für die Beurteilung der Wechselfähigkeit die Gesetze des Staates maßgebend, dem der sich Verpflichtende angehört. Diese Vorschrift entspricht dem Artikel 84 Satz 1 der deutschen Wechselordnung. || Von der Hauptregel macht indes die Haager Wechselordnung zwei Ausnahmen. Einmal tritt an die Stelle des Heimatsrechts ein anderes

Recht, wenn das Heimatsrecht ausdrücklich auf dieses Recht verweist; sodann tritt das Heimatsrecht zugunsten der Wechselfähigkeit zurück, wenn diese nach den Gesetzen des Ortes besteht, wo die Verpflichtung übernommen wird. Diese Ausnahmen entsprechen insofern den geltenden deutschen Kollisionsnormen, als sie Vorschriften zu allgemeiner Geltung bringen, die nach unserem Rechte auf die Fälle beschränkt sind, wo das ausnahmsweise anzuwendende Gesetz das deutsche ist. Die erste Vorschrift ist durch Artikel 27 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch in Verbindung mit Artikel 7 Abs. 1 daselbst und Artikel 1 der Wechselordnung, die zweite durch Artikel 84 Satz 2 der Wechselordnung anerkannt. Die Beschränkung mußte naturgemäß wegfallen, sobald durch das Vertragsverhältnis mit den am Haager Abkommen beteiligten Staaten die Gegenseitigkeit gesichert war. || Für die zweite Vorschrift ist allerdings nicht zu verkennen, daß ihre allgemeine Geltung zur Gefährdung berechtigter Interessen eines Vertragsstaats führen könnte. Hat ein solcher aus Gründen des öffentlichen Wohles einer bestimmten Klasse seiner Angehörigen die Wechselfähigkeit versagt, so darf man ihm nicht zumuten, Wechselverbindlichkeiten anzuerkennen, die von solchen Personen jenseits seiner Grenzen eingegangen sind; anderenfalls würden zwingende Normen des Heimatsrechts leicht umgangen werden können. Aus diesem Grunde bestimmt der Artikel 18 des Abkommens, daß kein Staat die von seinen Angehörigen abgegebenen Wechselerklärungen anzuerkennen braucht, die nur nach den am Verpflichtungsorte geltenden Gesetzen gültig sind.

Artikel 75.

Für die Form der Wechselerklärungen stellt die Haager Wechselordnung in Übereinstimmung mit Artikel 85 Satz 1 der deutschen Wechselordnung und in Anwendung des von allen Rechtsordnungen anerkannten Grundsatzes „locus regit actum“ die Regel auf, daß die Gesetze des Staates maßgebend sind, in dessen Gebiete die Erklärung unterschrieben wird. Für das Vertragsgebiet hat diese Regel nur eine sehr beschränkte Bedeutung, da die Formvorschriften fast ausnahmslos einheitlich geregelt sind. Es kommen im wesentlichen nur noch drei Ausnahmen in Betracht, die durch Vorbehalte des Abkommens ermöglicht werden: der Wechsel mit der Order- statt der Wechselklausel (Artikel 2), die mit einem Handzeichen statt mit der Unterschrift versehene Wechselerklärung (Artikel 3) und die Wechselbürgschaft durch besondere Urkunde statt durch Vermerk auf dem Wechsel (Artikel 5). || Weit größere Bedeutung hat die Regel des Artikel 75 für die wechselrechtlichen Formvorschriften des Vertragsauslandes, die unter sich, wie von den Vorschriften der Haager Wechselordnung mannigfach abweichen. Ihnen

gegenüber steht es den Vertragsstaaten nach Artikel 20 des Abkommens frei, andere oder ergänzende Vorschriften zu treffen, wie sie beispielsweise im Artikel 85 Satz 2, 3 der Wechselordnung vorgesehen sind. Nach Satz 2 kann, wenn die im Ausland geschehenen Wechselerklärungen den Anforderungen des inländischen Gesetzes entsprechen, aus dem Umstand, daß sie nach ausländischen Gesetzen mangelhaft sind, kein Einwand gegen die Rechtsverbindlichkeit der später im Inland auf den Wechsel gesetzten Erklärungen hergeleitet werden; ebenso haben nach Satz 3 Wechselerklärungen, wodurch sich ein Inländer im Ausland verpflichtet, Wechselkraft, wenn sie auch nur den Anforderungen der inländischen Gesetzgebung entsprechen. Zur Aufnahme in die Einheitliche Wechselordnung erschienen diese Vorschriften nicht geeignet, weil sie zwingende Vorschriften für die Form der im Gebiet eines Vertragsstaats übernommenen Wechselverbindlichkeiten, z. B. in Deutschland die Formvorschrift der Wechselklausel, durchbrechen könnten.

Artikel 76.

Im Artikel 76 ist neben der Form des Protestes und der übrigen mit dem Wechsel vorzunehmenden Handlungen, deren nähere Bestimmung wegen ihrer Abhängigkeit von lokalen Verhältnissen der Gesetzgebung der Vertragsstaaten überlassen wird, auch die Protestfrist erwähnt, weil diese gemäß Artikel 10 des Abkommens durch Landesgesetz abweichend von der Einheitlichen Wechselordnung festgesetzt werden kann. || Der Begriff der Form des Protestes und der sonstigen mit dem Wechsel vorzunehmenden Handlungen umfaßt auch die Fragen, welcher Beamte zur Vornahme dieser Handlungen zuständig ist, sowie an welcher Örtlichkeit — Wohnung oder Geschäftsraum — und zu welcher Tageszeit die Handlungen vorgenommen werden können; dies ist in den Verhandlungen der Haager Konferenz ausdrücklich anerkannt worden. Inwieweit hierüber Bestimmungen für das deutsche Rechtsgebiet zu treffen sind, wird in der später vorzulegenden neuen Wechselordnung zu entscheiden sein.

Zweiter Abschnitt.

Eigener Wechsel.

Artikel 77 bis 80.

Die Vorschriften der Artikel 77 und 78 über die Erfordernisse des eigenen Wechsels und die Auslegung unvollständiger eigener Wechsel folgen mit den Abweichungen, die sich aus dem Inhalt der Artikel 1, 2 ergeben, dem geltenden deutschen Rechte (vergl. Artikel 96, Artikel 98 Nr. 1 in Verbindung mit Artikel 7 Satz 1, 2, Artikel 97 unserer Wechselordnung). Nach Artikel 2 in Verbindung mit Artikel 21 des Abkommens kann jeder Vertrags-

staat auch für eigene Wechsel unter den dort bezeichneten Voraussetzungen von dem Erfordernisse der Bezeichnung als Wechsel absehen (vergl. S. 63). || Die Vorschriften der Artikel 79 und 80 über die Anwendbarkeit der für den gezogenen Wechsel getroffenen Bestimmungen auf den eigenen Wechsel entsprechen gleichfalls dem geltenden Rechte (Artikel 98, Artikel 99 Abs. 3, Artikel 100 unserer Wechselordnung). Aus der Vorschrift des Artikel 80 Abs. 1, wonach der Aussteller eines eigenen Wechsels ebenso wie der Annehmer eines gezogenen Wechsels haftet, ist zu entnehmen, daß bei Unsicherheit des Ausstellers eines eigenen Wechsels der Rückgriff eröffnet wird (vergl. Artikel 98 Nr. 4 unserer Wechselordnung).

Protocole de Clôture.

La Deuxième Conférence pour l'Unification du Droit relatif à la Lettre de Change, au Billet à Ordre et au Chèque, convoquée par le Gouvernement des Pays-Bas, en conformité des voeux émis par la Conférence de 1910, s'est réunie, le 15 juin 1912, à la Haye dans la Salle des Chevaliers. || Les Gouvernements dont l'énumération suit, ont pris part à la Conférence pour laquelle ils avaient désigné les Délégués nommés ci-après:

L'Allemagne: || M. le Docteur Kriege, Conseiller actuel intime de Légation et Directeur au Département des Affaires Etrangères, Membre de la Cour Permanente d'Arbitrage, Premier Délégué plénipotentiaire; || M. Simons, Conseiller intime de Légation et Jurisconsulte au Département des Affaires Etrangères, Délégué plénipotentiaire; || M. le Docteur von Simson, Conseiller intime de Régence et Conseiller référendaire au Département Impérial de la Justice, Délégué plénipotentiaire; || M. Fischel, Associé de la maison Mendelssohn et Co, à Berlin, Délégué technique; || M. le Docteur von Flotow, Juge au Tribunal Royal Prussien de première instance de Quedlinburg, Délégué adjoint. || Les Etats-Unis d'Amérique: || Son Exc. M. Lloyd Bryce, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire; || M. Charles A. Conant, Banquier à New-York, ancien Commissaire du Gouvernement des Etats-Unis pour la réforme du système monétaire aux Iles Philippines, Membre de la Chambre de Commerce de l'Etat de New-York; || M. James G. Bailey, Secrétaire de Légation. || La République Argentine: || Son Exc. M. Alejandro Guesalaga, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire, Délégué plénipotentiaire. || L'Autriche: || M. le Docteur Félix Mayer, Conseiller ministériel au Ministère Impérial Royal autrichien de la Justice, Délégué plénipotentiaire; || M. le Docteur Paul Hammerschlag, Directeur de la Société privilégiée Impériale Royale de crédit pour le commerce et l'industrie à Vienne. || La Hongrie: || M. le Docteur

François de Nagy, Secrétaire d'Etat Royal hongrois en retraite et Professeur à l'Université de Budapest, Délégué plénipotentiaire; || M. le Docteur Armand Fodor, Juge à la Cour Suprême Royale de Budapest, attaché au Ministère Royal hongrois de la Justice; || M. le Docteur Bernard Sichermann, Avocat consultant de la Banque Générale hongroise de crédit à Budapest. || La Belgique: || Son Exc. M. Beernaert, Ministre d'Etat, Membre de la Chambre des Représentants, Délégué plénipotentiaire; || Son Exc. M. le Baron Fallon, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire, Délégué plénipotentiaire; || M. de la Vallée Poussin, Secrétaire-Général du Ministère des Sciences et des Arts, Délégué plénipotentiaire; || M. van der Rest, Vice-Gouverneur de la Banque Nationale de Belgique, Délégué plénipotentiaire; || M. le Chevalier Carton de Wiart, Secrétaire honoraire du Roi, professeur honoraire à l'Université de Louvain, Directeur de la Société Générale de Belgique, Délégué plénipotentiaire. || Les Etats-Unis du Brésil: || M. le Docteur Rodrigo Octavio de Langgaard Menezes, Membre de l'Académie Brésilienne, Consulteur général de la République, Professeur de Droit International Privé à Rio de Janeiro, Délégué plénipotentiaire. || La Bulgarie: || M. le Docteur P. Dantschow, Premier Président de la Cour de Cassation à Sofia, Délégué plénipotentiaire. || Le Chili: || M. Carlos Concha, ancien Ministre plénipotentiaire, Membre de la Cour Permanente d'Arbitrage, Délégué plénipotentiaire; || M. le Docteur Manuel Amunategui, Consul-Général du Chili en France, Délégué plénipotentiaire. || La Chine: || Son Exc. M. Liou Tsine Jen, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire, Délégué plénipotentiaire; || M. Shen Tchong Huin, Secrétaire de Légation, Délégué. || La République de Costa-Rica: || Son Exc. M. Manuel M. de Peralta, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire, Délégué plénipotentiaire. || Le Danemark: || M. le Docteur H. Munch-Petersen, Professeur à l'Université de Copenhague, Délégué plénipotentiaire; || M. Chr. Cloos, Négociant, Consul de Belgique à Frederikshavn, Délégué plénipotentiaire. || L'Equateur: || M. le Docteur V. M. Rendon, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Paris, Délégué plénipotentiaire. || L'Espagne: || Son Exc. M. José de la Rica y Calvo, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à La Haye; || Son Exc. M. Eduardo Ruiz y Garcia Hita, Magistrat du Tribunal Suprême; || Le Très Honorable M. Faustino Alvarez des Manzano, Professeur de droit à l'Université centrale, Membre de l'Académie des sciences morales et politiques, Conseiller d'instruction publique et Membre de la Commission générale de codification. || La France: || M. Louis Renault, Membre de l'Institut, Ministre plénipotentiaire, Jurisconsulte du Ministère des Affaires Etrangères, Professeur à la Faculté de Droit de Paris, Membre de la Cour Permanente d'Arbitrage,

Délégué plénipotentiaire, Président de la Délégation; || M. Charles Lyon-Caen, Membre de l'Institut, Professeur à la Faculté de Droit de Paris, Délégué; || M. Paul Ernest-Picard, Secrétaire-Général de la Banque de France, Délégué. || La Grand-Bretagne: || Son Exc. Sir Alan Johnstone, G. C. V. O., Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire; || Sir Mackenzie Dalzell Chalmers, K. C. B., ancien Sous-Secrétaire d'Etat permanent du Ministère de l'Intérieur; || The Right Honourable M. Frederick Huth Jackson, Directeur de la Banque d'Angleterre, Président de l'Institut des Banquiers. || La Grèce: || M. R. Lehmann, Consul-Général pour les Pays-Bas, Délégué plénipotentiaire. || La Guatémala: || M. José Maria Lardizabal, Chargé d'Affaires de Guatémala à La Haye. || L'Italie: || Son Exc. M. le Comte Sallier de la Tour, Duc de Calvello, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire, Plénipotentiaire pour signer; || M. le Professeur Carlo Schanzer, Conseiller d'Etat, Député au Parlement, ancien Ministre des Postes et des Télégraphes, Premier Délégué plénipotentiaire; || M. le Docteur Angelo Sraffa, prof. ord. de droit commercial à l'Université royale de Parme et à l'Université commerciale de Milan, Délégué plénipotentiaire; || M. le Docteur Giulio Cesare Buzzati, prof. ord. de droit international à l'Université royale de Pavie et à l'Université commerciale de Milan, Délégué plénipotentiaire. || Le Japon: || M. le Docteur Seitaro Tomitani, Président de Section à la Cour de Cassation, Délégué plénipotentiaire. || M. le Docteur Harukazu Nagaoka, Secrétaire de Légation de 2ème classe à Bruxelles, Délégué plénipotentiaire. || Le Luxembourg: || M. le Docteur Würth-Weiler, Directeur de la Banque Internationale, Consul d'Autriche-Hongrie à Luxembourg, Délégué plénipotentiaire. || Le Mexique: || M. Manuel de Zamacona é Inclan, agent financier des Etats-Unis Mexicains à Londres, Délégué plénipotentiaire. || Le Monténégro: || Son Exc. M. le Baron Nolcken, Conseiller Privé de Russie, Sénateur, Délégué plénipotentiaire. || La Norvège: || M. F. V. N. Beichmann, Président de la Cour d'Appel de Trondhjem, Premier Délégué plénipotentiaire; || M. J. L. Andersen Aars, Directeur de la Banque „Centralbanken for Norge", à Christiania, Second Délégué plénipotentiaire. || Le Nicaragua: || M. J. Brenning, Délégué plénipotentiaire. || Le Panama: || M. Juan A. Jimenez, Chargé d'Affaires de la République de Panama à Paris. || Le Paraguay: || M. le Docteur E. Ayala, Délégué plénipotentiaire; || M. le Docteur Gualberto Cardúz Huerta, Délégué plénipotentiaire. || Les Pays-Bas: || Son Exc. M. T. M. C. Asser, Ministre d'Etat, Membre du Conseil d'Etat, Délégué plénipotentiaire; || M. E. N. Rahusen, ancien Membre de la Première Chambre des Etats-Généraux, Délégué plénipotentiaire; || M. le Jonkheer J. J. Rochussen, Sous-Directeur de la „Amsterdamsche Bank", Délégué plénipotentiaire; || M. D. Josephus Jitta, Professeur à l'Université d'Amsterdam, Délégué

plénipotentiaire; || M. J. B. Roelvink, Directeur de la „Twentsche Bankvereeniging", Délégué plénipotentiaire. || Le Portugal: || Son Exc. M. A. M. Bartholomeu Ferreira, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire. || La Roumanie: || Son Exc. M. Charles M. Mitilineu, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à La Haye. || La Russie: || Son Exc. M. le Baron Nolcken, Conseiller Privé, Sénateur, Délégué plénipotentiaire; || M. Nobel, Conseiller d'Etat Actuel, Délégué; || M. de Dynowsky, Conseiller d'Etat Actuel, Jurisconsulte du Ministère Impérial des Finances, Délégué; || M. de Mebes, Conseiller d'Etat, Chef de Section du Ministère Impérial des Finances, Délégué; || M. le Docteur de Granfelt, Assesseur à la Cour aulique Impériale de Wiborg, Délégué technique pour la législation finlandaise. || Le Salvador: || M. Arturo R. Avila, Consul-Général à Londres, Délégué plénipotentiaire; || M. Alberto Masferrer, Consul-Général en Belgique, Délégué plénipotentiaire. || La Serbie: || M. Spassoyé Radoïtchitch, Juge à la Cour de Cassation, Délégué plénipotentiaire. || Le Siam: || M. Corragioni d'Orelli, Conseiller de Légation à Paris, Membre de la Cour Permanente d'Arbitrage, Délégué plénipotentiaire. || La Suède: || Son Exc. M. C. F. de Klercker, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire, Délégué plénipotentiaire; || M. G. Appelberg, Conseiller de Cour d'Appel, Chef de la Division de la législation au Ministère de la justice, Délégué plénipotentiaire; || M. A. Carlander, Négociant en gros, Président du Conseil municipal de Gothembourg, Délégué plénipotentiaire. || La Suisse: || Son Exc. M. G. Carlin, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire, Délégué plénipotentiaire; || M. Kundert, Président de la Direction de la Banque Nationale suisse à Zürich, Délégué plénipotentiaire; || M. le Docteur Wieland, Professeur à l'Université de Bâle, Délégué plénipotentiaire. || La Turquie: || Osman Halim Bey, Président de la Section Pénale de la Cour de Cassation à Constantinople, Délégué plénipotentiaire.

Dans une série de réunions tenues du quinze juin au vingt-trois juillet 1912, la Conférence a arrêté, pour être soumise à la signature des Plénipotentiaires, la Convention sur l'Unification du Droit relatif à la Lettre de Change et au Billet à Ordre avec le Règlement uniforme concernant la Lettre de Change et le Billet à Ordre, dont le texte est annexé*) au présent Protocole. || En outre, la Conférence a arrêté les Résolutions concernant le Droit relatif au Chèque dont le texte est également annexé**) au présent Protocole et qu'elle soumet à l'appréciation des Gouvernements représentés. || Elle a, de plus, émis les Voeux suivants:

---

*) Abgedruckt oben S. 3 bis 42.

**) Abgedruckt unten S. 108 bis 117.

I.

„Le Gouvernement des Pays-Bas voudra bien, après le délai nécessaire pour examiner les Résolutions concernant le Droit relatif au Chèque, convoquer une nouvelle Conférence qui aurait pour mandat de fixer le texte définitif d'une Convention et d'un Règlement uniforme, de telle sorte que la Convention puisse être, dans la Conférence même, soumise à la signature des Plénipotentiaires."

II.

„La Conférence adresse aux Gouvernements des Etats qui y sont représentés la prière d'examiner la question de savoir s'il serait possible d'établir une juridiction commune pour le Droit commun en matière de lettre de change."

Fait à La Haye, le vingt-trois juillet Mil Neuf Cent Douze, en un seul exemplaire, qui restera déposé dans les archives du Gouvernement des Pays-Bas, et dont une copie certifiée conforme sera remise, par la voie diplomatique, à chacun des Gouvernements représentés à la Conférence.

(Signatures.)

Résolutions de la Conférence sur l'Unification du Droit relativ au Chèque.

De la création et de la forme du chèque.

Article premier.

Le chèque contient: || 1°. le mot „chèque"*) inséré dans le texte même du titre; || 2°. le mandat pur et simple de payer une somme déterminée; || 3°. le nom de celui qui doit payer (tiré); || 4°. l'indication du lieu où le paiement doit s'effectuer; || 5°. celle du lieu et de la date où le chèque est créé; || 6°. la signature de celui qui émet le chèque (tireur).

Article 2.

Le titre dans lequel une des énonciations indiquées à l'article précédent fait défaut, ne vaut pas comme chèque, sauf dans les cas déterminés par les alinéas suivants. || A défaut d'indication spéciale, le lieu désigné à côté du nom du tiré est réputé être le lieu de paiement et, en même temps, le lieu du domicile du tiré. || Le chèque sans indication du lieu de paiement est considéré comme payable au lieu de sa création. || Le chèque sans indication du lieu de sa création est considéré comme souscrit dans le lieu désigné à côté du nom du tireur.

*) Ce mot pourra être écrit selon l'orthographe de la langue dans laquelle le titre est rédigé.

Article 3.

Le chèque ne doit être tiré que sur une personne ayant des fonds à la disposition du tireur et conformément à une convention, expresse ou tacite, d'après laquelle le tiré est obligé de payer le chèque. || Est réservée aux Etats contractants la faculté de régler les conséquences civiles, pénales et fiscales de l'émission d'un chèque en cas d'inobservation des conditions indiquées à l'alinéa précédent ou de l'émission d'un chèque postdaté, pourvu que la validité du titre comme chèque ne soit pas atteinte.

Article 4.

Le chèque peut être stipulé payable au profit d'une personne dénommée ou à l'ordre de celle-ci. || Il peut être stipulé payable au porteur. || Le chèque au profit d'une personne dénommée avec la mention „ou au porteur" ou un terme équivalent, est réputé payable au porteur. || Le chèque sans indication du bénéficiaire est payable au porteur. || Le chèque peut être à l'ordre du tireur lui-même. || Le chèque au porteur tiré sur le tireur lui-même est nul.

Article 5.

Le chèque est tiré sur un banquier. Toutefois, la validité du titre comme chèque n'est pas atteinte, s'il est tiré sur une autre personne. || Est réservée aux Etats contractants la faculté, quant aux chèques payables sur leurs territoires: || a) de déterminer quelles personnes sont à considérer comme banquiers; || b) d'admettre qu'un chèque peut être tiré sur d'autres catégories de personnes ou sur une personne quelconque; || c) de régler les conséquences fiscales et pénales de l'émission d'un chèque sur une personne sur laquelle un chèque ne doit pas être tiré.

Article 6.

Le tireur est garant du paiement. Toute clause par laquelle le tireur s'exonère de cette garantie est réputée non écrite.

Article 7.

Sont applicables au chèque les dispositions des articles 6 à 8 du Règlement uniforme sur la lettre de change et le billet à ordre, relatives à la création et à la forme du titre.

De l'endossement.

Article 8.

Sauf le chèque au porteur, tout chèque, même non expressément tiré à ordre, est transmissible par la voie de l'endossement. || Lorsque le tireur a inséré dans le chèque les mots „non à ordre" ou une expression équivalente,

le titre n'est transmissible que dans la forme et avec les effets d'une cession ordinaire.

Article 9.

L'endossement doit être pur et simple. Toute condition à laquelle il est subordonné est réputée non écrite. || L'endossement partiel est nul. || Sont également nuls l'endossement „au porteur" et l'endossement du tiré. || Quiconque, sauf le tiré, appose sa signature au dos d'un chèque au porteur est garant comme avaliseur du tireur. || L'endossement au tiré vaut quittance, sauf dans le cas où le tiré a plusieurs établissements et où l'endossement est fait au bénéfice d'un établissement situé dans un autre lieu que celui sur lequel le chèque a été tiré.

Article 10.

Sont applicables au chèque, sauf en ce qui concerne l'acceptation, les dispositions des articles 12 à 17 du Règlement uniforme sur la lettre de change et le billet à ordre, relatives à l'endossement.

De la garantie et du paiement.

Article 11.

Le chèque ne peut pas être accepté. Une mention d'acceptation portée sur le chèque est réputée non écrite. || Est réservée aux Etats contractants la faculté d'admettre l'acceptation, le certificat ou le visa d'un chèque et d'en régler les effets.

Article 12.

Le paiement d'un chèque peut être garanti par un aval. || Cette garantie est fournie par un tiers, sauf le tiré, ou même par un signataire du chèque. || Sont applicables au chèque les dispositions des articles 30 et 31 du Règlement uniforme sur la lettre de change et le billet à ordre, relatives à l'aval.

Article 13.

Le chèque est payable à vue. || Un titre contenant une autre échéance est nul comme chèque.

Article 14.

Le chèque doit être présenté au paiement dans un délai à fixer par la loi du lieu de paiement. || Ce délai sera de dix jours au moins. || Est réservée aux Etats contractants la faculté d'augmenter ce délai, qu'il s'agisse de chèque émis dans leurs pays ou dans un autre pays. || La présentation à une chambre de compensation équivaut à la présentation au paiement. || Il appartient aux Etats contractants de désigner les institutions qui sont considérées comme chambres de com pensation.

Article 15.

Quand un chèque est tiré entre deux places ayant des calendriers différents, le jour de l'émission sera ramené au jour correspondant du calendrier du lieu de paiement.

Article 16.

Ni le décès du tireur ni son incapacité survenant après l'émission ne touchent aux effets du chèque.

Article 17.

La révocation du mandat contenu dans le chèque n'a d'effet qu'après l'expiration du délai de présentation. || Si le tireur ou le porteur a donné avis au tiré que le chèque a été perdu ou acquis par un tiers à la suite d'un acte frauduleux, le tiré qui paye le chèque n'est valablement libéré que si le détenteur du chèque prouve qu'il l'a acquis d'une manière légitime. || S'il n'y a pas révocation, le tiré conserve le droit, de payer même après l'expiration du délai.

Article 18.

Le tiré peut exiger, en payant le chèque, qu'il lui soit remis acquitté par le porteur. || Le porteur peut refuser un paiement partiel. || En cas de paiement partiel, le tiré peut exiger que mention de ce paiement soit faite sur le chèque et qu'une quittance lui en soit donnée.

Article 19.

Le chèque traversé, au recto, de deux barres parallèles ne peut être payé qu'à un banquier. || Le barrement peut être effectué par le tireur ou par un porteur. || Le barrement peut être général ou spécial. || Le barrement est général, s'il ne porte entre les deux barres aucune désignation ou la mention „banquier", un terme équivalent ou seulement „et Cie."; il est spécial, si le nom d'un banquier est inscrit entre les deux barres. || Le barrement général peut être transformé en barrement spécial. Mais le barrement spécial ne peut être transformé en barrement général. || Le chèque à barrement spécial ne peut être payé qu'au banquier désigné. Toutefois, si celui-ci n'opère pas l'encaissement lui-même, il peut se substituer un autre banquier. || Il est interdit d'effacer le barrement ainsi que le nom du banquier désigné. || Le tiré qui paye le chèque barré à une personne autre qu'un banquier, si le barrement est général, ou à une personne autre que le banquier désigné, si le barrement est spécial, est responsable, s'il y a lieu, du préjudice causé, sans que les dommages-intérêts puissent dépasser le montant du chèque. || Est réservée aux Etats contractants, pour les chèques payables sur leurs territoires, la faculté d'exclure le système des chèques barrés.

Article 20.

Le tireur ainsi que tout porteur d'un chèque peuvent défendre qu'on paye le chèque en espèces, en insérant, au recto, la mention transversale; „à porter en compte" (nur zur Verrechnung), ou une expression équivalente. || Dans ce cas, le chèque ne peut donner lieu qu'à un règlement par écritures (crédit en compte, virement ou compensation). Le règlement par écritures vaut paiement. La mention „à porter en compte" ne peut pas être révoquée. || La violation de cette mention rend le tiré responsable du préjudice causé, sans que les dommages-intérêts puissent dépasser le montant du chèque. || Est réservée aux Etats contractants, pour les chèques payables sur leurs territoires, la faculté de régler les effets de cette clause dans le cas d'insolvabilité du tiré, ainsi que d'exclure le système des chèques avec mention „à porter en compte".

Article 21.

La question de savoir si le porteur d'un chèque a des droits spéciaux sur la provision et le droit d'agir en justice contre le tiré reste en dehors de la réglementation internationale.

Du recours faute de paiement.

Article 22.

Le porteur peut exercer ses recours contre les endosseurs, le tireur et les autres obligés, si le chèque, présenté en temps utile, n'est pas payé. || La présentation et le non-paiement doivent être constatés: || 1°. soit par un acte authentique (protêt faute de paiement); || 2°. soit par une déclaration du tiré, datée et écrite sur le chèque, avec l'indication du jour de la présentation; || 3°. soit par une déclaration datée d'une chambre de compensation constatant que le chèque a été remis en temps utile et qu'il n'a pas été payé.

Article 23.

Le protêt faute de paiement doit être fait avant l'expiration du délai de présentation. || Est réservée aux Etats contractants la faculté de prescrire que, dans le délai indiqué à l'alinéa précédent, le protêt doit être dressé au plus tard le premier jour ouvrable qui suit celui de la présentation.

Article 24.

Sont applicables au chèque, sauf en ce qui concerne l'acceptation, les dispositions des articles 44 à 46, 47 alinéa 1, 48 et 49 du Règlement uniforme sur la lettre de change et le billet à ordre, relatives aux recours.

Article 25.

Est réservée aux Etats contractants la faculté de décider si le porteur d'un chèque impayé a contre le tireur et les endosseurs une action d'en-

richissement ou d'autres droits en dehors de ceux qui résultent du chèque lui-même.

De la pluralité d'exemplaires.

Article 26.

Sauf les chèques au porteur, tout chèque émis dans un Etat et payable dans un autre Etat ou dans une partie d'outre-mer du même Etat peut être tiré en plusieurs exemplaires identiques. Ces exemplaires doivent être numérotés dans le texte même du titre; faute de quoi, chacun d'eux est considéré comme un chèque distinct.

Article 27.

Le paiement fait sur un des exemplaires est libératoire, alors même qu'il n'est pas stipulé que ce paiement annule l'effet des autres exemplaires. || L'endosseur qui a transféré les exemplaires à différentes personnes, ainsi que les endosseurs subséquents, sont tenus à raison de tous les exemplaires portant leur signature et qui n'ont pas été restitués.

Du faux et des altérations.

Article 28.

Sont applicables au chèque les dispositions des articles 68 et 69 du Règlement uniforme sur la lettre de change et le billet à ordre, relatives au faux et aux altérations.

De la prescription.

Article 29.

Les actions en recours du porteur contre les endosseurs et contre le tireur se prescrivent par six mois à partir de l'expiration du délai de présentation. || Les actions en recours des endosseurs les uns contre les autres et contre le tireur se prescrivent par six mois à partir du jour où l'endosseur a remboursé le chèque ou du jour où il a été lui-même actionné. || Sont applicables au chèque les dispositions de l'article 71 du Règlement uniforme et de l'article 16 de la Convention sur la lettre de change et le billet à ordre. relatives à l'interruption de la prescription.

Dispositions générales.

Article 30.

Sont applicables au chèque les dispositions générales des articles 72 et 73 du Règlement uniforme sur la lettre de change et le billet à ordre.

De la perte.

Article 31.

Est réservée aux Etats contractants, en cas de perte de chèques payables sur leurs territoires, la faculté: || 1°. de déterminer les conditions auxquelles

le porteur pourra exiger l'émission d'un nouveau chèque ou le paiement du chèque perdu; || 2°. d'établir une procédure d'annullation d'un chèque perdu.

Des conflits de lois.

Article 32.

La capacité d'une personne pour s'engager par chèque est déterminée par sa loi nationale. Si cette loi nationale déclare compétente la loi d'un autre Etat, c'est cette dernière loi qui sera appliquée. || La personne qui serait incapable, d'après la loi indiquée par l'alinéa précédent, est néanmoins valablement tenue, si elle s'est obligée sur le territoire d'un Etat d'après la législation duquel elle aurait été capable. || Chaque Etat contractant a la faculté de ne pas reconnaître la validité de l'engagement pris en matière de chèque par l'un de ses ressortissants et qui ne serait tenu pour valable dans le territoire des autres Etats contractants que par application de l'alinéa précédent.

Article 33.

La forme d'un engagement pris en matière de chèque est réglée par les lois de l'Etat sur le territoire duquel cet engagement a été souscrit. || Un chèque valable d'après les lois de l'Etat sur le territoire duquel il est payable, demeure valable encore qu'il ne le soit pas d'après les lois de l'Etat où il a été créé. Il en est de même des signatures apposées sur ce chèque dans d'autres Etats que celui où il est payable.

Article 34.

La forme et les délais du protêt, ainsi que la forme des autres actes nécessaires à l'exercice ou à la conservation des droits en matière de chèque, sont réglés par les lois de l'Etat sur le territoire duquel doit être dressé le protêt ou passé l'acte en question.

Nr. 14493. **DEUTSCHES REICH** und **ITALIEN.** Abkommen über Arbeiterversicherung.

Berlin, den 25. März 1913.

Der Kanzler des Deutschen Reichs, vertreten durch den unterzeichneten und hierzu ermächtigten Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte, Wirklichen Geheimen Legationsrat Herrn Arthur Zimmermann || und || die Königlich Italienische Regierung, vertreten durch den unterzeichneten und hierzu mit Vollmacht versehenen Königlich Italienischen Geschäftsträger in Berlin Herrn Alberto Martin-Franklin, || sind zur Regelung der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und dem Königreich Italien auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung in Ausführung des Artikel 2 a des Zusatzvertrags vom 3. Dezember 1904 zum Handels-, Zoll- und Schiff-

fahrtsvertrage zwischen dem Deutschen Reiche und Italien vom 6. Dezember 1891 über folgende Bestimmungen übereingekommen:

Erster Abschnitt.

Unfallversicherung.

Artikel 1.

Die beiden vertragschließenden Teile stellen für Leistungen aus der deutschen Gewerbe-Unfallversicherung und der deutschen See-Unfallversicherung einerseits und aus der italienischen Unfallversicherung andererseits den Angehörigen ihres Landes und deren Hinterbliebenen die Angehörigen des andere Landes und deren Hinterbliebene gleich. || Dies gilt für die italienische Unfallversicherung landwirtschaftlicher Arbeiter nur dann, wenn sie nach dem geltenden italienischen Gesetze vom 31. Januar 1904 der Unfallversicherung unterliegen.

Artikel 2.

Der Grundsatz der Gleichberechtigung (Artikel 1) schließt nicht aus, daß an Stelle einer Rente mit Zustimmung des Berechtigten der dreifache Betrag einer Jahresrente, ohne seine Zustimmung ein dem Werte der Rente entsprechendes Kapital gewährt wird. || In der deutschen Unfallversicherung sind für die Berechnung des entsprechenden Kapitalwerts die vom Bundesrat erlassenen allgemeinen Bestimmungen maßgebend. || In der italienischen Unfallversicherung sind die allgemeinen Bestimmungen maßgebend, die für die Umwandlung des Entschädigungskapitals in Leibrente gelten.

Zweiter Abschnitt.

Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung.

Artikel 3.

Für Italiener sind Beiträge zur deutschen Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung wie für Deutsche zu entrichten, auch wenn sie bei der Cassa Nazionale di Previdenza per la invalidità e per la vecchiaia degli operai oder der Cassa Invalidi della Marina Mercantile eingeschrieben sind. || Ist der Italiener bei einer der bezeichneten Kassen eingeschrieben, so hat auf seinen Antrag der Träger der deutschen Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung die Hälfte der Beiträge, die nach der Stellung des Antrags für ihn verwendet werden, an die Cassa Nazionale di Previdenza als Einzahlungen des Italieners für die Kasse, bei der er eingeschrieben ist, abzuführen. Das Nähere, insbesondere über die Ausstellung entsprechender Quittungskarten, bestimmt der Reichskanzler; er wird sich vorher des Einverständnisses der Italienischen Regierung versichern, soweit die Cassa Nazionale di Previdenza in Betracht kommt. || Im Falle des Absatz 2 stehen dem versicherten Italiener und seinen Hinterbliebenen Ansprüche auf

Leistungen aus der deutschen Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung nicht zu, soweit solche Leistungen nicht aus einem vor Stellung des Antrags eingetretenen Versicherungsfalle zu gewähren sind. Beiträge, die nach Absatz 2 zur Hälfte an die Cassa Nazionale di Previdenza abzuführen sind, kommen für den Anspruch auf jene Leistungen nicht in Betracht.

Artikel 4.

Artikel 3 Absatz 2, 3 gilt auch für Italiener, die von der freiwilligen Zusatzversicherung nach deutschem Rechte Gebrauch machen. Die deutschen Versicherungsträger führen den vollen Wert der Zusatzmarken ab.

Artikel 5.

Für die Erhaltung der Anwartschaft auf die Leistungen aus der deutschen Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung wird die Erfüllung der Pflicht zum aktiven Militärdienst in Italien der Erfüllung der deutschen Wehrpflicht gleichgestellt.

Artikel 6.

Deutsche in Italien sind zur Einschreibung bei der italienischen Cassa Nazionale di Previdenza per la invalidità e per la vecchiaia degli operai berechtigt, und zwar unter denselben Bedingungen und mit denselben Wirkungen wie Italiener, soweit in den Artikeln 7, 8, 10 und 11 nichts anderes bestimmt ist.

Artikel 7.

Die Deutschen werden bei der Cassa Nazionale di Previdenza unter der Bedingung der Rückgewähr der Einzahlungen (Tarif des vorbehaltenen Kapitals) versichert. Die Einzahlungen werden einschließlich der für den Eingeschriebenen von anderen gezahlten Beträge auf Antrag des Versicherten zurückgewährt, wenn dieser vor Eintritt des Versicherungsfalls stirbt oder das Gebiet des Italienischen Staates verläßt; im letzteren Falle werden sie an den Versicherten gezahlt. || Wenn Arbeitgeber in Italien für ihre inländischen Arbeiter oder für bestimmte Klassen von ihnen an die Cassa Nazionale di Previdenza Beiträge leisten, so sind sie verpflichtet, in entsprechender Weise auch für ihre deutschen Arbeiter Beiträge an diese Kasse zu entrichten.

Artikel 8.

Der Übergang aus der Arbeiterversicherung in die Volksversicherung, der nach der italienischen Gesetzgebung bei Wegfall der Voraussetzungen für die Einschreibung in das Register der Arbeiterversicherung bei der Cassa Nazionale di Previdenza eintritt, zieht für den deutschen Versicherten den Verlust seines Anspruchs auf Rückerstattung der Beiträge nur dann nach sich, wenn er sich mit dem Übergang ausdrücklich einverstanden erklärt.

Artikel 9.

Deutsche, die zur Besatzung eines italienischen Seefahrzeugs gehören, werden für die Versicherung bei der Cassa Invalidi della Marina Mercantile den Italienern gleichgestellt, soweit im folgenden nichts anderes bestimmt wird. Für solche Deutsche ist die Eintragung in der italienischen Matrikel der Seeleute nicht Voraussetzung der Versicherung. || Wenn der hiernach versicherte Deutsche vor Eintritt des Versicherungsfalls das italienische Staatsgebiet verläßt, ohne zur Besatzung eines italienischen Seefahrzeugs zu gehören, werden auf seinen Antrag die für ihn gemachten Einzahlungen zurückgewährt.

Artikel 10.

Solange ein Deutscher, dem eine Rente aus einer der bezeichneten italienischen Kassen zusteht, sich freiwillig gewöhnlich außerhalb des Gebiets des Italienischen Staates aufhält, ruht seine Rente; er ist dann mit dem dreifachen Betrage seiner Jahresrente abzufinden. || Solange der Deutsche aus Anlaß der Verurteilung in einem Strafverfahren aus dem Gebiete des Italienischen Staates ausgewiesen ist, ruht seine Rente. || Hat der Deutsche, abgesehen von den Fällen des Absatz 2, auf Grund der Anordnung einer italienischen Behörde das Gebiet des Italienischen Staates verlassen, so ruht seine Rente nicht. Die italienische Kasse kann ihn jedoch mit seiner Zustimmung mit dem dreifachen Betrage seiner Jahresrente abfinden.

Artikel 11.

Streitigkeiten über die Abfindung werden in dem Verfahren entschieden, das für Rentenansprüche in der italienischen Invaliden- und Altersversicherung vorgeschrieben ist.

Artikel 12.

Bei einer Ausdehnung der italienischen Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung auf weitere Personenkreise sind die vorstehenden Bestimmungen entsprechend anzuwenden.

Dritter Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

Artikel 13.

Bei der Durchführung der Unfallversicherung sowie der Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung des einen Landes im anderen Lande wird gegenseitig Beistand und Rechtshilfe durch die zuständigen Behörden geleistet. Die Rechtshilfe erfolgt, soweit in den folgenden Artikeln nichts anderes bestimmt ist, nach Maßgabe der für Zivil- und Handelssachen geltenden Bestimmungen.

Artikel 14.

Die Italienische Regierung wird der Deutschen Regierung ein Verzeichnis von Ärzten, Kliniken und Krankenhäusern mitteilen, die bei der Durchführung der deutschen Arbeiterversicherung in Italien für ärztliche Behandlung und Begutachtung besonders geeignet sind. Auch wird sie dafür Sorge tragen, daß sich die Kosten für Behandlung, Untersuchung und Begutachtung durch die in dem Verzeichnisse benannten Ärzte sowie für Verpflegung in den darin namhaft gemachten Anstalten in mäßigen Grenzen halten.

Artikel 15.

Die Vorschriften des einen Landes, nach denen auf dem Gebiete der Unfallversicherung sowie der Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung für Stempel und Gebühren Befreiungen oder andere Vergünstigungen bestehen, sind entsprechend anzuwenden, soweit es sich darum handelt, in diesem Lande die betreffende Arbeiterversicherung des anderen Landes durchzuführen.

Artikel 16.

Von dem Abschlusse der Unfalluntersuchung hat die mit dieser befaßte deutsche Stelle der für ihren Sitz zuständigen italienischen Konsularbehörde unverzüglich Nachricht zu geben, wenn es sich um den Unfall eines Italieners handelt. || Die italienische Konsularbehörde kann in demselben Umfange wie die Beteiligten selbst Einsicht in die Untersuchungsverhandlungen und in die weiteren Verhandlungen verlangen. || Die Bestimmung des Absatz 2 ist entsprechend auf die deutsche Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung anzuwenden.

Artikel 17.

Wenn für die Feststellung des Anspruchs eines Italieners aus der deutschen Unfallversicherung sowie aus der deutschen Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung Beweiserhebungen in Italien erforderlich sind, so können die deutschen Versicherungsträger und die deutschen Versicherungsbehörden die Vermittelung der für ihren Sitz zuständigen italienischen Konsularbehörde in Anspruch nehmen. Die auf diesem Wege herbeigeführten Erhebungen sind mit Ausnahme der ärztlichen Gutachten kostenfrei.

Artikel 18.

Sind für die Durchführung der deutschen Unfallversicherung sowie der deutschen Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung Zustellungen, die den Lauf von Fristen bedingen, an Italiener zu bewirken, die sich nicht im Gebiete

des Deutschen Reichs aufhalten und deren Aufenthalt bekannt ist, so ist hierfür von der die Zustellung betreibenden Stelle die Vermittelung der italienischen Konsularbehörde in Anspruch zu nehmen, in deren Bezirke die Stelle ihren Sitz hat. || Die Konsularbehörde hat binnen einer Woche nach Empfang des Schriftstücks die Bescheinigung der Post über dessen Einlieferung der die Zustellung betreibenden Stelle zu übersenden. Sofern diese es verlangt, hat die Konsularbehörde Feststellungen über Verbleib und Aushändigung des Schriftstücks zu veranlassen und die Auskunft, die ihr darüber von der Post zugeht, der Stelle mitzuteilen. Gelangt das Schriftstück durch die Post unbestellt an die Konsularbehörde zurück, so hat diese es mit den Vermerken der Post unverzüglich der die Zustellung betreibenden Stelle zu übermitteln. || Ist die Konsularbehörde nicht in der Lage, die Zustellung des Schriftstücks zu vermitteln, so hat sie dieses ohne Verzug, spätestens aber vor Ablauf einer Woche nach Empfang, der die Zustellung betreibenden Stelle zurückzusenden. || Wenn die Vermittelung der Konsularbehörde zur Zustellung ohne Erfolg in Anspruch genommen worden ist, so steht es der die Zustellung betreibenden Stelle frei, sie anderweit zu bewirken. || Auch bei Zustellungen, die den Lauf von Fristen nicht bedingen, kann die Vermittelung der italienischen Konsularbehörde in Anspruch genommen werden.

Artikel 19.

Die Italienische Regierung wird ein den Artikeln 16 bis 18 entsprechendes Verfahren bei der Durchführung der italienischen Arbeiterversicherung Deutschen gegenüber einführen, sobald die Deutsche Regierung die Vermittelung ihrer Konsuln zur Verfügung stellt.

Artikel 20.

Die vertragschließenden Teile behalten sich im Wege des Notenaustausches eine Verständigung darüber vor, in welcher Weise Zahlungen aus der Arbeiterversicherung des einen Landes an Berechtigte erfolgen sollen, die sich im anderen Lande aufhalten.

Artikel 21.

In den Angelegenheiten, die in diesem Abschnitte geregelt sind, bestimmen sich die örtliche Zuständigkeit und die Bezirke der Konsularbehörden nach Vereinbarung der beiderseitigen Regierungen.

Vierter Abschnitt.

Schlußbestimmungen.

Artikel 22.

Die beiden vertragschließenden Teile behalten sich vor, durch ein Zusatzabkommen die Gleichstellung der beiderseitigen Angehörigen auf dem Ge-

biete der landwirtschaftlichen Unfallversicherung in weiterem Umfange herbeizuführen, sobald in Italien eine Unfallversicherung zur Einführung gelangt, die als der deutschen landwirtschaftlichen Unfallversicherung gleichwertig anzuerkennen ist.

Artikel 23.

Ebenso behalten sich die beiden vertragschließenden Teile vor, durch ein Zusatzabkommen die Gleichstellung der beiderseitigen Angehörigen auf dem Gebiete der Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung herbeizuführen, sobald in Italien eine Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung zur Einführung gelangt, die als der deutschen Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung gleichwertig anzuerkennen ist.

Artikel 24.

Dieses Abkommen wird durch Seine Majestät den Deutschen Kaiser und Seine Majestät den König von Italien ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen sobald als möglich ausgetauscht werden.

Artikel 25.

Das Abkommen tritt am 1. April 1913 in Kraft. || Es kann von beiden Teilen jederzeit gekündigt werden und tritt mit Ablauf des auf die Kündigung folgenden Jahres außer Kraft.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Vertreter das gegenwärtige Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in Berlin am 31. Juli 1912.

(L. S.) Zimmermann.

(L. S.) A. Martin-Franklin.

Protokoll.

Die Unterzeichneten sind heute im Auswärtigen Amte zusammengetreten, um die Ratifikationsurkunden zu dem am 31. Juli 1912 in Berlin unterzeichneten Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche und dem Königreich Italien über Arbeiterversicherung auszuwechseln. Nachdem die beiden Ratifikationsurkunden geprüft und in guter und gehöriger Form befunden worden sind, hat ihre Auswechselung stattgefunden. || Dabei waren die Unterzeichneten darüber einig, daß der im Artikel 7 Absatz 1 Satz 2 des Abkommens erwähnte Antrag auf Rückgewähr der Einzahlungen entsprechend dem italienischen Texte von jedem Beteiligten und nicht nur, wie die weniger deutliche Fassung des deutschen Textes vorsieht, von dem Versicherten selbst gestellt werden kann. || Ferner haben die Unterzeichneten

festgestellt, daß die beiderseitigen Regierungen ihre beteiligten Konsularbehörden anweisen werden, die ihnen gemäß den Artikeln 18, 19 bei dem Zustellungsverfahren obliegende Vermittelung in allen Fällen mit tunlichster Beschleunigung eintreten zu lassen. Insbesondere werden die Konsularbehörden auf Verlangen der die Zustellung betreibenden Stelle das zuzustellende Schriftstück, sofern dieses von einer Abschrift begleitet ist, alsbald nach dem Eingang zur Absendung bringen; auch werden sie der bezeichneten Stelle auf deren Verlangen unverzüglich davon Mitteilung machen, wenn die Zustellung durch die Post aus irgendwelchem Grunde nicht ohne weiteres hat erfolgen können. || Zu Urkund dessen ist das gegenwärtige Protokoll vollzogen worden. || So geschehen in doppelter Ausfertigung in Berlin, den 25. März 1913.

v. Jagow.
P. Bollati.

Nr. 14494. DEUTSCHES REICH. Denkschrift an den Reichstag zu Nr. 14493.

Berlin, den 31. März 1913.

Die Italienische Regierung hat schon seit langer Zeit im Interesse der in Deutschland beschäftigten italienischen Arbeiter auf gewisse Übelstände, die sich für diese bei der Durchführung der deutschen Arbeiterversicherung ergeben haben, aufmerksam gemacht und die Beseitigung der Übelstände angestrebt. Sie hat dabei besonders auf die Fälle hingewiesen, in denen italienische Arbeiter durch Ausweisung aus Deutschland des Genusses der ihnen zustehenden Unfall- und Invalidenrenten verlustig gegangen sind; auch hat sie geltend gemacht, daß in der Invalidenversicherung die Italiener bei der Dauer der Wartezeit kaum in die Lage kämen, diese Wartezeit zu erfüllen und für ihre Zwangsleistungen eine Gegenleistung zu erlangen. || Den italienischen Wünschen, die in erster Linie die Aufhebung der Unterschiede der deutschen Gesetzgebung zwischen In- und Ausländern sowie zwischen In- und Ausland zugunsten der italienischen Arbeiter zum Ziele hatten, hat zum Teil im Wege der inneren Gesetzgebung entsprochen werden können. || Für das Gebiet der Gewerbe- und der Bau-Unfallversicherung ist durch Beschluß des Bundesrats vom 29. Juni 1901 (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 236) die italienische Unfallversicherungsgesetzgebung als eine solche, die den deutschen Arbeitern eine „entsprechende Fürsorge" gewährt, anerkannt und es sind demgemäß die Vorschriften über das Ruhen der Renten und über die Ausschließung des Anspruchs auf Hinterbliebenenrente in § 94 Nr. 2, § 21 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes sowie in § 37 Abs. 1, § 9 des Bauunfallversicherungsgesetzes für die Angehörigen des

Königreichs Italien außer Kraft gesetzt worden. Auf das Gebiet der landwirtschaftlichen Unfallversicherung und der See-Unfallversicherung ist der Bundesratsbeschluß nicht ausgedehnt worden, da die durch die italienische Unfallversicherung gewährte Fürsorge, soweit sie sich überhaupt auf diese Gebiete bezieht, als der deutschen gleichwertig nicht anerkannt werden konnte. || Der vorstehend erwähnte Bundesratsbeschluß hat durch das Inkrafttreten des dritten Buches der Reichsversicherungsordnung insofern an Bedeutung verloren, als dadurch die ihm zugrunde liegenden Vorschriften über Ausländer nicht unerheblich geändert worden sind. Nach § 615 Abs. 1 Nr. 3, 4 a. a. O. ruht die Rente des berechtigten Ausländers nur: || 3. solange er sich freiwillig gewöhnlich im Ausland aufhält; || 4. solange er wegen Verurteilung in einem Strafverfahren aus dem Reichsgebiet ausgewiesen ist. Das gleiche gilt für einen berechtigten Ausländer, der aus Anlaß der Verurteilung in einem Strafverfahren aus dem Gebiet eines Bundesstaats ausgewiesen ist, solange er sich nicht in einem anderen Bundesstaat aufhält. || In diesen beiden Fällen kann nach Abs. 2 a. a. O. der Bundesrat in demselben Umfang wie bisher, also für ausländische Grenzbezirke und für Angehörige gewisser auswärtiger Staaten, das Ruhen der Rente außer Kraft setzen. Im Abs. 3 ist noch ausdrücklich bestimmt, daß Ausländer, deren Ausweisung (Abs. 1 Nr. 4) nicht wegen Verurteilung oder aus Anlaß der Verurteilung in einem Strafverfahren angeordnet ist, ebenso behandelt werden sollen wie berechtigte Inländer, die sich im Ausland aufhalten (Abs. 1 Nr. 2). Sie unterliegen also nur wie Inländer den Bestimmungen des Reichsversicherungsamts über Mitteilung ihres Aufenthalts an den Versicherungsträger und über Vorstellung bei der zuständigen deutschen Behörde. Insofern stehen solche Ausländer nunmehr schon kraft Gesetzes, nicht erst auf Grund eines Bundesratsbeschlusses, den Inländern, die sich im Ausland aufhalten, gleich. Der Bundesratsbeschluß behält aber für die übrigen, sich nicht in Deutschland aufhaltenden Italiener seine praktische Bedeutung. Er bleibt, da die einmal anerkannte Gleichwertigkeit der einschlägigen italienischen Gesetzgebung mit der deutschen für das Gebiet der Gewerbe- einschließlich der Bau-Unfallversicherung auch im Verhältnis zur Reichsversicherungsordnung noch anzuerkennen ist, in den bezeichneten Grenzen auch ohne weiteres auf dem Boden der Reichsversicherungsordnung wirksam. Dies folgt aus Artikel 5 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung, wonach grundsätzlich die Reichsversicherungsordnung an die Stelle der entsprechenden Vorschriften der bisherigen Versicherungsgesetze tritt. Der § 21 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes und in Verbindung damit der § 9 des Bau-Unfallversicherungsgesetzes, die der Bundesratsbeschluß für die Hinterbliebenen italienischer Staatsangehöriger außer Kraft gesetzt

hat, finden sich dem Sinne nach in § 596 der Reichsversicherungsordnung wieder. Auch insoweit gilt der Bundesratsbeschluß von 1901 ohne weiteres fort. || Über Kapitalabfindungen von Ausländern bestimmte bisher § 95 Abs. 2 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes, der nach § 37 des Bau-Unfallversicherungsgesetzes auch auf die Bau-Unfallversicherung anzuwenden war, daß der Versicherungsträger einen Ausländer, wenn er seinen Wohnsitz im Deutschen Reiche aufgibt, auf seinen Antrag mit dem dreifachen Betrage seiner Jahresrente abfinden kann. Auch diese Vorschrift konnte der Bundesrat, wenn eine der beiden obenbezeichneten Voraussetzungen (Grenzbezirke oder entsprechende ausländische Fürsorge) vorlag, außer Kraft setzen. Solche Beschlüsse hat der Bundesrat aber nicht erlassen. Der § 617 der Reichsversicherungsordnung hat diese Vorschriften geändert. Nunmehr kann der Versicherungsträger den berechtigten Ausländer, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland aufgibt oder sich gewöhnlich im Ausland aufhält, mit seiner Zustimmung mit dem dreifachen Betrage der Jahresrente, ohne seine Zustimmung mit einem dem Werte seiner Jahresrente entsprechenden Kapital abfinden; dies kann der Bundesrat nur für ausländische Grenzbezirke ausschließen. Der § 618 der Reichsversicherungsordnung bestimmt dann noch, daß für die Abfindung mit einem entsprechenden Kapital der Bundesrat die Berechnung des Kapitalwerts regelt. Eine solche Regelung hat der Bundesrat nach der Bekanntmachung vom 21. Dezember 1912 (Zentralblatt für das Deutsche Reich 1913 S. 26) getroffen. || Auf dem Gebiete der Gewerbe- einschließlich der Bau-Unfallversicherung stehen also die rentenberechtigten Italiener gegenwärtig nur insofern den Inländern nicht gleich, als sie bei gewöhnlichem Aufenthalt im Ausland mit einem dem Werte der Jahresrente entsprechenden Kapital abgefunden werden können. Hierin ist aber eine Benachteiligung für sie nicht zu erblicken. Auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Unfallversicherung hat sich die Lage der Italiener insofern verbessert, als sie bei der nicht mit einem Strafverfahren zusammenhängenden Ausweisung im Genuß ihrer Rente verbleiben; in der See-Unfallversicherung dagegen hat sich die Lage der Italiener durch die neue Vorschrift des § 1116 Abs. 1 Nr. 3 der Reichsversicherungsordnung über das Ruhen der Renten von Ausländern etwas verschlechtert. || Auf dem Gebiete der Invalidenversicherung hat es unter der Herrschaft des früheren Rechtes an einer gesetzlichen Möglichkeit gefehlt, den italienischen Beschwerden abzuhelfen. Die Vorschrift des § 26 Satz 1 des Invalidenversicherungsgesetzes vom 13. Juli 1899, wonach der Versicherungsträger befugt war, den berechtigten Ausländer bei Aufgabe seines Wohnsitzes im Deutschen Reiche mit dem dreifachen Betrage der Jahresrente abzufinden, konnte nach Satz 2 daselbst nur für bestimmte Grenzgebiete oder für

die Angehörigen solcher auswärtigen Staaten außer Kraft gesetzt werden, durch deren Gesetzgebung deutschen Arbeitern eine entsprechende Fürsorge gewährleistet erschien. Auch die Vorschrift des § 48 Abs. 1 Nr. 4 Satz 1 a. a. O., wonach die Rente ruht, solange der Berechtigte (Inländer wie Ausländer) nicht im Inland seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, konnte nur für bestimmte Grenzgebiete oder für solche auswärtigen Staaten außer Kraft gesetzt werden, durch deren Gesetzgebung deutschen Arbeitern eine entsprechende Fürsorge gewährleistet erschien. Keine der Vorschriften war auf Italien oder Italiener anwendbar, weil durch die italienische Gesetzgebung Deutschen eine entsprechende Fürsorge für den Fall der Erwerbsunfähigkeit und des Alters nicht gewährleistet ist und Italien keine Grenzgebiete gegenüber Deutschland aufweist.

Durch die am 1. Januar 1912 in Kraft getretenen Vorschriften des vierten Buches der Reichsversicherungsordnung ist die Lage der ausländischen Versicherten gegenüber dem bisherigen Rechte günstiger gestaltet worden. Der § 1313 der Reichsversicherungsordnung bestimmt, daß die Rente ruht, solange || 1. der Berechtigte sich freiwillig gewöhnlich im Ausland aufhält, || 2. der berechtigte Ausländer wegen der Verurteilung in einem Strafverfahren aus dem Reichsgebiet ausgewiesen ist. Das gleiche gilt für einen berechtigten Ausländer, der aus Anlaß der Verurteilung in einem Strafverfahren aus dem Gebiet eines Bundesstaats ausgewiesen ist, solange er sich nicht in einem anderen Bundesstaat aufhält. || Nach § 1314 kann der Bundesrat das Ruhen der Rente für ausländische Grenzgebiete oder für solche auswärtigen Staaten ausschließen, deren Gesetzgebung Deutschen und ihren Hinterbliebenen eine entsprechende Fürsorge gewährleistet, ein Fall, der nach dem soeben zu § 26 und § 48 des Invalidenversicherungsgesetzes Ausgeführten Italien gegenüber nicht in Betracht kommt. Der § 1316 bestimmt, daß der berechtigte Ausländer im Falle des § 1313 Nr. 1 mit dem dreifachen oder, sofern es sich um eine Waisenrente handelt, mit dem anderthalbfachen Betrage seiner Jahresrente abgefunden werden muß. Nach § 1317 Nr. 1 kann die gleiche Abfindung mit ihrer Zustimmung denjenigen Ausländern gewährt werden, welche, abgesehen von den Fällen des § 1313 Nr. 2, auf Grund der Anordnung einer deutschen Behörde das Reichsgebiet verlassen haben. Es verliert also nur noch derjenige Ausländer, der wegen der Verurteilung in einem Strafverfahren aus dem Reichsgebiet oder aus Anlaß der Verurteilung in einem Strafverfahren aus dem Gebiet eines Bundesstaats ausgewiesen ist, solange er sich nicht in einem anderen Bundesstaat aufhält, den Genuß seiner Invaliden- oder Hinterbliebenenrente. Die Rente des Ausländers, der, ohne daß ein Strafverfahren vorangegangen ist, das Reichsgebiet infolge der Anordnung einer deutschen Behörde ver-

lassen hat, ruht nicht, wohl aber kann er mit seiner Zustimmung eine Abfindung erhalten. Ausländern, die sich freiwillig gewöhnlich im Ausland aufhalten, muß eine solche gewährt werden. Eine besondere, die Ansprüche der Hinterbliebenen von Ausländern betreffende Vorschrift enthält § 1268 der Reichsversicherungsordnung, der bestimmt, daß der Anspruch der Hinterbliebenen eines Ausländers, die sich zur Zeit seines Todes nicht gewöhnlich im Inland aufhielten, sich auf die Hälfte der Bezüge ohne Reichszuschuß beschränkt. Der Bundesrat kann diese Beschränkung, was Italien gegenüber nicht in Betracht kommt, für ausländische Grenzgebiete oder für Angehörige solcher auswärtiger Staaten ausschließen, deren Gesetzgebung eine entsprechende Fürsorge gewährleistet. Die nach § 1268 herabgesetzten Hinterbliebenenrenten ruhen gleichfalls, sofern die Voraussetzungen des § 1313 vorliegen. Abfindungen müssen oder können auch für diese Renten nach § 1316, § 1317 Nr. 1 gewährt werden. Die sonstigen, die Ausländer oder den Aufenthalt im Ausland betreffenden Vorschriften der bisherigen Gesetzgebung, die im allgemeinen unverändert in die Reichsversicherungsordnung übergegangen sind, haben, soweit bekannt geworden, zu Beschwerden auf italienischer Seite nicht geführt. || Die Vorschriften des vierten Buches der Reichsversicherungsordnung begegnen also im wesentlichen den Beschwerden der Italienischen Regierung darüber, daß der aus dem Reichsgebiet als lästiger Ausländer ausgewiesene Italiener, der eine Rente erworben hat, ihres Genusses durch die Ausweisung verlustig ging. Dagegen haben die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung keine Abhilfe der Beschwerden in dem Punkte gebracht, daß die Italiener zwar gezwungen sind, die Beiträge zu entrichten, aber infolge der Vorschriften über die Wartezeit und über den Verlust der Anwartschaft im allgemeinen geringe Aussicht haben, in den Besitz der Leistungen aus der Reichsversicherungsordnung zu gelangen. Insoweit blieb nur der Weg übrig, durch eine Vereinbarung die Verhältnisse der italienischen Arbeiter auf dem Gebiete der Invalidenversicherung besonders zu regeln. || Die Italienische Regierung hat schon seit langem das Ziel verfolgt, die auf dem Wege der inneren Gesetzgebung nicht zu behebenden Nachteile der deutschen Arbeiterversicherung für die italienischen Arbeiter durch eine allgemeine vertragliche Regelung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zu beseitigen. Auf deutscher Seite lag zwar für den Abschluß eines solchen Abkommens ein Bedürfnis nicht im gleichen Maße vor, da die Zahl der deutschen Arbeiter in Italien gegenüber der Zahl der italienischen Arbeiter in Deutschland verhältnismäßig gering ist, ferner die bestehende italienische Zwangsunfallversicherung keine Unterschiede zwischen in- und ausländischen Arbeitern macht und die im wesentlichen den Italienern vorbehaltenen Vorteile der in der Hauptsache freiwilligen

italienischen Invalidenversicherung nicht besonders schwerwiegend erscheinen. Immerhin ließ sich nicht in Abrede stellen, daß für eine vertragsmäßige Sicherstellung einer tunlichst günstigen Behandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung auch ein erhebliches Interesse der deutschen Arbeiter in Italien spricht. Die Deutsche Regierung hat sich deshalb im Jahre 1904 bei den Verhandlungen über den Abschluß eines Zusatzvertrags zu dem deutsch-italienischen Handels-, Zoll- und Schiffahrtsvertrage vom 6. Dezember 1891 gegen den italienischen Wunsch nach vertraglicher Regelung der Arbeiterversicherungsverhältnisse nicht grundsätzlich ablehnend verhalten. Es ist aber im beiderseitigen Einverständnis, um die Verhandlungen über den Handelsvertrag nicht zu sehr zu belasten, davon abgesehen worden, in diesen selbst endgültige Bestimmungen auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung aufzunehmen. Vielmehr hat man sich darauf beschränkt, im Artikel 2 a des am 3. Dezember 1904 unterzeichneten Zusatzvertrags zu dem Handels- usw. Vertrage (Reichsgesetzblatt 1905, S. 413) die Zusage abzugeben, daß in gemeinschaftliche Erwägungen darüber eingetreten werden solle, ob durch ein zu treffendes besonderes Abkommen den Arbeitern des einen Landes im anderen Lande eine sachgemäße Behandlung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit gewährt werden könne. || Dieser Vertragsbestimmung entsprechend sind von italienischer Seite Verhandlungen über den Abschluß eines solchen Abkommens eingeleitet worden. Die Verhandlungen erfuhren im Jahre 1910 eine Unterbrechung, weil zunächst das Schicksal der Reichsversicherungsordnung abgewartet werden sollte; sie wurden, nachdem diese Gesetz geworden war, wieder aufgenommen und führten am 31. Juli v. J. zur Unterzeichnung des vorstehend abgedruckten Abkommens. || Auf deutscher Seite liegt dem Abschluß des Abkommens die durch § 157 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung dem Reichskanzler erteilte Ermächtigung zugrunde, mit Zustimmung des Bundesrats bei entsprechender Gegenleistung die Versicherung von Angehörigen eines ausländischen Staates abweichend von den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung zu regeln und die Durchführung der Fürsorge des einen Staates im Gebiete des andern zu erleichtern. Das Abkommen hält sich, soweit dadurch Abweichungen von den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung festgesetzt werden, im Rahmen des § 157 Abs. 2. Es zerfällt in vier Teile, indem es zunächst die Unfallversicherung, sodann die Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung regelt, des weiteren allgemeine Bestimmungen und endlich Schlußbestimmungen enthält. Gegen den Wunsch der Italienischen Regierung nach einer allgemeinen Regelung der Verhältnisse auch auf dem Gebiete der Krankenversicherung in dem Abkommen wurden von deutscher

Seite formelle und sachliche Bedenken geltend gemacht. Der Wunsch ist schließlich im Hinblick darauf zurückgestellt worden, daß für eine solche Regelung gegenwärtig dem Reichskanzler noch die Ermächtigung des § 157 Abs. 2 fehlen würde. Ebensowenig hat der Wunsch der Italienischen Regierung berücksichtigt werden können, zugunsten der italienischen Arbeiter diejenigen Vorschriften der Reichsversicherungsordnung außer Kraft zu setzen, welche an den Aufenthalt im Ausland ungünstigere Folgen knüpfen als an den im Inland. Denn dies würde unter Umständen zu einer Bevorzugung der Ausländer gegenüber den Inländern führen. || Zu den einzelnen Bestimmungen des Abkommens ist folgendes zu bemerken:

Erster Abschnitt.

Unfallversicherung.

Artikel 1.

Der Artikel 1 Abs. 1 spricht zunächst die Gleichstellung der Angehörigen des einen Landes und deren Hinterbliebenen mit denen des anderen Landes für das Gebiet der deutschen Gewerbe-Unfallversicherung und der deutschen See-Unfallversicherung einerseits und das Gebiet der italienischen Unfallversicherung anderseits aus. Der Bundesratsdrucksache Nr. 87 von 1901 ist für den damaligen Umfang der beiderseitigen Gesetzgebung eine vergleichende Übersicht des Umfangs und der Leistungen beigefügt, auf Grund deren die Fürsorge nach dem italienischen Gesetz im allgemeinen als entsprechend der deutschen Unfallversicherung anerkannt worden ist. Inzwischen ist durch das italienische Gesetz vom 31. Januar 1904 der Umfang der Versicherung ausgedehnt und sind ihre Leistungen nicht unerheblich erhöht worden. In der Anlage 1 sind die Artikel 1 und 9 des Gesetzes vom 31. Januar 1904 in deutscher Übersetzung enthalten*). Danach konnte für das Gebiet der Gewerbe- einschließlich der Bau-Unfallversicherung die durch das italienische Gesetz gewährte Fürsorge als der deutschen Fürsorge entsprechend auch weiter anerkannt werden. || Das italienische Gesetz von 1904 bezieht gemäß Artikel 1 Nr. 2 auch Seeschiffahrtsbetriebe mit mehr als fünf Arbeitern, einschließlich der Fischerei über 10 km von der Küste und der Schwamm- und Korallenfischerei in die Unfallversicherung ein und macht hierbei ebenfalls keinen Unterschied zwischen Inländern und Ausländern. Allerdings sind die Leistungen bei Seeschiffahrtsbetrieben gegenüber den sonstigen Leistungen der italienischen Unfallversicherung einigermaßen eingeschränkt. (Zu vergleichen die als Anlage 2 beigefügte

*) Zu vergleichen Abdruck und Übersetzung des italienischen Gesetzes vom 31. Januar 1904 in Zacher, „Die Arbeiterversicherung im Ausland", Heft VI a von 1906 S. 26—47 und die erläuternde Einleitung dazu S. 3—17.

Übersetzung der Artikel 21, 22 des Gesetzes vom 31. Januar 1904.) Die deutsche See-Unfallversicherung stellt im allgemeinen zwar nicht für die Verletzten (§ 1116 Abs. 1 Nr. 2, 3 der Reichsversicherungsordnung), aber doch hinsichtlich der Hinterbliebenen (§§ 1098, 596 a. a. O.) die Ausländer schlechter als die Inländer. Nach den Verwaltungsberichten der See-Berufsgenossenschaft sind bei dieser im Jahre 1911, einem besonders ungünstigen Jahre, im ganzen 3721 Unfälle gemeldet worden, darunter 3296 Verletzungen und 425 Todesfälle. Von den Verletzungen haben, ähnlich wie schon seit einer Reihe von Jahren beobachtet worden ist, nur 5,9 v. H., nämlich 193 Fälle, zur Entschädigung geführt. Italiener sind bei den Entschädigungsfällen nur äußerst geringfügig beteiligt gewesen; es sind nämlich zur erstmaligen Entschädigung bei Verletzten und Getöteten gelangt: || im Jahre || 1908: 1 Fall; 1909: 2 Fälle; 1910: 1 Fall; 1911: 2 Fälle. || Danach wird anzunehmen sein, daß Unfälle von Italienern im Bereiche der See-Berufsgenossenschaft, selbst bei Hinzutritt noch einiger, nach der bisherigen Rechtslage nichtentschädigungsberechtigter Hinterbliebenen von Italienern, für die Zukunft im Verhältnis zum ganzen nicht irgendwie ins Gewicht fallen werden. || Endlich bezieht das italienische Gesetz auch noch einen Teil der landwirtschaftlichen Betriebe in die Unfallversicherung ein. Es sind das nach Artikel 1 Nr. 2, 4 namentlich Unternehmungen zum Abschlagen oder Lichten von Bäumen in den Wäldern, jedoch nur solche mit mehr als 5 Arbeitern, ferner die Bedienung von Maschinen, die durch leblose Kraft bewegt werden, und von Motoren solcher Maschinen zu landwirtschaftlichen Zwecken. || Bei Beurteilung der Frage, in welchem Umfang in dem gegenwärtigen Abkommen die Angehörigen des einen Staates und ihre Hinterbliebenen in der Unfallversicherung des anderen Staates den Angehörigen dieses Staates gleichgestellt werden sollen, ist zunächst zu berücksichtigen, daß die deutsche Unfallversicherung bisher in vier besondere und vielfach verschieden geregelte Zweige zerfiel, nämlich die Gewerbe-, die Bau-, die landwirtschaftliche und die See-Unfallversicherung. Von diesen vier Zweigen ist die Bau-Unfallversicherung durch die Reichsversicherungsordnung der Gewerbe-Unfallversicherung einverleibt worden, so daß nunmehr drei Zweige verblieben sind. Diese sind im dritten Buche der Reichsversicherungsordnung in drei gesonderten Teilen behandelt. Demgegenüber ist das italienische Gesetz ein einheitliches, das seinem Umfang nach in alle die drei Zweige der Unfallversicherung (im Sinne des deutschen Rechtes) hineingreift, ohne sich jedoch auch nur in einem der drei deutschen Zweige mit der deutschen Unfallversicherung hinsichtlich des Umfangs der Versicherung voll zu decken. Es empfiehlt sich nun nicht, die Gleichstellung der beiderseitigen Staatsangehörigen in beiden Unfallversicherungen in diesem Ab-

kommen etwa derart zu umgrenzen, daß eine solche Gleichstellung nur dann eintreten soll, wenn ein Betrieb nach seiner Art, bei Beurteilung nach dem einen wie nach dem anderen Rechte, der Unfallversicherung beider Rechtsgebiete unterläge. Denn das würde zur Folge haben, daß die deutschen Versicherungsträger und Versicherungsbehörden bei solchen Ansprüchen von Italienern, die nur auf das Abkommen, nicht aber ohne weiteres auf das Gesetz oder auf den Bundesratsbeschluß vom 29. Juni 1901 gestützt werden könnten, z. B. bei landwirtschaftlichen Unfällen, jedesmal erst prüfen müßten, ob der Betrieb, in dem der Unfall erfolgt ist, auch nach italienischem Rechte der Unfallversicherung seiner Art nach unterliegen würde. Eine solche Prüfung durch deutsche Stellen auf Grund des fremden Rechtes würde häufig schwierig, im Ergebnis zweifelhaft und anfechtbar sein, auch den Versicherten nicht von vornherein die für sie erwünschte klare Rechtslage bieten. Demgemäß ist auch bisher überall, wo es sich darum handelte, Ausländer mit Inländern auf dem Gebiete der deutschen Unfallversicherung durch Beschlüsse des Bundesrats gleichzustellen, die Gleichwertigkeit des fremden Rechtes mit dem deutschen als Voraussetzung für jene Gleichstellung derart geprüft worden, daß ein ganzer Zweig der deutschen Unfallversicherung ungeteilt, also z. B. die ganze deutsche Gewerbe-Unfallversicherung mit dem fremden Rechte für dieses Gebiet verglichen wurde. Dabei konnte es sehr wohl vorkommen, daß einzelne Gewerbszweige und Betriebsarten nach dem Rechte des einen Landes der Versicherung unterstellt sind, nach dem des anderen Landes dagegen nicht. Das war an sich kein Hindernis für die Anerkennung der Gleichwertigkeit des fremden Rechtes mit dem deutschen hinsichtlich des ganzen Versicherungszweiges, wenn nur das fremde Recht für Mängel, die es in der einen Richtung zeigte, anderweit angemessene Vorzüge und damit einen entsprechenden Ausgleich bot. || Die dargelegten Gesichtspunkte sind auch im Artikel 1 des gegenwärtigen Abkommens festgehalten worden, derart, daß die Gleichwertigkeit der italienischen Unfallversicherung mit der deutschen nur für ganze deutsche Versicherungszweige entweder anerkannt oder verneint worden ist. Bei dieser Prüfung im ganzen war es als zulässig anzusehen, eine „entsprechende Gegenleistung“ im Sinne des § 157 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung darin zu finden, daß das italienische Gesetz in dem vollen Umfang, auf den es sich erstreckt, die Ausländer mit den Inländern gleichstellt und daß die Italienische Regierung bereit war, dies auch vertragsmäßig uns gegenüber festzulegen. Dafür erschien es angängig, von deutscher Seite die Gleichstellung der Italiener mit den Deutschen für das Gebiet der deutschen Gewerbe-Unfallversicherung, einschließlich der Bau-Unfallversicherung, entsprechend dem Standpunkt des Bundesratsbeschlusses vom 29. Juni 1901

und ferner im Zusammenhang damit nach der Erweiterung der italienischen Unfallversicherung durch das Gesetz vom 31. Januar 1904 auch für das Gebiet der deutschen See-Unfallversicherung vertragsmäßig zu gewähren. Dagegen konnte bei dem geringen Umfang, in welchem landwirtschaftliche Betriebe in die italienische Unfallversicherung einbezogen sind, den Wünschen der Italienischen Regierung auf Gleichstellung ihrer Staatsangehörigen mit den deutschen auf dem Gebiete der deutschen landwirtschaftlichen Unfallversicherung nicht entsprochen werden. || Hiernach besteht für die landwirtschaftlichen Betriebe in der Gleichstellung der Angehörigen des einen Staates mit denen des anderen nach dem Abkommen insofern eine beachtenswerte Verschiedenheit, als Italienern in solchen deutschen Betrieben, die der deutschen landwirtschaftlichen Unfallversicherung unterliegen, durch das Abkommen eine über die Regeln des Gesetzes hinausgehende Gleichstellung mit den Deutschen überhaupt nicht gewährt wird — also auch dann nicht, wenn die Italiener in solchen deutschen landwirtschaftlichen Betrieben verunglücken, die ihrer Art nach im italienischen Gesetz als versicherungspflichtig anerkannt sind — dagegen sind Deutsche, die in Italien in landwirtschaftlichen, der italienischen Unfallversicherung nach dem Gesetze vom 31. Januar 1904 unterliegenden Betrieben beschäftigt sind, den Italienern gleichgestellt. Wenn die Italienische Regierung dies im Hinblick auf den großen Teil aus der deutschen Unfallversicherung einräumte, auf dem sie für ihre Staatsangehörigen die vertragsmäßige Gleichstellung mit den Deutschen erreichte, so legte sie doch anderseits Wert darauf, dieses Zugeständnis für die landwirtschaftliche Unfallversicherung auf das fest umgrenzte Gebiet ihres geltenden Gesetzes ausdrücklich zu beschränken. Dies bezweckt der Artikel 1 Abs. 2. Wenn also später die italienische Unfallversicherung auf die Landwirtschaft im ganzen oder auf weitere Zweige ausgedehnt werden sollte, so würde eine solche Ausdehnung nicht, wie etwa eine weitere gesetzliche Ausdehnung auf den Gebieten der gewerblichen oder der See-Unfallversicherung, selbsttätig auf Grund des gegenwärtigen Abkommens die deutschen landwirtschaftlichen Arbeiter in dem erweiterten Umfang des Ausdehnungsgesetzes den Italienern gleichstellen. Italien behält sich vielmehr für diesen Fall die Prüfung vor, je nach dem Umfang einer solchen künftigen Ausdehnung seiner Unfallversicherung auf dem Gebiete der Landwirtschaft seinerseits eine Gleichstellung der Deutschen mit den Italienern auf diesem erweiterten landwirtschaftlichen Gebiet als entsprechende Gegenleistung im Sinne des Artikel 157 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung in die Wagschale zu legen, um damit eine Gleichstellung der Italiener mit den Deutschen auch für die deutsche landwirtschaftliche Unfallversicherung zu erreichen. Eine solche weitergehende

vertragsmäßige Gleichstellung der Angehörigen des einen Staates mit denen des anderen würde dann, wie dies im Artikel 22 vorgesehen ist, nur durch ein Zusatzabkommen erfolgen können.

Artikel 2.

Dieser Artikel spricht ausdrücklich aus, daß trotz der Anerkennung der Gleichberechtigung zwischen Deutschen und Italienern nach Artikel 1 die Befugnis zur Abfindung durch den Versicherungsträger, wie sie in §§ 616, 617, 618 der Reichsversicherungsordnung geregelt ist, gewahrt bleibt. Daß der Bundesrat eine Regelung auf Grund des § 618 für den Kapitalwert der Abfindungen getroffen hat, ist bereits oben erwähnt worden. Den italienischen Bestimmungen über die Umwandlung des Entschädigungskapitals in Leibrente liegt eine allgemeine Sterbetafel zugrunde.

Zweiter Abschnitt.

Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung.

Vorbemerkung.

Zum Verständnis der einzelnen Bestimmungen des Abkommens auf diesem Gebiet und zur Würdigung der von italienischer Seite gewährten Gegenleistungen gegenüber den Vorteilen, die das Abkommen den italienischen Arbeitern bietet, bedarf es eines näheren Eingehens auf die einschlägige italienische Gesetzgebung. || Der Invalidenversicherung in Italien dient in erster Reihe die Nationalkasse für die Invaliden- und Altersversicherung der Arbeiter, Cassa Nazionale di Previdenza per la invalidità e per la vecchiaia degli operai, (Gesetz vom 17. Juli 1898 mit mehreren Novellen, nunmehr einheitlicher Text vom 30. Mai 1907 — vergl. Zacher, die Arbeiterversicherung im Ausland, Heft VI b. Die Arbeiterversicherung in Italien, bearbeitet von Magaldi S. 27, 56, 62 —). Die Kasse hat den Charakter einer Anstalt des öffentlichen Rechtes. Sie untersteht der Aufsicht des Ministeriums für Landwirtschaft, Industrie und Handel und genießt dieselben Gebührenbefreiungen wie die Sparkassen, außerdem ist sie von bestimmten Register- und Stempelabgaben befreit. Ihren Beamten stehen in gewissen Beziehungen dieselben Vorrechte zu wie den Beamten des Italienischen Staates. In dem aus 18 Mitgliedern bestehenden Verwaltungsrate sind die Ministerien für Landwirtschaft usw., für den Staatsschatz und für Post und Telegraphie vertreten, von den versicherten Arbeitern gehören 6 dem Verwaltungsrat an. Der Beitritt zu der Kasse ist ein freiwilliger, steht aber bisher nur italienischen Lohnarbeitern (Handarbeitern) frei. Als Einnahmen sind der Kasse außer den Beiträgen der Mitglieder insbesondere ein Teil der Überschüsse der Postsparkassen sowie die Reinerträge

aus der Verwaltung gerichtlicher Depots, der Betrag der dem Staate verfallenden Erbschaften und die Zinsen des 10 Millionen Lire betragenden Stammkapitals zugewiesen. Die Einnahmen außer den Beiträgen der Mitglieder werden zu einem Teile dem Stammvermögen, einem außerordentlichen Reservefonds und einem Invaliditätsfonds überwiesen. Ein anderer Teil wird für Zuschußquoten zugunsten der Mitglieder verwendet. Die Versicherung kann mit der Bedingung abgeschlossen werden, daß bei vorzeitigem Tode die Beiträge zurückerstattet werden (Tarif der vorbehaltenen Beiträge im Gegensatze zu dem Tarife der Gegenseitigkeit). Als Entschädigung wird im allgemeinen eine Leibrente, unter gewissen Voraussetzungen auch ein Kapital gewährt. || Die Höhe der Einzahlungen steht im allgemeinen im Belieben des Versicherten oder derjenigen sonstigen Personen, welche Beiträge für ihn leisten. Die einzelne Einzahlung darf nicht weniger als 1 Lira betragen und auch keinen Bruchteil einer solchen enthalten. Die Leistungen werden der Regel nach gewährt: || I. wenn der Versicherte || a) 25 Jahre bei der Kasse versichert gewesen ist und b) das Alter von 60 Jahren bei Männern und von 55 Jahren bei Frauen vollendet hat. || Die Versicherten haben stets das Recht, den Beginn der Zahlung bis zum vollendeten 65. Lebensjahre hinauszuschieben. Ist die Rückzahlung der Beiträge bei vorzeitigem Tode nicht ausbedungen, so wird nach dem Tarife der Gegenseitigkeit beispielsweise gezahlt für 1 Lira an Beiträgen, die geleistet sind:

Im Alter von Jahren	eine jährliche Rente von bei Vollendung von Lebensjahren										
	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65
21	0,360	0,391	0,426	0,466	0,510	0,561	0,620	0,687	0,764	0,854	0,960
22	0,346	0,375	0,409	0,447	0,490	0,539	0,595	0,659	0,734	0,820	0,921
23	0,332	0,360	0,392	0,429	0,470	0,517	0,571	0,632	0,704	0,787	0,884
24	0,318	0,346	0,376	0,411	0,451	0,496	0,548	0,607	0,675	0,755	0,848
25	0,305	0,332	0,361	0,395	0,433	0,476	0,525	0,582	0,648	0,724	0,813
26	0,293	0,318	0,346	0,379	0,415	0,456	0,504	0,558	0,621	0,695	0,780
27	0,281	0,305	0,332	0,363	0,398	0,438	0,483	0,536	0,596	0,666	0,748
28	0,269	0,293	0,319	0,348	0,382	0,420	0,464	0,514	0,572	0,639	0,718
29	0,258	0,281	0,306	0,334	0,366	0,403	0,445	0,493	0,549	0,613	0,689
30	0,248	0,269	0,293	0,321	0,351	0,387	0,427	0,473	0,526	0,588	0,661
31	0,238	0,258	0,281	0,307	0,337	0,371	0,409	0,454	0,505	0,564	0,634
32	0,228	0,248	0,270	0,295	0,323	0,356	0,393	0,435	0,484	0,541	0,608
33	0,219	0,238	0,259	0,283	0,310	0,341	0,377	0,417	0,464	0,519	0,583
34	0,210	0,228	0,248	0,271	0,297	0,327	0,361	0,400	0,445	0,498	0,559
35	0,201	0,219	0,238	0,260	0,285	0,314	0,346	0,384	0,427	0,477	0,536

Ist die Versicherung nach dem Tarife der vorbehaltenen Beiträge abgeschlossen, so wird gezahlt für 1 Lira an Beiträgen, die geleistet sind:

Im Alter von Jahren	eine jährliche Rente von bei Vollendung von Lebensjahren										
	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65
21	0,306	0,331	0,359	0,390	0,426	0,466	0,512	0,564	0,624	0,693	0,774
22	0,294	0,318	0,345	0,375	0,409	0,447	0,491	0,541	0,598	0,664	0,741
23	0,282	0,305	0,331	0,360	0,392	0,429	0,471	0,518	0,573	0,637	0,710
24	0,271	0,293	0,318	0,345	0,376	0,412	0,451	0,497	0,550	0,610	0,681
25	0,260	0,281	0,305	0,331	0,361	0,395	0,433	0,477	0,527	0,585	0,652
26	0,250	0,270	0,293	0,318	0,347	0,379	0,415	0,457	0,505	0,560	0,625
27	0,240	0,259	0,281	0,305	0,333	0,363	0,398	0,438	0,484	0,537	0,598
28	0,231	0,249	0,270	0,293	0,319	0,349	0,382	0,420	0,464	0,514	0,573
29	0,222	0,239	0,259	0,281	0,306	0,335	0,366	0,403	0,445	0,493	0,549
30	0,213	0,230	0,249	0,270	0,294	0,321	0,351	0,386	0,426	0,472	0,526
31	0,204	0.221	0,239	0,259	0,282	0,308	0,337	0,370	0,408	0,452	0,503
32	0,196	0,212	0,229	0,249	0,271	0,295	0,323	0,355	0,391	0,433	0,482
33	0,189	0,204	0,220	0,239	0,260	0,283	0,310	0,340	0,375	0,415	0,462
34	0,181	0,196	0,212	0,229	0,249	0,272	0,297	0,326	0,360	0,398	0,442
35	0,174	0,188	0,203	0,220	0,239	0,261	0,285	0,313	0,345	0,381	0,423

Die oben bereits erwähnten Zuschußquoten werden geleistet, wenn die Beiträge im Durchschnitt mindestens 6 Lire jährlich erreichen. Die Zuschußquoten dürfen 10 Lire für das Jahr und den Versicherten nicht überschreiten. Nach einer Zusammenstellung, die sich in einer von der Cassa Nazionale für die Turiner Weltausstellung im Jahre 1911 vorgelegten Druckschrift „cenni e notizie su la Cassa Nazionale di Previdenza“ findet, beträgt die vom 60. Jahre ab fällige Leibrente bei einem Beitrage von jährlich 6 Lire und einer Zuschußquote von 10 Lire:

Beim Eintrittsalter	Nach dem Tarife der Gegenseitigkeit L	Nach dem Tarife der vorbehaltenen Beiträge L
25	139,40	131,28
26	131,88	124,25
27	124,67	117,50
28	117,76	111,04
29	111,13	104,83
30	104,76	98,87
31	98,65	93,16
32	92,79	87,68
33	87,17	82,43
34	81,79	77,39
35	76,63	72,56

II. Die Leistungen werden ferner gewährt ohne Rücksicht auf das Alter, sobald der Versicherte invalide geworden ist, jedoch nicht, bevor wenigstens 5 Jahre seit der Einzahlung des erstenBeitrags verflossen sind. Wenn die Invalidenrente auf Grund der gewöhnlichen Mindestbeiträge, der bezahlten Rückstände und der Zuschußquoten eine Rente unter 120 Lire ergibt, so hat die Kasse durch einen Zuschuß, der dem Invaliditätsfonds zu entnehmen ist, die Rente auf diesen Satz zu erhöhen. Nach einem in der oben erwähnten Druckschrift cenni e notizie usw. enthaltenen Beispiel würde für einen im Alter von 28 Jahren in die Versicherung eingetretenen Arbeiter, der nach fünfjähriger Mitgliedschaft invalide wird und jährlich 6 Lire eingezahlt hat, der Zuschuß nebst den aufgelaufenen Zinsen 55 Lire betragen, so daß also auf seinem Konto 85 Lire stehen. Nach der Sterbetafel für die italienische Bevölkerung (1906) und unter Annahme einer Verzinsung von $3\frac{1}{2}$ v. H. beträgt der Kapitalwert einer jährlichen Rente von 1 Lira, zahlbar in dreimonatlichen Raten: 18,657 Lire. Das auf dem Konto des Arbeiters angesammelte Kapital von 85 Lire entspricht also einer Rente von $\frac{85}{18{,}657}$ Lire $= 4{,}55593$ Lire oder abgerundet 4,56 Lire. Aus dem Invaliditätsfonds ist demnach ein Kapital zuzuschießen, daß die Rente auf jährlich 120 Lire erhöht. Dieses Kapital ergibt sich zu $18{,}657 \cdot (120 - 4{,}55593)$ Lire $=$ $18{,}657 \cdot 115{,}44407$ Lire $= 2153{,}84$ Lire. Der Begriff der Invalidität ist im allgemeinen derselbe wie nach der Reichsversicherungsordnung (Herabsetzung des Erwerbs des Eingeschriebenen auf weniger als ein Drittel des Normalverdienstes der Arbeiter desselben Berufs und derselben Gegend). Die Entscheidung über die Bewilligung der Invalidenpension liegt einem Exekutivausschuß ob, der aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und fünf von dem Verwaltungsrat aus seiner Mitte ernannten Mitgliedern, darunter einem Arbeiter, besteht. Gegen die Entscheidung des Exekutivausschusses ist der Rekurs an den Verwaltungsrat gegeben. || Weitere italienische Einrichtungen auf einem der deutschen Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung gleichartigen Gebiete bestehen auf Grund des Gesetzes vom 28. Juli 1861 *) in Gestalt der Casse Invalidi della Marina Mercantile, von denen je eine in Genua, Livorno, Neapel, Palermo und Ancona errichtet ist. Diese Kassen sind Zwangskassen und haben zum Zwecke die Gewährung von Pensionen und anderweitigen wiederkehrenden Unterstützungen an die in die Seematrikel eingetragenen Seeleute sowie an deren

*) Legge per l'instituzione di Casse degli invalidi della Marina Mercantile in Genova, Livorno, Napoli, Palermo ed Ancona, Raccolta ufficiale delle Leggi e dei decreti del Regno d'Italia 1861 Band 2, S. 1925. Eine Übersetzung des Gesetzes ist als Anlage 3 beigefügt. Die Satzungen der einzelnen Kassen sind gleichfalls in der italienischen Gesetzsammlung veröffentlicht.

Witwen und Waisen. Das Gesetz überläßt es den durch Königliches Dekret genehmigten Satzungen der Kassen, die Höhe der Pensionen und anderweitigen Unterstützungen festzustellen. Die Kassen bezwecken ferner ohne Rücksicht auf die Eintragung in die Matrikel der Seeleute, die auf italienische Staatsangehörige beschränkt ist, auch die Unterstützung aller in- und ausländischer, unter der italienischen Nationalflagge fahrenden Seeleute, die sich unter der Einwirkung schwerer und unvorhergesehener Ereignisse von Hilfsmitteln entblößt finden (che si trovi priva di risorse sotto il peso di avvenimenti gravi ed imprevisti). Die Vermögensbestände der Kassen setzen sich zusammen aus || a) den Beiträgen, || b) dem Vermögen, das aus Schenkungen oder Vermächtnissen, der Anlegung von Geldern usw. stammt, || c) den Einnahmen, die der Kasse auf Grund besonderer gesetzlicher Vorschrift zugeführt werden.

Die Kassen stehen unter der Aufsicht der obersten Verwaltungsbehörde des Ortes, an dem sie ihren Sitz haben. Das Gesetz schreibt bestimmte, sowohl für Inländer wie für Ausländer zu zahlende Beiträge vor, die ursprünglich ausschließlich von den Seeleuten zu entrichten waren. Die Monatsbeiträge belaufen sich bei

Schiffsführern für die große Seefahrt (lungo corso) auf	5,00	Lire,
Schiffsführern für die erweiterte Küstenfahrt (gran cabotaggio) auf	3,50	„
Schiffsführern für die kleine Küstenfahrt, für den Hochseefischfang und den Fischfang im Ausland auf	2,50	„
Schiffsoffizieren auf	1,50	„
Bootsmännern auf	1,25	„
Matrosen auf	1,10	„
Schiffsjungen auf	0,80	„ .

Der Artikel 22 letzter Absatz des Gesetzes vom 31. Januar 1904 bestimmt, daß die Beiträge von den Reedern zu tragen sind, sofern es sich um Reeder handelt, die auf Grund dieses Gesetzes verpflichtet sind, die bei ihnen beschäftigten Seeleute gegen Unfall zu versichern. Reeder, die im Widerspruch damit durch Abzüge von den Löhnen die Seeleute zur Beitragsleistung an die Kasse heranziehen, werden mit Geldstrafe bis zu 4000 Lire bestraft. Falls es sich um die der Unfallversicherung nicht unterliegenden Reeder handelt, nämlich solche, welche weniger als sechs Arbeitnehmer beschäftigen, sind die Beiträge zu der Kasse von den Seeleuten, gleichviel ob Inländer oder Ausländer, selbst zu entrichten. || Die wesentlichsten Leistungen der Kassen sind die folgenden: || 1. Die Kassen gewähren für die versicherten Seeleute vom vollendeten 60. Lebensjahr an nach 20 oder 25 Dienstjahren mit Beitragsleistung jährliche Alterspensionen. Die Höhe

der Pension bemißt sich nach der Dienststellung, die der Versicherte zur Zeit ihrer Gewährung tatsächlich inne hatte, sofern er mindestens 5 Jahre, bei einer Kasse nur 3 Jahre in dieser Stelle mit Beitragsleistung gedient hat. || 2. Ferner gewähren die Kassen Pensionen für die Witwen oder in Ermangelung solcher für die Waisen der Seeleute. Die Bezüge der Witwe berechnen sich nach der Pension, die der Seemann bezogen hat oder im Falle seiner Pensionierung bezogen hätte. Die Witwenpension beträgt bei einer Kasse die Hälfte, bei den anderen zwei Fünftel der Pension des Ehemanns. Wenn außer der Witwe minderjährige Kinder vorhanden sind, beträgt die Pension bei allen Kassen die Hälfte derjenigen des Ehemanns. Die Waisenrente für Waisen allein beträgt in der Regel für eine minderjährige Waise zwei Fünftel, für zwei oder mehr die Hälfte der Pension des Vaters. || 3. Außer den unter 1 und 2 aufgeführten Bezügen, auf die sowohl den Seeleuten wie den Witwen und Waisen Rechtsansprüche zustehen, können ihnen jährlich wiederkehrende Unterstützungen (sussidi annui rinovabili) gewährt werden, wenn die für die Zubilligung der Pension bestimmten Voraussetzungen noch nicht erfüllt sind und Unterstützungsbedürftigkeit vorliegt. Die wiederkehrenden Unterstützungen können mit der Hälfte ihres Betrags in der Regel auch den Witwen und minderjährigen Waisen gewährt werden. Der Betrag ist je nach Alter und Dienstzeit in den einzelnen Kassen verschieden und schwankt zwischen 28 und 300 Lire. || 4. Der Seemann, der infolge von Sturz oder Verwundung schweren körperlichen Schaden davongetragen hat, kann ohne Rücksicht auf Alter und Dienstzeit eine jährliche Unterstützung erhalten, bei deren Höhe aber die Dienstzeit und auch die Zahl der Angehörigen zu berücksichtigen sind. Die Bezüge sind zur Hälfte auch der Witwe und den Waisen zu gewähren, wenn der Seemann durch Unfall auf dem Schiffe gestorben ist. Bei einer der Kassen besteht ein Rechtsanspruch auf diese Art der Bezüge. || 5. Außer den Pensionen und anderen wiederkehrenden Leistungen erhalten die Seeleute auch in bestimmten Fällen einmalige Unterstützungen, so namentlich beim Verlust ihrer Ausrüstung durch Schiffbruch oder andere Seeunfälle. || Die Leistungen unter 1 bis 4 stehen nach dem geltenden italienischen Rechte nur Italienern und ihren Hinterbliebenen zu.

Artikel 3.

Das Abkommen geht davon aus, daß zunächst an dem in Deutschland geltenden Rechte der Beitragspflicht für die Italiener auch dann nichts geändert wird, wenn die in Deutschland beschäftigten Italiener bei der Cassa Nazionale di Previdenza oder bei der Cassa Invalidi della Marina Mercantile eingeschrieben sind (Artikel 3 Abs. 1). Dagegen soll dem bei

einer der bezeichneten Kassen eingeschriebenen Italiener das Recht zustehen, den Antrag zu stellen, daß die Hälfte der Beiträge, die in der Zeit nach der Stellung des Antrags für ihn verwendet sind, von dem Träger der deutschen Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung an die Cassa Nazionale di Previdenza als Einzahlungen des Italieners für die Kasse, bei der er eingeschrieben ist, abgeführt werden. Dem versicherten Italiener und seinen Hinterbliebenen stehen Ansprüche auf Leistungen aus der deutschen Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung nicht zu, soweit solche Leistungen nicht aus einem vor Stellung des Antrags eingetretenen Versicherungsfall zu gewähren sind. Beiträge, die zur Hälfte an die Cassa Nazionale abzuführen sind, kommen für den Anspruch auf jene Leistungen nicht in Betracht (Artikel 3 Abs. 2 und 3). Auf diese Weise soll dem Wunsche der Italienischen Regierung Rechnung getragen werden, daß nicht mehr, wie seither in vielen Fällen, die von den italienischen Arbeitern geleisteten Zwangsbeiträge ohne nennenswerte Aussicht auf eine Gegenleistung bleiben. Der italienische Arbeiter erhält nunmehr eine gewisse Sicherheit dafür, daß die Leistung der Zwangsbeiträge nicht ohne wirtschaftlichen Vorteil für ihn bleibt. Dies soll dadurch erreicht werden, daß auf den Antrag des Italieners die auf den Anteil der Versicherten entfallende Hälfte der nach deutschem Rechte zu leistenden Beiträge an die Cassa Nazionale abgeführt wird und dort oder bei der Cassa Invalidi della Marina Mercantile zur Erhöhung der Leistungen dieser Kassen gegenüber dem betreffenden Versicherten dient. Es ist zwar vom Standpunkt des deutschen Versicherungsrechts aus nicht zu verkennen, daß in den gesamten Beiträgen, denen wegen Nichterfüllung der Wartezeit oder aus anderen gesetzlichen Gründen eine Gegenleistung nicht gegenübertreten kann, eine gewisse stille Reserve für die Versicherungsträger liegt und daß ihnen diese Reserve aus der Versicherung der Italiener seither in zahlreichen Fällen in vollem Umfang zugute gekommen ist. Anderseits bedeutet es einen Vorteil für den Versicherungsträger, wenn in Zukunft infolge der Überweisungsanträge alle Ansprüche aus der Beitragsleistung hinfällig werden, und zwar nicht nur aus der künftigen, sondern auch aus den früheren Beitragsleistungen. Ob sich im Endergebnis Gewinn und Verlust ausgleichen werden, läßt sich nicht übersehen, da nicht bekannt ist, wie groß die Zahl der der deutschen Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung angehörenden Italiener ist und wie viele von ihnen in den Genuß von Renten oder Abfindungen treten.

Artikel 4.

Nach Zweck und Wortlaut des Vertrags gilt der Artikel 3 nur für die Pflichtversicherung. Der freiwillig versicherte Italiener hat keinen Anlaß,

einen Überweisungsantrag zu stellen. Ein Antrag auf Überweisung der Hälfte von freiwilligen Beiträgen würde vom deutschen Standpunkt aus auch nicht zugelassen sein, da der Italiener nur gegen mögliche Nachteile geschützt werden soll, die in der Leistung von Zwangsbeiträgen für ihn liegen. Die Überweisung des Wertes der Zusatzmarken kann demnach auch nur in Frage kommen, soweit Zusatzmarken im Anschluß an die Pflichtversicherung entrichtet werden. Dies wird im Artikel 4 ausgesprochen.

Artikel 5.

In diesem Artikel ist dem Wunsche der Italienischen Regierung Rechnung getragen worden, daß für die Erhaltung der Anwartschaft auf die Leistungen aus der deutschen Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung die Erfüllung der Pflicht zum aktiven Militärdienst in Italien der Erfüllung der deutschen Wehrpflicht gleichgestellt werde. Selbstverständlich gilt die Zeit der Erfüllung jener Pflicht in Italien nicht etwa auch als Beitragszeit im Sinne von § 1393 Nr. 1 der Reichsversicherungsordnung. Eine dem Artikel 5 entsprechende Gegenleistung Italiens war, wie gleich hier bemerkt werden soll, zugunsten der deutschen Arbeiter in Italien nicht auszubedingen, da das italienische Recht ein Erlöschen der Anwartschaft nicht kennt.

Artikel 6.

Als eine dem Sinne des § 157 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung entsprechende Gegenleistung für die Vorteile, die deutscherseits den im Inland versicherten Italienern nach den Artikeln 3 bis 5 eingeräumt werden, ist es zunächst anzusehen, daß in Abweichung von dem jetzt in Italien geltenden Rechte, wonach nur italienische Staatsangehörige der Cassa Nazionale di Previdenza beitreten können, auch Deutschen das Recht eingeräumt wird, dieser Kasse, und zwar, soweit nicht im Vertrage selbst ein anderes bestimmt ist, unter denselben Bedingungen und mit denselben Wirkungen wie Italiener beizutreten.

Artikel 7.

Die Deutschen werden in der Cassa Nazionale di Previdenza allgemein unter der Bedingung der Rückgewähr der Einzahlungen versichert. Wie bereits oben erwähnt, unterscheidet das italienische Gesetz vom 30. Mai 1907 (Artikel 13 Abs. 4) zwischen Einzahlungen zugunsten der Gegenseitigkeit und solchen Einzahlungen, deren Rückzahlung an Ehegatten, Kinder, Eltern oder sonstige Verwandte für den Fall vorbehalten werden kann, daß der Versicherte vor Eintritt des Versicherungsfalls (Erreichung eines bestimmten Alters oder Eintritt der Invalidität) verstirbt. Sind solche

Rückzahlungen vorgesehen, so werden die Leistungen nach dem Tarife des vorbehaltenen Kapitals (der vorbehaltenen Beiträge) berechnet, der, wie die oben gegebenen Beispiele zeigen, etwas geringere Leistungen aufweist als der Tarif der Gegenseitigkeit. Da die von Deutschen geleisteten Einzahlungen, vorbehaltlich des Eintritts des Versicherungsfalls, sowohl beim Todesfall als beim Verlassen des italienischen Staatsgebiets auf Antrag zurückgezahlt werden müssen, war die Anwendung jenes Tarifs von deutscher Seite zuzugestehen. || Zur Vermeidung von Zweifeln ist die Frage, von wem die Rückgewähr der Einzahlungen beantragt werden kann, in dem Protokoll über den Austausch der Ratifikationsurkunden und die dabei abgegebenen Erklärungen vom 25. März 1913 dahin klargestellt worden, daß der Antrag von jedem Beteiligten ausgehen kann.

Artikel 8.

Nach italienischem Rechte hat dasjenige Mitglied der Cassa Nazionale, welches die Arbeitereigenschaft (Artikel 13 Abs. 1 des italienischen Gesetzes vom 30. Mai 1907) verliert, nicht mehr Anrecht auf die Zuschußquoten und wird in das Register der gleichfalls von der Cassa Nazionale betriebenen Volksversicherung übertragen. Da es immerhin zweifelhaft sein kann, in welchem Umfang ein Anspruch auf Rückerstattung von Beiträgen in der nach anderen Grundsätzen als denen der Arbeiterversicherung betriebenen Volksversicherung anerkannt werden wird, ist vereinbart worden, daß für den deutschen Versicherten mit dem Übergang der Verlust der Beiträge nur dann verbunden ist, wenn er sich mit dem Übergang ausdrücklich einverstanden erklärt hat.

Artikel 9.

Die Casse Invalidi della Marina Mercantile gewährt, nach den Ausführungen in der Vorbemerkung, obwohl unter Umständen auch ausländische Arbeitnehmer zu den Beiträgen herangezogen werden, den ausländischen Seeleuten nur verhältnismäßig untergeordnete Nebenleistungen. In dieser Richtung hat die Italienische Regierung im Abkommen das Zugeständnis gemacht, daß Deutsche für die Versicherung bei den bezeichneten Marinekassen den Italienern völlig gleichgestellt werden und daß auch dem bei einer Marinekasse versicherten Deutschen, der vor Eintritt des Versicherungsfalls das italienische Staatsgebiet verläßt, ohne zur Besatzung eines italienischen Seefahrzeugs zu gehören, auf seinen Antrag die für ihn gemachten Einzahlungen zurückgewährt werden.

Artikel 10.

Da die in Deutschland versicherten Italiener, soweit das Abkommen nichts Gegenteiliges enthält, in allen Beziehungen den Vorschriften des

deutschen Versicherungsrechts unterliegen, so war es billig, dem Verlangen der Italienischen Regierung entsprechend darauf einzugehen, daß gewisse Beschränkungen, denen der Rentengenuß der Italiener nach deutschem Rechte ausgesetzt ist, auch gegenüber den Deutschen gelten, die nach italienischem Rechte Renten beziehen. Dies wird im Artikel 10 bestimmt; der Artikel entspricht in seinem Abs. 1 dem § 1313 Nr. 1 und dem § 1316 der Reichsversicherungsordnung, im Abs. 2 dem § 1313 Nr. 2 und im Abs. 3 dem § 1317 Nr. 1.

Artikel 11.

Eine Abfindung im Sinne der §§ 1316, 1317 der Reichsversicherungsordnung kennt das gegenwärtig geltende italienische Recht nicht. Es war daher im Artikel 11 eine Bestimmung darüber zu treffen, daß über die Abfindung in demselben Verfahren entschieden wird, welches für Rentenansprüche in der italienischen Invalidenversicherung vorgeschrieben ist (zu vergleichen Artikel 14 Nr. 7 und Artikel 9 Nr. 5 des Statuts der Cassa Nazionale).

Artikel 12.

In diesem Artikel ist die Anwendbarkeit der Artikel 6 ff. für den Fall ausgesprochen, daß die italienische Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung auf weitere Personenkreise erstreckt wird. Gegenwärtig bezieht sich — von der Versicherung der Seeleute abgesehen — die Versicherungsmöglichkeit bei der Cassa Nazionale nur auf Handarbeiter, die nicht mehr als 30 Lire jährliche Staatssteuer entrichten.

Dritter Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

Artikel 13.

Der Artikel entspricht mit durch die Einbeziehung der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung gegebenen Erweiterung dem Artikel 9 Satz 1 des deutsch-belgischen Abkommens der Unfallversicherung vom 6. Juli 1912 (Reichs-Gesetzbl. 1913 S. 23).

Artikel 14.

Im Artikel 14 ist gemäß dem Wunsche der Italienischen Regierung vereinbart, daß diese der Deutschen Regierung ein Verzeichnis von Ärzten, Kliniken, Krankenhäusern usw. mitteilt, die bei der Durchführung der deutschen Arbeiterversicherung für ärztliche Behandlung usw. besonders geeignet sind. Auch hat sich die Italienische Regierung verpflichtet, dafür zu sorgen, daß sich die Kosten für die Inanspruchnahme der so bezeichneten Ärzte und Krankenhäuser in mäßigen Grenzen halten. Das Verlangen

der Italienischen Regierung ging ursprünglich dahin, die deutschen Versicherungsträger zu verpflichten, Untersuchungen usw. in den italienischerseits bezeichneten Krankenhäusern und durch bestimmte Ärzte vornehmen zu lassen. Auf dieses Verlangen konnte indessen schon deshalb nicht eingegangen werden, weil die deutsche Gesetzgebung keine Ermächtigung dazu gibt, die Versicherungsträger zur Inanspruchnahme bestimmter Ärzte und Krankenhäuser zu verpflichten.

Artikel 15.

Dieser Artikel entspricht dem Artikel 10 des deutsch-belgischen Abkommens vom 6. Juli 1912.

Artikel 16.

Durch den Artikel 16 ist einem Wunsche der Italienischen Regierung entsprochen worden, indem der deutsche Versicherungsträger verpflichtet wird, von dem Abschluß der Unfalluntersuchung, wenn es sich um den Unfall eines Italieners handelt, der italienischen Konsularbehörde Nachricht zu geben, und dieser das Recht eingeräumt wird, Einsicht in die Untersuchungsverhandlungen und die weiteren Verhandlungen zu verlangen. Auch die entsprechende Anwendbarkeit dieser Vertragsbestimmung auf dem Gebiete der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung konnte zugestanden werden.

Artikel 17.

Eine Erleichterung und Verbilligung des Verfahrens bedeutet es für die deutschen Versicherungsträger und Versicherungsbehörden, wenn sie gemäß Artikel 17 in den dort vorgesehenen Fällen bei Beweiserhebungen in Italien die Vermittelung der italienischen Konsularbehörde in Anspruch nehmen können und die dann herbeigeführten Erhebungen kostenfrei sind.

Artikel 18.

Bestimmungen über die Zustellungen in Angelegenheiten der deutschen Arbeiterversicherung sind in den §§ 135, 136 der Reichsversicherungsordnung enthalten. Danach können Zustellungen, die eine Frist in Lauf setzen, durch eingeschriebenen Brief geschehen (§ 135 Abs. 1). Der Postschein begründet nach zwei Jahren seit seiner Ausstellung die Vermutung dafür, daß in der ordnungsmäßigen Frist nach der Einlieferung zugestellt worden ist (Abs. 2). Wer nicht im Inland wohnt, hat auf Verlangen einen Zustellungsbevollmächtigten zu benennen (§ 136 Abs. 1). Ist der Aufenthalt unbekannt oder wird der Zustellungsbevollmächtigte nicht in der gesetzlichen Frist benannt, so kann die Zustellung durch einwöchigen Aushang in den Geschäftsräumen der Behörde oder Stelle ersetzt werden; die Frist darf nicht

kürzer als ein Monat sein (Abs. 2). || Für die fremdsprachigen ausländischen Arbeiter, im gegebenen Falle also für die Italiener, besteht, zumal wenn sie sich außerhalb des Deutschen Reichsgebiets aufhalten, ein berechtigtes Interesse daran, daß der Inhalt der Schriftstücke, die ihnen in Durchführung der deutschen Versicherung zugestellt werden, ihnen durch Übersetzung und Erklärung verständlich gemacht wird, sowie daß sie von zuverlässiger Seite darüber beraten werden, was sie daraufhin nach Lage der Umstände und des ihnen im allgemeinen nicht näher bekannten deutschen Gesetzes zu tun haben, um ihre Rechte zu wahren. Das gilt namentlich für die — wichtigeren — Fälle, in denen bestimmte Fristen zur Wahrung der Rechte gegenüber den in dem Schriftstück enthaltenen Verfügungen einzuhalten sind. Die Italienische Regierung hatte deshalb vorgeschlagen, in dem Abkommen zu bestimmen, daß, wenn für die Durchführung der deutschen Unfallversicherung oder der deutschen Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung Zustellungen, die den Lauf von Fristen bedingen, an Italiener zu bewirken sind, die sich nicht im Gebiete des Deutschen Reichs aufhalten und deren Aufenthalt bekannt ist, der deutsche Versicherungsträger oder die deutsche Behörde dazu die Vermittelung der italienischen Konsularbehörde in Anspruch zu nehmen habe, in deren Bezirke die Stelle ihren Sitz hat. Die Konsularbehörde soll das Schriftstück durch die Post an den Berechtigten weiter senden und binnen einer Woche nach Empfang des Schriftstücks die Bescheinigung der Post über die Einlieferung der die Zustellung betreibenden Stelle übermitteln. Diese Frist von längstens einer Woche ist dazu bestimmt, dem Konsul die Möglichkeit zu geben, das Schriftstück, soweit nötig, zu übersetzen und ihm geeignete Erklärungen und Ratschläge für den Berechtigten beizufügen. Der diesem Vorschlag zugrunde liegende Gedanke einer sachgemäßen Durchführung der deutschen Arbeiterversicherung auch Ausländern gegenüber und einer geeigneten Wahrung ihrer berechtigten Interessen war auch von deutscher Seite anzuerkennen. Die Zustellung durch Vermittelung des Konsuls soll eine besondere Maßnahme bilden, die unter den erwähnten Voraussetzungen an die Stelle der unmittelbaren Zustellung in der sonst gesetzlich vorgesehenen Art tritt und dieser nur dann Platz macht, wenn die Zustellung durch Vermittelung des Konsuls nicht zum Ziele geführt hat oder ihre allgemeine Vorbedingung, das Bekanntsein des Aufenthalts, entfällt. In den bezeichneten Grenzen soll die konsularische Zustellung also auch vor die Zustellung an den Zustellungsbevollmächtigten treten, dessen Benennung die betreibende Stelle nach § 136 der Reichsversicherungsordnung verlangen kann, ebenso auch vor die Zustellung durch Aushang, die für den Fall vorgesehen ist, daß der Zustellungsbevollmächtigte nicht in der gesetzten Frist

benannt wird. Da der Ausländer bei der Auswahl der Person des Zustellungsbevollmächtigten durch das Gesetz nicht beschränkt ist, so ist nach den tatsächlichen Verhältnissen die Gefahr nicht ausgeschlossen, daß er bei dieser Auswahl auf eine Person verfällt, die nicht geeignet ist und der es insbesondere nicht so sehr um die sachgemäße Wahrung der Interessen des Berechtigten, als darum zu tun ist, die Vermittelung zu ihrem eigenen Vorteil auszubeuten. Insofern liegt das Eintreten des sachverständigen und zuverlässigen Konsuls an Stelle eines Zustellungsbevollmächtigten und die damit geförderte sachgemäße Behandlung des Falles im wohlverstandenen Interesse nicht nur der anspruchsberechtigten Ausländer, sondern auch der deutschen Versicherungsträger und Versicherungsbehörden. || Eine entsprechende Regelung hätte in der Weise erfolgen können, daß das Abkommen dem italienischen Konsul unmittelbar die Stellung eines Zustellungsbevollmächtigten zuwies; die Folge wäre, daß die Zustellung der Schriftstücke an den Konsul die Wirkung der Zustellung an den Berechtigten selbst, insbesondere auch für den Beginn des Fristenlaufs, haben würde. Von einer solchen Regelung ist jedoch abgesehen worden. Denn es würde zu weit gehen, und zwar auch im umgekehrten Falle (Artikel 19) auf deutscher Seite, den Konsuln die Pflichten förmlicher Zustellungsbevollmächtigten aufzuerlegen, ohne daß die Berechtigten freiwillig dabei mitgewirkt oder mit dem Konsul Fühlung genommen haben. Anderseits war bei Annahme des italienischen Vorschlags mit der Möglichkeit zu rechnen, daß infolge der Einschiebung des Konsuls lediglich als Mittelglieds die Rente in gewissen Fällen zum Nachteil der deutschen Versicherungsträger länger zu zahlen ist als bei Zustellung ohne dieses Zwischenglied. Hierbei ist insbesondere an die Fälle zu denken, in denen ein berufungsfähiger Bescheid über Herabsetzung oder Entziehung der Rente zuzustellen ist (§§ 610, 955, 1155, 1308 der Reichsversicherungsordnung). In diesen Fällen wird der Bescheid mit Ablauf des auf die Zustellung folgenden Monats wirksam. Teilt nun der Versicherungsträger seinen Bescheid dem Konsul erst gegen Ende des Monats mit, so kann es vorkommen, daß der Bescheid vom Konsul mit Rücksicht auf die diesem gewährte einwöchige Frist erst im folgenden Monat an den Berechtigten gelangt, während der Versicherungsträger den Bescheid unmittelbar an den Berechtigten noch im Monat der Absendung hätte zustellen können; in einem solchen Falle würde bei der Zustellung durch Vermittelung des Konsuls der Versicherungsträger einen vollen Monat länger die bisherige Rente zahlen müssen als bei unmittelbarer Zustellung. Den mit Rücksicht hierauf hervorgetretenen Bedenken gegen den italienischen Vorschlag ist jedoch eine ausschlaggebende Bedeutung nicht beigemessen worden. Zunächst müssen die Fälle ausgeschieden werden, in

denen die Absendung des zuzustellenden Schriftstücks so spät erst im Monat erfolgen kann, daß es auch bei unmittelbarer Zustellung nicht mehr vor Ablauf dieses Monats zugestellt werden könnte. Im übrigen werden die Versicherungsträger meist in der Lage sein, den Erlaß der zuzustellenden Bescheide und dann auch deren Absendung zeitlich so zu legen, daß bei Rücksichtnahme auf die dem Konsul im Artikel 18 gewährte Frist von einer Woche die Zustellung in demselben Monat wie bei unmittelbarer Zustellung erfolgt, ein Nachteil für den Versicherungsträger also nicht erwächst. Um in dieser Hinsicht aber noch eine weitere Gewähr zu bieten, ist in das Protokoll über den Austausch der Ratifikationsurkunden und die dabei abgegebenen Erklärungen vom 25. März 1913 die Feststellung aufgenommen worden, daß die beiderseitigen Regierungen ihre beteiligten Konsularbehörden anweisen werden, die Vermittelung in allen Fällen mit tunlichster Beschleunigung eintreten zu lassen. Insbesondere sollen die Konsularbehörden auf Verlangen der die Zustellung betreibenden Stelle das zuzustellende Schriftstück, sofern dieses von einer Abschrift begleitet ist, alsbald nach dem Eingang zur Absendung bringen. Der deutsche Versicherungsträger hat es hiernach in der Hand, die Beförderung, wo es not tut, so zu beschleunigen, daß durch die konsularische Vermittelung regelmäßig ein Nachteil nicht eintritt. Anderseits bietet der Artikel 18 den deutschen Versicherungsträgern erhebliche Vorteile. Denn auch, ohne daß sie die Vermittelung von Zustellungsbevollmächtigten in Anspruch zu nehmen brauchen, die leicht ungünstig auf den Betrieb der Sache wirken, werden ihnen die Kosten der Zustellung ins Ausland und auch die geschäftlichen Weiterungen daraus zunächst von den italienischen Konsuln abgenommen, die in ihrem Heimatland dafür im allgemeinen besser zu sorgen in der Lage sind als die deutschen Versicherungsträger. Einem etwaigen Einwand gegenüber, daß durch die im Artikel 18 vorgeschriebene Vermittelung des Konsuls die Versicherungsträger auch noch auf längere Zeit hinaus gehindert seien, ihrerseits die Zustellung wieder in die Hand zu nehmen, ist zunächst auf die Bestimmungen des Artikel 18 Abs. 2 Satz 2, 3 hinzuweisen. Danach hat der Versicherungsträger allgemein und ohne zeitliche Einschränkung, also auch schon bei Abgabe des zuzustellenden Schriftstücks an den Konsul, das Recht, von diesem Feststellungen über Verbleib und Aushändigung des Schriftstücks sowie die Mitteilung der Auskunft der Postbehörde und die unverzügliche Rückgabe des an den Konsul unbestellt zurückgelangten Schriftstücks zu verlangen. Es wird also Sache des deutschen Versicherungsträgers sein, dieses Verlangen gegebenenfalls gleich bei Absendung des zuzustellenden Schriftstücks in allen Fällen zu stellen, in denen er dazu Anlaß zu haben glaubt. Für die Verpflichtung des Konsuls zur Beschleunigung auch dieser

Tätigkeit gilt der Artikel 18 selbst in Verbindung mit den oben erwähnten Weisungen an die Konsularbehörden. In dem Protokoll vom 25. März 1913 ist überdies nach dieser Richtung zum Ausdruck gekommen, daß die Konsularbehörden der die Zustellung betreibenden Stelle auf deren Verlangen unverzüglich davon Mitteilung machen werden, wenn die Zustellung aus irgendwelchem Grunde durch die Post nicht ohne weiteres hat erfolgen können. Ergibt sich aus dieser Mitteilung, daß der Aufenthalt des Berechtigten nicht bekannt ist, so entfällt damit die im Artikel 18 Abs. 1 vorgesehene Voraussetzung der konsularischen Vermittelung, und der deutsche Versicherungsträger hat wieder freie Hand, unabhängig von dem Abkommen auf andere zulässige Weise zuzustellen, ebenso wie in dem Falle, wenn die Vermittelung der Postbehörde sonst ohne Erfolg in Anspruch genommen worden ist (Abs. 4).

Artikel 19.

Ein Bedürfnis dafür, ein den Artikeln 16 bis 18 entsprechendes Verfahren bei der Durchführung der italienischen Arbeiterversicherung Deutschen gegenüber einzuführen, liegt zurzeit nicht vor. Der Artikel 19 bietet aber die Möglichkeit, ein solches Verfahren den Grundsätzen der Gegenseitigkeit entsprechend jederzeit, wenn es auf deutscher Seite angezeigt erscheint, zur Einführung zu bringen. Hierauf ist in der Fassung des vorstehend erwähnten Protokolls vom 25. März 1913 Rücksicht genommen worden

Artikel 20.

In diesem Artikel ist eine Verständigung im Wege des Notenaustausches zur Erleichterung von Zahlungen aus der Arbeiterversicherung des einen Landes an Berechtigte im anderen Lande vorbehalten. Im Artikel 11 des deutsch-belgischen Abkommens vom 6. Juli 1912 ist bereits vereinbart worden, daß der Zahlungspflichtige derartige Zahlungen an die Konsularbehörde des Landes, in deren Bezirk er seinen Wohnsitz oder Sitz hat, wirksam leisten kann und daß die Konsularbehörde die Einreichung der erforderlichen Bescheinigungen (über Leben, Witwenstand usw.) zu vermitteln hat. In den Verhandlungen mit Italien über das vorliegende Abkommen ist es zu einer Verständigung über diesen oder einen anderen bestimmten Weg zur Erleichterung der Zahlungen aus dem einen Lande zum anderen Lande noch nicht gekommen. Es erschien deshalb angezeigt, durch den Vorbehalt des Artikel 20 das spätere Zustandekommen einer solchen Verständigung zu erleichtern. Bis zu solchen besonderen Abreden bestimmt in Deutschland nach §§ 729, 1386 der Reichsversicherungsordnung das Reichsversicherungsamt, wie an Empfänger zu zahlen ist, die sich gewöhnlich

im Ausland aufhalten. (Zu vergleichen die Ausführungsbestimmungen des Reichsversicherungsamts über die Zahlung der Unfallentschädigung vom 2. November 1912 Abschnitt II, Amtliche Nachrichten des Reichsversicherungsamts 1912 S. 957, sowie die auf Grund der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung zu leistenden Zahlungen vom 7. Dezember 1911 Abschnitt II, a. a. O. 1911 S. 627.)

Artikel 21.

Dieser Artikel entspricht dem Artikel 12 des deutsch-belgischen Abkommens.

Vierter Abschnitt.

Schlußbestimmungen.

Artikel 22, 23.

Die in diesen Artikeln vorbehaltenen Zusatzabkommen über die Ausdehnung der Gleichstellung von Deutschen und Italienern gegenüber den beiderseitigen Versicherungsgesetzen auf das Gebiet der landwirtschaftlichen Unfallversicherung über den Absatz 2 des Artikel 1 hinaus und der Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung würden nach Form und Inhalt den allgemeinen Vorschriften über derartige Abkommen unterliegen.

Artikel 24.

Der Artikel entspricht dem Artikel 17 Abs. 1 des deutsch-belgischen Abkommens.

Artikel 25.

Dieser Artikel enthält die Bestimmungen über das Inkrafttreten und das Außerkrafttreten des Abkommens.

Übersetzung. Anlage 1.

Auszug aus dem italienischen Gesetz über die Unfälle der Arbeiter beim Betriebe vom 31. Januar 1904.

Titel I.

Umfang der Anwendung des gegenwärtigen Gesetzes.

Artikel 1.

Das gegenwärtige Gesetz findet Anwendung auf Arbeiter, welche beschäftigt sind: || 1. in Bergwerken, Steinbrüchen, Torfgräbereien sowie beim Aufladen, Fortschaffen und Abladen der geförderten Stoffe; bei Unternehmungen zur Errichtung und Abtragung von Gebäuden sowie beim Auf-

laden, Fortschaffen und Abladen der bezüglichen Materialien; bei Unternehmungen zur Herstellung von Gas oder elektrischer Kraft und bei Telephonbetrieben; bei Unternehmungen zur Legung, Ausbesserung und Verlegung von elektrischen Leitungen und von Blitzableitern; in Gewerben, welche Explosivstoffe erzeugen oder verwenden; in Arsenalen oder Schiffswerften; || 2. in den folgenden Betrieben und Unternehmungen, wenn darin mehr als fünf Arbeiter beschäftigt werden: Bau oder Betrieb von Eisenbahnen oder Straßenbahnen mit mechanischem Antrieb; Beförderungsunternehmungen zu Lande, auf Flüssen, Kanälen und Seen; Seeschiffahrtsbetriebe einschließlich der Fischerei über 10 km von der Küste und der Schwamm- und Korallenfischerei; Ein- und Ausladungsbetriebe; kulturtechnische Arbeiten; Arbeiten zur Ausgleichung von Abstürzen und Ausspülungen im Gebirge; Unternehmungen zum Abschlagen oder Lichten von Bäumen in den Wäldern und zur Beförderung der Hölzer bis zu den gewöhnlichen Stapelplätzen am Ufer von Flüssen und Bächen oder an fahrbaren Straßen und zum Herabwerfen der Hölzer von den Stapelplätzen in die Flüsse und Bäche; Bau und Ausbesserung von Häfen, Kanälen und Dämmen; Bau, Ausbesserung und Abtragung von Schiffen; Bau und Ausbesserung von Brücken, Tunneln und gewöhnlichen Staats-, Provinzial- und Kommunalstraßen; || 3. in Gewerbebetrieben, in denen Maschinen zur Verwendung kommen, sofern die beiden folgenden Bedingungen zusammentreffen: daß die Maschinen nicht unmittelbar von dem Arbeiter, der sie benutzt, bewegt werden und daß in dem Betriebe mehr als fünf Arbeiter beschäftigt sind; || 4. bei der Bedienung von Maschinen, die durch leblose Kraft bewegt werden, und von deren Motoren, sofern die Maschinen gewerblichen oder landwirtschaftlichen Zwecken dienen; || 5. bei der Bedienung von Kanonen und anderen Schießapparaten gegen Hagelschlag. || Das Gesetz findet auch Anwendung auf die Proviantbetriebe, die zur Proviantverwaltung der Kriegsmarine gehören.

Titel III.

Versicherung.

Artikel 9.

Die dem Arbeiter zugesicherten Entschädigungen für die im Artikel 7 erwähnten Unfälle sind, wie folgt, zu bemessen: || 1. im Falle dauernd völliger Erwerbsunfähigkeit beträgt die Entschädigung das Sechsfache des Jahreslohns, jedoch nicht weniger als 3000 Lire; || 2. im Falle dauernder beschränkter Erwerbsunfähigkeit das Sechsfache des Teiles, um den der Lohn sich verringert hat oder verringern kann, wobei aber der Jahreslohn im Sinne dieser Vorschrift niemals auf weniger als 500 Lire angenommen werden darf; || 3. im Falle vorübergehender völliger Erwerbsunfähigkeit besteht die Ent-

schädigung in einem Tagegeld in Höhe der Hälfte des Lohnes, den der Arbeiter zur Zeit des Unfalls bezog, und ist zahlbar für die ganze Dauer der Erwerbsunfähigkeit; || 4. im Falle vorübergehender beschränkter Erwerbsunfähigkeit besteht die Entschädigung in einem Tagegeld in Höhe der Hälfte derjenigen Einbuße, welche zufolge dieser Erwerbsunfähigkeit der Lohn erfährt, den der Arbeiter zur Zeit des Unfalls bezog; die Entschädigung ist für die ganze Dauer der Erwerbsunfähigkeit zu zahlen; || 5. im Falle der Tötung beträgt die Entschädigung das Fünffache des Jahreslohns. || Die den Lehrlingen geschuldeten Entschädigungen werden auf Grund des Mindestlohns berechnet, den gleichartige Arbeiter in demselben Gewerbe verdienen. || Bei jedem Unfall hat der Leiter oder Inhaber des Unternehmens, Betriebs oder Baues die Kosten für die erste unmittelbare ärztliche und pharmazeutische Hilfe und für das ärztliche Gutachten zu tragen.

Übersetzung. Anlage 2.

Auszug aus dem italienischen Gesetz über die Unfälle der Arbeiter beim Betriebe vom 31. Januar 1904.

Titel IV.

Besondere Vorschriften für die Seeschiffahrtsbetriebe.

Artikel 21.

Als Arbeiter im Sinne dieses Gesetzes gelten alle Personen, die zur Besatzung eines unter italienischer Flagge fahrenden Schiffes gehören, sei es daß sie Lohn oder Gehalt beziehen, mit Ausnahme des gewöhnlichen Lotsen. || Diejenigen aber, deren Lohn oder Gehalt 2100 Lire jährlich übersteigt, genießen nicht die Vorteile dieses Gesetzes. || Als Unternehmer im Sinne dieses Gesetzes gelten die Ausrüster der Schiffe oder diejenigen, die als solche vom Gesetze bezeichnet werden.

Artikel 22.

(Artikel 19 des Gesetzes vom 29. Juni 1903, Nr. 243.)

Die in diesem Gesetz auferlegte Versicherungsverpflichtung befreit nicht von der Gewährung freier Kur und von der Zahlung des Lohnes in dem Falle und der Art, wie dies in den Artikeln 537, 539 des Handelsgesetzbuchs vorgeschrieben ist. || Die tägliche Entschädigung in der durch Artikel 9 Nr. 3, 4 vorgeschriebenen Höhe läuft in den durch Artikel 537 des Handelsgesetzbuchs bestimmten Fällen von dem Tage ab, an welchem die Zahlung des nach Maßgabe dieses letzten Artikels zu gewährenden Lohnes aufhört. ||

In den Fällen des Artikel 9 Nr. 1, 2, 5 wird das Maß der Entschädigung für Seeleute, wie folgt, herabgesetzt: || 1. im Falle dauernder völliger Erwerbsunfähigkeit soll die Entschädigung dem vierfachen Jahreslohne gleich sein, aber nicht weniger als 2000 Lire betragen; || 2. im Falle dauernd beschränkter Erwerbsunfähigkeit soll die Entschädigung das Vierfache der eingetretenen oder voraussichtlichen Verringerung des Jahreslohns betragen, der jedoch bei Anwendung dieser Vorschrift nicht unter 500 Lire angenommen werden soll; || 3. im Falle der Tötung soll die Entschädigung dem dreifachen Jahreslohne gleich sein. || Von dem Tage ab, an dem dieses Gesetz in Kraft tritt, gehen die Beiträge an die Invalidenkasse der Handelsflotte ausschließlich auf Kosten der Reeder, auf die auch der letzte Absatz des Artikel 7 Anwendung findet.

Übersetzung. Anlage 3.

Gesetz betreffend die Errichtung von Invalidenkassen für die Handelsmarine in Genua, Livorno, Neapel, Palermo und Ancona.

Vom 28. Juli 1861.

Viktor Emanuel II., von Gottes Gnaden und durch den Willen der Nation König von Italien. || Der Senat und die Kammer der Abgeordneten haben angenommen; || Wir haben gebilligt und tun kund, was folgt:

Artikel 1.

Es sind fünf juristische Personen unter der Bezeichnung „Invalidenkasse der Handelsmarine“ mit dem Sitze in den Städten Genua, Livorno, Neapel, Palermo und Ancona zu errichten.

Artikel 2.

Diese Errichtung hat zum Zweck: || a) den in die Matrikeln der Seeleute eingeschriebenen Invaliden, die Beiträge an die Kasse geleistet haben, ihren Witwen und Waisen Pensionen oder Unterstützungen zu gewähren; || b) den unter der Nationalflagge fahrenden Seeleuten, die sich unter der Einwirkung schwerer und unvorhergesehener Ereignisse von Hilfsmitteln entblößt finden, Beihilfen zu gewähren.

Artikel 3.

Das Stammvermögen jeder Kasse setzt sich zusammen: || a) aus den Beiträgen, welche die Bemannungen der einheimischen Schiffe nach Maßgabe der dem gegenwärtigen Gesetze beigegebenen Tabelle zu leisten haben; ||

b) aus dem Vermögen, das aus Schenkungen oder Vermächtnissen, Anlegung von Geldern oder aus Erwerbungen stammt; || c) aus den Einnahmen, die der Kasse auf Grund besonderer gesetzlicher Bestimmungen zugeführt werden.

Artikel 4*).

Artikel 5.

Die Einkünfte der Invalidenkassen sind unter Anwendung der fiskalischen Vorrechte einzuziehen, mit Ausnahme derjenigen, die aus Renten, Darlehen und anderen ähnlichen Quellen fließen.

Artikel 6.

Die Steuereinnehmer dürfen mit den Einziehungen für Rechnung der Invalidenkassen beauftragt werden.

Artikel 7.

Mittels entsprechenden Reglements, das durch Königliche Verordnung zu genehmigen ist, ist Vorsorge zu treffen: || a) wegen der Einrichtung von Verwaltungsräten, die gewählt werden und denen die Verwaltung dieser Kassen anzuvertrauen ist; b) wegen der Art und Form der Verwaltung und Rechnungsführung.

Artikel 8.

Die Erfordernisse zur Erlangung der Pensionen und Unterstützungen, die Beträge und die Grundsätze für die Gewährung sind im Verhältnis zu den Hilfsmitteln jeder Kasse durch eine besondere Satzung, die von den gewählten Verwaltungsräten aufzustellen und durch Königliche Verordnung zu genehmigen ist, festzusetzen.

Artikel 9.

Die Präfekten der Seebezirke, in denen die Kassen ihren Sitz haben, sind Präsidenten der Verwaltungsräte mit entscheidender Stimme.

Artikel 10.

Die Invalidenkassen werden unter die Aufsicht der obersten Verwaltungsbehörde des Ortes gestellt, in dem sie ihren Sitz haben.

Artikel 11.

Von der obersten Verwaltungsbehörde des Ortes, in dem die Kassen ihren Sitz haben, sind zu genehmigen: || a) die Voranschläge der Bilanzen

*) Nicht abgedruckt, enthält Vorschriften über die örtliche Zuständigkeit der einzelnen Kassen.

und die Rechnungen über die Ausgaben; || b) die Verträge über die Erwerbung oder Veräußerung von Liegenschaften sowie die Annahme oder die Ablehnung von Schenkungen und Vermächtnissen; || c) die Beschlüsse, durch die Pensionen oder Unterstützungen gewährt werden, und im allgemeinen alle Beschlüsse, die auf das Vermögen der Kasse Bezug haben und nicht die Ausführung der Bilanzen oder anderer ordnungsmäßig genehmigter Beschlüsse betreffen.

Artikel 12.

Die oberste Verwaltungsbehörde des Ortes, in dem die Kassen ihren Sitz haben, hat vor der Genehmigung des Voranschlags der Bilanz und der Rechnung über die Ausgaben beide dem Marineminister mitzuteilen, der, wenn er gegen sie Ausstellungen zu machen hat, diese binnen vierzehn Tagen zur Kenntnis der bezeichneten Behörde zu bringen hat.

Artikel 13.

Die Genehmigung, von welcher der vorhergehende Artikel handelt, ergibt sich aus dem „Gesehen", das von der obersten Verwaltungsbehörde des Ortes, in dem die Kassen ihren Sitz haben, auf das Protokoll gesetzt wird. || Die Ablehnung der Genehmigung muß begründet werden.

Artikel 14.

Gegen die Entscheidungen der obersten Behörde kann die Verwaltung der Kasse Beschwerde beim König einlegen, der nach vorgängiger Begutachtung des Falles durch den Staatsrat entscheidet.

Artikel 15.

Diejenigen, welche sich durch die Entscheidungen der Verwaltungsräte beschwert fühlen, können dagegen bei der obersten Verwaltungsbehörde Einspruch erheben; gegen deren Entscheidungen ist die Beschwerde an den König zugelassen, der nach Anhörung des Staatsrats entscheidet.

Artikel 16.

Die oberste Verwaltungsbehörde überwacht den regelmäßigen Gang der Verwaltung der Kasse und untersucht erforderlichenfalls durch besondere Kommissare deren Verhältnisse, ermittelt, ob die Gesetze und Satzungen beobachtet werden, und kann zu jeder Zeit zur Feststellung des Kassenbestandes schreiten.

Artikel 17.

Wenn eine Verwaltung, nachdem sie dazu aufgefordert worden ist, sich nicht nach den Reglements richtet und die ihr auferlegten Verpflichtungen nicht erfüllt, oder sich weigert, im Interesse der Kasse Vorkehrungen zu

treffen, so kann sie nach vorgängiger Einholung des Votums des Staatsrats durch Königliche Verordnung aufgelöst werden. Durch dieselbe Verordnung sind Vorkehrungen wegen der Verwaltung der Kasse hinsichtlich der einfachen laufenden Geschäfte zu treffen. || Die neue Verwaltung muß binnen dreier Monate gebildet werden.

Artikel 18.

Es werden aufgehoben die in Genua bestehende Spar- und Wohltätigkeitskasse für die Invaliden der Marine, die Rückerstattungskasse (cassa del riscotto) in Livorno, die Unterstützungskasse für die Invaliden der Marine in Ancona. || Die neue in Genua errichtete Kasse erwirbt die Aktiva und Passiva der aufgehobenen Spar- und Wohltätigkeitskasse; die in Livorno errichtete erwirbt die Aktiva und Passiva der aufgehobenen Rückerstattungskasse; die in Ancona errichtete die Aktiva und Passiva der aufgehobenen Unterstützungskasse. || Die Geschäftsführung dieser drei Kassen erfolgt weiter gemäß den geltenden Bestimmungen, bis die im Artikel 8 erwähnten Satzungen erlassen sein werden.

Artikel 19.

Bei der Zulassung zu den Wohltaten der neuen Kasse sind den Seeleuten in dem im ersten Absatz des Artikel 4 bezeichneten Bezirke, den Seeleuten von Livorno und denen von Ancona die Beiträge anzurechnen, die sie an die vorbezeichneten Kassen, nämlich an die Spar- und Wohltätigkeitskasse, die Rückerstattungskasse und die Unterstützungskasse, entrichtet haben.

Tabelle des monatlichen Beitrags, der den Bemannungen der Schiffe auferlegt ist.

Kapitän für große Fahrt	5,00	Lire.
Kapitän für große Küstenfahrt	3,50	„
Schiffer für kleine Fahrt, Seemann, dem die Befugnis zum Kleinhandel oder zur unbeschränkten Fischerei und zur Fischerei im Ausland zuerkannt ist	2,50	„
Schiffsoffizier	1,50	„
Bootsmann	1,25	„
Matrose	1,10	„
Schiffsjunge	0,80	„

Wir befehlen, daß das gegenwärtige, mit dem Staatssiegel versehene Gesetz in die amtliche Sammlung der Gesetze und Verordnungen des Königreichs Italien aufgenommen werde, und gebieten jedem, den es angeht, es als Gesetz des Staates zu beobachten und beobachten zu lassen.

Nr. 14495. **BULGARIEN, GRIECHENLAND, MONTENEGRO, RUMÄNIEN, SERBIEN.** Friedensverhandlungen in Bukarest vom 30. Juli bis 10. August 1913.

Bukarest, 30. Juli/10. Aug. 1913.

Protocole No. 1.

Séance du Mercredi, 17/30 Juillet 1913.

Tenue à Bucarest au Ministère des affaires étrangères.

Étaient présents: || Pour la Bulgarie: || S. E. M. Dimitri Tontcheff, Ministre des Finances, || Le Général-Major Ivan Fitcheff, Chef de l'état-major, || M. Siméon Radeff, et || Le Lt Colonel d'état-major Constantin Stancioff; || Pour la Grèce: || S. E. M. El. Veniselos, Président du Conseil, Ministre de la Guerre, || S. E. M. D. Panas, Ministre Plénipotentiaire, || M. Nicolas Politis, Professeur de droit international à l'Université de Paris et || Le Capitaine C. Pali; || Pour le Monténégro: || S. E. Le Général Serdar Yanko Voukotitch, Président du Conseil des Ministres, Ministre de la Guerre, et || M. Yovan Matanovitch, ancien Directeur Général des Postes et Télégraphes, ancien Chargé d'Affaires; || Pour la Roumanie: || S. E. M. T. Maïoresco, Président du Conseil, Ministre des Affaires Étrangères, || S. E. M. Alex. Marghiloman, Ministre des Finances, || S. E. M. Take Ionesco, Ministre de l'Intérieur, || S. E. M. C. G. Dissesco, Ministre de l'Instruction Publique et des Cultes, || Le Général de division aide de camp C. Coanda, Inspecteur Général de l'artillerie, et || Le Colonel C. Christesco, Sous-chef du grand état-major; || Pour la Serbie: || S. E. M. Nicolas P. Pachitch, Président du Conseil des Ministres, Ministre des Affaires Étrangères, || S. E. M. Mihaïlo G. Ristitch, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Serbie à Bucarest, || S. E. Le Dr Miroslav Spalaïkovitch, Ministre Plénipotentiaire, || Le Colonel K. Smilianitch, et || Le Lt Colonel D. Kalafatovitch.

Les Plénipotentiaires entrent en séance aujourd'hui Mercredi, 17/30 Juillet, à quatre heures. || M. Pachitch propose de confier à M. Maïoresco la présidence des travaux de la Conférence. || Cette proposition ayant été accueillie par l'assentiment empressé de tous les Plénipotentiaires, M. Maïoresco accepte la Présidence en ajoutant: || *Messieurs,* || „Je vous remercie de l'honneur que vous avez bien voulu me faire en me choisissant pour présider nos réunions. || „Je ne saurais suffir à cette tâche importante qu'en faisant appel à votre bienveillant concours et à toute votre indulgence". || Le Président procède ensuite en ces termes à la constitution du Bureau: || *Messieurs,* || „Je prends la liberté de vous proposer comme Chef du Secré-

tariat de la Conférence, M. A. Pisoski, Ministre Plénipotentiaire, Agent diplomatique de Roumanie au Caire et, en qualité de Secrétaire adjoint, M. J. C. Filitti, Directeur des Affaires Politiques au Ministère des Affaires Étrangères, assistés de M. N. E. Lahovary, Secrétaire de Légation. Les secrétaires désignés par les délégations des autres États belligérants les aideront dans leurs travaux, savoir MM.: || „D. Svilokossitch, Premier Secrétaire de Légation; le Dr M. Gavrilovitch, Secrétaire au Ministère des Affaires Étrangères de Serbie; Th. Papazoff, Conseiller légiste de la Délégation bulgare, et Michel Tsamados, Secrétaire de la Délégation hellénique".

Ces propositions étant acceptées, les membres du bureau sont introduits et présentés à la Conférence. Le Président invite ses collègues à faire remettre au Chef du Secrétariat leurs pleins pouvoirs pour être vérifiés jusqu'à la prochaine séance. || M. Maïoresco lit ensuite le discours suivant: || *Messieurs,* || „Mon premier et le plus agréable devoir est de vous souhaiter la bienvenue au nom du Roi, Mon Auguste Souverain, et de vous remercier du bon accueil que vous avez fait à la proposition de venir en Roumanie et de tâcher de résoudre ici les graves questions qui auront une influence décisive sur l'avenir des États représentés à cette Conférence. || „Je suis convaincu que nous sommes tous animés du désir de mener à bonne fin l'oeuvre pour laquelle nous sommes réunis, et d'assurer, soit par des conventions préliminaires, soit par un traité définitif, aux peuples chrétiens qui se trouvent encore sur le champ de bataille, une paix durable, fondée sur un juste équilibre entre nos États. || *Messieurs,* || „Il serait de bon augure pour l'accomplissement de notre mission si nous pouvions, dès la première séance, tomber d'accord sur une mesure préalable des plus urgentes et des plus importantes. Je veux parler de la nécessité d'une suspension d'armes. Au moment où nous nous réunissons pour délibérer sur les conditions d'une paix acceptable pour tous les belligérants, je crois remplir un devoir d'humanité en vous proposant une suspension d'armes pour cinq jours au moins".

M. Veniselos, au nom des alliés, s'exprime ainsi: || *Messieurs,* || „Au nom des délégations des États alliés je remercie Son Excellence Monsieur le Président des souhaits de bienvenue qu'il a bien voulu nous adresser. Je la prie de faire agréer par Sa Majesté le Roi, avec l'expression de notre profond respect pour Son Auguste Personne, l'assurance de notre vive gratitude pour l'hospitalité dont nous sommes honorés. || „Nous sommes heureux d'être réunis dans cette belle capitale et très touchés de l'accueil sympathique dont nous avons été l'objet de la part du Gouvernement et du peuple roumains. || „Nous sommes venus à Bucarest avec le ferme désir d'arriver promptement à la conclusion d'une paix durable basée, comme l'a fort bien dit M. le Président, sur un juste équilibre. Les délégués ne

sauraient mieux répondre au sentiment qui les anime qu'en acceptant la proposition qui vient d'être faite de suspendre momentanément les hostilités: ce serait de bon augure pour les travaux ultérieurs de la Conférence". || La proposition de M. Maïoresco ayant été admise à l'unanimité, les délégués militaires sont priés de fixer séance tenante les détails nécessaires à l'exécution de la décision de la Conférence et d'en dresser procès-verbal. || M. Tontcheff, premier délégué de Bulgarie, prend la parole dans ces termes: || *Monsieur le Président,* || „Je vous remercie de vos souhaits de bienvenue et de vos bonnes paroles. La délégation Bulgare, que j'ai l'honneur de présider, est arrivée ici avec le désir ferme et loyal de conclure promptement la paix. Notre bonne volonté ira spontanément à toutes les initiatives de nature à établir dans les Balkans une situation stable. Nous sommes heureux d'être appelés à ce travail dans une Capitale comme Bucarest où a toujours dominé le sens européen. J'exprime l'espoir que nous nous attacherons tous à le faire prévaloir dans nos débats comme gage de la justice et de la durée de nos décisions". || La séance est suspendue afin de permettre à MM. les délégués militaires de dresser le procès-verbal concernant la suspension d'armes.

A la reprise de la séance, le Général Coanda donne lecture du sus-dit procès-verbal qui est approuvé par la Conférence et annexé au présent protocole.

La séance est levée à 5 heures un quart.

(Unterschriften.)

Annexe au Protocole No. 1.

Procès-verbal.

Les délégués militaires, réunis aujourd'hui, le dix-sept (trente) Juillet 1913, pour formuler les conditions de la suspension des hostilités, conformément à la décision de la Conférence, sont unanimement d'avis de faire cesser les hostilités momentanément, par une suspension d'armes, dans les conditions suivantes: || 1) Une ligne de démarcation sera fixée à une distance égale des lignes des avant-postes occupés le 18/31 Juillet à midi. Cette ligne sera marquée par des drapeaux blancs. || 2) La suspension d'armes sera d'une durée de cinq jours et commencera le 18/31 Juillet à midi, heure de l'Europe centrale. || 3) Les mouvements de troupes et les approvisionnements, de quelque nature qu'ils soient, ne seront pas empêchés en arrière des lignes des avant-postes. || 4) A titre de réciprocité, les belligérants se communiqueront respectivement les dispositions présentes, afin que sur toutes les lignes les hostilités cessent simultanément. || 5) Les Quartiers

Généraux seront informés d'urgence, afin de pouvoir donner les ordres nécessaires. || 6) Les prescriptions des art. 40 et 41 de la Convention concernant les lois et coutumes de la guerre sur terre seront appliquées. || En foi de quoi nous avons signé le présent procès-verbal.

Signés: Général aide de camp C. Coanda, Général Fitcheff, Colonel C. Christesco, Colonel K. Smilianitch, Lt Colonel Stancioff, Lt Colonel D. Kalafatovitch, Capitaine C. Pali.

Certifié conforme à l'original:
A. Pisoski
Filitti.

Protocole No. 2.

Séance du Jeudi, 18/31 Juillet 1913.

Tenue à Bucarest au Ministère des affaires étrangères.

La séance est ouverte à 4 heures de l'après-midi.

(Namen der Anwesenden.)

Le protocole de la séance précédente est lu et approuvé. || Le Président propose d'ajourner la séance au lendemain à quatre heures, afin que les différentes délégations puissent procéder à un échange d'idées préalable touchant le partage des territoires. Ce travail préparatoire faciliterait la tâche de la Conférence en constatant les points sur lesquels l'accord est complet, et permettrait que seules les questions sur lesquelles des divergences de vue se seraient manifestées soient portées devant la Conférence. || Cette proposition étant admise à l'unanimité, la séance est levée à 4 heures et demie.

(Unterschriften.)

Certifié conforme à l'original:
A. Pisoski
Filitti.

Protocole No. 3.

Séance du Vendredi, 19 Juillet (1 Août) 1913.

Tenue à Bucarest au Ministère des affaires étrangères.

La séance est ouverte à 4 heures de l'après-midi.

(Namen der Anwesenden.)

Le protocole de la séance précédente est lu et approuvé. || M. Tontcheff, premier délégué de Bulgarie, prend la parole et dit qu'il a connaissance des

propositions des alliés. Il ajoute que la délégation bulgare les étudiera et espère pouvoir présenter ses contre-propositions à la séance prochaine. || M. Maïoresco propose en conséquence d'ajourner la séance à demain à 4 heures, afin que les pourparlers entre les délégués des divers États puissent continuer. || La proposition du Président ayant été admise à l'unanimité, la séance est levée à 4 heures et demie.

(Unterschriften.)

Certifié conforme à l'original:
A. Pisoski
Filitti.

Protocole No. 4.

Séance du Samedi, 20 Juillet (2 Août) 1913.

Tenue à Bucarest au Ministère des affaires étrangères.

La séance est ouverte à 4 heures de l'après-midi.

(Namen der Anwesenden.)

Le protocole de la précédente séance est lu et approuvé. || M. Maïoresco, Président de la Conférence, prend la parole en ces termes: || „Si vous le voulez bien, Messieurs, nous emploierons la journée de demain à des pourparlers qui, nous l'espérons tous, aboutiront à un résultat appréciable. En annonçant notre prochaine réunion pour après-demain Lundi, je compte que nous entrerons en séance avec des données positives qui seront soumises à l'examen de la Conférence, mais sur lesquelles, en essence, l'accord sera déjà établi. J'ai la conviction que les peuples que nous représentons ici, attendent avec une anxieuse impatience la fin de nos travaux".

Cette proposition étant admise à l'unanimité, la séance est levée à quatre heures et demie.

(Unterschriften.)

Certifié conforme à l'original:
A. Pisoski
Filitti.

Protocole No. 5.

Séance du Lundi, 22 Juillet (4 Août) 1913.

Tenue à Bucarest au Ministère des affaires étrangères.

La séance est ouverte à 10 heures du matin.

(Namen der Anwesenden.)

Le protocole de la précédente séance est lu et approuvé. || M. Maïoresco, Président de la Conférence, prend la parole et dit: || „L'espoir que je me

suis permis d'exprimer à la fin de la dernière séance d'arriver à un résultat appréciable à porter en séance plénière, s'est réalisé seulement en partie. C'est toutefois un bon commencement. || „Entre la Roumanie et la Bulgarie l'accord a pu être fait et sera complété par un échange de notes. Un procès-verbal a été dressé dont le Général Coanda vous donnera lecture. || „Cet accord heureusement établi n'est pas envisagé par nous comme un accord séparé entre la Bulgarie et la Roumanie, mais comme une partie des travaux de la Conférence. C'est un commencement, une oeuvre partielle destinée à être comprise dans l'ensemble de nos décisions. || „Les autres réunions particulières des différentes Délégations n'ont pas encore abouti à un résultat pouvant être présenté en séance plénière. Les négociations doivent continuer mais pas trop longtemps toutefois. Des résultats définitifs n'ayant donc pu être obtenus durant la suspension d'armes de cinq jours, je propose de la prolonger pour un court délai et pour la dernière fois. La situation tendue, la grande responsabilité qui pèse sur nous, l'attente des peuples que nous représentons, ne permettent pas de prolonger un tel état de choses. Le dernier délai de trois jours que je vous propose commencera à dater de demain Mardi, 23 Juillet (5 Août) 1913, à midi. || „Dieu veuille que pendant les quatre jours qui nous restent nos travaux aboutissent".

La proposition du Président est admise à l'unanimité. || Le Général Coanda donne lecture du procès-verbal sus-mentionné qui est annexé au présent protocole. || M. Tontcheff, premier délégué de Bulgarie, déclare qu'il considère l'entente établie entre la Roumanie et la Bulgarie, sur la base du procès-verbal lu par le Général Coanda. || Le Président exprime l'espoir qu'à la prochaine séance, qu'il annonce pour demain à quatre heures, de nouvelles solutions favorables pourront être enregistrées. || La séance est levée à onze heures.

(Unterschriften.)

Annexe au Protocole Nr. 5.

Procès-verbal.

Les délégués militaires de la Bulgarie et de la Roumanie, réunis aujourd'hui, le vingt-et-un Juillet (trois Août) 1913, à Bucarest, pour fixer d'une manière définitive le tracé de la nouvelle frontière dans la région comprise entre la rive droite du Danube et la Mer Noire, sont tombés d'accord sur les points suivants: || 1° La ligne de frontière partira du Danube, en amont de Turtukaïa pour aboutir à la Mer Noire au sud de Ekrene; || 2° Entre ces deux points extrêmes, la ligne de frontière suivra le tracé indiqué sur les cartes $^1/_{100\,000}$ et $^1/_{200\,000}$ de l'État-major roumain et selon la description annexées au présent procès-verbal; || 3° Est également ac-

quise l'obligation pour la Bulgarie de démanteler les ouvrages de fortification et de n'en pas construire d'autres, obligation que la Roumanie, eu égard au changement des circonstances, est disposée à limiter aux fortifications de Roustchouk, de Schoumla, au pays intermédiaire, et à une zône de vingt kilomètres autour de Baltchik.

Signés: Général Coanda, Général Fitcheff, Colonel C. Christesco, Lt Colonel Stancioff.

Annexe au Procès-verbal joint au Protocole No. 5.

Description et repérage du tracé de la nouvelle frontière.

Le tracé de la frontière tel qu'il est marqué sur la carte au $^1/_{200\,000}$ suit les lignes ou les points caractéristiques du sol tels que: vallées, vallons, sommets, ensellements, etc. Entre les villages, il suit le milieu de l'intervalle en suivant autant que possible des lignes naturelles.

1. Le tracé général.

Le tracé général part du Danube à la hauteur de l'intervalle séparant les deux îles situées au Nord-Est de l'iezer Kalimok.

(consultez la carte au $^1/_{200000}$-ème)

Il laisse à la Bulgarie	Il laisse à la Roumanie
	Les villages:
Breslen	Türk Smil
Kütüklii	Sjanovo
Güvedze	Hadzifaklar
Nastradin	Kovandzilar
Kascilar	Mesim Mahle
Kaslaköj	Kara Mehmetler
Dzeferler	Salihler
Kara Kodzalar	Köse Abdi
Junuzlar	Kanipe
Seremetköj	At Serman
Jeni Balabanlar	Ova Serman
Eski Balabanlar	Omurdza
Salladin	Taslimah
Kadir	Rahman Asiklar
Jükli	Ibrjam Mahle
Ferhatlar	Cijrekci
Saltiklar	Kara Kadilar

Il laisse à la Bulgarie	Il laisse à la Roumanie
Les villages:	
Coban Nasuf	Kili Kadi
Sarvi	Trubcular
Mahmuzli	Ehisce
Kücük Ahmed	Vladimirovo (Deli Osmanlar)
Bestepe	Serdimen
Peceli	Kadijevo
Burhanlar	Novo Botjovo
Kizildzilar	Semiz Ali
Gökce Döllük	Saridza
Kapudzi Mahle	Balidza
Korkut	Kujudzuk
Canlar	Mustafa-Bejler
Emirovo	Causkjöj
Semat	Ekrene
Botjovo (Jusenli)	
Kara Bunar	
Ermenli	
Krumovo	
(Kumludza grn)	
Jeni Mahle	
Vlahlar	
Klimentovo Kapakli)	
Dis Budac	
Bel Monastir (Mon Aladza)	

2. Le tracé détaillé de la frontière.

(consultez la carte au $^1/_{100.000}$-ème)

En partant du Danube, pour suivre le tracé de la frontière jusqu'à la Mer Noire, ce tracé est d'abord marqué par le pied de la terrasse de la rive gauche de la vallée séparant les villages de Turk-Smil et de Kiutiukli. Il monte ensuite l'éperon situé au Nord du chemin de Kiutiukli à Senovo, traverse le mamelon central (il y en a trois) situé à l'Ouest du village Senovo; contourne la naissance des deux vallons situés au Sud du village de Senovo, descend au débouché du vallon situé à l'Ouest du village de Hazcilar, qu'il remonte presqu'à sa naissance; traverse ensuite la vallée de Hadjifaklar ainsi que le plateau longé par la route de Razcilar à Balbunar. Entre cette route et la cote 209 il traverse les vallées de l'Ouest et de l'Est

de Kuvanojilar entre lesquelles il contourne, en suivant la crête, les vallons centraux des mêmes vallées de Kuvanojilar. A partir du Sud de la cote 209 $\underline{\Delta}$, il se dirige vers le tournant central de la rivière de Demir-Babinar à l'Est du village de Seremetkioi, qu'il touche après avoir traversé le mamelon situé au Sud-Ouest du 209 $\underline{\Delta}$ et après avoir suivi les vallons et les confluents les plus rapprochés de la ligne droite joignant 209 $\underline{\Delta}$ à la cote $\dot{\odot}$ 226 (Nord de Seremetkioi). A l'Est de Demir-Babinar, le tracé de la frontière suit le contrefort situé entre Kiuseabdi Kasaplâ et Eski Balabanlar, traverse d'abord la vallée, ensuite le plateau situé à l'Est de cette vallée, entre les villages de Atkioi et Saladinkioi, il descend ensuite dans la vallée de Saormankioi au confluent du petit vallon de Saladinkioi. Le tracé traverse ensuite le mamelon situé au Nord du village de Kaidarkioi (sur la route de Silistrie) touche le confluent du vallon situé au Nord du village de Juklii pour atteindre la route de Schoumla à Silistrie, au Sud de la cote 269 $\underline{\Delta}$, après avoir contourné à l'Ouest, au Sud et à l'Est le village de Rahman Asiclar en passant par les confluents ou par les dépressions les mieux situés pour fixer ce tracé à peu près à égale distance des villages que la frontière sépare dans cette région. A partir de 269 $\underline{\Delta}$ le tracé passe entre Dorutlar et Cioban Nasuf; descend aux confluents des deux premiers vallons situés à l'Est du village de Cioban Nasuf, suit l'éperon flanqué de ces deux vallons, court toujours vers le Sud-Est en suivant le thalweg du vallon débouchant dans la rivière de Reonagol au Nord-Ouest de Mahmuzlăi. Il descend ensuite le cours de cette rivière jusqu'au confluent situé au Nord-Ouest du vallon de Mahmuzlăi, qu'il remonte ensuite pour passer au Sud du mamelon 260 (ensellement) d'où il descend dans le vallon de Kiuciuk Ahmed à l'embranchement des chemins. Après avoir remonté un peu le cours de cette rivière, le tracé de la frontière monte le contrefort situé entre Kiuciuk Ahmed et Killi-Kadăi, traverse le mamelon 260, rejoint le confluent des deux vallons situés à l'Ouest de Ekisce, remonte le vallon situé à l'Ouest de ce village, change de direction vers le Sud, traverse le mamelon 277 ainsi que l'ensellement des mamelons situés entre les villages de Vladimirov et Gekcidelink; il traverse encore l'ensellement situé entre les villages de Gekcidelink et Kapudjimah, d'où il se dirige d'abord vers le Nord et ensuite vers l'Est en suivant la dépression qui passe au Nord de Kortut (Korkut). Entre Kortut et le ruisseau Isikli, le tracé de la frontière suit la ligne de partage des eaux, au Sud du village de Kadikioi et de la cote 303 jusqu'au grand tournant de Isikli. Dans la section suivante, qui se termine sur la route de Varna à Dobrici, la frontière suit d'abord le cours de la vallée de Kumbudja, ensuite la branche orientale de cette vallée, en passant au Nord du mamelon 340. La dernière section du tracé de la frontière, situé

entre la route de Varna-Dobrici et la Mer Noire, traverse à son origine le vallon de Kuiudjuk, suit un petit contrefort, ensuite un vallon dans la direction Sud-Est; il s'infléchit ensuite vers le Nord-Est dans la direction de la cote 299 en suivant une ligne de partage des eaux; il sépare ensuite par les lignes caractéristiques du terrain les villages de Ciauskioi, de Kapaklii après avoir, de la même manière, séparé Mustafa Beiler de Vlahlar; il touche enfin la Mer Noire en traversant l'ensellement situé au Sud de la cote 252.

3. Le repérage provisoire du tracé.

Le tracé de la frontière ainsi défini topographiquement à l'aide des documents cartographiques existants (les cartes de $^1/_{200\cdot000}$, $^1/_{126\cdot000}$ et $^1/_{100\cdot000}$) se trouve encore rapporté à certains points remarquables du sol. A cet effet on a choisi d'abord les points trigonométriques de la triangulation existante, ensuite les clochers des églises ou les minarets des villages. C'est pourquoi on a englobé ce tracé dans une triangulation développée entre le Danube et la Mer Noire. La triangulation coupant le tracé de la frontière, les intersections se trouvent repérées à des points invariables du sol, dont on peut mesurer la distance avec une approximation de 50 m. || C'est ainsi que le point de départ de la frontière du Danube est rapporté à la cote du point trigonométrique de Turtucaïa qui se trouve à une distance de 15 km. De la même manière on peut lire sur la carte les distances de tous les mamelons, ensellements, etc., qui forment les jalons de la frontière.

Signés: Général Coanda. Général Fitcheff.
Colonel C. Christesco. Lt Colonel Stancioff.

Certifié conforme à l'original:
A. Pisoski.
Filitti.

Protocole No. 6.

Séance du Mardi, 23 Juillet (5 Août) 1913.

Tenue à Bucarest au Ministère des affaires étrangères.

La séance est ouverte à 4 heures et demie.

(Namen der Anwesenden.)

Le protocole de la précédente séance est lu et approuvé. || Le Président donne la parole à M. Veniselos, premier délégué de Grèce, qui porte à la connaissance de l'Assemblée le texte suivant d'un télégramme signé „Constantin Roi", envoyé de Livounovo, le 23 Juillet (5 Août) à 10 h. 49 du matin: || „ En ce moment, 10 heures et demie du matin, on m'avise qu'un parlementaire bulgare venu aux avant-postes a déclaré que le premier

armistice finissait à midi et le second commençait à une heure de l'après-midi et que par conséquent entre midi et une heure les Bulgares attaqueraient. J'ai déclaré qu'en ce cas j'ordonnerais l'attaque générale de mes troupes". || M. Veniselos ajoute qu'il proteste contre le procédé des autorités militaires bulgares et qu'il leur laisse l'entière responsabilité de l'interprétation donnée à la suspension d'armes. || M. Tontcheff, premier délégué de Bulgarie, répond qu'il lui semble incompréhensible, vu les ordres très stricts du Gouvernement de Sofia, qu'une telle interprétation ait pu être donnée par les autorités militaires bulgares. Il désire connaître le point où l'incident s'est produit afin de pouvoir demander des informations à son Gouvernement. || Le Général Fitcheff, prenant à son tour la parole, exprime l'avis que le délai d'une heure est trop court pour qu'une action militaire puisse, dans la situation des troupes en présence, s'engager utilement. Il pense donc qu'il ne peut s'agir que d'un malentendu et prie, également, qu'on veuille bien lui communiquer le nom de la localité en question. || M. Veniselos déclare être momentanément dans l'impossibilité de satisfaire ce désir; il se borne en conséquence à remettre à la Délégation bulgare copie du télégramme de S. M. Hellénique. || Le Président manifeste également l'espoir que jusqu'à la prochaine séance cet incident, dû certainement à un simple malentendu, aura été pleinement élucidé. || Il fait part ensuite à la Conférence de la note suivante que lui a remise S. E. Monsieur Jackson, Ministre des États-Unis d'Amérique à Bucarest: || „Le Gouvernement des États-Unis d'Amérique désire faire savoir qu'il regarderait avec satisfaction si une provision accordant pleine liberté civile et religieuse aux habitants de tout territoire qui pourrait être assujetti à la souveraineté de quiconque des cinq Puissances ou qui pourrait être transféré de la jurisdiction de l'une des Puissances à celle d'une autre, pourrait être introduite dans toute convention conclue à Bucarest". || M. Maïoresco estime que les délégués sont unanimes à reconnaître pleinement, en fait et en droit, le principe qui a inspiré la note précitée, le droit public des États constitutionnels représentés à cette Conférence en ayant consacré de longue date l'application. Le Président pense donc que la note des États-Unis d'Amérique ne saurait soulever aucune difficulté: il est peut-être bon de rappeler quelquefois les principes, même lorsqu'ils sont universellement admis. Aussi, croit-il être l'interprète des sentiments de MM. les Plénipotentiaires en déclarant que les habitants de tout territoire nouvellement acquis auront, sans distinction de religion, la même pleine liberté civile et religieuse que tous les autres habitants de l'État. || M. Veniselos considère qu'à la suite des déclarations du Président, qui seront consignées au Protocole, toute insertion dans le traité à conclure, d'un principe déjà universellement reconnu serait

superflue. || Cette manière de voir de M. le premier délégué de Grèce ayant recueilli l'assentiment unanime, M. Maïoresco reprend la parole pour constater que les pourparlers particuliers entre les diverses Délégations n'ont pas encore abouti à des résultats qui puissent être présentés en séance plénière. Il espère que ces négociations seront menées au plus tôt à bonne fin et qu'à la prochaine séance, qu'il annonce pour le lendemain à 4 heures, on pourra être fixé sur le sort final de la Conférence. Il prie instamment MM. les Plénipotentiaires de se mettre d'accord le plus promptement possible, afin que les points principaux étant établis, les questions de forme puissent être également discutées et réglées jusqu'à Vendredi, jour où expire la suspension d'armes. Le Président termine en disant qu'il serait heureux si les autres Délégués s'associaient à son espoir que la prochaine séance puisse marquer un pas décisif vers l'oeuvre de paix.

La séance est levée à 5 heures et demie.

Unterschriften.

Protocole No. 7.

Séance du Mercredi, 24 Juillet (6 Août) 1913.

Tenue à Bucarest au Ministère des affaires étrangères.

La séance est ouverte à 5 heures de l'après-midi.

(Namen der Anwesenden.)

Le protocole de la séance précédente est lu et approuvé. || M. Ivantchoff prend la parole et dit qu'à la suite de la communication du télégramme de S. M. le Roi Constantin, faite par M. Veniselos dans la précédente séance, au sujet d'un incident aux avant-postes grecs et bulgares, la Délégation a immédiatement demandé des informations à Sofia. M. Ivantchoff ajoute qu'avant même d'avoir reçu une réponse, M. Veniselos a fait part aux Plénipotentiaires bulgares du texte du télégramme suivant envoyé par le Chef de l'état-major de l'armée hellénique:

Livounovo, 5 Août 1913.

S. Exc. Veniselos.
Premier Ministre de Grèce
Bucarest.

„Après la déclaration de notre commandant des avant-postes sud Djumaya à 11 h. qu'il regarde l'armistice comme continu et qu'en cas d'attaque de l'armée bulgare sur un point quelconque toute l'armée grecque attaquera

à fond, commandant bulgare déclara qu'il regardait aussi armistice comme continu et que c'était un malentendu du parlementaire bulgare qui n'avait pas bien compris ses instructions. Jusqu'à cette heure, une heure et demie, la tranquillité règne aux avant-postes". Signé: Dousmanis.

M. Ivantchoff donne ensuite lecture du télégramme reçu ce matin de Sofia par M. Tontcheff et ainsi conçu: || „Notre quartier général, au moment du renouvellement de l'armistice, a donné les ordres les plus stricts de ne laisser commettre aucune infraction aux clauses de la suspension d'armes. Jusqu'à cette heure nous n'avons été informés d'aucun incident aux avant-postes. Les renseignements de M. Veniselos doivent reposer sur un malentendu. Nous le prions de nous indiquer exactement le lieu où l'incident se serait produit et vous pouvez donner l'assurance que nous ne négligerons rien pour obtenir des informations précises à ce sujet et, s'il y a faute, punir les coupables de la manière la plus sévère". || M. Ivantchoff termine en disant que bien que le point où l'incident se serait produit ne soit pas exactement déterminé, il considère l'incident clos à la suite de la communication faite par M. Veniselos. || Le Président prend note des précédentes déclarations et constate que l'incident est clos. || M. Matanovitch, au nom du premier délégué du Monténégro et en son propre nom, lit une déclaration qui est annexée au présent protocole, concernant les revendications du Monténégro. || M. Spalaïkovitch, délégué de Serbie, donne lecture de ce qui suit:

„Sur la proposition faite le 18 Juillet par notre éminent Président, S. Ex. M. Maïoresco, acceptée d'ailleurs à l'unanimité par toutes les Délégations, nous nous sommes empressés de procéder à un échange d'idées préalable touchant le partage des territoires. || A notre première réunion particulière qui eut lieu le 19 Juillet, les délégués des alliés proposèrent aux délégués bulgares pour le tracé de la nouvelle frontière serbo-bulgare sur l'ancien territoire turc, le cours de la Strouma à partir de l'ancienne frontière turco-bulgare. || Le lendemain, les délégués bulgares présentèrent aux délégués des alliés leurs contre-propositions lesquelles, en ce qui concerne la question relative à la frontière serbo-bulgare, renfermaient le tracé suivant: || Une ligne de frontière qui, commençant au Nord à Prelesje (cote 1487) passe par Gradec (cote 1000) et Lubnica, descend dans la vallée de la Kriva (Egri sou), puis monte vers Karataš (cote 1050), Makreš, Bešerle, Bogoslavetz, Bogoslavsko brdo, descend dans la vallée de la Bregalnica, puis passe par Vašak (1674), Vissoko (1506), Bobište (1378 et 1212), Baldenci, Zivoïna, Slavkov grob, Kaïmak Kolan (2268), Nidze planina, Vetrenik (1440 et 1201), Studena voda, Blatec (1342 et 1656), Larena, Vetschikaïa, Huma, Guevgueli, suit après la vallée du Vardar, pour arriver à Karabunar,

d'où commence la frontière gréco-bulgare. || Prenant en considération, d'une part, le but poursuivi par cette haute Assemblée, et, d'autre part, les voeux exprimés, au nom de la Délégation roumaine, par notre estimé Président, et désirant contribuer autant que possible au prompt rétablissement de la paix, les délégués serbes ont proposé une transaction sur la base suivante: || La ligne de frontière partira de l'ancienne frontière turco-bulgare du sommet Dizderica et suivra la ligne de partage des eaux entre la Strouma et le Vardar jusqu'à la cote 1514; de là elle suivra Ogražden planina et par la cote 1145 descendra vers la rivière Stroumica pour la passer près de la cote 205; de là la frontière montera sur la Belašica planina au point Polje et suivra la crête de cette montagne vers la Strouma...". || „Au cours des conversations ultérieures, les délégués bulgares et serbes ont eu l'occasion d'examiner cette question de frontière sous tous ses rapports et de constater la résolution mutuelle d'arriver à une entente équitable et satisfaisante. C'est pourquoi à notre réunion de ce matin nous avons fait à nos collègues bulgares nos dernières concessions, en leur proposant comme frontière définitive entre la Serbie et la Bulgarie une des deux variantes suivantes: || 1° Le dernier tracé proposé par la Serbie comme ligne de transaction reste en vigueur avec la concession suivante: || La frontière quitte la ligne de partage des eaux entre le Vardar et la Strouma au point Leška vrh (1458), passe la rivière Zelevica entre les villages Pančarevo et Kurakovci, monte à Bejaz tepé (1235), passe par la cote 1450 et descend à la Bregalnica au confluent de la Pehčevska reka, suit ensuite la Bregalnica et à l'Est du village de Ratovo monte à la cote 1514." || „2° Le dernier tracé proposé par la Serbie comme ligne de transaction reste en vigueur avec la concession suivante: || La frontière quitte la ligne de partage des eaux entre le Vardar et la Strouma à la cote 1300 sur Ogražden planina, passe par Palazli et Kadi mezali, traverse la rivière Novičanska au Sud du village de Rajanci et par Dervent atteint la ligne de partage des eaux entre le Vardar et la Strouma à la cote 850; suit ensuite cette ligne de partage des eaux pour atteindre la montagne Belašica." || „Les délégués serbes ont considéré que notamment la première variante représente la ligne la plus conforme aux exigences d'ordre stratégique, en tant qu'elle assure d'une manière efficace la sécurité réciproque de la vallée du Vardar et de celle de la Strouma. Mais, néanmoins, et animés toujours de l'esprit de la plus parfaite conciliation, ils ont proposé aussi le second tracé, en laissant aux délégués bulgares la faculté de choisir entre les deux variantes celle qui leur conviendra le mieux. || A la dernière réunion qui a eu lieu aujourd'hui à 3 h. de l'après-midi, les délégués bulgares ont déclaré opter pour le tracé de la seconde variante, qui laisse la ville de Stroumitza à la Bulgarie. || D'après ce tracé la ligne

de frontière quitte la ligne de partage des eaux entre le Vardar et la Strouma à la cote 1300 sur Ograždeu planina, passe par Palazli et Kadi mezali, traverse la rivière Novičanska au Sud du village de Rajanci et par Dervent atteint la ligne de partage des eaux entre le Vardar et la Strouma à la cote 850; suit ensuite cette ligne de partage des eaux pour atteindre la montagne Belašica. || Ainsi, les négociations entre les délégués des alliés et les délégués bulgares, concernant le partage des territoires entre la Serbie et la Bulgarie, ont abouti à un accord complet. || Un procès-verbal — auquel une carte sera annexée — sera rédigé à cet effet".

M. Maïoresco prend ensuite la parole et dit: || „Messieurs, la Conférence prend acte de l'accord intervenu entre la Bulgarie et la Serbie. || Après les paroles de M. Matanovitch, prouvant l'esprit de conciliation de son Gouvernement, et après la déclaration très importante qui vient d'être lue par M. Spalaïkovitch et qui constate l'accord heureusement intervenu entre la Bulgarie et la Serbie, une grande partie de notre tâche se trouve être résolue. Reste la question, très importante également, de l'accord à établir entre la Bulgarie et la Grèce. || Messieurs, j'ai à peine besoin de vous le rappeler, il est un point sur lequel nous sommes tous d'accord, c'est que la haute mission de cette Conférence ne doit pas se borner à la conclusion de la paix, mais qu'elle dépasse, de beaucoup, le moment présent. Permettez-moi d'invoquer mon âge avancé pour vous dire que la grande expérience de la vie enseigne que de même que chaque jour a son lendemain, chaque acte porte en lui-même son avenir. L'accord à établir entre nous aura, en effet, une signification européenne: les cinq États que nous représentons auront réussi à s'entendre et auront abouti à une oeuvre significative pour leur action à l'avenir. Sans compliquer la discussion de nos intérêts, que nous sommes le plus à même de comprendre, par la préoccupation d'autres intérêts étrangers, nous établirons pour la première fois, par nous mêmes, l'harmonie et la paix entre nos peuples. || Je crois que certains intérêts stratégiques ou économiques, d'une importance momentanée, mais secondaire, doivent s'effacer devant l'oeuvre politique et nationale de haute portée que nous poursuivons en commun. Ne risquons pas, Messieurs, de la faire péricliter pour des considérations éphémères. || Je suis convaincu que les sentiments que je me suis efforcé d'exprimer, se retrouvent tout aussi vifs en chacun de vous et que vous saurez les traduire par des concessions mutuelles et les réaliser en des solutions concrètes et définitives. Dans ce but je propose de suspendre la séance pour discuter encore entre nous les dernières questions en suspens et je vous supplie, Messieurs, de ne pas nous séparer aujourd'hui avant que notre oeuvre de paix ne soit accomplie".

La séance est suspendue à 6 heures un quart. || A la reprise de la séance, à 7 heures un quart, le Président constate, avec une profonde satisfaction, que la paix peut être considérée comme certaine. Il estime que l'accord s'est réalisé entre les Plénipotentiaires de Bulgarie et de Grèce. || M. Maïorescu croit que la prochaine séance, fixée au lendemain à 11 heures du matin, pourra enregistrer cet acte de la plus haute importance.

La séance est levée à 7 heures et demie.

Unterschriften.

Annexe au Protocole No. 7.

Déclaration de la Délégation du Monténégro.

Lue par M. Matanovitch.

Au nom du premier délégué du Monténégro, S. E. M. le Général Voukotitch, et en mon nom comme deuxième délégué, permettez-moi, Monsieur le Président, d'exposer les revendications et le point de vue du Monténégro. || Dans les réunions particulières qui ont été tenues par les différentes délégations, nous avons eu l'occasion d'exposer verbalement ce point de vue et ces revendications. || Comme nous n'avons pas cependant à formuler des revendications concrètes, vu notre situation géographique, nous n'aurons à porter devant cette Haute Assemblée aucune décision précise, qui concerne le Monténégro et qui puisse être consignée au protocole. C'est pourquoi nous avons tenu à exposer aussi en séance plénière et d'une manière générale le point de vue du Gouvernement Royal de Monténégro et ses revendications. || Avant d'exposer ces revendications, qu'il nous soit permis d'esquisser un court aperçu historique et de mentionner quelques faits récents qui leurs serviront de justification. || Petit reste de la Principauté indépendante de la Zeta, le Monténégro demeura pendant des siècles un roc que l'inondation ottomane ne put jamais submerger. Jaloux de son individualité et de son indépendance, il résista, au prix de souffrances incroyables, à la gigantesque poussée vers l'ouest des Ottomans, et vécut à travers les siècles avec la conviction indéracinable que le jour de la revanche et de la liquidation ottomane viendrait et qu'alors il obtiendrait la base territoriale et matérielle nécessaire pour exister comme état indépendant et moderne, capable de se créer l'outillage couteux et indispensable qu'exige le progrès. || Ce jour étant arrivé, le Monténégro nourrit le ferme espoir qu'il sera mis en état de réaliser son idéal séculaire. || Aujourd'hui que des États qui n'ont jamais existé sont créés et qu'on s'efforce de les mettre dans des conditions de viabilité, c'est à plus forte raison qu'un petit État qui a existé — bien pauvrement il est vrai — mais cependant a existé pendant

des siècles, prétend obtenir les conditions de viabilité, nécessaires à son existence et à son progrès, deux choses aujourd'hui inséparables, car un État qui n'est pas en mesure de progresser, doit nécessairement cesser d'exister. D'ailleurs, à côté de ces titres moraux, le Monténégro s'est acquis des droits positifs et incontestables pour revendiquer la base matérielle nécessaire à sa modernisation qui seule pourra lui assurer une existence indépendante. || Pour appuyer ces droits, qu'on nous permette de tracer dans leurs grandes lignes les rapports du Monténégro avec ses alliés et les engagements réciproques souscrits, ainsi que le rôle qu'il a joué dans la guerre. || Le Monténégro ayant épuisé tous les moyens directs et pacifiques pour s'entendre avec la Sublime Porte afin de faire cesser l'état de trouble et d'anarchie ainsi que les violations incessantes de ses frontières, avait recouru à l'intervention des Grandes Puissances, auxquelles il s'adressa par sa note circulaire du 26 Juillet 1912. Cette démarche étant restée sans effet, le Gouvernement Royal se décida à chercher le moyen de liquider d'une manière radicale et définitive toutes les questions pendantes avec la Turquie, comme il en avait déjà pressenti les Grandes Puissances dans sa note précitée. || A cet effet, au mois d'Août de la même année, il proposa au Gouvernement Royal de Bulgarie une alliance où il était prévu que dans les cas où la Sublime Porte par son attitude provoquerait une guerre, les deux alliés s'entraideraient et que si l'issue de la guerre était favorable, le but à atteindre serait de soustraire à la domination ottomane les provinces turques de l'Europe, au profit des alliés. A la même occasion, le Gouvernement de Monténégro proposa de faire participer les Royaumes de Serbie et de Grèce à cette alliance. || Le Gouvernement Royal de Bulgarie, par le canal de son représentant à Cettigné, adhéra à cette proposition, et l'adhésion du Gouvernement Serbe ne tarda plus à venir. En même temps, le Gouvernement Royal du Monténégro fut avisé que le Royaume de Grèce avait également accédé à l'alliance des États chrétiens balcaniques. || Nous tenons à accentuer ici qu'en ce qui concerne le partage éventuel des territoires, le Gouvernement Royal ignora entièrement que des stipulations concernant ce partage eussent été prises, et qu'il avait la conviction que le territoire éventuellement conquis formerait un condominium à partager entre les participants, dans un esprit d'équité et en conformité aux résultats obtenus, aux efforts faits, aux sacrifices subis et aux nécessités d'équilibre. || La guerre étant devenue inévitable, le Monténégro selon l'engagement pris et afin d'attirer le plus de forces ennemies contre lui, entra en campagne dix jours avant ses alliés, avec 40.000 combattants. Nous ne fatiguerons pas l'attention de cette Haute Assemblée par les détails

de cette campagne brillante; nous ne citerons ni les forteresses prises, ni les milliers de prisonniers, ni l'effet moral favorable à la cause des alliés que ces premières victoires durent nécessairement produire, ni la confusion que ces premiers et inattendus résultats durent provoquer chez l'ennemi. Nous nous contenterons de dire brièvement que le Monténégro attira sur lui, vainquit ou immobilisa plus de 50.000 hommes de troupes régulières ottomanes et au moins 30.000 irréguliers albanais. Le fait d'avoir pris sur lui jusqu'à 80.000 combattants ennemis, devait nécessairement faciliter la tâche aux alliés; et c'est à titre de droit acquis que nous citons le résultat obtenu. || Cet avantage appréciable que le concours du Monténégro apporta aux alliés, fut d'ailleurs payé par des grands sacrifices en hommes, qui se chiffrèrent par 14.000 morts et blessés, c'est-à-dire presque 33% de l'armée entière monténégrine. C'est également à titre de droits acquis que nous citons ces sacrifices. || La guerre finie, la conférence de Londres céda aux alliés victorieux comme condominium commun, tout le territoire à l'ouest de la ligne Enos-Midia. Le Monténégro, vu l'importance appréciable de son concours, vu la grandeur de ses sacrifices, et vu surtout les nécessités de son existence indépendante comme État moderne, nourrit alors l'espoir qu'à la conférence projetée de Saint Pétersbourg, on ferait droit à ses revendications légitimes. || Son espoir était d'autant plus justifié, qu'il n'était lié par aucune stipulation concernant le partage. Malheureusement les événements prirent une tournure différente, et le Monténégro se vit imposer une nouvelle guerre, qui lui coûta de nouveaux et grands sacrifices. Nous croyons être en droit d'affirmer que la part prise dans cette dernière guerre et les sacrifices éprouvés, nous créent des titres de revendication nouveaux pour l'agrandissement territorial si nécessaire à notre existence indépendante. || Il ne serait pas équitable, il ne serait pas juste, à notre avis, de prendre comme base et comme mesure de cet agrandissement ni la superficie territoriale des États en cause, ni le nombre de leur population. Non, l'équité et la justice demandent que le partage soit proportionné aux nécessités d'existence de chacun, aux efforts faits, aux résultats obtenus et aux sacrifices subis. Eu égard à la situation géographique du Monténégro, nous ne sommes pas en état de donner une forme concrète à nos revendications; mais nous tenons à affirmer avec l'énergie que nous donne la conscience de notre droit, que nous revendiquons indirectement un agrandissement territorial suffisant pour notre existence indépendante et pour notre développement pacifique. || Cet agrandissement, nous ne pouvons l'obtenir que de la part des territoires qui reviendront au Royaume de Serbie et nous prions cette Haute Réunion de vouloir bien le prendre en sérieuse considération. || Nous sommes

persuadés que devant cette Illustre Assemblée, — qui s'est réunie ici sur la noble initiative de S. M. le Roi de Roumanie dans le but de créer un État de stabilité et d'équilibre parmi les États chrétiens en cause, et qui permettrait à chacun de se développer dans la sécurité de son indépendance, — cet appel du Monténégro trouvera un accueil favorable.

Certifié conforme à l'original:
A. Pisoski.
Filitti.

Protocole No. 8.

Séance du Jeudi, 25 Juillet (7 Août) 1913.

Tenue à Bucarest au Ministère des affaires étrangères.

La séance est ouverte à 11 heures un quart du matin.

(Namen der Anwesenden.)

Le protocole de la séance précédente est lu et approuvé. || M. Veniselos prend la parole pour constater que l'accord entre la Grèce et la Bulgarie est établi. || M. le Capitaine Pali ajoute que le tracé de la nouvelle frontière bulgaro-grecque a été fixé par une commune entente avec M. le Colonel Stancioff. || M. Tontcheff déclare à son tour, que l'accord entre la Bulgarie et la Grèce est fait. Un procès-verbal, qui sera annexé au Protocole, en consignera les termes. || M. Maïoresco, Président de la Conférence, conseille de prendre une mesure urgente, celle de communiquer le plus tôt aux armées qu'un armistice sans terme a été décidé par les Plénipotentiaires. Messieurs les délégués militaires voudront bien s'entendre sur les clauses et les détails de cet armistice et donner connaissance à la prochaine séance des résolutions qu'ils auront prises. || M. Maïoresco constate qu'arrivée heureusement au terme de ses travaux, la Conférence doit songer à la rédaction du Traité de paix. || Il propose donc que chaque Délégation veuille bien désigner l'un de ses membres pour procéder à la rédaction du dit acte.

Sont désignés:

Pour	la Bulgarie:	M. S. Radeff.
„	„ Grèce:	M. N. Politis.
„	„ Serbie	M. M. Spalaïkovitch.
„	le Monténégro:	M. Matanovitch.
„	la Roumanie:	M. M. Pisoski et I. C. Filitti et, sur la

proposition de M. Veniselos qui désire qu'un délégué militaire fasse partie de cette commission de rédaction, le Général de division aide de camp C. Coanda. || M. Veniselos reprend la parole pour constater que MM. les Plénipotentiaires de Grèce, en accédant à l'armistice sans terme et à la

constitution de la commission de rédaction du Traité, ont montré par là qu'ils considéraient la paix comme virtuellement conclue. || Cependant, il reste quelques questions secondaires à régler en particulier entre les Délégations de Bulgarie et de Grèce; M. Veniselos ne doute pas qu'une entente ne survienne sur tous les points.

La séance est levée à 11 heures trois quarts et la prochaine annoncée pour l'après-midi à 5 heures.

Unterschriften.

Protocole No. 9.

Séance du Jeudi, 25 Juillet (7 Août) 1913.

Tenue à Bucarest au Ministère des affaires étrangères.

La séance est ouverte à 5 heures et demie.

(Namen der Anwesenden.)

Le protocole de la séance précédente est lu et approuvé. || M. Veniselos porte à la connaissance de l'assemblée que le tracé de la frontière gréco-bulgare a été définitivement établi par un procès-verbal dont le Capitaine Pali donnera lecture. || M. Tontcheff ayant déclaré à son tour que l'accord a été fait, le Capitaine Pali lit le texte du procès-verbal, qui est accompagné d'une description de la nouvelle frontière gréco-bulgare. Ces actes sont annexés au présent Protocole. (Annexes A et B). || Le Président prend acte de l'entente intervenue. || M. Spalaïkovitch donne ensuite lecture du procès-verbal rédigé par les délégués militaires de Serbie et de Bulgarie, qui est accompagné d'une description détaillée de la nouvelle frontière bulgaro-serbe. Ces actes sont également annexés au présent Protocole. (Annexes C et D). || Le Général Coanda lit à son tour le procès-verbal, joint au présent Protocole (Annexe E) rédigé par les délégués militaires en vue de fixer les clauses d'un armistice sans terme. Il dit que cet acte a été établi en tenant compte du fait que le Traité de paix devait intervenir à bref délai; en conséquence certaines questions, telle que celle de savoir si la démobilisation et l'évacuation des territoires occupés s'effectueraient entièrement avant la ratification du dit Traité, ont été laissées à l'appréciation de la Conférence. || Le Président constate que le caractère provisoire du procès-verbal rédigé par les délégués militaires est dû à l'état actuel des négociations et à la certitude que la paix sera incessament conclue. D'une part, une simple suspension d'armes ne répondait plus à la situation présente et d'autre part, certaines clauses réclamées par cet armistice pour être complet, étaient, comme touchant à la conclusion et à la ratification du traité même, de la

compétence exclusive de cette Assemblée. || D'après de nombreux précédents les ratifications ont lieu, selon une clause de style, dans les trois semaines ou plus tôt si possible. || Le Président estime qu'une telle clause sera introduite sans difficulté dans le Traité et que par là le procès-verbal d'armistice se trouvera complété. || M. Politis tient à éclaircir une question de forme. Il observe que le procès-verbal d'armistice contient des clauses provisoires et d'autres de nature à survivre jusqu'après la conclusion de la paix. Ces dernières, pour garder leur pleine valeur, doivent être insérées dans le Traité de paix même. Telles sont la question de la ratification, celle du retrait ou du maintien des troupes, autrement dit de l'occupation de garantie, et enfin la question de la démobilisation et des conditions dans lesquelles elle aura lieu. || Le Général Coanda se rallie à l'opinion de M. Politis. || M. Veniselos est d'avis que ces questions soient discutées d'abord par la commission de rédaction du Traité et portées ensuite en séance plénière. || Le Président, en constatant que cette manière de voir ne soulevait aucune objection, lève la séance à 6 heures et demie et annonce la séance prochaine pour le lendemain à 4 heures.

Unterschriften.

Annexe A au Protocole No. 9.

Procès-verbal relatif à la frontière bulgaro-grecque.

Les délégués militaires de la Bulgarie et de la Grèce réunis aujourd'hui, le 25 Juillet (7 Août) 1913 à Bucarest, pour fixer d'une manière définitive le tracé de la frontière entre les deux États contractants, sont tombés d'accord sur les points suivants: || 1° La ligne de frontière partira de la nouvelle frontière bulgaro-serbe sur la crête du Belašica planina pour aboutir à l'embouchure de la Mesta à la Mer Egée. || 2° Entre ces deux points extrêmes la ligne de frontière suivra le tracé indiqué sur la carte autrichienne $^1/_{200\cdot000}$ et selon la description annexée au présent procès-verbal.

Signés: Général Fitcheff.
Lt Colonel Stancioff.
Capitaine C. Pali.

Annexe B au Protocole No. 9.

Frontière définitive entre la Bulgarie et la Grèce.

(Carte autrichienne $^1/_{200\cdot000}$)

La ligne frontière commence sur la crête de la Belašica planina à partir de la frontière bulgaro-serbe; suit cette crête, descend ensuite la crête qui se trouve au Nord de Iürükleri et va jusqu'au confluent de la Strouma et de la Bistrica, remonte la Bistrica, puis se dirige vers l'Est à Cengané

Kalesi (1500). De là elle atteint la crête d'Ali Butus (cote 1650) et suit la ligne de partage des eaux, cotes 1820, 1800, 713 et Stragač. De là en suivant toujours la ligne de partage des eaux, elle se dirige vers le Nord et puis vers le Nord-Est, pour suivre la ligne de partage des eaux entre les cotes 715, 660 et atteindre les cotes 1150 et 1152, d'où en suivant la crête à l'Est du village Rakisten, elle traverse la Mesta, se dirige vers le sommet de Rusa et Zeleza, traverse la Despat (Rana) suju et atteint Čuka. A partir de ce point elle reprend la ligne de partage des eaux et passant par Sibkova, Cadirkaya (1750), Avlika dag (1517), Kajin Čal (1811), Debikli (1587), descend vers le Sud à la cote 985, pour tourner vers l'Est au Sud du village Karovo, de là se dirige vers l'Est, passe au Nord du village Kajbova, remonte vers le Nord et passe par les cotes 1450, 1538, 1350 et 1845. De là elle descend vers le Sud en passant par Čigla (1750), Kušlar (2177). A partir de Kušlar, la ligne frontière suit la ligne de partage des eaux de la Mesta et du Iassi Evren dère par Rujan pl. et atteint Achlat dagi (1300), suit la crête qui se dirige vers la station du chemin de fer à Okčilar (41) et à partir de ce point suit le cours de la Mesta pour aboutir à la Mer Egée.

Signés: Général Fitcheff.
Lt Colonel Stancioff.
Capitaine C. Pali.

Annexe C au Protocole No. 9.

Procès-verbal relatif à la frontière bulgaro-serbe.

Les délégués militaires de la Bulgarie et de la Serbie, réunis aujourd'hui, le 25 Juillet (7 Août) 1913, à Bucarest, pour fixer d'une manière définitive le tracé de la nouvelle frontière des deux États, dans les territoires acquis de la Turquie, sont tombés d'accord sur les points suivants: || 1° La ligne de frontière partira de la frontière actuelle, du sommet Partarica, suivra l'ancienne frontière turco-bulgare et la ligne de partage des eaux entre le Vardar et la Strouma — avec l'exception que la haute vallée de la Stroumitza appartiendra à la Serbie — pour aboutir à la montagne Belašica, où elle se reliera à la frontière bulgaro-grècque; || 2° Une description détaillée de la frontière est annexée à ce procès-verbal, ainsi que son tracé sur la carte de l'état-major autrichien $^1/_{200.000}$.

Signés: Général Fitcheff.
Lt Colonel Stancioff.
Colonel K. Smilianitch.
Lt Colonel D. Kalafatovitch.

Annexe D au Protocole No. 9.

Description détaillée de la nouvelle frontière bulgaro-serbe.

La ligne de frontière part au Nord de l'ancienne frontière bulgaro-serbe, du point Patarica, suit l'ancienne frontière bulgaro-turque jusqu'à Dizderica, suit ensuite la ligne de partage des eaux entre le Vardar et la Strouma en passant par Lukov vrh (1297), Obel, Poljana, la cote 1458, la cote 1495, Zanoga (1415), Ponorica, Kadica, la cote 1900, la cote 1453, Čingane Kalesi, la crête de Klepalo, la cote 1530, la crête de Maleš planina (1445), tourne à l'Ouest vers les cotes 1514 et 1300, passe par la crête de Draganeva dag, Kadi mesar tepesi, Kale tepesi, traverse la rivière Novičanska au Sud du village de Rajanci, passe entre les villages Oslovci et Suševo, traverse la rivière Stroumica entre Radičevo et Vladovci et remonte vers la cote 850, suit de nouveau la ligne de partage des eaux entre le Vardar et la Strouma par les cotes 957, 571, 750, 895, 850 et atteint la crête de la montagne Belašica où elle se relie à la frontière bulgaro-grecque. || Fait à Bucarest, le 25 Juillet (7 Août) 1913.

Signés: Général Fitcheff.
Colonel K. Smilianitch.
Lt Colonel Stancioff.
Lt Colonel D. Kalafatovitch.

Annexe E au Protocole No. 9.

Procès-verbal.

Suivant la décision prise par la Conférence dans la séance du matin, le 25 Juillet (7 Août) 1913, pour la conclusion d'un armistice sans terme, les délégués militaires sont unanimement d'accord sur les conditions suivantes: || 1° L'armistice aura force exécutoire à partir du Vendredi, 26 Juillet (8 Août) à midi (heure de l'Europe centrale). Les troupes des parties belligérantes se retireront en arrière des lignes de démarcation ci-dessous indiquées: pour la Grèce, pour le Monténégro et pour la Serbie, la ligne de démarcation sera la ligne des nouvelles frontières fixées par les procès-verbaux respectifs. De même pour la Roumanie, la ligne de démarcation sera la ligne de la nouvelle frontière définie par le procès-verbal du 21 Juillet (3 Août); pour la partie occupée par l'armée d'opération, la ligne de démarcation sera indiquée par la ligne Sistov-Lovcea-Turski-Izvor-Glozene-Zlatitza-Mirkovo-Araba-Konak-Orhania-Mezdra-Vratza-Berkovitza-Lom. || 2° Les troupes des Parties belligérantes qui se trouvent en dehors de ces lignes se porteront en arrière, sitôt que le Traité de paix sera signé. || 3° Les autorités locales dans la zône d'occupation continueront à fonctionner sous le contrôle de l'autorité centrale du pays auquel ces localités revien-

dront. || 4⁰ Les lignes de chemin de fer seront utilisées par les autorités militaires dans la zône occupée jusqu'à la fin de l'évacuation, sans qu'il y ait lieu subséquemment pour les pays auxquels ces lignes appartiennent de réclamer aucune indemnité. || 5⁰ Les malades et les blessés seront sous la sauvegarde de l'autorité militaire qui s'exercera dans ce territoire. || 6⁰ Les clauses des alinéas 1⁰ et 2⁰ ne deviendront exécutoires que si le Traité de paix prévoit en premier lieu la démobilisation de l'armée bulgare.

En foi de quoi le présent procès-verbal a été dressé et signé le 25 Juillet (7 Août) 1913, à Bucarest.

Signés: Général Coanda, Général Serdar I. Voukotitch, Général Fitcheff, Lt Colonel Stancioff, Capitaine Pali, Colonel K. Smilianitch, Lt Colonel D. Kalafatovitch, Colonel C. Christesco.

Certifié conforme à l'original:
A. Pisoski.
Filitti.

Protocole No. 10.

Séance du Vendredi, 26 Juillet (8 Août) 1913.

Tenue à Bucarest au Ministère des affaires étrangères.

La séance est ouverte à 5 heures.

(Namen der Anwesenden.)

Le protocole de la séance précédente est lu et approuvé. || M. Maïoresco prend la parole et dit: „Messieurs, j'ai reçu Lundi dernier, 22 Juillet (4 Août) de la part de S. E. le Ministre d'Autriche-Hongrie à Bucarest, la communication que la monarchie Austro-Hongroise, quelle que soit la décision de notre Conférence sur Cavalla, se réserve de soumettre ce point aussi à une révision, étant donné qu'il appartient à l'ensemble des questions sur lesquelles l'Autriche-Hongrie s'est réservé le droit de révision. || Deux jours après, le 24 Juillet (6 Août), avant que tous les délégués des États représentés ici soient tombés d'accord sur les points principaux de leur différend, S. E. le Ministre de Russie à Bucarest m'a informé „que le Gouvernement Impérial, ayant appris que la question de Cavalla risque de compromettre le succès des travaux de la Conférence, déclare qu'il se réserve la liberté de réviser, conjointement avec les autres Puissances, les décisions qui seraient prises par la Conférence". || M. Radeff, délégué de Bulgarie, dit que „les délégués bulgares ayant été préalablement informés par le Gouvernement Royal de Bulgarie de communications faites par MM.

les Ministres d'Autriche-Hongrie et de Russie à Bucarest auprès de S. E. M. le Président de la Conférence, déclarent que ces communications ont contribué à déterminer leur consentement à accepter les conditions de la paix". || M. Maïoresco, s'adressant aux délégués bulgares, dit: „Messieurs, vos paroles seront reproduites dans le Protocole de la séance d'aujourd'hui. La Conférence continue ses travaux". || Le Président ajoute qu'il est heureux d'annoncer que d'un commun accord les membres de la Commission de rédaction du Traité ont réussi à établir le texte des principaux articles. || M. Pisoski est invité à en donner lecture. || Le préambule est approuvé par la Conférence. || Il en est de même de l'article Ier du projet. || A l'article II, à l'alinéa concernant le recours des deux Hautes Parties contractantes à un Gouvernement tiers ami pour désignation d'un arbitre en cas de désaccord, M. Radeff, délégué de Bulgarie, propose que le Traité détermine quelle sera la puissance à laquelle les parties s'adresseront. || M. Maïoresco, ayant admis, au nom de la Délégation roumaine, la proposition de M. Radeff, les parties tombent d'accord que le Gouvernement auquel on s'adresserait en pareille circonstance serait le Gouvernement Belg . || A l'alinéa du même article, relatif au délai dans lequel la Bulgarie devra démanteler les ouvrages de fortification existants à Roustschouck, Schoumla, dans le pays intermédiaire et dans une zône de vingt kilomètres autour de Baltchik, les deux Parties contractantes sont d'accord que ce délai sera de deux années. || A l'article III, à l'alinéa ayant trait à la désignation d'un arbitre en cas de différend entre les commissions chargées du tracé de la frontière bulgaro-serbe, les deux Parties contractantes s'entendent également pour recourir aux bons offices du Gouvernement Belge. || M. Politis, délégué de Grèce, est d'avis qu'il vaudrait peut-être mieux ne pas indiquer nommément dans le texte officiel du Traité un Gouvernement déterminé, alors que ce Gouvernement n'a pas été pressenti. D'autre part, il se peut que le Gouvernement désigné ne croie pas devoir accepter l'invitation qui lui serait adressée. Il y aurait donc avantage à maintenir dans les art. II et III — et la même observation s'applique à l'art. IV dont lecture sera donnée — l'indication générale de Gouvernement tiers et ami, sauf à s'entendre dans une note spéciale qu'on aura recours à tel Gouvernement déterminé et, à son défaut, à tel autre. || Le Président s'étant associé à l'opinion de M. Politis les parties intéressées admettent, après une observation de M. Take Ionesco, qu'elles auront recours, dans les cas prévus aux articles II, III et IV, aux bons offices des Gouvernements de Belgique, de Suisse ou des Pays-Bas. || M. Maïoresco ajoute que le Protocole de la séance mentionnera cette entente et servira à interpréter le sens de la clause en question dans les dits articles. || A l'article IV, M. Radeff, délégué de Bulgarie, prend la parole et dit:

„Pour rendre hommage aux luttes glorieuses que la Crète a soutenues, la Bulgarie, qui a toujours souhaité la voir réunie à sa mère-patrie, accepte avec la plus vive satisfaction le dernier alinéa du dit article". || M. Politis désire mettre l'Assemblée au courant des négociations poursuivies entre la délégation hellénique et la délégation bulgare concernant, d'une part, la réparation de certaines pertes causées par les troupes sur le théâtre des hostilités et d'autre part, certaines questions scolaires et religieuses. || Il dit que la délégation de Grèce avait proposé une solution d'ensemble à laquelle la délégation de Bulgarie a répondu par une fin de non recevoir en ce qui concerne la première question. Quant à la seconde question, la délégation bulgare, tout en admettant le principe, qui devrait d'ailleurs, selon son opinion, être établi sur la base de la réciprocité, estimait opportun d'en ajourner pour le moment la solution. || La délégation hellénique a proposé alors un nouveau texte ayant pour base la réciprocité et inspiré par un large esprit de conciliation. || Ce texte n'a malheureusement pas reçu l'approbation des Plénipotentiaires Bulgares.

M. Politis dépose au Secrétariat le texte d'un projet d'article ou de protocole relatif à la réparation des pertes, qui est annexé au présent Protocole. || M. Politis explique que selon la proposition de la délégation hellénique la somme des dédommagements devait être fixée par une Commission mixte comprenant aussi des membres étrangers, selon la procédure fixée par la Convention de la Haye. Il constate que la délégation bulgare a considéré qu'admettre la proposition hellénique serait prolonger les souvenirs de la guerre. || M. le délégué de Grèce croit au contraire qu'accorder, à la suite d'une enquête impartiale, les moyens d'existence et des réparations à une population si douloureusement éprouvée, serait le moyen le plus efficace pour effacer les souvenirs de la guerre et de ses maux. D'ailleurs, les intérêts de tiers étrangers ayant été également lésés, des interventions diplomatiques ne manqueront pas de se produire afin d'obtenir pour eux des dédommagements. || M. Politis déplore qu'une telle question, si juste tant au point de vue du droit que des sentiments d'humanité, et prévue du reste par la Convention de la Haye qui établit la responsabilité des belligérants en cas de non-observation des lois et coutumes de la guerre, soit restée ainsi en suspens. || M. Radeff fait ensuite, au nom de la délégation bulgare, la déclaration suivante: „Etant donnée l'impossibilité quasi-absolue de faire sur des territoires où a sévi la guerre des constatations objectives de nature à servir de base à des résultats juridiques; attendu que la proposition de MM. les délégués helléniques ne pouvant pas d'une part, avoir des résultats pratiques et risquant d'autre part, d'envenimer par des polémiques les rapports entre les nations belligérantes, quand tout milite en faveur d'un

apaisement aussi rapide que possible; les délégués bulgares maintiennent leur point de vue sur le fond et sur la forme". || M. Spalaïkovitch constate à son tour que sur la même question aucun accord n'a pu être établi entre es délégations bulgare et serbe. || M. Maïoresco rappelle la décision prises de ne porter en séance plénière que les questions sur lesquelles un accord préalable serait intervenu et constate que pour la première fois une divergence de vues s'est manifestée en séance plénière. Tout en reconnaissant l'importance de la question, il ne la croit pas de nature à entraver les travaux de la Conférence. || Aucun accord n'étant intervenu, le Protocole consignera simplement la discussion qui a eu lieu. || M. Politis reprend ensuite la parole sur la seconde question restée en suspens, celle des libertés religieuse et scolaire des populations chrétiennes des territoires annexés: il dit qu'un premier texte proposé par la délégation hellénique a rencontré de la part de la délégation bulgare des objections de méthode et de rédaction, mais non pas de principe. La base de la réciprocité ne pouvait être admise par la délégation hellénique à cause du schisme de l'Eglise bulgare. Néanmoins, pour témoigner de son esprit de conciliation et pour rendre hommage aux principes de liberté religieuse et scolaire universellement admis dans les pays civilisés, la délégation de Grèce a rédigé un nouveau Protocole auquel les délégués bulgares ont objecté que la question ne pouvait être résolue avant que les relations des deux Eglises n'aient été définitivement réglées. Pourtant, la délégation hellénique a présenté à nouveau les projets suivants d'article ou de protocole concernant d'une part, les questions religieuses et d'autre part, les questions scolaires et culturelles:

„Questions religieuses

Les communautés grecques en Bulgarie et les communautés bulgares en Grèce conserveront respectivement la propriété et le libre usage de leurs églises. || Leur organisation ecclésiastique fera l'objet d'une réglementation ultérieure. || Toutefois, il est dès maintenant reconnu que les communautés grecques de Thrace conserveront la même organisation ecclésiastique que par le passé.

„Questions scolaire et culturelle

Les écoles, monastères, hospices, hôpitaux et en général tous établissements et fondations charitables, de bienfaisance et de prévoyance dépendant des communautés grecques en Bulgarie, et les écoles, monastères, hospices, hôpitaux et en général tous établissements et fondations charitables de bienfaisance et de prévoyance dépendant des communautés bulgares en Grèce, conserveront leurs organisations et statuts et continueront à avoir l'administration et la jouissance de leur patrimoine tant mobilier qu'im-

mobilier. || Ils pourront, en se conformant aux prescriptions des lois locales et sur la base d'une parfaite réciprocité, recevoir des dons et legs et acquérir à titre onéreux. || Aucune entrave ne pourra être apportée à leur libre fonctionnement, en dehors des restrictions édictées respectivement dans chacun des deux pays intéressés par les lois générales régissant tous les établissements de même catégorie".

M. Veniselos déclare qu'il se contenterait pour le moment de cette rédaction élémentaire qui proclame un principe de civilisation généralement admis. Il exprime l'espoir que les délégués bulgares, qui ont demandé au sujet de ces questions des instructions à leur Gouvernement, accepteront en dernier lieu d'inscrire dans le traité un principe général consacrant les libertés scolaire et religieuse.

M. Radeff lit ensuite ce qui suit: || „Je déclare au nom de la délégation bulgare que nous sommes solidaires de la thèse hellénique ainsi que de l'argument qui fait voir dans la liberté un besoin primordial de la civilisation. J'observerai seulement que la réciprocité, dont nous avons parlé dans nos réunions particulières avec MM. les délégués helléniques, était entendue par nous comme devant être obligatoire pour la Bulgarie, la Grèce, le Monténégro et la Serbie. Cela dit, je demande à la Haute Assemblée la permission de lire la déclaration suivante: || Nous sommes reconnaissants à MM. les délégués helléniques d'avoir soulevé la question des églises et des écoles. Nous considérons que, le partage du condominium territorial acquis de l'Empire Ottoman une fois fait, il était équitable, il était même nécessaire de songer à faire bénéficier les nationalités réparties entre les États des anciens alliés d'un régime de droit capable d'assurer leur progrès, conformément à leurs traditions et aux besoins de leur culture. Nous sommes prêts à souscrire à cet effet aux clauses les plus libérales; et cela non seulement pour donner au monde civilisé, qui nous a prodigué ses sympathies pendant la guerre d'affranchissement contre la Turquie, le spectacle de nos promesses réalisées, mais aussi à cause de la conviction entière que nous avons que le véritable apaisement pour les nationalités ne peut venir que de leur tolérance mutuelle. Cette mutuelle tolérance trouve son expression juridique dans la formule de la réciprocité. Et c'est en se plaçant à ce point de vue que la délégation bulgare a l'honneur de faire la proposition suivante: || Attendu que la guerre contre l'Empire Ottoman a été entreprise par la Bulgarie, la Grèce, le Monténégro et la Serbie pour garantir à toutes les nationalités des conditions de libre développement; || Attendu que cette noble inspiration ne saurait ne pas avoir survécu aux événements qui depuis lors ont séparé les anciens alliés; || Les délégués bulgares, profondément convaincus de répondre au besoin de faciliter

l'établissement de rapports d'amitié entre les quatre États susmentionnés et d'assurer aux populations appelées à vivre ensemble une ère de justice et de large tolérance, proposent d'insérer dans le Traité la clause suivante: || La Bulgarie, la Grèce, le Monténégro et la Serbie reconnaissent sur leurs territoires nouvellement annexés l'autonomie des communautés religieuses et la liberté des écoles". || M. Spalaïkovitch fait ensuite la déclaration suivante: || „La délégation serbe n'entrera pas dans la discussion de la proposition faite par M. Radeff. En dehors d'autres raisons, la délégation se borne à déclarer que cette question, en ce qui concerne les nouveaux sujets serbes, est réglée par la constitution du Royaume de Serbie". || M. Maïoresco prie MM. les Plénipotentiaires de tâcher de s'entendre si possible sur ces questions jusqu'à la prochaine séance fixée au lendemain à 10 heures du matin. || Il ajoute que cette séance aura à régler également les questions de démobilisation, d'évacuation des territoires et de ratification. || M. Ristitch prend la parole et dit que la délégation serbe tient à déclarer qu'entre les délégués serbes et bulgares reste encore à régler la question concernant les vieilles contestations relatives à l'ancienne frontière serbo-bulgare et que la délégation serbe se réserve le droit d'en entretenir la Conférence à la séance du lendemain. || Le Général Coanda dit que les articles à insérer dans le Traité, concernant les questions militaires, ont été rédigés sur la base des décisions prises par la Conférence dans sa dernière séance et que cette rédaction pourra être portée en séance plénière dès que tous les délégués militaires en auront pris connaissance. || Le Président, en annonçant la prochaine séance pour le lendemain à 10 heures du matin, exprime l'espoir que cette séance sera la dernière et que la Conférence ne se réunira plus que pour procéder à la signature du Traité de paix.

La séance est levée à 7 heures.

Unterschriften.

Annexe au Protocole No. 10.

Projet d'article ou de Protocole proposé par la Délégation Hellénique.

Le Gouvernement bulgare accepte de réparer, dans les territoires de Macédoine annexés à la Grèce, les dommages causés, contrairement aux lois et coutumes de la guerre sur terre, aux populations civiles et aux propriétés publiques et privées, par ses forces armées régulières ou irrégulières. || Dans le delai de... mois à partir de l'échange des ratifications du Traité de paix, il sera procédé à la constitution d'une commission mixte d'enquête et d'arbitrage, chargée de procéder sur place à la constatation et à l'évaluation des dommages dont la réparation devra avoir lieu conformément

aux paragraphes 1 et 2 du présent article. || Cette commission sera composée de cinq membres, désignés de la manière suivante: les Gouvernements bulgare et grec en nommeront chacun un; trois Gouvernements de l'Europe centrale ou septentrionale, autres que ceux des Grandes Puissances, seront priés par le Gouvernement roumain, au nom des Hautes Parties contractantes, de nommer chacun un des trois autres membres. || Les commissaires nommés par les Gouvernements tiers procéderont par voie de tirage au sort à la désignation de celui d'entre eux qui sera le président de la commission. || Le retard qui pourrait être apporté par l'une des Hautes Parties contractantes à la nomination de son commissaire, ou l'abstention de celui-ci, ne pourrait pas empêcher la commission de commencer ses travaux et de remplir son mandat. || La commission aura toute liberté pour procéder à son enquête et fixer les sommes qui pourraient être dues par chacune des parties à l'autre. || Elle suivra, en tant que faire se pourra, les dispositions de la Convention de la Haye du 18 Octobre 1907 concernant le réglement pacifique des conflits internationaux, relativement aux commissions internationales d'enquête et à la procédure sommaire d'arbitrage. || Chacune des Hautes Parties contractantes pourra se faire représenter auprès de la commission par un agent. || La commission procédera, s'il y a lieu, à la compensation des sommes allouées et fixera la date et les modalités de paiement. || Chacune des parties paiera son commissaire et son agent. Les honoraires des commissaires tiers et tous frais exposés par la commission seront mis par la sentence finale à la charge de chacune des Hautes Parties contractantes dans la proportion des sommes dont la commission les aura respectivement déclarées débitrices.

Signé: N. Politis.

Certifié conforme à l'original:
A. Pisoski.
Filitti.

Protocole No. 11.

Séance du Samedi, 27 Juillet (9 Août) 1913.

Tenue à Bucarest au Ministère des affaires étrangères.

La séance est ouverte à 11 heures du matin.

(Namen der Anwesenden.)

Le protocole de la séance précédente est lu et approuvé. || M. Maïoresco annonce pour demain matin la célébration à l'Eglise métropolitaine d'un Te Deum officié par le Métropolite Primat du Royaume à l'occasion de la conclusion de la paix. Le Président invite MM. les Plénipotentiaires, parmi

lesquels il n'y a ni vainqueurs ni vaincus mais des collaborateurs à la même œuvre, à assister à ce service d'actions de grâces. || Le Général Coanda lit ensuite le procès-verbal relatif à la rédaction des articles touchant les questions militaires, à insérer dans le Traité. || La Conférence décide que ce procès-verbal sera annexé au présent Protocole. || M. Ristitch, délégué de Serbie, lit la déclaration suivante: || „En proposant la réparation des dommages et pertes occasionnés, contrairement au droit des gens, aux victimes innocentes de la guerre, surtout sur l'ancien territoire serbe, nous avons été inspirés de l'idée d'humanité et de justice. Nous regrettons profondément que nos propositions n'aient pas trouvé l'accueil favorable et nous déclarons que nous nous réservons le droit de recourir, à ce sujet, au Tribunal international de La Haye". || Le Président dit que cette déclaration sera insérée au Protocole. || M. Veniselos, au nom de la délégation hellénique, s'associe à la déclaration de M. Ristitch. || Le Président invite M. Pisoski à continuer la lecture du projet de Traité de paix. || Les articles V, VI et VII sont admis sans discussion. || M. Radeff, délégué de Bulgarie, lit la déclaration suivante concernant les articles VI et VII: || „Les autorités militaires roumaines s'entendront, dès la signature de la paix, avec le Gouvernement Royal de Bulgarie pour la reprise immédiate du service des chemins de fer interrompu du fait de l'occupation roumaine, et cela sans porter préjudice aux droits conférés par l'article VII du Traité au commandement des armées roumaines. Il est bien entendu que les transports militaires bulgares ne se feront pas par la zône fixée par l'article VI qu'après le délai fixé pour l'évacuation". || Le Général Coanda adhère à la proposition de M. Radeff. || Le Président déclare, à son tour, que cette proposition sera insérée au Protocole. || Les articles VIII et IX du projet de Traité sont admis sans modification. || M. Veniselos exprime ensuite le désir de connaître la réponse définitive de la délégation bulgare au sujet des libertés religieuse et scolaire à assurer aux populations chrétiennes des territoires annexés. || M. Radeff déclare que la délégation bulgare maintient son point de vue pour les motifs déjà exposés et regrette que la proposition bulgare, destinée à assurer aux populations du condominium des territoires pris à la Turquie les plus larges libertés nécessaires à leur développement national sur la base de la réciprocité, n'ait pas recueilli les suffrages unanimes des quatre États intéressés. || M. Veniselos exprime à son tour le regret que la proposition hellénique n'ait pas été jugée satisfaisante. || M. Spalaïkovitch donne lecture du texte suivant sur lequel les délégations bulgare et serbe sont tombées d'accord au sujet du règlement de l'ancienne frontière bulgaro-serbe: || „Les questions relatives à l'ancienne frontière serbo-bulgare seront réglées suivant l'entente intervenue entre les deux Hautes Parties contrac-

tantes, constatée dans le Protocole annexé au présent article". || La Conférence admet que ce texte formera l'article IV du Traité de paix comme faisant suite à l'article III qui fixe la nouvelle frontière bulgaro-serbe.

M. Spalaïkovitch lit ensuite le Protocole à annexer au nouvel article IV: || „Une commission mixte serbo-bulgare, qui sera constituée dans le délai d'un an à partir du jour de la ratification du Traité de paix, réglera les questions relatives à l'ancienne frontière serbo-bulgare, en prenant pour principe le thalweg du Timok, en tant que cette rivière sert de frontière entre la Serbie et la Bulgarie, et la ligne de partage des eaux pour la partie de la frontière depuis le sommet de la hauteur de Batchichté jusqu'à Ivanova Livada. || Au plus tard dans un délai de trois ans à partir du jour de la ratification du Traité de paix, les deux Hautes Parties contractantes sont tenues de marquer sur le terrain par des signes permanents tout le tracé de l'ancienne frontière serbo-bulgare. || Tous les moulins existant sur le Timok, en tant que celui-ci sert de frontière entre la Serbie et la Bulgarie, seront supprimés dans le délai de trois ans à partir du jour de la ratification du Traité de paix, et dorénavant aucune installation de ce genre ne sera permise sur cette partie de la rivière. || Il est également entendu qu'il ne sera plus permis désormais aux sujets respectifs des deux Hautes Parties contractantes de posséder des biens-fonds divisés par la ligne-frontière (les biens dits „dvovlassna"). En ce qui concerne les propriétés de cette nature actuellement existantes, chacun des deux Gouvernements s'engage à procéder à l'expropriation, moyennant une juste et préalable indemnité fixée d'après la procédure locale, des parcelles sises en deçà de sa frontière. La même règle s'applique aux biens situés dans l'enclave de Rogliévo-Koïlovo ainsi que dans celle de Halovo-Vrageogrntzi, leur situation juridique par rapport à des administrés des deux États riverains ayant été réglée par le Protocole No. 11 de la Commission mixte serbo-bulgare de 1912. Lesdites expropriations seront effectuées dans le délai de trois ans au plus tard, à partir du jour de la ratification du Traité de paix". || Le Président ayant constaté l'accord intervenu, donne la parole à M. Tontcheff qui lit ce qui suit: || „Monsieur le Président, avant que les travaux de la Conférence ne soient clos, je demande la parole pour faire la déclaration suivante: || Les délégués bulgares considèrent que le voeu général de voir s'établir dans les Balkans une paix stable et un juste équilibre serait le plus heureusement réalisé sur la base du principe des nationalités. || Néanmoins, en tenant compte de la situation présente et pour faire preuve de déférence vis-à-vis des Grandes Puissances dont ils se font une loi de suivre les conseils, ils ont consenti à établir avec les alliés, pour le partage du condominium territorial acquis sur la Turquie, un accord

motivé uniquement par des considérations de fait. || Les délégués bulgares expriment l'espoir que la Bulgarie trouvera auprès des Grandes Puissances un appui propre à améliorer sa situation conformément aux sacrifices faits par elle et aux nécessités de son développement économique et national". || M. Politis, au nom de la délégation hellénique, lit ensuite la contre-déclaration suivante: || „A la suite de la déclaration faite par MM. les délégués bulgares, la délégation hellénique croit devoir déclarer que, pour arriver à la conclusion de l'accord territorial intervenu avec la Bulgarie, déférant au voeu des Grandes Puissances et du Gouvernement roumain d'arriver le plus promptement possible à la conclusion de la paix, les États alliés ont fait preuve du plus large esprit de conciliation et se sont inspirés de la nécessité de fonder entre les États chrétiens de la Péninsule balkanique un juste et durable équilibre. La délégation hellénique est profondément convaincue que l'accord heureusement établi n'est pas seulement le résultat de l'actuelle situation de fait; qu'il répond aussi aux intérêts permanents des États intéressés et que les paroles qui viennent d'être prononcées ne sauraient infirmer en rien la force juridique du Traité de paix établi sur la base de l'accord intervenu". || M. Spalaïkovitch lit, à son tour, la déclaration suivante: || „Les États représentés à cette Conférence, étant les plus intéressés à établir une situation stable et une paix durable dans les Balkans, se sont constamment inspirés, dans les travaux de cette Conférence, de ces idées. C'est pourquoi ils sont profondément convaincus que leurs décisions assureront pleinement le but poursuivi". || M. Matanovitch, au nom de la délégation du Monténégro, s'associe à la déclaration de M. Spalaïkovitch. || M. Maïoresco, en prenant acte des déclarations des États alliés, croit exprimer une conviction partagée par l'Assemblée tout entière en disant que les termes de l'exposé qui vient d'être lu par M. Tontcheff ne sauraient affaiblir, ni infirmer, en quoi que ce soit, la valeur juridique du Traité à conclure. || Ces paroles du Président rencontrent l'assentiment unanime de MM. les Plénipotentiaires. || M. Maïoresco termine en constatant que l'accord s'est heureusement établi, sinon sur l'ensemble des questions, du moins sur tous les points dont la solution était décisive pour l'accomplissement de l'oeuvre qui restera dans les annales des peuples représentés à cette Conférence. || Le Président invite MM. les Plénipotentiaires à se réunir le lendemain à 9 heures du matin pour procéder à la signature du Traité de paix.

La séance est levée à 11 heures et demie.

Unterschriften.

Annexe au Protocole No. 11.

Procès-verbal.

A la suite de la proposition faite par le Général Coanda à la séance du 26 Juillet (8 Août) 1913, les délégués militaires se sont réunis après la séance pour examiner au point de vue technique la rédaction des articles du Traité de paix relatifs aux questions militaires. || Ils sont tombés d'accord pour adopter la rédaction proposée par le Général Coanda. Ces textes, après approbation du Comité de rédaction, sont destinés à former les articles 5 à 9 du projet de Traité qui sera soumis à la Conférence en séance plénière, à la séance du Samedi matin, 27 Juillet (9 Août) 1913.

Signés: Général Coanda, Général Serdar I. Voukotitch, Général Fitcheff, Lt Colonel Stancioff, Lt Colonel D. Kalafatovitch, Capitaine Pali, Colonel K. Smilianitch, Colonel C. Christesco.

Certifié conforme à l'original:
A. Pisoski.
Filitti.

Protocole No. 12.

Séance du Dimanche, 28 Juillet (10 Août) 1913.

Tenue à Bucarest au Ministère des affaires étrangères.

La séance est ouverte à 9½ du matin.

(Namen der Anwesenden.)

Le protocole de la séance précédente est lu et approuvé. || Le Président fait remarquer que le Protocole de la séance d'aujourd'hui sera entre les mains de MM. les Plénipotentiaires dans le courant de la journée. || M. Radeff, délégué de Bulgarie, dit qu'il s'est entendu avec MM. les délégués de Serbie pour prier M. le Président de faire mentionner dans le Protocole d'aujourd'hui qu'au cas où la Commission mixte serbo-bulgare ne pourrait pas se mettre d'accord sur quelque point de l'ancienne frontière entre les deux Royaumes, elle aura recours à l'arbitrage d'un expert nommé par un des Gouvernements de Belgique, de Suisse ou des Pays-Bas. || Le Président décide que la déclaration de M. Radeff sera insérée au Protocole. || Il invite ensuite M. Pisoski à donner lecture du texte du Traité définitif, qui est admis à l'unanimité. || M. Maïoresco ajoute, qu'avant que l'acte même ne soit signé, il demande qu'il lui soit permis de faire une légère observation sur la manière dont on procédera. Les pleins pouvoirs des Délégués civils diffèrent un peu du mandat donné aux Délégués militaires. Seuls les pleins pouvoirs des premiers Plénipotentiaires sont décisifs. Ce-

pendant, en considération de l'aide particulièrement précieuse que MM. les Délégués militaires ont fournie, il pense que MM. les Plénipotentiaires admettront que MM. les Délégués militaires signent avec eux cet acte. Il est d'avis, aussi, que seuls les chefs des différentes Délégations y apposent leurs sceaux. Ces propositions ayant été admises, le Président invite MM. les Plénipotentiaires à vouloir bien procéder à la signature des cinq exemplaires du Traité. || Cet acte étant accompli, M. Veniselos prend la parole dans les termes suivants: || „Je suis sûr d'être l'interprète des sentiments unanimes de tous mes collègues étrangers en exprimant à S. E. M. le Président Maïoresco notre vive gratitude pour la grande impartialité et le tact parfait avec lesquels il a présidé aux délicats travaux de cette illustre Assemblée. || J'ajouterai que ces grandes qualités de Son Excellence nous ne les avons pas seulement appréciées au cours de nos séances officielles, nous avons aussi été très profondément touchés des sentiments nobles et élevés dont il nous a fourni maintes preuves dans les réunions privées et les entretiens officieux où, grâce à ses conseils éclairés, les concessions faites de part et d'autre ont amené les accords heureusement établis dans le Traité que nous venons de signer. || Aussi bien le mérite de la grande œuvre accomplie revient-il pour une bonne part à M. le Président Maïoresco. Son nom restera à jamais attaché à la paix de Bucarest et sera prononcé avec un profond et reconnaissant respect par les peuples chrétiens pour lesquels s'ouvre aujourd'hui une ère de travail et de tranquillité".

M. Maïoresco répond: || „Je suis profondément touché des aimables paroles que M. Veniselos vient de prononcer et de l'assentiment qu'elles ont trouvé au sein de cette Assemblée. Mais c'est avant tout à moi de vous exprimer ma reconnaissance pour le bienveillant concours que vous m'avez donné pour faciliter l'œuvre commune et pour l'indulgence que vous m'avez témoignée". || M. Spalaïkovitch propose qu'à l'issue du Te Deum MM. les Plénipotentiaires se rendent in corpore au Palais Royal pour s'inscrire sur le registre de Sa Majesté, afin de rendre ainsi hommage à l'Auguste Souverain de la Roumanie qui a le plus contribué au rétablissement de la paix dans les Balkans. || M. Maïoresco prend à nouveau la parole et dit: || „Messieurs, avant de nous séparer, permettez-moi de vous rappeler que la Conférence a tenu sa première séance le Mercredi, 17/30 Juillet, et qu'aujourd'hui, Dimanche, 28 Juillet (10 Août), sa grande mission qui était d'apporter aux peuples que nous représentons les bienfaits de la paix, a été accomplie. || Il est évident qu'un pareil résultat n'a pu être obtenu que par le zèle assidu et la haute compétence des membres de cette Assemblée. || Je crois remplir un devoir en exprimant nos remercîments particuliers à ceux des délégués qui ont accepté des attributions spéciales, notamment

à nos collègues militaires et aux rédacteurs du texte du Traité de paix. || Je remercie en même temps, au nom de la Conférence, le Secrétariat de l'infatigable application avec laquelle il s'est acquitté de sa tâche difficile. N'oublions pas non plus les fonctionnaires qui ont facilité les formalités indispensables à notre œuvre. || Messieurs, nous pouvons nous séparer avec la conscience d'avoir fait de notre mieux pour sauvegarder les intérêts des États que nous représentons, et avec le sentiment que les liens personnels, établis entre nous pendant notre travail commun, seront les précurseurs des bons rapports qui s'établiront entre nos États. || Je déclare close la Conférence de Bucarest".

Les Plénipotentiaires se séparent à onze heures.

Unterschriften.

Certifié conforme à l'original:

A. Pisoski.

Filitti.

Nr. 14496. BULGARIEN, GRIECHENLAND, MONTENEGRO, RUMÄNIEN, SERBIEN. Friedensvertrag.

Bukarest, 28. Juli/10. Aug. 1913.

Traité de Paix.

Leurs Majestés le Roi de Roumanie, le Roi des Hellènes, le Roi de Monténégro et le Roi de Serbie, d'une part, et sa Majesté le Roi des Bulgares, d'autre part, animés du désir de mettre fin à l'état de guerre actuellement existant entre Leurs pays respectifs, voulant, dans une pensée d'ordre, établir la paix entre Leurs peuples si longtemps éprouvés, ont résolu de conclure un Traité définitif de paix. Leurs dites Majestés ont, en conséquence, nommé pour Leurs Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté le Roi de Roumanie: || Son Excellence Monsieur Titus Maïoresco, Son Président du Conseil des Ministres, Ministre des Affaires Étrangères; || Son Excellence Monsieur Alexandre Marghiloman, Son Ministre des Finances; || Son Excellence Monsieur Take Ionesco, Son Ministre de l'Intérieur; || Son Excellence Monsieur Constantin G. Dissesco, Son Ministre des Cultes et de l'Instruction Publique; || Le Général de division aide de camp C. Coanda, Inspecteur général de l'artillerie, et || Le Colonel C. Christesco, Sous-chef du grand état-major de Son armée. || Sa Majesté le Roi des Hellènes: || Son Excellence Monsieur Eleftérios Veniselos, Son Président du Conseil des Ministres, Ministre de la Guerre; || Son Excellence Monsieur Démètre Panas, Ministre Plénipotentiaire; || Monsieur Nicolas Politis, Professeur de droit internatio-

nal à l'Université de Paris; || Le Capitaine Ath. Exadactylos, et || Le Capitaine C. Pali. || Sa Majesté le Roi de Monténégro: || Son Excellence le Général Serdar Yanko Voukotitch, Son Président du Conseil des Ministres, Ministre de la Guerre, et || Monsieur Jean Matanovitch, Ancien Chargé d'Affaires de Monténégro à Constantinople. || Sa Majesté le Roi de Serbie: || Son Excellence Monsieur Nicolas P. Pachitch, Son Président du Conseil des Ministres, Ministre des Affaires Étrangères; || Son Excellence Monsieur Mihaïlo G. Ristitch, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à Bucarest; || Son Excellence Monsieur le Docteur Miroslaw Spalaïkovitch, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire; || Le Colonel K. Smilianitch, et || Le Lieutenant Colonel D. Kalafatovitch. || Sa Majesté le Roi des Bulgares: || Son Excellence Monsieur Dimitri Tontcheff, Son Ministre des Finances; || Le Général-Major Ivan Fitcheff, Chef de l'état-major de Son armée; || Monsieur Sawa Ivantchoff, docteur en droit, ancien Vice-Président du Sobranié; || Monsieur Siméon Radeff, et || Le Lieutenant Colonel d'état-major Constantin Stancioff.

Lesquels, suivant la proposition du Gouvernement Royal de Roumanie, se sont réunis en Conférence à Bucarest, munis de pleins pouvoirs, qui ont été trouvés en bonne et due forme. || L'accord s'étant heureusement établi entre eux, ils sont convenus des stipulations suivantes:

Article premier

Il y aura, à dater du jour de l'échange des ratifications du présent Traité, paix et amitié entre Sa Majesté le Roi de Roumanie, Sa Majesté le Roi des Hellènes, Sa Majesté le Roi de Monténégro, Sa Majesté le Roi de Serbie et Sa Majesté le Roi des Bulgares, ainsi qu'entre Leurs héritiers et successeurs, Leurs États et sujets respectifs.

Article II

Entre le Royaume de Bulgarie et le Royaume de Roumanie, l'ancienne frontière entre le Danube et la Mer Noire est, conformément au procès-verbal arrêté par les Délégués militaires respectifs et annexé au Protocole No. 5 du 22 Juillet (4 Août) 1913 de la Conférence de Bucarest, rectifiée de la manière suivante: || La nouvelle frontière partira du Danube, en amont de Turtukaïa, pour aboutir à la Mer Noire au Sud d'Ekrene. || Entre ces deux points extrêmes, la ligne frontière suivra le tracé indiqué sur les cartes $^1/_{100.000}$ et $^1/_{200.000}$ de l'état-major roumain, et selon la description annexées au présent article. || Il est formellement entendu que la Bulgarie démantélera, au plus tard dans un délai de deux années, les ouvrages de fortifications existants et n'en construira pas d'autres à

Roustchouk, à Schoumla, dans le pays intermédiaire, et dans une zône de vingt kilomètres autour de Baltchik. || Une commission mixte, composée de représentants des deux Hautes Parties contractantes, en nombre égal des deux côtés, sera chargée, dans les quinze jours qui suivront la signature du présent Traité, d'exécuter sur le terrain le tracé de la nouvelle frontière, conformément aux stipulations précédentes. Cette commission présidera au partage des biens-fonds et capitaux qui ont pu jusqu'ici appartenir en commun à des districts, des communes, ou des communautés d'habitants séparés par la nouvelle frontière. En cas de désaccord sur le tracé et les mesures d'exécution, les deux Hautes Parties contractantes s'engagent à s'adresser à un Gouvernement tiers ami pour le prier de désigner un arbitre dont la décision sur les points en litige sera considérée comme définitive.

Article III

Entre le Royaume de Bulgarie et le Royaume de Serbie, la frontière suivra, conformément au procès-verbal arrêté par les Délégués militaires respectifs et annexé au Protocole No. 9 du 25 Juillet (7 Août) 1913 de la Conférence de Bucarest, le tracé suivant: || La ligne frontière partira de l'ancienne frontière, du sommet Patarica, suivra l'ancienne frontière turco-bulgare et la ligne de partage des eaux entre le Vardar et la Strouma, avec l'exception que la haute vallée de la Stroumitza restera sur territoire serbe; elle aboutira à la montagne Belašiča, où elle se reliera à la frontière bulgaro-grecque. Une description détaillée de cette frontière et son tracé sur la carte $^1/_{200.000}$ de l'état-major autrichien, sont annexés au présent article. || Une commission mixte, composée de représentants des deux Hautes Parties contractantes, en nombre égal des deux côtés sera chargée, dans les quinze jours qui suivront la signature du présent Traité, d'exécuter sur le terrain le tracé de la nouvelle frontière, conformément aux stipulations précédentes. || Cette commission présidera au partage des biens-fonds et capitaux qui ont pu jusqu'ici appartenir en commun à des districts, des communes, ou des communautés d'habitants séparés par la nouvelle frontière. En cas de désaccord sur le tracé et les mesures d'exécution, les deux Hautes Parties contractantes s'engagent à s'adresser à un Gouvernement tiers ami pour le prier de désigner un arbitre dont la décision sur les points en litige sera considérée comme définitive.

Article IV

Les questions relatives à l'ancienne frontière serbo-bulgare seront réglées suivant l'entente intervenue entre les deux Hautes Parties contractantes, constatée dans le Protocole annexé au présent article.

Article V

Entre le Royaume de Grèce et le Royaume de Bulgarie, la frontière suivra, conformément au procès-verbal arrêté par les Délégués militaires respectifs et annexé au Protocole No. 9 du 25 Juillet (7 Août) 1913 de la Conférence de Bucarest, le tracé suivant: || La ligne frontière partira de la nouvelle frontière bulgaro-serbe sur la crête de Belašiča planina, pour aboutir à l'embouchure de la Mesta à la Mer Egée. || Entre ces deux points extrêmes, la ligne frontière suivra le tracé indiqué sur la carte $^1/_{200.000}$ de l'état-major autrichien et selon la description annexées au présent article. || Une commission mixte, composée de représentants des deux Hautes Parties contractantes, en nombre égal des deux côtés, sera chargée, dans les quinze jours qui suivront la signature du présent Traité, d'exécuter sur le terrain le tracé de la frontière conformément aux stipulations précédentes. || Cette commission présidera au partage des biens-fonds et capitaux qui ont pu jusqu'ici appartenir en commun à des districts, des communes, ou des communautés d'habitants séparés par la nouvelle frontière. En cas de désaccord sur le tracé et les mesures d'exécution, les deux Hautes Parties contractantes s'engagent à s'adresser à un Gouvernement tiers ami pour le prier de désigner un arbitre dont la décision sur les points en litige sera considérée comme définitive. || Il est formellement entendu que la Bulgarie se désiste, dès maintenant, de toute prétention sur l'île de Crète.

Article VI

Les Quartiers généraux des armées respectives seront aussitôt informés de la signature du présent Traité. Le Gouvernement bulgare s'engage à ramener son armée, dès le lendemain de cette signification, sur le pied de paix. Il dirigera les troupes sur leurs garnisons où l'on procèdera, dans le plus bref délai, au renvoi des diverses réserves dans leurs foyers. || Les troupes dont la garnison se trouve située dans la zône d'occupation de l'armée de l'une des Hautes Parties contractantes, seront dirigées sur un autre point de l'ancien territoire bulgare et ne pourront gagner leurs garnisons habituelles qu'après évacuation de la zône d'occupation sus-visée.

Article VII

L'évacuation du territoire bulgare, tant ancien que nouveau, commencera aussitôt après la démobilisation de l'armée bulgare, et sera achevée au plus tard dans la quinzaine. || Durant ce délai, pour l'armée d'opération roumaine, la zône de démarcation sera indiquée par la ligne Sistov-Lovcea - Turski - Izvor - Glozene - Zlatitza - Mirkovo - Araba-Konak-Orchania-Mezdra-Vratza-Berkovitza-Lom-Danube.

Article VIII

Durant l'occupation des territoires bulgares, les différentes armées conserveront le droit de réquisition, moyennant paiement en espèces. || Elles y auront le libre usage des lignes de chemin de fer pour les transports de troupes et les approvisionnements de toute nature, sans qu'il y ait lieu à indemnité au profit de l'autorité locale. || Les malades et les blessés y seront sous la sauvegarde des dites armées.

Article IX

Aussitôt que possible après l'échange des ratifications du présent Traité, tous les prisonniers de guerre seront réciproquement rendus. || Les Gouvernements des Hautes Parties contractantes désigneront chacun des Commissaires spéciaux chargés de recevoir les prisonniers. || Tous les prisonniers aux mains d'un des Gouvernements seront livrés au commissaire du Gouvernement auquel ils appartiennent ou à son représentant dûment autorisé, à l'endroit qui sera fixé par les parties intéressées. || Les Gouvernements des Hautes Parties contractantes présenteront respectivement l'un à l'autre et aussitôt que possible après la remise de tous les prisonniers, un état des dépenses directes supportées par lui pour le soin et l'entretien des prisonniers, depuis la date de la capture ou de la reddition jusqu'à celle de la mort ou de la remise. Compensation sera faite entre les sommes dues par la Bulgarie à l'une des autres Hautes Parties contractantes et celles dues par celles-ci à la Bulgarie, et la différence sera payée au Gouvernement créancier aussitôt que possible après l'échange des états de dépenses susvisés.

Article X

Le présent Traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées à Bucarest dans le délai de quinze jours ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé leurs sceaux. || Fait à Bucarest le vingt huitième jour du mois de Juillet (dixième jour du mois d'Août) de l'an mil neuf cent treize.

Signés:

Pour la Roumanie:

[L. S.] T. Maïoresco
Al. Marghiloman
Take Ionesco
C. G. Dissesco
Général aide de camp Coanda
Colonel C. Christesco

Pour la Bulgarie:

[L. S.] D. Tontcheff
Général Fitcheff
Dr. S. Ivantchoff
S. Radeff
Lt Colonel Stancioff

Pour la Grèce:
[L. S.] E. K. Veniselos
D. Panas
N. Politis
Capitaine A. Exadactylos
Capitaine C. Pali

Pour le Monténégro:
[L. S.] Général Serdar I. Voukotitch
Y. Matanovitch

Pour la Serbie:
[L. S.] Nik. P. Pachitch
M. G. Ristitch
M. Spalaïkovitch
Colonel K. Smilianitch
Lt Colonel D. Kalafatovitch

Certifié conforme à l'original:
A. Pisoski.
Filitti.

Protocole

Annexé à l'article II du traité de Bucarest du vingt-huit Juillet (dix Août) mil neuf cent treize.

Description et repérage du tracé de la nouvelle frontière bulgaro-roumaine.

Le tracé de la frontière tel qu'il est marqué sur la carte au $^1/_{200.000}$ suit les lignes ou les points caractéristiques du sol tels que: vallées, vallons, sommets, ensellements, etc. Entre les villages, il suit le milieu de l'intervalle en suivant autant que possible des lignes naturelles.

1. Le tracé général.

Le tracé général part du Danube à la hauteur de l'intervalle séparant les deux îles situées au Nord-Est de l'iezer Kalimok.

(Consultez la carte au $^1/_{200.000}$-ème.)

Il laisse à la Bulgarie	Il laisse à la Roumanie
Les Villages:	
Breslen	Türk Smil
Kütüklii	Sjanovo
Güvedze	Hadzifaklar

Il laisse à la Bulgarie	Il laisse à la Roumanie
	Les Villages:
Nastradin	Kovandzilar
Kascilar	Mesim Mahle
Kaslaköj	Kara Mehmetler
Dzeferler	Salihler
Kara Kodzalar	Köse Abdi
Junuzlar	Kanipe
Seremetköj	At Serman
Jeni Balabanlar	Ova Serman
Eski Balabanlar	Omurdza
Salladin	Taslimah
Kadir	Rahman Asiklar
Jükli	Ibrjam Mahle
Ferhatlar	Cijrekci
Saltiklar	Kara Kadilar
Coban Nasuf	Kili Kadi
Sarvi	Trubcular
Mahmuzli	Ehisce
Kücük Ahmed	Vladimirovo (Deli Osmanlar)
Bestepe	Serdimen
Peceli	Kadijevo
Burhanlar	Novo Botjovo
Kizildzilar	Semiz Ali
Gökce Döllük	Saridza
Kapudzi Mahle	Balidza
Korkut	Kujudzuc
Canlar	Mustafa-Bejler
Emirovo	Causkjöj
Semat	Ekrene
Botjovo (Jusenli)	
Kara Bunar	
Ermenli	
Krumovo	
(Kumludza grn)	
Jeni Mahle	
Vlahlar	
Klimentovo (Kapakli)	
Dis Budac	
Bel Monastir (Mon Aladza)	

2. Le tracé détaillé de la frontière.

(Consultez la carte au $^1/_{100.000}$-ème.)

En partant du Danube, pour suivre le tracé de la frontière jusqu'à la Mer Noire, ce tracé est d'abord marqué par le pied de la terrasse de la rive gauche de la vallée séparant les villages de Türk Smil et de Kiutiukli. Il monte ensuite l'éperon situé au Nord du chemin de Kiutiukli à Senovo, traverse le mamelon central (il y en a trois) situé à l'Ouest du village Senovo; contourne la naissance des deux vallons situés au Sud du village de Senovo, descend au débouché du vallon situé à l'Ouest du village de Hazcilar, qu'il remonte presqu'à sa naissance; traverse ensuite la vallée de Hadjifaklar ainsi que le plateau longé par la route de Kazcilar à Balbunar. Entre cette route et la cote 209 il traverse les vallées de l'Ouest et de l'Est de Kuvanojilar entre lesquelles il contourne, en suivant la crête, les vallons centraux des mêmes vallées de Kuvanojilar. A partir du Sud de la cote 209 $\underline{\triangle}$, il se dirige vers le tournant central de la rivière de Demir-Babinar à l'Est du village de Seremetkioi, qu'il touche après avoir traversé le mamelon situé au Sud-Ouest du 209 $\underline{\triangle}$ et après avoir suivi les vallons et les confluents les plus rapprochés de la ligne droite joignant 209 $\underline{\triangle}$ à la cote $-\odot-$ 226 (Nord de Seremetkioi). A l'Est de Demir-Babinar, le tracé de la frontière suit le contrefort situé entre Kiuseabdi Kasaplâ et Eski Balabanlar, traverse d'abord la vallée, ensuite le plateau situé à l'Est de cette vallée, entre les villages de Atkioi et Saladinkioi, il descend ensuite dans la vallée de Saormankioi au confluent du petit vallon de Saladinkioi. Le tracé traverse ensuite le mamelon situé au Nord du village de Kaidarkioi (sur la route de Silistrie) touche le confluent du vallon situé au Nord du village de Juklii pour atteindre la route Schoumla à Silistrie, au Sud de la cote 269 $\underline{\triangle}$, après avoir contourné à l'Ouest, au Sud et à l'Est le village de Rahman Asiclar, en passant par les confluents ou par les dépressions les mieux situés pour fixer ce tracé à peu près à égale distance des villages que la frontière sépare dans cette région. A partir de 269 $\underline{\triangle}$ le tracé passe entre Dorutlar et Cioban Nasuf; descend aux confluents des deux premiers vallons situés à l'Est du village de Cioban Nasuf, suit l'éperon flanqué de ces deux vallons, court toujours vers le Sud-Est en suivant le thalweg du vallon débouchant dans la rivière de Reonagol au Nord-Ouest de Mahmuzlăi. Il descend ensuite le cours de cette rivière jusqu'au confluent situé au Nord-Ouest du vallon de Mahmuzlăi, qu'il remonte ensuite pour passer au Sud du mamelon 260 (ensellement) d'où il descend dans le vallon de Kiuciuk Ahmed à l'embranchement des chemins. Après avoir remonté un peu le cours de cette rivière, le tracé de la frontière monte le contrefort situé entre Kiuciuk Ahmed et Killi-Kadăi, traverse le mamelon 260, rejoint le confluent

des deux vallons situés à l'Ouest de Ekisce, remonte le vallon situé à l'Ouest de ce village, change de direction vers le Sud, traverse le mamelon 277 ainsi que l'ensellement des mamelons situés entre les villages de Vladimirov et Gekcidelink; il traverse encore l'ensellement situé entre les villages de Gekcidelink et Kapudjimah, d'où il se dirige d'abord vers le Nord et ensuite vers l'Est en suivant la dépression qui passe au Nord de Kortut (Korkut). Entre Kortut et le ruisseau Isikli, le tracé de la frontière suit la ligne de partage des eaux, au Sud du village de Kadikioi et de la cote 303 jusqu'au grand tournant de Isikli. Dans la section suivante, qui se termine sur la route de Varna à Dobrici, la frontière suit d'abord le cours de la vallée de Kumbudja, ensuite la branche orientale de cette vallée, en passant au Nord du mamelon 340. La dernière section du tracé de la frontière, situé entre la route de Varna-Dobrici et la Mer Noire, traverse à son origine le vallon de Kuiudjuk, suit un petit contrefort, ensuite un vallon dans la direction Sud-Est, il s'infléchit ensuite vers le Nord-Est dans la direction de la cote 299 en suivant une ligne de partage des eaux; il sépare ensuite par les lignes caractéristiques du terrain les villages de Ciauskioi, de Kapaklii, après avoir, de la même manière, séparé Mustafa Beiler de Vlahlar; il touche enfin la Mer Noire en traversant l'ensellement situé au Sud de la cote 252.

3. Le repérage provisoire du tracé.

Le tracé de la frontière ainsi défini topographiquement à l'aide des documents cartographiques existants (les cartes de $^1/_{200\cdot000}$, $^1/_{126\cdot000}$ et $^1/_{100\cdot000}$) se trouve encore rapporté à certains points remarquables du sol. A cet effet on a choisi d'abord les points trigonométriques de la triangulation existante, ensuite les clochers des églises ou les minarets des villages. C'est pourquoi on a englobé ce tracé dans une triangulation développée entre le Danube et la Mer Noire. La triangulation coupant le tracé de la frontière, les intersections se trouvent repérées à des points invariables du sol, dont on peut mesurer la distance avec une approximation de 50 m. || C'est ainsi que le point de depart de la frontière du Danube est rapporté à la cote du point trigonométrique de Turtucaïa qui se trouve à une distance de 15 km. De la même manière on peut lire sur la carte les distances de tous les mamelons, ensellements, etc., qui forment les jalons de la frontière.

Fait à Bucarest, le 28 Juillet (10 Août) 1913.

Signés:

Pour la Roumanie:	Pour la Bulgarie:
T. Maïoresco	D. Tontcheff
Al. Marghiloman	Général Fitcheff

Take Ionesco
C. G. Dissesco
Général aide de camp Coanda
Colonel C. Christesco

Dr S. Ivantchoff
S. Radeff
Lt Colonel Stancioff

Pour la Grèce:
E. K. Veniselos
D. Panas
N. Politis
Capitaine A. Exadactylos
Capitaine Pali

Pour le Monténégro:
Général Serdar I. Voukotitch
I. Matanovitch

Pour la Serbie:
Nik. P. Pachitch
M. G. Ristitch
M. Spalaïkovitch
Colonel K. Smilianitch
Lt Colonel D. Kalafatovitch

Protocole

Annexé à l'article III du traité de Bucarest du vingt-huit Juillet (dix Août) mil neuf cent treize.

Description détaillée de la nouvelle frontière bulgaro-serbe.

La ligne de frontière part au Nord de l'ancienne frontière bulgaro-serbe, du point Partarica, suit l'ancienne frontière bulgaro-turque jusqu'à Dizderica, suit ensuite la ligne de partage des eaux entre le Vardar et la Strouma en passant par Lukov vrh (1297), Obel, Poljana, la cote 1458, la cote 1495, Zanoga (1415), Ponorica, Kadica, la cote 1900, la cote 1453, Čingane Kalessi, la crête de Klepalo, la cote 1530, la crête de Males planina (1445), tourne à l'Ouest vers les cotes 1514 et 1300, passe par la crête de Draganeva dag, Kadi mesar tepesi, Kali tepesi, traverse la rivière Novičanska au Sud du village de Rajanci, passe entre les villages Oslovci et Suševo, traverse la rivière Stroumica entre Radičevo et Vladovci et remonte vers la cote 850, suit de nouveau la ligne de partage des eaux entre le Vardar et la Strouma par les cotes 957, 571, 750, 895, 850 et atteint la crête de la montagne Belašica où elle se relie à la frontière bulgaro-grecque.

Fait à Bucarest, le 28 Juillet (10 Août) 1913.

Signés:

Pour la Roumanie:
T. Maïoresco
Al. Marghiloman
Take Ionesco
C. G. Dissesco
Général aide de camp Coanda
Colonel C. Christesco

Pour la Bulgarie:
D. Tontcheff
Général Fitcheff
Dr S. Ivantchoff
S. Radeff
Lt Colonel Stancioff

Pour la Grèce:
E. K. Veniselos
D. Panas
N. Politis
Capitaine A. Exadactylos
Capitaine Pali

Pour le Monténégro:
Général Serdar I. Voukotitch
I. Matanovitch

Pour la Serbie:
Nik. P. Pachitch
M. G. Ristitch
M. Spalaïkovitch
Colonel K. Smilianitch
Lt Colonel D. Kalafatovitch

Protocole

Annexé à l'article IV du traité de Bucarest du vingt-huit Juillet (dix Août) mil neuf cent treize, concernant les questions relatives à l'ancienne frontière serbo-bulgare.

Une commission mixte serbo-bulgare, qui sera constituée dans le délai d'un an à partir du jour de la ratification du Traité de paix, réglera les questions relatives à l'ancienne frontière serbo-bulgare, en prenant pour principe le thalweg du Timok, en tant que cette rivière sert de frontière entre la Serbie et la Bulgarie, et la ligne de partage des eaux pour la partie de la frontière depuis le sommet de la hauteur de Batchichté jusqu'à Ivanova Livada. || Au plus tard dans un délai de trois ans à partir du jour ed la ratification du Traité de paix, les deux Hautes Parties contractantes sont tenues de marquer sur le terrain par des signes permanents tout le tracé de l'ancienne frontière serbo-bulgare. || Tous les moulins existant sur le Timok, en tant que celui-ci sert de frontière entre la Serbie et la Bulgarie, seront supprimés dans le délai de trois ans à partir du jour de la

ratification du Traité de paix, et dorénavant aucune installation de ce genre ne sera permise sur cette partie de la rivière. || Il est également entendu qu'il ne sera plus permis désormais aux sujets respectifs des deux Hautes Parties contractantes de posséder des biens-fonds divisés par la ligne-frontière (les biens dits „dvovlassna"). En ce qui concerne les propriétés de cette nature actuellement existantes, chacun des deux Gouvernements s'engage à procéder à l'expropriation, moyennant une juste et préalable indemnité fixée d'après la procédure locale, des parcelles sises en deçà de sa frontière. La même règle s'applique aux biens situés dans l'enclave de Rogliévo-Koïlovo ainsi que dans celle de Halovo-Vrageogrntzi, leur situation juridique par rapport à des administrés des deux États riverains ayant été réglée par le Protocole No. 11 de la Commission mixte serbo-bulgare de 1912. Lesdites expropriations seront effectuées dans le délai de trois ans au plus tard, à partir du jour de la ratification du Traité de paix.

Fait à Bucarest, le 28 Juillet (10 Août) 1913.

Signés:

Pour la Roumanie:
T. Maïoresco
Al. Marghiloman
Take Ionesco
C. G. Dissesco
Général aide de camp Coanda
Colonel C. Christesco

Pour la Bulgarie:
D. Tontcheff
Général Fitcheff
Dr S. Ivantchoff
S. Radeff
Lt Colonel Stancioff

Pour la Grèce:
E. K. Veniselos
D. Panas
N. Politis
Capitaine A. Exadactylos
Capitaine Pali

Pour le Monténégro:
Général Serdar I. Voukotitch
I. Matanovitch

Pour la Serbie:
Nik. P. Pachitch
M. G. Ristitch
M. Spalaïkovitch
Colonel K. Smilianitch
Lt Colonel D. Kalafatovitch

Protocole

Annexé à l'article V du traité de Bucarest du vingt-huit Juillet (dix Août) mil neuf cent treize.

Frontière définitive entre la Bulgarie et la Grèce.

(Carte autrichienne $^1/_{200\cdot000}$.)

La ligne frontière commence sur la crête de la Belasica planina à partir de la frontière bulgaro-serbe; suit cette crête, descend ensuite la crête qui se trouve au Nord de Iürükleri et va jusqu'au confluent de la Strouma et de la Bistrica, remonte la Bistrica, puis se dirige vers l'Est à Cengané Kalesi (1500). De là elle atteint la crête d'Ali Butus (cote 1650) et suit la ligne de partage des eaux, cotes 1820, 1800, 713 et Stragač. De là en suivant toujours la ligne de partage des eaux, elle se dirige vers le Nord et puis vers le Nord-Est, pour suivre la ligne de partage des eaux entre les cotes 715, 660 et atteindre les cotes 1150 et 1152, d'où en suivant la crête à l'Est du village Rakisten, elle traverse la Mesta, se dirige vers le sommet de Rusa et Zeleza, traverse la Despat (Rana) suju et atteint Čuka. A partir de ce point elle reprend la ligne de partage des eaux et passant par Sibkova, Cadirkaya (1750), Avlika dag (1517), Kajin Čal (1811), Debikli (1587), descend vers le Sud à la cote 985, pour tourner vers l'Est au Sud du village Karovo, de là se dirige vers l'Est, passe au Nord du village Kajbova, remonte vers le Nord et passe par les cotes 1450, 1538, 1350 et 1845. De là elle descend vers le Sud en passant par Čigla (1750), Kušlar (2177). A partir de Kušlar, la ligne frontière suit la ligne de partage des eaux de la Mesta et du Iassi Evren dère par Rujan pl. et atteint Achlat dagi (1300), suit la crête qui se dirige vers la station du chemin de fer à Okčilar (41) et à partir de ce point suit le cours de la Mesta pour aboutir à la Mer Egée.

Fait à Bucarest, le 28 Juillet (10 Août) 1913.

Signés:

Pour la Roumanie:	Pour la Bulgarie:
T. Maïoresco	D. Tontcheff
Al. Marghiloman	Général Fitcheff
Take Ionesco	Dr S. Ivantchoff
C. G. Dissesco	S. Radeff
Général aide de camp Coanda	Lt Colonel Stancioff
Colonel C. Christesco	

Pour la Grèce:
E. K. Veniselos
D. Panas
N. Politis
Capitaine A. Exadactylos
Capitaine Pali

Pour le Monténégro:
Général Serdar I. Voukotitch
I. Matanovitch

Pour la Serbie:
Nik. P. Pachitch
M. G. Ristitch
M. Spalaïkovitch
Colonel K. Smilianitch
Lt Colonel D. Kalafatovitch

Certifié conforme à l'original:
A. Pisoski.
Filitti.

Nr. 14497. BULGARIEN, GRIECHENLAND, RUMÄNIEN, SERBIEN. Notenwechsel.

Bukarest, 4./5. Aug. 1913.

Son Excellence Monsieur Tontcheff, Premier Délégué du Gouvernement Royal Bulgare à la Conférence de Bucarest.

No. 17.058. Bucarest, le 22 Juillet (4 Août) 1913.

Monsieur le Ministre,

Ainsi qu'il a été convenu au cours de nos pourparlers, en vue d'un état de paix durable à établir entre nos deux pays, j'ai l'honneur de prier Votre Excellence de vouloir bien me confirmer, en réponse à ma présente note; que:

Conformément à la déclaration que la Bulgarie a faite dans le Protocole signé à Londres le 16/29 Janvier 1913 et à l'article 4 du Protocole de la Conférence de St. Pétersbourg du 26 Avril (9 Mai) de la même année, la Bulgarie consent à donner l'autonomie aux écoles et aux églises des Koutzo-Valaques se trouvant dans les futures possessions bulgares et à permettre la création d'un Épiscopat pour ces mêmes Koutzo-Valaques, avec la faculté

pour le Gouvernement Roumain de subventionner, sous la surveillance du Gouvernement Bulgare, les dites institutions culturelles présentes et à venir.

Veuillez agréer, etc.

(Signé:) T. Maïoresco.

Son Excellence Monsieur T. Maïoresco, Président du Conseil, Ministre des Affaires Étrangères.

Bucarest, le 22 Juillet 1913.

Monsieur le Ministre,

En réponse à la note de Votre Excellence en date du 22 Juillet 1913, j'ai l'honneur de Vous confirmer que:

Conformément à la déclaration que la Bulgarie a faite dans le Protocole signé à Londres le 16/29 Janvier 1913 et à l'article 4 du Protocole de la Conférence de St. Pétersbourg du 26 Avril (9 Mai) de la même année, la Bulgarie consent à donner l'autonomie aux écoles et aux églises des Koutzo-Valaques se trouvant dans les futures possessions bulgares et à permettre la création d'un Épiscopat pour ces mêmes Koutzo-Valaques, avec la faculté pour le Gouvernement Roumain de subventionner, sous la surveillance du Gouvernement Bulgare, les dites institutions culturelles présentes et à venir.

Veuillez agréer, etc.

(Signé:) Tontcheff.

Son Excellence Monsieur E. Veniselos, Président du Conseil des Ministres de Grèce, Premier Délégué du Gouvernement Royal Hellénique à la Conférence de Bucarest.

No. 17.277. Bucarest, le 23 Juillet (5 Août) 1913.

Monsieur le Président du Conseil,

Ainsi qu'il a été convenu au cours de nos pourparlers, j'ai l'honneur de prier Votre Excellence de vouloir bien me confirmer, en réponse à la présente note, que:

La Grèce consent à donner l'autonomie aux écoles et aux églises des Koutzo-Valaques se trouvant dans les futures possessions grecques et à permettre la création d'un Épiscopat pour ces mêmes Koutzo-Valaques, avec la faculté pour le Gouvernement Roumain de subventionner, sous la surveillance du Gouvernement Hellénique, les dites institutions culturelles présentes et à venir.

Veuillez agréer, etc.

(Signé:) T. Maïoresco.

Son Excellence Monsieur T. Maïoresco, Président du Conseil des Ministres, Ministre des Affaires Étrangères de Roumanie.

Bucarest, le 23 Juillet (5 Août) 1913.

Monsieur le Président du Conseil,

En réponse à la note, en date de ce jour, que Votre Excellence a bien voulu me remettre, j'ai l'honneur de confirmer à Votre Excellence que:

La Grèce consent à donner l'autonomie aux écoles et aux églises des Koutzo-Valaques se trouvant dans les futures possessions grecques et à permettre la création d'un Épiscopat pour ces mêmes Koutzo-Valaques, avec la faculté pour le Gouvernement Roumain de subventionner, sous la surveillance du Gouvernement Hellénique, les dites institutions culturelles présentes et à venir.

Veuillez agréer, etc.

(Signé:) E. K. Veniselos.

Son Excellence Monsieur N. Pachitch, Président du Conseil des Ministres de Serbie, Premier Délégué du Gouvernement Royal Serbe à la Conférence de Bucarest.

No. 17.276. Bucarest, le 23 Juillet (5 Août) 1913.

Monsieur le Président du Conseil,

Ainsi qu'il a été convenu au cours de nos pourparlers, j'ai l'honneur de prier Votre Excellence de vouloir bien me confirmer, en réponse à la présente note, que:

La Serbie consent à donner l'autonomie aux écoles et aux églises des Koutzo-Valaques se trouvant dans les futures possessions serbes et à permettre la création d'un Épiscopat pour ces mêmes Koutzo-Valaques, avec la faculté pour le Gouvernement Roumain de subventionner, sous la surveillance du Gouvernement Serbe, les dites institutions culturelles présentes et à venir.

Veuillez agréer, etc. (Signé:) T. Maïoresco.

Son Excellence Monsieur T. Maïoresco, Président du Conseil des Ministres, Ministre des Affaires Étrangères de Roumanie.

Bucarest, le 25 Juillet 1913.

Monsieur le Président du Conseil,

En réponse à la note que Votre Excellence a bien voulu m'adresser en date du 23 courant No. 17.276, j'ai l'honneur de vous informer que la Serbie consent à donner l'autonomie aux écoles et aux églises des Koutzo-

Valaques se trouvant dans les futures possessions serbes et à permettre la création d'un Épiscopat pour ces mêmes Koutzo-Valaques, avec la faculté pour le Gouvernement Roumain de subventionner, sous la surveillance du Gouvernement Serbe, les dites institutions culturelles présentes et à venir.

Veuillez agréer, etc. (Signé:) Nik. P. Pachitch.

Certifié conforme à l'original:
A. Pisoski.
Filitti.

Nr. 14498. **BULGARIEN, GRIECHENLAND, RUMÄNIEN, SERBIEN.** Ratifikationsprotokoll.

Bukarest, 25. Aug. 1913.

Procès-verbal d'échange des ratifications

du

Traité de Paix de Bucarest

du 28 Juillet (10 Août) 1913.

Les soussignés, Titus Maïoresco, Président du Conseil et Ministre des Affaires Étrangères de Roumanie; André Papadiamantopoulos, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de Sa Majesté Hellénique près Sa Majesté le Roi de Roumanie; Mihaïlo G. Ristitch, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de Sa Majesté le Roi de Serbie près Sa Majesté le Roi de Roumanie; Siméon Radeff, Délégué du Gouvernement Royal de Bulgarie, || se sont réunis à Bucarest pour procéder à l'échange des ratifications du Traité de paix et de ses annexes, conclu à Bucarest le 28 Juillet (10 Août) 1913 entre la Roumanie, la Grèce, le Monténégro et la Serbie d'une part, et la Bulgarie d'autre part. || Les instruments de ces ratifications ayant été produits et, après examen, trouvés en bonne et due forme, l'échange en a été opéré. || En foi de quoi, les soussignés ont dressé le présent procès-verbal, dont un exemplaire sera délivré à chacune des Parties signataires.

Fait en quatre exemplaires à Bucarest, le 12/25 Août 1913.

(ss) T. Maïoresco [L. S.]
(ss) A. D. Papadiamantopoulos [L. S.]
(ss) M. G. Ristitch [L. S.]
(ss) S. Radeff [L. S.]

Certifié conforme à l'original:
A. Pisoski.
Filitti.

Nr. 14499. TÜRKEI und BULGARIEN. Friedensvertrag.

Konstantinopel, 29. Sept. 1913.

Sa Majesté l'Empereur des Ottomans et Sa Majesté le Roi des Bulgares, animés du désir de régler à l'amiable et sur une base durable l'état de choses créé par les événements qui se sont produits depuis la conclusion du Traité de Londres, de rétablir les relations d'amitié et de bon voisinage si nécessaires pour le bien-être de Leurs Peuples, ont résolu de conclure le présent Traité et ont choisi respectivement à cet effet, pour Leurs Plénipotentiaires, || Sa Majesté l'Empereur des Ottomans: || Son Excellence Talaat Bey, Ministre de l'Intérieur, || Son Excellence le Général Mahmoud Pacha, Ministre de la Marine, || Son Excellence Halil Bey, Président du Conseil d'État; || Sa Majesté le Roi des Bulgares: || Son Excellence le Général Savoff, Ancien Ministre, || Son Excellence Monsieur Natchévitch, Ancien Ministre, || Son Excellence Monsieur Tocheff, Ministre Plénipotentiaire, || lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus de ce qui suit:

Article premier.

La frontière entre les deux Pays prend son point de départ à l'embouchure de la rivière Rezvaja, au Sud du monastère San Ivan, se trouvant sur la Mer Noire; elle suit le cours de cette rivière jusqu'au point de jonction des rivières Pirogu et Déliva, à l'Ouest de Kamila-köj. Entre l'embouchure et le point de jonction plus haut mentionné, la rivière Rezvaja, à partir de l'embouchure, suit d'abord la direction du Sud-Ouest et, laissant à la Turquie Placa, forme un coude et se dirige vers le Nord-Ouest et puis vers le Sud-Ouest; les villages Madzura et Pirgoplo restent en territoire ottoman. La rivière Rezvaja, après avoir suivi, à partir de Pirgoplo, la direction du Sud sur une longueur approximative de cinq kilomètres et demi, forme un coude vers l'Ouest et le Nord et se prolonge ensuite, légèrement incurvée vers le Nord, dans la direction générale de l'Ouest. Dans cette partie, les villages Likudi, Kladara restent en territoire bulgare et les villages Ciknigori, Mavrodio et Lafva reviennent à la Turquie; ensuite, la frontière, suivant toujours la rivière Rezvaja, laisse Torfu-ciflik à la Bulgarie, se dirige vers le Sud-Est et, laissant le village Radoslavci en territoire ottoman, oblique vers l'Ouest à huit cents mètres environ au Sud de ce village; elle laisse le village Kamila-köj en territoire ottoman et arrive à une distance de quatre cents mètres environ à l'Ouest de ce village, au point de jonction des rivières Pirogu et Déliva. || La ligne frontière suit, à partir du point

de jonction des rivières Pirogu et Déliva, le cours du Déliva et, se prolongeant avec ladite rivière dans la direction générale du Nord-Ouest, laisse à la Turquie les villages Paspala, Kandildzik et Déli et se termine à l'Est de Souk Sou; ce dernier village reste à la Turquie, tandis que Sévéligu revient à la Bulgarie. La ligne frontière, après avoir passé entre Souk Sou et Sévéligu, continue dans la direction du Nord-Ouest, en suivant la crête qui passe sur les cotes 687, 619 et 563; au delà de la cote 563, elle laisse le village Caglaïk (Cajirlik) en territoire ottoman et, contournant ce dernier village à trois kilomètres à l'Est et au Nord, gagne le ruisseau Goléma. La frontière suit le cours du Goléma sur une longueur de deux kilomètres environ et arrive au point de jonction de ce ruisseau avec l'autre bras de la même rivière, qui vient du Sud de Karabanlar (Karabaalar). A partir de ce point de jonction, la ligne frontière passe sur la crête au Nord du ruisseau venant de Türk-Alatli pour aboutir à l'ancienne frontière Turco-Bulgare. || Le point de jonction de la nouvelle ligne et de l'ancienne frontière se trouve à quatre kilomètres à l'Est de Türk-Alatli, au point où l'ancienne frontière Turco-Bulgare forme un coude vers le Nord, dans la direction de Ajkiri-Jol. || A partir de ce point, elle suit exactement l'ancienne frontière Turco-Bulgare jusqu'à Balaban-Basi, à l'Ouest de la Tundja et au Nord du village Derviska-Mog.. || La nouvelle ligne frontière se sépare de l'ancienne frontière aux environs de Balaban-Basi et descend en ligne droite vers Dermen-Déré. Le point où la nouvelle frontière se sépare de l'ancienne se trouve à deux kilomètres de distance de l'église du village Derviska-Mog.. La frontière, après avoir laissé le village Derviska-Mog. dans le territoire ottoman, suit le cours du Dermen-Déré jusqu'au village Bulgar-Lefké et laisse ce village en territoire bulgare. A partir des lisières Est et Sud de Bulgar-Lefké, la ligne frontière abandonne le cours du Dermen-Déré et se dirige vers l'Ouest, laisse en territoire ottoman les villages Türk-Lefké et Dimitri-köj et, en suivant la ligne de partage des eaux entre Bük-Déré et Démirhan-Déré (c. 241), arrive au point le plus septentrional du coude formé par la Marica vers le Nord, à l'Est de Mustafa-Pasa. Cette partie du coude se trouve à trois kilomètres et demi de distance de l'entrée Est du pont de Mustafa-Pasa. La frontière suit la partie Ouest du coude de la Marica jusqu'au moulin et, de là, arrive en ligne droite, atteignant Cermen-Déré, au Nord du pont du chemin de fer (Cermen-Déré est la rivière qui se jette dans la Marica à trois kilomètres à l'Est du village Cermen) et puis, contournant Cermen au Nord, va à Tazi-Tépési. La frontière laisse Cermen à la Turquie et, suivant le cours de Cermen-Déré, coupe la ligne de chemin de fer au Nord-Ouest de Cermen; elle suit toujours la même rivière et monte à Tazi-Tépési (c. 613). (Le point où Cermen-Déré coupe la ligne du chemin

de fer au Nord-Ouest de Cermen se trouve à une distance de cinq kilomètres du centre du village de Cermen et à trois mille deux cents mètres de la sortie Ouest du pont de Mustafa-Pasa). || La frontière laisse en territoire ottoman le point le plus élevé de Tazi-Tépési et, à partir de ce point, suit la ligne de partage des eaux entre l'Arda et la Marica en passant par les villages Jajladzik et Gjuldzuk (Goldzik), qui restent en territoire ottoman. || A partir de Goldzik, la frontière passe par la cote 449 et ensuite descend à la cote 367 et, à partir de cette cote, se dirige vers l'Arda dans la direction Sud, à peu près en ligne droite. Cette ligne droite passe à un kilomètre à l'Ouest de Bektasli, qui reste en territoire ottoman. || La ligne frontière, après être arrivée de la cote 367 à l'Arda, suit vers l'Est la rive droite de l'Arda et arrive au moulin qui se trouve à un kilomètre au Sud du village de Cingirli; à partir de ce moulin, elle suit la ligne de partage des eaux se trouvant à l'Est de Gajdohor-Déré; elle passe à un kilomètre à l'Est du village Gajdohor et, laissant le village Drébisna à la Bulgarie, en passant à peu près à un kilomètre à l'Est de ce village, descend à Atéren-Déré à un kilomètre au Sud du susdit village; de là, elle va dans la direction du Sud-Ouest, par le plus court chemin, à la source du ruisseau qui coule entre les villages Akalan et Kajlikliköj et suit le thalweg de ce cours d'eau pour descendre à la rivière Kizil-Déli. A partir du susdit ruisseau, la frontière, laissant Gökcebunar en Bulgarie, emprunte le cours de Kizil-Déli-Déré et, de là, en suivant le thalweg du ruisseau qui se sépare vers le Sud en un point se trouvant à quatre kilomètres au Sud de Mandrica et à trois kilomètres à l'Est de Soganliki-Bala, va à la source du même ruisseau; elle descend ensuite par le plus court chemin à la source du Mandra-Déré; elle suit le thalweg du Mandra-Déré, à partir de sa source, pour joindre la Marica à l'Ouest de Mandra. Dans cette partie, le village Krantu reste en territoire bulgare et les villages Bas-Klisa, Ahirjanbunar et Mandra reviennent à la Turquie. || A partir de ce point, la frontière suit le thalweg de la Marica jusqu'au point où le fleuve se sépare en deux branches, à trois kilomètres et demi au Sud du village Kaldirkoz; de là, elle suit le thalweg de la branche droite, qui passe non loin de Férédzik, pour aboutir à la Mer Egée. Dans cette partie, les marais d'Ak-Sou, ainsi que les lacs de Quénéli-Gheul et de Kazikli-Gheul, restent à la Turquie et les lacs de Touzla-Gheul et de Drana-Gheul reviennent à la Bulgarie.

Article 2.

Dix jours après la signature du présent Traité par les Plénipotentiaires susmentionnés, les armées des deux Parties contractantes qui, en ce moment, occuperaient des territoires revenant à l'autre Partie, s'empresseront de

les évacuer et, dans l'espace des quinze jours suivants, de les remettre, conformément aux règles et aux usages, aux autorités de l'autre Partie. || Il est en outre entendu que les deux États démobiliseront leurs armées dans l'espace de trois semaines, à partir de la date du présent Traité.

Article 3.

Les relations diplomatiques, ainsi que les communications postales, télégraphiques et de chemin de fer reprendront entre les Hautes Parties contractantes immédiatement après la signature du présent Traité. || L'Arrangement sur les Muftis, formant l'Annexe II du présent Traité, sera applicable dans tous les territoires de la Bulgarie.

Article 4.

En vue de favoriser les relations économiques entre les deux Pays, les Hautes Parties contractantes s'engagent à remettre en vigueur, aussitôt après la signature du présent Traité et pour un délai d'un an à dater de ce jour, la Convention pour le Commerce et la Navigation conclue le 6 . 19 février 1911, et à accorder à leurs produits industriels, agricoles et autres toutes les facilités douanières compatibles avec leurs engagements existant à l'égard des Puissances tierces. || La Déclaration Consulaire du 18 novembre 2 décembre 1909 sera également remise en vigueur pendant le même délai. || Toutefois, chacune des Hautes Parties contractantes pourra créer des Consulats Généraux, Consulats, Vice-Consulats de carrière dans toutes les localités de leurs territoires où des Agents de Puissances tierces sont admis. || Les Hautes Parties contractantes s'engagent en outre à procéder, dans le plus bref délai possible, à la nomination de Commissions Mixtes pour négocier un Traité de Commerce et une Convention Consulaire.

Article 5.

Les prisonniers de guerre et otages seront échangés dans le délai d'un mois à partir de la signature du présent Traité, ou plus tôt, si faire se peut. || Cet échange aura lieu par les soins de commissaires spéciaux nommés de part et d'autre. || Les frais d'entretien desdits prisonniers de guerre et otages seront à la charge du Gouvernement au pouvoir duquel ils se trouvent.|| Toutefois, la solde des officiers payée par ce Gouvernement sera remboursée par l'État dont ils relèvent.

Article 6.

Une amnistie pleine et entière est accordée par les Hautes Parties contractantes à toutes les personnes qui ont pris part aux hostilités ou qui se

sont compromises dans les événements politiques antérieurs au présent Traité. || Les habitants des territoires cédés jouiront de la même amnistie pour les événements politiques y survenus. || Le bénéfice de cette amnistie cessera à l'expiration du délai de deux semaines fixé par les Autorités légalement constituées lors de la réoccupation des territoires revenant à la Bulgarie et dûment porté à la connaissance des populations.

Article 7.

Les originaires des territoires cédés par l'Empire Ottoman au Gouvernement Royal de Bulgarie et qui y sont domiciliés deviendront sujets bulgares. || Ces originaires devenus sujets bulgares auront, pendant un délai de quatre ans, la faculté d'opter sur place en faveur de la nationalité ottomane par une simple déclaration aux Autorités locales bulgares et un enregistrement aux Consulats Impériaux Ottomans. Cette déclaration sera remise, à l'Étranger, aux chancelleries des Consulats Bulgares et enregistrée par les Consulats Ottomans. L'option sera individuelle et n'est pas obligatoire pour le Gouvernement Impérial Ottoman. || Les mineurs actuels useront de l'option dans les quatre ans qui suivent leur majorité. || Les Musulmans des territoires cédés devenus sujets bulgares ne seront pas assujettis pendant ce délai au service militaire, ni ne payeront aucune taxe militaire. || Après avoir usé de leur faculté d'option, ces Musulmans quitteront les territoires cédés, et cela, jusqu'à échéance du délai de quatre ans prévu plus haut, en ayant la faculté de faire passer en franchise de droits de sortie leurs biens meubles. Ils peuvent toutefois conserver leurs biens immeubles de toutes catégories, urbains et ruraux, et les faire administrer par des tiers.

Article 8.

Les sujets bulgares musulmans de tous les territoires de la Bulgarie jouiront des mêmes droits civils et politiques que les sujets d'origine bulgare. || Ils jouiront de la liberté de conscience, de la liberté et de la pratique extérieure du culte. Les coutumes des musulmans seront respectées. || Le nom de Sa Majesté Impériale le Sultan, comme Khalife, continuera à être prononcé dans les prières publiques des musulmans. || Les communautés musulmanes, constituées actuellement ou qui se constitueront à l'avenir, leur organisation hiérarchique, leurs patrimoines seront reconnus et respectés; elles relèveront sans entraves de leurs chefs spirituels.

Article 9.

Les communautés bulgares en Turquie jouiront des mêmes droits dont jouissent actuellement les autres communautés chrétiennes de l'Empire

Ottoman. || Les Bulgares sujets Ottomans conserveront leurs biens meubles et immeubles et ne seront aucunément inquiétés dans l'exercice et la jouissance de leurs droits de l'homme et de propriété. Ceux qui ont quitté leurs foyers lors des derniers événements pourront retourner dans un délai de deux ans au plus tard.

Article 10.

Les droits acquis antérieurement à l'annexion des territoires, ainsi que les actes judiciaires et titres officiels émanant des Autorités Ottomanes compétentes, seront respectés et inviolables jusqu'à la preuve légale du contraire.

Article 11.

Le droit de propriété foncière dans les territoires cédés, tel qu'il résulte de la loi ottomane sur les immeubles urbains et ruraux, sera reconnu sans aucune restriction. || Les propriétaires d'immeubles ou de meubles dans lesdits territoires continueront à jouir de tous leurs droits de propriété, même s'ils fixent, à titre provisoire ou définitif, leur résidence personnelle hors de la Bulgarie. Ils pourront affermer leurs biens ou les administrer par des tiers.

Article 12.

Les vakoufs Mustesna, Mulhaka, Idjarétein, Moukataa, Idjaréi-Vahidé, ainsi que les dîmes vakoufs, dans les territoires cédés, tels qu'ils résultent actuellement des lois ottomanes, seront respectés. || Ils seront gérés par qui de droit. || Leurs régimes ne pourront être modifiés que par indemnisation juste et préalable. || Les droits des établissements religieux et de bienfaisance de l'Empire Ottoman sur les revenus vakoufs dans les territoires cédés, à titre d'Idjaréi-Vahidé, de Moukataa, de droits divers, de contre-valeur de dîmes vakoufs et autres, sur les vakoufs bâtis ou non bâtis seront respectés.

Article 13.

Les biens particuliers de Sa Majesté Impériale le Sultan, ainsi que ceux des Membres de la Dynastie Impériale seront maintenus et respectés. Sa Majesté et les Membres de la Dynastie Impériale pourront les vendre ou les affermer par des fondés de pouvoirs. || Il en sera de même pour les biens du domaine privé qui appartiendraient à l'État. || En cas d'aliénation, préférence sera accordée, à conditions égales, aux sujets bulgares.

Article 14.

Les Hautes Parties contractantes s'engagent à donner à Leurs Autorités provinciales des ordres afin de faire respecter les cimetières et particulière-

ment les tombeaux des soldats tombés sur le champ d'honneur. || Les Autorités n'empêcheront pas les parents et amis d'enlever les ossements des victimes inhumées en terre étrangère.

Article 15.

Les sujets de chacun des États contractants pourront séjourner et circuler librement, comme par le passé, sur le territoire de l'autre État contractant.

Article 16.

Le Gouvernement Royal de Bulgarie est subrogé aux droits, charges et obligations du Gouvernement Impérial Ottoman à l'égard de la Compagnie des Chemins de fer Orientaux, pour la partie de la ligne à elle concédée et située dans les territoires cédés. || Le Gouvernement Royal de Bulgarie s'oblige à rendre sans retard le matériel roulant et les autres objets appartenant à ladite Compagnie et saisis par lui.

Article 17.

Tous les différends et litiges qui surviendraient dans l'interprétation ou l'application des Articles 11, 12, 13 et 16 du présent Traité seront réglés par l'Arbitrage à La Haye, conformément au compromis formant l'Annexe III du présent Traité.

Article 18.

Le Protocole relatif à la frontière (Annexe I); l'Arrangement concernant les Muftis (Annexe II); le Compromis d'Arbitrage (Annexe III); le Protocole relatif au Chemin de fer et à la Maritza (Annexe IV) et la Déclaration se rapportant à l'Article 10 (Annexe V) sont annexés au présent Traité dont ils font partie intégrante.

Article 19.

Les dispositions du Traité de Londres sont maintenues en ce qui concerne le Gouvernement Impérial Ottoman et le Royaume de Bulgarie pour autant qu'elles ne sont pas abrogées ou modifiées par les stipulations qui précèdent.

Article 20.

Le présent Traité entrera en vigueur immédiatement après sa signature. || Les ratifications en seront échangées dans la quinzaine à dater de ce jour.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé leurs cachets.

Fait en double exemplaire à Constantinople, le 16/29 septembre 1913.

Pour la Turquie:	Pour la Bulgarie:
Signé:	Signé:
Talaat	Savoff
Mahmoud	G. D. Natchovits
Halil	A. Tocheff

Annexe I.

Protocole No. 1.

A.— Les Hautes Parties contractantes ont convenu d'ajouter à la description de la frontière insérée à l'Article premier du Traité les remarques suivantes: || 1° La frontière est décrite d'après la carte de l'État-Major autrichien à l'échelle de 1/200.000 e et le tracé en est marqué sur un croquis annexé, copié sur cette carte. || Les indications se rapportant à la partie inférieure et à l'affluent de la Maritza sont enregistrées d'après la carte topographique à l'échelle de 1/50.000 e et elles sont portées sur une carte détaillée et complète de cette partie, indiquant la frontière définitive de Mandra à l'embouchure. || 2° Des Commissions Mixtes composées d'officiers ottomans et bulgares traceront la carte de la nouvelle ligne frontière sur un espace de deux kilomètres de chaque côté de cette ligne, à l'échelle de 1/25.000 e; la frontière définitive sera marquée sur cette carte. Ces Commissions seront divisées en trois sections et commenceront leurs travaux simultanément dans les parties suivantes: la côte de la Mer Noire, le territoire situé entre la Maritza et l'Arda et celui compris entre l'Arda et Mandra. || Après cette opération, la ligne frontière sera appliquée sur le terrain et des pyramides y seront élevées par les soins desdites Commissions Mixtes. Les protocoles de la frontière définitive seront dressés par les Commissions. || 3° Lors du tracé de la ligne frontière, les Commissions relèveront le plan des propriétés privées ou publiques restant en deçà ou au delà de la ligne. || Les deux Hauts Gouvernements examineront les mesures à prendre pour éviter des conflits qui pourraient éventuellement surgir de l'exploitation de pareilles propriétés. || Il est bien entendu que jusqu'à ce qu'une entente intervienne à ce sujet, les propriétaires continueront à jouir librement de leurs biens, comme par le passé. || 4° Les protocoles antérieurement dressés par les deux parties en ce qui concerne les parties de l'ancienne frontière Turco-Bulgare maintenues actuellement telles quelles, resteront en vigueur. || Si les bornes-frontière ou Koulés,

se trouvant dans ces parties, sont détruites ou endommagées, il sera procédé à leur reconstruction ou restauration. || 5° Pour les rivières et les ruisseaux, sauf la Toundja, la Maritza et l'Arda, la ligne frontière suivra le thalweg des cours d'eau. Pour les trois susdites rivières, la ligne frontière est indiquée exactement dans le protocole.

B.— La délimitation en ce qui concerne les îles situées dans le lit de la Maritza, sera confiée à une commission spéciale. || Il a été également convenu que les deux Gouvernements s'engagent à s'entendre, le moment venu, pour la canalisation de la Maritza.

C.— Les deux Gouvernements sont d'accord pour faciliter l'échange facultatif mutuel des populations bulgare et musulmane de part et d'autre ainsi que de leurs propriétés dans une zône de 15 kilomètres au plus, le long de toute la frontière commune. || L'échange aura lieu par des villages entiers. || L'échange des propriétés rurales et urbaines aura lieu sous les auspices des deux Gouvernements et avec la participation des anciens des villages à échanger. || Des commissions mixtes nommées par les deux Gouvernements procèderont à l'échange et à l'indemnisation, s'il y a lieu, de différences résultant de l'échange de biens entre villages et particuliers en question.

Fait en double exemplaire, à Constantinople, le 16/29 septembre 1913.

Pour la Turquie:	Pour la Bulgarie:
Signé:	Signé:
Talaat	Savoff
Mahmoud	G. D. Natchovits
Halil	A. Tocheff

Annexe II.

Arrangement concernant les Muftis.

Article premier.

Un Mufti en Chef résidera à Sofia et servira d'intermédiaire entre les Muftis de la Bulgarie dans leurs relations avec le Cheïkh-ul-Islamat, pour les affaires religieuses et civiles relevant du Chéri, et avec le Ministère Bulgare des Cultes. || Il sera élu par les Muftis de la Bulgarie et parmi ceux-ci, réunis spécialement à cet effet. Les Mufti-Vékilis prendront part à cette réunion, mais seulement en qualité d'électeurs. || Le Ministère Bulgare des Cultes notifiera l'élection du Mufti en Chef, par l'entremise de la Légation Impériale à Sofia, au Cheïkh-ul-Islamat, qui lui fera parvenir un Menchour et le Murassélé l'autorisant à exercer ses fonctions et à accorder, de son

côté, le même pouvoir aux autres Muftis de la Bulgarie. || Le Mufti en Chef aura, dans les limites des prescriptions du Chéri, le droit de surveillance et de contrôle sur les Muftis de la Bulgarie, sur les établissements religieux et de bienfaisance musulmans, ainsi que sur leurs desservants et leurs Mutévellis.

Article 2.

Les Muftis sont élus par les électeurs musulmans de la Bulgarie. || Le Mufti en Chef vérifie si le Mufti élu réunit toutes les qualités requises par la loi du Chéri et, en cas d'affirmative, il informe le Cheïkh-ul-Islamat de la nécessité de lui délivrer l'autorisation nécessaire pour rendre les Fetvas (Menchour). Il délivre au nouveau Mufti, en même temps que le Menchour ainsi obtenu, le Murassélé nécessaire pour lui conférer le droit de juridiction religieuse entre les Musulmans. || Les Muftis peuvent, à condition de faire ratifier leur choix au Mufti en Chef, proposer la nomination, dans les limites de leurs circonscriptions et dans les localités où on en verrait la nécessité, des Mufti-Vékilis, qui auront à y remplir les fonctions déterminées par le présent arrangement, sous la surveillance directe des Muftis locaux.

Article 3.

La rétribution du Mufti en Chef, des Muftis et des Mufti-Vékilis, ainsi que du personnel de leurs bureaux, sera à la charge du Gouvernement Royal Bulgare et sera fixée en considération de leur dignité et de l'importance de leur poste. || L'organisation du Bach-Muftilik sera fixée par un réglement élaboré par le Mufti en Chef et dûment publié. || Le Mufti en Chef, Muftis et Mufti-Vékilis, ainsi que leur personnel, jouiront de tous les droits que les lois assurent aux fonctionnaires bulgares.

Article 4.

La révocation des Muftis et de leurs Vékils aura lieu conformément à la loi sur les fonctionnaires publics. || Le Mufti en Chef, ou son délégué, sera appelé à siéger au Conseil disciplinaire, toutes les fois que ce dernier aura à se prononcer sur la révocation d'un Mufti ou d'un Mufti-Vékili. Toutefois, l'avis du Mufti en Chef ou de son délégué servira audit conseil de base à l'appréciation des plaintes de caractère purement religieux. || L'acte de révocation d'un Mufti ou Mufti-Vékili fixera le jour de l'élection de son remplaçant.

Article 5.

Les Heudjets et jugements rendus par les Muftis seront examinés par le Mufti en Chef, qui les confirmera, s'il les trouve conformes aux pres-

criptions de la Loi du Chéri, et les remettra au Département compétent afin d'être mis à exécution. || Les Heudjets et jugements qui ne seront pas confirmés pour cause de non conformité à la Loi du Chéri seront retournés aux Muftis qui les auraient rendus et les affaires auxquelles ils ont trait seront examinées et réglées de nouveau suivant les prescriptions de ladite loi. Les Heudjets et jugements qui ne seront pas trouvés conformes aux prescriptions de la Loi du Chéri ou ceux dont l'examen au Cheïkh-ul-Islamat aura été demandé par les intéressés seront envoyés par le Mufti en Chef à Son Altesse le Cheïkh-ul-Islam. || Les Heudjets et jugements confirmés par le Mufti en Chef ou sanctionnés par le Cheïkh-ul-Islamat seront mis à exécution par les Autorités bulgares compétentes. Dans ce cas, ils seront accompagnés d'une traduction en langue bulgare.

Article 6.

Le Mufti en Chef fera, le cas échéant, aux autres Muftis les recommandations et communications nécessaires en matière de mariage, divorce, testaments, successions et tutelle, pension alimentaire (nafaka) et autres matières du Chéri, ainsi qu'en ce qui concerne la gestion des biens des orphelins. En outre, il examinera les plaintes et réclamations se rapportant aux affaires susmentionnées et fera connaître au Département compétent ce qu'il y aurait lieu de faire conformément à la loi du Chéri. || Les Muftis étant aussi chargés de la surveillance et de l'administration des Vakoufs, le Mufti en Chef aura, parmi ses attributions principales, celle de leur demander la reddition de leurs comptes et de faire préparer les états de comptabilité y relatifs. || Les livres relatifs aux comptes des Vakoufs pourront être tenus en langue turque.

Article 7.

Le Mufti en Chef et les Muftis inspecteront, au besoin, les conseils d'instruction publique et les écoles musulmanes ainsi que les Médressés de la Bulgarie et adopteront des dispositions pour la création d'établissements scolaires dans les localités où le besoin s'en ferait sentir; le Mufti en Chef s'adressera, s'il y a lieu, au Département compétent pour les affaires concernant l'instruction publique musulmane. || Le Gouvernement Royal créera à ses frais des écoles primaires et secondaires musulmanes dans la proportion établie par la loi sur l'instruction publique bulgare. L'enseignement aura lieu en langue turque et en conformité du programme officiel, avec enseignement obligatoire de la langue bulgare. || Toutes les lois relatives à l'enseignement obligatoire ainsi qu'au nombre et aux droits des instituteurs continueront à être appliquées au corps enseignant des communautés

musulmanes. Les appointements du personnels enseignant ou autre de ces institutions seront réglés par le Trésor Bulgare dans les mêmes conditions que ceux des corps enseignants des institutions bulgares. || Une institution spéciale sera également créée pour former des Naïbs.

Article 8.

Dans chaque chef-lieu ou ville ayant une nombreuse population musulmane, il sera procédé à l'élection d'une communauté musulmane, chargée des affaires vakoufs et d'instruction publique secondaire. La personnalité morale de ces communautés sera reconnue en toute circonstance et par toutes les Autorités. || Les vakoufs de chaque district devant être administrés, selon les lois et dispositions du Chéri, par la communauté musulmane respective, c'est la personnalité morale de cette dernière qui sera considérée comme propriétaire de ces vakoufs. || Les cimetières publics musulmans et ceux sis à proximité des mosquées sont compris dans le domaine des biens vakoufs appartenant aux communautés musulmanes, qui en disposeront à leur convenance et conformément aux lois de l'hygiène. || Aucun bien vakouf ne peut en aucun cas être exproprié sans que sa contre-valeur soit versée à la communauté respective. || On veillera à la bonne conservation des immeubles vakoufs sis en Bulgarie. Aucun édifice du culte ou de bienfaisance ne pourra être démoli que pour une nécessité impérieuse et conformément aux lois et aux réglements en vigueur. || Dans le cas où un édifice vakouf devrait être exproprié pour des causes impérieuses, on ne pourra y procéder qu'après la désignation d'un autre terrain ayant la même valeur par rapport à l'endroit où il se trouve situé, ainsi qu'après le paiement de la contre-valeur de la bâtisse. || Les sommes à payer comme prix des immeubles vakoufs qui seront expropriés pour des causes impérieuses, seront remises aux communautés musulmanes pour être entièrement affectées à l'entretien des édifices vakoufs.

Article 9.

Dans les six mois qui suivront la signature du présent Arrangement, une Commission spéciale, dont le Mufti en Chef fera partie de droit, sera nommée par le Gouvernement bulgare et aura pour but, dans une période de trois ans à partir de la date de sa constitution, d'examiner et de vérifier les réclamations qui seront formulées par les Mutévellis ou leurs ayant-droit. || Ceux des intéressés qui ne seraient pas contents des décisions de la commission pourront recourir aux tribunaux compétents du pays.

Fait en double exemplaire à Constantinople, le 16/29 septembre 1913.

Pour la Turquie:
Signé:
Talaat
Mahmoud
Halil

Pour la Bulgarie:
Signé:
Savoff
G. D. Natchovits
A. Tocheff

Annexe III.

Compromis d'arbitrage.

Article premier.

Au cas où quelque différend ou litige surviendrait, d'après les prévisions de l'Article 17 du Traité conclu en date de ce jour entre le Gouvernement Impérial Ottoman d'une part, et le Gouvernement Royal de Bulgarie de l'autre, ce différend ou ce litige sera déféré à l'Arbitrage à la Haye, conformément aux dispositions ci-après.

Article 2.

Le Gouvernement demandeur notifiera au Gouvernement défendeur la ou les questions qu'il entendra soumettre à l'arbitrage, au fur et à mesure qu'elles surgiront et donnera à leur sujet des indications succinctes, mais précises.

Article 3.

Le Tribunal Arbitral auquel la ou lesdites questions seront soumises, sera composé de cinq membres, lesquels seront désignés de la manière suivante: || Chaque Partie, aussitôt que possible et dans un délai qui n'excédera pas deux mois à partir de la date de la notification spécifiée dans l'Article précédent, devra nommer deux Arbitres. || Le Sur-Arbitre sera choisi parmi les Souverains de Suède, Norvège et Hollande. Si on ne tombe pas d'accord sur le choix de l'un de ces trois Souverains, le sort en décidera. Si la Partie défenderesse ne nomme pas ses arbitres dans le délai précité de deux mois, elle pourra le faire jusqu'au jour de la première réunion du Tribunal Arbitral. Passé ce délai, la partie demanderesse indiquera le Souverain qui aura à choisir le Sur-Arbitre. Après le choix dudit Sur-Arbitre, le Tribunal se constituera valablement par le Sur-Arbitre et par les deux Arbitres choisis par la Partie demanderesse.

Article 4.

Les Puissances en litige se feront représenter auprès du Tribunal Arbitral par des Agents, Conseils ou Avocats, en conformité des prévisions de

l'Article 62 de la Convention de la Haye pour le règlement pacifique des conflits internationaux. || Ces Agents, Conseils ou Avocats seront désignés à temps par les Parties pour que le fonctionnement de l'Arbitrage ne subisse aucun retard. || Toutefois, si la Partie défenderesse s'en abstient, il sera procédé à son égard par défaut.

Article 5.

Le Tribunal Arbitral, une fois constitué, se réunira à la Haye à une date qui sera fixée par les Arbitres et dans le délai d'un mois à partir de la nomination du Sur-Arbitre. Après le règlement en conformité avec le texte et l'esprit de la Convention de la Haye de 1907 de toutes les questions de procédure qui pourraient surgir et qui ne seraient pas prévues par le présent Compromis, ledit Tribunal ajournera sa prochaine séance à la date qu'il fixera. || Toutefois, il reste convenu que le Tribunal ne pourra ouvrir les débats sur les questions en litige ni avant les deux mois, ni plus tard que les trois mois qui suivront la remise du Contre-mémoire ou de la Contre-réplique prévue par l'Article 7.

Article 6.

La procédure arbitrale comprendra deux phases distinctes: l'instruction écrite et les débats, qui consisteront dans le développement oral des moyens des Parties devant le Tribunal. || La seule langue dont fera usage le Tribunal et dont l'emploi sera autorisé devant lui sera la langue française.

Article 7.

Dans le délai de dix mois au plus tard à dater de la notification prévue à l'Article 2, la Partie demanderesse devra remettre à chacun des membres du Tribunal Arbitral, en cinq exemplaires, et à la Partie défenderesse, en trente exemplaires, les copies complètes, écrites ou imprimées, de son Mémoire, contenant toutes pièces à l'appui de sa demande, lesquelles se référeraient à la ou aux questions en litige. || Dans un délai de dix mois au plus tard après cette remise, la Partie défenderesse devra remettre à chacun des membres du Tribunal, ainsi qu'à la Partie demanderesse, en autant d'exemplaires que ci-dessus, les copies complètes, manuscrites ou imprimées, de son Contre-mémoire avec toutes les pièces à l'appui. || Dans le délai d'un mois après cette remise, la Partie demanderesse notifiera au Président du Tribunal Arbitral si elle a l'intention de présenter une Réplique. Dans ce cas, elle aura quatre mois au plus, à compter de cette notification, pour communiquer ladite Réplique dans les mêmes conditions que le Mémoire. La Partie défenderesse aura alors cinq mois, à compter de cette communi-

cation, pour présenter sa Contre-réplique dans les mêmes conditions que le Contre-mémoire. || Les délais fixés par le présent Article pourront être prolongés de commun accord par les Parties ou par le Tribunal, quand il le jugera nécessaire pour arriver à une décision juste. || Mais le Tribunal ne prendra pas en considération les Mémoires, Contre-mémoires et autres communications qui lui seront présentées par les Parties après l'expiration du dernier délai fixé par lui.

Article 8.

Si dans les Mémoires ou autres pièces échangées, l'une ou l'autre Partie s'est référée ou a fait allusion à un document ou papier en sa possession exclusive, et dont elle n'aura pas joint la copie, elle sera tenue, si l'autre partie le demande, de lui en donner copie au plus tard dans les trente jours.

Article 9.

Les décisions du Tribunal Arbitral sur la ou les questions en litige seront pronocées dans le délai maximum d'un mois après la clôture, par le Président, des débats relatifs à cette ou ces questions.

Article 10.

Le jugement du Tribunal Arbitral sera définitif et devra être exécuté strictement, sans aucun retard.

Article 11.

Chaque Partie supporte ses propres frais et une part égale des frais du Tribunal.

Article 12.

En tout ce qui n'est pas prévu par le présent Compromis, les stipulations de la Convention de la Haye de 1907 pour le Réglement pacifique des conflits internationaux seront appliquées aux Arbitrages résultant du présent Compromis, à l'exception, toutefois, des Articles qui ont été réservés par les Parties contractantes.

Fait en double exemplaire à Constantinople, le 16/29 septembre 1913.

Pour la Turquie:	Pour la Bulgarie:
Signé:	Signé:
Talaat	Savoff
Mahmoud	G. D. Natchovits
Halil	A. Tocheff

Annexe IV.

Protocole No. 2.

Le tracé de la frontière coupant le fleuve Maritza et le chemin de fer Moustafa-Pacha-Andrinople-Dédé Agatch, qui desservent les territoires ottomans et bulgares, il a été convenu entre les deux Parties contractantes que, pour préserver les relations commerciales et autres des moindres entraves, les réglements et les usages qui régissent actuellement les mouvements commerciaux, tant sur le fleuve Maritza que sur ladite ligne ferrée, ainsi que tous les droits, taxes et autres découlant desdits réglements, seront maintenus dans leur plénitude et que toutes facilités compatibles avec lesdits réglements et usages seront accordées. Aucune modification ne pourra y être introduite sans un accord préalable entre les deux États contractants et les Administrations desdits chemin de fer et fleuve. Le transit direct des marchandises sera exempt de droits et taxes quelconques; toutefois, chaque Gouvernement pourra réglementer la surveillance dudit transit. || Les dispositions ci-dessus ne s'appliqueront pour le chemin de fer que jusqu'au jour où les deux Hautes Parties contractantes auront déjà construit simultanément, la Bulgarie une ligne de raccordement à la Mer Egée, dans son territoire, et la Turquie une ligne aboutissant à ladite Mer. || Il est bien entendu qu'en temps de paix la Bulgarie sera libre, jusqu'à la construction de la ligne prévue, qui aura lieu au plus tard dans dix ans, de faire transporter sur ledit chemin de fer, ainsi que sur le fleuve, des recrues, des troupes, des armes, des munitions, des vivres, etc. || L'État Ottoman aura toujours le droit de prendre les mesures de surveillance nécessaires. || Toutefois, ce transport de troupes et autres ne pourra commencer qu'à partir de trois mois à dater de ce jour.

Fait en double exemplaire à Constantinople, le 16/29 septembre 1913.

Pour la Turquie:

Signé:
Talaat
Mahmoud
Halil

Pour la Bulgarie:

Signé:
Savoff
G. D. Natchovits
A. Tocheff

Annexe V.

Déclaration.

En ce qui concerne l'Article 10 du Traité, le Gouvernement Impérial Ottoman déclare qu'il n'a point consenti, depuis l'occupation par les forces

bulgares des territoires cédés, à des cessions de droits à des particuliers, en vue de restreindre les droits souverains de l'État Bulgare.

Fait en double exemplaire à Constantinople, le 16/29 septembre 1913.

Pour la Turquie:	Pour la Bulgarie:
Signé:	Signé :
Talaat	Savoff
Mahmoud	G. D. Natchovits
Halil	A. Tocheff

Nr. 14500. **JAPAN** und **NIEDERLANDE.** Handelsvertrag.

Haag, 6. Juli 1912.

Sa Majesté l'Empereur du Japon et Sa Majesté la Reine des Pays-Bas, également animés du désir de resserrer les relations d'amitié et de bonne entente qui existent heureusement entre Eux et entre Leurs sujets, et persuadés que la détermination d'une manière claire et positive des règles qui, à l'avenir, doivent s'appliquer aux rapports commerciaux entre Leurs deux Pays, contribuera à la réalisation de ce résultat hautement désirable, ont résolu de conclure à cet effet un Traité de Commerce et de Navigation, et ont nommé pour Leurs Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté l'Empereur du Japon: || Monsieur Aimaro Sato, Shôshii, 1ère classe de l'Ordre Impérial du Trésor Sacré etc., Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près la Cour de Sa Majesté la Reine des Pays-Bas; || et Sa Majesté la Reine des Pays-Bas: || le Jonkheer R. de Marees van Swinderen, Son chambellan, chevalier de Son ordre du Lion Néerlandais, etc., etc., Son Ministre des Affaires Étrangères, || lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs respectifs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article Premier.

Les sujets de chacune des Hautes Parties Contractantes auront pleine liberté, avec leurs familles, d'entrer et de séjourner dans toute l'étendue des territoires et possessions de l'autre; et en se conformant aux lois du pays: || 1°. Ils seront, pour tout ce qui concerne le voyage et la résidence, les études et investigations, l'exercice de leurs métiers et professions et l'exécution de leurs entreprises industrielles et manufacturières, placés, à tous égards, sur le même pied que les sujets ou citoyens de la nation la plus favorisée; || 2°. Ils auront, comme les nationaux eux-mêmes, le droit de faire le trafic de tous articles de commerce licite; || 3°. Ils pourront posséder ou louer et

occuper les maisons, les manufactures, les magasins, les boutiques et les locaux qui peuvent leur être nécessaires, et prendre à bail des terrains à l'effet d'y résider ou de les utiliser dans un but licite commercial, industriel, manufacturier ou autre; || 4°. En ce qui concerne la possession de biens mobiliers de quelque espèce que ce soit, la transmission, par succession testamentaire ou autre, des biens mobiliers de toute sorte qu'ils peuvent légalement acquérir entre vivants et en ce qui concerne le droit de disposer, de quelque manière que ce soit, des biens de toute sorte qu'ils auront acquis légalement, ils jouiront des mêmes privilèges, libertés et droits et ne seront soumis, sous ce rapport, à aucuns impôts ou charges plus élevés que les nationaux ou les sujets ou citoyens de la nation la plus favorisée; || 5. Ils pourront, sous la réserve de la réciprocité, acquérir et posséder toute sorte d'immeubles qui, d'après les lois du Pays, peuvent ou pourront être acquis ou possédés par les sujets ou citoyens d'une autre nation étrangère quelconque, en se conformant toujours aux conditions et restrictions prescrites par les dites lois; || 6°. Ils jouiront d'une protection et sécurité constantes et complètes, pour leurs personnes et leurs propriétés; ils auront un accès libre et facile auprès des tribunaux de justice pour la poursuite et la défense de leurs droits; et ils seront, en outre, admis à faire valoir leurs réclamations contre l'État et ses organes devant les tribunaux ou autres autorités compétents; || 7°. Ils seront exempts de tout service militaire obligatoire, soit dans l'armée de terre ou de mer, soit dans la garde nationale ou la milice, ainsi que de toutes contributions imposées en lieu et place du service personnel. Ils seront exempts également de tous emprunts forcés et de toutes réquisitions ou contributions militaires, sauf ceux qui seront imposés aux sujets ou aux citoyens de la nation la plus favorisée; || 8°. Ils ne seront contraints à subir des charges ou à payer des impôts, taxes ou contributions, de quelque nature que ce soit, autres ou plus élevés que ceux qui sont ou pourront être imposés aux sujets ou citoyens de la nation la plus favorisée.

Article 2.

Les habitations, magasins, manufactures et boutiques des sujets de chacune des Hautes Parties Contractantes dans les territoires et possessions de l'autre, ainsi que tous les locaux qui en dépendent, employés pour des buts licites, seront respectés. Il ne sera point permis d'y procéder à des visites domiciliaires ou perquisitions, non plus que d'examiner ou d'inspecter les livres, papiers ou comptes, sauf dans les conditions et formes prescrites par les lois à l'égard des nationaux eux-mêmes.

Article 3.

Chacune des Hautes Parties Contractantes pourra nommer des Consuls-Généraux, Consuls, Vice-Consuls et Agents Consulaires dans tous les ports, villes et places de l'autre, à l'exception des localités où il y aurait inconvénient à admettre de tels officiers consulaires. Cette exception, toutefois, ne sera pas faite à l'égard de l'une des Parties Contractantes sans l'être également à l'égard de toutes les autres Puissances. || Lesdits Consuls-Généraux, Consuls, Vice-Consuls et Agents Consulaires, ayant reçu du Gouvernement du pays dans lequel ils sont nommés, l'exequatur ou autres autorisations nécessaires, auront, à charge de réciprocité, le droit d'exercer toutes les fonctions et de jouir de tous les privilèges, exemptions et immunités qui sont ou pourront être accordés aux officiers consulaires du même grade de la nation la plus favorisée. Le Gouvernement donnant l'exequatur ou autres autorisations, a le droit de les annuler selon son propre jugement; toutefois il est tenu dans ce cas d'expliquer les raisons pour lesquelles il a jugé à propos d'agir ainsi.

Article 4.

Dans le cas où un sujet d'une des Hautes Parties Contractantes viendrait à décéder dans les territoires ou possessions de l'autre, les autorités compétentes au lieu du décès en donneront immédiatement avis aux officiers consulaires du pays auquel appartient le défunt: ceux-ci de leur côté devront donner les mêmes informations aux dites autorités lorsqu'ils seront informés les premiers.

Article 5.

Il y aura, entre les territoires et possessions des deux Hautes Parties Contractantes, liberté réciproque de commerce et de navigation. Les sujets de chacune des Parties Contractantes auront, sur le même pied que les sujets ou citoyens de la nation la plus favorisée, pleine liberté de se rendre avec leurs navires et leurs cargaisons dans les lieux, ports, et rivières des territoires et possessions de l'autre, qui sont ou pourront être ouverts au commerce extérieur; ils sont, toutefois, tenus de se conformer toujours aux lois du pays où ils arrivent.

Article 6.

Les articles, produits naturels ou fabriqués des territoires et possessions de l'une des Hautes Parties Contractantes, à leur importation dans les territoires et possessions de l'autre, de quelque endroit qu'ils viennent, bénéficieront des taxes de douane les plus réduites applicables aux articles

similaires de toute autre origine étrangère. || Aucune prohibition ou restriction ne sera maintenue ou imposée à l'importation dans les territoires et possessions de l'une des Hautes Parties Contractantes d'un article quelconque, produit naturel ou fabriqué des territoires et possessions de l'autre, de quelque endroit qu'il vienne, qui ne s'étendra également à l'importation des articles similaires venant de tout autre pays étranger. La dernière disposition n'est cependant pas applicable aux prohibitions ou restrictions maintenues ou imposées soit comme mesures sanitaires soit dans le but de protéger des animaux ou des plantes utiles.

Article 7.

Les négociants et les industriels, sujets d'une des Hautes Parties Contractantes, ainsi que les négociants et les industriels, domiciliés et exerçant leur commerce et leurs industries dans les territoires et possessions de cette Partie pourront, dans les territoires et possessions de l'autre, soit en personne, soit par des commis-voyageurs, faire des achats ou recueillir des commandes, avec ou sans échantillons et ces négociants, ces industriels et leurs commis-voyageurs, en faisant ainsi des achats et en recueillant des commandes, jouiront, en matière d'impositions et de facilités, du traitement de la nation la plus favorisée. || Les Parties Contractantes se donneront réciproquement connaissance des autorités chargées de délivrer les cartes de légitimation, dont les négociants, industriels et commis-voyageurs mentionnés ci-dessus, devront être munis. || Les articles importés comme échantillons dans les buts mentionnés dans l'alinéa 1 seront, dans chacun des deux pays, admis temporairement en franchise de droit, en conformité des règlements et formalités de douane, établis pour assurer leur réexportation ou le payement des droits de douane prescrits en cas de non-réexportation dans le délai prévu par la loi. Toutefois, le dit privilège ne s'étendra pas aux articles qui, à cause de leur quantité ou valeur, ne peuvent pas être considérés comme échantillons, ou qui, à cause de leur nature, ne sauraient être identifiés lors de leur réexportation. Le droit de décider si un échantillon est susceptible d'admission en franchise, appartient exclusivement dans tous les cas, aux autorités compétentes du lieu où l'importation a été effectuée.

Article 8.

Les marques de reconnaissance, estampilles ou cachets apposés au moment de l'exportation par les autorités douanières de l'une des Parties Contractantes aux échantillons mentionnés dans l'article précédent ainsi que la liste de ces échantillons qui est officiellement attestée par elles et en contient la description détaillée, seront réciproquement acceptés par les autorités douanières de l'autre pour établir leur caractère d'échantillons

et leur assurer l'exemption de toute inspection, sauf en tant que cette dernière est nécessaire pour constater que les échantillons présentés sont identiques avec ceux énumérés dans la liste. Les autorités douanières de chacune des Parties Contractantes pourront toutefois apposer une marque supplémentaire aux échantillons dans les cas spéciaux où elles jugent nécessaire de prendre cette précaution.

Article 9.

Les sociétés anonymes ou autres et les associations commerciales, industrielles et financières qui sont ou seront constituées conformément aux lois de l'une des Hautes Parties Contractantes et qui ont leur domicile dans les territoires et possessions de cette Partie, sont autorisées, dans les territoires et possessions de l'autre, en se conformant aux lois de celle-ci, à exercer leurs droits et à ester en justice devant les tribunaux, soit pour intenter une action soit pour y défendre.

Article 10.

Tous les articles qui sont ou pourront être légalement importés dans les ports de l'une des Hautes Parties Contractantes par des navires nationaux, pourront, de même, être importés dans ces ports par des navires de l'autre Partie Contractante, sans être soumis à aucuns droits ou charges, de quelque dénomination que ce soit, autres ou plus élevés que ceux auxquels les mêmes articles seraient soumis s'ils étaient importés par des navires nationaux. Cette égalité réciproque de traitement sera appliquée sans distinction que ces articles viennent directement du lieu d'origine, ou de tout autre pays étranger. || Il y aura, de même, parfaite égalité de traitement pour l'exportation, de façon que les mêmes droits de sortie seront payés, et les mêmes primes et drawbacks seront accordés, dans les territoires et possessions de chacune des Parties Contractantes, à l'exportation d'un article quelconque qui peut ou pourra en être légalement exporté, que cette exportation se fasse par des navires japonais ou par des navires néerlandais et quel que soit le lieu de destination, soit un port de l'autre Partie soit un port d'une tierce Puissance.

Article 11.

En tout ce qui concerne le placement des navires, leur chargement, leur déchargement dans les eaux territoriales des Hautes Parties Contractantes, il ne sera accordé par l'une des Parties aux navires nationaux aucun privilège ni aucune facilité qui ne le soit également, en pareils cas, aux navires de l'autre pays, la volonté des Parties Contractantes étant que, sous ces rapports, les bâtiments respectifs soient traités sur le pied d'une parfaite égalité.

Article 12.

Les navires marchands navigant sous pavillon néerlandais et japonais et ayant à bord les documents requis par leurs lois nationales pour établir leur nationalité, seront respectivement considérés au Japon et aux Pays-Bas comme navires néerlandais et japonais.

Article 13.

Aucuns droits de tonnage, de transit, de canal, de port, de pilotage, de phare, de quarantaine ou autres droits ou charges similaires ou analogues, de quelque dénomination que ce soit, levés au nom ou au profit du Gouvernement, de fonctionnaires publics, de particuliers, de corporations ou d'établissements quelconques, ne seront imposés dans les eaux territoriales de l'un des deux Pays sur les navires de l'autre, sans qu'ils soient également imposés, sous les mêmes conditions, sur les navires nationaux en général ou sur les navires de la nation la plus favorisée. Cette égalité de traitement sera appliquée réciproquement aux navires respectifs, de quelque endroit qu'ils arrivent et quel que soit le lieu de destination.

Article 14.

Les officiers consulaires compétents de chacune des Hautes Parties Contractantes, seront, dans les territoires et possessions de l'autre, exclusivement chargés du maintien de l'ordre intérieur des navires marchands de leur nation, et seront seuls compétents pour connaître des différends qui pourraient survenir, soit en mer, soit dans les eaux territoriales de l'autre Partie, entre les capitaines, les officiers et l'équipage, notamment en ce qui concerne le règlement des salaires et l'exécution des contrats. Toutefois, la juridiction appartiendra aux autorités territoriales, dans le cas où il surviendrait, à bord d'un navire marchand de l'une des Parties Contractantes dans les eaux territoriales de l'autre, des désordres que les autorités compétentes du lieu jugeraient de nature à troubler ou à pouvoir troubler la paix ou l'ordre dans ces eaux ou à terre.

Article 15.

Si un marin déserte d'un navire marchand appartenant à l'une des Hautes Parties Contractantes dans les eaux territoriales de l'autre, les autorités locales seront tenues de prêter, dans les limites de la loi, toute l'assistance en leur pouvoir, pour l'arrestation et la remise de ce déserteur, sur la demande qui leur sera adressée, à cet effet, par l'officier consulaire compétent du pays auquel appartient le navire en question, avec l'assurance

de rembourser toutes les dépenses y relatives. || Il est entendu que cette stipulation ne s'appliquera pas aux sujets du pays où la desertion aura lieu.

Article 16.

En cas de naufrage, avaries en mer ou relâche forcée, chacune des Hautes Parties Contractantes devra donner, en tant que les devoirs de la neutralité le permettent, aux navires de l'autre, qu'ils appartiennent à l'État ou à des particuliers, la même assistance et protection et les mêmes immunités que celles qui seront accordées en pareils cas aux navires nationaux. Les articles sauvés de ces vaisseaux naufragés ou avariés seront exempts de tous droits de douane à moins qu'ils n'entrent dans la consommation intérieure auquel cas ils seront tenus de payer les droits prescrits.

Article 17.

Les Hautes Parties Contractantes conviennent qu'en tout ce qui concerne le commerce, la navigation et l'industrie, tout privilège, faveur ou immunité que l'une des Hautes Parties Contractantes a déjà accordés ou accorderait à l'avenir aux navires, sujets ou citoyens de tout autre État étranger seront étendus immédiatement et sans conditions aux navires ou sujets de l'autre Haute Partie Contractante, la volonté des Parties Contractantes étant que le commerce, la navigation et l'industrie de chaque pays soient traités, en tous rapports, sur le pied de la nation la plus favorisée.

Article 18.

Les dispositions du présent Traité ne sont pas applicables: || a) aux concessions qu'une des Hautes Parties Contractantes a accordées ou accordera à des États limitrophes pour faciliter le trafic frontière; || b) au traitement accordé ou à accorder aux produits de la pêche nationale des Hautes Parties Contractantes ou aux produits des pêches assimilées à la pêche nationale en ce qui concerne l'importation de leurs produits.

Article 19.

Les dispositions du présent Traité sont applicables à tous les territoires et possessions appartenant à l'une ou à l'autre des Hautes Parties Contractantes ou administrés par elle.

Article 20.

Le présent Traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées à Tokio aussitôt que faire se pourra. Il entrera en vigueur le lendemain de l'échange des ratifications et restera obligatoire jusqu'à l'expiration de douze

mois à compter de la date où l'une des Hautes Parties Contractantes aura notifié à l'autre son intention d'y mettre fin.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé le présent Traité et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait en double à La Haye, le six juillet 1912.

(L. S.) Aimaro Sato.

(L. S.) R. de Marees van Swinderen.

Légation du Japan.

Note-verbale.

Under instructions from his Government, the Minister of Japan has the honour to declare that, without an express guarantee for the most favoured nation treatment in the matter of perpetual leases being given by means of a protocole of signature, the Imperial Government give, nevertheless, the assurance, that the Netherland subjects in Japan shall, in nowise, receive less advantageous treatment in this respect than that received or to be received by the subjects or citizens of the most favoured nation. The Minister of Japan begs to add that this question has been arranged in a similar manner with the British, American, French, German and other Governments.

March, 2, 1912.

Protocole.

Au moment de procéder à l'échange des instruments de ratification du présent traité les soussignés, dûment autorisés à cet effet, déclarent qu'il est bien entendu que les articles 3, 4, 14 et 15 du présent traité ne s'appliquent pas aux possessions d'outre-mer et colonies des Pays-Bas, mais que les matières y mentionnées resteront réglées par la Convention Consulaire conclue le 27 avril 1908 entre les Pays-Bas et le Japon en ce qui concerne les possessions d'outre-mer et colonies néerlandaises.

Nr. 14501. DEUTSCHES REICH UND BELGIEN. Abkommen über Unfallversicherung.

Berlin, 6. Juli 1912.

Abkommen über Unfallversicherung.

Der Kanzler des Deutschen Reiches, vertreten durch den unterzeichneten und hierzu ermächtigten Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte,

Wirklichen Geheimen Legationsrat Herrn Zimmermann, || und || die Königlich Belgische Regierung, vertreten durch den unterzeichneten und hierzu mit Vollmacht versehenen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Seiner Majestät des Königs der Belgier in Berlin Herrn Baron Beyens, || sind zur Regelung der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Belgien auf dem Gebiete der Unfallversicherung über folgende Bestimmungen übereingekommen:

I. Bestimmungen für übergreifende Betriebe.

Artikel 1.

Sind Betriebe, die ihren Sitz im Gebiet eines der vertragschließenden Teile haben und ihre Tätigkeit auch im Gebiete des anderen Teiles ausüben, den Unfallversicherungs-(Unfallentschädigungs-)gesetzen beider Länder unterworfen, so ist, vorbehaltlich der in den Artikeln 2 bis 4 vorgesehenen Ausnahmen, das Unfallversicherungsrecht desjenigen Landes, in welchem die Tätigkeit ausgeübt wird, für diese ausschließlich maßgebend. || Dies gilt ohne Rücksicht auf den Ort, an dem das Personal angenommen worden ist, vorausgesetzt daß es sich um Tätigkeiten handelt, die entweder in Deutschland oder in Belgien ausgeübt werden.

Artikel 2.

Bei Betrieben des Deutschen Reiches, eines deutschen Bundesstaates, einer deutschen Gemeinde oder eines deutschen Gemeindeverbandes oder des Belgischen Staates, einer belgischen Provinz oder Gemeinde oder eines Verbandes von belgischen Provinzen oder Gemeinden ist das Recht des Landes, dem der Betrieb angehört, auch für die Tätigkeit, die ein im Betriebe beschäftigter Beamter im anderen Lande ausübt, ausschließlich maßgebend.

Artikel 3.

Bei Beförderungsbetrieben ist für bewegliche (fahrende) Teile des Betriebs, die aus dem einen Lande in das andere übergreifen, ohne Rücksicht auf den Umfang der in dem einen und der in dem anderen Lande ausgeübten Tätigkeit, ausschließlich das Recht des Landes maßgebend, in welchem der Betrieb seinen Sitz hat. Unter diesem Rechte verbleibt das Personal des fahrenden Teiles, auch soweit es in den übrigen Teilen des Betriebs tätig wird, die sich in dem andern Lande vollziehen.

Artikel 4.

Unbeschadet der Bestimmungen der Artikel 2, 3 bleibt bei Betrieben jeder Art das Recht des Landes, in welchem der Betrieb seinen Sitz hat,

während der ersten sechs Monate, in denen der Betrieb im anderen Lande ausgeübt wird, für solche Personen, die bis zu ihrer dortigen Beschäftigung in einem jenem Rechte unterliegenden Teile des Betriebs tätig waren, ausschließlich maßgebend.

Artikel 5.

Bei Berechnung der Zeit, während welcher der Betrieb außerhalb des Landes ausgeübt wird, in welchem er seinen Sitz hat (Artikel 4), sind mehrere nebeneinander ausgeübte Tätigkeiten als eine einzige Tätigkeit anzusehen, die vom Beginne der zuerst ausgeübten Tätigkeit bis zum Ende der zuletzt abgeschlossenen Tätigkeit reicht. || Das gleiche gilt für mehrere nacheinander ausgeübte Tätigkeiten, wenn nicht mehr als 30 Tage dazwischen liegen. Bei einer Zwischenzeit von mehr als 30 Tagen beginnt für die spätere Tätigkeit eine neue Frist von sechs Monaten. || Für die Berechnung des Zeitlaufs ist die Zeit vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags mit anzurechnen.

Artikel 6.

Ist nach den Artikeln 1 bis 4 bei einem Betriebe, der seinen Sitz in dem einen Lande hat, das Recht des anderen Landes für die Tätigkeit in diesem Lande maßgebend, so ist solche Tätigkeit im Sinne dieses Rechtes einem Betriebe gleichzuachten.

Artikel 7.

Sind nach dem Rechte eines der beiden Länder Aufwendungen zur Entschädigung für einen Unfall gemacht worden, für den auf Grund des gegenwärtigen Abkommens nach dem Rechte des anderen Landes Entschädigung zu gewähren ist, so hat der hiernach Pflichtige die Aufwendungen aus der von ihm zu gewährenden Entschädigung zu erstatten.

Artikel 8.

Fällt der in dem einen Lande eingetretene Unfall unter die Unfallversicherungsgesetze des anderen Landes, so gelten deren Vorschriften auch insoweit, als es sich um anderweitige Entschädigungsansprüche handelt, die wegen des Unfalls nach den Gesetzen des ersten Landes geltend gemacht werden. || Diese Bestimmung ist auch anzuwenden, wenn ein Betrieb nur der Unfallversicherungsgesetzgebung des einen Landes unterliegt.

II. Bestimmungen über gegenseitige Beziehungen in der Unfallversicherung im allgemeinen.

Artikel 9.

Bei der Durchführung der Unfallversicherung des einen Landes im anderen Lande wird gegenseitig durch die zuständigen Verwaltungs- und

Gerichtsbehörden Beistand sowie Rechtshilfe nach Maßgabe der für Zivil- und Handelssachen geltenden Bestimmungen geleistet. Die Behörden stellen in demselben Umfange wie zur Durchführung der eigenen Gesetzgebung in eiligen Fällen auch von Amts wegen dasjenige fest, was zur Aufklärung des Sachverhalts erforderlich ist.

Artikel 10.

Die Vorschriften des einen Landes, nach denen auf dem Gebiete der Unfallversicherung für Stempel und Gebühren Befreiungen oder andere Vergünstigungen bestehen, sind entsprechend anzuwenden, soweit es sich darum handelt, in diesem Lande die Unfallversicherung des anderen Landes durchzuführen.

Artikel 11.

Der Zahlungspflichtige kann Zahlungen aus der Unfallversicherung, die den nicht im Lande befindlichen Angehörigen des anderen Landes zukommen, an die Konsularbehörde dieses Landes, in deren Bezirk er seinen Wohnsitz oder Sitz hat, wirksam leisten. || Die Konsularbehörde hat die Einreichung der erforderlichen Bescheinigungen (über Leben, Witwenstand usw.) zu vermitteln.

Artikel 12.

In den Angelegenheiten, die durch Artikel 11 geregelt sind, bestimmen sich die örtliche Zuständigkeit und die Bezirke der Konsularbehörde nach Vereinbarung der beiderseitigen Regierungen.

Artikel 13.

Soweit es bei der Anwendung der Unfallversicherungsgesetze des einen Landes auf die Berechnung eines in der Währung des anderen Landes ausgedrückten Arbeitsverdienstes ankommt, wird dieser nach einem allgemein zugrunde zu legenden Mittelwert umgerechnet, der von jeder der beiden Regierungen für die Anwendung der Gesetze ihres Landes festgestellt wird und der anderen Regierung mitzuteilen ist.

Artikel 14.

Als Unfallversicherung im Sinne dieses Abkommens gilt auch die Unfallfürsorge, die für deutsche Beamte an Stelle der Unfallversicherung getroffen ist.

III. Übergangs- und Schlußbestimmungen.

Artikel 15.

Verpflichtungen aus Unfällen, die sich vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens ereignet haben, sind auch weiterhin von demjenigen Ent-

schädigungsträger zu erfüllen, der bisher zum Schadenersatze verpflichtet war.

Artikel 16.

Bestimmungen zur Ausführung dieses Abkommens werden von jedem der vertragschließenden Teile, soweit sie für seinen Bereich erforderlich sind, selbständig getroffen, und zwar auf deutscher Seite durch den Reichskanzler oder die von ihm zu bestimmende Behörde, auf belgischer Seite durch die jeweilig zuständige Stelle. Die hiernach getroffenen Bestimmungen werden sich die beiden Regierungen mitteilen.

Artikel 17.

Dieses Abkommen wird durch Seine Majestät den Deutschen Kaiser und Seine Majestät den König der Belgier ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen sobald als möglich ausgetauscht werden.

Das Abkommen tritt am 1. Februar 1913 in Kraft. Es kann von beiden Teilen jederzeit gekündigt werden und tritt mit dem Ablaufe des auf die Kündigung folgenden Jahres außer Kraft.

Bei Aufhebung dieses Abkommens sind die Verpflichtungen aus denjenigen Unfällen, welche sich während der Geltung des Abkommens ereignet haben, von dem bis dahin verpflichteten Entschädigungsträger weiter zu erfüllen.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Vertreter das gegenwärtige Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in Berlin, am 6. Juli 1912.

(L. S.) gez. Zimmermann.

Nr. 14502. **VERTRAGSSTAATEN.** Revidierte Pariser Konvention vom 20. März 1883 zum Schutze des gewerblichen Eigentums.

Washington, 2. Juni 1911.

Convention d'Union de Paris du 20 mars 1883

pour la Protection de la Propriété industrielle revisée à Bruxelles le 14 décembre 1900 et à Washington le 2 juin 1911.

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, au nom de l'Empire Allemand; Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême, etc. et Roi Apostolique de Hongrie, pour l'Autriche et pour la Hongrie; Sa Majesté le Roi des Belges; le Président des États-Unis de Brésil; le Président de la

République de Cuba; Sa Majesté le Roi de Danemark; le Président de la République Dominicaine; Sa Majesté le Roi d'Espagne; le Président des États-Unis d'Amérique; le Président de la République Française; Sa Majesté le Roi du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande et des Territoires Britanniques au delà des mers, Empereur des Indes; Sa Majesté le Roi d'Italie; Sa Majesté l'Empereur du Japon; le Président des États-Unis du Mexique; Sa Majesté le Roi de Norvège; Sa Majesté la Reine des Pays-Bas; le Président du Gouvernement Provisoire de la République du Portugal; Sa Majesté le Roi de Serbie; Sa Majesté le Roi de Suède; le Conseil Fédéral de la Confédération Suisse; le Gouvernement Tunisien, || Ayant jugé utile d'apporter certaines modifications et additions à la Convention internationale du 20 mars 1883, portant création d'une Union internationale pour la Protection de la Propriété industrielle, revisée à Bruxelles le 14 décembre 1900, || Ont nommé pour Leurs Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse: || M. le Dr. Haniel von Haimhausen, Conseiller de l'Ambassade de S. M. l'Empereur d'Allemagne à Washington; || M. Robolski, Conseiller supérieur de Régence, Conseiller rapporteur au Département Impérial de l'Intérieur; || M. le Prof. Dr. Albert Osterrieth; || Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême, etc., et Roi Apostolique de Hongrie: || Pour l'Autriche et pour la Hongrie: || Son Excellence M. le Baron Ladislas Hengelmueller de Hengervár, Son Conseiller intime, Son Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire à Washington; || Pour l'Autriche: || Son Excellence M. le Dr. Paul Chevalier Beck de Mannagetta et Lerchenau, Son Conseiller intime, Chef de Section au Ministère I. R. des Travaux publics et Président de l'Office I. R. des Brevets d'invention; || Pour la Hongrie: || M. Elemér de Pompéry, Conseiller ministériel à l'Office Royal hongrois des Brevets d'invention; || Sa Majesté le Roi des Belges: || M. Jules Brunet, Directeur général au Ministère des Affaires étrangères; || M. Georges de Ro, Sénateur suppléant, Délégué de la Belgique aux Conférences pour la protection de la Propriété industrielle de Madrid et de Bruxelles; || M. Albert Capitaine, Avocat à la Cour d'appel de Liège; || Le Président des États-Unis du Brésil: || M. R. de Lima e Silva, Chargé d'Affaires des États-Unis du Brésil à Washington; || Le Président de la République de Cuba: || Son Excellence M. Rivero, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de Cuba à Washington; || Sa Majesté le Roi de Danemark: || M. Martin J. C. T. Clan, Consul Général du Danemark à New-York; || Le Président de la République Dominicaine: || Son Excellence M. Emilio C. Joubert, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de la République Dominicaine à Washington; || Sa Majesté le Roi d'Espagne: || Son Excellence Don Juan Riano y Gayangos, Son Envoyé extra-

ordinaire et Ministre plénipotentiaire à Washington; || Son Excellence Don Juan Florez Posada, Directeur de l'École des ingénieurs de Madrid; || Le Président des États-Unis d'Amérique: || M. Edward Bruce Moore, Commissioner of Patents; || M. Frederick P. Fish, Avocat à la Cour suprême des États-Unis et à la Cour suprême de l'État de New-York; || M. Charles H. Duell, ancien Commissaire des brevets, ancien Juge à la Cour d'appel du District de Colombie, Avocat à la Cour suprême des États-Unis et à la Cour suprême de l'État de New-York; || M. Robert H. Parkinson, Avocat à la Cour suprême des États-Unis et à la Cour suprême de l'État de l'Illinois; || M. Melville Church, Avocat à la Cour suprême des États-Unis; || Le Président de la République Française: || M. Lefèvre-Pontalis, Conseiller de l'Ambassade de la République Française à Washington; || M. Georges Breton, Directeur de l'Office national de la Propriété industrielle; || M. Michel Pelletier, Avocat à la Cour d'appel de Paris, Délégué aux Conférences pour la protection de la Propriété industrielle de Rome, de Madrid et de Bruxelles; || M. Georges Maillard, Avocat à la Cour d'appel de Paris; || Sa Majesté le Roi du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande et des Territoires Britanniques au delà des Mers, Empereur des Indes: || M. Alfred Mitchell Jnnes, Conseiller de l'Ambassade de S. M. Britannique à Washington; || Sir Alfred Bateman, K. C. M. G., ancien Comptroller General of Commerce, Labor and Statistics; || M. W. Temple Franks, Comptroller General of Patents, Designs and Trade-Marks; || Sa Majesté le Roi d'Italie: || Nob. Lazzaro dei Marchesi Negrotto Cambiaso, Conseiller de l'Ambassade de S. M. le Roi d'Italie à Washington; || M. Emilio Venezian, Ingénieur, Inspecteur du Ministère de l'Agriculture, du Commerce et de l'Industrie; || M. le Dr. Giovanni Battista Ceccato, Attaché commercial à l'Ambassade de S. M. le Roi d'Italie à Washington; || Sa Majesté l'Empereur du Japon: || M. K. Matsui, Conseiller de l'Ambassade de S. M. l'Empereur du Japon à Washington; || M. Morio Nakamatsu, Directeur de l'Office des brevets; || Le Président des États-Unis du Mexique: || M. José de las Fuentes, Ingénieur, Directeur de l'Office des brevets; || Sa Majesté le Roi de Norvège: || M. L. Aubert, Secrétaire de la Légation de Sa Majesté le Roi de Norvège à Washington; || Sa Majesté la Reine des Pays-Bas: || M. le Dr. F. W. J. G. Snyder van Wissenkerke, Directeur de l'Office de la Propriété industrielle, Conseiller au Ministère de la Justice; || Le Président du Gouvernement Provisoire de la République du Portugal: || Son Excellence M. le Vicomte d'Alte, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire du Portugal à Washington; || Sa Majesté le Roi de Suède: || Son Excellence M. le Comte Albert Ehrensvärd, Son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Washington; || Le Conseil Fédéral de la Confédération Suisse: || Son

Excellence M. Paul Ritter, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de Suisse à Washington; || M. W. Kraft, Adjoint du Bureau Fédéral de la Propriété Intellectuelle à Berne; || M. Henri Martin, Secrétaire de la Légation de Suisse à Washington; || Le Président de la République Française, pour la Tunisie: || M. de Peretti de la Rocca, Premier Secrétaire de l'Ambassade de la République française à Washington, || Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs respectifs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants.

Article premier.

Les pays contractants sont constitués à l'état d'Union pour la protection de la propriété industrielle.

Article 2.

Les sujets ou citoyens de chacun des pays contractants jouiront, dans tous les autres pays de l'Union, en ce qui concerne les brevets d'invention, les modèles d'utilité, les dessins ou modèles industriels, les marques de fabrique ou de commerce, le nom commercial, les indications de provenance, la répression de la concurrence déloyale, des avantages que les lois respectives accordent actuellement ou accorderont par la suite aux nationaux. En conséquence, ils auront la même protection que ceux-ci et le même recours légal contre toute atteinte portée à leurs droits, sous réserve de l'accomplissement des conditions et formalités imposées aux nationaux. Aucune obligation de domicile ou d'établissement dans le pays où la protection est réclamée ne pourra être imposée aux ressortissants de l'Union.

Article 3.

Sont assimilés aux sujets ou citoyens des pays contractants, les sujets ou citoyens des pays ne faisant pas partie de l'Union, qui sont domiciliés ou ont des établissements industriels ou commerciaux effectifs et sérieux sur le territoire de l'un des pays de l'Union.

Article 4.

a) Celui qui aura régulièrement fait le dépôt d'une demande de brevet d'invention, d'un modèle d'utilité, d'un dessin ou modèle industriel, d'une marque de fabrique ou de commerce, dans l'un des pays contractants, ou son ayant cause, jouira, pour effectuer le dépôt dans les autres pays, et sous réserve des droits des tiers, d'un droit de priorité pendant les délais déterminés ci-après. || b) En conséquence, le dépôt ultérieurement opéré dans l'un des autres pays de l'Union avant l'expiration de ces délais,

ne pourra être invalidé par des faits accomplis dans l'intervalle, soit, notamment, par un autre dépôt, par la publication de l'invention ou son exploitation, par la mise en vente d'exemplaires du dessin ou du modèle, par l'emploi de la marque. || c) Les délais de priorité mentionnés ci-dessus seront de douze mois pour les brevets d'invention et les modèles d'utilité et de quatre mois pour les dessins et modèles industriels et pour les marques de fabrique ou de commerce. || d) Quiconque voudra se prévaloir de la priorité d'un dépôt antérieur, sera tenu de faire une déclaration indiquant la date et le pays de ce dépôt. Chaque pays déterminera à quel moment, au plus tard, cette déclaration devra être effectuée. Ces indications seront mentionnées dans les publications émanant de l'Administration compétente, notamment sur les brevets et les descriptions y relatives. Les pays contractants pourront exiger de celui qui fait une déclaration de priorité la production d'une copie de la demande (description, dessins, etc.) deposée antérieurement, certifiée conforme par l'Administration qui l'aura reçue. Cette copie sera dispensée de toute légalisation. On pourra exiger qu'elle soit accompagnée d'un certificat de la date du dépôt, émanant de cette Administration, et d'une traduction. D'autres formalités ne pourront être requises pour la déclaration de priorité au moment du dépôt de la demande. Chaque pays contractant déterminera les conséquences de l'omission des formalités prévues par le présent article, sans que ces conséquences puissent excéder la perte du droit de priorité. || e) Ultérieurement d'autres justifications pourront être demandées.

Article 4 bis.

Les brevets demandés dans les différents pays contractants par des personnes admises au bénéfice de la Convention aux termes des articles 2 et 3, seront indépendants des brevets obtenus pour la même invention dans les autres pays adhérents ou non à l'Union. || Cette disposition doit s'entendre d'une façon absolue, notamment en ce sens que les brevets demandés pendant le délai de priorité sont indépendants, tant au point de vue des causes de nullité et de déchéance, qu'au point de vue de la durée normale. || Elle s'applique à tous les brevets existant au moment de sa mise en vigueur. || Il en sera de même, en cas d'accession de nouveaux pays, pour les brevets existant de part et d'autre au moment de l'accession.

Article 5.

L'introduction, par le breveté, dans le pays où le brevet a été délivré, d'objets fabriqués dans l'un ou l'autre des pays de l'Union, n'entraînera pas la déchéance. || Toutefois, le breveté restera soumis à l'obligation d'ex-

ploiter son brevet conformément aux lois du pays où il introduit les objets brevetés, mais avec la restriction que le brevet ne pourra être frappé de déchéance pour cause de non-exploitation dans un des pays de l'Union qu'après un délai de trois ans, compté à partir du dépôt de la demande dans ce pays, et seulement dans le cas où le breveté ne justifierait pas des causes de son inaction.

Article 6.

Toute marque de fabrique ou de commerce régulièrement enregistrée dans le pays d'origine sera admise au dépôt et protégée telle quelle dans les autres pays de l'Union. || Toutefois, pourront être refusées ou invalidées: || 1° Les marques qui sont de nature à porter atteinte à des droits acquis par des tiers dans le pays où la protection est réclamée. || 2° Les marques dépourvues de tout caractère distinctif, ou bien composées exclusivement de signes ou d'indications pouvant servir, dans le commerce, pour désigner l'espèce, la qualité, la quantité, la destination, la valeur, le lieu d'origine des produits ou l'époque de production, ou devenus usuels dans le langage courant ou les habitudes loyales et constantes du commerce du pays où la protection est réclamée. || Dans l'appréciation du caractère distinctif d'une marque, on devra tenir compte de toutes les circonstances de fait, notamment de la durée de l'usage de la marque. || 3° Les marques qui sont contraires à la morale ou à l'ordre public. || Sera considéré comme pays d'origine le pays où le déposant a son principal établissement. || Si ce principal établissement n'est point situé dans un des pays de l'Union, sera considéré comme pays d'origine celui auquel appartient le déposant.

Article 7.

La nature du produit sur lequel la marque de fabrique ou de commerce doit être apposée ne peut, dans aucun cas, faire obstacle au dépôt de la marque.

Article 7 bis.

Les pays contractants s'engagent à admettre au dépôt et à protéger les marques appartenant à des collectivités dont l'existence n'est pas contraire à la loi du pays d'origine, même si ces collectivités ne possèdent pas un établissement industriel ou commercial. || Cependant chaque pays sera juge des conditions particulières sous lesquelles une collectivité pourra être admise à faire protéger ses marques.

Article 8.

Le nom commercial sera protégé dans tous les pays de l'Union sans obligation de dépôt, qu'il fasse ou non partie d'une marque de fabrique ou de commerce.

Article 9.

Tout produit portant illicitement une marque de fabrique ou de commerce, ou un nom commercial, sera saisi à l'importation dans ceux des pays de l'Union dans lesquels cette marque ou ce nom commercial ont droit à la protection légale. || Si la législation d'un pays n'admet pas la saisie à l'importation, la saisie sera remplacée par la prohibition d'importation. || La saisie sera également effectuée dans le pays où l'apposition illicite aura eu lieu, ou dans le pays où aura été importé le produit. || La saisie aura lieu à la requête soit du ministère public, soit de toute autre autorité compétente, soit d'une partie intéressée, particulier ou société, conformément à la législation intérieure de chaque pays. || Les autorités ne seront pas tenues d'effectuer la saisie en cas de transit. || Si la législation d'un pays n'admet ni la saisie à l'importation, ni la prohibition d'importation, ni la saisie à l'intérieur, ces mesures seront remplacées par les actions et moyens que la loi de ce pays assurerait en pareil cas aux nationaux.

Article 10.

Les dispositions de l'article précédent seront applicables à tout produit portant faussement, comme indication de provenance, le nom d'une localité déterminée, lorsque cette indication sera jointe à un nom commercial fictif ou emprunté dans une intention frauduleuse. || Est réputé partie intéressée tout producteur, fabricant ou commerçant, engagé dans la production, la fabrication ou le commerce de ce produit, et établi soit dans la localité faussement indiquée comme lieu de provenance, soit dans la région où cette localité est située.

Article 10 bis.

Tous les pays contractants s'engagent à assurer aux ressortissants de l'Union une protection effective contre la concurrence déloyale.

Article 11.

Les pays contractants accorderont, conformément à leur législation intérieure, une protection temporaire aux inventions brevetables, aux

modèles d'utilité, aux dessins ou modèles industriels, ainsi qu'aux marques de fabrique ou de commerce, pour les produits qui figureront aux expositions internationales officielles ou officiellement reconnues, organisées sur le territoire de l'un d'eux.

Article 12.

Chacun des pays contractants s'engage à établir un service spécial de la Propriété industrielle et un dépôt central pour la communication au public des brevets d'invention, des modèles d'utilité, des dessins ou modèles industriels et des marques de fabrique ou de commerce. || Ce service publiera, autant que possible, une feuille périodique officielle.

Article 13.

L'Office international institué à Berne sous le nom de Bureau international pour la protection de la Propriété industrielle est placé sous la haute autorité du Gouvernement de la Confédération suisse, qui en règle l'organisation et en surveille le fonctionnement. || Le Bureau international centralisera les renseignements de toute nature relatifs à la protection de la Propriété industrielle, et les réunira en une statistique générale, qui sera distribuée à toutes les Administrations. Il procédera aux études d'utilité commune intéressant l'Union et rédigera, à l'aide des documents qui seront mis à sa disposition par les diverses Administrations, une feuille périodique en langue française sur les questions concernant l'objet de l'Union. || Les numéros de cette feuille, de même que tous les documents publiés par le Bureau international, seront répartis entre les Administrations des pays de l'Union, dans la proportion du nombre des unités contributives ci-dessous mentionnées. Les exemplaires et documents supplémentaires qui seraient réclamés, soit par lesdites Administrations, soit par des sociétés ou des particuliers, seront payés à part. || Le Bureau international devra se tenir en tout temps à la disposition des membres de l'Union, pour leur fournir, sur les questions relatives au service international de la propriété industrielle, les renseignements spéciaux dont ils pourraient avoir besoin. Il fera sur sa gestion un rapport annuel qui sera communiqué à tous les membres de l'Union. || La langue officielle du Bureau international sera la langue française. || Les dépenses du Bureau international seront supportées en commun par les pays contractants. Elles ne pourront, en aucun cas, dépasser la somme de Soixante mille francs par année. || Pour déterminer la part contributive de chacun des pays dans cette somme totale des frais, les pays contractants et ceux qui adhéreraient ultérieurement à l'Union

seront divisés en six classes, contribuant chacune dans la proportion d'un certain nombre d'unités, savoir:

1re	classe	25 unités,
2e	classe	20 „
3e	classe	15 „
4e	classe	10 „
5e	classe	5 „
6e	classe	3 „

Ces coefficients seront multipliés par le nombre des pays de chaque classe, et la somme des produits ainsi obtenus fournira le nombre d'unités par lequel la dépense totale doit être divisée. Le quotient donnera le montant de l'unité de dépense. || Chacun des pays contractants désignera, au moment de son accession, la classe dans laquelle il désire être rangé. || Le Gouvernement de la Confédération suisse surveillera les dépenses du Bureau international, fera les avances nécessaires et établira le compte annuel, qui sera communiqué à toutes les autres Administrations.

Article 14.

La présente Convention sera soumise à des revisions périodiques, en vue d'y introduire les améliorations de nature à perfectionner le système de l'Union. || A cet effet, des Conférences auront lieu, successivement, dans l'un des pays contractants entre les Délégués desdits pays. || L'Administration du pays où doit siéger la Conférence préparera, avec le concours du Bureau international, les travaux de cette Conférence. || Le directeur du Bureau international assistera aux séances des Conférences, et prendra part aux discussions sans voix délibérative.

Article 15.

Il est entendu que les pays contractants se réservent respectivement le droit de prendre séparément, entre eux, des arrangements particuliers pour la protection de la Propriété industrielle, en tant que ces arrangements ne contreviendraient point aux dispositions de la présente Convention.

Article 16.

Les pays qui n'ont point pris part à la présente Convention seront admis à y adhérer sur leur demande. || Cette adhésion sera notifiée par la voie diplomatique au Gouvernement de la Confédération suisse, et par celui-ci à tous les autres. || Elle emportera, de plein droit, accession à toutes les clauses et admission à tous les avantages stipulés par la présente Con-

vention, et produira ses effets un mois après l'envoi de la notification faite par le Gouvernement de la Confédération suisse aux autres pays unionistes, à moins qu'une date postérieure n'ait été indiquée par le pays adhérent.

Article 16 bis.

Les pays contractants ont le droit d'accéder en tout temps à la présente Convention pour leurs colonies, possessions, dépendances et protectorats, ou pour certains d'entre eux. || Ils peuvent à cet effet soit faire une déclaration générale par laquelle toutes leurs colonies, possessions, dépendances et protectorats sont compris dans l'accession, soit nommer expressément ceux qui y sont compris, soit se borner à indiquer ceux qui en sont exclus. || Cette déclaration sera notifiée par écrit au Gouvernement de la Confédération suisse, et par celui-ci à tous les autres. || Les pays contractants pourront, dans les mêmes conditions, dénoncer la Convention pour leurs colonies, possessions, dépendances et protectorats, ou pour certains d'entre eux.

Article 17.

L'exécution des engagements réciproques contenus dans la présente Convention est subordonnée, en tant que de besoin, à l'accomplissement des formalités et règles établies par les lois constitutionnelles de ceux des pays contractants qui sont tenus d'en provoquer l'application, ce qu'ils s'obligent à faire dans le plus bref délai possible.

Article 17 bis.

La Convention demeurera en vigueur pendant un temps indéterminé, jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour où la dénonciation en sera faite. || Cette dénonciation sera adressée au Gouvernement de la Confédération suisse. Elle ne produira son effet qu'à l'égard du pays qui l'aura faite, la Convention restant exécutoire pour les autres pays contractants.

Article 18.

Le présent Acte sera ratifié, et les ratifications en seront déposées à Washington au plus tard le 1er avril 1913. Il sera mis à exécution, entre les pays qui l'auront ratifié, un mois après l'expiration de ce délai. || Cet Acte, avec son Protocole de clôture, remplacera, dans les rapports entre les pays qui l'auront ratifié: la Convention de Paris du 20 mars 1883; le Protocole de clôture annexé à cet Acte; le Protocole de Madrid du 15 avril 1891 concernant la dotation du Bureau international, et l'Acte additionnel de Bruxelles du 14 décembre 1900. Toutefois, les Actes précités resteront

en vigueur dans les rapports avec les pays qui n'auront pas ratifié le présent Acte.

Article 19.

Le présent Acte sera signé en un seul exemplaire, lequel sera déposé aux archives du Gouvernement des États-Unis. Une copie certifiée sera remise par ce dernier à chacun des Gouvernements unionistes.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé le présent Acte.

Fait à Washington, en un seul exemplaire, le deux juin 1911.

Unterschriften.

Protocole de clôture.

Au moment de procéder à la signature de l'Acte conclu à la date de ce jour, les Plénipotentiaires soussignés sont convenus de ce qui suit:

Ad Article premier.

Les mots „Propriété industrielle" doivent être pris dans leur acception la plus large; ils s'étendent à toute production du domaine des industries agricoles (vins, grains, fruits, bestiaux, etc.), et extractives (minéraux, eaux minérales, etc.).

Ad Article 2.

a) Sous le nom de brevet d'invention sont comprises les diverses espèces de brevets industriels admises par les législations des pays contractants, telles que brevets d'importations, brevets de perfectionnement, etc., tant pour les procédés que pour les produits. || b) Il est entendu que la disposition de l'article 2 qui dispense les ressortissants de l'Union de l'obligation de domicile et d'établissement a un caractère interprétatif, et doit, par conséquent, s'appliquer à tous les droits nés en raison de la Convention du 20 mars 1883, avant la mise en vigueur du présent Acte. || c) Il est entendu que les dispositions de l'article 2 ne portent aucune atteinte à la législation de chacun des pays contractants, en ce qui concerne la procédure suivie devant les tribunaux et la compétence de ces tribunaux, ainsi que l'élection de domicile ou la constitution d'un mandataire requises par les lois sur les brevets, les modèles d'utilité, les marques, etc.

Ad Article 4.

Il est entendu que, lorsqu'un dessin ou modèle industriel aura été déposé dans un pays en vertu d'un droit de priorité basé sur le dépôt d'un

modèle d'utilité, le délai de priorité ne sera que celui que l'article 4 a fixé pour les dessins et modèles industriels.

Ad Article 6.

Il est entendu que la disposition du premier alinéa de l'article 6 n'exclut pas le droit d'exiger du déposant un certificat d'enregistrement régulier au pays d'origine, délivré par l'autorité compétente. || Il est entendu que l'usage des armoiries, insignes ou décorations publiques qui n'aurait pas été autorisé par les pouvoirs compétents, ou l'emploi des signes et poinçons officiels de contrôle et de garantie adoptés par un pays unioniste, peut être considéré comme contraire à l'ordre public dans le sens du n° 3 de l'article 6. || Ne seront, toutefois, pas considérées comme contraires à l'ordre public les marques qui contiennent, avec l'autorisation des pouvoirs compétents, la reproduction d'armoiries, de décorations ou d'insignes publics. || Il est entendu qu'une marque ne pourra être considérée comme contraire à l'ordre public pour la seule raison qu'elle n'est pas conforme à quelque disposition de la législation sur les marques, sauf le cas où cette disposition elle-même concerne l'ordre public. || Le présent Protocole de clôture, qui sera ratifié en même temps que l'Acte conclu à la date de ce jour, sera considéré comme faisant partie intégrante de cet Acte, et aura même force, valeur et durée. || En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé le présent Protocole.

Fait à Washington, en un seul exemplaire, le deux juin 1911.

Unterschriften.

Nr. 14503. **DEUTSCHES REICH.** Denkschrift an den Reichstag zu Nr. 14502.

Berlin, 29. Nov. 1912.

Denkschrift.

Artikel 14 der Pariser Übereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums vom 20. März 1883 bestimmt, daß die Übereinkunft periodischen Revisionen unterzogen werden soll, um Verbesserungen herbeizuführen, die geeignet sind, das System des Verbandes zu vervollkommnen, und daß zu diesem Zwecke der Reihe nach in einem der vertragschließenden Staaten Konferenzen zwischen den Delegierten dieser Staaten stattfinden sollen. || Die ersten Konferenzen wurden abgehalten 1886 in Rom und 1890 in Madrid, indessen wurden die dort gefaßten Beschlüsse nicht ratifiziert. Die nächste Konferenz fand 1897 und 1900 in Brüssel statt. Sie verfolgte hauptsächlich den Zweck, die Bestimmungen des Unionsvertrags über die Prioritäts-

fristen der Patentanmeldungen und über den Patent-Ausführungszwang Abänderungen zu unterziehen, die den Anschluß weiterer Staaten, insbesondere Deutschlands, ermöglichen würden. Deutschland ist der Union mit Wirkung vom 1. Mai 1903 beigetreten. || Auf der Brüsseler Konferenz von 1897 hatte die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika die Verbandsländer eingeladen, die nächste Konferenz in Washington abzuhalten. Verschiedene Gründe, nicht zuletzt der Wunsch, die neue Konferenz durch eine längere und eingehende Prüfung der in Betracht kommenden Fragen vorzubereiten, haben bewirkt, daß die Konferenz erst zum Frühjahr 1911 einberufen wurde. Für die vorbereitenden Arbeiten sind besonders die Verhandlungen der Association internationale pour la protection de la Propriété industrielle und, soweit die deutschen Interessen in Betracht kommen, die Arbeiten des deutschen Vereins für den Schutz des gewerblichen Eigentums von Wert gewesen. || Die Verhandlungen der Konferenz in Washington dauerten vom 15. Mai bis 2. Juni 1911. Auf der Konferenz waren sämtliche Verbandsländer, mit Ausnahme von Serbien, vertreten, d. h.: Belgien, Vereinigte Staaten von Brasilien, Cuba, Dänemark, Deutschland, die Dominikanische Republik, Frankreich, Großbritannien, Japan, Italien, die Vereinigten Staaten von Mexiko, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, die Schweiz, Spanien, Tunis, Ungarn und die Vereinigten Staaten von Amerika. || Von Ländern, die dem Verbande nicht angehören, waren Vertreter anwesend von: Bolivia, Canada, Chile, Columbia, Costa-Rica, Ecuador, Griechenland, Haiti, Honduras, Liberia, Nicaragua, Panama, Paraguay, Peru, Persien, Rußland, Salvador, Siam, Türkei. || Den Verhandlungen lag zugrunde ein von dem Berner Bureau ausgearbeitetes, von der Regierung der Vereinigten Staaten gebilligtes ausführliches Programm. Außerdem hatten verschiedene Staaten, darunter Deutschland, besondere Vorschläge eingereicht. In der Hauptsache handelte es sich um folgende Fragen: || 1. Beseitigung des Erfordernisses von Wohnsitz oder Niederlassung für den Unionsangehörigen (Begriff der „nationaux", Artikel 2), || 2. Ausbau der Bestimmungen über das Prioritätsrecht (Artikel 4), || 3. Sicherung der Unabhängigkeit der Patente und der Marken (Artikel 4 b), || 4. Erleichterung der Ausführungspflicht für Patente und Muster (Artikel 5), || 5. Erfordernisse der Marken (sog. telle quelle-Klausel, Artikel 6), || 6. Schutz der Verbandsmarke (marque collective), || 7. Ausbau des Ausstellungsschutzes (Artikel 11), || 8. Schutz der Geschmacksmuster, || 9. Schutz gegen unlauteren Wettbewerb (Artikel 10 b), || 10. Schutz in den Kolonien und in den Konsulargerichtsbezirken. || Nicht über alle Punkte dieses umfangreichen Programms konnte die unionsrechtlich erforderliche Stimmeneinheit erzielt werden. Immerhin hat das Unionsrecht durch die

Washingtoner Konferenz in wichtigen Punkten eine Erweiterung und Verstärkung erfahren, die auch vom deutschen Standpunkt aus als erwünscht bezeichnet werden kann. Nachstehend sind die Beschlüsse der Konferenz im einzelnen ausführlich erörtert, sodann sind kurz die Fragen bezeichnet, die nicht die Zustimmung aller Verbandsländer gefunden haben. In der Anlage sind die von der Konferenz beschlossenen Wünsche wiedergegeben.

Allgemeines. Neuer Text. Gegenstand des Schutzes.

Die Pariser Akte vom 20. März 1883 und die Brüsseler Zusatzakte von 1900 sind zusammen mit den Beschlüssen der Washingtoner Konferenz zu einem einheitlichen neuen Abkommen umgestaltet worden. Die neue Akte führt den Namen Convention d'Union de Paris du 20 mars 1883 pour la protection de la propriété industrielle revisée à Bruxelles le 14 décembre 1900 et à Washington le 2 juin 1911. Sie ist einheitlich in dem Sinne, daß sie von den Verbandsländern nur als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden kann. Vorbehalte, wonach ein Land einzelne Beschlüsse der Washingtoner Konferenz annehmen, andere aber ablehnen kann, sind unzulässig. Anderseits werden die früheren Akte in den Beziehungen derjenigen Länder Geltung behalten, welche die neue Akte nicht ratifizieren werden. Die Ratifikation soll spätestens am 1. April 1913 erfolgen mit der Wirkung, daß die neue Akte einen Monat nach diesem Zeitpunkt in Kraft tritt. || Im neuen Texte sind die alten Artikelnummern beibehalten. Die neuen Vorschriften sind an entsprechender Stelle eingeschaltet und haben einen Buchstabenzusatz erhalten (Artikel 7 b usw.). Auch die Schlußprotokolle zu der Pariser und der Brüsseler Akte haben, soweit ihre Bestimmungen aufrechterhalten sind und nicht nur erläuternde Bedeutung besitzen, in dem neuen Texte Aufnahme gefunden. Einzelne Vorschriften, die wesentlich der Auslegung des Unionsrechts dienen, sind in einem neuen Schlußprotokolle niedergelegt. Die Anlage 2 enthält eine übersichtliche Zusammen- und Gegenüberstellung des neuen und des bisherigen Textes*). || Im Artikel 1 der Pariser Akte von 1883 waren die Gründungsstaaten der Union dem Namen nach aufgeführt. Dieser Artikel, der infolge des Beitritts zahlreicher neuer Länder schon längst nur historische Bedeutung besaß, ist durch die allgemeine einleitende Bestimmung ersetzt, daß die vertragschließenden Länder die Union pour la protection de la propriété industrielle bilden. Ferner ist der Ausdruck État durch den Ausdruck Pays ersetzt, welcher der Verschiedenheit der inneren Verfassung der einzelnen Länder besser entspricht. Sonst ist zu bemerken, daß entsprechend der Entwicklung des

*) Hier fortgelassen. Red.

Unionrechts und der inneren Rechte der Verbandsländer in den Artikeln 2, 4, 11 und 12 die Gebrauchsmuster und im Artikel 2 die Ursprungsbezeichnungen und die Abwehr unlauteren Wettbewerbes ausdrücklich aufgenommen, und im Schlußprotokoll einige veraltete Definitionen („Propriété industrielle", „brevet d'invention") richtig gestellt oder ergänzt worden sind.

Artikel 2 (Unionsberechtigte Personen, „nationaux").

Die Gesetzgebung einzelner Verbandsländer macht den Schutz davon abhängig, daß der Anmelder Wohnsitz oder Niederlassung im Inland besitzt. Diese Forderung kommt für den fremden Unionsangehörigen tatsächlich der Versagung des Schutzes gleich. Zwar ist in der Literatur die Auffassung vertreten, daß schon nach der gegenwärtigen Fassung der Artikel 2 bei richtiger Auslegung des Ausdrucks „nationaux" die Voraussetzung von Wohnsitz und Niederlassung von den Unionsangehörigen nicht gefordert werden kann. Indessen hat diese Auffassung nicht überall die Zustimmung der Gerichte und sonstbeteiligten Behörden gefunden. Die Konferenz hat deshalb beschlossen, im Artikel 2 ausdrücklich festzustellen, daß den Verbandsangehörigen die Verpflichtung eines Wohnsitzes oder einer Niederlassung in dem Lande, wo der Schutz in Anspruch genommen wird, nicht auferlegt werden darf. Zugleich ist im Schlußprotokoll ausgesprochen, daß diese Bestimmung auslegenden Charakter und damit rückwirkende Kraft auf die unter dem bisherigen Unionsrecht erworbenen Rechte besitzt. In dem Schlußprotokoll ist ferner klargestellt, daß die neue Vorschrift sich nur auf den materiellen Schutz, nicht auf prozeßrechtliche Verhältnisse bezieht, daß insbesondere der Vertreterzwang für den Ausländer dort, wo er besteht, nicht beseitigt ist.

Artikel 4 (Prioritätsrecht).

Durch Artikel 4 des Unionsvertrags werden für die Verbandsangehörigen gewisse prioritätische Rechte begründet. Hat ein Verbandsangehöriger in einem Verbandsland die Anmeldung eines Patents, Gebrauchsmusters, Musters oder Warenzeichens bewirkt und die gleiche Anmeldung binnen der im Artikel 4 bestimmten Fristen in einem anderen Verbandsland folgen lassen, so kann er beanspruchen, daß seine Anmeldung für die Beurteilung der Neuheit der Erfindung und des Verhältnisses der Anmeldung zu anderen Anmeldungen so behandelt wird, als sei die Nachanmeldung zur Zeit der Voranmeldung erfolgt. Diese Vorschrift ist in den einzelnen Verbandsländern verschieden ausgelegt und angewendet worden. Zweifel sind zunächst darüber entstanden, ob auch der Rechtsnachfolger des Anmelders, sei er

Verbandsangehöriger oder nicht, das Prioritätsrecht in Anspruch nehmen kann. Verschiedenheiten zeigt auch die Regelung der Formen, in denen das Prioritätsrecht geltend zu machen ist. Während nach der deutschen Rechtsübung die Unionspriorität nicht sofort bei der Anmeldung, sondern erst dann begehrt zu werden braucht, wenn sich ergibt, daß der Zeitpunkt der Anmeldung unter dem Gesichtspunkt der Neuheit der Erfindung oder der Kollision der Anmeldung mit anderen Anmeldungen für die Erteilung des Schutzes wesentlich ist, wird in anderen Ländern verlangt, daß in allen Fällen das Prioritätsrecht ausdrücklich sofort bei der Nachanmeldung geltend zu machen ist. Verschieden wird auch die Frage beantwortet, welche Nachteile sich an das Unterlassen der Geltendmachung des Prioritätsanspruchs bei der Anmeldung knüpfen. Schließlich bestehen Meinungsverschiedenheiten darüber, ob dem Gebrauchsmuster, wie es das deutsche und das japanische Recht kennen, die zwölfmonatige Frist des Patents oder die viermonatige Frist des Musters gebührt. || Von der Konferenz in Washington ist diese letztere Frage, entsprechend dem deutschen Wunsche, im Sinne der Gleichstellung des Gebrauchsmusters mit dem Patent entschieden worden. Dem Gebrauchsmuster steht also der Regel nach die zwölfmonatige Frist zur Verfügung. Nur dann, wenn das Gebrauchsmuster in einem anderen Verbandsland nicht als Patent oder Gebrauchsmuster, sondern, wie es z. B. nach englischem Rechte unter Umständen möglich ist, als Muster angemeldet wird, soll die Frist, wie auch sonst bei Mustern, vier Monate betragen. || Ferner ist ausgesprochen, daß auch der Rechtsnachfolger des Patent-, Muster- oder Zeichenanmelders die Priorität aus der Anmeldung begehren kann. Dabei ist jedoch die Frage, ob der Rechtsnachfolger Verbandsangehöriger sein muß, nicht entschieden, die Regelung vielmehr wegen der Verschiedenheit der Rechtsverhältnisse, die sich an den Begriff der Rechtsnachfolge knüpfen, dem inneren Rechte überlassen. || Bei der Frage der Geltendmachung des Prioritätsrechts wurde auf der Konferenz davon ausgegangen, daß es dem Interesse der durch die Anmeldung betroffenen gewerblichen Kreise nicht entspricht, wenn der Zeitpunkt der Geltendmachung der Priorität dem Belieben des Anmelders überlassen bleibt, zumal dadurch auch der über die Nachanmeldung entscheidenden Behörde Schwierigkeiten erwachsen. Vielmehr soll der Anmelde verpflichtet sein, die Priorität im Verfahren über die Nachanmeldung ausdrücklich in Anspruch zu nehmen. Dieser Grundsatz wurde im einzelnen folgendermaßen durchgeführt: Der Anmelder soll bei der Nachanmeldung eine Erklärung über Zeit und Land der früheren Anmeldung abgeben. Der inneren Gesetzgebung bleibt es vorbehalten zu bestimmen, bis zu welchem Zeitpunkt spätestens die Erklärung erfolgt sein muß, und welche

Rechtsfolgen sich an die Unterlassung knüpfen, wobei jedoch höchstens der Verlust der Priorität, nicht aber der Verlust des Anspruchs auf das Patent ausgesprochen werden darf. Im übrigen ist noch bestimmt, daß zum Nachweis der Voranmeldung zunächst nur gewisse näher bezeichnete Urkunden — unter Vorbehalt der Nachbringung weiterer Beweisstücke im amtlichen Prüfungs- oder im Streitverfahren — verlangt werden dürfen, und daß die Prioritätsangaben bei den die Anmeldung betreffenden Veröffentlichungen bekanntzugeben sind.

Artikel 4 b (Unabhängigkeit der Patente).

Auch die Vorschrift über die Unabhängigkeit der Patente bedurfte der Klarstellung und Ergänzung. Übereinstimmung besteht zwar darüber, daß der Bestand eines Patents durch den vorzeitigen Verfall des in einem anderen Verbandsland genommenen Patents, d. h. im Falle des Verzichts, des Erlöschens wegen unterlassener Gebührenzahlung, der Zurücknahme, der Vernichtung usw. nicht beeinträchtigt wird. Dagegen ist in einzelnen Verbandsländern der Zweifel aufgetreten, ob der Grundsatz der Unabhängigkeit, namentlich bei Patenten mit Prioritätsanmeldung, auch auf den Fall des Ablaufs der normalen Dauer des Patents Anwendung findet. Die neue Fassung stellt fest, daß die Unabhängigkeit beide Fälle trifft, daß also die Dauer des Patents sich nach der eigenen Anmeldung richtet. || Die Vorschrift ist nicht ohne Vorbehalte angenommen worden. Aus den Verhandlungen ist folgendes hervorzuheben. Die Italienische Regierung hat ohne Widerspruch seitens der übrigen Vertretungen erklärt, daß die Vorschrift des Artikel 4 b auf die besonders gearteten Einführungspatente des italienischen Rechtes, sofern sie unabhängig von der unionsrechtlichen Prioritätsfrist beansprucht sind, keine Anwendung findet. Ferner ist von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika der Auffassung Ausdruck gegeben, daß diejenigen Patente, welche in den Vereinigten Staaten noch unter der Herrschaft des 1897 revidierten Gesetzes von 1874 erteilt worden sind, durch die neue Vorschrift nicht betroffen werden.

Artikel 6 (Erfordernisse der Marken).

Die Zunahme des Warenhandels und der gesteigerte Wettbewerb im internationalen Verkehre haben die Bedeutung des internationalen Markenrechts mehr und mehr hervortreten lassen. Anderseits hat die seitherige Fassung des Artikel 6 in Verbindung mit der Vorschrift in Nr. 4 des Schlußprotokolls schon seit langer Zeit sich als lückenhaft erwiesen und zu weitgehenden Verschiedenheiten in der Auslegung und Rechtsanwendung geführt. Die Frage der Abänderung des Artikel 6 gehörte daher in erster

Linie zu den Aufgaben der Washingtoner Konferenz. || Nach der grundsätzlichen Bestimmung im Artikel 6 Abs. 1 soll jede in dem Ursprungslande vorschriftsmäßig hinterlegte Marke „so wie sie ist“ (telle quelle) in allen anderen Verbandsländern zur Hinterlegung zugelassen und geschützt werden. Dieser Grundsatz hat durch die Bestimmung in Nr. 4 des Schlußprotokolls eine einschränkende Erläuterung dahin erfahren, daß die telle quelle-Klausel nur die Form der Marke betrifft. In der Würdigung und Anwendung der materiellen Zurückweisungsgründe gegenüber der fremden Marke soll also das innere Recht der Verbandsländer freie Hand behalten. Es hat nicht ausbleiben können, daß die Frage, welche Umstände die Form und welche die sonstigen Voraussetzungen der Schutzfähigkeit der Marke betreffen, in den einzelnen Ländern verschieden beantwortet worden ist. Schon auf der Unionskonferenz von Brüssel 1897 wurde der Versuch einer Klarstellung unternommen, jedoch konnte damals eine Verständigung nicht erzielt werden. Auf der Washingtoner Konferenz ist durch neue Vorschriften die erwünschte Einheitlichkeit der Rechtsübung in der streitigen Frage gesichert und gleichzeitig eine sachgemäße Weiterbildung des materiellen Markenrechts herbeigeführt worden. Die Regelung ist in der Weise geschehen, daß neben der bisherigen Vorschrift des Artikel 6 unter Streichung des Schlußprotokolls diejenigen Fälle im einzelnen aufgeführt sind, in welchen die fremde Marke von der Eintragung zurückgewiesen oder nach der Eintragung gelöscht werden kann. Diese Behandlungsweise entspricht dem inneren Rechte der meisten Länder. Die Zurückweisungs- und Löschungsgründe selbst sind nach den Grundsätzen der Länder mit Vorprüfung der Marke geregelt und gleichen fast vollständig denen des deutschen Rechtes. Hervorzuheben ist im Hinblick auf die deutschen Verhältnisse folgendes: || Als zulässiger Zurückweisungsgrund ist unter Nr. 2 an erster Stelle aufgeführt, daß der Marke jede Unterscheidungskraft (tout caractère distinctif) fehlt. Damit aber dieser Grundsatz in der Rechtsübung nicht zu einer dem redlichen Markenverkehre nachteiligen Auslegung verleite, hat man ausdrücklich ausgesprochen, daß bei der Würdigung der Unterscheidungskraft allen tatsächlichen Verhältnissen, insbesondere dem etwaigen längeren Gebrauche der Marke, Rechnung zu tragen ist. || In Nr. 3 des neuen Textes ist die Bestimmung des bisherigen Rechtes wiederholt, daß Marken, die den guten Sitten oder der öffentlichen Ordnung widersprechen, nicht eingetragen werden sollen. Als Beispiel eines Verstoßes gegen die öffentliche Ordnung war in dem bisherigen Schlußprotokolle l'usage des armoiries publiques et des décorations angeführt. Diese Bestimmung ist durch die Aufnahme der insignes publics und der signes et poinçons officiels de contrôle et de garantie erweitert worden. In die

erstere Klasse sind z. B. die nationalen Fahnen, in die letztere die Stempel für Gold- und Silbergeräte zu rechnen. Weiter ist im Schlußprotokolle zum Ausdruck gebracht, daß die Verwendung eines Wappens usw. in der Marke nur dann ein Hindernis für die Eintragung der Marke bilden soll, wenn die Genehmigung des Wappenberechtigten fehlt. Dieser Grundgedanke war schon bisher in anderen Verbandsländern anerkannt. Er wird künftig auch für Deutschland Geltung gewinnen, woselbst nach der bisherigen Rechtsübung auch im Falle der Zustimmung des Wappenberechtigten zur Führung des Wappens die Marke von der Eintragung ausgeschlossen wird. Damit würde für das ganze Verbandsgebiet der Rechtszustand hergestellt werden, den Deutschland bereits in den Übereinkommen mit Österreich und mit Ungarn vom 17. November 1908 (Reichs-Gesetzbl. S. 655 und 659) diesen Ländern gegenüber zugestanden hat. || Schließlich ist auf den letzten Satz des Schlußprotokolls zu Artikel 6 hinzuweisen. Es war bei der bisherigen Auslegung des Artikel 6 vereinzelt die Auffassung vertreten, daß der Begriff der „öffentlichen Ordnung" im weitesten Sinne zu verstehen sei und daß deshalb eine fremde Marke schon dann zurückgewiesen werden könne, wenn sie irgendeiner Vorschrift der inneren Markengesetzgebung widerspreche. Es ist einleuchtend, daß eine solche Auslegung unrichtig ist, da sie das Unionsrecht mittelbar außer Kraft setzt. Um ihr für die Zukunft vorzubeugen und eine einwandfreie Ausführung der neuen Vorschriften des Artikel 6 sicherzustellen, ist bestimmt worden, daß unter dem Gesichtspunkt der öffentlichen Ordnung das innere Markenrecht nur insoweit Anwendung finden soll, als es Vorschriften enthält, die in sich selbst, d. h. außerhalb der rein markenrechtlichen Seite, eine Forderung der öffentlichen Ordnung darstellen.

Artikel 7 b (Verbandsmarken).

Neben den Marken, die von einer einzelnen Person, Gesellschaft oder Firma zur unterschiedlichen Kennzeichnung ihrer Waren von den Waren anderer benutzt werden (Individualmarke), sind in den letzten Jahren mehr und mehr die Marken von Bedeutung geworden, welche von Verbänden gewählt werden, um für die Waren der einzelnen Verbandsmitglieder eine einheitliche Kennzeichnung zu ermöglichen (Verbandsmarke, marque collective). Die Verbandsmarke dient hauptsächlich dem Zwecke, eine von dem Verbande gebotene Gewähr für Güte oder sonstige Beschaffenheit der Ware durch das Zeichen nach außen hin kundzugeben. Daß der Verband selbst einen Geschäftsbetrieb besitzt, von dem aus der Verkehr mit den Waren sich vollzieht (das in Deutschland geltende Erfordernis der Indi

vidualmarke), wird für die Verbandsmarke nicht gefordert, es genügt, wenn die einzelnen Verbandsmitglieder diese Voraussetzung erfüllen. Mehrere Länder (z. B. England, Schweiz, der Staatenbund von Australien) haben die Verbandsmarke ausdrücklich durch die Gesetzgebung anerkannt, in anderen Ländern ist sie von der Praxis eingeführt. Sie entspricht der modernen genossenschaftlichen Entwicklung der Betriebsformen, indem sie zugleich an die alten, der Geschichte angehörenden Zunft- und Innungszeichen anknüpft. Der Verband kann örtlich begrenzt sein, indem er für die Erzeugnisse einer gewissen Gegend Gewähr bieten will, oder darüber hinaus einen größeren Kreis von Gewerbsgenossen umfassen, die gleiche oder gleichartige Waren vertreiben. Immer aber handelt es sich um gewerbliche Zwecke im Sinne des gemeinen Markenrechts. || Es liegt in der Natur der Sache begründet, daß die Verbandsmarke in besonderem Maße des internationalen Schutzes bedarf, da die widerrechtliche Benutzung des gemeinschaftlichen Zeichens eine schwere Verletzung von Treu und Glauben enthält. Schon auf früheren Unionskonferenzen, zuletzt in Brüssel 1897, war der Versuch unternommen, sie international zu regeln. Die Schwierigkeit der Materie ließ damals eine Verständigung nicht zustande kommen, man mußte sich in Brüssel mit dem bloßen vœu begnügen: || que les marques collectives soient protégées en même titre que les marques individuelles dans les pays de l'Union. || Inzwischen ist durch die gesetzgeberische Entwicklung in verschiedenen Verbandsländern, durch wissenschaftliche Untersuchungen und praktische Erfahrungen die Natur der Verbandsmarke näher geklärt worden. Aber auch auf der Washingtoner Konferenz sind die Schwierigkeiten nicht verkannt, die einer einheitlichen Regelung noch entgegenstehen. Es kommen in dieser Beziehung namentlich die Frage der öffentlich-rechtlichen Anerkennung des Verbandes, die Frage seiner Rechtsfähigkeit, die Abgrenzung der Befugnisse der einzelnen Genossen im Falle der Verletzung der Verbandsmarke in Betracht. Man erkannte, daß diese Fragen zum Teil so eng mit besonderen Verhältnissen der einzelnen Länder und mit Vorschriften des inneren Rechtes zusammenhängen, daß auf eine allgemein gültige Regelung des Einzelnen zur Zeit verzichtet werden muß. Daher hat man den Weg beschritten, einerseits die Verbandsländer zu dem Schutze der Verbandsmarke zu verpflichten, anderseits ihnen den Ausbau des Instituts zu überlassen. Ausdrücklich hervorgehoben ist nur, daß die Existenz des Verbandes mit den Gesetzen des Heimatstaats nicht in Widerstreit stehen darf und daß die Voraussetzung einer gewerblichen Niederlassung von dem Verbande nicht gefordert werden kann.

Artikel 8 bis 10 b (Ursprungsbezeichnungen, unlauterer Wettbewerb).

Im Artikel 9, der die Beschlagnahme fälschlich bezeichneter Waren regelt, ist der bisherige Ausdruck „pourra être saisi" durch den Ausdruck „sera saisi" ersetzt worden. Es besteht im Verkehre der Verbandsländer fortan der Grundsatz, daß die widerrechtlich mit einer falschen Bezeichnung versehene Ware überall dort, wo die Bezeichnung auf den Schutz Anspruch hat, beschlagnahmt oder nach Maßgabe des Landesrechts sonst vom Verkehr ausgeschlossen werden muß. Die in Betracht kommenden Rechtsbehelfe zählt der neue Text nach dem Vorbild des Madrider Abkommens über die falschen Ursprungsbezeichnungen im einzelnen auf. Dem Fremden stehen hierbei grundsätzlich diejenigen Rechtsbehelfe zur Seite, welche das heimische Recht dem Inländer gewährt. Die Verpflichtung zum Einschreiten besteht sowohl dort, wo die falsche Bezeichnung aufgebracht wird, als auch in dem Lande der Einfuhr. Zum Antrag auf Beschlagnahme sollen im Verkehre der Verbandsländer nicht nur Einzelpersonen, sondern auch Gesellschaften nach Maßgabe der Vorschriften des inneren Rechtes befugt sein. || Im Artikel 10 b war seither vorgeschrieben, daß die Verbandsangehörigen in allen Verbandsstaaten den den Staatsangehörigen gegen den unlauteren Wettbewerb zugesicherten Schutz genießen sollen. Diese Vorschrift hat eine bemerkenswerte Erweiterung dahin erfahren, daß die Verbandsländer sich verpflichten, den Verbandsangehörigen einen wirksamen Schutz (une protection effective) gegen den unlauteren Wettbewerb zu gewähren. Anträge, gewisse wichtigere Fälle des unlauteren Wettbewerbes besonders namhaft zu machen, stießen auf Widerspruch. Übereinstimmung bestand anderseits darüber, daß es den Unionsländern freisteht, ob sie den Schutz durch Spezialvorschriften oder durch eine allgemeine Rechtsklausel sicherstellen wollen, wie sie dem französischen und anderen Gesetzen eigentümlich ist.

Artikel 16 b (Kolonien und Konsulargerichtsbarkeit).

Das bisherige Recht enthält keine Bestimmung über die Geltung des Unionsrechts in den Kolonien und über den gegenseitigen Schutz der Angehörigen in den Konsulargerichtsbezirken. || Nach dem Vorbild der Revidierten Berner Übereinkunft für den Schutz der Werke der Literatur und Kunst (Artikel 26) sind im Artikel 16 b Vorschriften über die Erstreckung der Anwendbarkeit des Unionsrechts auf die Kolonien und Besitzungen aufgenommen. || Der gegenseitige Schutz der Staatsangehörigen in den Konsulargerichtsbezirken ist bisher durch zahlreiche Einzelabkommen zwischen den verschiedenen Ländern geregelt. Die meisten dieser Abkom-

men betreffen den Verkehr in den Konsulargerichtsbezirken Chinas und beschränken sich auf den Markenschutz. Das Berner Bureau hatte beantragt, den Schutz der Konsulargerichte den Verbandsangehörigen allgemein gegenseitig zuzugestehen. Der Gedanke fand im Prinzipe Billigung, in der Fassung konnte aber die erforderliche Stimmeneinheit nicht erzielt werden. Es wurde jedoch der vœu angenommen, wonach dem Berner Bureau aufgegeben ist, den Entwurf von Vorschriften über die Einrichtung internationaler Markenregister in den Konsulargerichtsbezirken, besonders in China, aufzustellen.

Schlußbemerkungen.

Schon oben wurde bemerkt, daß von den der Konferenz vorgelegten Fragen mehrere nicht die unionsrechtlich erforderliche Stimmeneinheit gefunden haben. Hierher gehört die an die Worte „sous réserve des droits des tiers“ im Artikel 4 anknüpfende Frage, welche Bedeutung einer zwischen der Voranmeldung und der Nachanmeldung einer Erfindung eintretenden Benutzung der Erfindung durch einen Dritten beizumessen ist. Bei der eingehenden Prüfung der in den beteiligten Kreisen seit Jahren viel erörterten Streitfrage ergaben sich noch so starke Meinungsverschiedenheiten sowohl sachlicher wie juristischer Natur, daß von einer Entscheidung der Kontroverse abgesehen werden mußte. || Während der Grundsatz der Unabhängigkeit der Patente im Unionsrecht schon auf der Brüsseler Konferenz Anerkennung gefunden hatte, ist die, allerdings erst in den letzten Jahren hervorgetretene Frage der Unabhängigkeit der Marken durch Beseitigung der auf der sogenannten akzessorischen Natur des Markenrechts gegründeten Beschränkungen nicht erledigt worden. Die große Mehrzahl der Staaten hat sich zwar der namentlich von Deutschland, Österreich, England und den Vereinigten Staaten von Amerika vertretenen Auffassung angeschlossen, daß die fremde Marke auch ohne den Nachweis des Schutzes im Heimatstaate zum Schutze in den anderen Verbandsstaaten zuzulassen sei, von der Minderheit wurden jedoch teils grundsätzliche teils wirtschaftliche Bedenken erhoben, so daß man zu einer Einigung nicht gelangte. Die Angelegenheit dürfte zu denjenigen gehören, deren Lösung von einer späteren Konferenz zu erwarten ist. || Von dem Ausbau der Bestimmungen über den Ausstellungsschutz (Artikel 11) wurde abgesehen. Wenn auch dem von England gestellten Antrag, den Artikel 11 wegen der geringen praktischen Bedeutung des internationalen Ausstellungsschutzes überhaupt zu streichen und die Regelung der Materie dem freien Ermessen der Verbandsländer zu überlassen, nicht beigepflichtet wurde, so mußte doch auf die weitere Erörterung der Frage wegen des geringen ihr entgegengetragenen Interesses verzichtet werden. Artikel 11 ist hiernach, abgesehen von der schon oben

erörterten Einbeziehung der Gebrauchsmuster in den Ausstellungsschutz, unverändert geblieben. || Auch in der Frage des Ausführungszwanges für patentierte Erfindungen und für Muster hat das Unionsrecht keine Änderung erfahren. Angesichts der von der neueren englischen Gesetzgebung getroffenen Regelung haben die in der Frage des Patentausführungszwanges interessierten Staaten, wie zu erwarten war, auf der Washingtoner Konferenz an ihrer bisherigen Auffassung festgehalten. Deutschland hat den Standpunkt seines neuen Gesetzes, betreffend den Patentausführungszwang, vom 6. Juni 1911 (Reichs-Gesetzbl. S. 243), das gegenüber Staaten, die den Ausführungszwang zur Anwendung bringen, die Möglichkeit der Vergeltung gewährt, auf der Konferenz mit Nachdruck hervorgehoben. Auf dem Gebiete des Musterrechts waren die Aussichten für eine Verständigung im Sinne der Beseitigung des Ausführungszwanges günstiger. Jedoch ist auch in diesem Punkte von einer unionsrechtlichen Regelung, etwa im Wege einer Union restreinte, wozu Artikel 15 des Unionsvertrags die Handhabe geboten hätte, abgesehen worden. Jedenfalls lag für Deutschland aus praktischen Rücksichten auf dieser Konferenz kein Anlaß vor, sich zu einer unterschiedlichen Behandlung der Ausführungspflicht für Erfindungen und für Muster auf dem Boden des Unionsrechts bereit finden zu lassen. Die Frage des Abschlusses von Sonderverträgen kann wie bisher von Fall zu Fall vorbehalten werden. || Der unionsrechtliche Schutz der Geschmacksmuster hat auf der Konferenz von Washington eine Erweiterung nicht erfahren, obwohl darüber Einverständnis herrschte, daß nicht nur der internationale, sondern in vielen Ländern auch der heimische Musterschutz den Bedürfnissen des aufstrebenden Kunstgewerbes nicht entspricht. Von der Französischen Regierung war der Antrag gestellt, eine internationale Musterhinterlegung einzurichten. Die Verhandlungen ergaben, daß die Verwirklichung eines solchen Planes noch weiterer Vorarbeiten bedarf. Die Konferenz beschränkte sich darauf, die in der Anlage unter II mitgeteilten vœux auszusprechen. || Entsprechend einer Einladung der Niederländischen Regierung ist beschlossen worden, die nächste Konferenz im Haag abzuhalten.

Anlage 1.

Voeux.

La Conférence de Washington émet les vœux suivants:

I.

Que le Bureau international mette à l'étude un projet d'arrangement ayant pour but d'assurer la simplification des formalités relatives aux demandes de brevets.

II.

a) Que, dans chaque pays de l'Union, la protection des dessins et modèles industriels soit rendue facilement accessible. || b) Que le Bureau international entre en rapport avec les Administrations des pays de l'Union, en vue d'élaborer un projet d'enregistrement international des dessins et modèles, et fasse les démarches nécessaires pour amener la conclusion d'un arrangement international.

III.

Que le Bureau international mette à l'étude la question de savoir s'il ne serait pas possible de trouver un système de classification uniforme pour l'enregistrement international des marques, lequel puisse être adopté par tous les pays de l'Union en vue de l'enregistrement international par classes.

IV.

Que le Bureau international mette à l'étude un projet tendant à créer dans les territoires où il existe une juridiction consulaire, notamment en Chine, un registre permettant d'assurer la protection légale des marques devant les tribunaux consulaires, sans obligation d'un dépôt dans le pays dont dépend le tribunal saisi.

Anlage 3.

Madrider Abkommen,

betreffend die Unterdrückung der falschen Herkunftsangaben auf Waren, vom 14. April 1891.

Artikel 1.

Jedes Erzeugnis, das eine falsche Herkunftsangabe trägt, in welcher einer der Vertragsstaaten*) oder ein in einem derselben gelegener Ort direkt oder indirekt als Ursprungsland oder Ursprungsort angegeben wird, ist bei der Einfuhr in jeden der genannten Staaten zu beschlagnahmen. || Die Beschlagnahme kann auch in dem Staate erfolgen, in dem die falsche Herkunftsangabe angebracht, oder in demjenigen, in den das mit dieser falschen Angabe versehene Erzeugnis eingeführt worden ist. || Wenn die Gesetzgebung eines Staates die Beschlagnahme bei der Einfuhr nicht zuläßt, so ist diese Beschlagnahme durch die Verhinderung der Einfuhr zu

*) Zurzeit gehören diesem engeren Verband an: Brasilien, Cuba, Frankreich, Großbritannien, Portugal, Schweiz, Spanien und Tunis.

Das Deutsche Reich ist diesem Abkommen nicht beigetreten.

ersetzen. || Wenn die Gesetzgebung eines Staates die Beschlagnahme im Innern des Landes nicht zuläßt, so ist diese Beschlagnahme durch die Akte und Mittel zu ersetzen, die das Gesetz dieses Staates in solchem Falle den Staatsangehörigen gewährt.

Artikel 2.

Die Beschlagnahme hat entsprechend der inneren Gesetzgebung jedes Staates auf Ansuchen entweder der Staatsanwaltschaft oder einer beteiligten Partei, Einzelperson oder Gesellschaft zu erfolgen. || Die Behörden sind nicht gehalten, die Beschlagnahme im Falle einer Durchfuhr zu bewirken.

Artikel 3.

Die vorliegenden Bestimmungen bilden kein Hindernis dafür, daß der Verkäufer auf den aus einem anderen als dem Verkaufslande stammenden Erzeugnissen seinen Namen oder seine Adresse angibt; in diesem Falle muß aber der Adresse oder dem Namen noch das Land oder der Ort der Herstellung oder Erzeugung genau und in deutlichen Buchstaben beigefügt sein.

Artikel 4.

Die Gerichte eines jeden Landes haben zu entscheiden, welche Benennungen wegen ihres allgemeinen Charakters den Bestimmungen der vorliegenden Vereinbarung nicht unterliegen. Die Lagenbezeichnungen, betreffend die Herkunft von Erzeugnissen des Weinbaues, sind jedoch in dem durch diesen Artikel gegebenen Vorbehalte nicht einbegriffen.

Artikel 5.

Die der Union für den Schutz des gewerblichen Eigentums angehörigen Staaten, welche dem gegenwärtigen Abkommen nicht beigetreten sind, werden auf ihren Antrag, und zwar in der durch den Artikel 16 der Übereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums vom 20. März 1883 festgesetzten Form, zum Beitritt zugelassen.

Revidierte Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst vom 13. November 1908.

(Reichs-Gesetzbl. 1910 S. 965.)

Artikel 26.

Die Verbandsländer haben jederzeit das Recht, dieser Übereinkunft für ihre Kolonien oder auswärtigen Besitzungen beizutreten. || Zu diesem Behufe können sie entweder eine allgemeine Erklärung abgeben, nach

welcher alle ihre Kolonien oder Besitzungen in den Beitritt einbegriffen sind, oder diejenigen besonders benennen, welche darin einbegriffen, oder sich darauf beschränken, diejenigen zu bezeichnen, welche davon ausgeschlossen sein sollen. || Diese Erklärung soll schriftlich der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft und von dieser allen übrigen Regierungen bekanntgegeben werden.

Übereinkommen zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich sowie Ungarn, betreffend den gegenseitigen gewerblichen Rechtsschutz, vom 17. November 1908.

(Reichs-Gesetzbl. S. 655 und 659.)

Artikel 3 Abs. 1 und 2.

Öffentliche Wappen aus den Gebieten des einen vertragschließenden Teiles werden in den Gebieten des anderen Teiles nicht als Freizeichen angesehen werden. Dies gilt auch für solche Ausführungen der Wappen, welche Abweichungen von der amtlichen Ausführungsform aufweisen, sofern trotz dieser Abweichungen Verwechselungen im Verkehre zu erwarten sind. || Warenzeichen, welche solche Wappen als Bestandteile enthalten, soll, sofern diese Wappen nachweisbar berechtigterweise von dem Anmelder in dem Warenzeichen geführt werden, in den Gebieten des anderen Teiles die Eintragung in die Zeichenrolle (das Markenregister) wegen Führung solcher Wappen nicht versagt werden können.

Nr. 14504. **DEUTSCHES REICH.** Die bisherige Entwicklung und Tätigkeit des Internationalen Landwirtschaftsinstituts in Rom.

(Bericht des deutschen Delegierten beim Institut, Wirkl. Geheimen Ober-Regierungsrats Dr. Mueller in Rom). Dem Deutschen Reichstage vorgelegt.

Berlin, 29. Januar 1913.

Von der Entwicklung und Tätigkeit des seit 1908 bestehenden Internationalen Landwirtschafts-Instituts in Rom weiß man in deutschen Kreisen nicht viel. So ist man auch schwer in der Lage zu prüfen, ob die Urteile, die man sich bei der Begründung dieses Instituts über seine Bestimmung und seine Zweckmäßigkeit gebildet hatte, sich als berechtigt oder nicht vielmehr durch die tatsächliche Entwicklung sich als unhaltbar herausgestellt haben. || Das Auftreten von Vorurteilen darf nicht verwundern. Die erste Anregung zur Begründung des Instituts fiel scheinbar ohne jede vorangegangene Bewegung, ohne vorangegangene Fühlungnahme und Verständigung in die landwirtschaftlichen Kreise hinein, so

daß man den Eindruck gewinnen konnte, als ob aus einer Laune heraus und ohne ein wirklich vorliegendes und klar erkanntes Bedürfnis etwas Neues und — wie man vielfach wohl glauben mochte — recht Überflüssiges geschaffen werden sollte. Die recht allgemein gehaltene Zweckbestimmung des zu begründenden Instituts in dem an die Regierungen der Welt gerichteten Einladungsschreiben war geeignet, die Überraschung und die Zweifel zu verstärken. Aber doch trat der Gedanke nur scheinbar unvermittelt und unvorbereitet auf, und auch das Bedürfnis war schon bisher in manchen Zügen erkennbar zum Ausdruck gelangt. Um an deutsche Verhältnisse zu erinnern, so war die langjährige Beteiligung an den internationalen statistischen Kongressen, in denen unausgesetzte Bemühungen auf die Verbesserung, Vereinheitlichung und Verbreitung der landwirtschaftlichen Statistik gerichtet wurden, war die Veranstaltung und Teilnahme an besonderen internationalen agrarstatistischen Kongressen und besonders diejenige an den internationalen landwirtschaftlichen, sei es allgemeinen, sei es auf Spezialgebiete sich beschränkenden Kongressen ein Ausdruck des Bedürfnisses nach internationaler Verständigung und nach international organisierter gemeinsamer Arbeit. Das Gleiche konnte aus den wiederholt zustande gekommenen Vereinigungen zur Anbahnung von internationalen Verständigungen behufs gemeinsamer Bekämpfung verbreiteter Pflanzenkrankheiten gefolgert werden. Auch die Einrichtung der landwirtschaftlichen Sachverständigen ist ein Ausdruck ähnlichen Bedürfnisses. Sie sollten, ebenso wie die in anderen Ländern eingerichteten besonderen Informationsbureaus, Studien anstellen über die Entwicklung und Fortschritte der Landwirtschaft in fremden Ländern und sollten so eine dauernde Verbindung mit diesen Ländern herstellen, um durch Bekanntgabe alles Neuen und Wissenswerten aus fremden Landen für die eigene Landwirtschaft befruchtend zu wirken. Ganz besonders kennzeichnete sich das Bedürfnis durch die Ende der neunziger Jahre eingeleitete und später in Berlin erfolgte Begründung eines internationalen Bureaus für die Entwicklung und Feststellung der Getreidepreise. Auch schwebte schon damals der Gedanke an die Begründung eines internationalen Bundes der landwirtschaftlichen Genossenschaften, der noch während der Begründung des internationalen Landwirtschaftsinstituts sich auch verwirklichte. || Alle solche vereinzelten Versuche internationaler Orientierung und Zusammenfassung waren Zeichen und Ausfluß des Geistes unserer Zeit und des Bedürfnisses, auf allen Gebieten herauszutreten aus der Isolierung der privaten und individuellen, in die Form der vergesellschafteten zunächst nationalen, aber immer mehr in das Internationale übergreifenden Tätigkeit, ein Geist, der auch der Landwirtschaft nicht fremd geblieben ist.

So hätte man wohl die geplante Begründung des Instituts, welches auf allen erwähnten Gebieten tätig sein sollte und später auch tätig geworden ist, als das zeitgemäße Mittel zur Einigung aller bereits vorhandenen Bestrebungen, deren jede einzelne einem Bedürfnis entsprach, erkennen müssen. Aber erst später ist sie unter diesem Gesichtspunkt beurteilt worden, nachdem sich schon Vorurteile mancher Art festgenistet hatten. || Zu der Verstärkung solcher Vorurteile trug dann in der weiteren Entwicklung bei, daß das Institut unter Ausschluß aller die frei tätigen Kräfte in der Landwirtschaft zusammenfassenden Organisationen als reines Staatsinstitut in das Leben gerufen wurde. Damit schien das Gespenst schwerfälligen Bureaukratismus aufzusteigen, von dessen internationaler Zusammenfassung man sich eher die Ertötung als die lebendige Ausgestaltung des dem Plane der Institutsgründung an sich wohl zugrunde liegenden gesunden Gedankens glaubte versprechen zu müssen. Hinter diesem Gespenst trat die Erinnerung daran völlig zurück, daß es doch internationale staatliche Aktionen bisher allein gewesen waren, welche wissenschaftlicher oder praktischer Initiative auf wichtigen Gebieten zum Leben verholfen hatten. Es genügt, an das Zustandekommen der Reblauskonvention, der Konvention zum Schutze nützlicher Vögel, der Brüsseler Zuckerkonvention zu erinnern. So hätte man doch auch der Furcht vor bureaukratischer Schwerfälligkeit das Schwergewicht gegenüberstellen müssen, das darin gelegen war, daß hinter dem zu gründenden Institut die Autorität und das praktische Können und Vermögen der Regierungen stehen würden, dessen Fehlen den bisherigen privaten Anregungen auf internationale Zusammenarbeit und Verständigung meist den Erfolg versagt hatte. || Die Bedenken und Zweifel haben die Begründung des Instituts nicht behindert. Es ist eine der größten internationalen Vereinigungen ins Leben gerufen, eine gemeinsame Unternehmung, an der jetzt schon über 50 Staaten — man kann sagen die gesamte Kulturwelt — beteiligt ist, ein Institut ganz neuen und eigenartigen Charakters, in dem sich diplomatische, wissenschaftliche, wirtschaftliche und technische Funktionen vereinigt haben zur Förderung gemeinsamer Interessen der Welt-Landwirtschaft. Seit fünf Jahren ist es tätig, ein Zeitraum, lang genug, um beurteilen zu können, ob Organisation und wirkliche Arbeit des Instituts, ob seine ganze Entwicklung sich so gestaltet haben, daß die Zweifel, Befürchtungen und Vorurteile bestätigt wurden, oder ob nicht vielmehr aller Grund vorhanden ist, die ursprüngliche Be- und Verurteilung einer Berichtigung zu unterziehen. || Mit Absicht hat das Ständige Komitee, dem Vertreter aller beteiligten Regierungen angehören und dem die Organisation des Instituts anvertraut war, seine Arbeit schweigsam und gewissenhaft durchgeführt, ohne jede

marktschreierische und aufdringliche Publizität. Überzeugt davon, es mit der Verwirklichung eines neuen und eigenartigen Organismus zu tun zu haben, und in der klaren Erkenntnis, daß sich aus vielfach divergierenden Ansichten und Bestrebungen und aus vielfach gegeneinander kämpfenden Interessen nur in ruhiger Arbeit und allmählich etwas in sich Einheitliches und Nützliches würde schaffen lassen, hat das Komitee langsam aber sicher in vorbereitender Arbeit dem durch die Konvention vom 7. Juni 1905 aufgestellten Plane Form und Leben gegeben. Und jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, zu prüfen, ob dieses neu geschaffene Organ nach Zweck, Arbeitsart und Arbeitsergebnissen den Absichten seiner Begründer entspricht und ob es das erwarten läßt, was seine Urheber sich von ihm versprochen — Nutzen für die allgemeine Landwirtschaft der Welt, Nutzen und Förderung auch für die landwirtschaftlichen Interessen jedes einzelnen beteiligten Landes.

I. Die Organisation des Instituts.

a) Zweckbestimmung. Konvention vom 7. Juni 1905.

In dem Schreiben, welches König Viktor Emanuel III. an den Ministerpräsidenten Giolitti am 24. Januar 1904 richtete, sind die Linien eines ganz allgemein gehaltenen Programms gezogen. „Die ländliche Bevölkerung," so hieß es darin, „im allgemeinen die zahlreichste und welche auf das Geschick der Völker überall einen starken Einfluß hat, kann doch in ihrer Isoliertheit nicht das tun, was zur Verbesserung der Kulturen und zur Verteilung ihrer Erzeugnisse entsprechend dem gegenüberstehenden Bedarf nötig wäre. Sie kann ebensowenig ihre Interessen auf dem Markte verteidigen, der für die Hauptprodukte sich mehr und mehr erweitert und ein Weltmarkt wird. || Es wäre deshalb von der größten Nützlichkeit, ein internationales Institut zu begründen, welches, fern von jeder politischen Bestrebung, sich zur Aufgabe zu stellen hätte, die Lage und Bedingungen der Landwirtschaft in den verschiedenen Ländern zu studieren und periodisch Menge und Güte der Ernten anzuzeigen, derart, daß die Produktion erleichtert, der Handel aber verbilligt und beschleunigt werde, um eine bessere und gerechtere Preisbildung zu gewinnen. || Durch Zusammenwirken mit den nationalen, für diesen Zweck geschaffenen Ämtern würde es Mitteilungen über die Lage der landwirtschaftlichen Arbeit in den verschiedenen Ländern vermitteln derart, daß die Auswanderer sich ihrer als eines sicheren und nützlichen Führers bedienen könnten. || Es würde Vereinbarungen anzubahnen haben zum Zwecke gemeinschaftlicher Verteidigung gegen die Krankheiten der Pflanzen und der Tiere, für welche lokale Maßnahmen unwirksam sind. || Es würde endlich eine geeignete Tätigkeit entfalten zur

Entwicklung des ländlichen Genossenschaftswesens, der Versicherung und des landwirtschaftlichen Kredits.“ || In dem Kongreß, welcher auf Einladung des Königs von Italien von den Regierungen von 41 Staaten beschickt wurde, erhielt dieses allgemeine Programm durch Einschränkungen sowohl wie durch Erweiterungen seine genauere Fassung. Entsprechend der Betonung des Hauptgedankens, Fürsorge für eine angemessenere Verteilung und Preisbildung der landwirtschaftlichen Haupterzeugnisse zu treffen, erteilte man dem Institut als Hauptaufgabe alle auf die Preise der im Weltverkehr stehenden landwirtschaftlichen Erzeugnisse regulierend einwirkenden authentischen Informationen über Produktion und Handel zu sammeln, zu bearbeiten und zeitgerecht zu veröffentlichen. Aufklärung der Produktion, des reellen Handels und des Konsums über den wahren Stand der Dinge und die Schaffung einer wirksamen Kontrolle gegen falsche oder ungenaue Informationen des Marktes wurden zum hervorragendsten Ziel der Institutsarbeit bestimmt. || Weiter sollte über die gesamte sonstige landwirtschaftliche Produktion aus der Pflanzen- und Tierwelt, alle einschlägigen Handels- und Konsumverhältnisse und über alle für die Entwicklung der Landwirtschaft wichtigen Grundlagen wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Art genaue und fortlaufende Informationen ermittelt und weiter verbreitet werden. Als besonders zu pflegende Gebiete wurden durch die Konvention bestimmt: || Auskunft über die landwirtschaftlich-wissenschaftliche und technische Arbeit; || Auskunft über Auftreten und Verbreitung von Pflanzenkrankheiten und die Maßregeln zu ihrer Bekämpfung; || Auskunft über die Lohnverhältnisse der ländlichen Arbeiter; || Auskunft über Organisationen, welche zur Ausbildung des Genossenschaftswesens, des landwirtschaftlichen Versicherungs- und Kreditwesens dienen, sowie allgemein über Wohlfahrtseinrichtungen zum Zwecke der Förderung der Landwirtschaft und der in ihr tätigen Bevölkerung. || Als eine Tätigkeit besonderer Art, welche auf der umfassenden Informationstätigkeit zu beruhen habe, wurde dem Institut aufgegeben, die allen Nationen gemeinsamen Interessen des landwirtschaftlichen Berufsstandes wahrzunehmen und gegebenenfalls konkrete Vorschläge zur Ergreifung gemeinsamer Maßnahmen an die Regierungen zu richten. || Dagegen wurden von der Behandlung durch das Institut ausgeschlossen alle jene Fragen, welche die Sonderinteressen einzelner Staaten berühren, wie Auswanderungsfragen, Zolltarifs-, Handelsvertrags-, Veterinärangelegenheiten und dergleichen mehr. || Ausgeschlossen wurde freilich auch das in dem Briefe an Giolitti erwähnte Zusammenwirken von Staat und freien landwirtschaftlichen Organisationen. Hatte es in diesem geheißen, „daß die Vertreter der sich beteiligenden Staaten und die der großen Vereinigungen

sich nur zu vereinigen brauchten zu gemeinschaftlichem Vorgehen der staatlichen Autorität und der freien Energie derer, die das Land kultivieren", so hieß es nun durch den Beschluß in der Konferenz von 1905, daß das Institut eine Einrichtung des Staates sei. Die Autorität des Staates sollte den Auskünften der zu begründenden Informationszentrale den Charakter der vollen Unparteilichkeit und Zuverlässigkeit geben. Die Regierungen sollten den Bemühungen auf Herbeiführung internationaler Verständigungen Impuls und Richtung geben.

b) Organisatorische Grundlagen des Instituts.

Das von der Konferenz des Jahres 1905 aufgestellte Programm fand die Zustimmung von 47 Staaten durch die Ratifizierung der Konvention. In dieser wurden gleichzeitig die Hauptpunkte der Organisation festgelegt. || Ständiger Sitz des Instituts, dessen Einrichtung eine dauernde sein soll, ist Rom. || Das Institut trägt staatlichen Charakter. In der Wahl der Delegierten sind die beteiligten Staaten frei. || Der Generalversammlung, aus beliebig gewählten Delegierten der Konventionalstaaten gebildet, steht die Oberleitung, die Budgetbewilligung und die Beschlußfassung über die ihr nach Vorbereitung durch das Permanente Komitee vorgelegten Fragen zu. || Dem Permanenten Komitee, in welchem jeder Staat durch einen ständigen Delegierten vertreten ist, ist die Exekutive übertragen. Unter seiner Aufsicht und direkten Leitung aber nach den Weisungen der Generalversammlung wird die materielle Arbeit geleistet. || In der Generalversammlung ebenso wie im ständigen Komitee verfügt jeder Staat über so viel Stimmen, als der Gruppe entspricht, in welche einzutreten er sich entschieden hat. || Die Übertragung der Vertretung eines oder mehrerer Staaten auf einen Delegierten eines andern Staates ist zulässig, sofern nicht dadurch die Zahl der ständigen Mitglieder unter 15 sinkt. Von diesem Rechte haben bis jetzt Gebrauch gemacht Algier und Tunis durch Übertragung auf den französischen; Australien, Kanada, Britisch-Indien, Neuseeland, Mauritius und die südafrikanische Union durch Übertragung auf den englischen Delegierten; Erithrea und Somaliland durch Übertragung auf den ägyptischen Delegierten und Luxemburg durch Übertragung auf den belgischen Delegierten. Das stärkste Stimmrecht besitzt infolge dieser Kumulierung der englische Delegierte mit 20 Stimmen gegen 5 Stimmen, die ihm als englischen Delegierten nur zukommen würden. || Die Unterhaltung des Instituts geschieht durch Beiträge der beigetretenen Staaten. Es sind fünf Gruppen gebildet. Jeder Staat wählt selbst die Gruppe, der er beitreten will; nach dieser richtet sich sowohl sein Stimmverhältnis im Institut wie seine Beitragspflicht, wobei jedoch die Beitragspflicht in einem

stärkeren Verhältnis steigt als die Stimmenzahl. || Als Beitragseinheit sind 2500 Franken jährlich festgelegt; für die ersten beiden Jahre soll jedoch dieser Höchstbetrag 1500 Franken sein.

Das angenommene Verhältnis ist:

Gruppe	Stimmen	Beitragseinheiten
I	5	16
II	4	8
III	3	4
IV	2	2
V	1	1

Die Konvention, deren wesentlichster Inhalt im Vorangegangenen wiedergegeben wurde, ist bisher von 50 Staaten ratifiziert worden. Von diesen gehören an der Gruppe I: 16, der Gruppe II: 4, Gruppe III: 2, Gruppe IV: 13, Gruppe V: 15. || Die Gesamtsumme der Beiträge beläuft sich in jeder der fünf Gruppen:

I	auf	256	Beitragseinheiten	zu	1500 Frs.	=	384 000 Frs.
II	„	32	„	„	1500 „	=	54 000 „
III	„	8	„	„	1500 „	=	12 000 „
IV	„	26	„	„	1500 „	=	39 000 „
V	„	15	„	„	1500 „	=	22 500 „
				Total	. . .		511 500 Frs.

Hierzu tritt der fortlaufende Beitrag Sr. Majestät des Königs von Italien in der Höhe von 300000 Lire (auf diese Höhe sind die Einkünfte der beiden Domänen Tombolo und Coltano, welche dem Institut zur Verfügung gestellt wurden, normiert). || Es ergibt sich eine Gesamteinnahme von 811500 Frs. Eine Steigerung der Beitragssumme der Staaten bis zur Höhe von 842500 Frs. ist durch die Konvention vorgesehen, so daß das Institut für die Zukunft auf eine Maximaleinnahme von 1142000 Frs. rechnen kann. Bisher hat das Institut mit der Mindesteinnahme zu wirtschaften vermocht; eine Erhöhung wird aber bereits jetzt als Bedürfnis empfunden. || Die Beiträge der Staaten sind erst seit der mit der Konstituierung des Permanenten Komitees erfolgten Eröffnung des Instituts im Mai 1908 aufgebraucht worden. Dagegen sind die durch Königliche Munifizenz bereit gestellten Beiträge in der Höhe von je 300000 Lire bereits seit dem Monat Juli 1905 geleistet worden, dank deren dem Institut in einem neuen für diese Zwecke gebauten Palast in der Villa Umberto I ein ständiges und glänzendes Heim geboten werden konnte. Wenn dieses Gebäude auch als Königliches Eigentum reserviert bleibt, so ist seine ausschließliche und ständige Nutzung dem Institut doch gesichert.

c) Die innere organisatorische Ausgestaltung.

Durch die Konvention vom Jahre 1905 war dem Institut die materielle Grundlage gesichert und der äußere Rahmen für seine Tätigkeit gegeben; seine Organisation war nur in den Grundzügen festgelegt. Aufgabe des Permanenten Komitees war es zunächst, diesen Rahmen auszufüllen und der internationalen Informationszentrale, die ohne Vorgang dastand, ein organisch gegliedertes Statut zu geben, das ihr ermöglichen sollte, im Sinne ihrer Begründer zu funktionieren. Dieser Aufgabe, die um so schwieriger war, als das Institut ohne Beispiel war und als ihre Lösung einer aus sehr heterogenen und bisher nie in Berührung gekommenen Elementen zusammengesetzten Körperschaft oblag, widmete sich das Komitee nach seinem am 23. Mai 1908 erstmals erfolgten Zusammentreten. Der ersten Generalversammlung Ende 1908 konnte ein Statut vorgelegt werden, welches aus den Geschäftsordnungen für die Generalversammlung und das Permanente Komitee, den Bestimmungen für die innere Organisation und einer Dienstpragmatik für die Beamten und das Personal des Instituts bestand. Das Statut wurde mit unwesentlichen Änderungen von der ersten Generalversammlung genehmigt. Auch das vom Permanenten Komitee für die Jahre 1908 und 1909 vorgelegte Budget wurde geprüft und genehmigt. Es haben sich im Laufe der nächsten Jahre bei der praktischen Erprobung des Statuts gewisse Änderungen als notwendig erwiesen, die im Jahre 1912 zu einer wesentlichen Umgestaltung führten. Damit kann aber die organisatorische Arbeit in der Hauptsache als abgeschlossen gelten. || Die Hauptpunkte des Statuts legen die innere Organsiation nunmehr so fest: || Die Dienstsprache ist die französische. || Die Generalversammlung hat die oberste Leitung; sie bestätigt die auf die Organisation und die inneren Funktionen des Instituts sich beziehenden Vorlagen. Sie stellt die Gesamtziffern der Ausgaben fest, kontrolliert und genehmigt die Rechnungen. Sie unterbreitet den Regierungen alle Abänderungen, welche eine Vermehrung der Ausgaben oder eine Erweiterung der Attribute des Instituts zur Folge haben könnten, zur Genehmigung. Sie stellt den Termin ihrer Sitzungen fest. || Generalversammlungen fanden in den Jahren 1909, 1910 und 1911 statt. Die nächste Generalversammlung soll im Jahre 1913 stattfinden, und man rechnet damit, daß fortab für die Regel der Zusammentritt in zweijährigen Perioden stattfindet. || Das Permanente Komitee, dem unter der Oberleitung und Kontrolle der Generalversammlung die Exekutive übertragen ist, hat neben der Oberleitung der Institutstätigkeit die Ausführung der Beschlüsse der Generalversammlung und die Vorbereitung der ihr zu machenden Vorlagen zu besorgen. || Es versammelt sich mindestens einmal im Monat, wenn erforderlich, zu mehrtägigen Sitzungen, vertagt

sich aber für die Regel während der Monate Juli — September. Es hat seine Funktionen in folgender Weise geregelt bezw. geteilt: || Der Präsident des Permanenten Komitees ist gleichzeitig Präsident des Instituts. Er vertritt das Institut nach außen, er zeichnet alle Akte, welche das Institut rechtlich verpflichten, er weist die Ausgaben an und zeichnet alle den Regierungen oder den Delegierten vorzulegenden Dokumente. Dem Präsidenten liegt die Überwachung der Geschäftstätigkeit des Instituts und der Ausführung der Beschlüsse des Permanenten Komitees ob. Er beruft und leitet die Sitzungen des ständigen Komitees. || Bisher ist als Präsident des Instituts der italienische Delegierte gewählt worden. Der erste Präsident bis zum Jahre 1910 war der Senator Graf Eugen Faina; seit 1910 präsidiert Marchese Cappelli. || Im Falle der Abwesenheit oder anderer Verhinderung funktioniert ein Vizepräsident, der, wie der Präsident, für die Dauer der dreijährigen Wahlperiode gewählt wird. In der ersten und der jetzt noch laufenden Wahlperiode wurde das Amt dem französischen Delegierten übertragen. || Zum Zwecke der eingehenderen Bearbeitung hat das Ständige Komitee aus seinen Mitgliedern 4 Ständige Kommissionen gebildet, entsprechend der Einteilung der für den inneren Dienst gebildeten Geschäftsabteilungen, von denen später gesprochen wird. Daneben besteht ein aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und den Vorsitzenden der 4 Kommissionen gebildetes Spezialkomitee, welches alle Fragen, die eine mehr vertrauliche Behandlung verlangen — Auswahl, Anstellung und Entlassung von Beamten, Behandlung von Disziplinarfällen u. dergl. — behandelt. || Als Sekretär des Ständigen Komitees funktioniert der Generalsekretär, erster Beamter des Instituts, der gleichzeitig Chef des administrativen und technischen Dienstes ist. Er hat die Beschlüsse des Ständigen Komitees auszuführen und ist diesem für den regelmäßigen Gang des gesamten Dienstes der verschiedenen Geschäftsabteilungen verantwortlich.

Der innere Dienst teilt sich in 4 Abteilungen und eine Unterabteilung: || I. Das Generalsekretariat für die allgemeine Verwaltung des Instituts, die Bibliotheksverwaltung und die bibliographischen Arbeiten. || II. Die agrar- und handelsstatistische Abteilung. || III. Die landwirtschaftswissenschaftliche und -technische Abteilung mit einer Unterabteilung für die Pflanzenkrankheiten. || IV. Die agrarökonomische und soziale Abteilung. || An der Spitze der I. Abteilung steht der Generalsekretär, die anderen werden durch besondere Abteilungschefs geleitet. || In den einzelnen Abteilungen arbeiten sodann Sektionschefs, Redakteure, Übersetzer, Kalkulateure, Maschinenschreiber. Außerdem besitzt das Institut das nötige Unterbeamten- und Dienerpersonal. || Grundsätzlich ist das Beamtenpersonal international zusammengesetzt, um im Institut möglichst die Arbeits-

methoden und Erfahrungen aus den verschiedenen Ländern zu vereinigen. || Von jedem Beamten wird Kenntnis der französischen Sprache verlangt; die meisten der gegenwärtigen Beamten verfügen aber über die Kenntnis mehrerer fremder Sprachen. In der letzten Zeit ist man zur Praxis übergegangen, jeden neu eintretenden Beamten zu verpflichten, sich die Kenntnis noch einer weiteren fremden Sprache zu erwerben. || Die Forderung der Sprachenkenntnis ist für ein Institut, dessen Hauptarbeit in dem Durcharbeiten und der Ausnutzung der landwirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Weltliteratur besteht, unerläßlich. Sie erschwert aber auch die Gewinnung tüchtiger Beamten. Denn nicht Sprachenkenntnis allein, sondern daneben eine spezifische Ausbildung in den verschiedensten land- und volkswirtschaftlichen Disziplinen muß verlangt werden. Es hat daher längerer Zeit und mancher, auch ungünstiger Erfahrungen bedurft, ehe es gelang, ein Beamtenpersonal zusammen zu bringen, welches den Anforderungen im wesentlichen genügte. Dem Ständigen Komitee war mit dieser Auswahl eine schwere und nicht ohne Unannehmlichkeiten und Reibungen vor sich gehende Aufgabe übertragen. Auch als im wesentlichen eine geeignete Beamtenschaft zusammengebracht war, bedurfte es noch großer Arbeit, um sie mit den in diesem neuartigen Institut zu bewältigenden Arbeiten vertraut zu machen, sie geradezu für die Zwecke des Instituts heranzuschulen und allmählich auch zu einem homogenen Beamtenkörper heranzubilden. Daß dies in jeder Hinsicht schon geglückt sei, wird man kaum erwarten können, wenn man bedenkt, daß die gegenwärtig im ganzen 95 Köpfe starke Beamtenschaft (ohne Dienstpersonal) sich zusammensetzt aus 55 Italienern, 6 Franzosen, 5 Engländern, 6 Deutschen, 5 Österreichern, 4 Ungarn, 4 Russen 4 Spaniern, 2 Portugiesen, 1 Dänen, 3 Schweizern. || Bis zum Ende des Jahres 1910 hat es gedauert, bis das Ständige Komitee im Verein mit den leitenden Beamten die innere Organisation geregelt, die Arbeitsmethoden des Instituts für seine verschiedenen Arbeitszweige festgestellt, für die Beschaffung des einschlägigen statistischen und literarischen Materials aus der ganzen Welt Sorge getragen hatte. Aber schon vorher, im Januar 1910, hatte die Aufnahme des regelmäßigen Informationsdienstes erfolgen können, nachdem die II. Generalversammlung das ihr vom Ständigen Komitee vorgelegte umfassende technische Programm gebilligt hatte.

II. Das technische Programm und die Arbeiten des Instituts.

Es ist, um einen Einblick in die Entwicklung und das Ergebnis der Arbeiten des Instituts zu erlangen, nicht erforderlich, die Anteilnahme der drei Organe — Generalversammlung, Ständiges Komitee und Bureau — getrennt zu behandeln. Bei allen einzelnen Unternehmungen erfolgt die

Vorbereitung durch das Ständige Komitee, die Beschlußfassung durch die Generalversammlung, die weitere Ausführung wieder durch das Ständige Komitee. Das Bureau ist in seinen verschiedenen Abteilungen bei Vorbereitung und Ausführung gleichermaßen tätig. Die Gesamtheit der Arbeit ist auf einheitliche Ziele gerichtet und kommt entweder in den an die Regierungen zu richtenden Vorschlägen oder in den vom Institut ausgehenden Veröffentlichungen zum Ausdruck. Die einzelnen Arbeiten sollen daher im nachfolgenden einheitlich behandelt werden.

a) Generalsekretariat, Bibliothek, Bibliographischer Dienst, Jahrbuch der landwirtschaftlichen Gesetzgebung.

Neben den Anordnungen wegen des inneren Dienstes, der Dienstordnungen für die Bureaus, des Rechnungs- und Kassendienstes und für die Hilfsämter sowie die Bibliothek werden hier die Protokolle des Ständigen Komitees und die Sitzungsberichte der Generalversammlung bearbeitet. Diese, schon jetzt eine stattliche Reihe von Bänden darstellend, sind wesentlich nur zum Gebrauch der beteiligten Regierungen und der Delegierten bestimmt, werden der weiteren Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht, sind aber für jeden sich Interessierenden erhältlich. Es haben die Protokolle des Ständigen Komitees auch nur Bedeutung für die Entwicklung der inneren Organisation, während die Sitzungsberichte der Generalversammlung eine Sammlung von Materialien enthalten, welche die Begründungen zu den an die Regierungen zu richtenden Beschlüssen und Vorschlägen darstellen und zur Beurteilung des inneren Wertes und der Absicht der Beschlüsse demnach unentbehrlich sind. || Eine Bibliothek, nach der ganzen Arbeitsbestimmung des Instituts unentbehrlich, mußte erst beschafft werden. Den Grundstock zu ihr bildeten die auf ein Rundschreiben des Präsidenten und unter werktätiger Mitwirkung der einzelnen Delegierten von den Regierungen eingesandten amtlichen und nichtamtlichen Veröffentlichungen, welche mit dem Wirkungskreise des Instituts in Zusammenhang stehen. Mit zahlreichen Körperschaften und Redaktionen von Fachzeitschriften der ganzen Welt wurden Übereinkommen zum gegenseitigen Austausch der Veröffentlichungen getroffen; daneben ging der Ankauf und das Abonnement von Werken und periodischen Veröffentlichungen, wofür das Institut im Jahre 1909 die Summe von 21104 Frcs. ausgab, während in den Jahren 1910, 1911 und 1912 dafür ein Betrag von je 40000 Frcs. ausgeworfen wurde. || Die Bibliothek empfängt zurzeit regelmäßig 2225 periodische Zeitschriften aus der ganzen Welt und in den verschiedensten Sprachen; davon deutsche 482, englische 669, dänische 21, spanische 103, französische 377, holländische 37, ungarische 35, italienische 276, norwegische 14,

polnische 15, portugiesische 45, rumänische 11, russische 53, schwedische 25, tschechische 11 und andere verschiedenster Sprachen 148. Etwas mehr als die Hälfte dieser Zeitschriften gelangt im Wege des Austauschs an das Institut. || An Werken besitzt daneben die Bibliothek zurzeit (November 1912) 25457 Bände und 23604 Broschüren. Die Bibliothek kann daher schon heute als eine der reichhaltigsten Sammlungen agrarischen Studienmaterials aus allen Teilen der Welt bezeichnet werden, auf welche mit vollem Recht das englische Ackerbauministerium, welches die Bibliothek durch einen seiner Beamten studieren ließ, die Aufmerksamkeit der englischen Fachwelt lenkte. || Auch in bezug auf ihre Organisation kann die Bibliothek als mustergültig gelten. Sie hat, wesentlich um mit bereits bestehenden internationalen Bibliotheken in Wechselverkehr zu treten und zu ihnen eine Ergänzung behufs bibliographischer Unternehmungen zu bilden, das im Jahre 1873 vom Amerikaner Devey erfundene Dezimalsystem zur Klassifizierung der Bücher angenommen, ein System, welches zudem erlaubt, mit einem verhältnismäßig beschränkten Personal das sehr reichhaltige Material zu bewältigen.

Bibliographie.

Da das Institut über ein großes bibliographisches Material auf dem Gebiete der Landwirtschaft und aller mit ihr im Zusammenhange stehenden Wissenschaften verfügt, war es naheliegend, die Frage aufzuwerfen, ob sich das Institut nicht auch mit der Herausgabe einer universalen landwirtschaftlichen Bibliographie unter Mitarbeit einer oder mehrerer internationaler bibliographischer Institutionen (Brüssel, London, Berlin) befassen solle. Diese Frage bildete einen Beratungsgegenstand der zweiten Generalversammlung im Dezember 1909. Die Generalversammlung hat jedoch auf Vorschlag des Ständigen Komitees beschlossen, die Erfüllung dieses Wunsches vorläufig zurückzustellen, wenn auch die vorbereitenden Arbeiten fortgeführt werden sollen, und den bibliographischen Dienst des Instituts zunächst auf die Bearbeitung des in der Institutsbibliothek einlaufenden Materials zu beschränken. Gleichzeitig aber beschloß die Generalversammlung, daß das Institut, um einen Beitrag zur internationalen Bibliographie zu liefern, in einer wöchentlichen Publikation die von den Bureaus des Instituts bearbeiteten bibliographischen Notizen zu veröffentlichen hat; überdies sollen, sobald die Verhältnisse es gestatten, auch die analytischen Auszüge aus den wichtigsten Werken veröffentlicht werden. Diesem Beschlusse gemäß hat die Bibliotheksleitung die Herausgabe des systematischen Bibliothekskatalogs in Angriff genommen. Der erste Band, welcher den Stand zu Ende 1909 wiedergibt, ist im September 1910 erschienen. Über-

dies wird allwöchentlich seit 1. Januar 1910 über den Zuwachs zur Bibliothek Rechenschaft abgelegt, und es werden in diesem Wochenbulletin die bibliographischen Notizen aus den eingelaufenen Fachzeitschriften, insofern sie in den Bereich des Institutsprogramms fallen, veröffentlicht. || Diese regelmäßige Veröffentlichung, die gegenwärtig in zahlreichen Exemplaren wöchentlich verbreitet wird, trägt den Titel: Bulletin bibliographique hebdomadaire. || Landwirtschaftliche Gesetzgebung. Als eine besondere Aufgabe wurde dem Generalsekretariat im Jahre 1912 die Sammlung aller auf die Landwirtschaft bezüglichen Gesetze, Verordnungen, Reglements aus allen am Institut beteiligten Staaten aufgegeben zum Zwecke der Herausgabe eines internationalen Jahrbuchs der landwirtschaftlichen Gesetzgebung. Der erste Jahrgang, enthaltend alle vom 1. Januar bis 31. Dezember 1911 herausgegebenen einschlägigen Gesetze usw., wurde im Oktober 1912 veröffentlicht. Er enthält die wichtigsten Gesetze und Verordnungen in vollem Text, andere in kurzen Auszügen, während für Gesetze und Verordnungen unwichtigerer Art oder ausschließlich lokaler Bedeutung eine einfache Titelangabe als genügend angesehen wurde. Die Materie ist in zwölf Abteilungen eingeteilt und zwar: Landwirtschaftliche und Handelsstatistik; Pflanzliche und tierische Produktion und Produktion von Düngemitteln; Landwirtschaftliche Institute und Unterrichtswesen; Pflanzenkrankheiten und Schädlinge; Genossenschafts-, Versicherungs- und Kreditwesen; Ländliches Grundeigentum und innere Kolonisation; Beziehung zwischen Kapital und Arbeit in der Landwirtschaft und landwirtschaftliches Betriebswesen im allgemeinen; Ländliche Hygiene und Feld- und Forstpolizei; Verschiedenes, nicht unter das Vorgenannte Fallendes. — Ein Sachregister und ein nach Ländern geordnetes Verzeichnis erleichtern die Benutzung dieses Jahrbuchs, welches in erster Linie für alle diejenigen bestimmt ist und Wert haben dürfte, welche für die Entwicklung und den Fortschritt auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Gesetzgebung tätig und von Einfluß sind.

b) Landwirtschaftliche und Handelsstatistik.

1. Landwirtschaftliche Produktionsstatistik*).

Die wichtigste Arbeit des Instituts wurde bisher auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Produktionsstatistik geleistet; hier wird sie auch in Zukunft geleistet werden müssen. Wenn unter den Zwecken des Instituts an erster Stelle aufgeführt wurde, Fürsorge zu treffen für eine angemessene

*) Mit dem Referat über die landwirtschaftliche Statistik hat bisher das Ständige Komitee den deutschen Delegierten Wirklichen Geheimen Oberregierungsrat Dr. Müller betraut.

Verteilung und Preisbildung der landwirtschaftlichen Haupterzeugnisse, und wenn als Mittel hierzu die Beschaffung von authentischen Informationen über die Produktion und den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten gelten muß, auf Grund deren eine Kontrolle und Abwehr falscher oder ungenauer oder tendenziöser Informationen des Marktes erfolgen könnte, so war dem Institut mit der Beschaffung solcher Informationen eines der schwierigsten Probleme gestellt. Seine Lösung hat bisher den Hauptgegenstand der Erörterung in den verschiedenen Generalversammlungen gebildet. || Es bestehen eine große Zahl regelmäßiger Veröffentlichungen, welche sich mit Schätzungen der künftigen Ernten beschäftigen; sie stützen sich zum Teil auf amtliche und halbamtliche Daten, sie schöpfen aber vorwiegend aus privaten und nicht kontrollierbaren Quellen. Diese Nachrichten sind unvollkommen, nicht selten tendenziös und bergen die Gefahr in sich, Sonderinteressen zu dienen, welche dem Gesamtinteresse der Landwirtschaft zuwiderlaufen. || Sollte das Institut solchen Nachrichten gegenüber eine Art von Kontrollfunktion ausüben, so mußte es sich selbst erst eine Unterlage für sichere, umfassendere, unparteiischere und dabei rasch erhaltbare Information beschaffen. Die landwirtschaftliche Produktion der Welt bringt nicht mit einem Schlage ihre Produktion an den Markt; die unter verschiedenen Klimaten zu verschiedenen Jahreszeiten reifenden Erzeugnisse strömen dem Markte in verschiedenen Perioden zu, so daß es schwer ist, in einem gegebenen Momente eine Bilanz aufzustellen zwischen Angebot und Nachfrage und eine Voraussicht über die Verteilung der vorhandenen Erzeugnisse für gewisse zukünftige Perioden. Nur dann, wenn man die drei Faktoren der landwirtschaftlichen Erzeugung — Anbau. Saatenstand, Ernte — überall, gleichzeitig und fortgesetzt verfolgt, und wenn man in gleicher Zeit den Verkehr der Ware beobachtet und deren letzten Bestimmungsort ermittelt, kann man eine einigermaßen sichere Grundlage für die Feststellung des Angebots, der voraussichtlichen Nachfrage und eines angemessenen Ausgleichs zwischen beiden gewinnen. || In richtiger Erkenntnis der Wichtigkeit dieser Aufgabe hatte bereits die königlich italienische Kommission für die einleitenden Arbeiten zur Begründung des Instituts noch vor dessen Konstituierung die Aufnahme eines Inventars über den Stand und den Ausbau der landwirtschaftlichen Statistik in den verschiedenen Ländern veranlaßt, um zu erfahren, was auf diesem Gebiete von den verschiedenen Staaten geleistet werde und wie weit die nach verschiedenen Systemen ermittelten Daten vergleichbar seien. Vom Institut dann übernommen und fortgeführt, wurde diese Darstellung der Organisation des agrarstatistischen Dienstes für 22 Staaten in einzelnen, für jeden Staat gesonderten Monographien und in vergleichen-

den Tabellen zusammengefaßt und im Dezember 1909 veröffentlicht*). || Eine zweite, als Ergänzung zu der erstgenannten dienende Arbeit war die Aufstellung einer Art von Inventar der Ergebnisse der Agrar-, Handels- und Konsumsstatistik für alle Länder. Dieses sollte sich erstrecken: || 1. auf die Zusammenstellung einer vergleichenden Statistik der Anbauflächen, der Ernteergebnisse und der Tierproduktion; || 2. auf die Ausarbeitung einer vergleichenden Statistik über die Einfuhr und Ausfuhr und den internationalen Verkehr mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen; || 3. auf die Feststellung der Vorräte (Stocks), des Verbrauchs und der Verwertung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. || Diese Arbeit ist wegen der großen Schwierigkeiten, die sich ihr entgegenstellten, erst zum Teil zum Abschluß gelangt. Ein erster Versuch, dessen Inhalt sich auf die landwirtschaftliche Produktion von 24 Staaten mit zahlreichen vergleichenden Tabellen erstreckte, wurde im Sommer 1910 veröffentlicht. Ein weiterer Ausbau dieser Arbeit ist in dem 1912 zum ersten Male veröffentlichten Internationalen Jahrbuch der landwirtschaftlichen Statistik, von dem später gesprochen werden soll, zu erblicken. || Als letzte vorbereitende Arbeit wurde der Generalversammlung als Handhabe für ihre Beratungen eine Zusammenstellung aller Beschlüsse der internationalen statistischen und landwirtschaftlichen Kongresse und des internationalen statistischen Instituts vorgelegt, welche sich auf die Wünsche bezüglich der Reform der land- und forstwirtschaftlichen Statistik beziehen. || Auf Grund dieser Vorarbeiten arbeitete das Ständige Komitee seine der Generalversammlung von 1910 zu unterbreitenden Vorschläge aus. Die Studien hatten zu dem Ergebnis geführt, daß die amtlichen Nachrichten über Anbauflächen, Saatenstände, Ernteschätzungen und Ernteergebnisse noch sehr verschiedenartig und wenig vergleichbar waren, daß viele Länder und darunter wichtige Produktionsgebiete noch gar keine oder nur eine sehr mangelhafte Agrarstatistik besaßen, daß aber immerhin eine gewisse Grundlage für die Aufnahme dieses Teiles der internationalen Information nach dem Programm des Instituts gegeben war. || Für die Feststellung der vorhandenen Vorräte gibt es auch heute nur in sehr wenigen Ländern amtliche Erhebungen. Wohl liegen Nachrichten und Berechnungen aus privaten Quellen vor, die aber als verläßlich nicht

*) Die Arbeit „L'Organisation des services de statistique agricole dans les divers pays" umfaßte Amerika (Vereinigte Staaten), Argentinien, Belgien, Chile, Dänemark, Deutsches Reich, Frankreich, Großbritannien, Irland, Britisch Indien, Kanada, Italien, Japan, Luxemburg, Mexiko, Niederlande, Norwegen, Österreich, Ungarn, Rumänien, Rußland, Schweiz. Es ist später Schweden hinzugekommen, und augenblicklich befindet sich im Druck ein zweiter Band, umfassend Bulgarien, Spanien, Serbien, Uruguay, Peru, Nicaragua, Tunis und Australien.

angesehen werden können. Für die Informationstätigkeit des Instituts mußte dieser Teil zunächst ausscheiden. || Auch die gegenwärtige Handelsstatistik, die im allgemeinen zwar in allen Ländern funktioniert, liefert noch nicht alle Unterlagen für eine Berechnung der voraussichtlichen Überschüsse auf der einen, des voraussichtlichen Bedarfs auf der anderen Seite; namentlich fehlt eine zutreffende Feststellung der auf dem Transport befindlichen („schwimmenden") und der in den Handelszentren eintreffenden Ware. || Das Ständige Komitee kam zu dem Ergebnis, daß zunächst bezüglich der Vorrats- und Bewegungsstatistik die Studien noch weiter fortzusetzen seien, dagegen glaubte es, in der bereits vorhandenen Agrarstatistik eine genügende Unterlage zu finden, um einen, wenn auch vorläufig noch unzulänglichen Informationsdienst über die landwirtschaftliche Produktion zu beginnen. || Der Generalversammlung 1909 legte das Ständige Komitee ein Programm vor, dessen einzelne Vorschläge von ihr mit geringfügigen Abänderungen angenommen wurden und die in folgendem kurz beleuchtet werden:

1. Die Generalversammlung erachtet es für notwendig, daß der Nachrichtendienst des Instituts über Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mais, Reis und Baumwolle am 1. Januar 1910 beginnen soll. || Dem Vorschlag des Ständigen Komitees, den statistischen Informationsdienst vorläufig auf die wichtigsten sieben Agrarprodukte, welche im Weltverkehr stehen, zu beschränken, hat die Generalversammlung rückhaltlos zugestimmt. Doch haben die Delegationen einiger, zumeist überseeischer Staaten den Wunsch ausgesprochen, auch eine Reihe von anderen bedeutenden Produkten des Weltkonsums gleich jetzt in den Kreis der Erhebungen des Instituts einzubeziehen. So entstand der weiter unten angeführte Punkt 5 der Beschlüsse der Generalversammlung.

„2. Als Basis für den regelmäßigen Informationsdienst haben die landwirtschaftlichen Statistiken aller an der Konvention von 1905 beteiligten Länder zu dienen. Diese Statistiken sollten wenigstens die folgenden Punkte enthalten: || a) Periodische Nachweise der gesamten Anbaufläche und deren Verteilung auf die Hauptkategorien der landwirtschaftlichen Produkte; || b) jährliche Nachweise über die Aussaat, bezw. Anpflanzungen für die oben erwähnten Produkte; || c) Nachweise zu den verschiedenen Jahreszeiten über die Anbauflächen und die Verhältnisse, unter denen die Aussaat stattfand (Regen, Dürre, Frost u. dgl.); || d) regelmäßige monatliche Nachweise über den Saatenstand, deren Mitteilung an das Institut seitens aller Staaten zu denselben Terminen zu erfolgen hat, und gleichzeitige Mitteilungen über besondere Naturerscheinungen, Pflanzenkrankheiten, Einbrüche schädlicher Insekten u. a., wodurch der Saatenstand beeinflußt worden ist; || e) eine

den voraussichtlichen Ertrag betreffende annähernde Schätzung einen Monat vor der Ernte, in relativen oder absoluten Zahlen oder in Prozenten einer mittleren Ernte; gleichzeitig soll dieser Bericht auch Angaben über den Saatenstand im betreffenden Monat enthalten; || f) eine vorläufige Feststellung des Ernteertrags der verschiedenen Produkte; || diese ist sobald als möglich einzusenden; eine endgültige Feststellung des Ertrags der verschiedenen Produkte, so bald als möglich nach Beendigung der Ernte; wenn erforderlich, entsprechend den verschiedenen Zonen der Länder." || Dieser Punkt hat die lebhaftesten Erörterungen und Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen. Die hauptsächlichsten Einwendungen kehrten sich gegen die Forderung der annähernden Ernteschätzung einen Monat vor der Ernte. Doch trug das Argument, daß der Zweck des internationalen Informationsdienstes eben der einer wirksamen Kontrolle gegen die privaten Informationen ist und diese gerade vor der Ernte ihre die Märkte beeinflussenden Schätzungen veröffentlichen, den Sieg davon.

„3. Die Generalversammlung ersucht die Regierungen, ihren statistischen Dienst so umzugestalten bezw. einen solchen Dienst einzurichten, daß die Beantwortung der oben erwähnten Fragen für den Nachrichtendienst des Instituts ermöglicht wird; die Generalversammlung macht bezüglich der Erhebung der Daten oder bezüglich der Vereinheitlichung der schon bestehenden Dienste keinen Vorschlag, da sie der Ansicht ist, daß die anzuwendenden Methoden von den Regierungen selbst gewählt werden müssen, entsprechend den in jedem Lande herrschenden besonderen Verhältnissen. Die Generalversammlung erachtet es dagegen für nötig, daß die für den regelmäßigen Nachrichtendienst notwendigen, den Saatenstand, die Entwicklung und Ergebnisse der verschiedenen Kulturen betreffenden Nachrichten dem Institut zu denselben Terminen und in derselben Form eingesandt werden, und zwar a) die Originaldaten der Regierungen, b) die Ergebnisse der Umrechnung dieser Daten in Prozente einer mittleren Ernte für jedes einzelne Land, c) der mittlere Ertrag vom Hektar in absoluter Ziffer. || Die Generalversammlung spricht den Wunsch aus, daß die Erhebungen in jedem Lande am Monatsersten durchgeführt und am 15. dem Institut zugesandt werden, welches dann seinerseits die Nachrichten am 20. veröffentlichen wird. || Es ist äußerst wichtig, daß die vorläufigen und endgültigen Nachweisungen der Ernten dem Institute so bald als möglich nach ihrer Feststellung zur Kenntnis gelangen."

„4. Die Generalversammlung beschließt, daß, ohne die zukünftige Entwicklung der landwirtschaftlichen Statistiken abzuwarten, der regelmäßige Nachrichtendienst des Instituts am 1. Januar 1910 beginnen soll; die Generalversammlung ersucht die Regierungen, die Anfragen des Instituts

zu beantworten und zu den oben erwähnten Terminen die nötigen Informationen, betreffend die Anbauflächen, den Saatenstand, den voraussichtlichen und endgültigen Ertrag der verschiedenen Produkte einsenden zu wollen. In solchen Fällen, wo es unmöglich wäre, ziffernmäßige Nachrichten zu geben, können auch allgemeine, nur qualitative Mitteilungen eingesandt werden. In den vom Institute zu veröffentlichenden Nachrichten wird die Art der darin enthaltenen Daten ersichtlich gemacht werden."

„5. Die Generalversammlung hält es für notwendig, daß für den Nachrichtendienst des Instituts die Regierungen um Informationen betreffend Seide, Kokons, Zucker, Tabak, Kaffee, Wein, Branntwein, Oliven, Olivenöl, Heu und Vieh ersucht werden; diese Informationen sind so bald als möglich zu veröffentlichen."

„6. In Erkenntnis der Notwendigkeit, für den regelmäßigen Informationsdienst die statistischen Feststellungen über den Handel, die Vorräte, den Import und Export, sowie die im Transport befindlichen Waren zu benützen, ersucht die Generalversammlung das Ständige Komitee, die notwendigen Studien zu beginnen und zu vollenden, um über diese Fragen bei der nächsten Tagung der Generalversammlung Vorschläge zu erstatten."

„7. Die Generalversammlung ist der Ansicht, daß das Institut seine Tätigkeit so bald als möglich auf die Produktion, den Handel und den Konsum anderer wichtiger Produkte der Pflanzen- und Tierwelt ausdehnen soll und ersucht das Ständige Komitee, vorbereitende Studien über diese Fragen in Angriff zu nehmen."

Mit der Annahme dieser Beschlüsse entschied die Generalversammlung zugleich über drei grundsätzliche Fragen, die für den einzuleitenden Informationsdienst und für die Art der Mitwirkung der Regierung von Bedeutung waren. || Um einen umfassenden, regelmäßigen Informationsdienst leisten zu können, hatte das Institut den Versuch zu unternehmen, jene Länder, welche noch keine oder nur eine unvollkommene Agrarstatistik besitzen, zu bewegen, eine solche zu schaffen oder die bestehende umzugestalten unter Anwendung der Erfahrungen, welche in anderen Ländern gemacht worden sind. Sollte und durfte nun das Institut den Regierungen für die Schaffung oder die Reform der Agrarstatistik die Methoden vorschlagen? Das Ständige Komitee hatte diese Frage verneint, und die Generalversammlung stimmte dieser Ansicht zu. Man stellte sich auf den Standpunkt, daß das Institut den Regierungen wohl das praktische Ziel seiner eigenen Arbeiten vor Augen zu führen und ihnen jene Anforderungen bekannt zu geben habe, welchen entsprochen werden müßte, damit dieses Ziel erreicht werde, daß es aber ihnen bezüglich der Ausgestaltung ihrer

statistischen Organisationen Vorschriften nicht machen dürfe. Alle bisherigen Versuche einer Vereinheitlichung der Agrarstatistik, die von statistischen und landwirtschaftlichen Kongressen unternommen wurden, hatten keinen oder nur theoretischen Erfolg, und das Institut verfolgt ein praktisches Ziel. Es mußte jedem Lande überlassen bleiben, die seinen Verhältnissen entsprechende Methode anzuwenden. Nur dahin sollte gewirkt werden, daß die für den internationalen Dienst erforderlichen Daten mit der nötigen Raschheit, womöglich zu denselben Terminen und in möglichst gleichmäßiger Form dem Institut mitgeteilt würden. || Die zweite Frage war: Sind die dem Institut angeschlossenen Staaten verpflichtet, dem Institut die Informationen zu liefern und seine Anfragen zu beantworten? Diese Frage wurde bejaht, da die möglichste Unterstützung des Instituts nur als die natürliche Folge der mit der internationalen Konvention von 1905 eingegangenen Verpflichtung angesehen wurde. In diesem Sinne ist z. B. Italien sofort nach der Gründung des Instituts daran gegangen, einen den modernsten Anforderungen gerecht werdenden agrarstatistischen Dienst zu organisieren, ein Vorgehen, dem auch andere Länder inzwischen gefolgt sind. || Drittens muß man sich fragen, ob das Institut die Aufnahme seines statistischen Informationsdienstes solange aufschieben sollte, bis alle Staaten in der Lage sein würden, die geforderten Daten zur Verfügung zu stellen? Die Antwort darauf war, daß dies trotz der großen Verschiedenheit und Mängel der Agrarstatistik in den einzelnen Staaten nicht notwendig sei. Der Versuch sollte sofort unternommen werden, wenn auch vorausgesehen werden konnte, daß er nur unvollkommen und unzureichend sein würde. Um so schlagender werde der Beweis geführt werden können, daß die rationelle Reform der Agrarstatistik in den meisten Ländern eine unabweisliche Notwendigkeit sei. || Die Erfahrungen des ersten Jahres dieses Informationsdienstes ließen gewisse Aufklärungen über Sinn und Tragweite der Beschlüsse von 1909 erwünscht erscheinen. In einem zweiten der Generalversammlung von 1911 unterbreiteten Referat wurde untersucht, inwiefern der mit Januar 1910 vom Institut aufgenommene internationale produktionsstatistische Dienst seinem Zweck entsprochen hatte. Vorerst wurde konstatiert, daß zum erstenmal in den monatlichen Nachrichten des Institutes alle offiziellen statistischen Daten der Welt über Anbauflächen, Saatenstand, Ernteschätzungen und Ernteergebnisse der Öffentlichkeit in fünf Weltsprachen zugänglich gemacht wurden. Der Lage der Dinge entsprechend, konnten diese Nachrichten natürlich noch nicht sehr zahlreich sein. Immerhin hatte sich bereits gegen 1909 ein Fortschritt gezeigt, indem im August 1910 die Daten über Getreide für 12, im Oktober für 20, im Dezember für 25 Staaten vorlagen, während im Jahre 1909 erst

im November offizielle produktionsstatistische Daten für nur 13 Staaten bekannt waren. In andern Ziffern ausgedrückt, umfaßten die offiziellen Daten des August 42%, jene des Oktober 86%, jene des Dezember 92% der Getreideweltproduktion des Jahres 1910. Allerdings wird betont, daß die offiziellen Berichte, abgesehen von ihrer Unvollständigkeit, zu spät erscheinen, um jener Kontrollfunktion gerecht werden zu können, welche man von einer gut organisierten internationalen amtlichen Statistik fordern müßte. Weiter hervorgehoben wurde, daß 7 Staaten*), welche bisher keine amtliche Produktionsstatistik besaßen, dem Appell des Instituts folgend, im Begriffe seien, eine solche zu organisieren; daß nicht weniger als 22 Staaten, welche bereits eine solche Statistik besitzen, sich mit der Reform dieses Dienstes beschäftigt oder versprochen hatten, es zu tun. Unter diesen 22 Staaten waren 12, welche vor 1910 keine Ziffernoten über den Saatenstand veröffentlichten, es nun aber, und zwar nach dem System des Instituts tun**), während 5 Staaten ihre Ziffernoten auf das System des Instituts umrechnen***. || Als weiterer Fortschritt wurde angeführt, daß Preußen und Italien 1910 versuchsweise Ernteschätzungen vor der Ernte, das Deutsche Reich durch den deutschen Landwirtschaftsrat eine Konstatierung der unsichtbaren Vorräte in den Speichern der Landwirte vorgenommen hatten. Trotz der begründeten Hoffnung auf fortgesetzte derartige Verbesserungen in den einzelnen Staaten folgerte das Referat aus den bisherigen Erfahrungen, daß das Institut erst dann seiner Aufgabe würde ganz gerecht werden können, wenn nicht nur in allen Ländern eine Agrarstatistik bestehe, sondern wenn diese auch nach einem einheitlichen System eingerichtet sei. Der Generalversammlung wurden daher im Jahre 1911 neue Vorschläge unterbreitet, deren wesentlichster Teil als eine nochmalige Bestätigung der Beschlüsse vom Jahre 1909 anzusehen waren, die aber auch gewisse Erweiterungen und Ergänzungen dieser Beschlüsse enthielten. Da der Text des Punktes 3 a 2 der Beschlüsse von 1909 Anlaß zu Interpretationsschwierigkeiten in betreff der Anwendung eines einheitlichen Systems der Umrechnung der Saatenstandsnoten gegeben hatte, so wurde beschlossen, diesen Punkt der Beschlüsse durch Folgendes zu ersetzen:

Die für den Informationsdienst regelmäßig an das Institut einzusendenden Mitteilungen sind: || a) In betreff der Anbauflächen: Die im Winter

*) Brasilien, China, Costarica, Äquatorstaat, Erythrea und Italienisch Somaliland, Griechenland und Mexiko.

**) Argentinien, Belgien, Chile, Dänemark, Tunis, Australien, Neu-Seeland, Japan, Ungarn, Norwegen, Rumänien und die Schweiz.

***) Bulgarien, Vereinigte Staaten von Amerika, Luxemburg, Niederlande und Schweden.

und im Frühjahre besäten Flächen in absoluten Ziffern und in Prozenten der im Vorjahre besäten Flächen. Die Flächen, auf welchen geerntet werden wird, in absoluten Ziffern. Definitive Feststellung der Ernteflächen. || b) In betreff des Saatenstandes: || *α*) Die Originaldaten nach den in den einzelnen Ländern bestehenden Systemen. Das Institut wird auf jeden Fall die Originaldaten in einer nur diesem Zwecke gewidmeten Tabelle veröffentlichen. Sollten diese jedoch aus Ziffernoten für einzelne Zonen des Berichtslandes bestehen, so wird sich das Institut mit der betreffenden Regierung ins Einvernehmen setzen, um in einer einzigen Ziffer den Saatenstand des ganzen Landes auszudrücken. || *β*) Insolange ein einheitliches System der Feststellung des Saatenstandes von den angeschlossenen Staaten nicht angenommen ist, werden jene Regierungen, welche Ziffernoten anwenden, gebeten, gleichzeitig mit den Originaldaten dem Institut das Resultat einer Umrechnung nach dem im folgenden Punkt 7 angedeuteten Grundsatze mitzuteilen. || c) In betreff der beiläufigen Ernteschätzung einen Monat vor der Ernte: Gleichzeitig mit Saatenstandsdaten (im Original und umgerechnet) eine Ziffer, welche entweder den Hektarertrag oder die Gesamtproduktion einer bestimmten Kultur oder die Prozente des zehnjährigen Durchschnittsertrages ausdrückt. || d) In betreff der vorläufigen und definitiven Ernteergebnisse: Eine Ziffer, welche entweder den mittleren Hektarertrag oder die Gesamtproduktion einer bestimmten Kultur ausdrückt.

Wie erwähnt, hatte es die Generalversammlung von 1909 abgelehnt, den Staaten eine spezielle Erhebungsmethode vorzuschlagen. Die Generalversammlung von 1911 ging einen Schritt weiter, indem sie beschloß: || 6. Die Generalversammlung ist der Ansicht, daß ein internationaler agrarstatistischer Informationsdienst nur unter der Bedingung normal funktionieren kann, wenn die nationalen Erhebungssysteme über Ausdehnung, Stand, Entwicklung und Ergebnisse der Kulturen auf einheitlichen Grundsätzen beruhen. Sie ladet daher das permanente Komitee ein, den Staaten einen motivierten Bericht im Gegenstande mit einem Organisationsentwurf zur Begutachtung vorzulegen. Andererseits bittet die Generalversammlung die angeschlossenen Staaten, diesen Bericht der Prüfung von Fachleuten zu unterziehen, deren Bemerkungen dem Institut mitzuteilen wären, welche dann, in einem eigenen Memorandum gesammelt, der nächsten Generalversammlung zur Unterlage bei der Beratung über das Thema: „Vereinheitlichung der nationalen Erhebungssysteme über Ausdehnung, Stand, Entwicklung und Ergebnisse der Kulturen“ dienen werden. Die Generalversammlung ladet das permanente Komitee ein, das Internationale statistische Institut zu ersuchen, dieselbe Frage gelegentlich seines nächsten

Zusammentreffens zu prüfen und das Resultat seiner Beratungen dem Institut mitzuteilen. || Damit wurde die Frage der formellen und materiellen Vereinheitlichung der landwirtschaftlichen Produktionsstatistik als Problem in das Arbeitsgebiet des Instituts aufgenommen. Da aber eine Lösung dieses Problems für die nächste Zeit nicht zu erwarten war, so wurde für eine gewisse Übergangszeit der weitere Beschluß gefaßt: || 7. In Erwartung der Ergebnisse der ad 6 besprochenen Studien wird das Institut während der drei der Ernte vorangehenden Monate nach vorhergegangener Ermächtigung der Regierungen, welche ein für allemal erteilt wird, die Originaldaten über den Saatenstand in Prozente eines Standes umrechnen, welcher, vorausgesetzt, daß keine außerordentlichen Naturereignisse in der Folge eintreten, für jede Flächeneinheit ein Ergebnis verspricht, das dem mittleren Ertrag der letzten zehn Jahre entspricht. Für jene Länder, welche noch keinen zehnjährigen Durchschnitt besitzen, wird als Rechnungsgrundlage das Mittel so vieler Jahre angenommen werden, als eine gleichartige Statistik besteht. || Das Internationale statistische Institut hat inzwischen auf seiner 1911 im Haag abgehaltenen Generalversammlung die Frage behandelt, ist indessen zu einem abschließenden Ergebnis nicht gekommen. Eine engere Kommission wird im Frühjahr 1913 bestimmte Vorschläge ausarbeiten und dem Internationalen Landwirtschaftsinstitut unterbreiten. || Die Generalversammlung faßte ferner den auf eine Erweiterung des Informationsdienstes abzielenden Beschluß: || 8. Die Generalversammlung hat die Studien der statistischen Abteilung über die Produktion von Seide (Maulbeerbäume, Kokons, Seide), Zucker (Zuckerrüben, Zuckerrohr, Zucker), Wein (Trauben, Most, Wein, Branntwein), Tabak, Kaffee, Oliven- und Olivenöl, Heu, Lein und Leinöl und Mandeln zur Kenntnis genommen und konstatiert, daß vorläufig nur folgende Produkte in den monatlichen Informationsdienst aufgenommen werden können: Wein (Trauben, Most, Wein); Seide (Maulbeerbäume, Kokons, Seide); Tabak; Zucker (Zuckerrübe, Zuckerrohr, Zucker); Lein; Kaffee. Da die landwirtschaftliche Statistik selbst für diese Produkte in den meisten Ländern noch nicht genügend organisiert und ausgestaltet ist, bittet die Generalversammlung die Regierungen, diese Statistik derart zu vervollkommnen, daß die Erhebung der Anbauflächen, des Saatenstandes, des voraussichtlichen Ertrages, der vorläufigen und endgültigen Ernteergebnisse regelmäßig durchgeführt werden. In betreff der Weinbaustatistik ist die Generalversammlung der Ansicht, daß dieselbe mindestens umfassen müßte: a) eine jährliche oder mindestens fünfjährige Erhebung der Anbauflächen; b) einen Bericht über den Stand der Weingärten in der ersten Vegetationsperiode (nach der Blüte); c) einen Bericht über den Stand der Weingärten

beiläufig zwei Wochen vor der Lese; d) eine Schätzung des Ernteergebnisses (Wein oder Most), sobald als möglich nach der Lese; e) die endgültige Feststellung des Ernteergebnisses sobald als möglich. Es ist selbstverständlich, daß jene Staaten, welche in ihren monatlichen Mitteilungen über den Saatenstand auch den Weinbau berücksichtigen, die ad b und c geforderten besonderen Berichte nicht einsenden werden. || Auf Grund dieser Beschlüsse wird seit dem Januar 1910 an jedem, dem 20. des betreffenden Monats nächstliegenden Samstag das Bulletin de statistique agricole des Instituts in den fünf Sprachen (deutsch, englisch, französisch, italienisch und spanisch) herausgegeben, welches nebst kurzen, auf den Dienst sich beziehenden Nachrichten die von den Regierungen mitgeteilten Daten über Anbauflächen, Saatenstand, Ernteaussichten und Ernteergebnisse für die fünf Hauptkörnerfrüchte, für Reis und Baumwolle enthält. Seit dem Jahre 1911 ist der Dienst auf die Produkte: Wein (Trauben, Most, Wein), Seide (Maulbeerbäume, Kokons, Seide), Tabak, Zucker (Zuckerrüben, Zuckerrohr, Zucker), Lein und Kaffee erweitert worden. Ferner erscheinen seit diesem Jahre, je nach Bedürfnis, womöglich wöchentliche Nachträge zum Bulletin, welche alle Mitteilungen enthalten, die ihm von den Regierungen vor dem bezeichneten Zeitpunkte zugehen. || Eine wichtige Ergänzung, zum Teil die Grundlage zu dem agrarstatistischen Nachrichtendienst, bilden die statistischen Nachweisungen über den gesamten Anbau und die Ergebnisse der Ernten aller wesentlichen landwirtschaftlichen Produkte der Welt. Es wurde bereits erwähnt, daß als vorbereitende Arbeit seitens des Instituts eine Art von Inventar der landwirtschaftlichen Statistik bearbeitet und veröffentlicht worden war. Die Generalversammlung 1911 beschloß auf Grund eines vom Referenten ausgearbeiteten Planes, diese Arbeit zu einem international vergleichenden statistischen Jahrbuch umzugestalten, welches regelmäßig im letzten Vierteljahr veröffentlicht werden, und, soweit angängig, die Daten der Erhebungen des Vorjahrs enthalten sollte. Der erste Band dieses Jahrbuchs ist 1912 unter dem Titel „Annuaire International de Statistique agricole“ erschienen. Diese Veröffentlichung wird mit den Erweiterungen, die bereits jetzt vorgesehen sind, namentlich durch die Hinzunahme der Daten über Einfuhr, Ausfuhr und Verbrauch von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, eine sehr wertvolle Ergänzung der statistischen Literatur darstellen. Der jetzt vorliegende Band enthält in international vergleichbaren Tabellen: || 1. Oberfläche und Bevölkerung der dem Institut angeschlossenen Staaten; || 2. Verteilung der Flächen jeden Landes nach Kulturarten; || 3. Anbau- und Ernteflächen der Hauptprodukte; || 4. Erntemengen und Hektarerträge der Hauptprodukte; || 5. vergleichende statistische Nachweisung der Viehbestände. || Als Produkte sind berück-

sichtigt: Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mais, Reis, Kartoffeln, Zuckerrüben, Zuckerrohr, Trauben, Oliven, Maulbeerbäume und Kokons, Kaffee, Hopfen, Tabak, Lein und Baumwolle. Soweit dies möglich, erstrecken sich die Nachweisungen auf die letzten 10 Jahre, für 10 und 5 Jahresperioden sind jeweils die Mittelzahlen berechnet. Die Schwankungen innerhalb der einzelnen Jahre sind für alle Produkte durch Indextabellen illustriert. || Es können bereits heute erhebliche Erfolge des agrarstatistischen Dienstes des Instituts verzeichnet werden. Eine große Zahl von Regierungen und große landwirtschaftliche Körperschaften haben sich bereit erklärt, den Wünschen des Instituts bezüglich der Lieferung statistischer Daten entgegenzukommen. Wichtiger ist, daß die landwirtschaftliche Statistik durch die Anregungen des Instituts an Umfang und Wert zugenommen hat. So haben 11 Staaten, die bisher keine Anbau- und Saatenstandstatistik besaßen, darunter sehr wichtige Produktionsgebiete wie Argentinien, Belgien, Chile, Dänemark, Tunis, Australien, Neuseeland, Japan, Ungarn, Rumänien und die Schweiz, eine solche nun eingeführt. Fünf andere Länder — Bulgarien, Vereinigte Staaten von Amerika, Luxemburg, Niederlande, Schweden — reduzieren die nach ihren Systemen ermittelten Angaben auf das System des Instituts und fördern dadurch die Annäherung an eine Vereinheitlichung. Italien hat eine gut organisierte Landwirtschaftsstatistik überhaupt erst infolge der Entstehung des Instituts erhalten. In anderen Ländern, u. a. auch in Deutschland, haben die statistischen Ämter praktische Versuche unternommen, um festzustellen, wie weit sie sich den Forderungen des Instituts anpassen könnten. Von ganz besonderer Bedeutung ist, daß die russische Regierung neuerdings sich entschlossen hat, an eine Reorganisierung und Verbesserung der Landwirtschaftsstatistik heranzugehen, wodurch eine sehr fühlbare Lücke in dem Informationsnetze ausgefüllt werden wird. Bei dem großen Einfluß, den die Getreideproduktion dieses großen Gebiets auf die Preisbildung ausübt, war das Fehlen rechtzeitiger und genauer Informationen von dorther besonders fühlbar. || Die Anregungen des Instituts haben zu einer ziemlich allgemeinen Bewegung in der landwirtschaftlichen Statistik geführt, was alle bisherigen Bemühungen der internationalen statistischen und landwirtschaftlichen Kongresse nicht vermocht hatten. Ist auch das Ziel — eine einheitliche Weltproduktionsstatistik — noch nicht erreicht, so ist ein wirksamer Anstoß doch gegeben, und es besteht Aussicht, daß dieser Anstoß schließlich doch auch von Erfolg gekrönt sein wird.

2. Handelsstatistik*).

Es wurde erwähnt, daß die Generalversammlung im Jahre 1909 zu der Ansicht gelangte, daß der Informationsdienst des Instituts sich noch nicht auf die Verhältnisse des Handels, die Verfolgung der Ein- und Ausfuhr, die Feststellung der Vorräte, der „schwimmenden Ware" und die Preise erstrecken könne. Dem Auftrage, dieses Gebiet zunächst zu studieren, sind das Ständige Komitee und die Bureaus nachgekommen. Das Ergebnis der Studien wurde in einem besonderen Berichte zusammengefaßt und der Generalversammlung 1911 unterbreitet. Der Bericht untersucht auf Grund des von der statistischen Abteilung des Instituts zusammengestellten Materials, inwiefern die Möglichkeit vorhanden ist, mit dem in erster Linie für die Landwirte bestimmten internationalen Informationsdienste über die Handelsbewegung und die Preise der wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte zu beginnen. Es handelt sich hierbei darum, alle in das Gebiet des Handels fallenden erfaßbaren Elemente der Preisbildung zu verfolgen und hierüber als wichtigstes Korrelat zu den Produktionsdaten regelmäßige Mitteilungen zu veröffentlichen. Es ist wohl klar, daß sich bei Verfolgung dieses Zieles das Institut wenigstens für den Beginn eine gewisse Beschränkung wird auferlegen müssen, welche teils in der Mangelhaftigkeit der heute zur Verfügung stehenden verläßlichen Daten aus den verschiedenen Produktions- und Konsumländern, teils in der Beschränktheit der Mittel des Instituts selbst begründet ist. Vorerst wird aus naheliegenden Gründen nur der internationale Handel in Betracht gezogen werden können und innerhalb dieses Rahmens nur jene Elemente, welche den bedeutendsten Einfluß auf die Bildung des Weltmarktpreises haben und überhaupt wägbar sind. || Der Bericht bespricht der Reihe nach diese Elemente in betreff ihrer Wirkung auf das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage und stellt fest, inwiefern der heutige Stand der amtlichen Statistiken in den einzelnen Staaten genügende Daten für die Zwecke des Instituts bietet. Er gelangt zu dem Schlusse, daß das Institut die bestehenden, wenn auch unvollständigen Nachrichten über die sichtbaren Vorräte (Stocks) aus einer Reihe von Ländern für wenigstens einmal monatlich erscheinende Mitteilungen verwerten könnte, und zwar über Weizen, Roggen, Gerste und Mais. Gleichzeitig wird der Wunsch ausgesprochen, daß alle dem Institut angehörigen Staaten regelmäßige und genaue Erhebungen über die Vorräte durchführen. Ähnliches gilt bezüglich der bei den Produzenten lagernden, sogenannten unsichtbaren Vorräte, über welche

*) Das Referat der Handelstatistik wurde vom Ständigen Komitee dem russischen Delegierten, Kaiserlichem russischen Staatsrat Zabiello übertragen.

die Erhebungen heute noch viel spärlicher und mangelhafter sind als jene über die sichtbaren Vorräte. Über die reisenden Vorräte stehen heute dem Institute noch keine verwertbaren Daten zur Verfügung. Weiter befaßt sich der Bericht eingehend mit der Statistik der Ein- und Ausfuhr, welche ein sehr wichtiges Element für die Berechnung des Konsums in den einzelnen Ländern abgeben muß. Die Klagen über die Differenzen in den Ergebnissen der Zollstatistiken der einzelnen Staaten, ihre verschiedenartige Organisation, insbesondere was die Unterscheidung zwischen General- und Spezialhandel betrifft, die sich ergebenden Unterschiede in den Ziffern, betreffend die Ursprungs- und Bestimmungsländer usw., sind allgemein bekannt. Die sehr eingehenden Untersuchungen der statistischen Abteilung des Instituts in diesem Belange bezogen sich vorläufig nur auf Weizen und erwiesen die Unmöglichkeit, auch nur annähernd aus dem Vergleiche der Zollstatistiken die Ursprungs- und Bestimmungsländer festzustellen. Diese Untersuchungen werden noch vervollständigt werden und sich insbesondere beziehen auf die internationalen Verkehrslinien, das Zollregime, die Organisation des zollstatistischen Dienstes und die kritische Prüfung der zollstatistischen Daten. Sie sollen das Institut dahin führen, im gegebenen Zeitpunkt mit Vorschlägen zur Verbesserung und womöglich Vereinheitlichung der zollstatistischen Systeme hervorzutreten. Trotz der bestehenden Schwierigkeiten wird das Institut gleichzeitig mit den Daten über die sichtbaren Vorräte die Ergebnisse der internationalen Zollstatistik periodisch veröffentlichen. || Zum Schlusse befaßt sich der Bericht mit der Aufgabe des Instituts, auch die Weltmarktpreise in den Bereich seiner Informationstätigkeit zu ziehen. Diese wird sich vorläufig auf die vergleichende Zusammenstellung der auf den wichtigsten Börsen der Produktions-, Konsum- und Transitländer notierten reellen Preise eines bestimmten Wochentages, auf das metrische System reduziert (Francs per Doppelzentner) beschränken, und zwar für die fünf Hauptkörnerfrüchte und für Reis und Baumwolle nach den wichtigsten Typen für jeden Markt. || Auf Grund dieses Berichtes faßte die Generalversammlung 1911 die folgenden Beschlüsse:

„1. In Anbetracht der Notwendigkeit, die vom Institute unternommenen Studien vor Beginn des regelmäßigen, für die Öffentlichkeit bestimmten Informationsdienstes über die Handelsstatistik zu vervollständigen, wird dieser Dienst seitens des Instituts nicht vor dem 1. Juli 1912 aufgenommen werden. Inzwischen wird das Institut versuchsweise monatliche handelsstatistische Mitteilungen verfassen, welche nicht für die Öffentlichkeit, sondern nur für den Gebrauch der Regierungen und der Mitglieder des Ständigen Komitees bestimmt und ihrer Kritik während dieser Versuchs-

periode unterworfen sind. Dieser interne Dienst wird umfassen: Die statistischen Nachrichten über die sichtbaren Vorräte, die Einfuhr und Ausfuhr und die wöchentlichen Preisnotierungen der wichtigsten Produktenbörsen. Die Nachrichten über die sichtbaren Vorräte werden sich nur auf Weizen, Roggen, Gerste, Hafer und Mais, jene über Ein- und Ausfuhr und Preise überdies auch auf Reis und Baumwolle beziehen. || 2. Das permanente Komitee hat die Detailuntersuchungen über die sichtbaren und schwimmenden Vorräte und über die allgemeine Ein- und Ausfuhrbewegung mit dem Ziele zu vollenden, um Vorschläge auf Verbesserung und Vereinheitlichung der Mitteilungen auf diesen Gebieten zu erstatten. Diese Untersuchungen werden sich auf den Weizen beschränken und auch zur Prüfung der Frage dienen, ob es zweckmäßig und möglich ist, eine Kontrollmethode zur Feststellung der Aus- und Einfuhrmengen sowie der reisenden Quantitäten für jede Expedition mittels eines Begleitdokuments einzuführen, welches vom Abgangszollamt auszustellen und vom ersten Eintrittszollamt einzuziehen wäre. Eine besondere Studie wird vom permanenten Komitee über die Organisation der wichtigsten internationalen Märkte und ihre Handelsusancen unternommen werden. || 3. Die Generalversammlung spricht den Wunsch aus, daß die Regierungen ihren Nachrichtendienst über die sichtbaren Vorräte verbessern und womöglich insoweit sie ihn noch nicht besitzen, einen monatlichen derartigen Dienst einführen mögen, und zwar mindestens für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer und Mais. || 4. Die Regierungen werden weiter eingeladen, die Möglichkeit einer versuchsweisen jährlichen Erhebung der unsichtbaren (beim Produzenten eingelagerten) Vorräte der obgenannten Körnerfrüchte in Erwägung zu ziehen, welche womöglich zur Zeit der ersten Ernteschätzung, d. i. einen Monat vor Einbringung der Ernte, erfolgen sollte. Die Regierungen werden ersucht, die Resultate solcher Erhebungen dem Institute mitzuteilen, welches dieselben nur auf Ermächtigung der betreffenden Regierungen veröffentlichen würde. || 5. Das permanente Komitee hat ein besonderes Memorandum über die Vorschläge auf Schaffung von einheitlichen Grundlagen für die Zollstatistik, betreffend die Unterteilung zwischen Spezial- und Transithandel und die Verzeichnung der Einfuhren nach Herkunftsländern, der Ausfuhr nach Bestimmungsländern auszuarbeiten. Dieses Memorandum wird den angeschlossenen Regierungen vorgelegt werden, welche es der Prüfung von Fachleuten unterziehen und deren Gutachten dem Institut übermitteln mögen. Diese Gutachten werden einem der nächsten Generalversammlung vorzulegenden Berichte zur Grundlage dienen.“ || Wenn auch diese Beschlüsse im wesentlichen darauf hinausgingen, weitere Studien über die Frage der Nutzbarkeit der handelsstatistischen Daten,

der Erweiterung der Handelsstatistik selbst und ihrer Vereinheitlichung anzustellen, so würde doch ein erster praktischer Schritt auch hier durch die Einleitung eines für die Öffentlichkeit bestimmten Informationsdienstes getan. Tatsächlich hat das Institut unter dem Titel „Bulletin de statistique commerciale" vom 1. Juli 1912 ab ein neues Organ geschaffen, vorläufig allerdings zum ausschließlichen Gebrauche für die Regierungen und die Delegierten bestimmt, bis zu dem Zeitpunkte, wo er ausreichend für die Öffentlichkeit entwickelt sein würde. Dies wird am 1. Januar 1913 der Fall sein, von welchem Zeitpunkte ab die beiden statistischen Bulletins zu einem landwirtschaftlich- und handelsstatistischen Informationsorgan zusammengefaßt werden sollen. || Gleichzeitig soll auch das bereits erwähnte Internationale Jahrbuch landwirtschaftlicher Statistik durch auf den Handel — Aus- und Einfuhr-Preise — Verbrauchsberechnungen bezügliche Tabellen eine wesentliche Erweiterung erfahren. || Für beide Zweige der Statistik werden der Generalversammlung des Jahres 1913 weitere für die Ausgestaltung dieser Statistik wichtige Vorlagen zur Beschlußfassung unterbreitet werden. So verfolgt das Institut langsam, aber sicher das Ziel, ein Observatorium zu werden auf dem Gebiete der Erzeugung, der Verteilung und des Verbrauchs der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, dem keine neuauftretenden Erscheinungen entgehen können und das in der Zusammenfassung aller wichtigen Momente das Mittel gewinnt, selbst künftige Erscheinungen in ihren Anfängen und ihrer Entwickelung zu erkennen und rechtzeitig den interessierten Kreisen zu signalisieren.

c) Agrarwissenschaftlicher und technischer Informationsdienst*).

Über die Bestimmung der Aufgaben auf diesem Gebiete war man sich weder im Ständigen Komitee noch im weiteren Publikum von vornherein klar; manche recht weitgehende, auch recht unklare Erwartungen wurden gehegt. Man glaubte, hier eine Art von Weltversuchsstation entstehen zu sehen. Noch heute begegnet man der Ansicht und der Frage, ob nicht das Institut einen Komplex von Laboratorien und Versuchsstätten darstelle, in welchen, man weiß nicht recht was für Weltprobleme ihrer Lösung entgegengeführt werden sollen. || Das Ständige Komitee wurde sich bald darüber klar, daß dem Institut auf diesen Gebieten wissenschaftliche Forschungsaufgaben nicht zukommen. Vielmehr konnte hier nur die Organisation eines Informationsdienstes in Frage kommen, der aus möglichst vielseitigen Quellen zu schöpfen und objektiv zu berichten hätte. Gleichzeitig hatte eine Sammlung von Material zur Vorbereitung und Anbahnung von internationalen Übereinkommen dem allgemeinen Interesse der Landwirt-

*) Das Referat hierüber wurde dem belgischen Delegierten Mr. Bolle übertragen.

schaft zu dienen. || Erst nachdem das unumgängliche nötige literarische Material beschafft war, nachdem ein Bibliotheksdienst organisiert und die Bibliothek selbst entsprechend ausgestattet war, konnte an die Etablierung dieses Teiles des Informationsdienstes gegangen werden. Im Laufe des Jahres 1909 und 1910 wurden die Vorarbeiten so weit gefördert, daß im November 1910 das erste Heft einer als Monatsschrift gehaltenen agrartechnischen Rundschau*) erscheinen konnte. || Diese Rundschau war so gedacht, daß in der Zusammenfassung der gesamten, dem Institut zugänglichen Fachschriften und Broschürenliteratur und unter Ausnützung aller bibliographischen Notizen alles, was auf dem Gebiete der Landwirtschaftswissenschaft und der Technik als neu, wichtig und einen Fortschritt kennzeichnend angesehen werden dürfte, in Form kurzer Auszüge oder Notizen oder Anzeigen dem Publikum bekanntgegeben werden sollte. || Die Publikation sollte nach Materien eingeteilt sein, und zwar: 1. Agronomie, 2. spezielle Kulturen, 3. Tierzucht, 4. land- und forstwirtschaftliche Technologie, 5. land- und forstwirtschaftliches Bau- und Maschinenwesen, 6. Forstwesen, 7. land- und forstwissenschaftlicher Unterricht. || Die Nachforschungen und Veröffentlichungen des Instituts sollten sich sowohl auf die Entwicklung der Urproduktion selbst und das landwirtschaftliche Versuchswesen, als auch auf die mit der Land- und Forstwirtschaft in direktem Zusammenhange stehenden Industrien erstrecken. Dabei sollte auch auf die Entwicklung der land- und forstwirtschaftlichen Gesetzgebung, soweit sie auf die einzelnen Materien der Publikation Bezug hat, Rücksicht genommen werden. So würde diese synthetisch und methodisch geordnete internationale Monatsrevue ein Bild über die Entwicklung und die Neuerungen in der Land- und Forstwirtschaft der ganzen Welt bieten und es den Interessenten ermöglichen, falls nähere Informationen erwünscht erscheinen, sofort die verläßlichsten Quellen aufzusuchen. || Nebst der Herausgabe der Rundschau hat die Geschäftsabteilung für die Veröffentlichung von Monographien über spezielle Fragen ihres Ressorts auf Grund besonderer Beschlüsse des Ständigen Komitees oder der Generalversammlung zu sorgen. Der Anlaß hierzu wird sich besonders dann ergeben, wenn das Institut sich mit der Anbahnung von internationalen Abkommen im allgemeinen Interesse der Land- und Forstwirtschaft zu befassen haben wird. || Neben diesem, man kann sagen allgemeinen und öffentlichen Informationsdienste wurde gleichzeitig die Organisation eines Dienstes zum Zwecke der Beantwortung direkter und spezieller Anfragen seitens der Regierungen, landwirtschaftlicher und wissenschaftlicher Körperschaften in Aussicht

*) Bulletins des renseigments agricoles et des maladies des plantes. (Monatlich ca. 200 Seiten.)

genommen. Hierzu bedarf es selbstverständlich einer besonderen Vorbereitung in der Ansammlung und Sortierung eines weitschichtigen Materials. Die Anlage einer sogenannten Karthotek, in welcher in dokumentarischer Form für jedes Einzelgebiet fortlaufend literarische und bibliographische Notizen systematisch geordnet niedergelegt werden, wird die Grundlage dieses Dienstes, der später voraussichtlich auch Privaten zur Verfügung gestellt werden soll, bilden. || Es ist erklärlich, daß gerade für diese Tätigkeit ein Beamtenpersonal, dessen einzelne Angehörige über Sprachenkenntnis und gleichzeitig über Spezialkenntnisse in einem oder mehreren der genannten Gebiete verfügen müssen, zusammenzubringen schwierig war. Ganz ist es auch heute noch nicht gelungen, diese Schwierigkeit zu überwinden, weshalb auch dieser Zweig des Dienstes noch nicht in allen Stücken auf der Höhe ist. Unter der jetzigen Leitung eines auf diesem Gebiete erfahrenen und zielbewußten Deutschen werden aber auch diese Schwierigkeiten bald überwunden werden. || In das Gebiet der agrartechnischen Abteilung fällt weiter eine vom Institute im Sinne der ihm gestellten Aufgabe, internationale Vereinbarungen einzuleiten und vorzubereiten, bearbeitete Frage, die das als Dry Farming bezeichnete Kulturverfahren des Amerikaners Campbell betrifft. Die Verhandlung wurde auf besonderen Antrag der ungarischen Regierung aufgenommen. Wie eine umfassende Sammlung alles auf diese Frage bezüglichen Materials, welches in den Protokollen der Generalversammlung 1911 enthalten ist, zeigte, handelt es sich in der Tat um eine neue und aussichtsvolle Kulturmethode für alle Gebiete, in welchen die Kultivierung trockener Böden in Frage kommt. So ist Deutschland mit einem Teil seiner Kolonien an dieser Frage interessiert. Die Generalversammlung sprach unter Übersendung des gesammelten Materials den Regierungen den Wunsch aus, allgemein nach diesem System Versuche zu unternehmen und deren praktische Resultate dem Institut behufs Veröffentlichung mitzuteilen. || Schließlich sei noch zweier Fragen Erwähnung getan, welche auf Beschluß der Generalversammlung 1911 dem Ständigen Komitee überwiesen wurden und für welche die agrartechnische Abteilung zur Zeit die erforderlichen Vorarbeiten ausführt. Die erste bezieht sich auf den Wunsch, daß das Institut die erreichbaren Daten und Informationen über die Produktionskosten der landwirtschaftlichen Produkte in den verschiedenen Ländern sammle und im agrartechnischen Bulletin veröffentliche; die andere hat die regelmäßige Einholung von Daten, wenn angängig im Wege einer zu organisierenden offiziellen Statistik über den Verbrauch von Kunstdünger und deren Veröffentlichung im Auge. Voraussichtlich wird die Generalversammlung 1913 mit beiden Fragen wieder befaßt werden.

d) Pflanzenkrankheiten und Pflanzenschutzdienst*).

Artikel 9 der Konvention von 1905 umgrenzt die Aufgabe des Instituts auf diesem Gebiete dahin, die neuen Pflanzenkrankheiten, welche auf irgendeinem Punkte der Erde auftauchen, unter Angabe der betroffenen Gebiete, ihrer Entwicklung und womöglich ihrer Bekämpfungsmittel bekanntzumachen. Diese Bestimmung geht über den Rahmen einer Zusammenstellung aus schon der Öffentlichkeit übergebenen Publikationen hinaus. Man mußte sich daher vorerst die Frage vorlegen, ob die Voraussetzungen für die Erfüllung dieser Spezialaufgabe vorhanden sind und mit welchen Mitteln man ihr gerecht werden könnte. Einerseits ist es bekannt, daß ein Pflanzenschutzdienst heute nur in sehr wenigen Ländern eingerichtet ist, anderseits konnte man sich nicht verbergen, daß vorschnelle Veröffentlichungen über neu auftauchende Schädlinge von Kulturpflanzen schwere Gefahren für Handel und Verkehr in sich tragen könnten. Ein eigenes Referat über diese Fragen wurde, wie bereits oben erwähnt, der zweiten Generalversammlung erstattet. Diese hat die im Referate niedergelegten Grundsätze und Anträge des Ständigen Komitees mit geringen Abänderungen genehmigt. Sie lauten: || „1. Das Institut wird auf Grund von Mitteilungen der einzelnen Regierungen eine Monographie über die gegenwärtige Organisation des Pflanzenschutzdienstes veröffentlichen; || 2. das Institut wird sich an die einzelnen Konventionalstaaten mit der dringenden Bitte wenden, die Möglichkeit der Einrichtung oder Ausgestaltung des Pflanzenschutzdienstes in Erwägung zu ziehen; || 3. das Institut wird so rasch als möglich auf Grund der von den Konventionalstaaten zu liefernden Mitteilungen die Veröffentlichung der im Punkt d des Artikels 9 der Konvention vom 7. Juni 1905 bezeichneten Informationen in Angriff nehmen. || Überdies ist die Generalversammlung der Ansicht, daß neu auftretende Pflanzenkrankheiten vom wissenschaftlichen oder praktischen Gesichtspunkt aus den Gegenstand von periodischen Veröffentlichungen oder von Monographien je nach der Natur und dem Umfange der eingelaufenen Informationen bilden können. || 4. Die Generalversammlung ist der Ansicht, daß die offiziellen Publikationen des Instituts kein anderes Ziel haben können, als eine möglichst vollständige Dokumentierung von Tatsachen und die Verallgemeinerung von den Landwirten nützlichen Kenntnissen; diese Publikationen dürfen daher weder kritische Erörterungen noch auch Betrachtungen über den Wert der veröffentlichten Information enthalten.“ || Aus diesen Beschlüssen geht also hervor, daß das Institut im Sinne der von

*) Das Referat ist dem Delegierten für Erythrea, Prof. Cuboni-Rom, übertragen.

den internationalen landwirtschaftlichen Kongressen — insbesondere jenem in Wien 1907 — ausgesprochenen Wünschen, den Versuch unternehmen wird, alle Kulturstaaten zur Organisation eines phytopathologischen Aufsichtsdienstes zu bewegen, daß jedoch trotz der Mängel der heute bestehenden derartigen Einrichtungen der internationale Informationsdienst über neue Pflanzenkrankheiten aufzunehmen ist, allerdings mit der im Interesse des Handels und Verkehrs notwendigen Einschränkung auf ausschließlich direkte Mitteilung der Regierungen. || Überdies hat die Generalversammlung für den Pflanzenschutzdienst den für alle Veröffentlichungen des Instituts geltenden Grundsatz der absoluten Objektivität und Unpersönlichkeit besonders zu betonen für notwendig erachtet. Durch diese Beschlüsse der Generalversammlung ist den vielfach aufgetauchten Befürchtungen, daß der internationale Pflanzenschutzdienst des Instituts ökonomischen Interessen gefährlich werden könnte, die Spitze abgebrochen worden. || Die von hervorragender wissenschaftlicher Seite angeregte Errichtung einer oder mehrerer internationaler pflanzenpathologischer Versuchsstationen durch das Institut konnte schon mit Rücksicht auf seine Organisation nicht in Erwägung gezogen werden. || Wenn diese Beschlüsse zunächst das Programm des internationalen Pflanzenschutzdienstes einengten, so sollte damit eine weitere Entwickelung für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden. Daher wurde zunächst die Ausarbeitung der Monographie über den heutigen Stand des Pflanzenschutzdienstes in den einzelnen Staaten in Angriff genommen, um eine Grundlage und Handhabe für das weitere Vorgehen zu gewinnen. Indessen bot die Durchführung dieser Arbeit gewisse Schwierigkeiten. Eine Reihe von Staaten entsprachen der Einladung, eine Darstellung ihrer Organisationen des Pflanzenschutzdienstes zu geben, nicht. So konnte der Generalversammlung von 1911 nur ein unvollständiges Material, das freilich als Überblick über die hauptsächlichsten vorhandenen Organisationen recht wertvoll ist, unterbreitet werden. Die Arbeit[1]) erstreckt sich auf 22 Staaten. An die Ausführung des Beschlusses 2 der II. Generalversammlung konnte aber auf Grund des lückenhaften Materials noch nicht geschritten werden. || Dagegen gelangte der Beschluß 3 dadurch zur Ausführung, daß in dem Bulletin der Renseignements agricoles et Maladies des Plantes regelmäßig die wichtigsten und interessantesten Nachrichten aus den phytopathologischen Publikationen der ganzen Welt gesammelt und veröffentlicht werden. Der Inhalt dieser Sammlung zeichnet sich schon jetzt durch große Vollständigkeit aus und wird von den Phytopathologen als geeignet zur Förderung ihrer

[1]) Organisation actuelle du service de production contre les maladies des plantes et les insectes nuisibles dans les divers pays.

Studien und Bestrebungen anerkannt. || Daß sich das Institut mit solcher, wenn auch wertvollen Wiedergabe der gesamten Literatur nicht begnügen könne, war bereits durch eine dem Ständigen Komitee zum Studium überwiesene Resolution Professor Eriksons zum Ausdruck gelangt. Diese Resolution ging dahin, es möchten sich die verschiedenen Staaten, welche ein gemeinsames Interesse an der Bekämpfung bestimmter Pflanzenschädlinge haben, vereinigen, um festzustellen, ob es nicht wünschenswert wäre, ein internationales Zusammenwirken zur Ergreifung gemeinsamer Bekämpfungsmaßnahmen ins Werk zu setzen. Die Durchführung dieser Aufgabe erfordert vor allem die Aufstellung eines Programms, was natürlich den kompetenten Fachleuten überlassen werden muß. Die Generalversammlung beauftragte daher im Anschluß an die Erwägungen des Berichts das Ständige Komitee, einen Bericht auszuarbeiten, in welchem die Aufmerksamkeit der Regierungen auf die Notwendigkeit gelenkt werden soll, eine internationale pflanzenpathologische Kommission einzuberufen, um ein Programm, wenn möglich auch eine Vereinbarung zur Ergreifung internationaler Maßnahmen gegen Pflanzenschädlinge zu formulieren. Gleichzeitig ersuchte die Generalversammlung im Sinne eines besonderen Antrags der russischen Regierung die angeschlossenen Regierungen, ihre pflanzenpathologischen Stationen aufzufordern, die Resultate ihrer Arbeiten und ihrer Versuche, insbesondere jener, welche sich auf die Wirkung von Bekämpfungsmitteln gegen Pflanzenschädlinge beziehen, dem Insitute stets ohne Verzug behufs Veröffentlichung in seinen Mitteilungen zur Kenntnis zu bringen. Ein weiterer besonderer Antrag des Ständigen Komitees auf Ergreifung gemeinsamer Maßnahmen zur Bekämpfung der Kleeseide wurde von der Generalversammlung der zu bildenden internationalen pflanzenpathologischen Kommission in der Erwägung zugewiesen, daß einerseits durch Fassung eines solchen speziellen Beschlusses den Arbeiten der Kommission vorgegriffen würde, anderseits der Kleeseidefrage nicht jener universelle Charakter zukomme, der es rechtfertigen würde, gerade dieses Gebiet aus der Fülle zahlreicher ähnlicher Wünsche herauszugreifen. || Diese Beschlüsse kamen erst nach einer sehr lebhaften Erörterung zustande, aus welcher jedoch der allgemeine Wunsch zu entnehmen war, daß es endlich einer internationalen pflanzenpathologischen Kommission gelingen möge, konkrete Vorschläge zu erstatten, um ein gedeihliches Zusammenarbeiten der heute noch immer eines gemeinsamen Bandes entbehrenden Pflanzenschutzstationen der verschiedenen Länder zu erreichen. || Die Einladung ist inzwischen an die Regierungen ergangen, und es haben bereits eine Anzahl derselben sich zur Beschickung einer internationalen Konferenz bereit erklärt. Weiter hat der kürzlich in Paris vereinigte Internatio-

nale Kongreß vergleichender Pathologie in einer besonderen Sektion der Pflanzenpathologen den Zusammentritt der internationalen Kommission in Rom auf das dringendste befürwortet und die Initiative der französischen Regierung für deren Einberufung angerufen. Somit sind zwar die einleitenden Schritte für die Anbahnung einer internationalen Verständigung auf diesem Gebiet unter günstigen Auspizien erfolgt; immerhin bietet die Verwirklichung der zum Teil recht weit und recht auseinander gehenden Bestrebungen noch Schwierigkeiten genug. Ein Fortschritt ist indessen in dem bereits zu erkennen gegebenen Entschlusse der Teilnahme einer Anzahl Regierungen festzustellen. || In einem gewissen Zusammenhange mit diesem Teile der Institutsaufgaben steht die Frage des internationalen Vogelschutzes[1]), mit welchem sich die Generalversammlung 1910 ebenfalls beschäftigt hat. Ein umfassendes Referat wurde vom Ständigen Komitee vorgelegt, welches in dem Wunsche gipfelte, daß auch jene Staaten, welche sich bisher der Pariser Vogelschutzkonvention von 1902[2]) noch nicht angeschlossen haben, ihr beitreten mögen. Es erweckte großen Beifall, daß im Verlaufe der Debatte in der Generalversammlung der Delegierte Kanadas dem lebhaften Interesse der nordamerikanischen Landwirte für diese Frage Ausdruck gab und daß der erste Delegierte Rußlands erklärte, daß Rußland für den Fall einer Anpassung der Bestimmungen der Pariser Konvention an die besonderen Verhältnisse der in Betracht kommenden Gegenden voraussichtlich der Konvention beitreten werde.

Die Beschlüsse der Generalversammlung lauten: || „1. Vom Standpunkte der allgemeinen landwirtschaftlichen Interessen findet die Generalversammlung die Notwendigkeit eines erfolgreichen Schutzes der für die Landwirtschaft nützlichen Vögel besonders zu betonen. || 2. Im Hinblicke darauf, daß die Artikel 9 und 12 der internationalen Vogelschutzkonvention jedem Staate seine Aktionsfreiheit verbürgen, gibt die Generalversammlung dem Wunsche Ausdruck, daß sich alle dem Institut angehörigen Staaten der Pariser Konvention von 1902 anschließen mögen und empfiehlt die Annahme aller jener Abänderungen, welche in den besonderen Verhältnissen der verschiedenen Länder begründet sein könnten. || 3. Die Generalversammlung anerkennt die Nützlichkeit und Notwendigkeit: || a) alle zweckdienlichen Schritte bei den verschiedenen Regierungen im Interesse des vollen Erfolges und der Durchführung der Vogelschutzkonvention

[1]) Das Referat ist dem ungarischen Delegierten, Staatssekretär von Miklos, übertragen.

[2]) Dieser gehören bisher an: Österreich-Ungarn, Deutschland, Belgien, Spanien, Frankreich, Griechenland, Luxemburg, Lichtenstein, Monaco, Portugal, Schweden und die Schweiz.

zu unternehmen; || b) allen dem Institut angehörigen Staaten zu empfehlen, die Bevölkerung über die Nützlichkeit der Vögel aufzuklären, diese Kenntnisse durch die Elementarschulen und durch jedes andere den Regierungen zur Verfügung stehende Mittel zu verbreiten; || c) die Regierungen aller Vertragsstaaten zu ersuchen, dem Institut erschöpfende Mitteilungen über die Art und Weise der Durchführung der Vogelschutzkonvention, beziehungsweise über ihre besonderen Maßnahmen zum Schutze der Vögel zukommen zu lassen, damit das Institut diese Mitteilungen in einer eigenen Monographie vereinigen könne; || d) der nächsten Generalversammlung über die Resultate der unternommenen Schritte Bericht zu erstatten." || Nachdem auf Grund dieser Beschlüsse sich das Institut an die Regierungen gewandt hatte, war es in der Lage, der Generalversammlung von 1911 eine erschöpfende Darstellung der bestehenden Maßnahmen zum Schutze der für die Landwirtschaft nützlichen Vögel in 20 Staaten zu geben, aus welcher erhellt, daß auf Grund der Beschlüsse der Generalversammlung von 1909 vier weitere Staaten eine derartige Aktion eingeleitet haben. Mit Befriedigung nahm die Generalversammlung dies zur Kenntnis und beschloß, die gesammelten Materialien den Regierungen mit dem Ersuchen mitzuteilen, dem Vogelschutz besondere Aufmerksamkeit zu widmen und gegebenenfalls die nötigen Maßregeln zu ergreifen. Die nächste Generalversammlung soll über die weiteren in dieser Frage erzielten Fortschritte unterrichtet werden. Aus der Diskussion wäre hervorzuheben, daß die Delegierten einiger amerikanischer Staaten es als schwer durchführbar hinstellten, der Pariser Vogelschutzkonvention beizutreten, welche nur den Bedürfnissen europäischer Staaten entspreche, daß sie jedoch der Angelegenheit ihre volle Aufmerksamkeit widmen, wie dies die zwischen Kanada und Nordamerika abgeschlossene Vogelschutzvereinbarung beweise.

e) Agrarökonomischer Informationsdienst.

Das Organisationsstatut sieht für diese Geschäftsabteilung eine Scheidung in zwei Gruppen vor: || 1. Arbeitslöhne. || 2. Agrarsoziale und agrarökonomische Organisationen. || In der Frage der Organisation des Informationsdienstes über die landwirtschaftlichen Arbeitslöhne traten im Ständigen Komitee Gegensätze zutage. Die Konvention von 1905 setzte kurz als Aufgabe: „Bekanntgabe der landwirtschaftlichen Arbeitslöhne". Eine Gruppe von Delegierten war der Ansicht, daß sich das Institut auf Grund dieser Bestimmung nicht nur mit der einfachen Wiedergabe der Lohnstatistik aus den verschiedenen Ländern zu begnügen habe, sondern auch alle mit den sonstigen ökonomischen und sozialen Verhältnissen der Landarbeiter zusammenhängenden Fragen, als Naturalbezüge, Familien-

verhältnisse, Lebenshaltung, Ein- und Auswanderung usw., behandeln und darüber periodische Mitteilungen veröffentlichen solle. Eine andere Gruppe trat für die genaue Beobachtung der einschränkenden Bestimmung der Konvention ein. Schließlich entschied sich die große Mehrheit des Ständigen Komitees für die letztere Ansicht und behielt es einer der nächsten Generalversammlungen vor, diesem Punkte der Konvention eventuell eine weitere Auslegung zu geben. || Das Institut hat sich inzwischen über den Stand der landwirtschaftlichen Lohnstatistik in den einzelnen Ländern unterrichtet und das gesammelte Material in einer Monographie niedergelegt. Diese, nicht zur Veröffentlichung bestimmt, ist lediglich den Regierungen mitgeteilt worden. Eine weitere Ausgestaltung hat dieser Zweig des Informationsdienstes bisher nicht erhalten. || Dagegen hat die Abteilung einen umfangreichen Informationsdienst auf dem Gebiete des landwirtschaftlichen Vereins-, Genossenschafts-, Versicherungs- und Kreditwesens, sowie auf dem der agrarsozialen und ökonomischen Organisationen im allgemeinen ausgebildet. || Auch auf diesem Gebiete handelt es sich zunächst um die Ausführung vorbereitender Studien und Arbeiten, um die Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschafts-, Versicherungs- und Kreditwesens in allen Formen zu studieren und alle jene Informationen, welche bezüglich dieser Organisationen für die verschiedenen Länder von Nutzen sein können, zu sammeln und zu veröffentlichen. || Der erste Schritt zur Erfüllung dieser Aufgabe war die Beschaffung des möglichst vollständigen statistischen und literarischen Materials über alles, was bisher in den einzelnen Staaten auf diesen Gebieten geleistet worden ist. || Es war von vornherein klar, daß der für die übrigen Dienstzweige des Instituts zweckdienliche und zum Teil auch einzig zulässige Weg der Information aus ausschließlich amtlichen Quellen hier kaum mit der gewünschten Vollständigkeit und Raschheit zum Ziele führen dürfte. Insbesondere für die Organisation des regelmäßigen Informationsdienstes hätte die Einhaltung dieser Methode eine schwere Hemmung bedeutet. Schon bei der Sammlung des Materials für das Inventar über die heute bestehenden landwirtschaftlichen Organisationen hatten für manche Länder die amtlichen Quellen ganz oder zum Teil versagt. Da jedoch eine Gruppe von Delegierten der Meinung war, daß an dem Grundsatze, daß das Institut als eine Staatseinrichtung ausschließlich nur aus amtlichen Quellen schöpfen dürfe, festgehalten werden müsse, anderseits dieser wichtige Zweig der Institutstätigkeit bei allgemeiner Anwendung dieser Methode kaum Nützliches hatte leisten können, beschloß das Ständige Komitee, die Weisung der zweiten Generalversammlung darüber einzuholen, ob das Institut behufs Einholung von Informationen nicht auch mit den landwirtschaftlichen Organisationen in

direkte Verbindung treten könne. Gleichzeitig mit dieser Frage stellte das Ständige Komitee den Antrag, daß das Institut einem langgehegten Wunsche der Interessenten entgegenkomme und den Versuch unternehme, die Schaffung einer möglichst gleichartigen genossenschaftlichen Statistik in den verschiedenen Ländern anzubahnen.[1]) || Die Beschlüsse der Generalversammlung 1909 lauten dahin: || „1. Die Generalversammlung ist der Ansicht, daß die Regierungen in gewissen Fällen bestimmte Organisationen bezeichnen und sie ermächtigen können, in ihrem Namen dem Institut Informationen über eine oder mehrere der im Punkt e des Artikels 9 der Konvention von 1905 bezeichneten Angelegenheiten zu liefern. || 2. Die Generalversammlung findet, daß das Internationale Landwirtschaftsinstitut Studien über die Methode unternehmen soll, nach welcher bei den verschiedenen Regierungen die Einführung eines statistischen Systems für das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen, das die Vergleichbarkeit der Erfolge dieser Organisationen ermöglicht, angeregt werden könnte. || Das Ständige Komitee wird beauftragt, der nächsten Generalversammlung über diese Frage einen Bericht vorzulegen.“ || In Durchführung dieser Beschlüsse hat sich das Institut an alle Regierungen um Bekanntgabe jener landwirtschaftlichen Organisationen gewandt, von welchen das Institut direkte Informationen einholen könne. Von den meisten Regierungen wurde diesem Wunsche umgehend entsprochen. Es war somit die Möglichkeit geboten, bereits im September 1910 mit der Veröffentlichung einer Monatspublikation[2]) zu beginnen, welche internationale Informationen über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften aller Formen und über die nichtgenossenschaftlichen landwirtschaftlichen Körperschaften, die den Schutz und die Förderung der beruflichen und ökonomischen Interessen der Landwirte zum Ziele haben, enthält. || Die Informationen über diese beiden Organisationsgruppen beziehen sich auf die mit ihnen zusammenhängende Gesetzgebung, Mitteilungen über Neugründungen, Berichte über die Tätigkeit der Verbände und Körperschaften und über die in ihren Kongressen und Versammlungen zum Ausdrucke gebrachten Wünsche, andere Nachrichten theoretischer oder praktischer Natur, welche auf diese Organisationen Bezug haben, endlich bibliographische Mitteilungen. In dieser periodischen Veröffentlichung werden auch die statistischen Informationen über die landwirtschaftlichen Arbeitslöhne, soweit sie zur Verfügung stehen werden, Platz finden.

---

[1]) Das Referat über diese Fragen war bisher dem österreichischen Delegierten Statthaltereirat Ritter von Poppe übertragen.

[2]) Bulletin des institutions économiques et sociales. (Monatlich ca. 200 Seiten).

Die dritte Geschäftsabteilung befaßte sich ferner nebst der von der Generalversammlung beschlossenen Vorbereitung der Anbahnung einer möglichst einheitlichen Genossenschaftsstatistik auch mit dem Studium der nichtgenossenschaftlichen landwirtschaftlichen Versicherungen und des nichtgenossenschaftlichen landwirtschaftlichen Kreditwesens, und zwar sowohl des Personal- als des Realkredites, dessen Ergebnisse, insofern sie in den Rahmen der Monatsrevue passen, in dieser, sonst in eigenen Monographien sollen veröffentlicht werden. || Die ersten Hefte des Bulletin des institutions économiques et sociales enthielten im wesentlichen monographische Darstellungen über den heutigen Stand des landwirtschaftlichen Vereins-, Genossenschafts-, Kredit- und Versicherungswesens. Diese Monographien über Vereins- und Genossenschaftswesen werden in erweiterter Form in einem besonderen Bande, umfassend die Länder Deutschland, Belgien, Dänemark, Britisch Indien, Frankreich, Großbritannien und Irland, Niederlande, Norwegen, Schweden und Rußland, herausgegeben. Ein zweiter Band, die Länder Italien, Österreich, Ungarn, Kroatien und Slavonien, Vereinigte Staaten von Amerika und Spanien umfassend, wird in kurzer Zeit veröffentlicht werden. Ein dritter Band, Japan, das Ottomanische Reich, Balkanländer, Rumänien, Portugal und das lateinische Amerika umfassend, ist in der Bearbeitung. || Dem Beschlusse der Generalversammlung 1909 entsprechend, werden weiter die Vorarbeiten für die Begründung einer internationalen Genossenschaftsstatistik betrieben. Die betreffende Geschäftsabteilung bearbeitete eine eingehende Darstellung über den heutigen Stand der Genossenschaftsstatistik in Deutschland, Österreich, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Irland und Italien, welche die Grundlage für die Formulierung der Anträge des Ständigen Komittees bildete. Diese beziehen sich auf ein Minimum dessen, was die einzelnen Länder liefern müßten, um die Vergleichbarkeit der wichtigsten Erscheinungen auf dem Gebiete des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens zu ermöglichen. Das Ständige Komitee glaubte sich hierbei nicht bloß auf eine Bestandstatistik beschränken zu müssen, sondern hat auch die wichtigsten Daten einer Wirtschaftsstatistik, soweit sie erreichbar erscheinen, in seine Vorschläge aufgenommen. Mit Rücksicht auf die Verschiedenartigkeit der Spezialgesetzgebung für Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in den einzelnen Ländern, welche übrigens in einzelnen genossenschaftlich hoch entwickelten Staaten sogar mangelt, mußte zur Aufstellung einer gemeinsamen Basis für die internationale Statistik auf dem Wege einer Definition der landwirtschaftlichen Genossenschaft vom ökonomischen Gesichtspunkte geschritten werden. In betreff der Einteilung der Genossenschaften in Gruppen beschränkte sich das Ständige Komitee

in seinen Anträgen auf eine Gruppierung nach Hauptkategorien, welche in Untergruppen zerfallen werden. Es liegt selbstverständlich nicht in der Absicht des Instituts, den Regierungen die Systeme für ihre statistischen Erhebungen vorzuschreiben, sondern es beschränkt sich auf das Ersuchen um Mitteilung der für die Herstellung einer internationalen Statistik unumgänglich erforderlichen Daten. Die Generalversammlung 1911 schloß sich den Erwägungen des Berichts des Ständigen Komitees an und faßte den Beschluß, die Konventionalstaaten aufzufordern, die erforderlichen statistischen Erhebungen über die landwirtschaftlichen Genossenschaften regelmäßig durchzuführen und sie dem Institut mitzuteilen. Die in die Beschlüsse aufgenommene Definition der Genossenschaft ist folgende: || „Die Generalversammlung ist der Ansicht, daß, um den Begriff der Genossenschaft festzustellen, nicht das juridische Moment, sondern das ökonomische maßgebend sein muß, d. h. daß als Genossenschaft eine Gesellschaft anzusehen ist, welche den ökonomischen Interessen ihrer Mitglieder dienen will, indem sie deren Kapitalien und deren Arbeitsleistungen zusammenfaßt oder die Mitglieder zu gegenseitigen Leistungen verpflichtet, selbst wenn diese Gesellschaft von der Gesetzgebung der verschiedenen Staaten ihrer Form nach nicht als Genossenschaft anerkannt wird, und selbst dann, wenn diese Gesellschaft nur tatsächlich besteht, ohne in den öffentlichen Registern eingetragen oder sonst wie von den Gesetzen anerkannt zu sein.“ || Die Qualifikation als „landwirtschaftliche“ Genossenschaft wird jeder einzelnen Regierung überlassen, da über diese Frage in den verschiedenen lokalen Verhältnissen begründete Meinungsverschiedenheiten zutage getreten waren, namentlich in betreff der Anerkennung der ländlichen Konsumgenossenschaften als landwirtschaftliche Genossenschaften. || Um über die statistische Arbeit der einzelnen Regierungen zu orientieren, fand die Generalversammlung jene sechs großen Kategorien von landwirtschaftlichen Genossenschaften anzuführen für gut, welche nach dem gegenwärtigen Stande als Einteilungsbasis dienen sollten: 1. Kredit; 2. Bezug und Absatz; 3. Produktion; 4. Produktion und Absatz; 5. Versicherung; 6. Genossenschaften verschiedener Art. Die in dem Berichte noch enthaltenen Erläuterungen zu diesen Gruppierungen, dann die demselben beiliegenden Entwürfe zu den internationalen statistischen Tabellen für die Hauptgruppen und einzelnen Untergruppen wurden von der Generalversammlung zur Kenntnis genommen, ohne deren Inhalt zu einem formellen Beschluß zu erheben. Diese Erläuterungen und Tabellen werden jedoch den Regierungen als Richtschnur für ihre Erhebungen und als Beispiel für das dem Institut vorläufig in dieser Frage vorschwebende Ziel bekannt gegeben werden. || Die Stellungnahme der Regierungen zu diesen Anforderungen ist noch

nicht bekannt; zweifellos wird sich deren Verwirklichung nur sehr allmählich vollziehen.

In Verbindung mit den Arbeiten dieser Geschäftsabteilung auf dem Gebiete des landwirtschaftlichen Versicherungswesens steht ein der Generalversammlung vorgelegter Plan, den Versuch einer internationalen Verständigung in betreff der Hagelversicherung einzuleiten. || Diese Angelegenheit, welche schon häufig den Gegenstand der Beratung nationaler und internationaler Versammlungen bildete und zuletzt den internationalen Kongreß der landwirtschaftlichen Organisationen in Brüssel 1910 beschäftigte, veranlaßte das Ständige Komitee, der Generalversammlung die Frage vorzulegen, ob es nicht angezeigt wäre, einerseits durch genaue und auf gleichförmigen Grundsätzen beruhende Erhebungen in den einzelnen Staaten das Vorkommen, die Schwere und die örtliche und zeitliche Verteilung der den Stand der Kulturen beeinflussenden Hagelschläge statistisch fortgesetzt festzustellen, anderseits nach gemeinsamen Grundsätzen einzurichtende Feststellungen der durch den Hagel verursachten tatsächlichen Kulturschäden einzuführen. Auf diese Weise könnte eine feste und heute in den meisten Staaten noch mangelnde, gleichförmige und brauchbare Grundlage für die Ausgestaltung des noch sehr rückständigen Hagelversicherungswesens, insbesondere der genossenschaftlichen, geschaffen werden. Zur Beleuchtung dieser Vorschläge hatte die Geschäftsabteilung für agrarökonomische und soziale Angelegenheiten eine Denkschrift ausgearbeitet, in welchem die gegenwärtige Organisation, die Erfolge und die Systeme der Hagelversicherung in Deutschland, Österreich-Ungarn, Frankreich, Italien, Großbritannien und Irland, Rußland und der Schweiz dargestellt wurden. Diese Arbeit diente den Anträgen zur Grundlage. In der Debatte traten recht gegensätzliche Ansichten über die Durchführbarkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen zutage. Doch konnte sich die Versammlung nicht der Erwägung verschließen, daß die allgemeine Einführung einer genauen Statistik über Hagelschläge und Hagelschäden der beste und sicherste Weg sei, um die Hagelversicherung zu fördern. Die Generalversammlung beschloß daher, die Aufmerksamkeit der Regierungen auf die Notwendigkeit der Einführung eines regelmäßigen Erhebungsdienstes über die Hagelschläge und deren Schäden für die Landwirtschaft zu lenken unter Rücksichtnahme auf allgemein zu beobachtende Grundsätze. 1. Erhebung des Tages, der Tageszeit und der Dauer der die Kulturen beeinflussenden Hagelschläge; 5. Abgrenzung der geschädigten Zone und Angaben über deren topographische Verhältnisse; 3. Aufzählung aller geschädigten Kulturgattungen; 4. Maß der Anbaufläche für jede Kulturgattung; 5. Schätzung der an jeder Kulturgattung angerichteten Schäden, d. i. Verlust des Landwirts im Vergleiche

zum Werte der Ernte, falls der Schaden nicht eingetreten wäre. Ferner ersuchte die Generalversammlung die Regierungen, dem Institut alle auf die Hagelversicherung sich beziehenden administrativen, gesetzlichen oder privaten Maßnahmen mitzuteilen, worüber das Ständige Komitee einen Bericht der nächsten Generalversammlung vorzulegen haben wird. || Nicht ohne Zusammenhang mit diesem Punkte der Tagesordnung standen die der Generalversammlung von 1911 gemachten Anträge auf Organisation eines internationalen landwirtschaftlich-meteorologischen Dienstes.[1]) Ein Bericht des Ständigen Komitees griff auf die vom internationalen meteorologischen Kongresse in Rom im Jahre 1897 gefaßten Beschlüsse zurück, nach welchen die atmosphärischen Einflüsse auf die Kulturen zum Gegenstande besonderer und andauernder Erhebungen nach gemeinsamen Grundsätzen gemacht werden, der Einfluß der Kulturen auf die atmosphärischen Erscheinungen geprüft und ein regelmäßiger nationaler und internationaler meteorologischer Nachrichtendienst im Interesse der Landwirte eingerichtet werden solle. Diese Beschlüsse, obwohl sie auch späterhin in internationalen Meteorologenversammlungen wieder zur Sprache kamen, blieben bis heute ein frommer Wunsch. Die meteorologische Forschung aller Länder befaßt sich nach wie vor fast ausschließlich mit den allgemeinen Wetterprognosen und berücksichtigt nur sehr unvollkommen die berechtigten Wünsche der Landwirtschaft. Das Institut sollte nun die Durchführung dieser Aktion sowohl im Interesse des einzelnen Landwirts als in der Absicht, ein weiteres wichtiges Element für die Saatenstands- und Ernteberichterstattung zu schaffen, in die Hand nehmen. Der Bericht an die Generalversammlung stellte ein auf wissenschaftlichen und praktischen Erwägungen fußendes detailliertes Programm für die Organisation solcher agrar-meteorologischer Erhebungen auf. Die zur Generalversammlung delegierten hervorragenden Meteorologen Prof. Palazzo (Rom) und Prof. Broounoff (St. Petersburg) stimmten den Anträgen rückhaltslos zu, und die Generalversammlung beschloß, daß der Bericht des Ständigen Komitees dem Präsidenten des internationalen meteorologischen Komitees mit dem Ersuchen übermittelt werde, dem Komitee die Vorschläge des Instituts zu unterbreiten und ein Programm für diese Organisation auszuarbeiten. Dieses Programm soll dann in der nächsten Generalversammlung nochmals beraten und eventuell vom Institut den Konventionalstaaten zur Genehmigung vorgelegt werden. || Ohne Zweifel ist hier die Lösung zweier ebenso interessanter und wichtiger wie schwieriger Fragen in Angriff genommen. Das wissenschaftliche Interesse an beiden Fragen ist unbestreit-

[1]) Das Referat wurde dem französischen Delegierten Mr. Doys übertragen.

bar; ob aber der praktische Nutzen für die Landwirtschaft im Verhältnis stehen würde zu der den Regierungen zugemuteten erheblichen Arbeit bedarf doch sehr der gründlichen Prüfung. Zudem ist nicht zu übersehen, daß in der Frage der Hagelstatistik Schwierigkeiten erwachsen werden durch das Entgegenstehen privater Interessen der einzelnen Versicherungsunternehmungen, welche kaum durch die Rücksichtnahme auf wissenschaftlich Wünschenswertes sich werden überwinden lassen. || Auch in der Abteilung für agrarsoziale und agrarökonomische Einrichtungen ist die Anlage einer Kartothek und eine systematische Dokumentation zum Zwecke der Benutzung für einen Informationsdienst auf direkte Anfragen der Regierungen, landwirtschaftlichen Körperschaften usw. durchgeführt. Erst wenn diese systematische Niederlegung aller wissenswerten Vorgänge der die Abteilung angehenden Gesetzgebung, organisatorischen Einrichtungen, praktischen Maßnahmen und Ergebnisse eine Reihe von Jahren durchgeführt sein wird, kann das Institut auf die Bezeichnung einer Informationszentrale Anspruch erheben, die dann allerdings auch eine bisher nirgend erreichte Vollständigkeit wird aufzuweisen vermögen.

f) Die Mitarbeit von Korrespondenten aus allen Ländern.

Um dem Institut die Sicherheit zu geben, in vollem und dauerndem Kontakt mit der landwirtschaftlichen Entwicklung sowohl auf dem Gebiete der Wissenschaft wie der Praxis zu bleiben, hat die dritte Generalversammlung dem Institut die Möglichkeit eröffnet, sich der Mitarbeit von angesehenen Persönlichkeiten und Autoritäten auf den verschiedenen Gebieten der Landwirtschaftswissenschaft, der Technik, der Volkswirtschaft zu versichern. Auf diese Weise wird ein Netz von Mitarbeitern in der ganzen Welt gewonnen, deren Mitarbeit die auf die ausschließliche Benutzung offizieller Berichterstattung oder der vorhandenen Literatur beschränkte Tätigkeit des Instituts in wirksamster Weise erweitern und lebendig erhalten wird. Sowohl die Abteilung für Landwirtschaftswissenschaft und Technik wie diejenige für agrarökonomische und agrarsoziale Einrichtungen haben bereits in ausgedehnten Verkehr mit solchen Mitarbeitern sich gesetzt; für die statistische Abteilung ist ein entsprechender Modus noch nicht gefunden; der Umstand, daß die Arbeit der statistischen Abteilung in erster Linie zur Ausübung einer Kontrolle bestimmt und daher auf offizielle Informationen angewiesen ist, wird für sie die Anwendung des Korrespondentensystems, welche nur unter weitgehender Inanspruchnahme der Regierungen und ihrer Verwaltungsbehörden sich entwickeln ließe, vorläufig kaum gestatten.

g) **Verbreitung der Instisutsveröffentlichungen. Mehrsprachige Ausgaben.**

Es bestehen drei Arten der Verbreitung: die Abgabe von Pflichtexemplaren an die Regierungen, die Abgabe von Tauschexemplaren als Gegenwert für unentgeltlich gelieferte Zeitschriften und Bücher und der Vertrieb im Wege des Abonnements. || Durch Beschluß des Ständigen Komitees ist festgelegt, daß den einzelnen Regierungen eine bestimmte Anzahl Exemplare regelmäßig zugestellt werden. Dabei wurde Rücksicht genommen auf die verschiedenen Staatengruppen und die verschiedene Höhe der Beitragszahlungen. Grundsätzlich wurde folgende Verteilung festgelegt: Es erhalten die Staaten

	der Gruppen				
	I	II	III	IV	V
a) Bulletin de Statistique	50	40	30	20	10
b) Bulletin des Renseignements agricoles	15	12	9	6	3
c) Bulletin des Institutions économiques	15	12	9	6	3
d) Bulletin bibliographique	50	40	30	20	10.

In der Praxis hat das Ständige Komitee indessen von vornherein zugestanden, daß je nach den Verhältnissen der verschiedenen Länder Abweichungen von dem festgelegten Verteilungsmaßstab zugelassen werden können. Speziell unter Bezugnahme auf die Verhältnisse Deutschlands als eines Bundestaates und auf das Bestehen der großen Zahl von Staatsregierungen und Behörden, welche alle ein Interesse an der Kenntnis der Institutsarbeiten haben, wurde Deutschland eine größere Zahl zugebilligt. || Zurzeit werden Pflichtexemplare an Regierungen, Behörden und Delegierte abgegeben:

	im ganzen	davon entfallen auf Deutschland
a) Bulletin de Statistique	1582	41
b) Bulletin des Renseignements agricoles	684	39
c) Bulletin des Institutions économiques	695	41
d) Bulletin bibliographique	327	41.

Die Abgabe im Austausch ist ein Mittel, dem Institut selbst die Anschaffung von Zeitschriften und anderen Veröffentlichungen zu erleichtern; das Budget des Instituts würde in der Tat ohne den Austausch in sehr erheblicher Weise belastet sein. Zurzeit werden in Austausch gegeben:

	im ganzen	davon entfallen auf Deutschland
a) Bulletin de Statistique	1839	143
b) Bulletin des Renseignements agricoles	1799	188
c) Bulletin des Institutions économiques	1761	120
d) Bulletin bibliographique	1023	134.

Verbreitung im Wege des Abonnements. Es ist für jede der Veröffentlichungen ein besonderer Abonnementspreis festgesetzt; daneben können alle Veröffentlichungen zusammen auf Grund eines billigeren Gesamtabonnements (48 Frcs.) bezogen werden. Zurzeit sind abonniert:

	Preis Frcs.	im ganzen Stück	davon entfallen auf Deutschland
a) Bulletin de Statistique	6	559	21
b) Bulletin des Renseignements agricoles	18	976	12
	18	976	12
c) Bulletin des Institutions économiques	18	886	8
d) Bulletin bibliographique	12	59	4.

Wie man aus diesen Ziffern ersieht, beschränkt sich tatsächlich die Verbreitung der Arbeiten des Instituts in Deutschland fast ausschließlich auf die Hergabe von Pflichtexemplaren und im Wege des Austausches. Vom Bezuge auf dem Wege des Abonnements ist nur ein verschwindender Gebrauch gemacht worden. || Durch diese Festlegung wird das Gebiet berührt, in welchem das Institut bisher nicht das Nötige getan, um seine Nützlichkeit zu erweisen und zu fördern. Dem Institut dient als offizielle Sprache für seine Geschäfte und für die Verhandlungen der Generalversammlung und des Ständigen Komitees die französische Sprache. Indem man sich von der Ansicht leiten ließ, daß diese Vorschrift auch auf die Veröffentlichungen des Instituts sich erstreckte, hinderte man künstlich die Verbreitung und das Bekanntwerden seiner Arbeiten. Darin ist wohl der wesentlichste Grund zu erblicken, weshalb bisher in Deutschland die Arbeiten des Instituts so wenig bekannt geworden sind. || Zwar hat von Anfang an das Bestreben im Ständigen Komitee obgewaltet, die Veröffentlichung wenigstens in den Hauptkultursprachen zu betreiben, und praktische Verwirklichung fand dies Bestreben, indem das Statistische Nachrichtenorgan in den fünf Sprachen — Französisch, Englisch, Deutsch, Italienisch und Spanisch — von Anfang an hergestellt wurde. Die Anwendung auf die übrigen Veröffentlichungen schien aber schwierig, einmal weil nationale Eifersucht gerade gegen die Wahl der einen oder anderen dieser Sprachen auftrat, vor allem aber, weil das Institut nicht über die

Mittel verfügte, die an Inhalt und an Zahl wachsenden Veröffentlichungen in mehreren Sprachen herauszugeben. Ein Ausweg aber fand sich darin, daß man versuchte, Regierungen und Interessenten der einzelnen Sprachgebiete für die Unterstützung besonderer nationaler Ausgaben der regelmäßigen Veröffentlichungen zu gewinnen. In jedem Falle, wo ein solches Unternehmen Aussicht auf Erfolg versprach, unterstützte das Institut seinerseits durch Hergabe einer größeren Subvention zu Propagandazwecken das Zustandekommen des Unternehmens. || Auf diese Weise ist zuerst eine englische, dann eine italienische Ausgabe zustande gekommen. Zum Zwecke des Zustandekommens einer deutschen Ausgabe haben sich die Delegierten Deutschlands, Österreichs und der Schweiz vereinigt und durch eine in ihren Ländern unternommene Propaganda bei Interessentenverbänden und Regierungen mit dem Erfolge gewirkt, daß vom 1. Januar 1913 ab neben der deutschen Ausgabe des Bulletin de Statistique agricole auch eine solche der beiden regelmäßig monatlich erscheinenden Bulletin des Renseignements agricoles und Bulletin des Institutions économiques veröffentlicht wird. || Durch das dankenswerte Zusammenwirken aller größeren landwirtschaftlichen Vereinigungen Deutschlands, der größten Zahl der deutschen Bundesregierungen und der Reichsverwaltung zu diesem Zwecke wird jedenfalls auch für Deutschland die Möglichkeit geschaffen, so viel Nutzen aus den Institutsarbeiten zu ziehen, als eben möglich ist. Für das Institut aber eröffnet sich die Aussicht, daß in dem Maße, wie geistige und praktische Beziehungen zwischen Institut und landwirtschaftlicher Bevölkerung der verschiedensten Länder hergestellt werden, auch ein gegenseitiger Austausch von Winken, Ratschlägen und Anregungen sich einstellen wird, der für beide Teile nur befruchtend wirken kann.

III. Welchen Nutzen gewährt die Tätigkeit des Instituts?

Nachdem das Institut nach Überwindung der eigentlichen Organisationsperiode sich ein zwar bestimmt begrenztes, aber reiches Tätigkeitsgebiet als Mindesttätigkeit, die wohl der Erweiterung fähig ist, abgesteckt hat, und nachdem eine Reihe teils regelmäßiger, teils gelegentlicher Arbeiten erschienen sind, wird man die Frage nach dem Nutzen des Instituts heute besser beantworten können, als dies bei der Begründung möglich war. Denn man braucht wohl nicht zu verhehlen, daß, wie im Eingange dieser Denkschrift angedeutet war, man an die Begründung mit unbestimmten Erwartungen herangegangen ist. Eine der Schwierigkeiten der Organisation in den ersten Jahren begründete sich eben durch den Mangel einer genügenden Vorbereitung und einer aus klar erkannten Bedürfnissen herausgearbeiteten Idee. || Wenn man die jetzige Tätigkeit des Instituts im Zu-

sammenhang mit dem, was die Konvention von 1905 festlegte, betrachtet, so wird vielleicht das Urteil zu fällen sein, daß der ursprünglich von vielen gehegte Optimismus ebenso enttäuscht geblieben ist, wie in allerdings viel stärkerem Maße, der von andern gezeigte Skeptizismus sich als nicht begründet erwiesen hat. || Der Optimismus begründete sich auf die Idee, in dem Institut eine Art Weltsyndikat der Landwirte zur gemeinsamen Verteidigung und Förderung ihrer Interessen zu schaffen, eine Idee, die, selbst wenn man ihre Verwirklichung für möglich hätte halten wollen, von dem Augenblick an fallen mußte, als feststand, daß das Institut ein solches der Staaten und Regierungen sein sollte. Vielleicht wird der Zusammenschluß der Landwirte der Welt oder doch der Landwirte eines großen Teiles der Welt, in welchem eine gewisse Gleichartigkeit der Interessen gegeben ist, eines Tages sich doch noch verwirklichen. Zur Zeit der Begründung des Instituts war die Idee verfrüht und unvorbereitet. Aber die Begründung des Instituts und seine die landwirtschaftliche Welt immer mehr einander annähernde und durch gemeinsame Bestrebungen miteinander verknüpfende Tätigkeit kann die beste Vorbereitung für die Verwirklichung auch jener Idee werden, so daß auch die gegenwärtig enttäuschten Optimisten die Entstehung des Staateninstituts noch einmal als gerechtfertigt anerkennen werden. || Die Vertreter des Skeptizismus, welche in dem Institut nichts weiter erblicken wollten als eine bureaukratische Sammelstelle alles möglichen statistischen Materials, bestimmt, retrospektiven, mehr oder weniger theoretischen und wissenschaftlichen Betrachtungen das Material zu bieten, werden sich heute überzeugen müssen, daß ihre Befürchtungen übertrieben waren. Auch die Befürchtung, daß das Institut wegen seiner, wie man annahm, unvermeidlichen bureaukratischen Schwerfälligkeit und Gebundenheit versagen werde, hat sich nicht als begründet herausgestellt. Sicherlich, das Institut als Unternehmung der Staaten und zu einem großen Teile in seinen Arbeiten abhängig von der Mitarbeit der Regierungen, wird und muß in seiner Organisation und in seiner Arbeitsmethode auch gewisse bureaukratische Züge aufweisen, aber die tatsächliche Entwicklung hat weit überwiegend dem Institut den Charakter einer praktisch-industriellen Einrichtung aufgeprägt, und die Frage, ob es nach seiner Organisation und Arbeitsmethode unnütze und überflüssige Tätigkeit ausübt oder ob eine Tätigkeit und Wirksamkeit daraus erzielt wird, welche Nutzen schafft, kann durchaus in letzterem Sinne bejaht werden. || Selbst wenn jene Meinung, das Institut würde nur eine rein statistische Sammelstelle werden, Recht behalten hätte, so wäre ihm damit noch nicht jeder Nutzen abzusprechen gewesen, aber dieser hätte vielleicht nicht im Verhältnis gestanden zu den Anstrengungen und Aufwendungen, die das Institut verursacht,

und er hätte sicherlich außer jedem Verhältnis sich befunden zu den Ideen derer, welche den ersten Anstoß zur Begründung dieses Instituts gegeben haben. Nun ist aber das Institut, wie sich heute feststellen läßt, weit entfernt davon, ausschließlich oder auch nur in erster Linie eine lediglich statistisch registrierende Sammelstelle zu sein; es ist vielmehr eine Sammelstelle zur Einziehung und Verarbeitung, aber auch zur Verbreitung wissenswerter und die Entwicklung der Landwirtschaft fördernder Nachrichten und Belehrungen so umfassender und aktueller Art, wie sie auf anderem Wege als dem des Zusammenschlusses von zur Zeit 50 Staaten schwerlich hätte geschaffen werden können. || Die Syndikatsidee war unter allen Umständen verfrüht. Ihrer vielleicht später möglichen Verwirklichung arbeitet aber das Bestehen des Instituts vor, ja es verschafft überhaupt erst die Basis, auf der sich eine Verteidigung der landwirtschaftlichen Interessen einmal wird aufbauen können. Hierbei kommt die Geltendmachung der Interessen der Produzenten auf den Börsen und Märkten, die Einflußnahme auf die Preisbildung der landwirtschaftlichen Erzeugung in erster Linie in Betracht. Diese ist aber abhängig von der Begründung einer über alle Produktionsgebiete ausgedehnten, nach einheitlichen Grundsätzen durchgeführten, vertrauenswerten landwirtschaftlichen Statistik. Es ist die erste und wichtigste Aufgabe des Instituts gewesen, die Regierungen auf die Notwendigkeit des Ausbaues der landwirtschaftlichen Statistik hinzuweisen, und es wird dies noch für eine lange Zeit die wichtigste Aufgabe des Instituts sein. Erkannt war diese Notwendigkeit seit lange schon, und an Bemühungen nationaler und internationaler Art hat es nicht gefehlt. Aber keine dieser Bemühungen hat einen Erfolg aufweisen können, wie die des Instituts, ja wie die einfache Tatsache seiner Begründung schon. Es hat einen Anstoß gegeben und damit eine Bewegung erzielt, die in jeder Beziehung Erfolg versprechend ist. Fortschritte und Verbesserungen in einer Anzahl von Staaten, Neueinrichtungen landwirtschaftlicher Statistik in Staaten, wo sie bisher nicht bestand, sind schon jetzt nach dem kurzen Bestande des Instituts zu verzeichnen. Sicher wird es noch längerer Zeit bedürfen, bis ein vollständiger Ausbau über die ganze Welt erreicht sein wird. Aber wenn dies erst nach einer längeren Reihe von Jahren der Fall sein sollte, würde das die Nützlichkeit des Instituts auf diesem Gebiete nicht in Frage stellen. || Zugleich mit dem Anstoß zu Verbesserungen der Statistik überhaupt hat das Institut sein Bulletin de Statistique begründet. Sein eigentlicher Zweck, dauernd über alle vertrauenswert festgestellten Tatsachen der landwirtschaftlichen Erzeugung auf dem laufenden zu erhalten und damit eine Kontrolle gegenüber allen nicht vertrauenswerten Informationen auszuüben, kann heute nur in beschränktem Umfange

sich verwirklichen, eben weil die nötige Voraussetzung noch nicht überall in einer guten landwirtschaftlichen Statistik gegeben ist. Gleichwohl ist die Sammlung auch in dem beschränkten Umfange schon heute von Nutzen; bereits beginnen die Börsen mit dem Nachrichtenorgan des Instituts zu rechnen, bereits bietet dies Organ die Möglichkeit der Ausübung einer allerdings noch sehr beschränkten Kontrolle. Daneben aber — und darin ist ein Hauptwert zu erblicken — ist es in seiner Unvollkommenheit ein Mahner an diejenigen Länder und Regierungen, welche immer noch zögern, sich der Bewegung zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Statistik anzuschließen. Eines der wichtigsten Gebiete, welches bisher auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Produktionsstatistik ziemlich im Stich gelassen hat, ist Rußland; die frühzeitigere Kenntnis seiner Produktionsergebnisse ist aber ein auf allen Märkten gefühltes Bedürfnis. Das Institut hat daher von Anbeginn seiner Tätigkeit an auf diese so große und fühlbare Lücke hingewiesen. Vor kurzem hatte es die Genugtuung, zu erfahren, daß seine stets wiederholten Anregungen von Erfolg gekrönt seien. Die russische Regierung ist im Begriff, ihre landwirtschaftliche Statistik zu reformieren, und in nicht zu ferner Zukunft werden die Beschwerden über das Fehlen genauer und rechtzeitiger Informationen aus Rußland aufgehört haben. Dieser Entschluß der russischen Regierung ist wiederum ein Beweis für den Nutzen der Institutstätigkeit.

Sowohl für die Arbeiten auf dem Gebiete der Statistik, wie übrigens für alle Arbeiten des Instituts, wird man verlangen dürfen, daß nicht nach dem, was in der Konvention festgelegt wurde, auch nicht nach dem jetzt festgelegten Arbeitsprogramm und dem augenblicklichen Stande seiner Veröffentlichungen über ihre Nützlichkeit endgültig abgeurteilt wird. Damit wird man warten müssen bis nach Verlauf einer längeren Reihe von Jahren. Aber auf das außerordentlich reiche Arbeitsfeld und die vielseitigen bereits in dieser kurzen Zeit seines Bestehens ausgeführten Arbeiten und auf bestimmte zu ihnen in Beziehung stehende Anzeichen der Nützlichkeit wird man doch auch heute schon hinweisen dürfen. Sehr bezeichnend ist ein Erfolg auf dem Gebiete des Genossenschafts- und des Kreditwesens, ein Erfolg, der gleichzeitig äußerst schmeichelhaft für Deutschland ist. Das Bulletin des Institutions économiques hat mit der Darlegung der Entwicklung und des Standes der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Deutschland begonnen, und in weiteren Fortsetzungen begleitet das Bulletin die neueren Vorgänge auf diesem Gebiete. So wurde die Tatsache, daß die in Kreditgenossenschaften vereinigten deutschen Landwirte Kreditgeschäfte im Umfange von 6537 Millionen Mark im Jahre machen, in Amerika durch die Veröffentlichungen des Instituts bekannt.

Desgleichen wurde die Organisation des ländlichen Hypothekenkredits, wie sie in Preußen durch die Landschaften begründet war, bekannt, und diese Kenntnis ist zum Ausgangspunkt einer lebhaften Propaganda für die Einbürgerung der landwirtschaftlichen Genossenschafts- und Kreditorganisationen Deutschlands in den Vereinigten Staaten geworden. Auf Veranlassung amerikanischer Landwirte und Politiker hat der amerikanische Delegierte beim Institut, Mr. Lubin, eine rege Propaganda getrieben, in deren Folge sich in amerikanischen Regierungskreisen wie in Farmerkreisen die Überzeugung entwickelt hat, daß Amerika nichts Besseres und Eiligeres zu tun habe, als dem Beispiel Deutschlands zu folgen. Ein kürzlich durch den Präsidenten der Union Taft an die Gouverneure der Einzelstaaten gerichtetes Rundschreiben beschäftigt sich eingehend mit der Frage und empfiehlt Studium und Nachahmung der deutschen Einrichtungen in den Vereinigten Staaten. || Hier wird also eine zunächst in Deutschland und später in Europa zur Ausbildung gelangte wohltätige Einrichtung durch die Veröffentlichungen des Instituts in der neuen Welt bekannt gemacht und so empfohlen, daß sie von ihr voraussichtlich adoptiert werden wird. Die Konvention bestimmt, daß das Institut „alle auf das Genossenschaftswesen bezüglichen Fragen studieren und alle Informationen darüber sammeln und veröffentlichen soll, welche in den verschiedenen Ländern der Entwicklung dieser Einrichtungen nützlich sein könnten". In diesem bestimmten und entschieden bedeutungsvollen Falle, der typisch sein könnte und sein sollte für eine große Zahl nachfolgender, ist das Institut „nützlich" gewesen in der von der Konvention ihm zur Aufgabe gemachten Tätigkeit. || Das erwähnte Beispiel deutet auf noch eine Beziehung hin, welche bei der Beurteilung der Nützlichkeit allerdings nicht zu übersehen ist. Das Land, das in diesem Falle den Nutzen zog, ist ein Teil der neuen Welt. Vielleicht, man kann sogar sagen sicherlich, wird das Verhältnis der Länder zum Institut das sein, daß die neuen in der Entwicklung und im Aufblühen einer Kultur begriffenen Länder mehr Nutzen von dem Institut ziehen als die Länder der alten Welt, jedenfalls als die Länder Zentraleuropas, einschließlich Großbritanniens, die auf eine lang begründete allgemeine Kultur und auf eine moderne Ausbildung der Landwirtschaft gleichzeitig stolz sein können. Ohne Zweifel werden diese wenigen Länder Zentraleuropas und Großbritannien durch das Zusammenwirken mit den Ländern der neuen Welt und mit den zurückgebliebenen der alten Welt in dem Internationalen Institut als die Lehrer und Verbreiter des Fortschritts in erster Linie zu gelten haben. Sie sind die Vertreter der „Noblesse oblige" im Institut, sie werden vorwiegend die Gebenden sein, die anderen die Nehmenden. Das wird von den Vertretern der neuen Welt offen und dankbar anerkannt

und insbesondere die Vertreter der spanisch-amerikanischen Länder haben dies getan. Mit Rücksicht auf die Bedürfnisse dieser Länder enthalten die Bulletins eine größere Anzahl regelmäßiger Informationen, die vom Standpunkte der fortgeschritteneren Landwirtschaft Zentraleuropas vielleicht nicht immer als neu, als wichtig und einen Fortschritt bedeutend angesehen werden. Für diese Länder sind sie neu, wichtig und nützlich und dürfen deshalb nicht unterbleiben. || Diese Lage der Dinge schließt aber doch nicht aus, daß die Arbeiten des Instituts für die fortgeschritteneren Staaten nicht auch von Nutzen seien. Gehen doch diese Staaten durch Einrichtungen besonderer Art, wie z. B. Deutschland durch das Institut seiner landwirtschaftlichen Sachverständigen, schon lange darauf aus, sich Kenntnis über Vorgänge und Fortschritte im Auslande zu verschaffen. Ihr Bedürfnis nach umfassender Information über die landwirtschaftliche Entwicklung, ganz besonders der neuen Welt, ist vielmehr ein besonders großes. Sollte da nicht die konzentrierte Sammlungs- und Informationstätigkeit des Instituts die Sonderbemühungen dieser Länder in glücklichster Weise ergänzen, vielleicht sogar überflüssig machen können? || Gerade hierin darf vielleicht ein wesentlicher Vorteil des Instituts erblickt werden, in der Möglichkeit einer arbeitersparenden Tätigkeit für alle an ihm beteiligten Regierungen. Als solche arbeitersparende Zentralstelle sollte und könnte das Institut in der Zukunft funktionieren. Vielleicht ist die Art, wie die Tätigkeit eingeleitet ist, noch nicht ganz vollkommen; vielleicht läßt sich Nachrichteneinziehung, Verarbeitung und Wiederverbreitung noch praktischer ausgestalten. Wenn sich dazu die Berufenen, Regierungen und landwirtschaftliche Körperschaften, äußern, wenn sie ihnen Rat und Anregungen geben, vor allem, wenn sie anfangen, das Institut, das aus ihrer Initiative heraus entstand, auch zu benutzen, so wird dieses leisten, was die Interessenten wollen. Die in erster Linie Interessierten sind die Regierungen selbst; sie sind es schließlich, die aus dem Institut ein nützliches Instrument formen können. Denn für einen großen Teil seiner Arbeit ist das Institut direkt auf die Tätigkeit und Entschließungen der Regierungen und auf die Ausführungen von Maßnahmen durch sie angewiesen; zu einem anderen bedürfen sie der dauernden Mitwirkung der Regierungen, welche die offiziellen Informationen zur Verfügung stellen müssen. Aber ein Hauptteil der Informationstätigkeit, wie er sich in den Bulletins des Institutions économiques und des Renseignements agricoles et Maladies des Plantes darstellt, verlangt nicht die aktive Mitwirkung der Regierungen; hier kommen die Regierungen ausschließlich als Nutzende in Betracht. Sie brauchen nur zu verlangen, daß die Informationstätigkeit auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten werde, sie können und sollten im gegebenen Fall mit

der Forderung um bestimmte Auskünfte an das Institut herantreten. Von solchem Verlangen der Regierungen hängt es allein ab, ob das Institut als für jede einzelne Regierung arbeit- und kostenersparende Informationszentrale in Zukunft nützlich werden soll. Und wie für die Regierungen, so für alle größeren und kleineren Organisationen der Landwirte, für die wissenschaftlichen Anstalten, Versuchsstationen, die Fachpresse und für alle wissenschaftlich und technisch mitgehenden Landwirte. Wer sich die Zahlen über die heute schon im Institut nicht bloß eingehenden, sondern auch verarbeiteten Veröffentlichungen aus der ganzen Welt vergegenwärtigt, muß anerkennen, daß eine organisierte, mit Mitteln reich ausgestattete Zentrale allein zur Bewältigung und Nutzbarmachung eines so umfangreichen Materials imstande und daher für die gesamte landwirtschaftliche Welt ein Bedürfnis ist. || Neben den fortlaufenden Informationen, die im einzelnen nach Art und Inhalt wohl noch Abänderungen erfahren werden, wenn begründete Vorschläge von den Regierungen und Interessenten eingehen sollten, kommen auch diejenigen Arbeiten in Betracht, die vielleicht eines aktuellen Interesses entbehren, trotzdem aber für wissenschaftliche und praktische Zwecke von großem Wert sein werden. So das Jahrbuch international vergleichender landwirtschaftlicher Statistik, welches demnächst ein vergleichendes Jahrbuch auch der Handelsstatistik sein wird. Solche vergleichenden Sammlungen finden sich in mehr oder minder großem Umfange bereits jetzt in den in einzelnen Ländern herausgegebenen Jahrbüchern der Statistik; so enthält auch das statistische Jahrbuch für Deutschland einen besonderen Teil: Internationale Statistik. Damit ist das Bedürfnis nach solchen vergleichenden Zusammenstellungen wohl begründet. Aber es ist leicht ersichtlich, daß diese gelegentlichen Übersichten bei weitem nicht in der Vollständigkeit und Reichhaltigkeit gehalten sein können, wie bei einer Spezialarbeit des Instituts, welches mit allen Regierungen der Welt in dauernder Verbindung steht und auf die Sammlung des einschlägigen Materials eine organisierte ununterbrochene Tätigkeit richtet. Dasselbe wird von der „Sammlung der landwirtschaftlichen Gesetzgebung“ und einer „Internationalen Statistik des Genossenschaftswesens“ gelten. Auch diese Arbeiten unter dem Gesichtspunkt der Ersparung von Kosten und Arbeit betrachtet, weil alle größeren Regierungen und die Interessentenkreise der vorgeschritteneren Länder schon jetzt bemüht sind, sich diese Kenntnisse jeder einzelnen zu verschaffen, lassen die Nützlichkeit der im Institut gegebenen Sammlungs- und Veröffentlichungszentrale deutlich hervortreten.

Schließlich bleibt noch zu erwähnen die Eigenschaft des Instituts als eines festen Mittelpunkts, von dem aus die Bestrebungen zur Herbei-

führung internationaler Verständigungen auszugehen haben. Die Bedeutung dieser Eigenschaft hängt wesentlich davon ab, was die Regierungen daraus machen wollen. Daß Bestrebungen auf internationale Verständigungen dauernd wiederkehren, daß sie zahlreich und nicht immer gleichlautend auftreten, hat die Erfahrung zur Genüge bewiesen; ein Bedürfnis liegt vor, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß es in Zukunft noch wachsen wird. Die zahllosen internationalen Kongresse, die fast schon zu einer Plage geworden sind, bestätigen das Bedürfnis. Gerade ihre Zahllosigkeit und die Willkürlichkeit in ihren Berufungen und Zusammensetzungen, auch die Zufälligkeiten, denen die Behandlung der internationalen Verständigungsfragen bei den Gelegenheitskongressen ausgesetzt sind, lassen es als dringend erforderlich erscheinen, diese Bestrebungen zu konzentrieren, zu organisieren und zu leiten. Soweit nun die Landwirtschaft in Betracht kommt, bietet das Institut die denkbar beste Gelegenheit zu dieser Konzentration. Wohlorganisierte Bureaus, welche zur Beschaffung und Bearbeitung des erforderlichen internationalen Materials notwendig sind; ein Ständiges Komitee, welches die zu behandelnden Fragen vorbereiten und vorbehandeln kann, und eine Generalversammlung, welche, aus sachkundigen und mit der Autorität der Regierungen betrauten Elementen zusammengesetzt, die Wege zu gemeinsamen Maßnahmen auf der Grundlage internationaler Verständigung aufsucht und festlegt — ein besser organisiertes Zusammenarbeiten zu dem gedachten Zwecke läßt sich gar nicht denken. Dieses Zusammenarbeiten wirksam zu machen, liegt ausschließlich in der Hand der Regierungen, die durch die Zusammensetzung der Delegationen, durch die Entsendung der für die Behandlung der einzelnen Fragen geeigneten Persönlichkeiten und durch die Art ihrer späteren Stellungnahme zu den Beschlüssen der Generalversammlung den Erfolg der Arbeit hindern oder fördern können. || Daß die gesamte Tätigkeit des Instituts in allen seinen Organen darauf hinarbeitet, etwas Nützliches zu wirken, bestätigte am Schlusse der dritten Generalversammlung deren Präsident Raineri, derzeit italienischer Ackerbauminister, indem er die Bestrebungen des Instituts dahin charakterisierte: || „Die dritte Generalversammlung ist ein neuerlicher Beweis, daß das Internationale Landwirtschaftsinstitut seiner Tätigkeit immer mehr jenen Stempel der Nützlichkeit aufdrückt, wie es die Landwirtschaft der zivilisierten Welt erwartet und wie es der Wunsch der Regierungen ist, welche das Institut begründet haben. Das Institut schreitet an die Erfüllung seiner Aufgaben, indem es sich zu den ungetrübten Grundsätzen der Wissenschaft, die ein gemeinsames Gut ist, bekennt, wodurch es in keiner Weise der freien Entwicklung jedes Landes in den Weg treten kann.“ || Man wird diesen Worten bei einem sachlichen Rückblick auf die

Entwicklung des Instituts während der ersten fünf Jahre seines Bestehens beipflichten können. Gleichwohl wird man einen Zweifel nicht zu unterdrücken vermögen, wenn man die Vielseitigkeit dessen überblickt, was das Institut in seine Tätigkeit einbegriffen hat und sie in Vergleich stellt zu den Mitteln, welche dem Institut zur Verfügung gestellt sind. Vielleicht wird man sagen müssen, daß es besser gewesen wäre, wenn die Konvention von vornherein das Programm mehr beschränkt hätte. Statt Vielerlei mit beschränkten Mitteln und Kräften anzufassen und damit von vornherein auf einen vollen Erfolg auf jedem der bearbeiteten Gebiete zu verzichten, würde eine Konzentrierung auf eines, das wichtigste Gebiet, vielleicht geboten gewesen sein. Welches das wichtigste Gebiet sei, kann für denjenigen nicht zweifelhaft sein, der sich des ersten Anstoßes zur Begründung des Instituts erinnert. Zusammenfassung der zersplitterten Kräfte der ländlichen Bevölkerung der gesamten Welt zur Verteidigung ihrer Interessen auf dem internationalen Markt behufs Erlangung einer gerechten Preisbildung der landwirtschaftlichen Produkte war es, was in dem Briefe Se. Maj. des Königs von Italien an seinen Ministerpräsidenten an die Spitze des Programms gestellt war. Folgerichtig hätte das einzige Mittel zur Einwirkung auf diesem Gebiete die Erlangung weitumfassender, rascher und vertrauenswürdiger Informationen, durch Verbesserung und Ausnutzung der landwirtschaftlichen und Handelsstatistik wenn nicht den ausschließlichen, so doch den Hauptgegenstand der Sorge und Tätigkeit des Instituts bilden müssen. Dies ist bei der augenblicklichen Organisation ausgeschlossen. Man wird aber mit einer gewissen Berechtigung behaupten können, daß alle anderen dem Institut gestellten Aufgaben zur Not schon jetzt von jedem in seiner landwirtschaftlichen Verwaltung und in seiner agraren Organisation entwickelten Lande befriedigend gelöst werden können; auch bestehen internationale Zusammenfassungen der tätigen Kräfte ausreichend zur befriedigenden Lösung dieser Aufgaben. Jene erste und wirtschaftlich ebenso wichtige wie schwer zu lösende Aufgabe aber erforderte ein Zusammenfassen der gesamten agrarischen Welt und aller Regierungen der beteiligten Staaten, wie es in dem Internationalen Landwirtschaftsinstitute verwirklicht ist. Vielleicht wird es der Entwicklung der nächsten Jahre vorbehalten sein, aus dem gesamten Tätigkeitsgebiete des Instituts das auszuschalten, was weniger dringend ist, und dafür die ganzen persönlichen und finanziellen Kräfte, über die das Institut verfügt, auf wenige, zu ihrer Lösung die internationale Zusammenfassung unbedingt erfordernde Aufgaben zu konzentrieren.

Veröffentlichungen des Internationalen Landwirtschaftsinstituts.

Periodische im Buchhandel befindliche Veröffentlichungen.

a) Nachrichten zur landwirtschaftlichen Statistik (erscheinen monatlich in deutscher, französischer, englischer, spanischer und italienischer Sprache — in 8°);
b) Bulletin du Bureau des Institutions Economiques et Sociales (erscheint monatlich in französisch, englisch und italienisch — ca. 250 Seiten, in 16°);
c) Bulletin des Renseignements agricoles et des maladies des plantes (erscheint monatlich in französisch, englisch und italienisch — ca. 250 Seiten, in 16°);
d) Bulletin bibliographique hebdomadaire (erscheint jeden Samstag in ca. 48 Seiten starken Heften, in 16°);
e) Annuaire international de législation agricole;
f) Annuaire international de statistique agricole.

Sonstige im Buchhandel befindliche Veröffentlichungen.

a) L'organisation des services de statistique agricole dans les divers pays, vol. I 1910 (446 Seiten, in 16°, mit Tabellen);
b) L'organisation des services de statistique agricole en Suède 1910 (24 Seiten, in 16°);
c) Statistique des superficies cultivées, de la production végétale et du bétail dans les pays adhérents. Essai d'inventaire d'après les documents publiés par les Etats. 1910 (168 Seiten, in 4°);
d) Etudes monographiques sur la Coopération agricole dans quelques pays 1911 (I. Band — 457 Seiten, in 16°);
e) Dasselbe in englisch (451 Seiten, in 16°);
f) Catalogue de la Bibliothèque. Année 1909 (356 Seiten, in 8°);
g) Liste des Revues et Journaux régulièrement reçus par l'Institut 1912 (84 Seiten, in 16°);
h) L'Assurance-grêle dans quelques pays et ses problèmes. 1911 (110 Seiten, in 4°);
i) L'organisation de la statistique de la coopération agricole dans quelques pays. 1911 (163 Seiten, in 4°);
j) An Outline of the European Co-operative Credit Systems. 1912 (62 Seiten, in 16°);

k) L'organisation actuelle du service de protection contre les maladies des plantes et les insectes nuisibles dans des divers pays. 1911 (223 Seiten, in 4°);

l) Die Wirksamkeit des Internationalen Landwirtschaftsinstituts auf dem Gebiet des ländlichen Genossenschafts-, Versicherungs- und Kreditwesens. 1912 (34 Seiten, in 16°, Ausgaben in deutscher, französischer und italienischer Sprache);

m) Recueil des coefficients pour la conversion des poids, mesures et monnaies au système métrique décimal. 1912 (64 Seiten, in 32°).

Nicht im Buchhandel befindliche Veröffentlichungen.

a) Conférence Internationale de 1905 pour la création d'un Institut International d'Agriculture. Rome, 1905 (254 Seiten, in 4°);

b) Actes des Assemblées Générales des années 1908, 1909, 1911 (3 Bände in 4°);

c) Procès-verbaux du Comité permanent des années 1908, 1909, 1910, 1911 (4 Bände in 4°);

d) Bulletin de statistique commerciale 1912 (monatlich);

e) Rapports et Etudes du Bureau de la Statistique générale. 1911 (260 Seiten, in 4°);

f) The Science and Practice of Farming during 1910 in England, Wales, Scotland, etc. 1910 (646 Seiten, in 16°);

g) Etude sur les recensements de la population agricole, les salaires de la main- d'œuvre rurale et les courants d'émigration dans les différents Etats. Rome 1912 (150 Seiten, in 4°).

In Vorbereitung.

a) L'organisation des services de statistique agricole dans quelques pays (Bd. II);

b) Etudes monographiques sur la coopération agricole dans quelques pays (Bd. II).

Verlag von DUNCKER & HUMBLOT, München und Leipzig.

Rankes Meisterwerke

in zehn Bänden gebunden.

Wohlfeile Ausgabe.

Die Hauptwerke des großen Historikers ohne jede Kürzung, daher mit den Original-Ausgaben übereinstimmend (nur ohne die allein für den Forscher wichtigen Analekten, Beilagen und Fußnoten) zum Preise **billiger Klassiker-Ausgaben** in vorzüglicher Ausstattung.

INHALT:

Band 1—5: **Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation.** Band 6—8: **Die römischen Päpste in den letzten vier Jahrhunderten.** Band 9: **Geschichte Wallensteins.** Band 10: **Kleinere Schriften.** Savonarola und die Florentinische Republik gegen Ende des 15. Jahrhunderts. — Über die Zeit Ferdinands I. und Maximilians II. — Geschichte des Don Carlos. — Die großen Mächte.

Ladenpreis der wohlfeilen Ausgabe:

Vor Erscheinen des letzten Bandes bestellt . . . . **30 Mark.**
Nach Erscheinen des letzten Bandes bestellt . . . **36 Mark.**

Es werden stets je zwei Bände gleichzeitig in einem Karton zum Preise von zusammen 6 Mark erscheinen. Der Kauf von Band 1 und 2 verpflichtet zur Abnahme aller Bände. — Das Werk wird etwa im Dezember 1914 fertig vorliegen.

Vorzugs-Ausgabe: Auf reinem Hadernpapier in 200 in Band 1 numerierten Exemplaren. Preis kartoniert (nur leicht geleimt, Pappkartonage in Buntpapier eingeschlagen, von jedem Handbuchbinder ohne Papierverletzung bindbar) für den Band **10 Mark.** Auf Wunsch in besten Handeinbänden: in Halbfranz **24 Mark** und in Ganz-Maroquin **30 Mark** der Band. — Die Herstellung dieser Vorzugs-Ausgabe geschah unter der Leitung von Hans von Weber in München.

UNIVERSITY OF FLORIDA
3 1262 08553 4062
327.08
S775
1.84